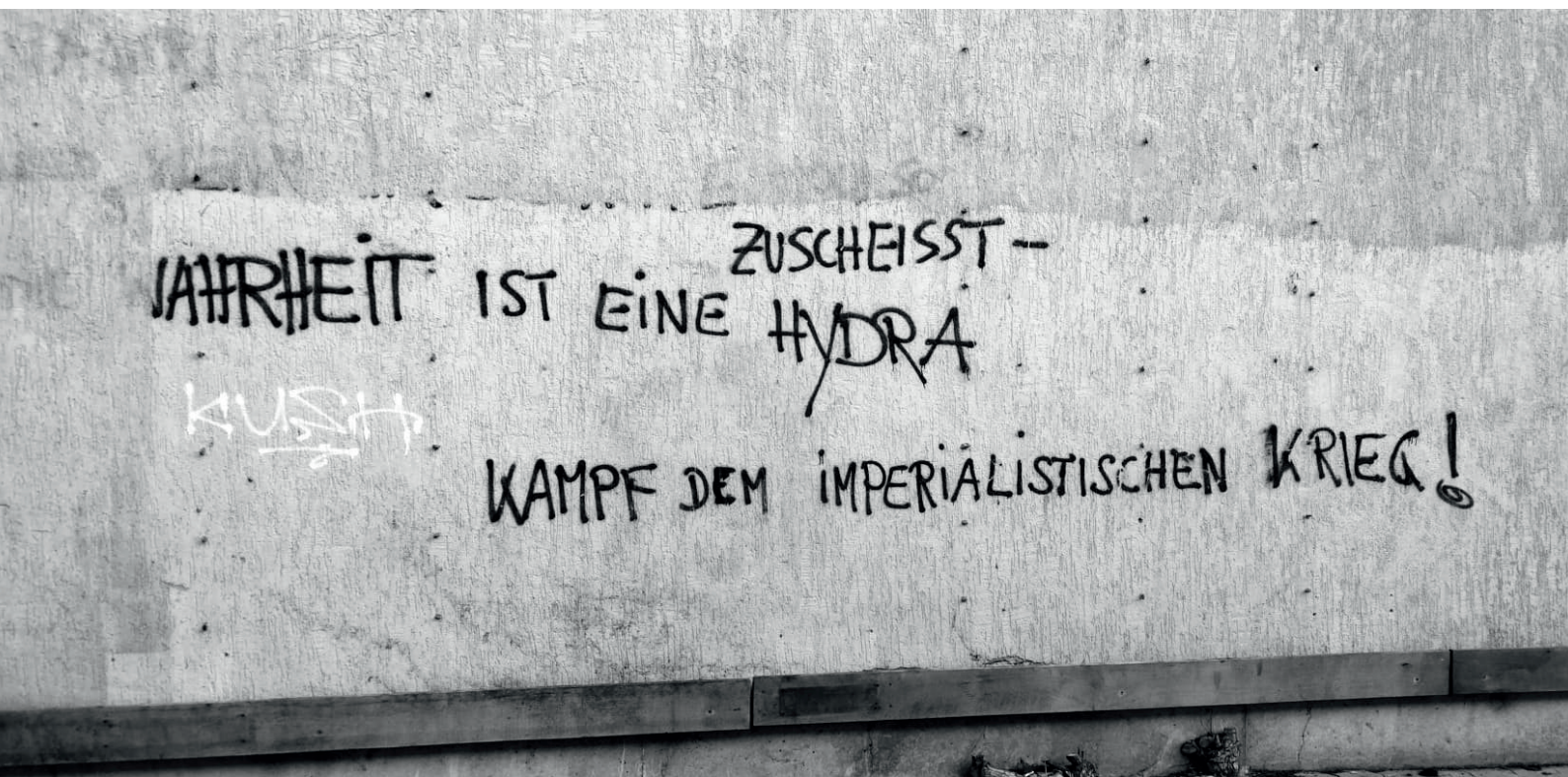


Alexander Hensel, Marie Bohla (Hrsg.)

Linke Militanz

Erkenntnisse und Erfahrungen aus Forschung und Praxis



WAHRHEIT IST EINE ZUSCHEISST -
HYDRA
KAMPF DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!

Inhalt

Ein Blick zurück nach vorn	6
Zur Bundesfachstelle Linke Militanz 2017-24 und zu dieser Publikation	
<i>Marie Bohla und Alexander Hensel</i>	

TEIL I: INHALTE UND AUSPRÄGUNGEN LINKER MILITANZ

Antisemitismus in der radikalen Linken	19
Einblick	20
„Free Palestine“?	23
Ergebnisse der Bundesfachstellen-Studie zu Reaktionen auf den Gaza-Krieg im linksradikalen Milieu Göttingens	
<i>Philipp Scharf</i>	
Judenfeindschaft und Antisemitismus in der Geschichte des Marxismus-Leninismus und des dogmatischen Staatssozialismus Osteuropas	31
Ein Überblick	
<i>Andreas Neumann</i>	
Antisemitismus in der Neuen Linken	42
<i>Tom Pflücke</i>	
Linker Antisemitismus in der politischen Bildung	54
<i>Interview mit Bijan Razavi von der Bildungsstätte Anne Frank</i>	
Übung: Erscheinungsformen von Antisemitismus	63
<i>Projektteam F.A.N. Berlin Brandenburg</i>	

DOSSIER 01

DOSSIER 02

Antifaschismus und Häuserkampf – Regionale Ausprägungen und historischer Wandel **67**

Einblick **68**

Antifa-Ost: Vom DDR-Märchen zur militanten Realität **71**

André Kern

Radikalisierung im antifaschistischen Kampf **80**

Konzept eines Workshops

Natalia Hanauska

Autonome vs. bürgerliche Antifa? **88**

Profil und Probleme der Massenproteste gegen rechts Anfang 2024

Alexander Hensel und Dario Wehner

Häuserkampf als linksradikales Aktionsfeld **105**

Tom Pflücke

Hegemonie und Alltag **116**

Interview mit dem Historiker Nils Franke über linke Stadtteile in Ost und West

DOSSIER 03

Linke Militanz und die Klimaschutzbewegung **123**

Einblick **124**

Ziviler Ungehorsam oder revolutionärer Bruch? **128**

Interview mit dem Extremismusforscher Armin Pfahl-Traughber über das Verhältnis von Radikaler Linker und Klimabewegung

Zwischen Konformität und Radikalität: Die Letzte Generation **135**

Stine Marg

Die radikale Linke und die Klimaschutzbewegung **140**

Stine Marg

Ende Gelände - Grenzgänger der Klimabewegung **155**

Philipp Liermann

TEIL II: FACETTEN LINKSRADIKALER SUBKULTUREN

„Politische Musik“: Feindbilder, Indizierung, Utopisieren	161
Einblick	162
Feindbildkonstruktionen in der linksradikalen Musikszene <i>Till Schröter und Natalia Hanauska</i>	165
Indizieren „zum Schutz der heranwachsenden Jugend“ <i>Interview mit der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ)</i>	181
Linksradikale Musik und Utopien Politisches Handeln in der Zukunftswerkstatt <i>Till Schröter und Natalia Hanauska</i>	188
Frauen in der radikalen Linken - Gegen System und Patriarchat	197
Einblick	198
Von Emanzipation bis linksgerichtetem Terrorismus Frauenbewegungen und ihr Einfluss auf linke Szenen <i>Katharina Heise</i>	201
Weibliche Radikalisierung - ein neues Phänomen? <i>Interview mit der Terrorismusforscherin Isabelle Holz</i>	213
Sexismus in linken Kontexten Materialschau für ein politisches Bildungsmodul <i>Katharina Heise</i>	222
Gewaltkriminalität und linker Radikalismus	229
Einblick	230
Linke Gewalt - Trends und Charakteristika <i>Matthias Mletzko</i>	232
Politisch motivierte Kriminalität <i>Interview mit Joachim Faßbender über die Erfassungsmodalitäten und Datennutzung Politisch motivierter Kriminalität</i>	245

DOSSIER 04

DOSSIER 05

DOSSIER 06

DOSSIER 06

„Antifaschismus bleibt Handarbeit!“ - Legitimation von politischer Gewalt von links	253
Vom Phänomen in die politische Bildung	
<i>Till Schröter</i>	

TEIL III: PERSPEKTIVEN ZUM PRÄVENTIVEN UMGANG MIT LINKER MILITANZ

DOSSIER 07

Aus der Praxis lernen: Ansätze und Herausforderungen im Themenfeld linke Militanz	261
Einblick	262
„Ist das jetzt so ein Projekt gegen links?!“	265
Modellprojekte der politischen Bildung im Bereich Linker Extremismus von 2010 bis 2019	
<i>Teresa Nentwig</i>	
Angebot und Bedarf im Themenfeld Linksradikalismus	282
Ergebnisse einer Bedarfserhebung in außerschulischen Präventions- und Bildungseinrichtungen	
<i>Marie Bohla</i>	
Transfer in die Regelstrukturen	294
Zwischen Auftrag, Buzzword und Umsetzung	
<i>Marie Bohla und Till Schröter</i>	
Regelstruktur Schule	301
Herausforderungen und Chancen des Transfers und der Zusammenarbeit	
<i>Till Schröter und Natalia Hanauska</i>	
Über Graubereiche sprechen?	312
Ein Praxisbeitrag über analoge und digitale Gesprächsformate	
<i>Melissa Alisch und Ulrike Geisler</i>	
Ein Herantasten an digitale Lebenswelten jugendtypischer Radikalität	321
Erfahrungen im Modellprojekt Fortbildung, Austausch, Netzwerke (F.A.N.) Berlin-Brandenburg	
<i>Projektteam F.A.N. Berlin-Brandenburg</i>	

Konzepte und Kontroversen: Politische Bildung im Spannungsfeld zwischen Prävention und Stigmatisierung	327
Einblick	328
Politische Bildung als Prävention?	331
Anmerkungen zur Debatte <i>Monika Oberle</i>	
Why not both?	342
Zur (Un-)Vereinbarkeit von politischer Bildung und Prävention im Phänomenbereich Linke Militanz <i>Till Schröter</i>	
Radikalität und politische Bildung - eine Intervention	353
<i>Thomas Gill</i>	
Die Macht von Brückennarrativen in politisch polarisierten Zeiten	360
<i>Interview mit Charlotte Leikert von der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus</i>	
Anknüpfungspunkte des Konzepts der Brückennarrative für die Primärprävention im Bereich Linke Militanz	369
<i>Haroun Chahed</i>	
Autor:innen	381
Impressum	384

Ein Blick zurück nach vorn

Zur Bundesfachstelle Linke Militanz 2017-24 und zu dieser Publikation

Marie Bohla und Alexander Hensel

Von der KPD über die 68er-Bewegung bis hin zu heutigen Postautonomen: Linke Militanz ist ein Phänomen, das die Protest- und Bewegungsgeschichte der Bundesrepublik ebenso lange wie vielgestaltig mitgeprägt hat.¹ Auch wenn ihre primären Trägerinnen - Gruppen der radikalen Linken - in der bundesrepublikanischen Politiklandschaft häufig eine randständige Rolle eingenommen haben, war und ist ihr Einfluss auf die Entwicklung von Staat und Gesellschaft unbestreitbar. Dieser Einfluss entfaltete sich oftmals im Zusammenspiel mit breiteren gesellschaftlichen Koalitionen und Bewegungen, deren Forderungen militante Linke zu- oder gar überspitzten und besonders unerbittlich vertraten. Linke Militanz bewegte sich dabei in einem Spannungsverhältnis zwischen dem kompromisslosen Einfordern demokratischer Grundrechte einerseits und der Bekämpfung der liberalen Demokratie unter Missachtung ebenjener so vehement eingeforderter Rechte andererseits. So prägten militante Linke die politische Entwicklung Deutschlands als Streiterin für gesellschaftliche Liberalisierung und soziale Grundrechte mit, während sie gleichzeitig den Rechtsstaat herausforderten und ihn zum Ausbau seiner Repressionsmöglichkeiten veranlassten. Nicht zuletzt diese Ambivalenz linker Militanz zeigt die gesamtgesellschaftliche Relevanz einer kontinuierlichen differenzierten und sachlichen Analyse aus sozial- und kulturwissenschaftlicher Perspektive ebenso wie einer themenspezifischen, präventiv-pädagogischen Fachpraxis.

1 Zu den Ausprägungen linker Militanz in der deutschen Geschichte und Gegenwart vergleiche die Beiträge in Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021.

„Demokratie leben!“ und die Bundesfachstelle Linke Militanz

Ein zentraler Versuch, derartige Auseinandersetzungen mit dem Phänomen linker Militanz zu initiieren, voranzubringen und zu professionalisieren, ging von verschiedenen Initiativen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus, das seit Anfang der 2000er Jahre im Rahmen von Aktions- und Bundesprogrammen (pädagogische) Projekte für Kinder und Jugendliche sowie für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt fördert. Die Umsetzungsschwerpunkte lagen dabei auf lokalen Aktionsplänen, der Förderung bundesweiter Beratungsnetzwerke sowie der Entwicklung bundesweit tätiger Modellprojekte, die Methoden und Ansätze der politischen Bildung entwickeln und erproben, die Demokratie und Toleranz stärken und Rechtsextremismus vorbeugen.²

Im Jahr 2015 hat das BMFSFJ „Demokratie leben!“ als „lernendes, das heißt auf Veränderung angelegtes Programm“³ konzipiert. Seit 2017 gehört es zu einem „zentralen Pfeiler der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“.⁴ Der Themenbereich Linksextremismus war schon im 2010 initiierten Vorläuferprogramm „Initiative Demokratie stärken“ (IDS) neben den Bereichen Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und islamistischer Extremismus adressiert worden.⁵ In diesen bis dahin praktisch wenig bearbeiteten Themenfeldern zielte „Demokratie leben!“ darauf ab, die pädagogische Praxis zu stärken, um präventiv mit gefährdeten sowie bereits Radikalisierungstendenzen zeigenden Jugendlichen zu arbeiten. Ein weiteres Ziel bestand darin, universell präventive Methoden zu testen, zusätzliche Angebote für sozialisationsrelevante Akteur:innen und Multiplikator:innen zu unterstützen sowie durch die begleitende Förderung von Forschungsprojekten wissenschaftliche Grundlagen bereitzustellen.⁶

In der Struktur des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ spiegeln sich über die Jahre aktuelle Entwicklungen und Diskussionen – einschließlich langwieriger Kon-

2 Vgl. hierzu den [Beitrag von Teresa Nentwig in diesem Band](#).

3 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht Bundesprogramm Demokratie leben! Erste Förderperiode (2015 bis 2021), S. 20, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Publikationen/Abschlussbericht_Demokratie_leben_2015_-_2019.pdf [eingesehen am 16.12.2024].

4 Vgl. ebd.

5 Vgl. Grunow, Daniel: Bundesprogrammförderung zur Prävention von Linksextremismus und linker Militanz, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 138-145, hier S. 138.

6 Vgl. ebd.

troversen - um die Programmziele Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention. Dies gilt nicht nur für die adressierten Themen und Zielgruppen, sondern auch für die Verwendung von Begriffen und Konzepten wie das des Extremismus im Allgemeinen sowie des Linksextremismus im Besonderen: Während „Linke Militanz“ in der ersten Förderperiode des Bundesprogramms explizit als Themenfeld der Extremismusprävention ausgewiesen wurde, fand in der zweiten Förderperiode der Begriff des Linken Extremismus Eingang in das Bundesprogramm.

Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ war seit 2017 auch das Projekt „Bundesfachstelle Linke Militanz“, das am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen angesiedelt wurde. Das im Jahr 2010 gegründete Institut verfügt über langjährige Erfahrungen vor allem in der Parteien- und politischen Kulturforschung, die ab 2015 um das Projekt „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“ (FoDEx) erweitert wurde.⁷

Neben den vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen stellte die Bundesfachstelle damit eine der wenigen universitären Strukturen dar, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wurden. Sie wurde zunächst im Handlungsbereich Bund im Programmbereich „Strukturentwicklung bundeszentraler Träger“ vom BMFSFJ gefördert; seit Beginn der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms (2020–24) fungierte sie formell auch als „Kompetenzzentrum Linker Extremismus“. Die Förderung erfolgte im Handlungsfeld Extremismusprävention. Aus Erwägungen des Kontinuitätserhalts, doch insbesondere aus konzeptionellen Überlegungen heraus, wurde am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen in Abstimmung mit dem Fördermittelgeber der Begriff der „Linken Militanz“ als Projekttitle weitergeführt. Zentral für die Konzeption des Projekts war Dr. Matthias Micus, dessen Arbeit in der zweiten Förderperiode auf Projektmanagementebene von Dr. Jens Gmeiner, Alexander Deycke, Marie Bohla und Alexander Hensel unter wissenschaftlicher Leitung zunächst von Prof. Monika Oberle und anschließend von Prof. Simon Franzmann fortgeführt wurde.

Linke Militanz: Begriffsverständnis der Bundesfachstelle

Schon in den Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ waren die Begriffe „Linksextremismus“, „Linker Extremismus“ und „Linke Militanz“ nicht näher definiert. Die Bundesfachstelle hat im Zuge ihrer Gründung den Begriff der linken Militanz aufgegriffen und versucht, diesen als Alternative zu dem an der Extremismustheorie orientierten Konzept und Begriff des Linksextremismus zu etablieren.

⁷ Hierzu vgl. die FoDEx-Projektwebsite: <https://www.fodex-online.de/>

Der Begriff der linken Militanz war bis dahin weder in den Förderrichtlinien von „Demokratie leben!“ noch in der Politikwissenschaft, politischen Bildung oder Präventionsarbeit klar definiert oder etabliert. Seine Verwendung in den Sozialwissenschaften und in der Sozialen Arbeit resultiert primär aus theoretischen und praktischen Einwänden gegenüber der Extremismustheorie und -forschung.⁸ Die binäre Logik, der zufolge linke Extremist:innen die Demokratie gefährden, weil sie die Kernbestandteile des demokratischen Verfassungsstaats – also Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Pluralismus – ablehnen und bekämpfen, wird dabei als zu unterkomplex und dichotomisierend empfunden, als dass sie dem politischen Spektrum unserer Gesellschaft gerecht werden könnte.⁹ Zur Erfassung sozialwissenschaftlicher Dynamiken eignet sich dieser Begriff folglich nicht.

Überdies sollte der alternative Begriff der Militanz dem Umstand begegnen, dass mit dem Begriff des Linksextremismus eine Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus sowie eine Stigmatisierung legitimer, nicht demokratiefeindlicher, linksradikaler Gesellschaftskritik verbunden wird. Der Begriff soll eine Auseinandersetzung mit Phänomenen linker Radikalität ermöglichen, ohne im Vorhinein zu stigmatisieren, zugleich aber einen offenen Blick für demokratiefeindliche Aspekte linker Radikalität offenhalten.

Im Gegensatz zu anderen wurzelt der Militanz-Begriff im Sprachgebrauch linksalternativer beziehungsweise -radikaler Szenen. Dort wird er, etymologisch anschließend an das mittellateinische Verb *militare*, das mit „als Soldat dienen“ oder „Kriegsdienst leisten“¹⁰ übersetzt wird, etwa seit den 1970er Jahren häufig als Synonym für Gewalt gebraucht.¹¹ Dennoch lässt sich die Bedeutung von Militanz im radikal linken Sprachgebrauch nicht auf die Komponenten der Gewalt(-bereitschaft) reduzieren. Ähnlich wie „Radikalität“ steht hier Militanz für eine unnachgiebige, kompromisslose Haltung. Gleichwohl ist die Bedeutungsebene der Gewalt im Deutschen im Gegensatz zu romanischen und angelsächsischen Sprachen, wo „militant“ für den politischen Parteigänger beziehungsweise Anhänger steht, ungleich präsenter. Militanz als analytischer Begriff verengt den Blick also keineswegs auf die Gewaltfrage, vielmehr bietet er Raum für die Analyse einer politischen Gegen-

8 Zur Diskussion vgl. die Beiträge im Sammelband von Deycke et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen sowie Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020.

9 Vgl. Deycke, Alexander et al.: Orientierung im Feld der radikalen Linken, in: dies. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 9-27, hier S. 16-20.

10 Siehe PONS, URL: <https://de.pons.com/%C3%BCbersetzung/latein-deutsch/militare> [eingesehen am 16.12.2024].

11 Vgl. Viehmann, Klaus: „Militanz“ in: Thimmel, Stefan / Lösch, Bettina / Brand, Ulrich (Hrsg.): ABC der Alternativen. Von „Ästhetik des Widerstands“ bis „Ziviler Ungehorsam“, Hamburg 2007, S. 168 f.

kultur einschließlich der Problematisierung von Gewalt und demokratiefeindlichen Aspekten auf der Ideologieebene, ohne jedoch im Vorhinein zu urteilen und zu stigmatisieren.

Aufgaben, Schwerpunkte und Ansätze der Bundesfachstelle Linke Militanz

Gemäß den „Grundsätze[n] der Förderung im Handlungsbereich Bund im Rahmen des Bundesprogramms ‚Demokratie leben!‘“ für die Förderperiode 2019-24 nehmen Kompetenzzentren und -netzwerke verschiedene Aufgaben in ihrem Themenfeld wahr. Hierzu gehören:¹² die Bereitstellung und Weiterentwicklung themenbezogener Expertise durch die Sammlung und Aufbereitung fachbezogener Inhalte; die Organisation und Durchführung von Fachveranstaltungen und -austauschen, die insbesondere Professionalisierungsprozesse fördern sollen; die Bereitstellung von fachlicher Beratung, Informationen und Arbeitshilfen; den Transfer erfolgreicher Ansätze; die inhaltliche und pädagogische Qualifizierung von Fachpersonal und Multiplikator:innen; die Kooperation mit weiteren Akteur:innen im Themenfeld sowie die Unterstützung der (Weiter-)Entwicklung fachlicher Standards.

All die genannten Aufgaben sollten in erster Linie für andere Akteur:innen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung gestellt werden. Kooperationspartner:innen der Bundesfachstelle waren dabei zuvorderst die sogenannten im Themenfeld aktiven Modellprojekte.¹³ Diese bilden innerhalb des Bundesprogramms einen eigenen Handlungsbereich und entwickeln und erproben innovative Ansätze, die auch die Arbeit von Kompetenzzentrum und -netzwerken strukturieren. Zudem wurden zwei weitere Ziele formuliert, die für die Bundesfachstelle zentral waren: die Identifizierung und Bearbeitung neuer und aktueller Herausforderungen im Gegenstandsbereich sowie die Weiterentwicklung des Themenfelds mit Blick auf die präventiv-pädagogische Praxis, die im Folgenden näher ausgeführt werden.¹⁴

Die Bundesfachstelle Linke Militanz setzt vor diesem Hintergrund Begriffsverständnisse, Ansätze und Methoden fort, die sie bereits im Programmbereich „Förderung zur Strukturentwicklung bundeszentraler Träger“ im Rahmen der ersten Förderphase des Bundesprogramms als tauglich im Sinne der oben genannten

12 Vgl. dazu im Detail o. V.: Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Bund im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, 2022, S. 4, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerderung/220919_Grundsaeetze_der_Foerderung_Bund.pdf [eingesehen am 14.07.2024].

13 Vgl. ebd.

14 Siehe ebd., S. 5.

Aufgaben identifizierte, und entwickelt diese dort weiter, wo sie im Laufe der zweiten Förderperiode weitere Bedarfe feststellte.

Bereitstellung und Weiterentwicklung themenbezogener Expertise

Ein Aufgabenschwerpunkt der Bundesfachstelle bestand in der Weiterentwicklung von themenbezogener Expertise. Vielfältige Forschungen zu unterschiedlichen Aspekten des linken Radikalismus in Deutschland, vom autonomen Antifaschismus, über die Hausbesetzer bis zum Klimaaktivismus zielten darauf ab, das Grundlagenwissen zum Phänomen auszubauen. Die Forschung orientierte sich dabei vor allem an Konzepten der politischen Kulturforschung. Ihre Aufbereitung für die Fachpraxis erfolgte in ganz unterschiedlichen kommunikativen Formaten, wie etwa Studien, Broschüren, Artikeln in einem Online-Handbuch oder Podcasts.

Waren zunächst ethnografische Feldstudien zu lokalen Milieus geplant, verlagerte sich der Schwerpunkt der Forschung im Laufe des Projektes zunehmend auf spezifische Aktionsfelder (zum Beispiel Kampf gegen Gentrifizierung und um „Freiräume“, Antifaschismus, Antimilitarismus, Protest gegen Gefängnisse, Kampf gegen Symbole und Repräsentant:innen des Kapitals), Ideologeme (zum Beispiel Antiimperialismus, Autonomie, Postautonomie, [Post-]Operismus) und Rituale des Linken Radikalismus (Gipfelproteste, 1. Mai). Diese Verlagerung resultierte nicht zuletzt aus dem schwierigen Feldzugang, der szeneseitig oftmals nur „solidarisch“ Forschenden gewährt wird. Die Datenerhebung fokussierte sich daher stark auf die Analyse von Text-, Bild- und Videoquellen sowie die Beobachtung von Demonstrationen. Zeitschriften, Online-Portale - allen voran *indymedia.org* - sowie soziale Netzwerke boten einen reichen Datenfundus, wobei staatliche Verbotsmaßnahmen gegen verschiedene Plattformen immer wieder auch den Quellenzugang für Forschende erschwert haben.

Innerhalb der Forschungslandschaft, die sich durch die Brillen unterschiedlicher Konzepte und Begriffe mit linker Radikalität in Deutschland befasst, nahm die Arbeit der Bundesfachstelle eine Mittlerrolle ein. Ihr steht auf der einen Seite die „Extremismusforschung“ gegenüber, die sich stark auf die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden stützt und für die das Herausarbeiten von Gefahrenpotenzialen für den demokratischen Verfassungsstaat von besonderer Bedeutung ist; auf der anderen Seite findet sich eine in der Tendenz solidarische Bewegungsforschung, in der problematische Aspekte linker Radikalität eher geringe Aufmerksamkeit erfahren. Während die beiden genannten Ansätze zwar jeweils wertvolle Erkenntnisse generieren, jedoch kaum miteinander im Austausch stehen, bemühte sich die Bundesfachstelle um eine vermittelnde Position, welche die Stärken und Schwächen beider Seiten würdigt.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Themenfeld orientierte sich auch an Konjunkturen des öffentlichen Interesses. Ziel war es auch hier, bedarfsgerecht fundierte und verständliche Fachinformation zur Verfügung zu stellen, um so zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit Phänomenen linker Militanz beizutragen. So wurden nach dem Großereignis der G20-Protteste im Jahr 2017 in Hamburg oder in Verbindung mit den Klimaprotesten etwa postautonome Strömungen des linken Radikalismus in den Blick genommen, das Aktionsfeld Hausbesetzung im zeitlichen Zusammenhang mehrerer Räumungsereignisse aufgegriffen oder autonomer Antifaschismus vertieft bearbeitet, als sich öffentliche Aufmerksamkeit auf den Prozess gegen eine militante Antifa-Gruppe in Mitteldeutschland richtete. Das Gerichtsverfahren gegen die „Gruppe um Lina E.“ bot überdies auch Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzung mit Prozessen und Mustern von Geschlechterkonstruktion und Ikonisierung im linken Radikalismus (und teilweise darüber hinaus), während die breite, über die Grenzen der Szene weit hinausreichende Solidarität, welche die Angeklagte erfuhr, auch Anlass bot, die Befassung mit dem Verhältnis von Szene-Umfeld zu vertiefen. Die zunehmende Verbreitung von Verschwörungsdarstellungen durch digitale Medien im Allgemeinen und während der Coronapandemie im Besonderen war Ausgangspunkt, linksradikale Narrative auf verschwörungstheoretische Elemente zu untersuchen. Diese stehen wiederum in enger Verbindung zum linken Antisemitismus, der zwar durchgängig Gegenstand der wissenschaftlichen Arbeit der Bundesfachstelle war, aber infolge des 7. Oktober 2023 einen Relevanzschub erhielt.

Aktuelle Themenkonjunkturen wie die vorgenannten boten zudem wiederholt Gelegenheit, durch die Beantwortung von Presseanfragen zu einer sachlichen öffentlichen Debatte über linke Militanz beizutragen. Außerdem wurde der Austausch mit der sozialwissenschaftlichen Fachöffentlichkeit über Publikationen in Sammelbänden und Zeitschriften sowie die Durchführung von und Teilnahme an Fachveranstaltungen gesucht. Um Multiplikator:innen und Akteur:innen des Bundesprogramms, der sozialen Arbeit sowie der öffentlichen Verwaltung zu erreichen, wurden zielgruppengerechte Ansprachen verfolgt. Neben Themenbroschüren, FAQs und einem Online-Handbuch veröffentlichte die Bundesfachstelle Linke Militanz regelmäßig einen Podcast. Bedarfsabhängig wurde Fachwissen über Vorträge, Diskussionsveranstaltungen und Beratungsgespräche geteilt.

Präventiv-pädagogische Praxis im Themenfeld

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der Bundesfachstelle stellte die Bearbeitung des Themenfeldes Linke Militanz im Hinblick auf die präventiv-pädagogische Praxis dar. Hier stand das Projekt in der ersten wie auch in der zweiten Förderperi-

ode zunächst vor zwei grundlegenden Herausforderungen: Erstens ist Prävention ein auf die Zukunft gerichtetes Vorhaben, das durch gezielte Intervention, Angebote und Maßnahmen beeinflussen oder verhindern soll. Demnach setzt Prävention sowohl einen gültigen Konsens hinsichtlich einer Problemlage als auch das Wissen, wie dieser mittels pädagogischer Maßnahmen begegnet werden könnte, voraus. Anders als in anderen Präventionsbereichen – etwa dem gegen Rechts-Extremismus oder Jugendgewalt – kann im hiesigen Themenfeld weder auf eine exakte Problemlage noch auf evidenzbasierte Konzepte oder eine konkrete Praxis Bezug genommen werden. Die vor Beginn der zweiten Programmperiode bereits unternommenen präventiven Auseinandersetzungen mit dem Gegenstand anderer Akteur:innen wurden trotz der Vorgängerprogramme von „Demokratie leben!“ als „dürftig“ bezeichnet.¹⁵ Dies galt insbesondere für präventive Unternehmungen im Themenfeld durch Träger:innen und Akteur:innen außerhalb der durch das BMFSFJ geförderten Programme.

Zweitens musste die Frage beantwortet werden, was an linker Militanz überhaupt präventiv relevant und bearbeitungswürdig ist – was wiederum insbesondere für die Akzeptanz des präventiv-pädagogischen Angebots folgenreich ist. Denn durch ein Fokussieren auf den ersten Begriffsbestandteil der linken Militanz läuft man Gefahr, zwar radikal linke, jedoch legitime Politikentwürfe als präventions-, also ver-hinderungsbedürftig zu stigmatisieren, wenn nicht gar zu kriminalisieren, sofern sie unter dem Phänomen des Linksextremismus der Sicherheitsbehörden gefasst werden.

Die Trennlinie zwischen demokratiegefährdenden Elementen der linken Militanz und gesellschaftskritischen radikalen Positionen lag aus Projektperspektive zunächst in der An- und Hinwendung von und zu Gewalt als Mittel der Erreichung politischer Ziele. Demzufolge neigte die Bundesfachstelle Linke Militanz primär dazu, den Fokus auf den Begriffsteil Militanz zu legen.¹⁶ Ihre Manifestation zeigte sich in jüngerer und jüngster Vergangenheit in regelmäßigen Abständen anlässlich verschiedener, symbolisch aufgeladener (Protest-)Ereignisse wie dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2007, der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main 2015, dem G20-Gipfel in Hamburg 2017 sowie im Widerstand gegen die Kohlewirtschaft im Hambacher Forst und jüngst in Lützerath. Qualitativ und quantitativ manifestierte sich linke Militanz zuletzt im besonderen Maße anlässlich des Strafverfahrens gegen die Aktivistin Lina E. sowie im Zuge der hiergegen gerichteten „Tag X“-Demonstration 2023 in Leipzig. Ergänzend traten fortwährende Konflikte um urbane Freiräume und besetzte Häuser auf, die insbesondere durch Konfronta-

15 Vgl. Flümann, Gereon: Linke Militanz und politische Bildung, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 60-101, hier S. 64.

16 Vgl. ebd., S. 63.

tionen mit der Polizei regelmäßig militante Eskalation erfuhren, die wiederum aus einer vage als links zu charakterisierenden Intention heraus erfolgte.

Trotz des Fokus auf das Präventionsobjekt der Militanz ist der Ansatz der Bundesfachstelle Linke Militanz nicht gleichzusetzen mit dem der Gewaltprävention. Vielmehr adressiert sie auf inhaltlicher Ebene Formen der Ablehnung demokratischer, die Menschenrechte uneingeschränkt achtender Konfliktregulationsverfahren, deren Legitimation auf linken Ideologiefragmenten basiert.

Vor diesem Hintergrund bot die Bundesfachstelle pädagogischen Fachkräften und anderen Multiplikator:innen aus der politischen Bildungs- und Präventionsarbeit im formalen und non-formalen Bildungsbereich sowie in der Sozialarbeit Unterstützung an. Diese beachtete die für jeweilige Zielgruppen oder Regelpraxen zentralen Logiken und versuchte, bestehende Ansätze, Methoden und Maßnahmen im Umgang mit demokratiegefährdenden Elementen linker Radikalität zu erweitern. Im Zentrum standen dabei die Konzeption, Erprobung, Evaluierung und Verbreitung pädagogischer Materialien, deren Einsatz auf die Stärkung sogenannter Demokratiekompetenzen in einer jugendlichen Zielgruppe abzielte. Radikalität wurde dabei stets als ein dem Jugendalter gemäßes Phänomen begriffen.

Die Materialien - vornehmlich im Workshop- und Planspielformat - ermöglichen eine zielgruppengerechte Themenbearbeitung und können durch die anleitende Fachkraft bedarfs- sowie problemorientiert erweitert werden. Die Bundesfachstelle nutzte dabei sowohl aufklärungs- und medienpädagogische sowie demokratiefördernde Ansätze als auch Konzepte der politischen und historisch politischen Bildung. Diese Ansatzvielfalt reagierte auf die differente, pädagogisch zu bearbeitende Problemwahrnehmung im Themenfeld sowie auf die Heterogenität und Komplexität des Gegenstandes Linke Militanz. Dabei wurden unterschiedliche Inhaltsbereiche aufgegriffen, etwa Anti-Gentrifizierung als Aktionsfeld der radikalen Linken, die Differenzierung zwischen Legalität und Legitimität anhand historischer Proteste, Dynamiken der Radikalisierung sowie die Rechtfertigung von Gewalt in gruppeninternen Dynamiken, Geschlechterkonstruktionen in linken Szenen sowie Feindbilder und Utopien im Rahmen politischer Musik.

Darüber hinaus bot das Projekt Fortbildungen und Workshops für pädagogische Fachkräfte und andere interessierte Multiplikator:innen an. In deren Rahmen wurden Radikalisierungsprozesse, linke Ideologien, mobilisierende Elemente und die Diversität des linksradikalen Spektrums mit den Teilnehmenden thematisiert. Häufig diente eines der oben aufgelisteten Bildungsformate als Beispiel für einen Ansatz, wie Fachkräfte mit ihrer Zielgruppe zu den genannten Themen in ein konstruktives Gespräch kommen können. Außerdem wurden die Teilnehmenden in der autonomen Durchführung der Workshop- oder Planspielformate geschult. Beratungssuchende beziehungsweise Fortbildungsinteressierte wandten sich dabei nur sehr selten mit einer konkreten Problemlage aus ihrem jeweiligen Arbeitskontext

an die Bundesfachstelle Linke Militanz. Vielmehr basierte der mutmaßliche Bedarf auf dem sicherheitsbehördlich propagierten Triptychon der Gefahr durch rechten, islamistischen und linken Extremismus. Anspruch des Projektes war es dann auch, darüber aufzuklären, dass das, was gemeinhin unter dem Phänomen des Linksextremismus verstanden wird, in Quantität und Qualität aus wissenschaftlicher Perspektive nicht mit dem Phänomen des Rechtsextremismus zu vergleichen ist.

Zur vorliegenden Publikation

Zum Ende der aktuellen Förderperiode von „Demokratie leben!“ erscheint nun die vorliegende Abschlusspublikation. Sie bildet zugleich den Schlussakkord des Projekts „Bundesfachstelle Linke Militanz“, das in der bisherigen Form und am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen nicht weitergeführt wird. Damit endet eine über siebenjährige und, wie dargestellt, intensive, vielfältige, oft eben auch herausfordernde Auseinandersetzung mit Themen und Akteur:innen linker Militanz. Trotz aller Fortschritte und Erkenntnisse im Detail ist dieser Themenbereich, wissenschaftstheoretisch gesprochen, weiterhin nicht konsolidiert und bleibt damit herausforderungsvoll: Systematische Erkenntnisse über linke Militanz sind weiterhin rar, Theorien, Ansätze und Methoden wenig vielfältig und umstritten; praktische Ansätze sind dementsprechend weniger etabliert und umkämpft.

Vor diesem Hintergrund verfolgt die hiesige Publikation das Ziel, vorliegende spannende Erkenntnisse und ertragreiche Ansätze zu sammeln, zu sichern und zu diskutieren. Dabei wird versucht, was – nicht nur hier – zu selten passiert: Fach- und Erfahrungswissen zu vereinen, indem nicht nur Forschungsergebnisse, sondern auch über Jahre gesammelte praktische Erfahrungen und angestaute Erkenntnisse aus der Arbeit in einem politisch höchst polarisierten Feld zusammengetragen und verdichtet werden. Beides kann und soll dabei helfen, zukünftige Entwicklungen im Themenbereich zu unterstützen und zu flankieren.

Um diesem Anliegen gerecht zu werden, orientiert sich die vorliegende Publikation nicht an der Form des klassisch-akademischen Sammelbandes, sondern an der eines Readers. Dieser soll, im Wortsinn, ein Buch zum Lesen, Blättern und Stöbern sein, eines, in dem vorhandenes Wissen, breit und tiefgehend, aber auch verständlich zugänglich präsentiert wird. Die ausgewählten Beiträge wurden daher nicht nur von den Mitarbeiter:innen der Bundesfachstelle, sondern auch von Personen aus dem über die Jahre entstandenen Umfeld und Netzwerk verfasst. Sie stammen insofern von Praktiker- und Expert:innen aus den im Themenfeld aktiven Modellprojekten, politischer Bildung, Wissenschaft und Praxis. Das Wissen und die Erfahrungen all dieser Akteur:innen werden sowohl im Rahmen klassischer Analy-

sen als auch journalistischer Formate, wie Interviews und Kommentare, sowie von Bildungskonzepten und Erfahrungsberichten präsentiert.

Thematisch bewegt sich der Reader entlang der zuletzt bearbeiteten Schwerpunkte der Bundesfachstelle, hegt also keineswegs den Anspruch, frühere Publikationen in ihrer Breite und Tiefe neu aufzugreifen. Vielmehr nehmen die unterschiedlichen Beiträge Pfade und Perspektiven des Projekts auf, die für die Arbeit der Bundesfachstelle in den vergangenen beiden Jahren zentral waren. Hierzu gehören altbekannte Phänomene ebenso wie neue Äußerungsformen und Facetten linker Militanz. Diese wurden, jeweils verantwortet von thematisch zuständigen Mitarbeiter:innen, in insgesamt acht Dossiers versammelt. Ein „Einblick“ in das jeweilige Themenfeld und ausführliche Beiträge zu einzelnen Phänomenen selbst wie auch zum Umgang mit ihnen ermöglichen Leser:innen sowohl einen Überblick als auch eine vertiefende Auseinandersetzung.

Die Publikation gliedert sich in insgesamt drei Themenblöcke. Im *ersten Teil* geht es vor allem um inhaltliche Dimensionen linker Militanz, die in den letzten Jahren gesellschaftlich und politisch von besonderer Relevanz waren: In *Dossier 01* werden Grundlagen und Ausdrucksformen von Antisemitismus in der alten, der neuen sowie der postkolonialen Linken analysiert. Dabei werden die Wechselwirkungen zwischen Antisemitismus und Kapitalismuskritik sowie jüngste innerlinke Konflikte im Zuge des Gaza-Kriegs genauer beleuchtet. Und schließlich werden Ansätze zum politisch-pädagogischen Umgang vorgestellt. In *Dossier 02* geht es um linksmilitante Kern-Sujets: Zum einen werden regionale Eigenheiten des Antifaschismus in Ostdeutschland, Radikalisierungsprozesse in antifaschistischen Gruppen sowie Dynamiken der Massenproteste Anfang 2024 untersucht; zum anderen werden Merkmale und Veränderungen linker Stadtteile und des Aktionsfelds Häuserkampf analysiert. Schließlich werden in *Dossier 03* Gruppen und Aktionsformen des Klima-Aktivismus, insbesondere die Letzte Generation und Ende Gelände, sowie deren Verbindung zu klassischen linksradikalen Gruppen genauer untersucht. Hierbei werden zum einen organisationskulturelle Eigenheiten und zum anderen das Verhältnis zu militanten Aktionsformen analysiert und eingeordnet.

Im *zweiten Teil* des Readers geht es um Entwicklungen, die sich in verschiedenen Aktionsfeldern linker Militanz finden oder bedeutsam sind: die Bedeutung von Musik, Gender-Phänomene sowie Gewalt. *Dossier 04* präsentiert sodann Erkenntnisse zur bislang kaum erforschten Frage, wie linksradikale Ideen und militante Posen in politischer Musik kommuniziert werden. Dabei werden sowohl Utopien als auch Feindbilder analysiert sowie praktische Einblicke in die Arbeit von der Indizierungsstelle gewährt. *Dossier 05* untersucht die Rolle von Frauen in linksradikalen und -militanten Zusammenhängen, die zuletzt verstärkt in den Fokus der Forschung gerückt ist. Dabei werden Spannungen zwischen feministischen und linksradikalen Gruppen und Positionen sowie die Herausforderungen durch Sexismus

in vermeintlich progressiven Gruppen, auch geschlechtsspezifische Aspekte von Radikalisierungsprozessen beleuchtet. *Dossier 06* widmet sich dem Phänomen politischer Gewalt im linken Spektrum, deren historische und aktuelle Entwicklungen genauer untersucht werden. Hierbei werden sowohl die Legitimationsmuster linker Gewalt als auch die Erfassung und Interpretation durch sicherheitspolitische sowie polizeiliche Institutionen detailliert diskutiert.

Schließlich greift der *dritte Teil* des Readers Perspektiven aus dem und für die Praxis des Umgangs mit linker Militanz in der politischen Bildung und Präventionsarbeit auf. *Dossier 07* sammelt Erfahrungen und Lernprozesse - dazu blicken die Beiträge zum einen auf die Gesamt- und Detailentwicklung praktischer Ansätze und Projekte im Themenfeld linke Militanz zurück; zum anderen präsentieren und diskutieren sie Erfahrungen zur Überführung von Projekt-Ansätzen in sogenannte institutionelle Regelstrukturen. Im *Dossier 08* werden konzeptuelle Kontroversen dargestellt, die im praktischen Umgang mit linker Militanz eine zentrale Rolle spielen. Einerseits wird das Spannungsverhältnis zwischen politischer Bildung und Präventionsansätzen diskutiert sowie Chancen und Herausforderungen einer präventiven politischen Bildung beleuchtet, die sowohl emanzipatorische Ziele verfolgt als auch demokratiefeindlichen Entwicklungen entgegenwirkt, ohne dabei in Stigmatisierung oder Defizitorientierung zu verfallen. Andererseits werden Einsatz und Erfahrung des Konzepts der Brückennarrative in politischen Bildungskontexten reflektiert.

*

Am Ende von Projekten - und das ist vielen Strukturen von „Demokratie leben!“ wohlbekannt - setzen oftmals Nervosität und Fluchtbewegungen ein. Getrieben von der Unsicherheit und Ungewissheit, ob, wie und für wen Projekte weitergehen werden, beschreiten viele Mitarbeiter:innen neue Wege - und landen nicht selten in gänzlich anderen Bereichen. Mühsam aufgebaute Expertise und gesammelte Erfahrungen gehen dann für den Projektzusammenhang - Regelstrukturen hin oder her - weithin verloren. Die vorliegende Publikation hat zum Ziel, dem zumindest ein wenig entgegenzuwirken, indem sie in den letzten Jahren gewonnene Erkenntnisse und Erfahrungen unterschiedlicher Autor:innen vereint.

Ganz am Ende bedanken wir uns bei all denjenigen, die in den letzten sieben Jahren klug, kritisch und unverzagt die Bundesfachstelle Linke Militanz aufgebaut, getragen und unterstützt haben. Unser Dank gilt neben den Mitarbeiter:innen außerdem den Kolleg:innen aus Modellprojekten und den Expert:innen für ihre kenntnisreichen Beiträge sowie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Finanzierung unserer Forschung und Praxis. Zukünftigen Projekten in diesem Feld wünschen wir etwas Mut, viel Glück und alles Gute.

Göttingen, im Dezember 2024

Literaturverzeichnis

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht Bundesprogramm Demokratie leben! Erste Förderperiode (2015 bis 2021), S. 20, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Publikationen/Abschlussbericht_Demokratie_leben_2015_-_2019.pdf [eingesehen am 16.12.2024].
- Deycke, Alexander et al.: Orientierung im Feld der radikalen Linken, in: dies. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 9-27.
- Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021.
- Flümann, Gereon: Linke Militanz und politische Bildung, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 60-101.
- Grunow, Daniel: Bundesprogrammförderung zur Prävention von Linksextremismus zur Prävention von Linksextremismus und linker Militanz, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 138-145.
- Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020.
- O. V.: Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Bund im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, 2022, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerderung/220919_Grundsaeetze_der_Foerderung_Bund.pdf [eingesehen am 14.07.2024].
- Viehmann, Klaus: „Militanz“ in: Thimmel, Stefan/Lösch, Bettina/Brand, Ulrich (Hrsg.): ABC der Alternativen. Von „Ästhetik des Widerstands“ bis „Ziviler Ungehorsam“, Hamburg 2007.

Antisemitismus in der radikalen Linken

01

Inhalt

Einblick	20
„Free Palestine“?	23
Ergebnisse der Bundesfachstellen-Studie zu Reaktionen auf den Gaza-Krieg im linksradikalen Milieu Göttingens <i>Philipp Scharf</i>	
Judenfeindschaft und Antisemitismus in der Geschichte des Marxismus-Leninismus und des dogmatischen Staatssozialismus Osteuropas Ein Überblick <i>Andreas Neumann</i>	31
Antisemitismus in der Neuen Linken <i>Tom Pflücke</i>	42
Linker Antisemitismus in der politischen Bildung <i>Interview mit Bijan Razavi von der Bildungsstätte Anne Frank</i>	54
Übung: Erscheinungsformen von Antisemitismus <i>Projektteam F.A.N. Berlin Brandenburg</i>	63

In Deutschland findet sich die Hassideologie Antisemitismus vorwiegend in der politischen Rechten und im Islamismus – doch ist auch die Linke, historisch wie gegenwärtig, keineswegs frei davon.¹ Insbesondere ihre radikalen Vertreter:innen geben den progressiven Selbstanspruch von Gleichheit, Solidarität und Mitgefühl mit jenen, die geächtet, ausgegrenzt und angegriffen werden, dort auf, wo (in einer maximalen Position) das Existenzrecht Israels bestritten und (in einer Minimalposition) regelmäßig von klassischen antisemitischen Stereotypen durchzogene Kapitalismuskritik betrieben wird.

Insbesondere der israelbezogene Antisemitismus hat bei einem Teil der deutschen Linken seit Ende der 1960er Jahre Konjunktur. Seither ist er latent vorhanden und bricht sich unregelmäßig Bahn, oft vor dem Hintergrund eruptiver Gewaltereignisse im Nahen Osten. Die Folge sind lagerinterne Verwerfungen und Brüche, die sich über mehrere Generationen linken und linksradikalen Aktivismus' beobachten lassen. Eine Zäsur stellt der terroristische Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 dar. Die Rezeption dieses Ereignisses in der deutschen Linken wie auch deren Wahrnehmung in der deutschen Öffentlichkeit war und ist durch die medial präsenten propalästinensischen Demonstrationen geprägt.

Doch welche Akteur:innen mit welchem ideellen beziehungsweise ideologischen Hintergrund trugen und tragen den Antisemitismus genau? In welcher linken Traditionslinie stehen die beobachtbaren Akteur:innen und wer kooperiert mit ihnen? Derartige Fragen sind zentral, will man das Phänomen des linken Antisemitismus verstehen, gerade in seiner derzeitigen konkreten Gestalt auf propalästinensischen Demonstrationen oder in lagerinternen Flügelkämpfen. Bis dato werden die propalästinensischen Demonstrationen von linken, zumeist akademisch geprägten Gruppen dominiert, deren Handlungs- und Protestlegitimation einerseits auf die ideengeschichtlich relativ junge Denkschule des Postkolonialismus verweist; andererseits treten regelmäßig ultradogmatische stalinistisch-leninistisch imprägnierte Gruppen in Erscheinung. Sie versuchen, den Nahostkonflikt für die Anliegen ihres militanten Antiimperialismus² zu nutzen.

Zugleich ist hier die zeitgeschichtliche Nähe und Verschränkung beider Ideologien und der damit verbundenen Hassnarrative unstrittig. Vertreter:innen der Linken, die Israel pauschal als „koloniales Projekt“ diffamieren und ablehnen, gehen weit über eine legitime differenzierende Kritik an der israelischen Politik hinaus und versuchen, die beiden Komplexe Antizionismus und Antisemitismus voneinander zu trennen. Dabei ist unschwer zu erkennen, dass die fundamentale Negie-

1 Siehe auch den Debattenwegweiser Linker Antisemitismus auf der Website der Bundesfachstelle Linke Militanz, URL: <https://www.linke-militanz.de/debatten-wegweiser-linker-antisemitismus/> [eingesehen am 13.11.2024].

2 Siehe hierzu etwa den Handbuchartikel zu Antiimperialismus von Philipp Scharf, Bundesfachstelle Linke Militanz, URL: <https://www.linke-militanz.de/handbuch/antiimperialismus/> [eingesehen am 13.11.2024].

zung des seit 1948 bestehenden jüdischen Staates alle Bedingungen des israelbezogenen Antisemitismus erfüllt. Unterstützt wird diese Rechtfertigungsstrategie durch eine rege wissenschaftliche Debatte über verschiedene Definitionen von Antisemitismus. Dabei stehen sich Anhänger:innen der IHRA-Definition und der Jerusalemer Erklärung gegenüber. Die enorme politische Bedeutung dieses Diskursfeldes wird unter anderem durch die Antisemitismus-Bundestagsresolution³ von 2019 deutlich, deren Grundlage die IHRA-Definition ist.

Zu diesen und weiteren Aspekten zum Verständnis des Phänomens Linker Antisemitismus wurde an der Bundesfachstelle Linke Militanz nicht erst seit dem 7. Oktober 2023 gearbeitet. Schon seit Beginn der Coronapandemie und damit dem Aufkeimen vieler Verschwörungsnarrative richtete sich der Blick auf die Anfälligkeit der radikalen Linken für Verschwörungstheorien, die dort auch zu finden sind, insbesondere in Form des antisemitischen Stereotyps einer verkürzten, personifizierenden Kapitalismuskritik.⁴ Gegenwärtig ist diese Form zunehmend von einem israelbezogenen Antisemitismus überlagert.

Das vorliegende Dossier zum Linken Antisemitismus stellt ein Kondensat der Arbeit der Bundesfachstelle – auch und vor allem in Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen – zum Linkem Antisemitismus dar. Die Beiträge betrachten dabei unterschiedliche Facetten dieses Phänomens. Aufschluss über die gegenwärtig äußerst dynamische Diskurs- und Akteurskonstellation liefert der Beitrag von Philipp Scharf und Gregor Kreuzer: Am Fall der Universitätsstadt Göttingen analysieren sie, wie das Phänomen des linken Antisemitismus in der linksradikalen Szene seit dem 7. Oktober 2023 auftritt und verhandelt wird. Dabei fokussieren sie sowohl die (verzögerte) Reaktion tradierter Gruppen als auch den Aufstieg der monothematisch agierenden propalästinensischen Fraktion.

Dass linker Antisemitismus beileibe keine Erscheinung erst der jüngeren und jüngsten Vergangenheit ist, beschreibt Andreas Neumann in seinem Überblick über antisemitische Stereotype bei prominenten linken Vordenkern. Er zeigt: Solange es linkes Denken gibt, solange gibt es Antisemitismus in den eigenen Reihen. Zudem wird antisemitische Manifestation im dogmatischen Staatssozialismus der Sowjetunion und in den Blockstaaten Osteuropas umrissen. Von Interesse ist hier auch der Blick Moskaus auf den entstehenden jüdischen Staat.

3 Siehe auch aktuell den Antrag „Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“ der Fraktionen SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU, der als Reaktion auf den 7. Oktober 2023 entstand, den Bezug zur IHRA-Definition bekräftigt und im November 2024 im Bundestag beraten wird, URL: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1028310> [eingesehen am 13.11.2024].

4 Siehe etwa die entsprechenden Beiträge von Martin Kloke und Alexander Deycke / Tom Pflücke, in: dies. (Hrsg.): Verschwörungstheorien in phänomenübergreifender Perspektive vor dem Hintergrund der Coronakrise, Bundesfachstelle Linke Militanz, 2021, URL: <https://www.linke-militanz.de/publikationen/verswoerungstheorien-in-phaenomenuebergreifender-perspektive-vor-dem-hintergrund-der-coronakrise/> [eingesehen am 13.11.2024].

An die Analyse der Alten Linken schließt der Beitrag von Tom Pflücke an. Er gibt einen Überblick über die Entwicklung des Antisemitismus in und seit der Neuen Linken und zeigt aktuelle Entwicklungen auf.

Wie linkem Antisemitismus in der politischen Bildungsarbeit begegnet wird, erläutert Bijan Razavi von der Bildungsstätte Anne Frank im Interview. Er weist unter anderem auf das Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus hin, zweier Hassideologien, die gegenwärtig allzu oft in ein krudes Konkurrenzverhältnis gesetzt werden, wo sie doch – so Razavi – nur zusammen verstanden und bekämpft werden können.

Wie mit Antisemitismus in der politischen Bildungspraxis ganz konkret umgegangen werden kann, beschreibt abschließend der Beitrag des F.A.N.-Projektteams mit einem Konzeptpapier für eine etwa fünfzigminütige Übung (mit Gruppenarbeits- und Diskussionsanteilen) zu Erscheinungsformen von Antisemitismus.

Literaturhinweise

Bundesfachstelle Linke Militanz: Debattenwegweiser Linker Antisemitismus, URL: <https://www.linke-militanz.de/debatten-wegweiser-linker-antisemitismus/> [eingesehen am 13.11.2024].

Bundestagsfraktionen von SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU: „Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“, URL: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1028310> [eingesehen am 13.11.2024].

Deycke, Alexander und Pflücke, Tom: Linksradikalismus und Verschwörungsgedanken in der Coronapandemie, in: Dies. (Hrsg.): Verschwörungstheorien in phänomenübergreifender Perspektive vor dem Hintergrund der Coronakrise, URL: <https://www.linke-militanz.de/publikationen/verschwoerungstheorien-in-phaenomenuebergreifender-perspektive-vor-dem-hintergrund-der-coronakrise/> [eingesehen am 13.11.2024], S. 44-53.

Kloke, Martin: Corona als Trigger? Verschwörungserzählungen im Kontext des (linken) Antisemitismus, in: Deycke, Alexander und Pflücke, Tom (Hrsg.), Verschwörungstheorien in phänomenübergreifender Perspektive vor dem Hintergrund der Coronakrise, URL: <https://www.linke-militanz.de/publikationen/verschwoerungstheorien-in-phaenomenuebergreifender-perspektive-vor-dem-hintergrund-der-coronakrise/> [eingesehen am 13.11.2024], S. 28-36.

Scharf, Philipp: Handbuchartikel Antiimperialismus, Bundesfachstelle Linke Militanz, URL: <https://www.linke-militanz.de/handbuch/antiimperialismus/> [eingesehen am 13.11.2024].

„Free Palestine“?

Ergebnisse der Bundesfachstellen-Studie zu Reaktionen auf den Gaza-Krieg im linksradikalen Milieu Göttingens

Philipp Scharf

Seit dem Angriff der Hamas und einiger verbündeter Gruppen auf Israel am 7. Oktober 2023 wird in Deutschland mit einer neuen Intensität darüber debattiert, wie in diesem geopolitischen Konflikt moralisch und strategisch zu agieren sei. Schnell wurde jedoch auch die Debatte selbst – oder zumindest einige ihrer Bestandteile – zum Diskussionsgegenstand. Zentral wurde hierbei alsbald die Frage danach, ob die Debatte über den Gaza-Krieg selbst antisemitische Züge annimmt, welche Argumente und sprachlichen Figuren die Grenze zum Antisemitismus überschreiten und nicht zuletzt auch, welche Personenkreise antisemitische Chiffren verbreiten.

Während in der gesellschaftlichen Debatte über den Gaza-Krieg der Antisemitismus aus der gesellschaftlichen Mitte, aus rechtsradikalen und islamistisch orientierten Milieus kaum thematisiert wird,⁵ setzte sich das politische Feuilleton intensiv mit dem Verhältnis zwischen der politischen Linken und ihrem Antisemitismus auseinander. Bereits in den letzten Jahren hatten Nachrichten aus dem progressiven linken Kulturkosmos Konjunktur, welche das Verhältnis der Linken zum eigenen Antisemitismus kritisierten.⁶ Das Movens dieser (Selbst-)Bezeichnung ist sicherlich der Umstand, dass innerhalb linker Strukturen nun der progressive An-

5 Vgl. exemplarisch Kayman, Murat: Für Muslime gibt es keine schicksalhafte oder gar religiöse Pflicht zum Judenhass. Auch nicht aus Solidarität mit den Palästinensern, in: Neue Zürcher Zeitung, 05.07.2024, URL: <https://www.nzz.ch/feuilleton/fuer-muslime-gibt-es-keine-schicksalhafte-oder-gar-religioese-pflicht-zum-judenhass-auch-nicht-aus-solidaritaet-mit-den-palaestinensern-ld.1837773> [eingesehen am 05.11.2024].

6 Dies zeigte beispielsweise die Debatte um die documenta fifteen, siehe o. V.: Antisemitismus auf der documenta: „Ignoranz und Verharmlosung“, in: ndr.de, 07.02.2023, URL: <https://www.ndr.de/kultur/kunst/Documenta-Expertengremium-sieht-gravierende-Fehler-der-Leitung,documenta262.html> [eingesehen am 05.11.2024].

spruch mit dem mitunter regressiven Wirken konfligiert. Den universalistischen Werten von (Herrschafts-)Freiheit und Gleichheit steht somit vermeintlich ein Handeln gegenüber, das antiaufklärerisch und antisemitisch anmutet.

War die innerlinke Antisemitismus-Debatte also nichts Neues, erhöhte sich indes seit dem 7. Oktober die Frequenz, mit der Ereignisse medial ventiliert wurden. Ob das alternative Fusion-Festival,⁷ die Berlinale⁸ oder die Auseinandersetzungen an Berliner Universitäten:⁹ Zahlreiche Beispiele verdeutlichen, dass sich, massenmedial begleitet, ein Bruch innerhalb der Linken zu vollziehen scheint. Was zu diesem Zeitpunkt - trotz zahlreicher gut informierter journalistischer Beiträge¹⁰ - jedoch weitgehend fehlt, ist eine sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Reaktionen der radikalen Linken auf den Gaza-Krieg.

Hier setzt eine aktuelle Studie der Bundesfachstelle Linke Militanz an.¹¹ Am Beispiel der niedersächsischen Universitätsstadt Göttingen untersucht sie anhand von Selbstzeugnissen, wie die örtliche radikale Linke auf den Gaza-Krieg reagiert, welche Argumentationsmuster sich abzeichnen und wie die anknüpfenden identitären Verschiebungen das hiesige Milieu beeinflussen.

Antisemitismus: Konflikt und Kontroverse

So zeigt sich, dass die Frage danach, was als antisemitisch zu gelten hat und was nicht, selbst zum Wesensmerkmal aktivistischer Theorie und Praxis wird. Die bewegungsexterne journalistische Debatte wird also auch innerhalb der Bewegung mit harten Bandagen, großem konfrontativen Potenzial und ebenso großer Leidenschaft geführt. Die analytische Herausforderung besteht nun darin, diesen Diskurs in seiner Komplexität zu erfassen und seine Effekte nachzuzeichnen. Insbesondere weil in der innerlinken Debatte verschiedene Antisemitismusdefinitionen mitein-

7 Dierolf, Kristen und Lelle, Nikolas: Die Ferienintifada wurde abgewendet, in: Jungle World, 11.07.2024, URL: <https://jungle.world/artikel/2024/28/antisemitismus-fusion-festival-die-ferienintifada-wurde-abgewendet> [eingesehen am 05.11.2024].

8 Vgl. o. V.: Solidarität mit Gaza, Schweigen zur Hamas, in: Spiegel Online, 25.02.2024, URL: <https://www.spiegel.de/kultur/israel-kritik-auf-der-berlinale-solidaritaet-mit-gaza-schweigen-zur-hamas-a-0883b82f-2844-4490-924f-f1632f6e766b> [eingesehen am 05.11.2024].

9 Vgl. exemplarisch Frenkel, Beate und Haselrieder, Michael: Jüdischer Student verklagt FU Berlin, in: ZDF Heute, 25.06.2024, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/fu-berlin-juedischer-student-klage-antisemitismus-100.html> [eingesehen am 05.11.2024].

10 Vgl. etwa Schipkowski, Katharina / Kühn, Timm / Schleiermacher, Uta: Linke Orte unter Druck, in: taz.de, 06.10.2024, URL: <https://taz.de/Antiimperialisten-gegen-Antideutsche/!6038266/> [eingesehen am 05.11.2024].

11 Dieser Artikel basiert auf Scharf, Philipp und Kreuzer, Gregor: Welcher Antisemitismus? Der Gaza-Krieg in lokalen linken Zusammenhängen am Beispiel Göttingens, Göttingen 2024.

ander um Deutungshoheit ringen. Je nachdem, ob eine enge oder eine breite Definition angelegt wird, verschiebt sich die Grenze, woran Antisemitismus erkennbar wird. Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) – die einzige zwischenstaatliche Organisation, deren Zweck die Aufklärung, Erforschung und Erinnerung des Holocaust ist – definiert Antisemitismus wie folgt:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“¹²

Diese Definition schließt explizit repräsentative Organe – wie etwa auch den Staat Israel – ein. „Gerade weil Israel heute eine so bedeutende Rolle für jüdische Identität spielt“, so der Sozialwissenschaftler Lars Rensmann, „ist israelbezogener Antisemitismus in fast allen [...] Formen heutiger Judenfeindschaft präsent.“¹³ Die konkurrierende Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA) versteht Antisemitismus als „discrimination, prejudice, hostility or violence against Jews as Jews (or Jewish institutions as Jewish)“¹⁴. Während die IHRA-Definition noch stärker auf *Wahrnehmungsprozesse* rekurriert, ist in der JDA nur noch von „Juden als Juden“ die Rede. Auch Repräsentationsorgane sind hier nicht explizit genannt; es geht also beispielsweise konkret politisch um die Frage, ob und wie Israel kritisiert werden kann beziehungsweise sollte (Stichwort: „Israelkritik“) oder ob die „Boycott, Divestment, Sanctions“- (BDS)-Bewegung, welche die wirtschaftliche wie politische Isolation Israels anstrebt, eine legitime Akteurin ist.

Weiterhin zeigt sich in der Debatte, dass die „wahren“ Antisemiten stets diejenigen sind, die nicht der eigenen Definition zustimmen – und zumeist einem anderen innerlinken Lager angehören. So manifestierte sich in Göttingen bis zum Sommer 2024 ein propalästinensisches Milieu, das in seiner monothematischen Ausrichtung und der Vehemenz seiner Forderungen bis dahin in dieser Form noch nicht existiert hatte. Insbesondere zwei Protestbündnisse, die Students for Palestine (SfP) und die Zivilgesellschaft für Gerechtigkeit (ZfG), traten hier sehr aktiv auf. Im Kontext des Gaza-Krieges fordern die beiden Gruppen eine „sofortige Waf-

12 International Holocaust Remembrance Alliance: Arbeitsdefinition von Antisemitismus, URL: <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> [eingesehen am 25.01.2024].

13 Rensmann, Lars: Israelbezogener Antisemitismus. Formen, Geschichte, empirische Befunde, in: bpb.de, 11.02.2021, URL: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/326790/israelbezogener-antisemitismus/> [eingesehen am 02.08.2024].

14 Jerusalem Declaration on Antisemitism, URL: <https://jerusalemdeclaration.org/> [eingesehen am 10.09.2024].

fenruhe“ sowie den Kampf gegen „Genozid, Apartheid [und] ethnische Säuberungen“¹⁵.

Doch woraus sind diese neugegründeten Gruppen entstanden und welche Merkmale weisen sie auf? Beide Gruppen stehen in einer postkolonialen Theorietradition, die in ihrem Selbstanspruch antirassistisch ist; sie kreisen um Konzepte und Vorstellungen wie Opfersolidarität oder die Unterstützung von Betroffenen und deren Perspektive. Damit beziehen sie sich zwar auf eine genuin linksradikale Theorietradition, setzen insgesamt jedoch andere Akzente als in Göttingen etablierte Gruppen und fordern so das bestehende Politikangebot heraus.

SfP und ZfG verstehen Antisemitismus als ein Unterdrückungsmechanismus, der strukturell analog zu anderen wirkt, wie etwa Rassismus. Dementsprechend unterscheiden sie zwischen (illegitimem) Antisemitismus und (legitimer) Kritik am Staat Israel. Dabei wird der Staat Israel gedanklich mit dem Zionismus verquickt, der Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen jüdischen Nationalbewegung. Zionismus wird von Vertretern der postkolonialen Denkschule oft als eine Form von Rassismus verstanden.

So heißt es beispielsweise in einer Stellungnahme der Students for Palestine Göttingen: „One cannot be truly anti-racist without being anti-Zionist.“¹⁶ Dieser Logik folgend, würden (weiße) Juden in Gaza arabische Palästinenser rassistisch wie kolonialistisch unterdrücken. Beide Gruppen schreiben diesbezüglich in einem gemeinsamen Statement:

„We also consider it important to challenge the equation of anti-Zionism with anti-Semitism, which has been an instrument to criminalize immigrants and Palestine solidarity groups in Germany. [...] We time and again reiterate that such accusations, of ‚anti-semitism‘ or ‚support for terrorism‘ directed at any criticism of Zionism or genocide in Gaza are racist, and part of colonial tropes that criminalize all politics against Zionism and far-right, fascist Israeli government. Many of the victims of such racist accusations in Germany are Jewish people themselves and Palestinians.“¹⁷

Reaktionen anderer linker Gruppen

Gerade weil sich die propalästinensische Szene auf traditionell linke Konzepte bezieht, aber mit anderen linken Positionen bricht, stößt sie massive innerlinke Kritik

15 Zivilgesellschaft für Gerechtigkeit/@z.f.g_48: Post vom 16.11.2023, in: Instagram, URL: <https://www.instagram.com/p/CzuSg-PNrMX> [eingesehen am 10.09.2024].

16 Students for Palestine Göttingen/@studentsforpalestine_goe: Post vom 10.04.2024, in: Instagram, URL: <https://www.instagram.com/p/C5mB6w7sLDF> [eingesehen am 10.09.2024].

17 Students for Palestine Göttingen/@studentsforpalestine_goe: Post vom 19.03.2024, in: Instagram, URL: <https://www.instagram.com/p/C4tfYzxMHGo> [eingesehen am 10.09.2024].

und folglich auch Auseinandersetzungen an. In der innerlinken Kontroverse treten nun komplexe Identitätsbildungsprozesse zutage, die sich entlang tiefer liegender Konfliktlinien strukturieren. Der emanzipative Anspruch der radikalen Linken, der sich in ihren Kämpfen gegen gesellschaftliche Unterdrückungsmechanismen wie Rassismus, Sexismus oder auch Rechtsradikalismus ausdrückt, scheint sich in der Debatte auf den vermeintlichen Zielkonflikt zwischen Antisemitismuskritik und Antirassismus zu reduzieren. Die Auseinandersetzung mit dem und das Verhältnis zum Antisemitismus lässt diese Konflikte nun zeitweilig in den Hintergrund treten und wird letztlich somit zum internen Abgrenzungsmerkmal.

Im politischen Umfeld Göttingens, das sich durch ein reichhaltiges Protestreservoir auszeichnet, bewegen sich die entstehenden Gruppen in bereits bestehenden und verflochtenen Netzwerken. Ihr Aufstieg führt hier zu einer Diversifizierung des linksradikalen Milieus. Dabei verharren sie in einer gewissen Außenseiterposition. Praktisch kommt es in Göttingen selten zu einer Zusammenarbeit zwischen etablierten linksradikalen Gruppen und ihren postkolonialen Herausforderern. Lediglich zwischen antiimperialistischen und postkolonialen Gruppierungen bestehen ideologische Schnittmengen und daher auch partielle Kooperationen. Redical [M], ein bedeutsames postautonomes Bündnis der Stadt, veröffentlichte indes einen antisemitismuskritischen Text, der eine klare Positionierung gegen das postkoloniale Spektrum darstellt. In der Kritik heißt es deutlich:

„Die Unmöglichkeit der Repräsentation der eigenen Leid- und Diskriminierungserfahrung durch Andere wird zum alleinigen Ausgangspunkt der Kritik erklärt. Nur wer von einer Unterdrückungsform betroffen ist, kann die Wahrheit darüber sprechen. Dessen Perspektive ist unmittelbar normativ und es braucht keine weitere Kritik der Verhältnisse und keinen Streit um Begriffe und Analysen. Dabei wird übersehen, dass jede Artikulation einer Erfahrung bereits durch Theorien und Begriffe vermittelt ist und dass gerade in diesen Strömungen häufig schablonenhaftes Denken reproduziert wird.“¹⁸

Die Statements aller am Konflikt beteiligten Gruppen deuten darauf hin, dass die Auseinandersetzung um Antisemitismus als ein identitär aufgeladenes Thema behandelt wird. Der Text von Redical [M] knüpft an eine kritische Denktradition an,

Freie Übersetzung: „Wir halten es auch für wichtig, die Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus infrage zu stellen, welche ein Instrument zur Kriminalisierung von Einwanderer*innen und Palästina-Solidaritätsgruppen in Deutschland war. [...] Wir bekräftigen immer wieder, dass solche Anschuldigungen des ‚Antisemitismus‘ oder der ‚Unterstützung des Terrorismus‘, die sich gegen jede Kritik am Zionismus oder Völkermord in Gaza richten, rassistisch und Teil kolonialer Tropen sind, die jegliche Politik gegen den Zionismus und gegen die rechtsextreme, faschistische israelische Regierung kriminalisieren. Viele der Opfer solcher rassistischer Vorwürfe in Deutschland sind selbst Juden und Palästinenser.“

18 Basisgruppe Antifaschismus Bremen et al.: Der 7. Oktober und seine Folgen, 13.06.2024, URL: <http://basisgruppe-antifa.org/wp/debattenbeitrag/> [eingesehen am 30.07.2024].

die insgesamt auf eine theoretische Renaissance antisemitismuskritischen Denkens hinweist.

Verschiebung linksradikaler Tektonik

Ob die Protestlandschaft Göttingens sich nachhaltig verändert, ist zu diesem Zeitpunkt noch offen und hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit es ZfP und SfP gelingt, dauerhaft zu mobilisieren und über ihre monothematische Fokussierung hinaus Personen zu rekrutieren. Eine Institutionalisierung und dauerhafte Etablierung als eigenständige Gruppierungen scheint aufgrund gerade dieser thematischen Engführung derzeit eher unwahrscheinlich und hängt insofern davon ab, ob jenseits der temporären Mobilisierbarkeit des aktuellen Konflikts eine inhaltliche wie organisatorische Öffnung gelingt. Abgesehen davon scheinen sie - jedenfalls bis auf Weiteres - über ein nicht unwesentliches Milieu- und Mobilisierungsreservoir zu verfügen.

Die Göttinger radikale Linke insgesamt changiert derzeit zwischen Stabilität und Neuerung. Die gefestigte Paradigmenkonkurrenz scheint zu einer Multipolarität der radikalen Linken (nicht nur) in Göttingen zu führen. Der hier stattfindende Konflikt ist jedoch keinesfalls von direkten oder gewaltförmigen Konfrontationen geprägt. Vielmehr trafen lautstark und außenwirksam agierende neue Gruppen lange Zeit auf beredtes Schweigen seitens etablierter Akteure. Erst spät positionierte sich Redical [M], während andere linke/linksradikale Gruppen vollständig auf eigene Stellungnahmen verzichteten und sich eher dem politischen Tagesgeschäft widmeten. Statt einer Fokussierung auf die akute Krise im Nahen Osten scheint sich also vielmehr ein Rückzug auf andere Kernanliegen der linksradikalen Bewegung, wie etwa Geschlechtergerechtigkeit, Antifaschismus oder der Kampf gegen die Klimakrise, zu vollziehen.

Jenseits dieses derzeitigen Rückzugs könnte aus bewegungsforscherischer Perspektive hierin das ungebrochen große Gelegenheitsfenster liegen, das sich durch die interne Antisemitismusdebatte auftut. Einerseits kann eine ideologische Neujustierung stattfinden, die das jeweilige Verhältnis zu antiimperialistischen oder postkolonialen Bewegungsteilen klärt. Der inhaltliche Konflikt könnte somit zu einer Diversifikation der Bewegung führen, die sich in klar konturierte Lager aufspaltet. Strukturell könnte sich eine wiedererstarkende Demarkationslinie zwischen einem antisemitismuskritischen und israelsolidarischen sowie einem rassistismuskritischen und palästinasolidarischen Lager bilden.

Andererseits dient die Auseinandersetzung der politischen Selbstvergewisserung; politische Identitäten können in Wandlungsprozessen (neu-)gebildet werden. Dennoch sieht sich die radikale Linke - nicht zuletzt aufgrund der postkolonialen

Herausforderung – mit dem Problem konfrontiert, die Gleichzeitigkeit multipler Unterdrückungserfahrungen anzuerkennen und die damit einhergehenden Probleme zu bearbeiten. Der in Göttingen stattfindende Konflikt könnte darauf hindeuten, dass bereits etwas ins Rutschen geraten ist.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Basisgruppe Antifaschismus Bremen et al.: Der 7. Oktober und seine Folgen, 13.06.2024, URL: <http://basisgruppe-antifa.org/wp/debattenbeitrag/> [eingesehen am 30.07.2024].
- Dierolf, Kristen und Lelle, Nikolas: Die Ferienintifada wurde abgewendet, in: Jungle World, 11.07.2024, URL: <https://jungle.world/artikel/2024/28/antisemitismus-fusion-festival-die-ferienintifada-wurde-abgewendet> [eingesehen am 05.11.2024].
- Frenkel, Beate und Haselrieder, Michael: Jüdischer Student verklagt FU Berlin, in: ZDF Heute, 25.06.2024, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/fu-berlin-juedischer-student-klage-antisemitismus-100.html> [eingesehen am 05.11.2024].
- International Holocaust Remembrance Alliance: Arbeitsdefinition von Antisemitismus, URL: <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> [eingesehen am 25.01.2024].
- Kayman, Murat: Für Muslime gibt es keine schicksalhafte oder gar religiöse Pflicht zum Judenhass. Auch nicht aus Solidarität mit den Palästinensern, in: Neue Zürcher Zeitung, 05.07.2024, URL: <https://www.nzz.ch/feuilleton/fuer-muslime-gibt-es-keine-schicksalhafte-oder-gar-religioese-pflicht-zum-judenhass-auch-nicht-aus-solidaritaet-mit-den-palaestinensern-ld.1837773> [eingesehen am 05.11.2024].
- O. V.: Antisemitismus auf der documenta: „Ignoranz und Verharmlosung“, in: ndr.de, 07.02.2023, URL: <https://www.ndr.de/kultur/kunst/Documenta-Expertengremium-sieht-gravierende-Fehler-der-Leitung,documenta262.html> [eingesehen am 05.11.2024].
- O. V.: Solidarität mit Gaza, Schweigen zur Hamas, in: Spiegel Online, 25.02.2024, URL: <https://www.spiegel.de/kultur/israel-kritik-auf-der-berlinale-solidaritaet-mit-gaza-schweigen-zur-hamas-a-0883b82f-2844-4490-924f-f1632f6e766b> [eingesehen am 05.11.2024].
- Rensmann, Lars: Israelbezogener Antisemitismus. Formen, Geschichte, empirische Befunde, in: bpb.de, 11.02.2021, URL: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/326790/israelbezogener-antisemitismus/> [eingesehen am 02.08.2024].

Scharf, Philipp und Kreuzer, Gregor: Welcher Antisemitismus? Der Gaza-Krieg in lokalen linken Zusammenhängen am Beispiel Göttingens, Göttingen 2024.

Schipkowski, Katharina / Kühn, Timm / Schleiermacher, Uta: Linke Orte unter Druck, in: taz.de, 06.10.2024, URL: <https://taz.de/Antiimperialisten-gegen-Antideutsche!/6038266/> [eingesehen am 05.11.2024].

Students for Palestine Göttingen/@studentsforpalestine_goe: Post vom 19.03.2024, in: Instagram, URL: <https://www.instagram.com/p/C4tfYzxMHGo> [eingesehen am 10.09.2024].

Students for Palestine Göttingen/@studentsforpalestine_goe: Post vom 10.04.2024, in: Instagram, URL: <https://www.instagram.com/p/C5mB6w7sLDF> [eingesehen am 10.09.2024].

Zivilgesellschaft für Gerechtigkeit/@z.f.g_48: Post vom 16.11.2023, in: Instagram, URL: <https://www.instagram.com/p/CzuSg-PNrMX> [eingesehen am 10.09.2024].

Judenfeindschaft und Antisemitismus in der Geschichte des Marxismus- Leninismus und des dogmatischen Staatssozialismus Osteuropas

Ein Überblick

Andreas Neumann

Antisemitische Stereotype bei linksradikalen Vordenkern

Antisemitismus wohnte dem Marxismus-Leninismus nie konstitutiv inne, anders als etwa dem Nationalsozialismus. Dies bedeutet jedoch nicht, dass es in der weitverzweigten Geschichte des Sozialismus nicht zu judenfeindlichen und antisemitischen verbalen Entgleisungen, zu damit in Zusammenhang stehender repressiver Verfolgung und auch darauf zurückzuführenden mörderischen Manifestationen gekommen ist. Schon Karl Marx – obwohl selbst aus einer Rabbinerfamilie kommend und darum antijüdischen Anfeindungen ausgesetzt – pflegte politische Gegner und Zeitgenossen mit judenfeindlichen Stereotypen zu belegen, so etwa Ferdinand Lassalle, den Mitinitiator und Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV). Diesen beschimpfte er in einem Brief an Friedrich Engels als „jüdischen Nigger“, da dieser ihm kein Geld leihen wolle, um ihn aus einer finanziellen Bredouille zu helfen.¹⁹ Marx' 1843 verfasste Schrift „Zur Judenfrage“ hat in Anlehnung an die Junghegelianer zwar zum Ziel, die Emanzipation von jeglicher Religion zu befördern, also auch diejenige vom Judentum. Er nutzt in der Begründung jedoch deutlich antisemitische Stereotype, wenn er den Eigennutz als den

19 Dazu und zu den auch rassistischen Implikationen siehe Hund, Wulf D.: Der ‚jüdische Nigger‘ Lassalle. Marginalie zu einem Brief von Karl Marx, in: Sozial. Geschichte Online. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, Jg. 24 (2018), S. 103-129.

weltlichen Grund, den Schacher als den weltlichen Kultus und das Geld als den weltlichen Gott des Judentums bezeichnet.²⁰ Sein Eintreten für die Emanzipation sowie die Gleichberechtigung von Jüdinnen:Juden stellt dazu keinen Widerspruch dar, sondern liegt genau im Trend der Zeit: Seit der Aufklärung gab es für Jüdinnen:Juden die Möglichkeit, sich durch Assimilation zu emanzipieren und Staatsbürger:innen zu werden, aber eben nicht als Jüdinnen:Juden. Der *gute Jude* war der *Un-Jude*.²¹

Karl Marx war nicht der einzige progressive Denker und Revolutionär, der durch antisemitische Ressentiments auffiel. 1873 schrieb der russische Anarchist Michail Bakunin über Marx, dieser sei ehrgeizig und eitel, streitsüchtig, unduldsam und absolut wie Jehova, der Herrgott seiner Vorväter, und wie dieser rachsüchtig bis zum Wahnsinn.²² Bakunin suggerierte, die jüdische Welt stünde heute zum großen Teil einerseits Marx, andererseits Rothschild zur Verfügung²³, und verbreitete auf diese Weise früh jene Verschwörungstheorien, die das jüdische Kapital und den jüdischen Kommunismus miteinander verbanden. Schon zuvor hatte er Jüdinnen:Juden als eine ausbeuterische Sekte beschrieben, als ein Blutegelvolk, als einen einzigen fressenden Parasiten. *Der Jude*, so Bakunin, spekuliere in die Arbeit des Volkes. Und der Frühsozialist Charles Fourier beschrieb Jüdinnen:Juden als völlig unproduktive Rasse, ja sah in ihnen eine Pest, die den Körper der Gesellschaft verwüste. Alphonse Toussenel, ein Schüler Fouriers, gilt aufgrund seiner Schrift „Die Juden, Könige der Epoche. Eine Geschichte des Finanzfeudalismus“ aus dem Jahr 1846 sogar als ein Mitbegründer des modernen Antisemitismus.²⁴

Linksradikale Kapitalismuskritik als Einfallstor für Antisemitismus

Mit der Arbeitswerttheorie²⁵ hält aber auch eine Annahme in Marx' philosophisches Werk Einzug, die strukturell späteren antisemitischen Narrativen der völk-

20 Vgl. Marx, Karl: Zur Judenfrage, in: ders. und Engels, Friedrich: Werke. Bd. 1, Berlin (Ost) 1976, S. 347-377 [1843], S. 372.

21 Vgl. Rabinovici, Doron und Sznajder, Natan: Neuer Antisemitismus: Die Verschärfung einer Debatte, in: Heilbronn, Christian / Rabinovici, Doron / Sznajder, Natan (Hrsg.): Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte, Berlin 2019, S. 9-27, S. 15.

22 Vgl. Bakunin, Michael: Gesammelte Werke, Bd. 3, Berlin 2024, S. 115.

23 Vgl. ebd., S. 209.

24 Für einen Überblick siehe Haury, Thomas: Antisemitismus von Links. Facetten der Judenfeindschaft, Berlin 2019, URL: <https://www.schule-ohne-rassismus.org/wp-content/uploads/2020/03/Baustein-8-Antisemitismus-von-Links-web.pdf> [eingesehen am 14.11.2024], S. 9f.

25 Vgl. Marx, Karl: Das Kapital, in: ders. und Engels, Friedrich: Werke. Bd. 23, Berlin (Ost) 1968 [1867], S. 223 f.

schen Bewegung ähnelt. Marx unterscheidet zwischen konstantem Kapital, das aus den Produktionsmitteln entsteht, jedoch dem fertigen Erzeugnis keinerlei Mehrwert zufügt, und dem variablen Kapital, das aus der Arbeitskraft erwächst und allein den Wert des Produkts steigert. Die Arbeitswerttheorie weist gewisse Analogien zu dem Figurengegensatz vom bösen „raffenden“, das heißt jüdischen Finanzkapital und der guten „schaffenden“ deutschen Arbeitskraft – welche die deutsche Industrie miteinschließt – auf. Für den Marxismus typisch, fetischisiert sie die manuelle Arbeit, indem sie suggeriert, allein diese sei etwas produktiv Schaffendes. Währenddessen steigere der Kapitalist, der den Produktionsprozess organisiert, für diesen alles Nötige bereitstellt, eventuell auch die Idee zu dem Vorhaben beisteuere, den Wert des Produktes nicht. Dafür behalte er aber anschließend den von den Arbeiter:innen geschaffenen Mehrwert einfach ein, beute diese also aus.²⁶

Diese in Ansätzen wahrnehmbare Affinität zwischen Kapitalismuskritik und modernem Antisemitismus – also dem abstrakten Zerrbild vom *mächtigen Juden*, der als Finanzkapitalist *par excellence* nicht nur im Geheimen die Weltwirtschaft beherrscht, sondern auch Politik und Medien lenkt – kommt nicht von ungefähr. Moïse Postone verweist im Kontext des eliminatorischen Erlösungsantisemitismus des Nationalsozialismus darauf, dass im modernen Antisemitismus der Kapitalismus biologisiert und das Abstrakte personifiziert wird. In seinem erkenntnistheoretischen Ansatz, der auf die polit-ökonomische Dimension des modernen Antisemitismus abhebt, bezieht er sich auf den von Marx diagnostizierten Doppelcharakter der Ware – nämlich deren konkret nützlichen, qualitativen Gebrauchswert sowie deren abstrakt-quantitativen Tauschwert. Die Enttäuschung über die gebrochenen liberalen Versprechen der frühbürgerlichen Phase sowie der Aufklärung hatte in der bürgerlichen Gesellschaft eine Aufspaltung der Zirkulationsspirale zur Folge: Der Gebrauchswert wird darin zur als natürlich wahrgenommenen Ware, die durch die Kraft händischer Arbeit erschaffen worden ist, und der Tauschwert zum als künstlich und abstrakt interpretierten Geld. Das Unsichtbare sowie Anonyme und Abstrakte der Ware – der Wert an sich, das Geld, aber auch das Finanzkapital, die Banken, der Zins sowie die Folgen des Kapitalismus im Allgemeinen – naturalisiert und personifiziert sich nun im *Juden*.²⁷ Kommunist:innen und Sozialist:innen aller Couleur, gerade mit ihrem grundsätzlich ablehnenden Blick auf den Kapitalismus, scheinen vor dieser Art verkürzter Kapitalismuskritik nicht immer gefeit. Dies ver-

26 Vgl. Neumann, Andreas: Der antisemitisch aufgeladene Trotzismus-Vorwurf. Ein Beitrag zur Feindbildkonstruktion im Stalinismus, in: ders. und Bilavsky, Jörg von: Geschichte vor Ort und im virtuellen Raum. Einblicke in die Arbeit an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Wiesbaden 2022, S. 143-172, hier S. 150.

27 Siehe dazu Salzborn, Samuel: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt am Main / New York 2010, S. 157-168; Engster, Frank: Moïse Postone und die Personifizierung des Abstrakten, in: Ullrich, Peter et al. (Hrsg.): Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft, Göttingen 2024, S. 151-156.

wundert schon deshalb nicht, weil es sich bei ihnen ebenfalls um in der bürgerlichen Gesellschaft sozialisierte Individuen handelt.

Die Personifizierung des Kapitalismus offenbart sich auch bei Lenin. Den eigentlich abstrakten Kapitalismus mit in sozialen Netzwerken eingebundenen Akteur:innen und den daraus resultierenden unerwünschten sozialen Folgen stilisiert Lenin zu einer bewussten, gegen die übergroße Mehrheit der Bevölkerung gerichteten Verschwörung von Kapitalist:innen und Bankiers. Diese lenkten die moderne kapitalistische Welt nach Gutdünken. Dabei spricht er vom Betrug der „Kapitalisten und ihre[r] Presse“, der „Personalunion“ zwischen Banken und der Industrie sowie den Gesellschaften mit der Regierung. Großkapitalistische Monopole würden gebildet, es komme „systematisch [zu] eine[r] gewisse[n] Arbeitsteilung unter den paar hundert Finanzkönigen der modernen kapitalistischen Gesellschaft“, der Kapitalismus „beendet seine Entwicklung als riesiges Wucherkapital“ und das 20. Jahrhundert bilde schließlich den „Wendepunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zu der Herrschaft des Finanzkapitals“.²⁸

Thomas Haury führt als zentrale Quelle für Lenins Weltdeutung das 1902 erschienene Werk „Imperialism“ von John A. Hobson an, der in seiner ökonomischen Studie zu dem Schluss kommt, dass bestimmte gut organisierte Geschäftsinteressen die Interessen der Nation dominieren, dabei sowohl Politik als auch die Presse steuerten. Als Profitierende dieser Interessen bezeichnet Hobson die Angehörigen einer einzigen Rasse, die in vielen Jahrhunderten Finanzerfahrung habe sammeln können, aber auch im Hier und Jetzt über die stärkste Bande der Organisation sowie engste und schnellste Kontakte im ökonomischen Zentrum jedes Staates verfüge. Mithilfe von Krieg, Revolution oder anarchistischem Mord manipulierte sie die Politik der Völker. All dies diene ausschließlich der Profitmaximierung dieser „Parasiten“. Da Hobson in diesem Bezug explizit die Rothschilds nennt, ist klar, dass damit Jüdinnen:Juden gemeint sind. Lenin habe also, so Haury, von Hobson die gesamte Argumentation bis hin zur Sprache übernommen, ohne jedoch die Parasiten rassistisch beziehungsweise gar als jüdische Menschen zu definieren. Das sei, so Haury weiter, mit der Klassentheorie und dem Internationalismus unvereinbar gewesen.²⁹ Auch Lenins Imperialismustheorie ist nicht manifest-antisemitisch durchgesetzt. Die angesprochenen Punkte zeigen jedoch auf, dass grundlegende Theorieelemente des Marxismus-Leninismus kongruent zur Verschwörungserzäh-

28 Lenin, Wladimir Iljitsch: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.): Lenin Werke. Bd. 22, Berlin (Ost) 1960, S. 189-309 [1916/17], hier S. 195-237.

29 Vgl. Haury, Thomas: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S. 248-250.

lung von der „geheimen jüdischen Weltherrschaft“ verlaufen und sich deshalb entsprechend instrumentalisieren lassen.

Antisemitismus in der Weimarer KPD

Dies offenbart sich unter anderem 1923 bei Ruth Fischer. Mitglied des Zentralkomitees der KPD und selbst aus einer jüdischen Familie kommend, sorgte sie für Schlagzeilen, als sie ihre überwiegend aus völkischen Student:innen bestehende Zuhörerschaft in einer Rede plakativ aufstachelte: „Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. [...] Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.“³⁰ Selbst wenn man die teilweise angeführte Erklärung mit einbezieht, der zufolge sie ihre antisemitischen Adressat:innen über Umwege habe darauf aufmerksam machen wollen, dass eben nicht nur jüdische, sondern auch deutsche Kapitalist:innen zu bekämpfen seien, reproduzierte sie antisemitische Stereotype und legitimierte damit zusammenhängende mörderische Gewalt. Andere Funktionär:innen der KPD-Parteiführung wie beispielsweise Hermann Remmele traten ebenfalls auf rechtsextremen Veranstaltungen auf, während derer sie ihre Ausführungen mit antisemitischen Topoi garnierten. Zwar war diese sogenannte Schlageter-Phase der KPD, in der einige Kommunist:innen versuchten, den völkischen Parteien Wähler:innen abspenstig zu machen, bloß von kurzer Dauer. Das allerdings bedeutet nicht, dass es später nicht zu weiteren antisemitischen Parolen in der politischen Linken gekommen wäre.

Ansonsten zeichnete sich die KPD der Weimarer Republik – ab Mitte der 1920er Jahre vollkommen Moskau-hörig – vor allem darin aus, aufgrund ihrer rein ökonomisch determinierten Gesellschaftsanalyse den konstitutiven Charakter des Antisemitismus für den Nationalsozialismus zu verkennen und keine entsprechenden Schlüsse für das eigene antifaschistische Agieren daraus zu ziehen. Gleichzeitig betrachteten die KPD-Funktionär:innen Jüdinnen:Juden selbst oft als Teil der bourgeoisen Klasse, die es in der Klassenseinsetzung zu bekämpfen galt. So schrieb der KPD-Gesellschaftswissenschaftler Hermann Duncker 1932:

„Die Kapitalistenklasse opfert zu ihrer Selbsterhaltung schließlich auch einige jüdische Mitläufer und Kleinverdiener – die jüdischen Großverdiener finanzieren, wenn nötig,

30 O. V.: „Hängt die Judenkapitalisten. Ruth Fischer als Antisemitin“, in: Vorwärts (Berlin), H. 390, 22. August 1923.

selbst den Hitlerfaschismus -, um als faschistische ‚Schutzjuden‘ ihr Kompaniegeschäft mit dem christlichen Kapital ungestört weitertreiben zu können.“³¹

Der (spät-)stalinistische Trotzismus-Vorwurf als antisemitisch aufgeladene Feindbildkonstruktion

Ab den 1930er Jahren bildete sich in der Sowjetunion das Feindbild des Trotzismus heraus. Dieses hatte mit den eigentlichen weltanschaulichen Ansichten Leo Trotzki nichts mehr gemein, sondern verband schlicht den Namen Trotzki - einer der prominentesten Köpfe der Bolschewiki, Antagonist Stalins und selbst einer jüdischen Familie entstammend - mit den von Lenin im Rückgriff auf Hobson ausformulierten kapitalistischen Attributen und personifizierte auf diese Weise den strukturellen Antisemitismus. Dieses Feindbild blieb bis zu Stalins Tod 1953 aktuell und wütete nicht nur in der Zeit des Großen Terrors 1936-38 in der Sowjetunion, sondern forderte auch im Spätstalinismus nach dem Zweiten Weltkrieg in ganz Osteuropa einen hohen Blutzoll.³² Besonders markant trat der sich dabei mitunter offen artikulierende Antisemitismus bei der sogenannten Moskauer Ärzte-Verschörung³³ oder der Nacht der ermordeten Dichter³⁴ zutage.

Auch zeigte er sich bei dem in der von einer Kampagne gegen Kosmopolitismus und Zionismus geprägten ČSSR abgehaltenen Slánský-Prozess 1952. In diesem Prozess, der als vorläufiger Höhepunkt einer Säuberungswelle innerhalb der kom-

31 Kessler, Mario: Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: UTOPIE kreativ, H. 173/2005, S. 223-232, S. 292.

32 Siehe Neumann: Der antisemitisch aufgeladene Trotzismus-Vorwurf.

33 Vgl. Vetter, Matthias: Verschörung der Kremlärzte, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus, Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin/New York 2011, S. 416-418, S. 416 ff.

34 Dieses auch als Nacht der toten Poeten bekannte Ereignis stellt den Endpunkt der stalinistischen Liquidation des Jüdischen Antifaschistischen Komitees (JAK) dar. Dieses vor allem aus Schriftsteller:innen bestehende Komitee war gegründet worden, um in westlichen Staaten finanzielle Mittel für die Sowjetunion in ihrem Kampf gegen NS-Deutschland zu sammeln. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Gründung Israels sollten das jüdische Bewusstsein und die Erinnerung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus wiederum vollkommen in einer sowjetischen Identität aufgehen, sodass Jüdinnen:Juden nicht nur vorgeworfen wurde, wurzellose Kosmopolit:innen zu sein, sondern ab dem Jahreswechsel 1948/49 eine staatlich orchestrierte Verfolgungswelle gegen sie losgetreten wurde. Unter anderem verhafteten die Behörden führende Mitglieder des JAK und richteten diese in der Nacht vom 12. auf den 13. August 1952 in der Moskauer Lubjanka hin. Den Höhepunkt des (spät-)stalinistischen Antisemitismus stellte dann die sogenannte Moskauer Ärzteverschörung dar, bei der hauptsächlich jüdischem medizinischen Personal in einer groß angelegten Medienkampagne vorgeworfen wurde, die Ermordung hochrangiger sowjetischer Politiker:innen geplant zu haben; vgl. Fiedler, Lutz: Drei Geschichten einer Desillusionierung: Wassili Grossman, Ilja Ehrenburg und das Jüdische Antifaschistische Komitee, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts / Simon Dubnow Institute Yearbook, Bd. 15 (2016), S. 511-532, S. 524-528.

munistischen Parteien Osteuropas gilt, erhielten 11 der 14 hauptangeklagten Parteifunktionäre die Todesstrafe. Es galt als bewiesen, dass sie „unter Anleitung feindlicher westlicher Spionagedienste“ ein „trotzkistisch-titoistisches, zionistisches, bürgerlich-nationalistisches“ Verschwörerzentrum gebildet hätten. Immer wieder wurde in der Verhandlung betont, dass die Mehrheit der Beschuldigten jüdisch sei, was sie laut Anklageschrift national unzuverlässig mache: Die Protagonist:innen der Inszenierung beschimpften sie als Kosmopoliten, Verschwörer, Zionisten und Agenten des Imperialismus.³⁵ Auch wenn nicht explizit als *Strippenzieher* beschrieben, werden die angeklagten Funktionäre doch mit direktem Verweis auf ihre jüdischen Wurzeln – und mit ihnen der Zionismus – in einen Sinnzusammenhang mit Imperialismus, bürgerlicher Ideologie, den westlich-kapitalistischen Staaten, dem ebenfalls mit dem Judentum assoziierten Leo Trotzki und einer kosmopolitischen, das heißt weltumspannenden Verschwörung gestellt.³⁶

Klaus Holz rät deshalb dazu, neben den von ihm untersuchten postliberalen, rassistischen und vergangenheitsbewältigenden Varianten diese antizionistische Version des modernen Antisemitismus ebenfalls als einen *nationalen Antisemitismus* zu bezeichnen. Denn auch in dieser stalinistischen Spielart diene das Judenbild dazu, semantisch eine Wir-Gruppe zu konstruieren. Dem Bild vom Juden kam die Funktion als komplementäres Gegenstück zum Selbstbild von Volk/Staat/Nation zu.

Dabei etabliert die national-antisemitische Konstruktion der Wir-Gruppe zwei Unterscheidungen. Definiert als eine partikulare, historisch-genealogische Personengruppe, wird sie von anderen Völkern/Staaten/Nationen abgegrenzt und baut auf diese Weise die (nationalistische) Xenophobie auf. Der Fremde außerhalb der Wir-Gruppe gehört typischerweise einem anderen Volk/Staat/Nation an.

Auf dieser Unterscheidung baut in diesem Fall allerdings eine zweite auf, das antisemitische Judenbild: wir/alle Nationen im Gegensatz zu den unterwandernden und zersetzenden Jüdinnen:Juden. Auf diese Weise werden jüdische Menschen prinzipiell von allen anderen Völkern abgegrenzt. *Der Jude* nimmt hier die Figur beziehungsweise die Position des ein- und ausgeschlossenen Dritten ein, im Rahmen einer nationalistischen Weltanschauung der Vertreter einer Nicht-Nation, weshalb er als paradox, ambivalent, parasitär, also als Nicht-Identität konstruiert wird³⁷ – und das mit der Rede von global agierenden Finanzkapitalist:innen und

35 Vgl. Gerber, Jan: Ein Prozess in Prag. Das Volk gegen Rudolf Slánský und Genossen, Göttingen 2016, S. 11 f.

36 Vgl. Neumann, Andreas: Die marxistisch-leninistische Faschismusdefinition und der Mauerbau. Individuelle Folgen medial verbreiteter Fake News und Verschwörungstheorien, in: Klimczak, Peter und Zoglauer, Thomas (Hrsg.): Wahrheit und Fake im postfaktisch-digitalen Zeitalter: Distinktionen in den Geistes- und IT-Wissenschaften, Wiesbaden 2021, S. 89-113, S. 94.

37 Vgl. Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2010, S. 540-543.

Völker unterwandernden Agent:innen des Imperialismus eben auch im dogmatischen Marxismus-Leninismus.

Diese Entwicklungen im kommunistischen Ostblock machten auch vor der DDR nicht halt. In Ostdeutschland kam es im Spätstalinismus zu Parteisäuberungen mit antisemitischen Untertönen, während derer die jüdischen Gemeinden nicht nur unter Generalverdacht standen, imperialistische Agentenorganisationen zu sein. Die Staatssicherheit durchsuchte ihre Niederlassungen, und Vernehmer:innen verunglimpften Jüdinnen:Juden bei den Verhören antisemitisch. Kein Wunder also, dass zahlreiche Jüdinnen:Juden das Land verließen. Ein Schauprozess, als dessen Hauptangeklagte wahrscheinlich Paul Merker und Leo Zuckermann fungieren sollten, kam lediglich aufgrund von Stalins Tod im Jahr 1953 nicht zustande. Zuckermann und Merker waren unter anderem ins Blickfeld geraten, weil sie sich als hohe SED-Funktionäre nicht nur für Wiedergutmachung sowie die Restitution des „arisierten“ jüdischen Eigentums einsetzten, sondern unter den Eindrücken der Shoah auch die Gründung eines jüdischen Nationalstaates befürworteten.³⁸

Der Nahostkonflikt aus Ostblockperspektive

Nach seiner Gründung im Jahr 1948 reihte sich Israel in der Blockkonfrontation schon bald neben den USA aufseiten des westlichen Imperialismus ein - zumindest aus Sicht der marxistisch-leninistischen Antiimperialist:innen. Dabei war es die Sowjetunion, die bei der UNO die Gründung des jüdischen Staates befürwortete, während sich die USA enthielten. Zu jener Zeit hofften die Staaten des Ostblocks noch, Israel werde sich ihnen anschließen - ein Gedanke, der auch aufgrund der sozialistisch organisierten Kibbuzim nicht vollkommen haltlos erschien. Zudem hatten sich die israelischen Jüdinnen:Juden kurz nach Gründung ihres Staates nur durch die Waffenlieferungen aus Osteuropa im ersten Israelisch-Arabischen Krieg gegen die sie angreifenden palästinensischen Milizen und arabischen Armeen behaupten können.³⁹ Weltanschaulich dazu passend erschienen in DDR-Medien Beiträge, die den heldenhaften Kampf des Jeschuv gegen die gemeinsam agierenden reaktionären Kräfte aus arabischen Staaten, britischen Kolonialherren und ehemaligen Offizieren von Wehrmacht und SS priesen. Dieselben Autoren behaupteten Jahre später nach Veränderungen der politischen Großwetterlage allerdings genau das Gegenteil und unterstellten Israel von Beginn an - und damit ganz im Gegensatz zu ihren ursprünglichen zeitgenössischen Ausführungen - dämonische Absichten,

38 Vgl. Graf, Philipp: Zweierlei Zugehörigkeit. Der jüdische Kommunist Leo Zuckermann und der Holocaust, Göttingen 2024, S. 12 f.

39 Vgl. Gerber: Ein Prozess in Prag, S. 47 f.

betrieben überdies mit Nazi- und Holocaustgleichsetzungen stets auch eine Täter-Opfer-Umkehr.⁴⁰

Ab den 1960er Jahren unterhielten die von der Sowjetunion geführten Staaten des Warschauer Paktes teils enge Beziehungen zu den Palästinenserorganisationen und den arabischen Staaten. Aufgrund geostrategischer Interessen strebten sie danach, ihren Einfluss in dieser Region auszubauen. Die antiisraelische Rhetorik vom jüdischen Staat als imperialem Vorposten der USA im Nahen Osten, aber auch die Unterstützung mit militärischen Gütern und Ausbildern, die dann in den arabischen Kriegen gegen Israel zum Einsatz kamen, waren ihnen dabei von Nutzen.⁴¹

Insbesondere in der DDR kam verschärfend hinzu, dass der Antifaschismus nicht nur Staatsdoktrin war, sondern im Prinzip auch alleinige Gründungslegitimation. Da der Faschismus im marxistisch-leninistischen Verständnis eine Form der Herrschaft im Kapitalismus ist, konnte es in der DDR als sozialistischem Staat ohne Marktwirtschaft *per definitionem* weder Rassismus noch Antisemitismus geben, während Israel als kapitalistisches Land hingegen durchdrungen sei von faschistischen Strukturen.⁴² Aus dieser Perspektive definierten die Partei-Kommunist:innen den Zweiten Weltkrieg auch als eine Klassenauseinandersetzung zwischen dem Kapital und dem Proletariat. Die Shoah mit sechs Millionen ermordeten Jüdinnen:Juden, die ja stets zum Bürgertum gezählt worden waren, musste deshalb in der Retrospektive auch ein nachrangiges Ereignis darstellen, mit nachrangigen Opfern. Die Gruppe, die als primäres Ziel der Nationalsozialist:innen galt, am meisten unter ihnen gelitten und auch diejenige, die am heldenhaftesten gegen die Faschist:innen gekämpft habe, seien die Angehörigen der Arbeiter:innenklasse, so die Gründungserzählung der DDR.⁴³ Für Jüdinnen:Juden und die Shoah war in dieser Erinnerungskultur kaum noch Platz, ihre Geschichte wie ihre Identität wurden bis zum Ende der Existenz der DDR marginalisiert. Das hatte auch Auswirkungen auf das in den staatlichen Medien verbreitete Israelbild, bei dem sich die angebliche Trennschärfe zwischen Antizionismus und Antisemitismus nicht selten in Luft auflöste.⁴⁴

40 Zum Beispiel zu Karl-Eduard von Schnitzler siehe Escher, Clemens: Israel im „Schwarzen Kanal“, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes des Israel, Berlin 2018, S. 82 f.

41 Vgl. Herf, Jeffrey: Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke, 1967-1989, Bonn 2020, S. 19.

42 Vgl. Neumann: Der antisemitisch aufgeladene Trotzismus-Vorwurf.

43 Vgl. Neumann, Andreas: Von Indianern, Geistern und Parteisolddaten. Eskapistische DDR-Fernsehmehrteiler der 1980er Jahre, Berlin 2019, S. 64-67.

44 Vgl. Salzborn, Samuel: Die Stasi und der westdeutsche Rechtsterrorismus. Drei Fallstudien (Teil I), in: Deutschland Archiv, 15.04.2016, URL: <https://www.bpb.de/224836> [eingesehen am 14.11.2024].

Wie eingangs erwähnt, wohnt Antisemitismus der radikalen Linken nicht konstitutiv inne. Trotzdem hat dieser kursorische Überblick zu einem (wenn auch relevanten) Teilaspekt der Geschichte der revolutionären Linken gezeigt, dass es in diesem Phänomenbereich Strukturen und Narrative gab (und gibt), die antisemitische Manifestationen nicht nur implizit begünstigen, sondern auch explizit hervorbringen.

Literaturverzeichnis

- Bakunin, Michael: Gesammelte Werke, Bd. 3, Berlin 2024.
- Engster, Frank: Moische Postone und die Personifizierung des Abstrakten, in: Ulrich, Peter et al. (Hrsg.): Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft, Göttingen 2024, S. 151-156.
- Escher, Clemens: Israel im „Schwarzen Kanal“, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel, Berlin 2018.
- Fiedler, Lutz: Drei Geschichten einer Desillusionierung: Wassili Grossman, Ilja Ehrenburg und das Jüdische Antifaschistische Komitee, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts / Simon Dubnow Institute Yearbook, Bd. 15 (2016), S. 511-532.
- Gerber, Jan: Ein Prozess in Prag. Das Volk gegen Rudolf Slánský und Genossen, Göttingen 2016.
- Graf, Philipp: Zweierlei Zugehörigkeit. Der jüdische Kommunist Leo Zuckermann und der Holocaust, Göttingen 2024.
- Haury, Thomas: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.
- Haury, Thomas: Antisemitismus von Links. Facetten der Judenfeindschaft, Berlin 2019, URL: <https://www.schule-ohne-rassismus.org/wp-content/uploads/2020/03/Baustein-8-Antisemitismus-von-Links-web.pdf> [eingesehen am 14.11.2024].
- Herf, Jeffrey: Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke, 1967-1989, Bonn 2020.
- Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2010.
- Hund, Wulf D.: Der ‚jüdische Nigger‘ Lassalle. Marginalie zu einem Brief von Karl Marx, in: Sozial. Geschichte Online. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, Jg. 24 (2018), S. 103-129.
- Kessler, Mario: Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: UTOPIE kreativ, H. 173/2005, S. 223-232.

- Lenin, Wladimir Iljitsch: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.): Lenin Werke. Bd. 22, Berlin (Ost) 1960, S. 189-309 [1916/17].
- Marx, Karl: Das Kapital, in: ders. und Engels, Friedrich: Werke. Bd. 23, Berlin (Ost) 1968 [1867].
- Marx, Karl: Zur Judenfrage, in: ders. und Engels, Friedrich: Werke. Bd. 1, Berlin (Ost) 1976, S. 347-377 [1843].
- Neumann, Andreas: Von Indianern, Geistern und Parteisolddaten. Eskapistische DDR-Fernsehreihe der 1980er Jahre, Berlin 2019.
- Neumann, Andreas: Die marxistisch-leninistische Faschismusdefinition und der Mauerbau. Individuelle Folgen medial verbreiteter Fake News und Verschwörungstheorien, in: Klimczak, Peter und Zoglauer, Thomas (Hrsg.): Wahrheit und Fake im postfaktisch-digitalen Zeitalter: Distinktionen in den Geistes- und IT-Wissenschaften, Wiesbaden 2021, S. 89-113.
- Neumann, Andreas: Der antisemitisch aufgeladene Trotzismus-Vorwurf. Ein Beitrag zur Feindbildkonstruktion im Stalinismus, in: ders. und Bilavsky, Jörg von: Geschichte vor Ort und im virtuellen Raum. Einblicke in die Arbeit an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Wiesbaden 2022, S. 143-172.
- O. V.: „Hängt die Judenkapitalisten. Ruth Fischer als Antisemitin“, in: Vorwärts (Berlin), H. 390, 22. August 1923.
- Rabinovici, Doron und Sznajder, Natan: Neuer Antisemitismus: Die Verschärfung einer Debatte, in: Heilbronn, Christian / Rabinovici, Doron / Sznajder, Natan (Hrsg.): Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte, Berlin 2019, S. 9-27.
- Salzborn, Samuel: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt am Main / New York 2010.
- Salzborn, Samuel: Die Stasi und der westdeutsche Rechtsterrorismus. Drei Fallstudien (Teil I), in: Deutschland Archiv, 15.04.2016, URL: <https://www.bpb.de/224836> [eingesehen am 14.11.2024].
- Vetter, Matthias: Verschwörung der Kremlärzte, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus, Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin/New York 2011, S. 416-418.

Antisemitismus in der Neuen Linken

Tom Pflicke

Antisemitismus⁴⁵ ist zunächst ein Ressentiment, das „Gerücht über die Juden“⁴⁶, vor allem aber ist es eine lange tradierte, hassförmige Verschwörungsideologie, die man in sehr unterschiedlichen Ausformungen in allen sozialen Gruppen und im gesamten politischen Spektrum der Gegenwart beobachten kann. Zwar findet sie sich überwiegend im Rechtsextremismus, wo sie ein konstitutives Element darstellt; aber auch im linken Denken hat Antisemitismus eine lange Wirkungsgeschichte. Es gibt ihn – wie den milieuinternen Kampf dagegen⁴⁷ – seit den Anfängen linken Denkens und linker Gesellschaftstheorie im frühen 19. Jahrhundert. Dabei erscheint es zunächst paradox, dass eine auf soziale und politische Gleichheit abzielende Gesellschaftsidee antisemitische Vorbehalte, meist in Form jahrhundertalter judenfeindlicher Stereotype, nicht überwinden konnte und Jüdinnen:Juden von einem progressiven emanzipatorischen Anspruch zumindest teil- und zeitweise ausgeschlossen wurden. Im Folgenden wird der linke Antisemitismus in der Neuen Linken mit Blick auf zentrale Akteur:innen, Ereignisse und Zäsuren skizziert.

45 Dieser Artikel folgt der gegenwärtigen Arbeitsdefinition von Antisemitismus, wie sie von der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA) formuliert wurde und wonach Antisemitismus „eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden [ist], die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische und nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ International Holocaust Remembrance Alliance, Arbeitsdefinition von Antisemitismus, URL: <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus> [eingesehen am 13.11.2024]. Ausführlicher hierzu siehe den Handbuchartikel von Pflicke, Tom: Linker Antisemitismus, in: Bundesfachstelle Linke Militanz, URL: <https://www.linke-militanz.de/handbuch/linker-antisemitismus/> [eingesehen am 13.11.2024].

46 Adorno, Theodor W.: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt am Main 1951, S. 200.

47 Vgl. etwa Keßler, Mario: *Sozialisten gegen Antisemitismus. Zur Judenfeindschaft und ihrer Bekämpfung (1844-1939)*, Hamburg 2022.

Antiimperialismus - Antizionismus - Antisemitismus

Die deutsche Nachkriegslinker zeigt sich bis Mitte der 1960er Jahre in einer überwiegend israelsolidarischen Haltung. Die in dieser Zeit insbesondere an den Universitäten evolvierende Neue Linke allerdings entwickelte im Kontext des Israelisch-Arabischen Konflikts einen zunehmend skeptischeren Blick auf Israel. Aus dieser Skepsis entwickelte sich bis spätestens zum Sechstagekrieg 1967 ein „antizionistischer Grundkonsens“⁴⁸. In erstaunlich kurzer Zeit etablierte und verfestigte sich in der studentischen Linken der Bundesrepublik die israelbezogene antisemitische Denkform einer Überlappung von Antizionismus, Antikapitalismus und Antiimperialismus, wie sie bis dato typisch für die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten war.

Vor dem Hintergrund der Antikolonisierungsbewegungen der 1960er Jahre und der (unzureichenden) Auseinandersetzung mit dem Holocaust stellt schließlich der Sechstagekrieg im Juni 1967 die entscheidende Zäsur im Verhältnis der deutschen und europäischen Linken zu Israel dar. Jener Präventivkrieg, in dem sich Israel erfolgreich gegen seine Auslöschung durch die arabischen Nachbarstaaten verteidigte, schien vielen deutschen Linken unvereinbar mit ihrer antiimperialistischen Grundhaltung zu sein. Das israelsolidarische Narrativ änderte sich damit in einer ungeheuerlichen Täter-Opfer-Umkehr zu einem antiisraelischen Hassnarrativ, worin die dem Holocaust entgangenen Jüdinnen:Juden mit US-amerikanischer Hilfe nun selbst zu Täter:innen geworden seien und das palästinensische Volk ausrotten wollten.⁴⁹

Der veränderte linksradikale Blick auf den Israelisch-Arabischen Konflikt wird greifbar durch Worte, die auf der XXII. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) im September 1967 in Frankfurt fielen: „Der Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kann nur vor dem Hintergrund des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker gegen die Unterdrückung durch den angloamerikanischen Imperialismus analysiert werden.“⁵⁰ Der SDS, immerhin die programmatische Leitinstitution der Neuen Linken, schwenkte damit auf einen „strikt antizionistischen“ Kurs ein.⁵¹

48 Haury, Thomas: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S. 39.

49 Vgl. Herf, Jeffrey: Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left, 1967-1989, Cambridge 2016, S. 75-118.

50 Zitiert nach Hafner, Georg M. und Schapira, Esther: Israel ist an allem schuld. Warum der Judenstaat so gehasst wird, Köln 2015, S. 208.

51 Vgl. Kraushaar, Wolfgang: Vom Philosemitismus zum Antisemitismus. Der Sechs-Tage-Krieg als Vehikel für eine 180-Grad-Wendung, in: Münchner Beiträge zur Jüdischen Geschichte und Kultur, H. 1/2017, S. 28-44, hier S. 35.

Obwohl dieser Grundton einer antiimperialistisch und antizionistisch motivierten Ablehnung Israels im Kontext des Israelisch-Arabischen Konflikts von einem Großteil der Außerparlamentarischen Opposition (APO) aufgenommen wurde und obwohl er bis heute fortwirkt, gab und gibt es in einer solch heterogenen und oft zerstrittenen Bewegung wie der politischen Linken stets eine virulente Auseinandersetzung über israelfeindliche Positionen.⁵²

Mit der Ideologie des Antizionismus versuchten sich große Teile der Linken seit 1967 vom Vorwurf des Antisemitismus zu distanzieren, indem sie fundamentale Kritik an Israel übten. Dem hielt Jean Améry aus altlinker und jüdischer Perspektive das vielrezipierte Diktum des vermeintlich „ehrbaren Antisemitismus“ entgegen, der „im Anti-Israëlismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke“ enthalten sei.⁵³ Tatsächlich schien mit diesem linken Paradigmenwechsel der genuine und untrennbare Konnex von Holocaust und der Staatsgründung Israels suspendiert worden zu sein. Verbunden war der eigene antikolonialistisch und antiimperialistisch verstandene Kampf gegen den ausgemachten „US-imperialistischen“ Feind Israel meist mit einer unbedingten und unkritischen Form von Solidarität mit den Palästinenser:innen.⁵⁴

Antisemitismus im Linksterrorismus

Vollends pervertiert wurde der in weiten Teilen der radikalen Linken als Antizionismus getarnte israelbezogene Antisemitismus durch den deutschen Linksterrorismus, dessen bekannteste Gruppenphänomene in den 1970er Jahren RAF, Bewegung 2. Juni und Revolutionäre Zellen waren. Das destruktive Ausmaß des antisemitischen Linksterrorismus zeigte sich zuerst, als die Tupamaros Westberlin – eine zunächst subversive Gruppe um Dieter Kunzelmann aus dem undogmatischen linksradikalen Spektrum – am 9. November 1969 ein Sprengstoffattentat auf eine Gedenkveranstaltung im Westberliner Jüdischen Gemeindehaus versuchten.⁵⁵ Als am 27. Juni 1976 palästinensische Terroristen der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) gemeinsam mit zwei deutschen Terrorist:innen der linksradikalen Revolutionären Zellen ein Air-France-Passagierflugzeug entführten, um weitere Terrorist:innen freizupressen, war der fatale Höhepunkt des linksterroristischen Antisemitismus erreicht. Auf dem Flughafen von Entebbe in Uganda trenn-

52 Vgl. ebd., S. 38.

53 Améry, Jean: Der ehrbare Antisemitismus. Die Barrikade vereint mit dem Spieß-Stammtisch gegen den Staat der Juden, in: Die Zeit, 25.07.1969.

54 Vgl. Kloke, Martin: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses (DIAK-Schriftenreihe, Bd. 20), Frankfurt am Main 1994, S. 163-169.

55 Vgl. Kraushaar, Wolfgang: Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005, S. 7-18.

ten die Terrorist:innen die jüdischen und israelischen Geiseln von den anderen, die freigelassen wurden, und schufen somit das unfassbare Bild einer von Deutschen an Jüdinnen:Juden durchgeführten Selektion nach 1945 - nach dem Ende der Shoah. Ein israelisches Kommandounternehmen konnte schließlich fast alle Geiseln befreien.⁵⁶ Der deutsche Linksterrorismus insbesondere der 1970er Jahre war wesentlich geprägt und motiviert vom antiimperialistischen Hass auf Israel, das Ulrike Meinhof als Gründungsmitglied der RAF kurz nach dem Attentat von Fatah-Terroristen auf israelische Sportler während der Olympischen Spiele in München 1972 als Land des „Nazi-Faschismus“ bezeichnete und das „seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden“.⁵⁷

Der weitverbreitete Antizionismus in der radikalen Linken hatte auch Konjunktur während des Libanonkrieges 1982, als es in linken und linksradikalen Publikationsorganen wieder zu Gleichsetzungen von NS-Staat und Israel kam. Diesmal entzündete sich allerdings ein nachhaltiger innerlinker Antisemitismusstreit, der seitdem, insbesondere durch die Ereignisse im Kontext des Israelisch-Arabischen Konflikts, regelmäßig wiederkehrt.⁵⁸

Imperialisten und Antideutsche

Die Deutsche Einheit 1990 stellt das entscheidende Ereignis dar, das die seit Anfang der 1980er Jahre allmählich gewachsene szeneeinterne Kritik an antiimperialistischen und antizionistischen Positionierungen im Israelisch-Arabischen Konflikt befeuerte. Bei vielen Linken wuchs nun nicht nur die Angst vor einem erstarken Deutschland und einem neuen deutschen Nationalismus; auch die mangelhafte innerlinke Auseinandersetzung mit dem seit 1967 grassierenden israelbezogenen Antisemitismus, der sich zumeist hinter den Ideologemen Antizionismus und Antiimperialismus verbarg, geriet vielen Linken nun wieder stärker ins Bewusstsein.

Diese linken Kritiker:innen eines lange gewachsenen linken Antiimperialismus der einseitigen Parteinahme für die Sache der Palästinenser:innen und Delegitimierung des Staates Israel formierten sich zur linken Strömung der sogenannten Antideutschen, die sich mit Israel als Staat der Holocaust-Überlebenden und Refugium für weltweit bedrohte und verfolgte Jüdinnen:Juden sowie mit dessen Schutzmacht USA solidarisieren. Dabei geriet die Israelsolidarität bei vielen Antideutschen oft zu einer absoluten Position, die jede noch so zurückhaltend und dif-

56 Vgl. Herf: Undeclared Wars with Israel, S. 317-341.

57 Zitiert nach Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Frankfurt am Main 2011, S. 410.

58 Vgl. Haury: Antisemitismus von Links, S. 17.

ferenziert vorgetragene Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinenser:innen als antizionistisch/antisemitisch diffamierte.⁵⁹

In der Folge verunmöglichte die zum Teil extrem polarisierte Frontstellung von Antideutschen und Antiimperialisten weitestgehend eine fruchtbare Debatte über linken Antisemitismus und einen komplexen Blick auf den Israelisch-Arabischen Konflikt. So verfielen Vertreter:innen dieser Position zuletzt selbst nur noch auf einen von der antiimperialistischen Fraktion bekannten Manichäismus des Gut gegen Böse - nur dass eben nicht das Schicksal der Palästinenser:innen, sondern jedwededes Handeln Israels und der USA absolut gesetzt wird.⁶⁰

Aktuelle Entwicklungen

Antisemitismus ist zwar kein integraler Bestandteil des linken politischen Spektrums; aber es gibt ihn hier, wie gesehen, zumeist als israelbezogenen Antisemitismus. Die szeneeinternen, zum Teil öffentlich über Social-Media-Plattformen geführten Diskussionen geben Aufschluss über die Brisanz des Themas und den innerlinken Kampf gegen linken Antisemitismus. Nach den Auseinandersetzungen zwischen Antideutschen und Antiimperialisten in den 1990er und 2000er Jahren, die bei aller vereinseitigenden Konfrontation durchaus zu einem neuen Problembewusstsein für den Israelisch-Arabischen Konflikt und israelbezogenen Antisemitismus in Teilen der Linken geführt haben,⁶¹ dominieren heute vor allem postkoloniale⁶² und queerfeministische⁶³ Diskurse. Deren Rhetorik lässt in ihrer schärfsten Form durch Leitbegriffe wie *Apartheidstaat Israel* oder *israelischer Siedlerkolonialismus* keinen Zweifel an der Sicht auf den Staat Israel, der dadurch pauschal dämonisiert und delegitimiert wird. Wie in den Jahrzehnten nach 1967 hat der „Anti-

59 Vgl. Ullrich, Peter: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs, Göttingen 2013, S. 23 f, S. 39 ff.

60 Vgl. etwa Koschmieder, Carsten: Die Entstehung der Antideutschen und die Spaltung der linksradikalen Szene, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus, Bonn 2011, S. 183-200.

61 Vgl. Ullrich: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt, S. 40 f.

62 Vgl. Elbe, Ingo: Postkolonialismus und Antisemitismus. Einleitung zu einer Bibliographie zur Kritik postkolonialer und postmodern-antirassistischer Thematisierungen von Antisemitismus, Holocaust, Judentum und Zionismus, in: Grigat, Stephan (Hrsg.): Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart. Erscheinungsformen, Theorien, Bekämpfung, Baden-Baden 2023, S. 157-172.

63 Vgl. etwa Erkens, János und Mendel, Meron: Zu queer, um wahr zu sein. Der Kampf um mehr Freiräume von LGBTQI ist ein komplexer dialektischer und manchmal ambivalenter Prozess. „Pinkwashing“-Vorwürfe gegen Israel werden diesem Umstand nicht gerecht, sondern sind vor allem eines: antisemitisch, in: Berendsen, Eva et al. (Hrsg.): Trigger Warnung: Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen, Berlin 2019, S. 151-164.

semitismus in emanzipatorischen Subkulturen und Bewegungen“ weiterhin einen festen Platz.⁶⁴

Neben der sich als progressiv verstehenden zivilgesellschaftlichen Initiative BDS (Boycott, Divestment, Sanctions), die Israel in einer „antizionistischen Kampagne“ politisch, wirtschaftlich und kulturell boykottieren will,⁶⁵ konnte man israelbezogenen und klassisch-stereotypen Antisemitismus im linken Milieu zuletzt besonders präsent auf der documenta fifteen beobachten.⁶⁶ Dabei sind die hier gezeigten antijüdischen und antiisraelischen Darstellungen zunächst weniger ein Indiz für Antisemitismus in der deutschen Linken als vielmehr für deren geringes Problembewusstsein mit Blick auf antisemitische Stereotype im Globalen Süden. Antisemitische Entgleisungen sind dabei kein Novum im linken Kunst- und Kulturbetrieb etwa der alle fünf Jahre wiederkehrenden Kasseler Kunstaussstellung documenta.⁶⁷ Auch in jüngeren Protestphänomenen der Klimabewegung – wie etwa Extinction Rebellion⁶⁸ oder Fridays For Future⁶⁹ – findet sich partiell israelbezogener Antisemitismus, der neben medialer Empörung vor allem zu heftiger interner Kritik führt.

Im Kontext linker Demonstrationen konnte man während der „Revolutionären 1. Mai“-Demos der letzten Jahre in Berlin antisemitische Parolen unter anderem von Mitgliedern des PFLP⁷⁰-nahen Netzwerks Samidoun vernehmen, die ge-

64 Vgl. Potter, Nicholas und Lauer, Stefan (Hrsg.): *Judenhass Underground. Antisemitismus in emanzipatorischen Subkulturen und Bewegungen*, Leipzig 2023.

65 Vgl. Haury: *Antisemitismus von Links*, S. 54 f.

66 Vgl. etwa Markl, Florian und Feuerherdt, Alex: *Die Israel-Boykottbewegung BDS und die documenta fifteen. Vom alten Hass zur Delegitimierung des jüdischen Staates*, in: Grigat, Stephan (Hrsg.): *Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart. Erscheinungsformen, Theorien, Bekämpfung*, Baden-Baden 2023, S. 135-156 sowie die umfangreiche Broschüre von RIAS Hessen: *documenta fifteen. „Es wurde eine dunkelrote Linie überschritten“*, Marburg 2023, URL: https://report-antisemitism.de/documents/2023-03_rias-he_documentafifteen_Antisemitismus.pdf [eingesehen am 24.10.2023].

67 Vgl. Bechtle, Fabian und Kahane, Leon: *Denken in antimodernen Bildern: Kunst und Kulturpessimismus*, in: Jander, Martin und Kahane, Anetta (Hrsg.): *Gesichter der Antimoderne. Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 2020, S. 77-104.

68 Vgl. Sales Prado, Simon: *Klimaaktivismus auf Abwegen*, in: taz, 20.11.2019, URL: <https://taz.de/Antisemitismus-bei-Extinction-Rebellion/!5640088/> [eingesehen am 16.09.2023].

69 Vgl. Betz, Franziska: *Antisemitismus im Klimaschutz-Gewand?*, in: taz, 27.09.2022, URL: <https://taz.de/Umstrittene-Gruppe-bei-FFF-Demo/!5883783/> sowie o. V.: *Antisemitismus und die Klima-Bewegung*, in: Belltower News, 10.05.2023, URL: <https://www.belltower.news/zwischen-israelhass-und-ns-vergleichen-antisemitismus-und-die-klimabewegung-149183/> [beide eingesehen am 16.09.2023].

70 Die Volksfront zur Befreiung Palästinas ist eine nach dem Sechstagekrieg 1967 gegründete palästinensische Terrororganisation.

meinsam mit antiimperialistischen Gruppen auftraten.⁷¹ Ähnlich dem Linksterrorismus der 1970er Jahre nimmt israelbezogener Antisemitismus hier gewissermaßen die Funktion eines Brückennarrativs zwischen Linksradikalismus und islamistischem Extremismus ein.

Nach der jüngsten Zäsur des Überfalls der islamistischen Terrororganisationen Hamas und Islamischer Dschihad auf Israel am 7. Oktober 2023 mit über 1.400 ermordeten und 239 entführten israelischen und nichtisraelischen Jüdinnen:Juden sowie nichtjüdischen Opfern lässt sich in Teilen der deutschen Linken ein kaum für möglich gehaltenes Aufbrechen von Juden Hass in Form von israelbezogenem Antisemitismus beobachten: Neben der alten Konfrontation von Antideutschen und Antiimperialisten, die sich in ihren angestammten Publikationsorganen *Junge Welt* (Antiimperialisten) und *Jungle World* (Antideutsche) positionieren, stechen viel stärker und zahlreicher queerfeministische⁷² und Migrantifagruppierungen⁷³, aber auch Teile der Klimabewegung⁷⁴ mit meist einseitiger und undifferenzierter Parteinahme zugunsten der Palästinenser:innen ins Auge.

Mit der schon erwähnten PFLP-Vorfeldorganisation Samidoun, die israelfeindliche Propaganda verbreitet und terroristische Verbrechen der Hamas relativiert und rechtfertigt, zeigten sich einige linksradikale Gruppierungen auch nach dem 7. Oktober solidarisch⁷⁵, sodass die Bedeutung von israelbezogenem Antisemitis-

71 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus 2021, Berlin 2021, URL: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/antisemitische-parolen-bei-revolutionaerer-1-mai-demo/> [eingesehen am 13.09.2023], S. 14 f..

72 Vgl. Geiler, Julius: Wenn Queerfeministinnen Terror gutheißen. Die unglaublichen Israel-Verwirrungen von links, in: Tagespiegel, 15.10.2023, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wenn-queerfeministinnen-terror-gutheissen-die-unglaublichen-israel-verwirrungen-von-links-10618648.html> [eingesehen am 23.10.2023].

73 Vgl. etwa Leber, Sebastian: Links, progressiv - und antisemitisch. Die heimliche Macht der Israel-Hasser, in: Tagespiegel, 13.10.2023, URL: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/links-progressiv-und-antisemitisch-die-heimliche-macht-der-israel-hasser-10600396.html> sowie Tikhomirova, Anastasia: Safe Spaces auch für Jüd:innen, in: taz, 21.07.2021, URL: <https://taz.de/Antisemitismus-in-der-Linken/!5781586/> [beide zuletzt eingesehen am 21.10.2023].

74 Vgl. etwa Bovermann, Philipp: Antisemitismus und Linke. Du, Greta?, in: Süddeutsche Zeitung, 21.10.2023, URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/greta-thunberg-free-palestine-fridays-for-future-israel-gaza-1.6291402> [eingesehen am 23.10.2023]. Die deutsche Sektion von FFF hat sich daraufhin von Greta Thunberg distanziert; vgl. Hollersen, Wiebke: Deutsche Klimaschützer grenzen sich von Greta Thunberg ab, in: Berliner Zeitung, 21.10.2023, URL: <https://www.berliner-zeitung.de/news/deutsche-klimaschuetzer-grenzen-sich-von-greta-thunberg-ab-li.2151402> [eingesehen am 26.10.2023]. Wobei sich wie schon in der Vergangenheit auch aktuell die interne Zerstrittenheit von FFF zeigt, wenn es um den Arabisch-Israelischen Konflikt geht; vgl. Schultheis, Joshua und Potter, Nicholas: Fridays For Future International. Tweets gegen Israel, in: Jüdische Allgemeine, 26.10.2023, URL: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/tweets-gegen-israel/> [zuletzt eingesehen am 26.10.2023].

75 Vgl. etwa Kommunistische Organisation: Steht auf gegen das Verbot von Samidoun! Schande über den Verrat der „Roten Hilfe“, 12.10.2023, URL: <https://kommunistische-organisation.>

mus als Scharniernarrativ zwischen linksradikalen und arabisch-militanten Gruppen kaum unterschätzt werden kann. Neben dem israelbezogenen Antisemitismus gibt es seit dem 7. Oktober 2023 eine zunehmende Zahl von Äußerungen im linken politischen Spektrum, die Formen des sekundären, des sogenannten Schuldabwehrantisemitismus darstellen. Insbesondere die in Teilen der Linken zu vernehmende Parole „Free Palestine from German guilt“ deutet an,⁷⁶ dass die deutsche Schuld an der Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen:Juden, dass die unbestreitbare Verantwortung für den Holocaust und dass dessen Singularität in der deutschen Erinnerungskultur einen Verblendungszusammenhang darstellten, der es nicht erlaubte, das Leid der Palästinenser:innen zu erkennen und sich entsprechend zu positionieren. Nämlich für die Palästinenser:innen und gegen den sogenannten „Apartheidstaat“ und „Kolonisator“ Israel. Dieser „wohl [...] skandalöseste und fast schon nazistische Schlachtruf eines politischen Milieus, das den politischen Kompass verloren hat“⁷⁷, schließt umstandslos an die antisemitische Schuldabwehrrhetorik eines Dieter Kunzelmann an – eine der Leitfiguren nicht nur des undogmatischen linksradikalen Spektrums und antisemitischer Impulsgeber des Linksterrorismus in den 1970er Jahren –, der israelsolidarischen Linken 1969 einen „Judenknax“ vorhielt und fragte: „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“⁷⁸

Im Kontext des wie ein antisemitischer Katalysator wirkenden islamistisch-terroristischen Überfalls auf Israel und mit Blick auf linken israelbezogenen Antisemi-

[de/artikel/steht-auf-gegen-das-verbot-von-samidoun-schande-ueber-den-verrat-der-roten-hilfe-stand-up-against-the-ban-on-samidoun-shame-on-the-betrayal-of-red-aid/](https://kommunistische-organisation.de/stellungnahme/solidaritaet-mit-dem-kaempfernden-palaestina-kampf-der-anti-palaestinensischen-repression-in-deutschland/) sowie dies.: Solidarität mit dem kämpfenden Palästina! Kampf der anti-palästinensischen Repression in Deutschland!, 10.10.2023, URL: <https://kommunistische-organisation.de/stellungnahme/solidaritaet-mit-dem-kaempfernden-palaestina-kampf-der-anti-palaestinensischen-repression-in-deutschland/>; Memarina, Susanne: Die Verherrlicher des Terrors, in: taz, 09.10.2023, URL: <https://taz.de/Hamas-Unterstuetzer-in-Berlin/!5962283/>; Potter, Nicholas: Samidoun. Tarnung für den Terror, in: Belltower News, 12.10.2023, URL: <https://www.belltower.news/samidoun-tarnung-fuer-terror-153123/> [alle eingesehen am 23.10.2023].

76 Vgl. etwa Zinkler, Diana: Es gibt keine Befreiung von der deutschen Schuld, in: Die Zeit, 20.10.2023, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-10/antisemitismus-deutschland-hamas-israel-demonstrationen> [eingesehen am 23.10.2023].

77 Sznajder, Natan: Zur Lüge der Linken, in: Süddeutsche Zeitung, 24.10.2023, URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/natan-sznajder-nahost-linke-krieg-israel-hamas-palaestina-1.6292773> [eingesehen am 24.10.2023].

78 Zitiert nach Kraushaar, Wolfgang: „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“. München 1970: über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Hamburg 2013, S. 312. Kraushaar geht in diesem Buch primär der These nach, dass deutsche Linksradikale auch am Brandanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus der Israelitischen Kultusgemeinde München im Februar 1970 beteiligt gewesen sind, bei dem sieben Holocaustüberlebende ums Leben kamen. Vgl. auch Seydack, Niclas: Das Schweigen nach dem Brand, in: Die Zeit, 13.02.2023, URL: <https://www.zeit.de/2020/08/antisemitismus-brandanschlag-muenchen-februar-1970> [eingesehen am 24.10.2023].

tismus haben sich unlängst zahlreiche Widersprüche zum progressiven Anspruch an linkes Denken offenbart: keine differenzierte Konfliktanalyse, Dogmatismus, verschwörungstheoretische Versatzstücke, fehlende Solidarität und Empathie mit allen Opfern des Konflikts, Täter-Opfer-Umkehr, Whataboutism, manichäisches Weltbild, Antiemanzipation in Form von Solidarisierung mit repressiven terroristischen Gruppen, fehlende Aufklärung, fehlendes Geschichtsbewusstsein und -wissen, zu kurz greifende Identitätspolitik.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W.: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt am Main 1951.
- Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): *Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus 2021*, Berlin 2021, URL: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/antisemitische-parolen-bei-revolutionaerer-1-mai-demo/> [eingesehen am 13.09.2023], S. 14 f.
- Améry, Jean: *Der ehrbare Antisemitismus. Die Barrikade vereint mit dem Spießher-Stammtisch gegen den Staat der Juden*, in: *Die Zeit*, 25.07.1969.
- Bechtle, Fabian und Kahane, Leon: *Denken in antimodernen Bildern: Kunst und Kulturpessimismus*, in: Jander, Martin und Kahane, Anetta (Hrsg.): *Gesichter der Antimoderne. Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 2020, S. 77-104.
- Betz, Franziska *Antisemitismus im Klimaschutz-Gewand?*, in: *taz*, 27.09.2022, URL: <https://taz.de/Umstrittene-Gruppe-bei-FFF-Demo!/5883783/> [eingesehen am 16.09.2023].
- Bovermann, Philipp: *Antisemitismus und Linke. Du, Greta?*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 21.10.2023, URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/greta-thunberg-free-palestine-fridays-for-future-israel-gaza-1.6291402> [eingesehen am 23.10.2023].
- Elbe, Ingo: *Postkolonialismus und Antisemitismus. Einleitung zu einer Bibliographie zur Kritik postkolonialer und postmodern-antirassistischer Thematisierungen von Antisemitismus, Holocaust, Judentum und Zionismus*, in: Grigat, Stephan (Hrsg.): *Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart. Erscheinungsformen, Theorien, Bekämpfung*, Baden-Baden 2023, S. 157-172.
- Erkens, János und Mendel, Meron: *Zu queer, um wahr zu sein. Der Kampf um mehr Freiräume von LGBTIQ ist ein komplexer dialektischer und manchmal ambivalenter Prozess. „Pinkwashing“-Vorwürfe gegen Israel werden diesem Umstand nicht gerecht, sondern sind vor allem eines: antisemitisch*, in: Berendsen,

- Eva et al. (Hrsg.): Trigger Warnung: Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen, Berlin 2019, S. 151-164.
- Geiler, Julius: Wenn Queerfeministinnen Terror gutheißen. Die unglaublichen Israel-Verwirrungen von links, in: Tagespiegel, 15.10.2023, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wenn-queerfeministinnen-terror-gutheissen-die-unglaublichen-israel-verwirrungen-von-links-10618648.html> [eingesehen am 23.10.2023].
- Hafner, Georg M. und Schapira, Esther: Israel ist an allem schuld. Warum der Judenstaat so gehasst wird, Köln 2015.
- Haury, Thomas: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.
- Herf, Jeffrey: Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left, 1967-1989, Cambridge 2016.
- Hollersen, Wiebke: Deutsche Klimaschützer grenzen sich von Greta Thunberg ab, in: Berliner Zeitung, 21.10.2023, URL: <https://www.berliner-zeitung.de/news/deutsche-klimaschuetzer-grenzen-sich-von-greta-thunberg-ab-li.2151402> [eingesehen am 26.10.2023].
- International Holocaust Remembrance Alliance, Arbeitsdefinition von Antisemitismus, URL: <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus> [eingesehen am 13.11.2024].
- Keßler, Mario: Sozialisten gegen Antisemitismus. Zur Judenfeindschaft und ihrer Bekämpfung (1844-1939), Hamburg 2022.
- Kloke, Martin: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses (DIAK-Schriftenreihe, Bd. 20), Frankfurt am Main 1994, S. 163-169.
- Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Frankfurt am Main 2011.
- Kommunistische Organisation: Solidarität mit dem kämpfenden Palästina! Kampf der anti-palästinensischen Repression in Deutschland!, 10.10.2023, URL: <https://kommunistische-organisation.de/stellungnahme/solidaritaet-mit-dem-kaempfernden-palaestina-kampf-der-anti-palaestinisches-repression-in-deutschland/> [eingesehen am 23.10.2023].
- Kommunistische Organisation: Steht auf gegen das Verbot von Samidoun! Schande über den Verrat der „Roten Hilfe“, 12.10.2023, URL: <https://kommunistische-organisation.de/artikel/steht-auf-gegen-das-verbot-von-samidoun-schande-ueber-den-verrat-der-roten-hilfe-stand-up-against-the-ban-on-samidoun-shame-on-the-betrayal-of-red-aid/> [eingesehen am 23.10.2023].
- Koschmieder, Carsten: Die Entstehung der Antideutschen und die Spaltung der linksradikalen Szene, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus, Bonn 2011.

- Kraushaar, Wolfgang: Vom Philosemitismus zum Antisemitismus. Der Sechs-Tage-Krieg als Vehikel für eine 180-Grad-Wendung, in: Münchner Beiträge zur Jüdischen Geschichte und Kultur, H. 1/2017, S. 28-44.
- Kraushaar, Wolfgang: Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.
- Kraushaar, Wolfgang: „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“. München 1970: über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Hamburg 2013.
- Leber, Sebastian: Links, progressiv - und antisemitisch. Die heimliche Macht der Israel-Hasser, in: Tagesspiegel, 13.10.2023, URL: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/links-progressiv--und-antisemitisch-die-heimliche-macht-der-israel-hasser-10600396.html> [eingesehen am 21.10.2023].
- Markl, Florian und Feuerherdt, Alex: Die Israel-Boycottbewegung BDS und die documenta fifteen. Vom alten Hass zur Delegitimierung des jüdischen Staates, in: Grigat, Stephan (Hrsg.): Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart. Erscheinungsformen, Theorien, Bekämpfung, Baden-Baden 2023, S. 135-156.
- Memarina, Susanne: Die Verherrlicher des Terrors, in: taz, 09.10.2023, URL: <https://taz.de/Hamas-Unterstuetzer-in-Berlin!/5962283/> [eingesehen am 23.10.2023].
- O. V.: Antisemitismus und die Klima-Bewegung, in: Belltower News, 10.05.2023, URL: <https://www.belltower.news/zwischen-israelhass-und-ns-vergleichen-antisemitismus-und-die-klimabewegung-149183/> [eingesehen am 16.09.2023].
- Pflicke, Tom: Linker Antisemitismus, in: Bundesfachstelle Linke Militanz, URL: <https://www.linke-militanz.de/handbuch/linker-antisemitismus/> [eingesehen am 13.11.2024].
- Potter, Nicholas: Samidoun. Tarnung für den Terror, in: Belltower News, 12.10.2023, URL: <https://www.belltower.news/samidoun-tarnung-fuer-terror-153123/> [eingesehen am 23.10.2023].
- Potter, Nicholas und Lauer, Stefan (Hrsg.): Judenhass Underground. Antisemitismus in emanzipatorischen Subkulturen und Bewegungen, Leipzig 2023.
- RIAS Hessen: documenta fifteen. „Es wurde eine dunkelrote Linie überschritten“, Marburg 2023, URL: https://report-antisemitism.de/documents/2023-03_rias-he_documentafifteen_Antisemitismus.pdf [eingesehen am 24.10.2023].
- Sales Prado, Simon: Klimaaktivismus auf Abwegen, in: taz, 20.11.2019, URL: <https://taz.de/Antisemitismus-bei-Extinction-Rebellion!/5640088/> [eingesehen am 16.09.2023].
- Schultheis, Joshua und Potter, Nicholas: Fridays For Future International. Tweets gegen Israel, in: Jüdische Allgemeine, 26.10.2023, URL: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/tweets-gegen-israel/> [zuletzt eingesehen am 26.10.2023].

- Seydack, Niclas: Das Schweigen nach dem Brand, in: Die Zeit, 13.02.2023, URL: <https://www.zeit.de/2020/08/antisemitismus-brandanschlag-muenchen-februar-1970> [eingesehen am 24.10.2023].
- Sznaider, Natan: Zur Lüge der Linken, in: Süddeutsche Zeitung, 24.10.2023, URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/natan-sznaider-nahost-linke-krieg-israel-amas-palaestina-1.6292773> [eingesehen am 24.10.2023].
- Tikhomirova, Anastasia: Safe Spaces auch für Jüd:innen, in: taz, 21.07.2021, URL: <https://taz.de/Antisemitismus-in-der-Linken/!5781586/> [zuletzt eingesehen am 21.10.2023].
- Ullrich, Peter: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs, Göttingen 2013.
- Zinkler, Diana: Es gibt keine Befreiung von der deutschen Schuld, in: Die Zeit, 20.10.2023, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-10/antisemitismus-deutschland-amas-israel-demonstrationen> [eingesehen am 23.10.2023].

Linker Antisemitismus in der politischen Bildung

Interview mit Bijan Razavi von der Bildungsstätte Anne Frank

Lieber Bijan, stell uns doch bitte das von dir geleitete Projekt „Radikale Reflexion“ vor, das sich mit linkem Antisemitismus befasst.

Wir gehen zunächst davon aus, dass Antisemitismus kein Problem bestimmter Gruppen ist. In der gesellschaftlichen Debatte geht es oft um den Antisemitismus der anderen - rechter, linker, islamischer oder islamistischer Antisemitismus und selten um den Antisemitismus der sogenannten Mitte. Wir gehen aber davon aus, dass wir besonders in Deutschland als postnationalsozialistische Gesellschaft, aber auch weltweit Antisemitismus als Grundproblem haben, das sich unterschiedlich äußert.

Menschen artikulieren Antisemitismus mit dem Vokabular, mit den Ideen, die ihnen bekannt sind. Linke mit linken Ideen, Rechte mit rechten Ideen. Aber im Kern bleibt Antisemitismus der Gleiche. Das ist uns sehr wichtig. Gleichzeitig hat Antisemitismus unter Linken - wo er als etwas wahrgenommen wird, was eigentlich unvereinbar ist mit einem linken Selbstverständnis - eine lange Bewegungsgeschichte. Besonders wenn es um Kapitalismuskritik und den Staat Israel geht. Das heißt: Auch wenn Antisemitismus im Kern der Gleiche bleibt, bedeutet das nicht, dass es nicht helfen würde, gruppenspezifische Angebote zu machen und sich vor dem Hintergrund ihrer Weltbilder und Welterklärungen mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Unser Ansatz ist, etwas für Linke in der politischen Bildung anzubieten, ohne zugleich zu sagen, wir reden hier über eine dezidiert andere Art von Antisemitismus.

Es gibt also insbesondere mit Blick auf die deutsche Gesellschaft eine Art von latenten Antisemitismus, der zwar verschiedene ideologische Ausformungen,

aber eine Tiefendimension hat, die man nicht über gruppenspezifische Konkretisierungen allein erreichen oder bekämpfen kann?

Ja, genau. Nicht nur in Deutschland, sondern global macht Antisemitismus ein Angebot, die Welt auf eine bestimmte Art zu deuten. Und das ist erst mal ein attraktives Angebot in einer komplexen, modernen Gesellschaft und ganz besonders in Zeiten der Krise. Seit 2008 reiht sich Krise an Krise: der sogenannte Nahostkonflikt oder Israel-Palästina-Konflikt, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Finanzkrise, Klimakrise und so weiter. Antisemitismus ist also zunächst ein Angebot, die Welt auf eine bestimmte Art zu deuten, die es Menschen zugleich erlaubt, ihre eigenen gesellschaftlichen Verstrickungen in die vielfältigen Probleme zu negieren. Dafür muss man sich erst einmal nicht einer bestimmten sozialen, politischen oder sonstigen Gruppe zugehörig fühlen. Wichtig ist also, nicht nur über bestimmte Aspekte von Antisemitismus zu reden, sondern von dieser Ideologie als Gesamtproblem.

Warum lautet der Titel des Projekts „Radikale Reflexion“?

Er benennt genau, um was geht. Wir versuchen, uns Gedanken zu machen gerade über eine linke Perspektive, die ja Selbstreflexion zu den eigenen Werten zählt. Wir sagen also: Wenn ihr Kritik, auch radikale Kritik, an gesellschaftlichen Phänomenen üben wollt, beispielsweise am Kapitalismus, dann ist es wichtig, dass sie nicht in vereinfachten Weltbildern mündet. Wir versuchen also, an die von dieser spezifischen Zielgruppe selbst formulierten Werte anzuknüpfen.

Nun wird seit jeher heftig diskutiert über die richtige Definition von Antisemitismus. Welches Konzept verwendet ihr in der Bildungsstätte und welche Erfahrungen habt ihr damit in eurer politisch-praktischen Bildungsarbeit gemacht?

Für die pädagogische Arbeit versuchen wir zunächst, auf konkrete Definitionen zu verzichten. Denn im Kern entzieht sich Antisemitismus wie viele andere sozialwissenschaftliche Konzepte, etwa Rassismus, einer konkreten Definition. Alle sozialen, politischen und gesellschaftlichen Phänomene, Krisen und Konflikte können auf eine antisemitische Art gedeutet und erzählt werden. Zumal heute, anders als bis 1945, Antisemitismus selten offen ausgesprochen wird, sondern über Chiffren und Andeutungen funktioniert. Deswegen kann eine Definition nie eine enge Grenze ziehen: Hier ist es antisemitisch und da nicht, weil es genau für diese Deutungen Raum geben muss.

Es gibt diesen zumindest wissenschaftlich anmutenden Streit um unterschiedliche Definitionsvorschläge. Auf der einen Seite die Antisemitismus-Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)⁷⁹ und auf der anderen Seite die mehr oder weniger schon als Gegenentwurf in die Welt gebrachte Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA)⁸⁰. Beide kommen wahrscheinlich in achtzig Prozent der Fälle zu einem ähnlichen Ergebnis. Für mich ist das aber eher eine Art Stellvertreterdebatte - denn eigentlich handelt es sich um eine politische Auseinandersetzung, in der es in fast allen Fällen um Israel und israelbezogenen Antisemitismus geht. Wir thematisieren diese Debatte manchmal; aber nicht um Partei zu ergreifen für die eine oder andere Definition.

Wie geht ihr stattdessen vor?

Unser Ansatz ist eher, ein Gespür zu entwickeln für antisemitische Erzählungen; für ihre Tradierung und wie sie sich in unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich äußern, aber vor allem auch für die Funktionen, die sie erfüllen für Individuen und Gruppen. Deswegen versuchen wir, mit Beispielen und Analyseübungen zu arbeiten, die den Teilnehmenden unserer Angebote viel Zeit und Raum geben, sich heranzutasten und das Dechiffrieren auszuprobieren, das heißt, sich Gedanken darüber zu machen, zunächst auf einer abstrakten Ebene - Was will diese Erzählung eigentlich? - und sich vielleicht auch die Frage zu stellen, was das mit mir selbst macht.

Immer wieder gibt es Fälle, in denen es Menschen sehr leichtfällt, den antisemitischen Gehalt bestimmter Erzählungen zu erkennen; und es gibt sehr viele Kontexte, in denen es sehr viel Abwehr dagegen gibt. Das sind in der Regel Beispiele, die das eigene Weltbild betreffen und wo man vielleicht sogar Sympathie hat für diese Erzählungen. Oft ist das die Frage von Kapitalismuskritik oder eben Israel und dem sogenannten Nahostkonflikt. Und wir können erst mal davon ausgehen, dass die Tatsache, dass Leute bestimmte Bilder und Erzählungen als antisemitisch erkennen und auf einer formalen Ebene zurückweisen, noch gar nicht bedeutet, dass sie quasi ihre eigene emotionale Verknüpfung mit diesen Fragen, ihre Biografie oder ihre aktuellen politischen Positionen betreffend, erkennen.

79 Vgl. IHRA, Arbeitsdefinition von Antisemitismus, URL: <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> [eingesehen am 15.11.2024].

80 Vgl. The Jerusalem Declaration on Antisemitism, URL: <https://jerusalemdeclaration.org> [eingesehen am 15.11.2024].

Bei aller Plausibilität dieses Ansatzes, der mehr will, als nur Kriterien für Antisemitismus zu prüfen, frage ich mich, ob ihr etwa den sogenannten 3-D-Test mit in die praktische Arbeit hineinnehmt.

Wir schließen das natürlich nicht aus, zumal von vielen Teilnehmenden unserer Veranstaltungen oft eine solche Checkliste gewünscht wird. Das ist verständlich, da nicht jeder die Kapazitäten hat, sich so tief mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Unser Wunsch ist, diesem Ansinnen nicht gleich nachzugeben und zu sagen, es sei ja einfach, denn man könne Antisemitismus leicht erkennen mittels einer bloßen Checkliste. Zugleich stellen wir Modelle und Ideen vor, Antisemitismus zu erkennen, wie unter anderem den 3-D-Test. Dieser zielt auf die oft gestellte Frage, wo der Unterschied zwischen israelbezogenem Antisemitismus und Kritik an israelischer Politik oder am Staat Israel liegt. „3-D“ steht dabei erstens für Delegitimierung, also wenn Israel als Staat das Existenzrecht abgesprochen wird; zweitens für Dämonisierung, also wenn Israel als das größte Übel der Welt dargestellt wird (hierzu gehören zum Beispiel NS-Vergleiche); und drittens für doppelte Standards, das heißt, dass an Israel andere Standards angelegt werden als an andere Staaten. Werden diese drei Aspekte bejaht, könne man von Antisemitismus sprechen.

Wir stellen in unseren Veranstaltungen also solche Prüfmöglichkeiten vor, versuchen aber gleichzeitig immer zu zeigen, dass das noch lange nicht das Problem löst. Zumal oft fraglich ist, ab wann eine Dämonisierung vorliegt.

Was meinst du damit genau?

Nehmen wir den Satz: *Was heute die Israelis mit den Palästinenser:innen machen, ist nichts anderes, als was früher die Nazis mit den Juden gemacht haben.* Hier können sich noch viele Leute darauf einigen, dass das eine problematische Position ist. Mehr Streit gibt es zum Beispiel beim Apartheid-Vergleich - ist Israel als Apartheidstaat zu bezeichnen eine Dämonisierung? Ja, sagen die einen, weil Israel nicht vergleichbar ist mit dem Apartheidregime in Südafrika. Andere meinen, das sei legitim, Israel so zu bezeichnen, und führen beispielsweise Amnesty International an, in deren Bericht es so stehe. Eine Erweiterung des Tests ist etwa durch das Konzept der De-Realisierung von Monika Schwarz-Friesel denkbar, die als Linguistin die Sprache des Judenhasses untersucht hat. Es besagt, dass Dinge, die zum Kontext dieses Konfliktes gehören, einfach ausgeblendet oder verzerrt würden; und das sei dann eben auch Teil von Antisemitismus. Meine Kollegin Deborah Krieg hat noch den Begriff der Dichotomisierung vorgeschlagen - gar nicht nur in Bezug auf Antisemitismus, sondern in Bezug auf das Sprechen über diesen Konflikt. Das heißt, immer davon auszugehen, dieser sogenannte Nahostkonflikt bestehe aus zwei sich diametral gegenüberstehenden Positionen, also der israe-

lisch-jüdischen und der arabisch-palästinensisch-muslimischen. Wir stellen all das unseren Teilnehmer:innen vor, auch mit all den problematischen Implikationen, die ich jetzt skizziert habe. Und wenn es an die Beispiele geht, sagen wir: Nehmt gern die Definitionsvorschläge mit und probiert aus, wie gut euch das hilft. Und ganz oft merken die Leute dann an den Beispielen selbst, dass es im Zweifelsfall nicht hilft.

Kannst du eine solche Begegnung in euren Veranstaltungen noch etwas genauer beschreiben, auch die kritischen Begegnungsaspekte?

Erst einmal kommt man nicht leicht an diese Zielgruppe heran; linke Debatten finden eben oft intern statt. Kontakt bekommt man über Organisationen und Institutionen, worin sich Linke aufhalten und organisieren, also Universitäten, gerade Studierendenvertretungen, Parteienstiftungen, auch im Kunst- und Kulturbereich. Dort bieten wir Workshops, Vorträge, Fortbildungen an und Teilnehmende merken bald, dass es eine wertvolle Auseinandersetzung für sie ist. Sie tragen das dann vielleicht in ihre Gruppen.

Ich nehme diese Fortbildungen, die ich vor allem im letzten Jahr innerhalb linker Gruppen gemacht habe, als sehr wertvolle und tiefgehende Auseinandersetzungen wahr. Und meine persönliche Erfahrung ist eine andere als das Bild, das die mediale und sonstige mehrheitsgesellschaftliche Öffentlichkeit vermittelt. Wenn dort über Antisemitismus in der Linken oder radikalen Linken gesprochen wird, dann werden vor allem die problematischen Leute thematisiert, die es ganz offensichtlich gibt. Und gerade im Planungskontext sind wir oft besorgt, dass es zu großen Konflikten bei unseren Veranstaltungen kommt, was bisher kein einziges Mal passiert ist. Uns hilft die Tatsache, dass wir uns große Mühe geben, angemessene pädagogische Räume zu gestalten, die Orte der Sicherheit sind, an denen wir über Unsicherheiten sprechen und erst mal unterschiedlicher Meinung sein können. Dabei sollten alle den guten Willen mitbringen, selbstkritisch und sensibel für Antisemitismus und Rassismus zu sein.

Hast du im Rahmen eures Projekts auch Begegnungserfahrungen mit linksradikalen Gruppierungen gemacht?

Als Gruppe eher nicht. Ich glaube, da steht man tatsächlich vor dem Problem, dass es dort durchaus großes Misstrauen gibt gegen institutionalisierte Verfahren. Zumal deren Weltbilder oft so geschlossen sind, dass die Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, geringer ist. Es ist eher so, dass man mit einzelnen Personen aus diesem Spektrum über andere Kontexte in Kontakt kommt. Also ganz oft nehmen

einzelne Personen, die vielleicht in solchen Gruppen organisiert sind, an Veranstaltungen teil; und natürlich diskutiert man auch mit der Hoffnung, dass sie das in ihre Gruppen mit reinnehmen. Aber auch die Bildungsstätte ist keine Organisation, bei der Vertreter:innen dieses politischen Spektrums sagen: Oh ja, mit denen wollen wir uns unbedingt austauschen und diskutieren!

Du hast bereits erwähnt, dass die Begriffe Antisemitismus und Rassismus oft gegeneinander ausgespielt werden und ihr dieses vermeintliche Konkurrenzverhältnis entkräften wollt. Kannst du kurz darlegen, wie ihr diese Begriffe beziehungsweise das Verhältnis dieser Begriffe verhandelt?

Was wir jetzt nach dem 7. Oktober 2023 gerade an Universitäten sehen, in linken Debatten, die weit über innerlinke Diskussionen hinausgehen - das beobachten wir eigentlich seit Jahren: dieses, man könnte fast sagen, Schisma von Rassismus- und Antisemitismuskritik. Ich erinnere an die documenta fifteen, an die Diskussion um die Ruhrtriennale und Achille Mbembe 2020 oder den BDS-Bundestagsbeschluss 2019. BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) ist eine Kampagne, die es seit 2005 gibt und die sich selbst als palästinensische Graswurzelbewegung labelt. Ihr Ziel ist es, Israel eben mit Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen unter Druck zu setzen, bis man den Palästinenser:innen im eigenen Wortlaut alle Menschenrechte zugestehen würde. Der Bundestag hat in einer Resolution beschlossen, die BDS-Bewegung sei antisemitisch, und dazu aufgerufen, ihr keine Räume und Gelder zur Verfügung zu stellen. Das wird gerne auch als eine Art Gesetz behandelt, das es natürlich nicht ist, vielmehr ist es im Prinzip eine Absichtserklärung.

Und es gab lange eine Debatte darüber, wie sehr das auch die freie Meinungsäußerung einschränkt. Genau anhand dieser Debatten haben wir auf der einen Seite eine sich als antisemitismuskritisch verstehende, meistens Israel-solidarische Position und auf der anderen Seite eine Position, die sich als rassismuskritisch versteht und sich oft entweder an postkolonialer Theorie oder an traditionellem Anti-imperialismus orientiert.

Es war immer Anliegen der Bildungsstätte, diese Art von Einteilung zu unterlaufen und zu sagen, Rassismuskritik und Antisemitismuskritik sind Dinge, die man nur gemeinsam denken kann und nicht gegeneinander. Und das Wichtigste ist: Eine Unterscheidung an den Stellen, wo Antisemitismus und Rassismus sich unterscheiden, bedeutet keine Hierarchisierung. Antisemitismus ist nicht schlimmer oder weniger schlimm als Rassismus, sondern beide sind potenziell menschenverachtende, mörderische Ideologien, die man aus einer demokratischen, pluralistischen, liberalen Perspektive bekämpfen muss.

Wie lassen sich die geschilderten kritischen Perspektiven integrieren?

Wenn wir Rassismus-Antisemitismus-Kritik zusammen denken wollen, ist uns als Bildungsstätte sehr wichtig, Antisemitismus nicht als Problem bestimmter sozialer oder politischer Gruppen wahrzunehmen, auch nicht der Muslim:innen. Antisemitismus wird allzu oft externalisiert als Antisemitismus der anderen, besonders gerne der Muslim:innen. Grundhaltung unserer pädagogischen Arbeit ist, zu sagen: In Deutschland, in der gleichzeitig postnationalsozialistischen und postkolonialen Gesellschaft, gibt es Rassismus und Antisemitismus. Um sich selbst als rassistisch- und antisemitismuskritisch wahrnehmen zu können, muss man erst einmal selbstreflexiv herausfinden: Was haben wir verinnerlicht, was haben wir erlernt und wie können wir das verlernen? Wenn wir hiervon ausgehen, müssen wir anerkennen, dass Antisemitismus Teil dieser Gesellschaft ist und kein Problem lediglich der anderen oder eines von früher. Und das gilt parallel auch für Rassismus, der natürlich auch immer der Rassismus der anderen ist. In der Mehrheitsgesellschaft sind das eben Rechtsextreme, das ist die AfD - nur man selbst nicht. Diese Parallelen aufzumachen und auszuhalten, dass es darum Streit gibt - das ist eine Herausforderung, die den Kern unserer Arbeit ausmacht und die, glaube ich, dazu beiträgt, dass auch Leute aus der Linken bereit sind, in die Auseinandersetzung mit uns zu gehen.

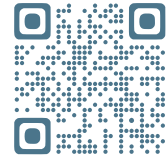
Während der Coronapandemie konnten wir Querfront-Phänomene beobachten, also ideologisch ganz unterschiedliche Gruppen, die gemeinsam gegen ein geteiltes Feindbild protestierten. Was ergibt vor diesem Hintergrund deine Analyse der gegenwärtigen Ereignisse, gerade mit Blick auf linken Antisemitismus und propalästinensische Gruppierungen?

Grundsätzlich ist die Querfront-Frage für Antisemitismus in ganz unterschiedlichen Kontexten relevant. Gerade israelbezogener Antisemitismus kann als „ideologischer Kitt“, so Samuel Salzborn, fungieren und ganz unterschiedliche politische Bewegungen, die sich eigentlich alle gegenseitig ablehnen, gemeinsam mobilisieren. Man kann das seit Jahren am sogenannten al-Quds-Tag beobachten, an dem Muslim:innen für die Befreiung von al-Quds (Jerusalem auf Arabisch) von den Zionist:innen, also von den Jüdinnen:Juden, demonstrieren. Auf dieser im Kern islamistischen Veranstaltung konnte man nicht nur Islamist:innen, sondern auch Rechtsextreme und eben auch radikale Linke sehen. Besonders nach dem 7. Oktober kann man in der Szene der sogenannten Palästina-Solidarität beobachten, dass Teile der radikalen Linken bereit sind, mit Islamist:innen zusammenzuarbeiten. Allerdings nehme ich die Propalästina-Szene im Kern nicht als islamistisch

wahr, habe aber oft den Eindruck, dass sie sehr dominiert wird von islamistischen Narrativen. Und es liegt nahe, dass das verbindende Element dieser Gruppen Antisemitismus sein könnte.

Die Bildungsstätte Anne Frank ist auch im Kompetenznetzwerk Antisemitismus⁸¹ zusammengeschlossen mit vier anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen: dem Anne Frank Zentrum, dem Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS), dem Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung und mit der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA). Wie wird in diesem Kompetenznetzwerk linker Antisemitismus thematisiert?

Kompetenznetzwerk
Antisemitismus:



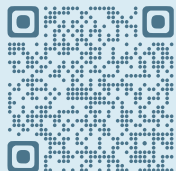
Er wird eher indirekt thematisiert. Allen ist bewusst, dass es auch in der Linken Handlungsbedarf gibt in Bezug auf Antisemitismus. Ich bin überzeugt, dass meine Kolleg:innen die Einschätzung teilen, dass Antisemitismus ein grundsätzliches Problem von vielen gesellschaftlichen Schichten ist. Wir haben sehr viele gemeinsame Veranstaltungen gemacht in den letzten Jahren im Rahmen des Kompetenznetzwerks Antisemitismus, vor allem gemeinsame Fachtage organisiert und Fortbildungen angeboten, zum Beispiel zuletzt für Multiplikator:innen, die in diesem Feld der Antisemitismusprävention und politischen Bildung schon aktiv sind und sich fortbilden lassen zu antisemitismuskritischer Bildung.

Und wir haben viel Austausch auch mit den Kolleg:innen aus den anderen Organisationen. Wir hatten Fachtage zu Antisemitismus im Netz, wo sich ein großer Teil der Akteur:innen der Palästinasolidarität als links versteht. Wir haben auch über die Debatte, die gerne als der Historikerstreit 2.0 bezeichnet wird, Veranstaltungen gemacht - also zur Frage, wie sehr man die Kolonialverbrechen und den Holocaust vergleichen bis gleichsetzen kann. Eine Frage, die gerade in postkolonialen Diskussionen gestellt wird, ist die, ob die Singularität des Holocaust dem Gedenken an die Kolonialverbrechen im Weg steht. Ich finde, das ist erst mal eine berechtigte Frage, die zu diskutieren ist. Natürlich erleben wir immer auch Debatten, die primär in linken Kontexten geführte Diskussionen mit Bezug zu Antisemitismus betreffen, ohne dass wir uns ausschließlich mit der Linken als Zielgruppe beschäftigt hätten.

Das Interview führte Tom Pflücke.

81 Das Kompetenznetzwerk Antisemitismus wurde von 2021 bis Ende 2024 im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Weitere Infos unter URL: <https://kompetenznetzwerk-antisemitismus.de> [eingesehen am 14.11.2024].

Bijan Hassan Pour-Razavi hat Politik und Geschichte studiert und leitet als Mitarbeiter der Bildungsstätte Anne Frank das Projekt „Radikale Reflexion“. Seine politische Bildungsarbeit fokussiert primär auf Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus.



Das hier wiedergegebene Interview ist eine gekürzte Version des 2024 veröffentlichten Podcasts der Bundesfachstelle Linke Militanz zur Arbeit des Projekts „Radikale Reflexion. Nachhaltige Präventionsstrategien gegen vereinfachte Weltbilder und Antisemitismus in der extremen Linken“. Das an der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelte Projekt wird vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert. Interviewt wurde der Projektleiter Bijan Razavi. Der ganze Podcast kann auf der Website der Bundesfachstelle Linke Militanz nachgehört werden.

Übung: Erscheinungsformen von Antisemitismus

Projektteam F.A.N. Berlin Brandenburg

Vor dem Hintergrund deutscher Geschichte ist die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und dessen Unterbindung eine der zentralen Herausforderungen für das demokratische Zusammenleben. Dennoch tritt Antisemitismus in seinen verschiedenen Ausprägungen in vielen Teilen der Gesellschaft in Erscheinung. Die im Folgenden vorgestellte Übung eignet sich gut, um gemeinsam in einen ersten Austausch zu kommen und sich verschiedene Hintergründe und Funktionsweisen von Antisemitismus gemeinsam zu erschließen.⁸²

Mithilfe von Collagen zu spezifischen Erscheinungsformen werden die Teilnehmenden an das Phänomen Antisemitismus herangeführt. Sie durchlaufen mehrere Reflexionsphasen, in denen ein Schaubild entsteht, das Informationen und Hintergründe zu Antisemitismus enthält. Abschließend tauschen sich die Teilnehmenden über eine gemeinsame Arbeitsdefinition des Begriffes Antisemitismus aus.

- **Gruppengröße:** Bis zu 20 Personen
- **Zielgruppen:** Pädagogische Fachkräfte und weitere Fachkräfte aus der Jugendarbeit
- **Dauer:** 50 Minuten

Anleitung zur Übung:

Die Teilnehmenden bekommen zunächst das Ziel der Übung erklärt: Mithilfe von Beispielbildern sollen Informationen und Hintergründe zu Erscheinungsformen des Antisemitismus sichtbar gemacht werden. Im Anschluss kann sich die Gruppe

82 Siehe URL: <https://demokratie-fan.de/bildungsbausteine/erscheinungsformen-des-antisemitismus/> [eingesehen am 27.11.2024].

über eine Arbeitsdefinition austauschen, die beim Erkennen von Antisemitismus im Alltag oder im Arbeitskontext hilft.

Der Ablauf der Übung erfolgt in fünf Schritten, die im Folgenden näher skizziert werden:

1. Die Teilnehmenden setzen sich in einen Stuhlkreis, in dessen Mitte die Beispielbilder gut sichtbar ausgelegt werden.
2. Die Teilnehmenden werden in Zweiergruppen aufgeteilt und entscheiden sich für eines der ausliegenden Bilder. Auf die Verteilung der Beispielbilder folgt eine fünfminütige Analysephase, in der die Gruppen aufgefordert werden, das jeweils ausgewählte Beispielbild gemeinsam zu entschlüsseln und zu diskutieren. Dabei sollen sie sich über die möglichen Botschaften ihres Bildes und deren Bedeutung für die Arbeit mit Kolleg:innen und Jugendlichen austauschen.
3. In einer zehnminütigen Zwischendiskussion präsentieren die Teilnehmenden ihre Bilder und beschreiben sie im Plenum. Zudem sollen sie die Diskussion aus der Gruppenarbeit kurz zusammenfassen.
4. In der nächsten Phase der Übung erhält jede Gruppe sechs verschiedenfarbige Moderationskarten. Gleichzeitig werden in der Mitte des Stuhlkreises die folgenden sechs Fragekarten, welche die gleichen Schriftfarben wie die Moderationskarten haben, ausgelegt:
 - Welche antisemitischen Inhalte sind euch begegnet?
 - Wer sind die Urheber:innen der antisemitischen Inhalte?
 - Wer ist von den antisemitischen Inhalten direkt oder indirekt betroffen?
 - In welchen Kontexten begegnen euch die antisemitischen Inhalte?
 - Gibt es wiederkehrende Argumentationsmuster?
 - Was gibt es noch zu ergänzen?

Die Zweiergruppen haben nun 15 Minuten Zeit, ihre Antworten zu den Fragen in Stichpunkten festzuhalten. Diese werden auf den Moderationskarten mit der entsprechenden Farbe vermerkt und an die dazugehörige Fragekarte angelegt. In der Übungsbeschreibung auf der Projektwebseite findet sich ein Beispielfoto für ein an diesem Punkt der Übung entstandenes Schaubild.

Danach werden die Ergebnisse besprochen und die Antworten unter den Fragen geclustert. Hierzu werden die Fragen und die dazugehörigen Antworten der Reihe nach durchgegangen, Verständnisfragen geklärt und der Versuch unternommen, die Antworten innerhalb einer Kategorie in Relation zueinander zu platzieren.

5. In der offenen Abschlussdiskussion (Dauer: zehn Minuten) bekommen die Teilnehmenden die Aufgabe, eine Arbeitsdefinition für Antisemitismus festzuhalten. Hierzu kann die Moderation den Teilnehmenden folgende Aufgabe erteilen:

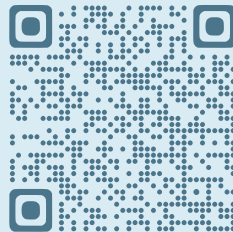
Schaut euch die gesammelten Ergebnisse nochmal genau an. Welche Punkte sind in euren Augen wesentlich und sollten in die Arbeitsdefinition einfließen? Gibt es noch Aspekte aus euren eigenen Erfahrungen, die hier fehlen?

Die gesammelten Aspekte können an einem Flipchart in Stichpunkten oder ausformuliert festgehalten werden. Sie bilden die selbst erarbeitete Arbeitsdefinition zu Antisemitismus, die nun als Grundlage der eigenen Arbeit genutzt werden kann.

Den obigen Beitrag stellt das Projektteam von Fortbildung, Austausch, Netzwerke (F.A.N.) Berlin-Brandenburg der Stiftung SPI - Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“ vor. F.A.N. unterstützt Fachkräfte im Umgang mit Radikalisierungsprozessen und erarbeitet mit ihnen Möglichkeiten zur Förderung von demokratischen Handlungskompetenzen und Diskursfähigkeit. Das Projekt legt bei seiner Arbeit den Fokus auf unterschiedliche demokratie-stärkende Wege der Mitsprache und Teilhabe junger Menschen in analogen sowie digitalen Lebenswelten. Mehr Informationen finden Sie auf der Projekt-Website: www.demokratie-fan.de.

Die hier vorgestellte und weitere Übungen finden sich auf der Lernplattform der Projektwebseite von F.A.N. Berlin-Brandenburg (demokratie-fan.de/bildungsbausteine) sowie im Methodenhandbuch „Das F.A.N.-tastische Methodenhandbuch“ (https://demokratie-fan.de/wp-content/uploads/2024/09/SPI_Handbuch_30082024_rgb.pdf).

Methodenhandbuch:



Antifaschismus und Häuserkampf - Regionale Ausprägungen und historischer Wandel

01

Inhalt

Einblick	68
Antifa-Ost: Vom DDR-Märchen zur militanten Realität <i>André Kern</i>	71
Radikalisierung im antifaschistischen Kampf Konzept eines Workshops <i>Natalia Hanauska</i>	80
Autonome vs. bürgerliche Antifa? Profil und Probleme der Massenproteste gegen rechts Anfang 2024 <i>Alexander Hensel und Dario Wehner</i>	88
Häuserkampf als linksradikales Aktionsfeld <i>Tom Pflücke</i>	105
Hegemonie und Alltag <i>Interview mit dem Historiker Nils Franke über linke Stadtteile in Ost und West</i>	116

Brennende Barrikaden und Blockaden, Besetzungen oder Krawalle – linke Militanz hat in ihrer Historie viele Gesichter gezeigt: Inwieweit sie sich im Sinne der von der Bundesfachstelle genutzten Arbeitsdefinition von Militanz radikal, kämpferisch und tatorientiert gibt, und ab wann sie in gewalttätiges Handeln hauptsächlich gegen Sachen, allerdings auch gegen Personen umschlägt¹, divergiert je nach Zeit und Ort.

Zeitgeschichtlich lassen sich regelrechte Hochphasen bestimmter Militanzformen beobachten, die zumeist nach relativ kurzer Zeit wieder abebben. So wiederholen sich linksradikale Eskalationsformen zuweilen in ähnlicher und doch neuer Weise, wie etwa das Beispiel der Hamburger G20-Proteste zeigte, die als Rückkehr einer Form des vormodernen Mobs in Gestalt postmoderner *riots* gedeutet wurden.² Auch räumliche Ballungen oder Abwesenheiten von Militanz sind auffällig, wenn man etwa die urbanen Hochburgen und Hotspots militanter Gruppen und Aktivitäten kartografiert.

Um derartige historische und regionale Differenzen zu analysieren, greifen die Sozial- und Geschichtswissenschaften auf verschiedene qualitative Ansätze zurück.³ Historische Wandlungsprozesse werden in sogenannten Längsschnittanalysen nachvollzogen und regionale Merkmale vergleichend untersucht. Auf diese Weise können Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen *gestern* und *heute* sowie *hier* und *dort* überhaupt erst sichtbar gemacht und eine Sensibilität für das Besondere im Allgemeinen als auch das Allgemeine im Besonderen entwickelt werden.

Vor diesem analytischen Hintergrund wurden auch die für das vorliegende Dossier ausgewählten zentralen Aktionsfelder linker Militanz untersucht: zum einen das Phänomen des Antifaschismus, das sich seit den 1920er Jahren bis heute – also von den Frühformen des Weimarer Antifaschismus bis zu den jüngsten Widerständen gegen den Rechtsextremismus – gehalten, dabei auch immer wieder gewandelt hat;⁴ und zum anderen wird das Thema Häuserkampf aufgegriffen. Seit der ersten großen Hausbesetzungsbewegung Anfang der 1970er Jahre ist diese in be-

-
- 1 Vgl. Deycke, Alexander et al.: Orientierungen im Feld der radikalen Linken, in: dies. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 9-27, hier S. 20 f.
 - 2 Zur Debatte über *riots* vgl. ebd., S. 11-13; zu den G20-Protesten im Jahr 2017 vgl. ausführlich Schenke, Julian: Ganz Hamburg hasst die Polizei? Die autonome Szene in Hamburg und ihr lokalspezifischer Kontext, in: Deycke et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 145-175.
 - 3 Zum Überblick vgl. Bennett, Andrew und Elman, Colin: Case-Study Methods, in: Reus-Smit, Christian und Snidal, Duncan (Hrsg.): The Oxford Handbook of International Relation, Oxford 2008, S. 500-517.
 - 4 Vgl. einführend Schneider, Ulrich: Antifaschismus, Köln 2014 sowie Rohmoser, Richard: Antifa. Portrait einer linksradikalen Bewegung, München 2022.

stimmten, vornehmlich großen Städten erhalten geblieben und verbindet sich mit thematisch angrenzenden Initiativen und Aktivitäten gegen Gentrifizierung, Mietpreissteigerungen, aber auch für alternative Wohn-, Arbeits- und Lebensformen.

Der Themenblock Antifaschismus beschäftigt sich zunächst mit Ausprägungen dieses Phänomens in Ostdeutschland. André Kern rekapituliert und aktualisiert in seinem Beitrag die Ergebnisse einer im Jahr 2022 an der Bundesfachstelle veröffentlichten Vergleichsanalyse zur „Antifa Ost“⁵, die Unterschiede und politisch-kulturelle Prägungsfaktoren der radikalen Linken in Leipzig und Rostock herausgearbeitet hat. Es folgt ein Beitrag von Natalia Hanauska, die einen von ihr erarbeiteten Workshop zur politischen Bildung vorstellt, der Prozesse der Radikalisierung am Phänomen des Antifaschismus zeigt. Abschließend präsentieren Alexander Hensel und Dario Wehner eine Analyse der Massenproteste gegen Rechtsextremismus zu Beginn des Jahres 2024, die von antifaschistischen Parolen und Deutungsmustern geprägt waren, die sich von den Kernmerkmalen der autonomen Antifa jedoch massiv unterschieden.

Im Themenblock zum Thema Häuserkampf finden sich zwei Beiträge. Tom Pflücke zeigt in seiner Phänomenbeschreibung zentrale Ereignisse und Muster des linksradikalen Häuserkampfes auf; dabei arbeitet er Formen des Häuserkampfes heraus und zeigt auf, wie regionale Häuserkämpfe als Motor für weitergehende Debatten, etwa über Kritik an Mieten und alternative Wohn- und Lebensformen, fungieren – und nicht zuletzt oftmals den subkulturellen Boden der Gentrifizierung bereiteten. Hieran knüpft inhaltlich das Interview mit dem Historiker Nils Franke an, der im Jahr 2023 für das von „Demokratie leben!“ geförderte Modellprojekt „Gute Gewalt – Schlechte Gewalt“ des B3-Instituts eine vergleichende Studie über politisch linke Stadtquartiere erstellt hat.⁶ Er erklärt, warum sich diese gebildet sowie entwickelt haben und skizziert aktuelle Problem- und Konfliktlagen in linken Stadtvierteln.

5 Lühmann, Michael: Kurzstudie Antifa Ost. Die radikale Linke als Teil der politischen Kultur am Beispiel Rostock und Leipzig, Bundesfachstelle Linke Militanz, Göttingen 2022, URL: <https://www.linke-militanz.de/publikationen/kurzstudie-antifa-ost/> [eingesehen am 10.10.2024],

6 Franke, Nils M.: Die Genese politisch linker Stadtviertel im Vergleich, hrsg. vom Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V., Dresden o. J., URL: https://institut-b3.de/wp-content/uploads/2023/06/b3_brosch_Stadtteile_web.pdf [eingesehen am 12.09.2024].

Literaturverzeichnis

- Bennett, Andrew und Elman, Colin: Case-Study Methods, in: Reus-Smit, Christian und Snidal, Duncan (Hrsg.): The Oxford Handbook of International Relation, Oxford 2008, S. 500-517.
- Deycke, Alexander et al.: Orientierungen im Feld der radikalen Linken, in: dies. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 9-27.
- Franke, Nils M.: Die Genese politisch linker Stadtviertel im Vergleich, hrsg. vom Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V., Dresden o. J., URL: https://institut-b3.de/wp-content/uploads/2023/06/b3_brosch_Stadtteile_web.pdf [eingesehen am 12.09.2024].
- Lühmann, Michael: Kurzstudie Antifa Ost. Die radikale Linke als Teil der politischen Kultur am Beispiel Rostock und Leipzig, Bundesfachstelle Linke Militanz, Göttingen 2022, URL: <https://www.linke-militanz.de/publikationen/kurzstudie-antifa-ost/> [eingesehen am 10.10.2024],
- Rohrmoser, Richard: Antifa. Portrait einer linksradikalen Bewegung, München 2022.
- Schenke, Julian: Ganz Hamburg hasst die Polizei? Die autonome Szene in Hamburg und ihr lokalspezifischer Kontext, in: Deycke et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 145-175.
- Schneider, Ulrich: Antifaschismus, Köln 2014 .

Antifa-Ost: Vom DDR-Märchen zur militanten Realität

André Kern

Der Antifaschismus im Osten ist spezifisch. Auch über dreißig Jahre nach der Deutschen Einheit bleibt der Antifaschismus in Ostdeutschland von einer einzigartigen Vorgeschichte geprägt. Diese reicht bis in die DDR-Zeit zurück, als der Antifaschismus als Teil der Staatsdoktrin systematisch gefördert und in die gesellschaftliche sowie politische Erziehung integriert wurde. Zu diesem Ergebnis kommt die von Michael Lühmann für die Bundesfachstelle Linke Militanz erarbeitete Kurzstudie aus dem Jahr 2022.⁷ Damals wie heute sahen und sehen sich linke Gruppen im Osten immer wieder massiven Angriffen der extremen Rechten ausgesetzt, während staatliche Stellen oft zögerlich auf rechte Gewalt reagierten und linke Gegenwehr sogar hart sanktionierten. Vor diesem Hintergrund entwickelte die Antifa in Ostdeutschland einen besonders ausgeprägten und militanten Selbstschutz, der ihr Profil prägt.

Der vorliegende Artikel beschreibt die Besonderheiten des ostdeutschen Antifaschismus und beleuchtet, wie diese historisch sowie politisch beeinflusst wurden. Anknüpfend an Lühmanns Untersuchung werden dabei die Städte Rostock und Leipzig näher betrachtet, um die unterschiedlichen Merkmale der Antifa-Bewegung in Ostdeutschland exemplarisch und aktuell zu beleuchten. Auch im regionalen Detail zeigt sich, dass die spezifischen historischen und politischen Kulturen Ostdeutschlands die Dynamiken, aber auch Probleme antifaschistischer Bewegungen und linker Militanz entscheidend prägen – wobei breite zivilgesellschaftliche Bündnisse und ein geringeres Maß an versicherheitslichen Polizeistategien zur Deeskalation und Marginalisierung rechter Kräfte beitragen können.

7 Siehe Lühmann, Michael: Kurzstudie Antifa Ost. Die radikale Linke als Teil der politischen Kultur am Beispiel von Rostock und Leipzig, Bundesfachstelle Linke Militanz, Göttingen 2022, URL: <https://www.linke-militanz.de/data/akten/2023/05/Luehmann-Kurzstudie-Antifa-Ost-2022.pdf> [eingesehen am 22.06.2024].

Linke Militanz in Ostdeutschland: Von der DDR bis heute

Die Antifa-Bewegung in Deutschland hat seit ihrer Entstehung im späten 20. Jahrhundert vielfältige Formen angenommen, die von regionalen, historischen und politischen Entwicklungen geprägt sind. Die Geschichte linker Militanz im Ostdeutschland der Gegenwart beginnt damit bereits in der DDR. Der antifaschistische Staat der DDR, der offiziell den Faschismus für „mit Stumpf und Stiel ausgerottet“⁸ erklärte, sah sich in den 1980er Jahren mit einer wachsenden Neonazi-Szene konfrontiert. Dieser Widerspruch trug zur Bildung staatsunabhängiger Antifa-Gruppen bei, die ihre Aufgabe darin sahen, auf rechte Gewalt aufmerksam zu machen und gegen sie vorzugehen. Diese frühen Gruppen verfolgten indes keine militanten Ziele, da ihr Fokus auf Aufklärung und symbolischen Aktionen lag.⁹

Mit dem Ende der DDR und der Wiedervereinigung Deutschlands änderte sich die politische Landschaft drastisch. Vor dem Hintergrund der sozioökonomischen Umbrüche der 1990er Jahre und der daraus entstandenen Unsicherheiten zeichnete sich ein massiver Anstieg rechter Gewalt ab.¹⁰ Da der Staat oft nicht in der Lage oder willens war, effektiven Schutz vor rechten Übergriffen zu bieten, sahen sich die ostdeutschen Antifa-Gruppen gezwungen, militanten Selbstschutz zu betreiben. Diese Erfahrung prägte die ostdeutsche radikale Linke nachhaltig und führte zu einem tief verwurzelten Gefühl der Notwendigkeit von Militanz zur Selbstverteidigung.¹¹

In dieser Hinsicht unterscheiden sich die historischen Erfahrungen in Ost- und Westdeutschland deutlich: Während die radikale Linke im Westen damals eher theoretische und bündnisorientierte Ansätze verfolgte und oft gegen den Staat und seine Institutionen kämpfte, war im Osten die konkrete Bedrohung durch rechte Gewalt eine ständige Begleiterin. Dies führte zu einer anderen und spezifischen Organisation und Legitimation von Militanz, die von Politik und Öffentlichkeit vielfach nicht durchdrungen wird: Linke Militanz wurde und wird in Ostdeutschland als notwendige Reaktion auf eine reale und lebensweltliche Bedrohung angesehen, nicht als Angriff auf den Staat.¹²

8 Haag, Hanna / Heß, Pamela / Leonhard, Nina: Soziales Gedächtnis, Erinnern und Vergessen - Memory Studies: Volkseigenes Erinnern. Die DDR im sozialen Gedächtnis, Wiesbaden 2017, S. 69.

9 Vgl. Lühmann: Kurzstudie Antifa Ost, S. 13.

10 Vgl. Jänicke, Christin: The Invisible ‚Antifa-Ost‘. The Struggles of Anti-Hegemonic Engagement in East Germany, in: Partecipazione e Conflitto, Jg. 17 (2024), H. 1, S. 64-79, hier S. 74.

11 Lühmann: Kurzstudie Antifa Ost, S. 13 f.

12 Ebd.

Unterschied zwischen Ost und Ost: Rostock vs. Leipzig

Jenseits dieser Gemeinsamkeit lassen sich jedoch innerhalb des ostdeutschen Antifaschismus auch Unterschiede finden. Dass unterschiedliche lokale politische Kulturen und historische Erfahrungen Form und Ausprägung des Antifaschismus bedingt haben, arbeitet Lühmann exemplarisch an den Fällen Rostock und Leipzig heraus: Während in Rostock eine liberale politische Kultur und breite politische Bündnisse deeskalierend wirken und eine friedliche antifaschistische Praxis befördert haben, sei der Antifaschismus in Leipzig durch eine stark militante und defensive Haltung geprägt. Diese Unterschiede führt Lühmann auf die spezifischen historischen und sozialen Bedingungen in den jeweiligen Städten zurück.¹³

Grundsätzlich, so Lühmann, werde die radikale Linke in Rostock als eingebundene und erfolgreiche Akteurin betrachtet, welche die politische Kultur der Stadt beeinflusse - und gleichzeitig von ihr geprägt werde. Die Grundlage hierfür bilde die Prägung Rostocks als weltoffene Hafen- und liberal-progressive Universitätsstadt. Die Präsenz einer starken linksalternativen Szene und zahlreicher junger Menschen unterstütze diese Atmosphäre.

Die weltoffene Prägung steht dabei im Kontrast zur sozialräumlichen und politischen Spaltung der Stadt, die sich in der Trennung zwischen hippen Stadtteilen und prekären Randvierteln zeigt. In diesen Randvierteln ist die Präsenz des Rechtsextremismus besonders ausgeprägt, was einen ständigen Anlass und Bezugspunkt für linke und antifaschistische Mobilisierungen bildet. Diese Spaltung dient somit als Nährboden für Aktionen der linken Szene. Als weiteren historischen Prägefaktor arbeitet Lühmann das rechtsextreme Pogrom von Lichtenhagen im Jahr 1992 heraus, welches das Bewusstsein der Stadt tiefgreifend beeinflusst habe. Oft als „Selbsterschütterung“ bezeichnet, präge es bis heute die Stadtkultur. Diese Erinnerung sei ein wesentlicher Faktor für die starke linke Protestkultur in Rostock, die sich gegen rechte Tendenzen und für die Unterstützung marginalisierter Gruppen einsetze.

Politisch sei Rostock eine der Städte mit der geringsten Zustimmung zur AfD in Ostdeutschland. Lühmann analysiert dies als Ergebnis einer effektiven, breit getragenen antifaschistischen Praxis, die von breiten Bündnissen unterstützt werde. Diese reichen weit in die politische Mitte hinein und fördern ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement. Allerdings muss ergänzt werden, dass die AfD inzwischen auch in Rostock eine starke Stimme hat: Obwohl sie in Rostock im Vergleich weniger Zustimmung erhält, ist sie nach den Wahlen der Bürgerschaft im Jahr 2024 zur drittstärksten Kraft geworden. Die Stadtverwaltung und die Zivilgesellschaft arbeiten zwar aktiv zusammen, um ein Umfeld zu schaffen, das plu-

¹³ Ebd., S. 9-11.

ralistisch und demokratisch sei; dennoch erweist sich die Präsenz der AfD als eine fortwährende Herausforderung.¹⁴

Ganz anders zeigen sich dagegen die Eigenschaften des sowie der Umgang mit dem Antifaschismus in Leipzig. Insbesondere der Stadtteil Connewitz ist für die linke Szene ein äußerst symbolträchtiger Raum, der geprägt ist von jahrzehntelangen Konflikten um Aneignung und Freiräume. Diese Auseinandersetzungen begannen bereits in den 1970er Jahren. Damals verlor das Viertel aufgrund starker Vernachlässigung durch die Politik der DDR zugunsten von Plattenbausiedlungen an Attraktivität und zog Hausbesetzer sowie ‚Schwarzwohner‘ an. Auf diese Weise entwickelte sich eine soziale Basis, die sich bis heute durch eine starke kollektive Identität auszeichnet, unterstützt durch die räumliche Konzentration linker Milieus und alternativer Wohnformen. Der Abriss des Viertels war ursprünglich für 1984 vorgesehen, wurde jedoch durch den Widerstand der Bewohner bis zur Revolution von 1989 aufgehalten. Nach der Wiedervereinigung bildeten sich Bürgerinitiativen wie die Connewitzer Alternative, die eine entscheidende Rolle bei der Erhaltung und Umgestaltung des Viertels spielten.¹⁵

Mit seinem Ruf als Hotspot der radikalen Linken in Ostdeutschland steht Connewitz im Fokus der Sicherheitsbehörden. Lühmann zufolge zeige sich hier die militante Seite des ostdeutschen Antifaschismus besonders deutlich. Gleichzeitig habe der Stadtteil eine starke, mythisch überhöhte kollektive Identität als widerständiger Ort ausgebildet. Ereignisse wie der konzertierte rechte Überfall im Jahr 2016 und die Silvesternacht 2019/20 trügen zur andauernden politischen Aufladung des Stadtteils bei.¹⁶ Diese Konflikte würden dabei oft von der lokalen und regionalen Politik instrumentalisiert und medial aufgebauscht, was die Spannungen weiter verstärke.¹⁷

14 Vgl. hier und im Folgenden Lühmann: Kurzstudie Antifa Ost, S. 26-33; vgl. auch Kindler, Antje und Griesbach, Jens: AfD stärkste Kraft. So setzt sich die neue Rostocker Bürgerschaft zusammen, in: Nordkurier, 10.06.2024, URL: <https://www.nordkurier.de/regional/rostock/afd-staerkste-kraft-so-setzt-sich-die-neue-rostocker-buergerschaft-zusammen-2591134> [eingesehen am 01.09.2024].

15 Vgl. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.: Die Stadtviertel Leipzig/Connewitz, Dresden/Äußere Neustadt, Hamburg/Schanze und Bremen/Das Viertel, S. 40-49, URL: https://institut-b3.de/wp-content/uploads/2023/06/b3_brosch_Stadtteile_web.pdf [eingesehen am 25.09.2024].

16 Am 11. Januar 2016 griffen etwa 250 rechte Hooligans und Neonazis den Leipziger Stadtteil Connewitz an, verwüsteten Geschäfte und setzten Mülltonnen in Brand. Viele der Täter wurden später verurteilt. In der Silvesternacht 2019/20 kam es in Connewitz zu Ausschreitungen, bei denen eine Gruppe die Polizei mit Pyrotechnik attackierte und Barrikaden errichtete. Die Polizei konnte die Lage erst nach einem massiven Einsatz beruhigen.

17 Vgl. Lühmann: Kurzstudie Antifa Ost, S. 34-38.

Rolle von Bündnisstrukturen und Polizeistrategien

Lühmanns Studie zeigt, dass breite zivilgesellschaftliche Bündnisse regional deeskalierend wirken können.¹⁸ In Rostock ermöglichen derartige Bündnisse eine kollektive Mobilisierung gegen rechte Gewalt und schaffen ein Umfeld, in dem antifaschistische Positionen gesellschaftlich breit verankert sind. Sie tragen zur erfolgreichen Marginalisierung rechter Kräfte bei. Die Einbindung unterschiedlichster gesellschaftlicher Akteure in breite Bündnisse sorgt dafür, dass rechte Aktivitäten in den meisten Fällen auf starken Widerstand stoßen. Zugleich wird die politische Kultur der Stadt durch die Integration antifaschistischer Perspektiven und Positionen geprägt. In Leipzig hingegen sind Bündnisstrukturen zwar ebenso vorhanden, doch durch die sich immer wieder aufheizenden Konflikte seien diese weniger ausgeprägt. Sie haben ihren Platz neben den Demonstrationen der Antifa gefunden, die „choreographiert, ritualisiert und durch die wiederholte Konfrontation stets die gleichen Bilder liefern“¹⁹.

In der Dynamik linker Militanz und antifaschistischer Bewegungen spielen überdies die jeweiligen Polizeistrategien eine entscheidende Rolle. Rostock biete immer wieder Beispiele dafür, dass eine weniger versicherheitlichte und deeskalierende Polizeistrategie zur Befriedung von Konflikten beitragen kann. Die Zusammenarbeit der Polizei mit zivilgesellschaftlichen Akteuren habe hier zu einer Stärkung des Vertrauens in die Ordnungskräfte geführt und ermögliche so eine friedlichere Bewältigung von Demonstrationen und Protesten.²⁰ Im Gegensatz dazu führe die Versicherheitlichung des Konflikts in Leipzig zu einer Verstärkung der Gewaltspirale. Die ständige Präsenz und das aggressive Vorgehen der Polizei trügen zur Eskalation von Konflikten bei und verstärkten das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den Sicherheitsbehörden. Diese Strategie führe zu einer Radikalisierung beider Seiten und erschwere die Deeskalation des Konflikts.²¹

Wie unterschiedlich diese Bündnisstrukturen und Polizeistrategien in Rostock und Leipzig aussehen, zeigte sich in jüngerer Zeit auch anhand der Causa Lina E. Lina E. und ihre Mitangeklagten Lennart A., Jannis R. und Jonathan M. sollen zwischen Oktober 2018 und Frühjahr 2020 in Sachsen und Thüringen mindestens sechs Überfälle auf Rechtsextreme verübt haben. Die Taten seien heimlich geplant, präzise ausgeführt und mit brutaler Gewalt begangen worden, so der Vorwurf. Dabei wurden insgesamt 13 Personen aus dem rechtsextremen Spektrum verletzt, einige erlitten Knochenbrüche und schwerste Kopfverletzungen. Die Bundesanwalt-

18 Vgl. ebd., S. 39-42.

19 Ebd., S. 46.

20 Vgl. ebd., S. 41-43.

21 Vgl. ebd., S. 42 f.

schaft sah darin mehr als nur Gewaltstraftaten und beschuldigte die Angeklagten, eine linksextreme kriminelle Vereinigung gebildet zu haben. Vier Personen saßen in Dresden auf der Anklagebank, während gegen mehrere weitere noch ermittelt wird.²²

Lühmann sieht im Prozess gegen die Aktivistin Lina E. den Grundkonflikt in Ostdeutschland: ein gewaltvoller Antifaschismus gegen einen als untätig empfundenen Staat. Trotz der Tatvorwürfe entfaltete sich daher eine breite Solidarität in der linken Szene, insbesondere durch die Kampagne unter dem Hashtag „#freeLinaE“, die Zweifel am Verfahren äußerte und Kritik an den Ermittlungsbehörden sammelte. Der Konflikt stiftete Solidarität unabhängig von der Akzeptanz der Taten und könnte, gemäß radikal linker Logik, die Legitimation von Gewalt fördern, wie bei den „#freeLinaE“-Demonstrationen in Leipzig im Oktober 2021 zu sehen war.²³

Nach der Verurteilung von Lina E. im Jahr 2023 wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, mehrfacher gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung, Urkundenfälschung, Diebstahl und Nötigung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten²⁴ kam es zu Protesten in mehreren deutschen Städten,²⁵ an denen 800 Personen teilnahmen. Hier reproduzierten sich die beschriebenen Muster: Während in Rostock zwar ein Polizeihubschrauber über der Stadt kreiste, um die Lage zu überwachen, verliefen die Proteste weitgehend friedlich und ohne gewaltsame Ausschreitungen oder ernsthafte Zwischenfälle.

Ganz anders in Leipzig: Dort zeigte sich bei den Protesten nach dem Urteil gegen Lina E. ein großes Aggressionspotenzial. Demonstrierende riefen polizeifeindliche Parolen und zündeten Pyrotechnik; Beamte wurden mit Böllern, Steinen und Flaschen beworfen, wobei vier Einsatzkräfte leicht verletzt wurden. Die Polizei berichtete von mehreren Straftaten, darunter das Errichten von Barrikaden, die mit einem Räumpanzer geräumt wurden; auch ein Wasserwerfer stand bereit. Obwohl sich am späten Abend die Lage in dem Park, in welchem die Versammlung stattfand, beruhigte, waren auch weiterhin Einsatzkräfte im Stadtgebiet aktiv.²⁶

22 Vgl. Moritz, Alexander und Lopez, Edgar: Der Fall Lina E. Angeklagt wegen linksextremer Gewalt, in: Deutschlandfunk, 12.03.2022, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/linksextreme-gewalt-prozess-dresden-100.html> [eingesehen am 17.07.2024].

23 Vgl. Lühmann: Kurzstudie Antifa Ost, S. 44.

24 Siehe Oberlandesgericht Dresden: Urteil im Staatsschutzverfahren gegen Lina E. u. a. verkündet, 31.05.2023, URL: <https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/1066810> [eingesehen am 17.07.2024].

25 Vgl. o. V.: Lina E. zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt, 31.05.2023, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/haftstrafe-linksextremisten-100.html> [eingesehen am 25.06.2024].

26 Vgl. Proteste gegen Verurteilung von Lina E. Polizeihubschrauber über Rostock, in: Nordkurier, 01.06.2023, URL: <https://www.nordkurier.de/politik/proteste-gegen-verurteilung-von-lina-e-polizeihubschrauber-ueber-rostock-1657396> [eingesehen am 25.06.2024].

In den darauffolgenden Tagen folgte eine Eskalation. Für den Samstag nach der Urteilsprechung rief die linksradikale Szene überregional zur Teilnahme am „Tag X“ in Leipzig auf. Trotz eines vorsorglichen Verbots der Demo kamen mehrere hundert Menschen zusammen und die Lage zwischen Demonstrierenden und der Polizei eskalierte erneut: Bereits in der Nacht auf Samstag wurden 23 Polizisten verletzt, teilweise bewarfen sie Demonstrierende von Häuserdächern aus mit Gegenständen. Barrikaden brannten und 17 Einsatzfahrzeuge wurden beschädigt, acht weitere Fahrzeuge - auch von Zivilisten - in Brand gesetzt. Die Polizei setzte Pfefferspray und Tränengas ein.²⁷ Im Laufe des Tages kam es zu weiteren Ausschreitungen. Wegen des Demonstrationsverbotes und teils massiven Aufruhrs kesselte die Polizei an die 500 Demonstrierende ein und nahm über mehrere Stunden deren Personalien auf.

Von linker Seite erging starke Kritik an dem Vorgehen der Polizei - zum einen an der Dauer der Maßnahme, zum anderen am generellen Verbot der Demonstration, was das Konfliktpotenzial an diesem Tag stark gefördert haben soll. Die Polizei hingegen argumentierte, alles für die Versorgung der Einkesselten getan zu haben.²⁸ Die Geschehnisse zeigen abermals, wie besonders der Konflikt in Leipzig gelagert und wie aufgeladen die Stimmung auf beiden Seiten ist.

Fazit

Michael Lühmans Studie sowie die skizzierten neueren Ereignisse zeigen, dass Form und Dynamik des ostdeutschen Antifaschismus historisch gewachsen sind und sich weiterhin reproduzieren. Geprägt durch eine lange Geschichte rechter Gewalt und einer oftmals zögerlichen Reaktion des Staats ist in der linken Szene eine Kultur der militanten Selbstverteidigung entstanden, die bis heute anhält.

Während in Rostock breite zivilgesellschaftliche Bündnisse und eine weniger versicherheitslichte Polizeistrategie zu einer dauerhaften Deeskalation von Konflikten mit der linken Szene geführt haben, ist Leipzig durch eine stark militante linke Szene geprägt. Die unterschiedlichen Reaktionen auf das Urteil 2023 gegen Lina E. in den beiden Städten unterstreichen diese Unterschiede - Rostock zeigte eine friedlichere Protestkultur, Leipzig blieb ein Hotspot militanter Auseinandersetzungen.

27 Vgl. o. V.: Demo in Leipzig bleibt verboten. Ausschreitungen vor Solidaritätstag „Tag X“, in: tagesschau.de, 03.06.2023, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/lina-e-proteste-tag-x-krawallen-100.html> [eingesehen am 17.07.2024].

28 Vgl. o. V.: „Tag X“ in Leipzig. Polizei spricht von „massiven Ausschreitungen“ - Wasserwerfer einsatzbereit, in: RedaktionsNetzwerk Deutschland, 03.06.2023, URL: <https://www.rnd.de/politik/tag-x-in-leipzig-polizei-spricht-von-massiven-ausschreitungen-wasserwerfer-einsatzbereit-5RIOZXTNBNP7PACMK6ZRRET3YA.html> [eingesehen am 17.07.2024].

Die Ergebnisse der Untersuchung geben wertvolle Hinweise zur Strategiediskussion unterschiedlicher Gruppen: Die Zukunft der Antifa in Ostdeutschland hängt maßgeblich davon ab, wie regionale Gruppen auf die anhaltenden Bedrohungen durch rechtsextreme Gewalt reagieren und ihre Strategien weiterentwickeln. Dafür wird entscheidend sein, breite Unterstützung in der Bevölkerung zu gewinnen und aus dem Fokus der Sicherheitsbehörden herauszukommen. Die Bewegung muss dabei den Spagat bewältigen, sich weiterhin gegen reale Bedrohungen zu verteidigen, aber auch friedliche Ansätze zu verfolgen, um auf Themen und Missstände aufmerksam zu machen.

Zugleich zeigt die Studie die Wichtigkeit einer weniger versicherheitslichen und deeskalierenden Polizeistrategie. Entscheidend ist, eine Balance zwischen der Bekämpfung gewaltvoller Ausschreitungen - von rechts wie von links - und der Unterstützung friedlicher Protestkulturen zu finden, um Eskalationen zu vermeiden.

Für eine Stadtgesellschaft insgesamt zeigt sich, wie bedeutend breite zivilgesellschaftliche Unterstützung im Kampf gegen rechts sein kann. Die in Städten wie Rostock beobachtbaren breiten Bündnisse können zwar als Modell für andere Regionen dienen, um ein Umfeld zu schaffen, das rechte Aktivitäten marginalisiert. Jedoch offenbart die jüngste politische Entwicklung in Rostock, dass solche Bemühungen kontinuierlich verstärkt werden müssen, um der wachsenden Stärke der AfD entgegenzuwirken. Gleichzeitig sollte untersucht werden, was mittlerweile auch in Rostock zur steigenden Zustimmung zur AfD beiträgt.

Trotz der umfassenden Analyse bleiben einige Aspekte des ostdeutschen Antifaschismus unklar. Dazu gehört vor allem, wie sich die Beziehungen zwischen radikalen und moderateren linken Gruppen in Zukunft entwickeln werden. Wird es zu einer weiteren Radikalisierung kommen oder ist eine Annäherung und Zusammenarbeit zwischen diesen unterschiedlichen Strömungen denkbar? Auch der von Lüthmann angerissene Punkt, wie sich wechselnde Akteure auf die Protestkulturen der jeweiligen Städte auswirken, sollte weiter untersucht werden.

Literaturverzeichnis

- Haag, Hanna / Heß, Pamela / Leonhard, Nina: Soziales Gedächtnis, Erinnern und Vergessen - Memory Studies: Volkseigenes Erinnern. Die DDR im sozialen Gedächtnis, Wiesbaden 2017.
- Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.: Die Stadtviertel Leipzig/Connewitz, Dresden/Äußere Neustadt, Hamburg/Schanze und Bremen/Das Viertel. Die Genese politisch linker Stadtquartiere im Vergleich, URL: https://institut-b3.de/wp-content/uploads/2023/06/b3_brosch_Stadtteile_web.pdf [eingesehen am 25.09.2024].

- Jänicke, Christin: The Invisible ‚Antifa-Ost‘. The Struggles of Anti-Hegemonic Engagement in East Germany, in: Partecipazione e Conflitto, Jg. 17 (2024), H. 1, S. 64-79.
- Kindler, Antje und Griesbach, Jens: AfD stärkste Kraft. So setzt sich die neue Rostocker Bürgerschaft zusammen, in: Nordkurier, 10.06.2024, URL: <https://www.nordkurier.de/regional/rostock/afd-staerkste-kraft-so-setzt-sich-die-neue-rostocker-buergerschaft-zusammen-2591134> [eingesehen am 01.09.2024].
- Lühmann, Michael: Kurzstudie Antifa Ost. Die radikale Linke als Teil der politischen Kultur am Beispiel von Rostock und Leipzig, Bundesfachstelle Linke Militanz, Göttingen 2022, URL: <https://www.linke-militanz.de/data/akten/2023/05/Luehmann-Kurzstudie-Antifa-Ost-2022.pdf> [eingesehen am 22.06.2024].
- Moritz, Alexander und Lopez, Edgar: Der Fall Lina E. Angeklagt wegen links-extremer Gewalt, in: Deutschlandfunk, 12.03.2022, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/linksextreme-gewalt-prozess-dresden-100.html> [eingesehen am 17.07.2024].
- Oberlandesgericht Dresden: Urteil im Staatsschutzverfahren gegen Lina E. u. a. verkündet, 31.05.2023, URL: <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/1066810> [eingesehen am 17.07.2024].
- O. V.: Demo in Leipzig bleibt verboten. Ausschreitungen vor Solidaritätstag „Tag X“, 03.06.2023, in: tagesschau.de, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/lina-e-proteste-tag-x-krawallen-100.html> [eingesehen am 17.07.2024].
- O. V.: Lina E. zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt, 31.05.2023, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/haftstrafe-linksextremisten-100.html> [eingesehen am 25.06.2024].
- O. V.: Proteste gegen Verurteilung von Lina E. Polizeihubschrauber über Rostock, in: Nordkurier, 01.06.2023, URL: <https://www.nordkurier.de/politik/proteste-gegen-verurteilung-von-lina-e-polizeihubschrauber-ueber-rostock-1657396> [eingesehen am 25.06.2024].
- O. V.: „Tag X“ in Leipzig. Polizei spricht von „massiven Ausschreitungen“ - Wasserwerfer einsatzbereit, in: RedaktionsNetzwerk Deutschland, 03.06.2023, URL: <https://www.rnd.de/politik/tag-x-in-leipzig-polizei-spricht-von-massiven-ausschreitungen-wasserwerfer-einsatzbereit-5RIOZXTNBNP7PACMK6ZRRET3YA.html> [eingesehen am 17.07.2024].

Radikalisierung im antifaschistischen Kampf

Konzept eines Workshops

Natalia Hanauska

„Was treibt Jugendliche in die Radikalisierung? Die erste Antwort lautet: Die Jugend selbst!“²⁹ Die Adoleszenz ist eine Phase des politischen Ausprobierens und Positionierens: Während der politischen Sozialisation kommen Jugendliche und junge Erwachsene oft in Kontakt mit Radikalem.³⁰ Insofern sind sie einerseits für Radikalisierungsprozesse besonders anfällig. Andererseits hat die Auseinandersetzung mit radikalen Ideologien oder Gruppen in der Regel einen „episodenhaf[t(en)] oder passager[en]“³¹ Charakter. Das Jugendalter spielt somit eine wesentliche, aber nicht die entscheidende Rolle in der Radikalisierung, denn der Radikalisierungsprozess ist ein multifaktorieller Prozess. Der Psychologe Ahmad Mansur schätzt, dass in etwa achtzig Prozent der Fälle sich eine Radikalisierung durch rechtzeitige und zielgerichtete Prävention verhindern ließe.³² Der Präventionserfolg hängt maßgeblich von geeigneten pädagogischen Konzepten und Angeboten für Jugendliche und junge Erwachsene ab – wobei die „richtigen“ präventiven Maßnahmen zur Resilienz beziehungsweise Deradikalisierung in sämtlichen Phänomenbereichen (linke, rechte, religiös begründete Radikalisierung) beitragen sollen.

Dieser Beitrag widmet sich primär der Frage, wie sich das kontroverse Konzept der Radikalisierung im Rahmen eines bildungspolitischen Angebotes für Jugendliche behandeln lässt. Dabei wird zum einen auf die phänomenübergreifende Ra-

29 Jobard, Fabien: Was treibt Jugendliche in die Radikalisierung?, in: Jugendhilfe, H. 6/2022, S. 63-470, hier S. 464.

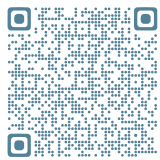
30 Vgl. Milbradt, Björn: Radikalisierung im Jugendalter, in: Jugendhilfe, H. 6/2022, S. 451-457.

31 Ebd., S. 454.

32 Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Strategien gegen Radikalisierung. Erklärung aus dem Dossier Islamismus, in: bpd.de, URL: <https://www.bpb.de/mediathek/video/238891/strategien-gegen-radikalisierung/> [eingesehen am 14.05.2024].

dikalisierung eingegangen, zum anderen soll Radikalisierung im antifaschistischen Kampf unter die Lupe genommen werden. Die Fokussierung auf die Radikalisierung im antifaschistischen Bereich soll einen Beitrag zur Analyse im linksradikalen Kontext leisten, denn die Forschungslage zu Aspekten der Jugendradikalisierung im linksradikalen Bereich ist „besonders schlecht“ und „dünn“³³. Die Radikalisierung hin zur linken Militanz³⁴ kann schnell unterschätzt und verharmlost werden, da Gewalt von links als antifaschistischer Widerstand sowie als Abwehr oder Notwehr legitimiert³⁵ und damit als eine Art ‚Gewalt zu gutem Zweck‘ dargestellt werden kann. Des Weiteren erschwert die Forschung der Radikalisierung von links die Geschlossenheit linksradikaler und/oder linksmilitanter Szenen gegenüber der Wissenschaft und der Öffentlichkeit – Radikalisierungsprozesse in diesem Bereich verlaufen oft klandestin und latent.³⁶

Zum Workshop:



Das hier vorgestellte Workshopmodul „Radikalisierung: Begriff, Pfade, Faktoren“³⁷ soll einen Beitrag zur Radikalisierungsprävention im Jugendalter liefern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen ermöglichen, sich mit Radikalisierung (von links) aufklärerisch auseinanderzusetzen: Die Lernenden erarbeiten selbstständig eigene Definitionen von *Radikalisierung*. Intensive und aktive Arbeit an einzelnen Filmausschnitten soll dazu beitragen, dass die Lernenden anhand einer fiktiven Radikalisierungsgeschichte einen Überblick über einige mögliche Radikalisierungsauslöser erhalten. Parallel lernen sie die Radikalisierungspfade kennen und wenden sie auf den zu bearbeitenden Radikalisierungsfall an. Anschließend sollen sich die Jugendlichen in Kleingruppen Gedanken über die möglichen Radikalisierungs-, Deradikalisierungs- und Resilienzfaktoren machen, diese anhand der gesichteten Filmausschnitte und eigener Erfahrungen erarbeiten und vorstellen. Das

- 33 Milbradt, Björn et al.: Radikalisierung und Radikalisierungsprävention im Jugendalter: Phänomene, Begriffe, Theorien und Leerstellen, in: ders. et al. (Hrsg.): Handbuch Radikalisierung im Jugendalter: Phänomene, Herausforderungen, Prävention, Opladen u. a. 2022, S. 13-29, hier S. 19.
- 34 Im Unterscheid zu dem auf der Einstellungsebene angesiedelten linken Radikalismus ist Linke Militanz der Handlungsebene zuzuordnen; allerdings soll sie nicht mit Gewalt gleichgesetzt werden. Vgl. Gmeiner, Jens und Micus, Matthias: Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen, in: Demokratie-Dialog, H. 2 (2018), S. 29-35. Linke Militanz ist in Anlehnung an Nils Schuhmacher eher als „eine kämpferische Grundhaltung [...] Inszenierungen von Gewaltfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft“ zu verstehen. Schuhmacher, Nils: „KÜSST DIE FASCHISTEN“. Autonomer Antifaschismus als Begriff und Programm, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), H. 42-43/2017, S. 35-41, hier S. 40.
- 35 Vgl. dazu auch [in diesem Band Schröter, Till: „Antifaschismus bleibt Handarbeit!“ - Legitimation von politischer Gewalt von links. Vom Phänomen in die politische Bildung.](#)
- 36 Vgl. Paul, Reimar: Der kommende Aufsatz, in: die tageszeitung, URL: <https://taz.de/Goettinger-Forschung-zu-linker-Militanz/15463654/> [eingesehen am 09.07.2024].
- 37 Vgl. Hanauska, Natalia / Schröter, Till / Heise, Katharina: Radikalisierung, Gewaltlegitimation und Sexismus. Ein dreimodularer Workshop zum Film „Und morgen die ganze Welt“, Göttingen 2024, URL: <https://www.linke-militanz.de/publikationen/handreichung-zum-dreimodularen-workshop-ueber-radikalisierung-gewaltlegitimation-und-sexismus/> [eingesehen am 11.12.2024].

Thema wird mit verschiedenen Methoden bearbeitet, wobei im Vordergrund eine intensive Arbeit an Szenen aus dem Spielfilm „Und morgen die ganze Welt“ (2020) der Regisseurin Julia von Heinz steht. In diesem Film schließt sich die Protagonistin Luisa – eine Jurastudentin (20) aus einer wohlhabenden Familie – einer Antifa-Gruppe an und radikalisiert sich zunehmend in die Gewalt. Die Entscheidung, einen Film als Arbeitsmittel und Informationsträger im Rahmen des Workshopmoduls einzusetzen, war zum einen durch „ein großes politikdidaktisches Potential“³⁸ und zum anderen durch eine positive Wahrnehmung sowie motivierende Wirkung des Mediums Film bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen bedingt. Was hoffen lässt, dass sich die Zielgruppe mit dem Medium Film in ihrem Alltag abholen lässt.

1 Annäherung an den Radikalisierungsbegriff

Der Begriff „Radikalisierung“ hat Konjunktur.³⁹ Gleichzeitig bleibt er – trotz eines stetig wachsenden Interesses von Öffentlichkeit und Forschung – „schwammig und missverständlich“⁴⁰. Insofern lautet die Herausforderung: Wie lässt sich die definitorische Vielfalt und Kontroversität dieses Begriffes im Rahmen eines Bildungsangebotes verständlich machen?

DAUER	PHASE	METHODEN
5 Min.	I. Einstiegsphase	a) Begriffsimpulse
5 Min.		b) Begriffsdefinition
10 Min.	II. Informationsphase	Fragen zum F1 (Filmausschnitt 1)
15 Min.	III. Analysephase	Tagebucheintrag
15 Min.	IV. Sicherungs- und Anwendungsphase	a) Analysefragen zum Film
15 Min.		b) Radikalisierungspfade
20 Min.	V. Urteilsphase	Kopfstand
5 Min.	VI. Abschlussphase	Begriffsdefinition revidieren und resümieren

Tabelle 1: Dauer, Phasen und Methoden des Moduls

38 Massing, Peter: Medien, in: Achour, Sabine et al. (Hrsg.): Wörterbuch Politikunterricht, Frankfurt am Main 2020, S. 143-146, hier S. 145.

39 Vgl. Milbradt: Radikalisierung im Jugendalter, S. 451.

40 Ebd., S. 451.

In der Einführungsphase des Workshops (siehe Tabelle 1) wird sich an den Begriff angenähert; hierbei soll mit Präkonzepten der Teilnehmenden, das heißt ihren Vor-einstellungen und ihrem Vorwissen, gearbeitet werden. Dafür werden Assoziationen zum Begriff der Radikalisierung gesammelt: Die Workshopleitung schlägt den Teilnehmenden vor, den Satz *Bei Radikalisierung denke ich an...* durch ein einziges Wort (Assoziation) zu ergänzen. Jede:r schreibt einen Begriff auf einen Zettel und bringt diesen an die Tafel an. Im zweiten Schritt sollen die Teilnehmenden auf Grundlage der gesammelten Assoziationen selbstständig eigene Definitionen des Begriffes Radikalisierung verfassen. Mit dieser Methode sollen die Lernenden erstens üben, Fachbegriffe zu definieren; und zweitens können sie dabei gegenseitig ihre Vorstellungen von dem Begriff ersetzen („conceptual change“) oder „in schwächerer Form durch deren Anreicherung („conceptual enrichment“)“⁴¹ mit den Vorstellungen anderer Teilnehmenden revidieren.

Testungen des vorliegenden Workshopmoduls zeigen, dass bereits in dieser Phase die definitorische Vielfalt auffällt und die Hauptkonfliktlinie – die Rolle der Gewalt im Radikalisierungsprozess – deutlich wird. Schon hier bietet sich die Gelegenheit, „das wohl zentralste Unterscheidungskriterium verschiedener Radikalisierungskonzepte“⁴² anzusprechen: den Gewaltbezug. Die Lehrkraft weist auf die definitorische Vielfalt des Begriffes hin sowie darauf, dass Radikalisierung ein kontroverses Konzept ist, das von Lernenden entsprechend kontrovers dargestellt und diskutiert werden soll: Neben dem enggefassten Radikalisierungsbegriff, der die Anwendung von politischer Gewalt als das wichtigste Kriterium von Radikalisierung betrachtet, gelten noch andere Begriffsverständnisse. Dadurch kann Radikalisierung als ein Prozess des Wandels auf der ideologischen Ebene begriffen werden (Radikalisierung ohne Gewalt).⁴³

2 Radikalisierung in der Antifa

In der nun folgenden Informationsphase des Workshops sollen die Teilnehmenden die Protagonist:innen des Films kennenlernen und einen ersten Einblick in die

41 Sauer, Michael: Begriffslernen und Begriffsarbeit im Geschichtsunterricht, Frankfurt am Main 2019, S. 15.

42 Vgl. Hanauska, Natalia: Radikalisierung, in: Bundesfachstelle Linke Militanz (Hrsg.): Open-Access-Handbuch, 2023, URL: <https://www.linke-militanz.de/handbuch/radikalisierung/> [eingesehen am 14.05.2024].

43 Mehr dazu vgl. ebd.

Antifa⁴⁴ und eine antifaschistische Kommune (Zusammenleben, Werte und Prinzipien) gewinnen. Dafür bekommen sie vor Sichtung des ersten Filmausschnitts einen Arbeitsauftrag, den sie in Kleingruppen bearbeiten: Die Teilnehmenden schauen sich den Filmausschnitt an und machen sich Notizen zu den gestellten Fragen. In dieser Workshop-Phase soll den Jugendlichen verdeutlicht werden, dass Radikalisierungsprozesse - in diesem Fall in der Antifa - aus durchaus „guten“ und legitimen Gründen in Gang gesetzt werden können; so wie bei Luisa, der Protagonistin des Films: Sie engagierte sich bereits während ihrer Schulzeit in der Geflüchteten-Hilfe und Schüler-Antifa und will sich nun auch als Jurastudentin dem gesellschaftlichen Rechtsruck im Land entgegenstellen. Dabei beobachtet sie schweigend die unterschiedlichen Handlungsrepertoires der Antifa bei den Vorbereitungen auf eine bevorstehende antifaschistische Gegendemo - diese reichen von Aufklärung über die Anfertigung von Plakaten und die Befüllung von Eiern mit Farbe bis hin zu physischem Training (zum Beispiel Kraft- und Ausdauerübungen, Boxen).⁴⁵ Die Heterogenität innerhalb dieser lokalen Antifa-Gruppierung wird durch die Einstellungen zu Gewalt deutlich: von fester Überzeugung von der Kraft einer friedlichen Vorgehensweise bis zur Akzeptanz von Gewalt. Sie gilt als legitimes Mittel zur Durchsetzung eigener politischen Interessen.

In der anschließenden Analysephase soll die Methode des Tagebucheintrags helfen, zum einen Luisas Gemütszustand nach der negativen Erfahrung mit einem Rechtsradikalen und zum anderen ihre Motivationslage für ihr weiteres Handeln zu verstehen. Die Anwendungs- und Sicherungsphase soll den Lernenden die Möglichkeit für den Vergleich und die Diskussion darüber bieten, ob die Protagonist:innen radikal geworden sind oder nicht. Damit lässt sich die Urteilskompetenz der Teilnehmenden für die Begründung ihrer Positionen fördern.

An dieser Stelle wird eine der für diesen Workshop zentralen Perspektiven - die Frage nach der Rolle der Gruppen in einem Radikalisierungsprozess - besprochen. Obwohl Luisas Radikalisierung im Vordergrund steht und der Workshop insgesamt auf Radikalisierung auf individueller Ebene fokussiert, radikalisieren sich Jugendliche und junge Erwachsene nicht von allein, sondern im Austausch mit ihrer Um-

44 „Die“ Antifa gibt es nicht, vielmehr handelt es sich bei ihr um verschiedene Strömungen und Gruppierungen. Im Film geht es um eine lokale Antifa-Gruppe. Ausführlicher zum Begriff, Programm und Struktur des Autonomen Antifaschismus siehe Schuhmacher: „KÜSST DIE FASCHISTEN“. Richard Rohrmoser definiert Antifa als „(abstrakte[n]) Sammel- und Kampfbegriff für viele verschiedene linke Strömungen, Initiativen, NGOs, Parteien, Gewerkschaften sowie Aktionsstrukturen und Politikansätze [...], die Faschismus [...] konsequent ablehnen“; Rohrmoser, Richard: Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute, Bonn 2022, S. 13.

45 Zu den klassischen Antifa-Methoden, die selbsteinschätzend „sinn- und wirkungsvoll“ sind, gehören umfangreiche Recherchearbeiten, Hintergrundinfos und Outings der rechtsradikalen Akteur:innen. Krämer, Sten: „Klassische Methoden der Antifa-Arbeit“. Interview mit der Kampagne „Stadt, Land, Volk“, in: Lotta, 28.04.2019, URL: <https://www.lotta-magazin.de/ausgabe/74/klassische-methoden-der-antifa-arbeit/> [eingesehen am 15.05.2024].

welt: „Jedes Risikoverhalten setzt ein Erlernen, Praktizieren und Bestätigen mit und durch Dritte, d. h. eine peer group, voraus.“⁴⁶

Die anschließende Arbeit an den von Lorenzo Bosi und Donatella della Porta entwickelten Radikalisierungspfaden⁴⁷ knüpft an die Diskussion über die Rolle von Gruppenzugehörigkeit für die Radikalisierung an. Anhand eines exemplarischen Falls von Luisa sollen einzelne Radikalisierungsfaktoren schärfer, zudem ihre sehr komplexen Kombinationen deutlicher werden: der stark ausgeprägte Gerechtigkeitssinn und der damit verbundene Veränderungswille; der Zugang zur Gruppe durch eine Freundin; die schlechte persönliche Erfahrungen mit dem politischen Gegner; das Streben nach Anerkennung in der Gruppe; die Liebesbeziehung zu einem radikalen Partner aus der Gruppe; und die Überzeugung, dass gewaltfreier Kampf gegen Nazis sinnlos sei. Im Film entwickelt sich Luisa von einer friedlichen Antifaschistin zur militanten Aktivistin, welche die Grenze zur Gewalt dezidiert überschreitet: Sie nimmt an gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Rechtsradikalen teil und akzeptiert Gewalt als legitimes Mittel im antifaschistischen Kampf. Diese Aufgabe soll eine Grundlage für die Urteilsphase bilden.

In der Urteilsphase erarbeiten die Lernenden anhand der Methode „Kopfstand“ in zwei Gruppen Radikalisierungs- und Deradikalisierungs- beziehungsweise Resilienzfaktoren. Sie entwickeln die Faktoren selbstständig sowohl aus ihren eigenen Erfahrungen als auch aus den während des Workshops gewonnenen Erkenntnissen. Anschließend stellen die beiden Gruppen im Plenum Ergebnisse ihrer Arbeit vor und begründen sie. Mit diesem Arbeitsauftrag soll unter anderem die Komplexität des Radikalisierungsprozesses veranschaulicht werden. Dieser stellt ein Zusammenspiel unterschiedlicher Pull- und Push-Faktoren dar, die sich in interpersonellen Interaktionen entfalten und bei sich radikalisierenden Akteur:innen verschiedentlich zum Ausdruck kommen können. Radikalisierungsprozesse sind von unterschiedlicher Natur und unterschiedlicher Dauer. Welche und wie viele der Faktoren den Radikalisierungsprozess auslösen beziehungsweise begünstigen, hängt von der jeweiligen Person ab.⁴⁸

3 Ausblick

In der Abschlussphase erfolgt ein Rückblick auf die Einführungsphase: Die zu Beginn des Workshops selbst formulierten Definitionen können nun revidiert werden.

46 Jobard: Was treibt Jugendliche in die Radikalisierung?, S. 465.

47 Vgl. Bosi, Lorenzo und della Porta, Donatella: Micro-mobilization into Armed Groups: Ideological, Instrumental and Solidaristic Paths, in: Qualitative Sociology, Bd. 35 (2012), S. 361-381.

48 Vgl. Ranstorp, Magnus: Introduction, in: ders. (Hrsg.): Understanding Violent Radicalisation. Terrorist and Jihadist Movements in Europe, London/New York 2010, S. 1-18, hier S. 6.

Diese Methode bietet den Lernenden eine Möglichkeit, das gesamte Modul Revue passieren zu lassen, zu reflektieren und noch einmal miteinander in Dialog zu treten. Ferner lässt sich zum Abschluss des Workshops explizit auf die Radikalisierung von links eingehen: Die linksradikale beziehungsweise linksmilitante Radikalisierung darf nicht relativiert und nicht als „gute“, legitime Radikalisierung verharmlost werden. Vielmehr soll darauf hingewiesen werden, dass der antifaschistische Kampf mit friedlichen, gewaltfreien Mitteln möglich sein kann. Der Radikalisierung in jene Gewalt, um die es im Film primär geht – gleich welche Legitimationsmuster sich dahinter verbergen –, soll vorgebeugt werden. Darüber hinaus wäre in diesem Zusammenhang zu empfehlen, die für Individuen selbst schwer erkennbare Wirkung der Interaktionen in Gruppen anzusprechen, sofern dies nicht bereits früher geschehen ist. Der skizzierte Workshop strebt an, eine aufklärerische Wirkung zu entfalten und damit einen bescheidenen Beitrag zum Schließen einer Lücke im bildungspolitischen Angebot zur militanten Radikalisierung zu leisten.

Literaturverzeichnis

- Bosi, Lorenzo und della Porta, Donatella: Micro-mobilization into Armed Groups: Ideological, Instrumental and Solidaristic Paths, in: *Qualitative Sociology*, Bd. 35 (2012), S. 361-381.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Strategien gegen Radikalisierung. Erklärfilm aus dem Dossier Islamismus, in: bpd.de, URL: <https://www.bpb.de/mediathek/video/238891/strategien-gegen-radikalisierung/> [eingesehen am 14.05.2024].
- Gmeiner, Jens und Micus, Matthias: Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen, in: *Demokratie-Dialog*, H. 2 (2018), S. 29-35.
- Hanauska, Natalia: Radikalisierung, in: Bundesfachstelle Linke Militanz (Hrsg.): *Open-Access-Handbuch*, 2023, URL: <https://www.linke-militanz.de/handbuch/radikalisierung/> [eingesehen am 31.07.2024].
- Hanauska, Natalia / Schröter, Till / Heise, Katharina: Radikalisierung, Gewaltlegitimation und Sexismus. Ein dreimodularer Workshop zum Film „Und morgen die ganze Welt“, Göttingen 2024, URL: <https://www.linke-militanz.de/publikationen/handreichung-zum-dreimodularen-workshop-ueber-radikalisierung-gewaltlegitimation-und-sexismus/> [eingesehen am 11.12.2024].
- Jobard, Fabien: Was treibt Jugendliche in die Radikalisierung?, in: *Jugendhilfe*, H. 6/2022, S. 463-470.
- Krämer, Sten: „Klassische Methoden der Antifa-Arbeit“. Interview mit der Kampagne „Stadt, Land, Volk“, in: *Lotta*, 28.04.2019, URL: <https://www.lotta-magazin.de/ausgabe/74/klassische-methoden-der-antifa-arbeit/> [eingesehen am 15.05.2024].

- Massing, Peter: Medien, in: Achour, Sabine et al. (Hrsg.): Wörterbuch Politikunterricht, Frankfurt am Main 2020, S. 143-146.
- Milbradt, Björn: Radikalisierung im Jugendalter, in: Jugendhilfe, H. 6/2022, S. 451-457.
- Milbradt, Björn et al.: Radikalisierung und Radikalisierungsprävention im Jugendalter: Phänomene, Begriffe, Theorien und Leerstellen, in: ders. et al. (Hrsg.): Handbuch Radikalisierung im Jugendalter: Phänomene, Herausforderungen, Prävention, Opladen u. a. 2022, S. 13-29.
- Ranstorp, Magnus: Introduction, in: ders. (Hrsg.): Understanding Violent Radicalisation. Terrorist and Jihadist Movements in Europe, London/New York 2010, S. 1-18.
- Paul, Reimar: Der kommende Aufsatz, in: die tageszeitung, URL: <https://taz.de/Goettinger-Forschung-zu-linker-Militanz/!5463654/> [eingesehen am 09.07.2024].
- Rohrmoser, Richard: Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute, Bonn 2022.
- Sauer, Michael: Begriffslernen und Begriffsarbeit im Geschichtsunterricht, Frankfurt am Main 2019.
- Schuhmacher, Nils: „KÜSST DIE FASCHISTEN“. Autonomer Antifaschismus als Begriff und Programm, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), H. 42-43/2017, S. 35-41.

Autonome vs. bürgerliche Antifa?

Profil und Probleme der Massenproteste gegen rechts Anfang 2024

Alexander Hensel und Dario Wehner

Antifaschismus war in der Geschichte der Bundesrepublik ein zwar stabiles, aber zu meist randständiges Phänomen. Dies änderte sich Anfang des Jahres 2024 schlagartig, als ein Medienbericht über rechtsextreme Masterpläne zur „Remigration“ völlig unerwartet die wohl größte „Protestwelle der Bundesrepublik“⁴⁹ lostrat. Vereint in der Wahrnehmung einer akuten rechtsextremen Bedrohung skandierten Demonstrierende landauf, landab antifaschistische Parolen. Doch diese impulsive Massenbewegung erlahmte sehr bald. Allerspätestens mit den Landtagswahlen im Herbst, bei der die AfD in drei ostdeutschen Bundesländern jeweils fast ein Drittel der Zweitstimmenergebnisse auf sich zog, zerschlugen sich sämtliche Erwartungen, mittels breiter antifaschistischer Proteste mehr als ein bloßes Zeichen der Empörung zu setzen.

Im Rückblick stellen sich Fragen nach Entwicklung und Einordnung dieser zwar massiven, doch bloß kurzlebigen antifaschistischen Mobilisierung 2024, in die sich auch autonome Antifa-Gruppen intensiv eingebracht hatten. Die folgende Analyse arbeitet auf Basis sowohl von wissenschaftlichen Studien als auch von ausgewählten Presseberichten und Szenepublikationen allgemeine Merkmale und interne Dynamiken der Proteste heraus. So wird zum einen der Unterschied zwischen autonomer Antifa und bürgerlichem Antifaschismus herausgearbeitet, zum anderen werden die hieraus entstehenden protestinternen Konflikte nachvollzogen.

49 Rucht, Dieter: Für Demokratie - gegen Rechtsextremismus. Profil und Dynamik der jüngsten Protestwelle, ipb working paper 1/2024, S. 17.

Antifa 2024: Stark, divers - und bürgerlich?

Das Jahr 2024 startete mit einem Großskandal. Das Investigativ-Medium *Correctiv* berichtete am 10. Januar über ein Treffen rechter und rechtsextremer Akteure:innen in Potsdam. Dort war im Herbst 2023 ein „Masterplan“ präsentiert worden, wie sich „Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht - und ‚nicht-assimilierte Staatsbürger‘“ zwecks „Remigration“ aus dem Land drängen ließen.⁵⁰ Die Anwesenden pflichteten dem eifrig bei: Ein AfD-Landespolitiker schlug vor, ausländische Restaurants unter Druck zu setzen und „für dieses Klientel“ das Leben vor Ort „möglichst unattraktiv“ zu gestalten.⁵¹ Weil die von Teilnehmer:innen des Treffens diskutierten Remigrationspläne viele frappant an die nationalsozialistische Vertreibungspolitik erinnerten und damit einen grundlegenden Bruch mit zentralen Elementen der politischen Kultur der BRD darstellten⁵², entlud sich rasch eine breite öffentliche Empörung, aus der ein massiver Protest erwuchs.

In den zehn Wochen nach der *Correctiv*-Veröffentlichung gingen rund 3,6 Millionen Menschen gegen Rechts(-extremismus) und die AfD sowie für Demokratie, Vielfalt und Toleranz auf die Straße.⁵³ Daran überraschte das augenscheinlich breite soziale und politische Profil dieser Proteste: Eltern mit Kinderwagen, jüngere Schüler:innengruppen und Rentner:innen warnten auf eilig gebastelten Pappschildern vor der Rückkehr eines - nunmehr blauen - Faschismus. In insgesamt gelöster und friedfertiger Stimmung skandierten sie Seit' an Seit' mit Gruppen der autonomen Antifa „Nie wieder Faschismus“ oder „Ganz Göttingen [beziehungsweise der jeweilige Städtenamen] hasst die AfD“, während Slogans wie „Wir halten zusammen“ oder „Wir sind die Brandmauer“ Stärke, Solidarität und Einigkeit demonstrierten.⁵⁴

Diese antifaschistische Melange beflügelte die öffentliche Deutung der Proteste, die als überfälliges Erwachen der gesellschaftlichen Mitte und Mehrheit gegen einen politischen Rechtsruck interpretiert wurden.⁵⁵ Wissenschaftliche Explo-

50 Benschmann, Marcus et al.: Geheimplan gegen Deutschland, in: *correctiv.org*, 10.01.2024, URL: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/heimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> [eingesehen am 19.02.2024].

51 Ebd.

52 Vgl. Hensel, Alexander und Jasser, Greta: Weckruf für die wehrhafte Demokratie? Zu den Massenprotesten gegen den „Masterplan“ zur Remigration, Rechts-extremismus und die AfD, in: *Demokratie-Dialog*, H. 14 (2024), S. 60-69.

53 Vgl. Rucht: Für Demokratie, S. 5 f.

54 Vgl. ebd., S. 8 f. sowie Rucht, Dieter / Steinhilper, Elias / Kocybar, Piotr: Für Vielfalt, Toleranz und Miteinander. Protest in einer ostdeutschen Kleinstadt, *ipb working paper*, 2/2024, S. 3-5.

55 Vgl. Rucht, Für Demokratie, S. 12 sowie Bitschnau, Marco und Koos, Sebastian: Die schweigende Mehrheit auf der Straße? Ergebnisse einer Befragung von Teilneh-

rationen zweifelten indes – mit Verweis auf das massive Übergewicht Hochgebildeter aus der grün-akademischen Mittel- und Oberschicht – hieran.⁵⁶ Treffender schien vielmehr eine frühe Einordnung des *taz*-Redakteurs Jan Feddersen, der die Proteste als „bürgerliche Antifa“ beschrieb – diese sei nicht links, sondern pflege einen spießigen, fleißigen, familienbewussten Lebensstil, sei aber immerhin „woke“ und liberal dem Fremden gegenüber.⁵⁷ Diese durchaus fein- und scharfsinnige Einordnung wies auf augenfällige Unterschiede zwischen alt-etablierten und neu-aktivierten Antifaschist:innen hin, die im Folgenden tiefer ausgeleuchtet werden sollen.

Geschichte und Merkmale der autonomen Antifa

Bis Anfang 2024 waren antifaschistische Proteste primär Domäne der autonomen Antifa, deren martialischer Auftritt und militante Aktionsformen die öffentliche Wahrnehmung des Phänomens prägten. Ihre Bewegung entstand Anfang der 1980er Jahre aus dem undogmatischen Linksradikalismus heraus.⁵⁸ In Reaktion sowohl auf den Anstieg rechtsextremer Gewalt als auch einen hiergegen als untätig empfundenen Staat entwickelte sich ein von tradierten Organisations- und Aktionsformen unabhängiger und kämpferischer Antifaschismus.⁵⁹ Konflikte mit politischen Gegner:innen und Konfrontationen mit der Staatsgewalt, wie etwa im Fall der „Straßenschlacht von Fallingbommel“⁶⁰ im Oktober 1983, verfestigten unter vielen Antifa-Aktivist:innen die Überzeugung, im Kampf gegen eine Rückkehr des Fa-

mer:innen an den Protesten gegen Rechtsextremismus, Universität Konstanz, Policy Papers / Cluster of Excellence „The Politics of Inequality“, Nr. 15 (2024).

56 Zwei Studien werden hierzu herangezogen: Bitschnau und Koos haben Demonstrationsteilnehmer:innen in drei mittelgroßen Städten im Südwesten befragt; Dieter Rucht et al. haben Teilnehmer:innen auf einer Demonstration in einer ostdeutschen Kleinstadt befragt. Beide Studien sind Momentaufnahmen und nicht repräsentativ für die Proteste in ihrer Breite, kommen jedoch zu ähnlichen Ergebnissen.

57 Feddersen, Jan: Die bürgerliche Antifa, in: *taz.de*, 01.02.2024, URL: <https://taz.de/Demos-gegen-die-AfD/!5985933/> [eingesehen am 19.02.2024].

58 Vgl. dazu kurz Schumann, Nils: „Küsst die Faschisten“. Autonomer Antifaschismus als Begriff und Programm, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, H. 42-43/2017, S. 35-41, hier S. 36 f. sowie ausführlicher Rohmoser, Richard: *Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung*, München 2024, S. 77-110.

59 Rohmoser: *Antifa*, S. 82.

60 Der damalige Blockadeversuch mündete in heftigen Ausschreitungen zwischen Antifaschist:innen und Polizei und stellte einen Kipppunkt in der Zusammenarbeit mit traditionellen antifaschistischen Akteur:innen dar; vgl. dazu Langer, Bernd: *Antifaschistische Aktion: Geschichte einer linksradikalen Bewegung*, Münster 2023, S. 272 ff.

schismus letztendlich auf sich allein gestellt und im Zweifelsfall auf den Einsatz militanter Aktionsformen gegenüber politischen Gegner:innen angewiesen zu sein.⁶¹

Organisatorisch wie kulturell erlebte der autonome Antifaschismus seine Blüte als Gegenbewegung zum Aufstieg des Rechtsextremismus während der 1990er Jahre. Sein spezifischer Stil und Habitus entfalteten als „Marke Antifa“ große jugend- und popkulturelle Strahlkraft.⁶² In den 2000er Jahren jedoch geriet die Bewegung infolge ideologischer Konflikte und organisatorischer Fragmentierungen in eine Krise, zentrale Gruppen und Strukturen lösten sich auf. Viele Aktivist:innen orientierten sich stärker an großen, sogenannten postautonomen Bündnissen wie der Interventionistischen Linken (IL) oder dem kommunistischen Bündnis ... ums Ganze! (uG).⁶³ Mit der Integration in breitere und überregional organisierte Netzwerke wurden zentrale autonome Organisationsprinzipien aufgeweicht, antifaschistische Aktionsformen aber, wenn auch leicht modifiziert, fortgeführt.⁶⁴ Der dennoch nicht aufzuhaltende Aufstieg der populistischen radikalen Rechten, in der sich seit Mitte der 2010er Jahre bürgerliche und extremistische Akteur:innen zusehends vereinten, erzeugte aufseiten der Bewegung sowohl resignative Erschöpfung als auch aktivistischen Trotz.⁶⁵ In Ostdeutschland, wo der Antifaschismus eigenständige Wurzeln und Traditionslinien aufweist, vollzog sich in den letzten Jahren in Reaktion auf den Aufstieg der extremen Rechten zum Teil eine beträchtliche (Co-)Radikalisierung.⁶⁶

Differenzen zu den Massenprotesten gegen rechts 2024

Auch in die Proteste Anfang 2024 brachte sich die autonome Antifa in ihren Hochburgen früh und intensiv ein. Organisatorisch und numerisch bildete sie jedoch bloß

61 Rohrmoser: Antifa, S. 101.

62 Vgl. Schumann, Nils: Die Antifa im Umbruch. Neuformierungen und aktuelle Diskurse über Konzepte politischer Intervention, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 28 (2015), H. 2, S. 5-16, hier S. 6 f.

63 Zu IL und uG vgl. Rohrmoser: Antifa, S. 159-163.

64 Zur postautonomen Wende vgl. Deycke, Alexander: Postautonomie – organisatorische und strategische Entwicklungen in der undogmatischen radikalen Linken seit den 1990er Jahren, in: ders. et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomien. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 383-404.

65 Vgl. Schumann: Antifa im Umbruch, S. 8-11.

66 Vgl. hierzu im Detail: Lühmann, Michael: Kurzstudie Antifa Ost. Die radikale Linke als Teil der politischen Kultur am Beispiel von Rostock und Leipzig, Bundesfachstelle Linke Militanz, 2022, hier insb. S. 42-46 sowie [den Beitrag von André Kern in diesem Band](#).

einen, dabei deutlich minoritären Teil der rasant wachsenden Massenbewegung⁶⁷, die sich insgesamt in vielem von einem Antifaschismus autonomer Couleur unterschied, wie sich allein schon am Umfang der Proteste zeigte. Die autonome Antifa war und ist vor allem in Groß- und Universitätsstädten mobilisierungs- und organisationsstark, während die Provinz trotz vielfältiger Initiativen antifaschistisches Hinterland geblieben ist.⁶⁸ Die Proteste Anfang 2024 dagegen gewannen nicht nur rasch Massencharakter, sondern breiteten sich auch in der Fläche in Klein- und Mittelstädten aus.⁶⁹ Insbesondere in ostdeutschen Regionen, wo antifaschistische Initiativen seit jeher von besonderen Schwierigkeiten berichten, kam es im Zuge der landesweiten Demonstrationsbereitschaft zu überraschenden Mobilisierungserfolgen.⁷⁰

Weitere Besonderheiten zeigten sich erstens im Sozialprofil. Der autonome Antifaschismus ist seit den 1980er Jahren stets ein Jugendphänomen geblieben, getragen von idealistisch gesinnten, subkulturell orientierten Schüler:innen, Azubi und Studierenden.⁷¹ Das Gros der Teilnehmer:innen der Proteste Anfang 2024 war laut sozialwissenschaftlichen Untersuchungen deutlich älter:⁷² Rund sechzig Prozent der befragten Demonstrierenden waren über 45 Jahre alt, der Anteil der für klassische Antifa-Aktivitäten zentralen Gruppe im Alter von 16-30 Jahren lag dagegen lediglich bei einem Fünftel im Südwesten und sogar bei bloß 12 % im Osten. Daran anschließend waren die Proteste 2024 äußerst arrivierte.⁷³ Das Gros der Teilnehmer:innen verfügte über ein sehr hohes Bildungsniveau (mehr als 60 % mit Hochschulabschluss), verortete sich resolut am oberen Ende der Mittelschicht und wies damit soziale Distinktionsmerkmale auf, die vielen autonomen Antifas zwar aus ihren Elternhäusern bekannt sein mögen, für sie allein altersbedingt aber noch in gewisser Ferne liegen.⁷⁴

67 Vgl. Rucht: Für Demokratie, S. 9 f. sowie Rucht/Steinhilper/Kocybar: Für Vielfalt, S. 4 f.

68 Zur Unterstützung von „Dorfantifas“ und „Strafexpeditionen“ vgl. Deycke, Alexander und Isele, Sören: Kein ruhiges Hinterland? Autonomer Antifaschismus in der Provinz, in: Demokratie Dialog, H. 3 (2018), S. 20-29.

69 Rucht: Für Demokratie, S. 4-7.

70 Vgl. Domrös, Friederike C. und Hartwig, Marcel: Land in Sicht?, in: analyse & kritik, 20.02.2024, URL: <https://www.akweb.de/ausgaben/701/anti-afd-was-bringen-die-proteste-gegen-rechte-hegemonie-in-ostdeutschland/> [eingesehen am 13.11.2024].

71 Vgl. Deycke: Postautonomie, S. 390-391.

72 Vgl. folgend Rucht/Steinhilper/Kocybar: Für Vielfalt, S. 7 f.

73 Bitschnau und Koos: Mehrheit, S. 3.

74 Zum bürgerlichen Hintergrund in der radikalen Linken vgl. Deycke et al.: Orientierungen im Feld der radikalen Linken, in: dies. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomem. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 9-27, hier S. 14 f.

Wesentliche Unterschiede zeigten sich - zweitens - in den politisch-ideologischen Orientierungen: Kernanliegen der autonomen Antifa ist die offensive, das heißt auch militante Gegnerschaft gegen rechts. Zugleich prangert sie diverse „Probleme hinter dem Problem“ an, wie Rassismus, Sexismus oder soziale Ungleichheit.⁷⁵ Die Ursache für die Entstehung von Faschismus wird primär in Strukturprinzipien des Kapitalismus verortet. Jenseits des Nahziels der Bekämpfung rechter Strukturen wird daher das Fernziel eines „fundamentalen und nachhaltigen strukturellen Wandel[s] des kapitalistischen Systems“ angestrebt.⁷⁶ Vergleichbar radikale Analysen oder gar revolutionäre Orientierungen zeigten die 2024er-Proteste nicht: Ihre organisatorische Basis war politisch breit und vielfältig⁷⁷ - befragte Teilnehmer:innen im Südwesten verorteten sich zu 65 % in der linken politischen Mitte, etwa ebenso viele gaben an, bei der letzten Bundestagswahl die Grünen gewählt zu haben, lediglich 8 % Die Linke.⁷⁸ Statt radikaler Gesellschaftskritik, Systemkritik oder gar -feindschaft war die praktische Sorge vor weiteren AfD-Wahlerfolgen das entscheidende Movens.⁷⁹ Zugleich erhielten die Proteste einen außergewöhnlich hohen und breiten Zuspruch sowohl von Politiker:innen und Parteien als auch von Firmen und Konzernen⁸⁰, die seitens der autonomen Antifa als Klassenfeind betrachtet werden konnten.

Daran anschließend wichen, drittens, auch Strategie und Praxis voneinander ab: Die autonome Antifa steht in der Tradition eines informellen, selbstbestimmten und offensiven Gegenhandelns;⁸¹ konfrontative und disruptive Aktionen sollen Gegner:innen schwächen und die Öffentlichkeit aufrütteln. Dabei agiert die Bewegung zum einen vielfältig - betreibt etwa umfangreiche Bildungs- und Recherchearbeiten - und zum anderen militant, also kämpferisch-offensiv, was unter anderem die Anwendung und Androhung von Gewalt einschließt.⁸² Demokratisch-institutionell verfasste Formate realpolitischer Problembewältigung werden weitgehend abgelehnt.⁸³ Auch davon wichen die Proteste 2024 deutlich ab: Die Aktionsfor-

75 Schumann: Antifa im Umbruch, S. 7.

76 Rohmoser: Antifa, S. 90.

77 Vgl. Rucht: Für Demokratie, S. 9 f.

78 Vgl. Bitschnau und Koos: Mehrheit, S. 5; in der Ost-Studie verorteten sich dagegen etwas weniger Befragte in der politischen Mitte (47 %) und etwas mehr (20 %) links außen; dementsprechend gaben weniger an, zuletzt die Grünen gewählt zu haben (51 %), etwas mehr dagegen Die Linke (20 %); vgl. Rucht/Steinhilper/Kocybar: Für Vielfalt, S. 9 f.

79 Vgl. Rucht/Steinhilper/Kocybar: Für Vielfalt, S. 15.

80 Vgl. Rucht: Für Demokratie, S. 14

81 Vgl. folgend Schumann: Küsst die Faschisten, S. 35-38.

82 Vgl. ebd., S. 39 f.

83 Vgl. Rohmoser: Antifa, S. 171-174.

men waren weithin konventionell und friedfertig.⁸⁴ Militanz sowie andere Formen disruptiven Gegen- und Bewegungshandelns schienen den meisten Teilnehmer:innen fremd – sie bekundeten zwar große Affinität für informell-individualisierte Aktionsformen wie die Beteiligung an Boykotten oder Petitionen, schreckten jedoch vor verbindlicheren Engagement- und Organisationsformen zurück.⁸⁵ Eine breite Mehrheit gab an, mit der eigenen Protestteilnahme schlicht ein Zeichen setzen und Aufmerksamkeit erzeugen zu wollen.

Zwischenstand: Autonomer vs. bürgerlicher Antifaschismus

Der Vergleich grundlegender Merkmale hilft, Charakter und Tektonik der Proteste vom Anfang 2024 genauer zu verstehen und einzuordnen. So zeigen die mitunter deutlichen Unterschiede erstens auf, dass die Proteste gegen Rechtsextremismus eben keine bloße Fortsetzung der autonomen Antifa darstellen – beide opponieren zwar im Kern gegen die akute Gefahr durch Rechtsextremismus beziehungsweise Faschismus; Teilnehmer:innen, Profil und Aktionsformen der jüngsten Proteste sind jedoch deutlich älter, arrivierter, politisch mittiger und konventioneller als im Fall des autonomen Antifaschismus. Die genannten sozialen, politischen und strategischen Eigenschaften untermauern wiederum – zweitens – die zitierte journalistische Einordnung der Proteste als *bürgerlichen* Antifaschismus, der freilich nicht von einem altbürgerlich-konservativen, sondern einem Neubürgerlich-grünen Milieu getragen wurde.

Indes: Auch die in diesem Begriff suggerierte Gemeinsamkeit *eines* Antifaschismus offenbart bei näherem Hinsehen deutliche Risse. Ideologische Grundannahmen, politische Positionen und Strategien weichen – wie in Feddersens Benennung als „bürgerlich“ natürlich mitschwingt – derart stark voneinander ab, dass eigentlich zwischen einem pro- und anti-systemischen oder reformerischen und revolutionären Antifaschismus unterschieden werden müsste. Denn gerade die ideologisch-politischen Differenzen und Friktionen sorgten – drittens – im Kontext der Massenproteste für konkrete Konflikte zwischen autonomen und bürgerlichen Akteur:innen. Zwar schritten die ungleichen Protestströmungen zu Beginn der dynamischen Massenmobilisierung gemeinsam; im turbulenten Demonstrationsalltag offenbarten sich jedoch alsbald relevante Konflikt- und Bruchlinien, die im Folgenden detaillierter nachvollzogen werden sollen.

84 Vgl. Rucht: Für Demokratie, S. 17.

85 Vgl. Rucht/Steinhilper/Kocybar: Für Vielfalt, S. 16 sowie Bitschnau und Koos: Mehrheit, S. 7 f.

Konflikte und Kontroversen

Konflikte wurden zuvorderst auf politisch-ideologischer Ebene anhand der Problem- und Lösungsbeschreibungen sichtbar: Während die bürgerliche Antifa sich vor allem über das Vordringen des Rechtsextremismus in die politische Mitte empörte und die Aufrechterhaltung einer Brandmauer gegenüber der AfD forderte⁸⁶, problematisierte die autonome Antifa überdies auch bis weit in die gesellschaftliche und politische Mitte reichende rechtsextreme Einstellungen und Positionen⁸⁷. In Artikeln und Stellungnahmen wurden nicht nur rechtsextreme Forderungen, sondern auch eine „immer menschenverachtendere Migrationspolitik der Regierung“⁸⁸ verurteilt. Diese habe, wie Antifa-Gruppen betonten, mit ihrer Abschiebepolitik den „feuchten Traum der faschistischen Konspiration von einer ‚Remigration‘“⁸⁹ praktisch realisiert. Die an den Protesten beteiligten Parteien seien für die „Rechtsentwicklung“ verantwortlich, die sich in Asylrechtsverschärfungen, Ausrüstung, Sozialkürzungen oder Restriktionen gegenüber Linken oder Arbeitnehmer:innen zeige.⁹⁰ Der sozialliberale „Kahlschlag“ habe überhaupt erst die „klassenpolitischen Zurichtungen“ erzeugt, die von der AfD unterdessen erfolgreich in Kulturkämpfe übersetzt worden seien.⁹¹ Nun versuche die Regierung im gemeinsamen antifaschistischen Bündnis, von der selbst produzierten Krise abzulenken. Daher, so die breit geteilte Einschätzung, müsse ein substanzieller Antifaschismus stets einen Zusammenhang „zwischen der von rechts angestrebten Barbarei und der strukturellen Ungleichheit im Hier und Jetzt“ herstellen.⁹²

86 Vgl. etwa Arps, Jan Ole und Tügel, Nelly: Das grosse deutsche Unterhaken, in: WOZ, 25.01.2024, URL: <https://www.woz.ch/2404/antifaschistische-massenproteste/das-grosse-deutsche-unterhaken/!X34KGROOVVZ2> [eingesehen am 28.10.2024].

87 Vgl. etwa Mense, Thorsten: Der Volksaufstand, in: Jungle.World, 01.02.2024, URL: <https://jungle.world/artikel/2024/05/proteste-gegen-afd-linke-kritik-der-volksaufstand> [eingesehen am 28.10.2024].

88 Gotthilf, Rebecca und Perinelli, Massimo: Eine LINKE der Vielen, in: Luxemburg, H. 3/2024, URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/eine-linke-der-vielen/> [eingesehen am 24.09.2024].

89 Antifa AK Cologne: Nicht zynisch werden! Ein Debattenbeitrag zu den antifaschistischen Großprotesten und was sie für das Wahljahr 2024 bedeuten (können), 22.01.2024, URL: <https://antifa-ak.org/nicht-zynisch-werden-ein-debattenbeitrag-zu-den-antifaschistischen-grossprotesten-und-was-sie-fuer-das-wahljahr-2024-bedeuten-koennten/> [eingesehen am 11.10.2024].

90 Antifaschistische Aktion Tübingen: Debattenbeitrag zur antifaschistischen Bündnisarbeit, URL: <https://www.antifa-tuebingen.org/debattenbeitrag-zu-antifaschistischer-buendnisarbeit/> [eingesehen am 13.11.2024].

91 Vgl. Antifa AK Cologne: Nicht zynisch werden!

92 Vgl. Friedrich, Sebastian: Antifaschismus reloaded: Jetzt wieder alle zusammen gegen die AfD? Kann helfen, aber ..., in: Freitag.de, 17.01.2024, URL: <https://www.freitag.de/autoren/sebastian-friedrich/nach-geheimplan-recherche-jetzt-wieder-alle-zusammen-gegen-die-afd> [eingesehen am 28.11.2024].

Zu dieser politischen Distanzierung der autonomen Antifa von den bürgerlichen Mitprotestierenden gesellte sich eine kulturell-habituelle: Die auf Demos zu beobachtende Aneignung tradierter antifaschistischer Symbole und Chiffren löste aufseiten autonomer Antifaschist:innen deutliches Unbehagen aus.⁹³ So ernteten etwa der historische Vergleich des Potsdamer Treffens 2023 mit der Wannseekonferenz 1942 oder die forsche Bezugnahme auf Figuren und Chiffren des NS-Widerstands deutliche Kritik vonseiten des autonomen Antifaschismus.⁹⁴ Besondere Ablehnung war auch aus den Reihen postmigrantischer Aktivist:innen zu vernehmen, die das breite Protestbündnis als „politische Reinwaschaktion“ für die Bundesregierung kritisierten und den Vorwurf erhoben, dass ihre Stimmen und Positionen weder gehört noch vermisst worden seien.⁹⁵

Auch auf strategischer Ebene zeigten sich Widersprüche. Während der bürgerliche Protest zwar ein Zurückdrängen der AfD forderte, sich aber mehrheitlich nicht für ein Verbot der Gesamtpartei und gegen eine Ausgrenzung ihrer Anhänger:innen aussprach,⁹⁶ favorisierte die autonome Antifa die Offensive: Um „der Gegenseite nachhaltige Schläge zuzuführen und sie damit langfristig zu schwächen“, müsse man weiterhin und vor allem Versammlungen der AfD blockieren und öffentliche Auftritte ihrer Repräsentant:innen verhindern.⁹⁷ Hinzu kamen kulturell-habituelle Spannungen: Allein die überschwängliche, bisweilen pathetisch wirkende öffentliche Belobigung der Proteste, auch die unkritische Verteidigung des demokratischen Status quo reizten linksradikale und autonom-antifaschistische Akteur:innen erkennbar, die trotzig eine „Sparflammen-Demokratie“⁹⁸ kritisierten.

93 Vgl. etwa Lelle, Nikolas: Was heißt Nie wieder?, in: taz.de, 09.02.24, URL: <https://taz.de/Demos-gegen-rechts!/5987599/> [eingesehen am 21.11.2024].

94 Vgl. Nowak, Peter: Falsche Analogien, in: Antifa. Magazin der VVN-BdA, 02.03.2024, URL: <https://antifa.vvn-bda.de/2024/03/02/falsche-analogien/> oder Beck, Pascal: Deutsche Proteste, in: Jungle.World, 01.02.2024, URL: <https://jungle.world/artikel/2024/05/sich-als-widerstandskampfer-inszenieren-deutsche-proteste> [jeweils eingesehen am 20.11.2024].

95 Vgl. Gotthilf und Perinelli: Eine LINKE der Vielen.

96 Vgl. Rucht/Steinilper/Kocybar: Für Vielfalt S. 15 f. sowie Bitschnau und Koos: Mehrheit, S. 7. Eine klare Mehrheit für Verbote zeigten beide Studien nur für ein Verbot des Jugendverbands sowie einzelner Landesverbände der AfD; demgegenüber sprach sich eine Mehrheit von knapp über 50 % dafür aus, mit Unterstützer:innen der AfD ins Gespräch zu gehen.

97 Vgl. Antifaschistische Aktion Süd: [Analyse]: Die eine Welle mitnehmen, die andere brechen!, 15.02.2024, URL: <https://antifa-sued.org/analyse-die-eine-welle-mitnehmen-die-andere-brechen/> [eingesehen am 15.11.2024].

98 Arps, Jan Ole: Ab durch die Mitte, in: analyse & kritik, 20.02.2024, URL: <https://www.akweb.de/ausgaben/701/anti-afd-massenproteste-fuer-demokratie-gegen-rechts-ab-durch-die-mitte/> sowie Zelik, Raul: Demolierte Demokratie, in: nd-aktuell, 02.02.2024, URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1179730.demos-gegen-rechts-demolierte-demokratie.html?sstr=Zelik> [jeweils eingesehen am 13.11.2024].

Vor diesem Hintergrund verwundert kaum, dass schließlich auch Konflikte zwischen autonomem und bürgerlichem Antifaschismus aufkamen. War anfangs vor allem die Frage strittig, ob auch die Unionsparteien in ein breites Bündnis aufgenommen werden sollten,⁹⁹ folgten bald interne Reibereien: Auf einigen Demonstrationen wurden linksradikale Regierungskritiken zurückgewiesen und versucht, autonome Antifas mit Verweis auf ihre Militanz auszuschließen.¹⁰⁰ Diese wiederum reagierten pikiert auf ihre Ausgrenzung durch die Neu-Antifaschist:innen und wiesen auf Demonstrationen geäußerte Positionen lautstark zurück, die im Kampf gegen rechts einen gemeinsamen „positiven Patriotismus“ einforderten.¹⁰¹

Diskursiv verarbeitete die autonome Antifa ihr Unbehagen in einer fortlaufenden Kontroverse über eine geeignete Bündnisstrategie, die an den historischen linken Strategie-Disput über die Alternativen einer breiten und klassenübergreifenden Volks- oder einer auf linke Kräfte konzentrierten und klassenbasierten Einheitsfront anknüpfte.¹⁰² Zu Beginn des Protestzyklus fand die erste Alternative noch offensive Fürsprecher:innen: So wurde etwa aus den Reihen der Linken, der bewegungsseitig noch am ehesten eine antifaschistische Authentizität zugesprochen wird,¹⁰³ früh zähneknirschend für die Notwendigkeit eines breiten „republikanischen Antifaschismus“ plädiert, der „auch um Teile der Christdemokratie und der Liberalen ringt, um gemeinsam mit ihnen die Republik zu verteidigen, die uns als Sozialist*innen nicht genügt“¹⁰⁴.

Strategisch ähnlich argumentierten die – seit jeher vor besonders schwierigen und praktischen Herausforderungen stehenden – ostdeutschen Antifas:¹⁰⁵ Sie plädierten angesichts der faktischen rechtsextremen Bedrohung – trotz aller „Bauch-

99 Vgl. Fuhr, Lukas und Soldt, Rüdiger: Wenn das Wörtchen rechts nicht wär, in: FAZ, 27.01.2024, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-die-cdu-zu-den-afd-protesten-steht-19477268.html> [eingesehen am 20.03.2024].

100 Vgl. Mense: Der Volksaufstand sowie Schredle, Minh: Kampf gegen rechts. Sag, wie hältst Du's mit der Antifa?, in: Kontext: Wochenzeitung, 21.02.2024, URL: <https://www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/673/sag-wie-haeltst-dus-mit-der-antifa-9379.html> [eingesehen am 15.11.2024].

101 Vgl. etwa Hammerschmitt, Marcus: Antifa und Handelskammer, in: Jungle World, 15.02.2024, URL: <https://jungle.world/artikel/2024/07/protest-gegen-afd-schleswig-holstein-antifa-und-handelskammer> [eingesehen am 20.11.2024].

102 Vgl. Schwerdtner, Ines: Volksfront oder Einheitsfront?, in: Luxemburg, Januar 2024, URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/volksfront-oder-einheitsfront/> [eingesehen am 20.09.2024].

103 Vgl. Arps: Ab durch die Mitte.

104 Goes, Thomas: Welche Strategie gegen den Rechtsrutsch? Für breite Bündnisse und sozialen Antifaschismus, in: Luxemburg, Januar 2024, URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/mit-wem-gegen-rechts/> [eingesehen am 24.10.2024]. Goes problematisiert dabei, dass die Demokratie im Kapitalismus aufgrund der herrschenden bürgerlichen Eigentumsform und Besitzverhältnisse zwar „halbiert“, die Verteidigung dieser Republik dennoch „unerlässlich“ sei.

105 Vgl. Domrös und Hartwig: Land in Sicht?

schmerzen“ – für eine Kooperation mit politischen Gegner:innen;¹⁰⁶ auch im bundesweit berichtenden *Antifaschistischen Infoblatt* wurde davor gewarnt, dass sich die in breiten Bündnissen zwangsläufig auftauchenden Widersprüche „zu Gunsten der Reinheit eigener politischer Ansätze nur zum Preis einer politischen Selbstisolation lösen“¹⁰⁷ ließen.

Und dennoch: Die strategische Kritik an breiten Bündnissen mit bürgerlichen Akteur:innen mehrten sich im Protestzyklus: Früh wurde davor gewarnt, „demokratische Floskeln“ zu wiederholen, und zugleich gefordert, den „Demohype als Aufmerksamkeitsbeschaffer“ zu nutzen, um auch hier „brutalen Nationalismen“ zu widersprechen und Solidarität sowie „Freiheit für alle“ einzufordern.¹⁰⁸ Süddeutsche Gruppen plädierten taktisch dafür, die gegenwärtige Krisenentwicklung des Kapitalismus zuzuspitzen, indem man den Demonstrierenden die „offensichtliche Doppelmoral der Regierenden“ vor Augen führt und ihnen gleichzeitig ein „Angebot zum gemeinsamen Kampf“ gegen rechts *und* die „herrschenden Verhältnisse“ macht.¹⁰⁹ Skeptisch gaben sich die bald folgenden historischen Analysen, die argumentierten, dass auch die breiten antifaschistischen Bündnisse in den 1930er oder 1990er Jahren letztlich dazu beigetragen hätten, die tatsächliche politische Rechtsverschiebung zu verschleiern oder gar zu legitimieren.¹¹⁰ Solange, so die Konsequenz Tübinger Antifas, eine „Machtübergabe an die Faschisten“ – als „Variante der Herrschaft des Kapitals“ – nicht unmittelbar bevorstünde, seien breite Bündnisse und Volksfrontansätze abzulehnen, weil linksradikale Kräfte darin Gefahr laufen würden, vom bürgerlichen Machtblock absorbiert zu werden.¹¹¹

106 Köditz, Kerstin: #WirSindMehr: Sind wir mehr?, in: Luxemburg, Februar 2024, URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wirsindmehr-sind-wir-mehr/> [eingesehen am 20.11.2024].

107 O. V.: Aufstieg der AfD: Schwere Zeiten?, in: Antifaschistisches Infoblatt, 10.06.2024, URL: <https://antifainfoblatt.de/aib142/aufstieg-der-afd-schwere-zeiten> [20.11.2024].

108 Vgl. o. V.: Großdemos gegen rechts, in: Antifa. Magazin der VVN-BDA, 02.04.2024, URL: <https://antifa.vvn-bda.de/2024/03/02/grossdemos-gegen-rechts/> [eingesehen am 20.11.2024].

109 Antifaschistische Aktion Süd: Die eine Welle mitnehmen.

110 Vgl. Berger, Axel: Frankreich: Von der Einheits- zur Volksfront, in: nd-aktuell, 05.04.2024, URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1181247.arbeiterbewegung-frankreich-von-der-einheits-zur-volksfront.html> sowie Renner, Jens: Deutschland im Herbst 1992, in: analyse & kritik, 20.02.2024, URL: <https://www.akweb.de/ausgaben/701/anti-afd-deutschland-im-herbst-1992-lichterketten-gegen-rechts/> [jeweils eingesehen am 20.11.2024] oder Arps und Tügel: Unterhaken.

111 Antifaschistische Aktion Tübingen: Debattenbeitrag.

Rückkehr zu alten Gewissheiten

Ihren vorläufigen Höhepunkt fand diese Absetzbewegung von einer breiten Bündnisstrategie im Sommer 2024, als die Massenproteste längst vorüber waren.¹¹² In einem unter dem Titel „Zeit zu Handeln“ veröffentlichten Aufruf warnten mehr als zwei Dutzend vor allem westdeutsche Antifa-Gruppen, dass die anstehenden Landtagswahlen zum „historischen Moment für die neue faschistische Bewegung“ werden könnten, und riefen vor diesem Hintergrund eine „neue antifaschistische Offensive“ aus.¹¹³ Diese müsse zwar Lager- und Strömungsgrenzen überwinden, vor allem aber eine „antikapitalistische Bewegung“ schaffen, die der aktuellen „Krise einen Klassenkampf von unten“ entgegensetze – da ein Antifaschismus „ohne Kritik an den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen, ohne die Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft in diesen Zeiten zahnlos bleiben“ werde. Im Falle zukünftiger Proteste müsse man sich „einmischen und den Kampf um deren Hegemonie“ offensiver aufnehmen, es allerdings schaffen, sich selbst „grundsätzliche antifaschistische Prinzipien zu erhalten und sie gleichzeitig in solche großen Proteste hineinragen: Mit Faschist:innen wird nicht diskutiert, Faschist:innen werden bekämpft. Auf allen Ebenen, mit allen Mitteln, die dafür notwendig sind.“

Natürlich wurden diese Rückwendung zur reinen Lehre eines revolutionären Antifaschismus und die faktische Absage an die Strategie breiter Bündnisse von anderen, vor allem ostdeutschen autonomen Antifa-Gruppen auch und bisweilen scharf kritisiert.¹¹⁴ Dennoch spiegelt der Aufruf „Zeit zu Handeln“ zumindest in westdeutschen Zusammenhängen des autonomen Antifaschismus eine zentrale Positionierung, die sich bereits in den zuvor analysierten Debatten verdichtet hatte. Hier lässt sich erkennen, wo sich zumindest dieser Teil des autonomen Antifaschismus nach den Massenprotesten 2024 wohl bis auf Weiteres ausstellt: im politischen und strategischen Abseits.

Wie gezeigt wurde, stützen Tradition, Ideologie und auch jüngste Erfahrungen die – für sich genommen nachvollziehbare – Selbstisolation.¹¹⁵ Aus dieser Sicht

112 Vgl. Rucht: Für Demokratie, S. 4 f.

113 Hier und im Folgenden Antifaschistische Aktion Süd et al.: Zeit zu handeln. Ein Aufruf in die antifaschistische Bewegung anlässlich der anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland, URL: https://zeitzuhandeln.net/?page_id=18 [eingesehen am 28.11.2024].

114 Vgl. Fischer, Ralf: Zeit zum Nachdenken, in: Jungle.Word, 15.08.2024, URL: <https://jungle.world/artikel/2024/33/antifa-aufruf-diskussion-afd-zeit-zum-nachdenken> sowie die Textsammlung von alea – Leipziger Antifagruppe: Antifa Debatte. Ein weiterer Beitrag und Textsammlung (PDF), 03.10.2024, URL: <https://www.alea-le.org/texte/antifa-debatte-ein-weiterer-beitrag-und-pdf-textsammlung/> [jeweils eingesehen am 22.11.2024].

115 Vgl. beispielhaft Arslan, Inci: Only Ampel could go to Sylt, in: analyse & kritik, 17.09.2024, URL: <https://www.akweb.de/politik/wenige-monate-nach-anti-afd-demos-ganz-grosse-koalition-gegen-migration/> [eingesehen am 20.11.2024].

sprechen mehr noch als die sozialen die politisch-ideologischen Merkmale des bürgerlichen Antifaschismus gegen eine faktische Integration in die Proteste. In Übereinstimmung mit seiner radikalen Ideologie und militanten Praxis verweigerte sich der autonome Antifaschismus in weiten Teilen dem bereits zitierten sozialistischen Vorschlag eines „republikanischen Antifaschismus“, der die als ungenügend kritisierte Demokratie zunächst retten will, um sie später noch verändern zu können.¹¹⁶

Ausweg: Antifaschistische Bewegungskultur?

Wie geht es nun weiter? Dass die Proteste Anfang 2024 gleichermaßen massiv wie kurzlebig ausfielen, ist nicht von der autonomen Antifa verursacht; und dennoch scheiterte sie sichtlich, den bürgerlichen Antifaschismus effektiv zu nutzen, um in den Aufstieg des Rechtsextremismus zu intervenieren. Dabei böte eine weniger orthodoxe Analyse gerade der antifaschistischen Frühgeschichte wichtige Hinweise auf zwar keineswegs neue, wohl aber zentrale Voraussetzungen antifaschistischer Wirksamkeit.¹¹⁷ Wie sozial, kulturell und politisch sehr breite und in sich gegensätzliche Bündnisse auszuhalten und auch zu beeinflussen sind, ließe sich naturgemäß weniger am Beispiel politisch-ideologisch enger Einheitsfronten nachvollziehen.

Interessanter scheint es, den Blick auf das 1924 zum Schutz der Republik gegründete Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold oder die Volksfrontbewegung(en) der 1930er Jahre zu richten, die tiefste Moral- und Milieugrenzen der damaligen Zeit überwinden.¹¹⁸ Trotz massiver gesellschaftlicher und politischer Widerstände entfalten sie eine gemeinsame antifaschistische Politik und Solidarität.¹¹⁹ Dass dies trotz aller ideologischer Friktionen über einige Jahre funktionierte und somit überhaupt eine Grundlage antifaschistischer Aktionsfähigkeit existierte, lag an der Entwicklung einer gemeinsamen Bewegungskultur, die gegenseitiges Verständnis sowie gemeinsame Orientierungen und Zusammenhalt stiftete und aus einem Protest der Vielen *eine* Bewegung machte.¹²⁰

Natürlich: Für all dies fehlte es 2024 an entscheidenden Voraussetzungen. Zeit, Wille und Vorbereitung reichten nicht aus, um im äußerst kurzen Protestzyklus eine

116 Vgl. Goes: Welche Strategie gegen den Rechtsrutsch?

117 Vgl. Schneider, Ulrich: Antifaschismus, Köln 2014, S. 26-51.

118 Zum Reichsbanner vgl. Walter, Franz: Republikenschutz und paramilitärische Zivilgesellschaft. Das demokratische Dilemma in der Weimarer Republik, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, H. 1-2/2024, S. 169-177; zu den Volksfrontbewegungen vgl. Mason, Paul: Faschismus. Und wie man ihn stoppt, Berlin 2022, S. 335-359.

119 Schneider: Antifaschismus, S. 37-40.

120 Vgl. im Detail Walter: Republikenschutz.

identitätsstiftende Kultur zu entfalten. Ohne diese fehlte indes der Kitt, um Antagonismen aneinander zu binden. Vor genau diesem Problem hatte der Journalist Paul Mason bereits 2022 in einem viel beachteten Buch gewarnt.¹²¹ Ein erfolgreicher Kampf gegen die gegenwärtige Faschisierung setze die Entwicklung eines starken antifaschistischen Ethos voraus, das die Gegenbewegung tatsächlich integrativ und massentauglich mache.¹²² Antifaschismus müsse von einer linken Parole und Strategie in ein populärkulturelles Angebot und eine globale Moralphilosophie gegen den Faschismus übersetzt werden.¹²³ Eine solche antifaschistische Kultur zu erbauen, bewertete Mason als dringlichste Aufgabe der 2020er Jahre.¹²⁴ Wer sich dieser annehmen will – und kann –, ist derweil unklar.

Literaturverzeichnis

alea - Leipziger Antifagruppe: Antifa Debatte. Ein weiterer Beitrag und Textsammlung (PDF), 03.10.2024, URL: <https://www.alea-le.org/texte/antifa-debatte-ein-weiterer-beitrag-und-pdf-textsammlung/> [eingesehen am 22.11.2024].

Antifa AK Cologne: Nicht zynisch werden! Ein Debattenbeitrag zu den antifaschistischen Großprotesten und was sie für das Wahljahr 2024 bedeuten (könnten), 22.01.2024, URL: <https://antifa-ak.org/nicht-zynisch-werden-ein-debattenbeitrag-zu-den-antifaschistischen-grossprotesten-und-was-sie-fuer-das-wahljahr-2024-bedeuten-koennten/> [eingesehen am 11.10.2024].

Antifaschistische Aktion Süd: [Analyse]: Die eine Welle mitnehmen, die andere brechen!, 15.02.24, URL: <https://antifa-sued.org/analyse-die-eine-welle-mitnehmen-die-andere-brechen/> [eingesehen am 15.11.2024].

Antifaschistische Aktion Süd et al.: Zeit zu handeln. Ein Aufruf in die antifaschistische Bewegung anlässlich der anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland, URL: https://zeitzuhandeln.net/?page_id=18 [eingesehen am 28.11.2024].

Antifaschistische Aktion Tübingen: Debattenbeitrag zur antifaschistischen Bündnisarbeit, URL: <https://www.antifa-tuebingen.org/debattenbeitrag-zu-antifaschistischer-buendnisarbeit/> [eingesehen am 13.11.2024].

Arps, Jan Ole: Ab durch die Mitte, in: analyse & kritik, 20.02.2024, URL: <https://www.akweb.de/ausgaben/701/anti-afd-massenproteste-fuer-demokratie-gegen-rechts-ab-durch-die-mitte/> [eingesehen am 13.11.2024].

121 Vgl. Mason: Faschismus.

122 Vgl. ebd., S. 388-392.

123 Vgl. ebd., S. 402.

124 Vgl. ebd., S. 388.

- Arps, Jan Ole und Tügel, Nelly: Das grosse deutsche Unterhaken, in: WOZ, 25.01.2024, URL: <https://www.woz.ch/2404/antifaschistische-massenproteste/das-grosse-deutsche-unterhaken/!X34KGR00VVZ2> [eingesehen am 28.10.2024].
- Arslan, Inci: Only Ampel could go to Sylt, in: analyse & kritik, 17.09.2024, URL: <https://www.akweb.de/politik/wenige-monate-nach-anti-afd-demos-ganz-grosse-koalition-gegen-migration/> [eingesehen am 20.11.2024].
- Beck, Pascal: Deutsche Proteste, in: Jungle.World, 01.02.2024, URL: <https://jungle.world/artikel/2024/05/sich-als-widerstandskampfer-inszenieren-deutsche-proteste> [eingesehen am 20.11.2024].
- Bensmann, Marcus et al.: Geheimplan gegen Deutschland, in: correctiv.org, 10.01.2024, URL: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> [eingesehen am 19.02.2024].
- Berger, Axel: Frankreich: Von der Einheits- zur Volksfront, in: nd-aktuell, 05.04.2024, URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1181247.arbeiterbewegung-frankreich-von-der-einheits-zur-volksfront.html> [eingesehen am 20.11.2024].
- Bitschnau, Marco und Koos, Sebastian: Die schweigende Mehrheit auf der Straße? Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmer:innen an den Protesten gegen Rechtsextremismus, Universität Konstanz, Policy Papers / Cluster of Excellence „The Politics of Inequality“, Nr. 15 (2024).
- Deycke, Alexander: Postautonomie - organisatorische und strategische Entwicklungen in der undogmatischen radikalen Linken seit den 1990er Jahren, in: ders. et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 383-404.
- Deycke, Alexander et al.: Orientierungen im Feld der radikalen Linken, in: dies. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 9-27.
- Deycke, Alexander und Isele, Sören: Kein ruhiges Hinterland? Autonomer Antifaschismus in der Provinz, in: Demokratie Dialog, H. 3 (2018), S. 20-29.
- Domrös, Friederike C. und Hartwig, Marcel: Land in Sicht?, in: analyse & kritik, 20.02.24, URL: <https://www.akweb.de/ausgaben/701/anti-afd-was-bringen-die-proteste-gegen-rechte-hegemonie-in-ostdeutschland/> [eingesehen am 13.11.2024].
- Feddersen, Jan: Die bürgerliche Antifa, in: taz.de, 01.02.2024, URL: <https://taz.de/Demos-gegen-die-AfD!/5985933/> [eingesehen am 19.02.2024].
- Fischer, Ralf: Zeit zum Nachdenken, in: Jungle.Word, 15.08.2024, URL: <https://jungle.world/artikel/2024/33/antifa-aufruf-diskussion-afd-zeit-zum-nachdenken> [eingesehen am 22.11.2024].
- Friedrich, Sebastian: Antifaschismus reloaded: Jetzt wieder alle zusammen gegen die AfD? Kann helfen, aber ..., in: Freitag.de, 17.01.2024, URL: <https://www.>

- freitag.de/autoren/sebastian-friedrich/nach-geheimplan-recherche-jetzt-wieder-alle-zusammen-gegen-die-afd [eingesehen am 28.11.2024].
- Fuhr, Lukas und Soldt, Rüdiger: Wenn das Wörtchen rechts nicht wär, in: FAZ, 27.01.2024, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-die-cdu-zu-den-afd-protesten-steht-19477268.html> [eingesehen am 20.03.2024].
- Goes, Thomas: Welche Strategie gegen den Rechtsrutsch? Für breite Bündnisse und sozialen Antifaschismus, in: Luxemburg, Januar 2024, URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/mit-wem-gegen-rechts/> [eingesehen am 24.10.2024].
- Gotthilf, Rebecca und Perinelli, Massimo: Eine LINKE der Vielen, in: Luxemburg, H. 3/2024, URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/eine-linke-der-vielen/> [eingesehen am 24.09.2024].
- Hammerschmitt, Marcus: Antifa und Handelskammer, in: Jungle.World, 15.02.2024, URL: <https://jungle.world/artikel/2024/07/protest-gegen-afd-schleswig-holstein-antifa-und-handelskammer> [eingesehen am 20.11.2024].
- Hensel, Alexander und Jasser, Greta: Weckruf für die wehrhafte Demokratie? Zu den Massenprotesten gegen den „Masterplan“ zur Remigration, Rechtsextremismus und die AfD, in: Demokratie-Dialog, H. 14 (2024), S. 60-69.
- Köditz, Kerstin: #WirSindMehr: Sind wir mehr?, in: Luxemburg, Februar 2024, URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wirsindmehr-sind-wir-mehr/> [eingesehen am 20.11.2024].
- Langer, Bernd: Antifaschistische Aktion: Geschichte einer linksradikalen Bewegung, Bd. 1, Münster 2023.
- Lelle, Nikolas: Was heißt Nie wieder?, in: taz.de, 09.02.2024, URL: <https://taz.de/Demos-gegen-rechts!/5987599/> [eingesehen am 20.11.2024].
- Lühmann, Michael: Kurzstudie Antifa Ost. Die radikale Linke als Teil der politischen Kultur am Beispiel von Rostock und Leipzig, Bundesfachstelle Linke Militanz, 2022.
- Mason, Paul: Faschismus. Und wie man ihn stoppt, Berlin 2022.
- Mense, Thorsten: Der Volksaufstand, in: Jungle.World, 01.02.2024, URL: <https://jungle.world/artikel/2024/05/proteste-gegen-afd-linke-kritik-der-volksaufstand> [eingesehen am 28.10.2024].
- Nowak, Peter: Falsche Analogien, in: Antifa. Magazin der VVN-BdA, 02.03.2024, URL: <https://antifa.vvn-bda.de/2024/03/02/falsche-analogien/> [eingesehen am 20.11.2024].
- O. V.: Aufstieg der AfD: Schwere Zeiten?, in: Antifaschistisches Infoblatt (AIB), 10.06.2024, URL: <https://antifainfoblatt.de/aib142/aufstieg-der-afd-schwere-zeiten> [eingesehen am 20.11.2024].

- O. V.: Großdemos gegen rechts, in: Antifa. Magazin der VVN-BDA, 02.04.2024, URL: <https://antifa.vvn-bda.de/2024/03/02/grossdemos-gegen-rechts/> [eingesehen am 20.11.2024].
- Renner, Jens: Deutschland im Herbst 1992, in: analyse & kritik, 20.02.2024, URL: <https://www.akweb.de/ausgaben/701/anti-afd-deutschland-im-herbst-1992-lichterketten-gegen-rechts/> [eingesehen am 20.11.2024].
- Rohmoser, Richard: Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung, München 2024.
- Rucht, Dieter: Für Demokratie - gegen Rechtsextremismus. Profil und Dynamik der jüngsten Protestwelle, ipb working paper 1/2024.
- Rucht, Dieter / Steinhilper, Elias / Kocybar, Piotr: Für Vielfalt, Toleranz und Miteinander. Protest in einer ostdeutschen Kleinstadt, ipb working paper 2/2024.
- Schneider, Ulrich: Antifaschismus, Köln 2014.
- Schumann, Nils: Die Antifa im Umbruch. Neuformierungen und aktuelle Diskurse über Konzepte politischer Intervention, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 28 (2015), H. 2, S. 5-16.
- Schumann, Nils: „Küsst die Faschisten“. Autonomer Antifaschismus als Begriff und Programm, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), H. 42-43/2017, S. 35-41.
- Schredle, Minh: Kampf gegen rechts. Sag, wie hältst Du's mit der Antifa?, in: Kontext: Wochenzeitung, 21.02.2024, URL: <https://www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/673/sag-wie-haelstst-dus-mit-der-antifa-9379.html> [eingesehen am 15.11.2024].
- Schwerdtner, Ines: Volksfront oder Einheitsfront?, in: Luxemburg, Januar 2024, URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/volksfront-oder-einheitsfront/> [eingesehen am 20.09.2024].
- Walter, Franz: Republikschutz und paramilitärische Zivilgesellschaft. Das demokratische Dilemma in der Weimarer Republik, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, H. 1-2/2024, S. 169-177.
- Zelik, Raul: Demolierte Demokratie, in: nd-aktuell, 02.02.2024, URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1179730.demos-gegen-rechts-demolierte-demokratie.html?sstr=Zelik> [eingesehen am 13.11.2024].

Häuserkampf als linksradikales Aktionsfeld

Tom Pflücke

Häuserkampf ist Kampf um das eigene Behaust-Sein. Behaust-Sein nicht allein im Sinne des eigenen Wohnens, sondern immer zugleich verstanden als Rückzugsort, der Freiraum jenseits gesellschaftlicher Notwendigkeiten und Zwänge bietet. Insofern ereignet sich Häuserkampf auf einem politischen, sozialen und ökonomischen Konfliktfeld, auf dem ausgehandelt, ausgetragen und eben ausgekämpft wird, wie und wo, mit wem und unter welchen Umständen und Bedingungen wir wohnen, letztlich leben wollen. Hieran wird deutlich, wie es um das Verhältnis von Gleichheit und Gerechtigkeit, diesen beiden seit jeher miteinander konkurrierenden gesellschaftspolitischen Grund- und Leitsätzen, bestellt ist.

Häuserkampf ist in der Bundesrepublik seit Beginn der 1970er Jahre ein latentes gesellschaftliches Phänomen, das in unregelmäßiger Konjunktur öffentlich zutage tritt. Häuserkampf ist zugleich Kampf um Mitgestaltung des eigenen Kiezes, der eigenen Stadt. Häuserkampf hat seine Wurzeln überwiegend im linksalternativen und linksradikalen Milieu. Hier war und ist ein zwar überschaubares, aber kontinuierliches Mobilisierungspotenzial zu beobachten. Überdies finden immer wieder linkes und bürgerliches Milieu zusammen, um in Protestallianzen gegen Abrisspläne, verfehlte Stadtplanung oder horrenden Mieten und Mieterhöhungen zu mobilisieren.

So demonstrierten im Frühjahr und Sommer 2019 in Berlin mehrere tausend Menschen gegen Verdrängung und unverhältnismäßig hohe Mieten. Der Protest richtete sich in diesem Fall gegen den Wohnungskonzern Deutsche Wohnen, der in Berlin über einhunderttausend Wohnungen besitzt. Aber auch die politisch Verantwortlichen der Berliner Politik, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten Wohnungsbestände aus dem vor der Privatwirtschaft geschützten Genossenschaftsbereich breitflächig herauslösten und verkauften, um sich zu entschulden, waren Ziel der Kritik. Der Bundestag beschloss Ende 2015 die sogenannte Mietpreisbremse, um exorbitante Mieterhöhungen zu unterbinden und Mieter:innen gegenüber Vermieter:innen zu stärken. Der Berliner Senat reagierte nicht zuletzt aufgrund der

zahlreichen Proteste auf Landesebene mit einem „Mietendeckel“¹²⁵, einer Garantie (Ausnahmen und Sonderregelungen inklusive) für die Nichterhöhung von Bestandsmieten im Zeitraum 2020-25. Von Beginn an rechtlich und politisch umstritten, entschied das Bundesverfassungsgericht jedoch bloß ein knappes Jahr später, dass dieses Landesgesetz mit dem Grundgesetz unvereinbar sei.¹²⁶ Linksradikales Protestengagement allerdings lässt sich von derartigen verfassungsrechtlichen Unwägbarkeiten kaum irritieren.

Häuserkampf - Begriff und Definition

Häuserkampf lässt sich zunächst allgemein definieren als ein Protesthandeln, das sich insbesondere in Hausbesetzungen ausdrückt. Hieraus entwickeln sich überwiegend auf den lokalen (Konflikt-)Raum begrenzte soziale Bewegungen, die als primär städtisches Phänomen das Ergebnis der Konfrontation mit den institutionellen Bedingungen und Handlungsgrundsätzen lokalstaatlicher Politik darstellen. Im Konfliktfeld Häuserkampf werden gesamtgesellschaftlich widerstreitende soziale, ökonomische, politische Interessen im materiell-lokalen Rahmen komprimiert verhandelt. Häuserkämpfer:innen waren und sind zwar eine gesamtgesellschaftlich relativ marginale Erscheinung; jedoch spielten sie besonders in den 1970er und 1980er Jahren eine unbestreitbar wichtige Rolle für soziale Transformationsprozesse. Die besondere politische Bedeutung des Häuserkampfes liegt darin, infrage zu stellen, worauf sich unsere Gesellschaft wesentlich gründet: das Eigentum¹²⁷. Gegen dessen widerrechtliche Aneignung, das offenkundige Widersprechen und Zuwiderhandeln dieser zentralen gesellschaftskonstituierenden und -garantierenden Prämisse reagiert der Rechtsstaat üblicherweise mit allen ihm zu Gebote stehenden Abwehr- und Sanktionsmechanismen. Allerdings können Hausbesetzungen nur auf zwei Weisen beendet werden: a) Räumung mit oder ohne Gewalt oder b) Überführung in einen legalen vertraglich abgesicherten Rechtszustand. Da die juristische Legitimierung der Hausbesetzung aber von ihrer sozialen Akzeptanz abhängt, ist das erste Ziel des Häuserkampfes zur Bewahrung oder Erlangung dringend benötigten Wohn- oder Freiraums, den politischen und sozialen Begründungszusammenhang der Hausbesetzung öffentlich so zu rechtfertigen, dass die

125 Ausführlich: Gesetz zur Neuregelung gesetzlicher Vorschriften zur Mietenbegrenzung.

126 Vgl. BVerfG, Beschluss vom 25. März 2021, URL: https://www.bundesverfassungsgericht.de/e/fs20210325a_2bv000120.html [eingesehen am 01.12.2024].

127 Zu ihrer Handlungslegitimation beziehen sich Häuserkämpfer:innen zumeist auf den prominenten grundgesetzlichen Eigentumsabsatz: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Art. 14 Abs. 2 GG.

Zivilgesellschaft mobilisiert und Druck auf die politischen sowie juristischen Instanzen ausgeübt wird.

Soziostruktureller und politischer Hintergrund

In der postindustriellen Gesellschaft ist nicht nur die Art des Arbeitens, sondern auch des Wohnens spezifischer Teil moderner Identität geworden. Die Alternativ- und Gegenkultur der 1970er Jahre fungierte als wichtige „historische Gelenkstelle für den Strukturwandel des Wohnens“. Die im industriellen Zeitalter noch funktional und örtlich getrennten Bereiche Arbeit, Freizeit, Wohnen und die damit einhergehende Sphärentrennung von privatem und öffentlichen Raum wurde auch aufgelöst, indem das Wohnen zum „Politikum des Privaten“ wurde.¹²⁸ Dieses zunächst partielle und minimal-eskapistische Mittelklassephänomen war freilich Ausbruchsversuch aus einer schon zeitgenössisch diagnostizierten „Unwirtlichkeit der Städte“, die im städtebaulichen Ergebnis eines technokratisch-modernen Imperativs zu einer funktionalen Entmischung der ursprünglich stark integrierten Stadt führte.¹²⁹ Die Stadt als Bühne diverser neuer sozialer Bewegungen (Ökologie, Anti-Atom, Frieden usw.) wurde in den 1970er Jahren selbst zum Objekt einer neuen städtischen sozialen Bewegung.¹³⁰

Dabei war es zunächst – in den 1960er und 1970er Jahren – die enorme Wohnungsnot, die soziale Randgruppen motivierte, sich für den Erhalt der Altbau-substanz einzusetzen. Das lief oft dem Kalkül offizieller Stadtplanungspolitik der 1970er Jahre zuwider und so sah man sich von administrativer Seite aus zunehmend mit einem erstarkenden Engagement von Bürgerinitiativen und Häuserkämpfer:innen konfrontiert. Diese forderten – unter Berufung auf das UN-Menschenrecht „right to housing“¹³¹ – bald nicht mehr nur ein „Recht auf Wohnen“, das keine Verankerung im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gefunden hat, worin lediglich das Freiheitsrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung in Art. 13 gewährleistet wird.¹³²

Darüber hinaus sollte Wohnen räumliche und soziale Qualität in historisch gewachsener städtischer Umgebung haben. Derartige Forderungen jedoch waren bis

128 Vgl. Reckwitz, Andreas: Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2017, S. 314-319.

129 Vgl. Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt am Main 1965, S. 9.

130 Vgl. Mayer, Margit: Städtische soziale Bewegungen, in: Roth, Roland und Rucht, Dieter (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main 2008, S. 293-318.

131 UN-Sozialpakt Art. 11 Abs. 1.

132 Vgl. etwa Krennerich, Michael: Ein Recht auf (menschenwürdiges) Wohnen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 25-26/2018, S. 9-14, hier S. 9 ff.

weit in die 1970er Jahre hinein unvereinbar mit der stadtplanerisch als notwendig erachteten partiellen Umwandlung des historischen Stadtzentrums zur modernen City als Ort des Konsums und Handels. Zudem wurden Städte von den 1950er bis in die 1970er Jahre infrastrukturell stark an die Anforderungen einer automobilen Gesellschaft angepasst. Zumal in diesen Fragen zumeist überparteilicher Konsens herrschte. Bundesweit ließen sich vergleichbare Vorgänge beobachten: „Flächensanierung und moderner Wohnungsbau prägten landauf, landab (nicht nur sozialdemokratische) Landes- und Kommunalpolitik.“¹³³

Anfänge des bundesrepublikanischen Häuserkampfes

Häuserkampf hat seinen Ursprung in Nordamerika und Europa (England, Italien und die Niederlande) bereits in den späten 1960er Jahren.¹³⁴ In der Bundesrepublik entfaltete sich die Häuserkampf Bewegung ab 1970 vor allem in Köln, Hamburg und München. Das Epizentrum allerdings befand sich zwischen 1970 und 1974 im Frankfurter Westend, wo verschiedene Faktoren zusammenkamen: Frankfurt als intellektuelles Zentrum der in der Kritischen Theorie geschulten antiautoritären Bewegung; eine reformistische, anfänglich mit den Anliegen der Häuserkämpfer:innen durchaus sympathisierende linke SPD;¹³⁵ große Wohnraumnot und -zerstörung sowie entgrenzte Grundstücksspekulation und Bankenexpansion.¹³⁶ Zudem agierten hier die für die Radikalisierung der Häuserkampf Bewegung wichtigen Spontis¹³⁷ als undogmatische und anarchistisch beeinflusste Subkultur, die neben den organisationsaffinen, orthodoxen Marxist:innen, Leninist:innen, Stalinist:innen und Ma-

133 Mayer, Margit: Großstadt und neue soziale Bewegungen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 3 (1990), H. 4, S. 11-19, hier S. 14.

134 Vgl. Vasudevan, Alexander: The Autonomous City. A History of Urban Squatting, London 2017, S. 9 f.

135 Vgl. Roth, Roland: Leben scheuert am Beton. Streiflichter aus der Geschichte der Hausbesetzungen in der BRD, in: Brandes, Volkhard und Schön, Bernhard (Hrsg.): Wer sind die Instandbesetzer?, Bensheim 1981, S. 37-62, hier S. 47ff.

136 Vgl. Kraushaar, Wolfgang: Die Frankfurter Sponti-Szene. Eine Subkultur als politische Versuchsanordnung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 44 (2004), S. 105-121, hier S. 106; Reichardt, Sven: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014, S. 506 ff.

137 Vgl. etwa Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Frankfurt am Main 2002, S. 352; Kraushaar: Die Frankfurter Sponti-Szene, S. 111 f.; Kasper, Sebastian: Unter der Parole „Kampf gegen die Arbeit!“. Die Betriebsintervention der frühen Sponti-Bewegung, in: Arbeit. Bewegung. Geschichte. Zeitschrift für historische Studien, Jg. 15 (2016), H. 1, S. 49-62.

oist:innen der K-Gruppen, dem zweiten bedeutenden „Zerfallsprodukt“ des SDS, relativ einflussreich wurden an den Universitäten.¹³⁸

Obwohl der sogenannte Reproduktionsbereich in der linken Theorie seit Marx als nicht sonderlich revolutionsrelevant galt, erkannten die Frankfurter Spontis das enorme politische Potenzial der Wohnungsfrage und nahmen sich ab 1971 des Konfliktfeldes Häuserkampf an. Bald galten sie in Frankfurt als „Platzhirsch der radikalen Linken am Ort“.¹³⁹ Dabei trug die spontaneistische Revolution in den besetzten Häusern bisweilen romantische Züge, die sich ganz ähnlich wenige Jahre zuvor bei den 68ern fanden – auch sie räumten Selbsterfahrung, alternativer Subjektivität, Sinnlichkeit und Rausch einen Vorrang ein gegenüber der verwalteten und rationalen Moderne.¹⁴⁰

Häuserkampf wurde dabei jedoch nie zu einem Massenphänomen und die damit verbundene Militanz folgte überwiegend dem Prinzip der „Spaßguerilla“ mit durchaus starken selbstreferenziellen Zügen. Die historische Ironie dieses ersten großen Kapitels des bundesrepublikanischen Häuserkampfes besteht (wie später in Berlin und anderen Städten) indes darin, durch die Rettung eines Großteils der Altbauten die substanzielle Basis und stadträumliche Quartierpräferenz der späteren Gentrifizierung geschaffen zu haben.

Linksradikale Häuserkämpfe der 1980er und 1990er Jahre

Am Beispiel Berlins lässt sich sehr gut erkennen, wie Wohnkonflikte, Hausbesetzungen und politische Gelegenheitsfenster zusammenhängen. Nachdem es schon Anfang der 1970er Jahre in Frankfurt eine starke linksradikale Hausbesetzer:innenszene gegeben hatte, wuchs diese 1980/81 auch in Berlin an. Das geschah hier unter anderem deshalb regelrecht explosionsartig, weil es nach dem Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe (SPD) infolge der „Garski-Affäre“¹⁴¹ zu einem mehrmonatigen Macht- und Handlungsverlust des Berliner Se-

138 Uwe Wesel beschrieb es so: „Also auf der einen Seite die DKP, auf der anderen die K-Gruppen, dazwischen viele tausend Spontis [...]“; Wesel, Uwe: Die verspielte Revolution. 1968 und die Folgen, München 2002, S. 162.

139 Vgl. Koenen: Das rote Jahrzehnt, S. 340.

140 Vgl. Kraushaar, Wolfgang: Die blinden Flecken der 68er-Bewegung, Stuttgart 2018, S. 44.

141 Angesichts der zahlreichen Immobilienbesitznahmen durch Berliner Hausbesetzer:innen 1981 nicht gänzlich frei von Ironie ist, dass es sich bei der Causa Garski um eine Immobilienaffäre handelte: Garski hatte seinerzeit vom Berliner Senat Bankbürgschaften in Höhe von über 100 Millionen Mark erhalten, um kräftig in dubiose Immobilienprojekte im Nahen Osten investieren zu können. Schließlich war das Geld weg und Berlin in einer folgenreichen Regierungskrise.

nats kam.¹⁴² Während der vor diesem Hintergrund sich entfaltenden städtischen Revolte um individuelle Frei- und Aktionsräume wurde eine beträchtliche subkulturell-widerständige und partiell autonom-militante Energie freigesetzt. Politisch waren Wohnraumsuche und Instandbesetzen insofern, als sie das Ziel hatten, Spekulant:innen zu vertreiben, wenn nötig mittels militanter Akte.

Nach den Häuserkämpfen in Berlin-Kreuzberg 1980/81 und in der Hamburger Hafenstraße 1987 folgte im Sommer 1990, im schon nicht mehr geteilten und noch nicht vereinten Deutschland, ein weiterer Häuserkampfhöhepunkt: Wie schon 1980/81 in West-Berlin war das Machtvakuum, das zögerliche Agieren, bisweilen sogar das gänzliche Fehlen der staatlichen Durchgriffsmacht, ein entscheidender Ermöglichungsfaktor. Diesmal jedoch lag die Szene des Häuserkampfes in Ost-Berlin, in Prenzlauer Berg und Friedrichshain. Waren die Ostlinken voller Aufbruchenergie, schienen sich die Westberliner Linken – vor allem deren radikalste Fraktion, die Autonomen, zumeist federführend im linksradikalen Häuserkampf – in einem Stadium der Passivität, inneren Zerrissenheit und Selbstdemontage zu befinden. Es sei Ende der 1980er Jahre, so der ein wenig nostalgisch anmutende Rückblick einiger autonomer Kämpen der ersten Stunde, „nicht die ‚Bewegung‘ wie Anfang der Achtziger [gewesen], mit Aufruhr, Revolte, Befreiung und chaotischen Beziehungen und vor allem mit dem Bewegungsgefühl, das viele Menschen gemeinsam nach vorne trieb, zu Besetzerräten, Treffen, Versammlungen“¹⁴³.

Doch die neuen, sich in einem regelrechten Sommer der Anarchie 1990 ergebenden Möglichkeiten, Wohn-, Aktions- und Freiräume in Ostberlin anzueignen, sorgten für einen enormen Mobilisierungsschub nicht nur unter den autonomen Häuserkämpfer:innen. Insbesondere in der Mainzer Straße¹⁴⁴ in Berlin-Friedrichshain, wo zahlreiche Häuser besetzt wurden, konnte man ganz unterschiedliche Entwicklungen und Konfliktlagen beobachten: innerlinke Auseinandersetzungen nicht nur zwischen diversen linken und linksradikalen Gruppierungen, sondern auch zwischen Ost- und Westlinken. Insbesondere das Thema Militanz war – wie stets – zentraler Streitpunkt; aber auch, ob man nun mit der kommunalen Wohnungsverwaltung verhandeln sollte, um Wohnraum legal zu mieten, oder sich dezidiert der Nichtverhandlerfraktion anschloss, die jedwede Kompromisse ablehnte. Dies war eine bewegungsinterne Konflikt- und Trennlinie, wie man sie seit Beginn der

142 Vgl. Holm, Andrej und Kuhn, Armin: Häuserkampf und Stadterneuerung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3/2010, S. 107-115, hier S. 113.

143 Vgl. Lecorte, Thomas: Wir tanzen bis zum Ende. Die Geschichte eines Autonomen, Hamburg 1992, S. 65.

144 Vgl. Pflücke, Tom: Mainzer Straße 1990 – autonomer Aktionsraum im Kontext von Ost-Berliner HausbesetzerInnenbewegung und linken (Selbst-)Verständigungsdifferenzen, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomem. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 177-202.

Häuserkämpfe in den 1970er Jahren beobachten konnte: Verhandler- vs. Nichtverhandlerfraktion, gemäßigte vs. militante Hausbesetzer:innen.

Zum Besetzungsfanal in der Mainzer Straße kam es zwischen dem 12. und 14. November 1990, als sich während der Räumung von 13 besetzten Häusern ca. 400 bis 500 Personen aus der Hausbesetzer:innenszene, darunter eine Vielzahl autonomer Aktivist:innen, sowie etwa 3.000 bis 4.000 Polizist:innen in einer enormen Gewalteskalation eine regelrechte Straßen- und Häuserschlacht lieferten¹⁴⁵ – eine Konfrontationsgewalt, wie sie die Bundesrepublik nicht während der Hamburger Auseinandersetzungen um besetzte Häuser in der Hafensstraße im November 1987 gesehen und allenfalls während der Frankfurter Häuserkämpfe in der ersten Spontihochzeit 1973/74 erlebt hatte¹⁴⁶.

Aktuelle Beobachtungen

In der unmittelbaren Gegenwart gerät der Leipziger Stadtteil Connewitz immer wieder in die überregionalen Schlagzeilen.¹⁴⁷ Medial vielfach zitiert werden Bilder eskalierender Auseinandersetzungen zwischen linksradikalen Bewegungsakteur:innen und nicht selten überforderter staatlicher Ordnungsmacht unter anderem im Kontext des linken Aktionsfeldes Häuserkampf. Die dominanten Konflikte zwischen linker Aktivist:innenszene beziehungsweise linken Hausbesetzer:innen und den reichlich Mietrendite witternden Immobilienfirmen sind auch in diesem Stadtviertel die zunehmend mit härteren Bandagen ausgetragenen Folgen sozialer Verdrängung und Marginalisierung, mithin aller dem Phänomen der Gentrifizierung folgenden sozialen und ökonomischen Negativeffekte. In Connewitz steigen die Mieten so stark wie in keinem anderen Stadtviertel der seit Jahren boomenden Messestadt.¹⁴⁸ Das linke und alternative Viertel, in dem Konflikte um Freiräume zum Quartiersalltag gehören, ist nach Frankfurter Westend, Hamburger Hafensstraße und Berlin-Kreuzberg ein aktueller Hotspot des linken und linksradikalen Kampfes um bezahlbaren Wohn- und gesellschaftlich notwendigen Freiraum.

145 Vgl. ebd.

146 Vgl. etwa Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft, S. 506-516; Koenen: Das rote Jahrzehnt, S. 340 ff.

147 Vgl. Lühmann Michael: Linksradikaler Protest in Leipzig-Connewitz, Podcast der Bundesfachstelle Linke Militanz, Okt. 2020, URL: <https://www.linke-militanz.de/podcast/linksradikaler-protest-in-leipzig-connewitz/> [eingesehen am 08.12.2024]; Lühmann, Michael und Kern, André: Der Leipziger Stadtteil Connewitz als mythisch aufgeladener Raum kollektiver antifaschistischer Identität, URL: <https://www.linke-militanz.de/handbuch/der-leipziger-stadtteil-connewitz-als-mythisch-aufgeladener-raum-kollektiver-antifaschistischer-identitaet/> [eingesehen am 08.12.2024].

148 Vgl. ebd.

Connewitz ist wie die Rigaer oder die Liebigstraße in Berlin längst nicht nur Chiffre für höchst kritikwürdige linke Gewalt, vielmehr Symptom einer urbanen Negativentwicklung, deren gesamtgesellschaftliche Ursachen wiederum zu sehen sind in zunehmender sozialer Ungleichheit, einer Atomisierung und Singularisierung¹⁴⁹ der Gesellschaft sowie der Überforderung und oft auch Unfähigkeit eines dem Anspruch nach nicht bloß ökonomisch, sondern vor allem sozial verantwortlich agierenden (Stadt-)Staates.

Wie hängen nun mit Blick auf den umkämpften Leipziger Stadtteil Connewitz die Rigaer Straße in Berlin – um nur die prominentesten, weil medial präsentesten Häuserkampfbeispiele zu nennen – Konflikte ums Wohnen und linksradikaler Protest zusammen? Die Wohnungsfrage als soziale Frage gehört zu den vordringlichen Herausforderungen der gegenwärtigen, vor allem urbanen Gesellschaft. Steigende Mieten, Entmietung, Privatisierung, Gentrifizierung, Verdrängung, Segregation, soziale Entmischung usw. sind die zentralen Stichworte der jüngeren Wohndebatten und -proteste. Die vergangenen vier Dekaden waren geprägt von einer beispiellosen Deregulierung und Neoliberalisierung des Wohnungsmarktes, das heißt von einer nachdrücklichen Entkopplung von Marktwert und Gebrauchswert der Ware Wohnung.¹⁵⁰ Zuletzt gab es – wie gesehen: Mietpreisbremse und Mietendeckel – vermehrt bundes- oder landesweite Versuche und Maßnahmen, die Wohnungsmärkte stärker zu regulieren und sich des immer schneller drehenden Spekulationskarussells auf dem Immobilienmarkt zu erwehren. Der Grund dafür ist vor allem ein steigender öffentlicher Druck etwa durch die wachsende Mieter:innenbewegung auf gesamt- und lokalstaatlich verantwortliche politische Administrationen. Die zentrale Frage der gegenwärtigen wohnpolitischen Debatten ist die nach bezahlbarem Wohnraum.

Die Beobachtungen zeigen, dass die sozial und ökonomisch Schwächeren verdrängt werden aus ihren angestammten Vierteln und Kiezen, die nun Wohn- und Lebensraum der jungen urbanen, überwiegend in der Wissensökonomie sowie im Kunst- und Kulturbetrieb tätigen Elite werden. Stellenweise ist die Homogenität hinsichtlich Alters- und Sozialstruktur sowie Habitus in manchen Vierteln so augenscheinlich, dass man kaum mehr alte Menschen, kaum mehr die andere, deprivierte Seite der Gesellschaft wahrnimmt. Geringverdienende müssen derzeit im Schnitt rund vierzig Prozent ihres Gehalts fürs Wohnen ausgeben.¹⁵¹ Sie arbeiten

149 Vgl. Reckwitz: Gesellschaft der Singularitäten.

150 Vgl. etwa Vollmer, Lisa: Wohnen und soziale Bewegungen, in: Eckhardt, Frank und Meier, Sabine (Hrsg.): Handbuch Wohnsoziologie, Wiesbaden 2021, S. 175-192.

151 Vgl. Kholodilin, Konstantin A. und Baake, Pio: Mietbelastung in Deutschland: In den letzten Jahren nicht gestiegen, aber ungleich verteilt, in: DIW Wochenbericht, Nr. 41/2024, URL: https://www.diw.de/de/diw_01.c.916094.de/publikationen/wochenberichte/2024_41_1/mietbelastung_in_deutschland_in_den_letzten_jahren_nicht_gestiegen_aber_ungleich_verteilt.html#section2 [eingesehen am 08.12.2024].

also beinahe die Hälfte des Monats nur, um einen privaten Wohn- und Rückzugsort zu haben.

Heute sind viele der alten umkämpften Viertel vom Geist der Revolte befreit. Der letzte Höhepunkt des Berliner Häuserkampfes war 2020 zu beobachten, als sich Widerstand formierte etwa gegen die Räumungen des Neuköllner Kneipenkollektivs „Syndikat“¹⁵² und der Kreuzberger Kollektivkneipe „Meuterei“¹⁵³. Letztlich erfolglos. Die größten Mobilisierungen fanden um die (teil-)besetzten Häuser Liebig 34 und Rigaer 94 in Berlin-Friedrichshain statt. Beides widerständige linke Orte mit großer symbolischer Prägnanz, nicht zuletzt weil ein Teil der Bewohner:innen dem autonomen Spektrum angehört, das durch seine Aktionsdominanz für eine enorme Öffentlichkeits- und Medienpräsenz sorgt. Beide Häuser schafften schon aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zueinander den Eindruck einer linken und linksradikalen Bastion, eines bunten Szenefluchtpunkts im ansonsten weitestgehend gentrifizierten Friedrichshainer Nordkiez, dessen großer Teil sich wohl auch als links- und linksliberal versteht.

Ging es während der Hausbesetzungshochzeit Anfang der 1980er Jahre in Kreuzberg und Schöneberg vor allem darum, alten Wohnraum durch Instandbesetzungen vor dem nahenden Abriss – der oft praktizierten Kahlschlagsanierung – zu retten, so sind die zahlenmäßig überschaubaren Hausbesetzungen dieser Tage weniger diesem Ziel geschuldet als vielmehr jenem der sub- und szenekulturellen Behauptung in zunehmend gentrifizierten Großstadtvierteln. Oft stehen, wie in der Rigaer oder der Liebigstraße, Häuser im medialen Fokus, die schon vor Jahrzehnten besetzt wurden und inzwischen als Symbolorte der radikalen Linken auch mit militantem Agieren verteidigt werden. Das heißt auch, analytisch strikt zu trennen zwischen Stadtteil- und Mieter:inneninitiativen, die sich mit allen Mitteln des demokratischen Widerstandes gegen die investorengetriebene Verdrängung und Zerstörung langfristig gewachsener Nachbarschaftsstrukturen wehren, und jenen militanten Autonomen.

Dabei gibt es seit jeher einen starken Diskurs innerhalb der radikalen Linken über die Frage der Gewalt¹⁵⁴, sodass die nicht selten medial suggerierte Annahme eines geschlossenen linksradikalen, Militanz-affinen Blocks mitnichten der Realität entspricht. Allerdings: Im zeitgeschichtlichen Vergleich zur linksradikalen Bewegungsenergie der beiden großen Hausbesetzer:innenwellen der Jahre 1981 und

152 Vgl. Harchach, Madlen: „Syndikat-Räumung in Neukölln“, in: Tagesspiegel, 07.08.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/erst-aggressive-stimmung--dann-hochbetrieb-bei-den-spatis-6068350.html> [eingesehen am 08.12.2024].

153 Vgl. Peter, Erik: Räumung ohne Meuterei, in: taz, 25.03.2021, URL: <https://taz.de/Linke-Kneipe-in-Kreuzberg/!5761358/> [eingesehen am 08.12.2024].

154 Vgl. Imbusch, Peter: Die radikale Linke zwischen Protest und Militanz, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 57–84, hier S. 69 f.

1990 sind die Geschehnisse in der Rigaer und Liebigstraße des Jahres 2020 kaum mehr als Scharmützel mit der Staatsgewalt.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Harbach, Madlen: „Syndikat-Räumung in Neukölln, in: Tagesspiegel, 07.08.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/erst-aggressive-stimmung--dann-hochbetrieb-bei-den-spatis-6068350.html> [eingesehen am 08.12.2024].
- Holm, Andrej und Kuhn, Armin: Häuserkampf und Stadterneuerung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3/2010, S. 107-115.
- Imbusch, Peter: Die radikale Linke zwischen Protest und Militanz, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomem. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 57-84.
- Kasper, Sebastian: Unter der Parole „Kampf gegen die Arbeit!“. Die Betriebsintervention der frühen Sponti-Bewegung, in: Arbeit. Bewegung. Geschichte. Zeitschrift für historische Studien, Jg. 15 (2016), H. 1, S. 49-62.
- Kholodilin, Konstantin A. und Baake, Pio: Mietbelastung in Deutschland: In den letzten Jahren nicht gestiegen, aber ungleich verteilt, in: DIW Wochenbericht, Nr. 41/2024, URL: https://www.diw.de/de/diw_01.c.916094.de/publikationen/wochenberichte/2024_41_1/mietbelastung_in_deutschland_in_den_letzten_jahren_nicht_gestiegen_aber_ungleich_verteilt.html#section2 [eingesehen am 08.12.2024].
- Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Frankfurt am Main 2002.
- Kraushaar, Wolfgang: Die blinden Flecken der 68er-Bewegung, Stuttgart 2018.
- Kraushaar, Wolfgang: Die Frankfurter Sponti-Szene. Eine Subkultur als politische Versuchsanordnung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 44 (2004), S. 105-121.
- Krennerich, Michael: Ein Recht auf (menschenswürdiges) Wohnen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 25-26/2018, S. 9-14.
- Lecorte, Thomas: Wir tanzen bis zum Ende. Die Geschichte eines Autonomen, Hamburg 1992.
- Lühmann Michael: Linksradikaler Protest in Leipzig-Connewitz, Podcast der Bundesfachstelle Linke Militanz, Oktober 2020, URL: <https://www.linke-militanz.de/podcast/linksradikaler-protest-in-leipzig-connewitz/> [eingesehen am 08.12.2024].
- Lühmann, Michael und Kern, André: Der Leipziger Stadtteil Connewitz als mythisch aufgeladener Raum kollektiver antifaschistischer Identität, URL: <https://www.linke-militanz.de/handbuch/der-leipziger-stadtteil-connewitz-als-mythisch-aufgeladener-raum-kollektiver-antifaschistischer-identitaet/> [eingesehen am 08.12.2024].

- Mayer, Margit: Großstadt und neue soziale Bewegungen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 3 (1990), H. 4, S. 11-19.
- Mayer, Margit: Städtische soziale Bewegungen, in: Roth, Roland und Rucht, Dieter (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main 2008.
- Micus, Matthias / Pflücke, Tom / Scharf, Philipp: Facetten des linken Radikalismus in Göttingen, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomem. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021.
- Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt am Main 1965.
- Peter, Erik: Räumung ohne Meuterei, in: taz, 25.03.2021, URL: <https://taz.de/Linke-Kneipe-in-Kreuzberg/!5761358/> [eingesehen am 08.12.2024].
- Pflücke, Tom: Mainzer Straße 1990 - autonomer Aktionsraum im Kontext von Ost-Berliner HausbesetzerInnenbewegung und linken (Selbst-)Verständigungsdifferenzen, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomem. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 177-202.
- Reckwitz, Andreas: Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2017.
- Reichardt, Sven: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.
- Roth, Roland: Leben scheuert am Beton. Streiflichter aus der Geschichte der Hausbesetzungen in der BRD, in: Brandes, Volkhard und Schön, Bernhard (Hrsg.): Wer sind die Instandbesetzer?, Bensheim 1981, S. 37-62.
- Vasudevan, Alexander: The Autonomous City. A History of Urban Squatting, London 2017.
- Vollmer, Lisa: Wohnen und soziale Bewegungen, in: Eckhardt, Frank und Meier, Sabine (Hrsg.): Handbuch Wohnsoziologie, Wiesbaden 2021.
- Wesel, Uwe: Die verspielte Revolution. 1968 und die Folgen, München 2002.

Hegemonie und Alltag

Interview mit dem Historiker Nils Franke über linke Stadtteile in Ost und West

Herr Franke, Sie haben eine Studie über linke Quartiere durchgeführt. Woran kann ich erkennen, dass ein Stadtteil „links“ ist?

Im Gros der westdeutschen Städte gibt es keine klar linken Stadtteile. Es ist wie in Rosenheim, wo ich in den 1980er Jahren aufgewachsen bin. Als politisch links interessierter Mensch finden Sie da zwei, drei Kneipen, wo Sie hingehen und Gleichgesinnte treffen können, und vielleicht etwas linke Infrastruktur. Linke Stadtteile sind aber mehr als das: Sie sind Räume, wo linke politische Akteure einen hegemonialen Anspruch formulieren und auch verwirklichen. Erkennbar ist dies an öffentlich sichtbaren Identifikationsangeboten, Plakaten, Graffitis - und sicherlich auch an Schmutz, der als Waffe gegen die Gentrifizierung genutzt wird. Hinzu kommt die Präsenz von aktiven linken Personen und Gruppen, die sich in Kneipen und anderen Treffpunkten politisch austauschen. Hierdurch werden linke Stadtteile für links eingestellte Personen interessant, die dorthin ziehen wollen oder zumindest kulturelle Angebote wahrnehmen.

Warum haben Sie diese linken Stadtteile genauer untersucht?

Die zentrale Frage war, warum sich in manchen Städten bestimmte Viertel überhaupt zu linken Stadtteilen entwickelt haben. Dies ist neben Berlin vor allem in Dresden, Leipzig, Bremen und Hamburg der Fall. Zu diesem Thema gab es bisher keine vergleichenden, allenfalls lokal orientierte oder autobiografische Studien, aber keine historischen Erklärungen. In dieser Frage waren wir bislang total blank.

Auf welchem Wege haben Sie eine Antwort auf die Frage gefunden?

Wir haben vier linke Quartiere analysiert: Leipzig-Connewitz, Dresden-Neustadt, die Hamburger Schanze und das Bremer Viertel. Für jeden dieser Fälle haben wir historische Quellen ausgewertet und unsere Ergebnisse mit Expert:innen reflektiert, die diese Viertel gut kennen. Empirisch haben wir in allen Fällen eine sehr ähnliche Geschichte und vergleichbare Bedingungen gefunden, die die Entstehung linker Stadtteile erklären.

Und welche sind das?

Damit sich linke Kräfte zusammenfinden konnten, um einen gemeinsamen Raum zu gestalten, war eine bestimmte Bausubstanz zentral: nämlich unsanierte Altbauten, zumeist aus dem 19. Jahrhundert, die abgerissen werden sollten. Aufgrund dessen waren die Viertel verwahrlost, die Mieten besonders niedrig, was Personen mit Pioniergeist und Gestaltungswillen anzog. Denn in unsanierten Altbauten konnten Räumlichkeiten relativ einfach und ohne große Widerstände der Eigentümer:innen umgebaut und nach alternativen Vorstellungen des Zusammenlebens gestaltet werden.

Die bauliche Substanz bot also Chancen – wer aber nahm diese konkret wahr?

Sie brauchen natürlich eine Klientel, die das auch möchte. Diese war in Westdeutschland infolge der 1968er-Bewegung vielerorts vorhanden. Aber auch in der DDR gab es Leute, die in Opposition zum System standen oder sich schlicht nicht mehr gängeln lassen wollten. Wichtig war gerade in der DDR auch die Möglichkeit, in solchen Vierteln vom Radar der Behörden verschwinden zu können, etwa für Wehrdienstverweigerer oder Personen, die anderweitig gegen das DDR-Recht verstoßen hatten. Zum Teil hat die Staatssicherheit die Leute sogar direkt in diesen Vierteln abgeladen, nachdem sie aus dem Knast freigelassen worden waren. Insgesamt ist auf diese Weise eine sozial heterogene Gruppe entstanden, in der etwa auch Handwerker:innen und Architekt:innen wichtig waren, die hier die Möglichkeit sahen, Bausubstanz zu gestalten. Individualist:innen spielten hierbei eine große Rolle.

Und wie haben sich diese Gruppen dann politisch zusammengetan?

Gemeinsame Treffpunkte waren und sind in linken Vierteln bedeutsam. In der DDR waren hierbei etwa auch die Kirchen wichtig, unter deren Dach sich Menschen relativ unbeobachtet treffen und austauschen konnten. Noch wichtiger waren und sind allerdings Kunst- und Kulturzentren, die in allen linken Stadtteilen eine zentrale Rolle spielen. Da brauchen sie mindestens eines wie in Bremen das Lagerhaus oder in Leipzig das Conne Island. An solchen Orten kommen Leute zusammen, planen und identifizieren sich miteinander. Natürlich wird dort auch Geld verdient. Ebenso wichtig ist das Umfeld innerhalb der Stadt. Mit Ausnahme von Dresden - als konservative Stadt - haben gerade die SPD-Regierungen ihre anfängliche Skepsis gegenüber den linken Stadtvierteln recht schnell aufgegeben und sich für Kooperationen mit Akteuren aus der linken Szene geöffnet.

Wie haben sich die linken Quartiere nach ihrer Gründung weiterentwickelt?

Eine gute Frage. Zum einen ist eine gewisse Melancholie im Zuge des Generationswechsels festzustellen. Unsere älteren Gesprächspartner:innen haben meist betont, dass früher alles besser und linker war. Ob das tatsächlich zutrifft, darf angesichts der enormen Politisierung und Mobilisierung, die wir etwa auf Connewitz oder in der Schanze in den letzten Jahren gesehen haben, allerdings bezweifelt werden. Zum anderen hat die Gentrifizierung vieles geändert. Die Bausubstanz hat sich gerade im Osten stark verbessert. Wo früher noch viele Baulücken klafften, wie etwa in Leipzig, stehen heute vielfach moderne Bauten mit hohem Mietniveau. Hier wohnen dann Familien, die vielleicht alternativ ausgerichtet sind, sich aber nicht unbedingt politisch beteiligen.

So verändert sich die soziale Zusammensetzung und damit der Charakter der Viertel. Anders ist heute auch die Rolle des Tourismus: Linke Viertel sind inzwischen sehr populär, werden in ganz normalen Stadtführern als Sehenswürdigkeit angepriesen. Und schließlich gibt es eine ökonomische Durchdringung durch kleine innovative Geschäfte, also Unternehmer:innen, die mit dem dort entwickelten Lebensstil Geld verdienen.

Wenn Sie linke Stadtteile in Ost und West vergleichen, gibt es da relevante Unterschiede?

Auf jeden Fall. Dies betrifft zum Beispiel die Rolle des Rechtsextremismus, der vor allem in den linken ostdeutschen Quartieren, aber auch in Hamburg, nicht jedoch in Bremen für die Identitätsbildung extrem wichtig ist. Der gemeinsame und prak-

tische Kampf gegen rechts hat die Leute dort zusammengeschweißt, was etwa in Bremen keine so große Rolle spielt. Ein anderer Unterschied ist der Umgang mit Drogen: Im Westen finden Sie ab den 1990er Jahren einen eher offenen und liberalen Umgang mit Drogen, ja zum Teil eine Wertschätzung gegenüber Drogenkonsum. Das gibt es in Ostdeutschland so nicht.

Gibt es noch weitere Abweichungen?

Ein weiterer Ost-West-Unterschied zwischen linken Vierteln zeigt sich in der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Die gehören in westdeutschen Städten wie Hamburg oder Bremen seit jeher dazu, was dort auch mit dem Selbstverständnis als weltoffene Handelsstädte zu tun hat. Das zeigt sich wiederum auch in den linken Vierteln. In ostdeutschen Städten ist es anders: In Leipzig etwa leben anteilig viel weniger Menschen mit Migrationshintergrund. Diese verteilen sich auch kaum über die Stadt, sondern konzentrieren sich - weit weg vom linken Connewitz - in einem anderen Viertel. Zugleich gab und gibt es in der linken Szene stärkere politische Auseinandersetzungen über Migrationsthemen, etwa um die Frage, ob Frauen mit Kopftüchern emanzipiert sein können.

Wo und wie finden solche politischen Auseinandersetzungen statt?

Eine zentrale Funktion haben die erwähnten Kulturzentren, die Raum und Angebot bieten, politisch aktiv zu werden. Dort mobilisieren sich die Leute, sie diskutieren und sie beschließen Aktionen. Das prägt wiederum den umgebenden Stadtteil, wie Sie in Connewitz sehen können. An der Karl-Liebknecht-Straße findet im Moment gefühlt jeden dritten Tag eine Demo statt, zu der vorher aufgerufen und mobilisiert wurde. Und das zeichnet letztendlich ja linke Viertel aus - diese politische Bewusstseinsbildung, diese Aktivitäten haben sie in einem normalen Wohnviertel nicht.

Welche politischen Strukturen gibt es in linken Vierteln noch?

Insgesamt gibt es parteigebundene Strukturen, die in linken Vierteln durchaus eine große Rolle spielen. Und dann gibt es parteiungebundene Strukturen, die in erster Linie autonom sind. Sie sind oft gewollt unübersichtlich, weil man es sowohl Gentrifizierer:innen, Rechtsextremist:innen als auch der Polizei und den Nachrichtendiensten möglichst schwer machen will. Hierbei spielen natürlich auch Gewalttäter:innen eine Rolle, die entsprechende Gruppen bilden.

Welche Rolle spielt Gewalt in linken Vierteln?

Es ist immer nur eine Minderheit, die Gewalt ausübt, die Toleranz von linker Militanz ist in linken Vierteln aber natürlich viel höher als anderswo. Dies ist etwa an der öffentlichen Identifikation mit Gewalt zu erkennen. Wenn Sie etwa in Leipzig Connewitz die ganzen Graffitis und auch Spendenbüchsen für Lina E. sehen, dann wird klar, wie hoch die Identifikation und auch die Spendenbereitschaft im Viertel sind. So entfalten Gewalt und ein gewalttätiges Vorgehen identitätsstiftende Wirkung im öffentlichen Raum.

Wie laufen Radikalisierungsprozesse in linken Vierteln genau ab?

Es wird angenommen, dass es keine Möglichkeit gibt, das System legal zu bekämpfen, und deshalb muss man in die Illegalität, zu der oft auch der offene, also gewalttätige Kampf gehört. Innere Radikalisierungsprozesse, die aus unterschiedlichsten Gründen stattfinden, können bei einzelnen Protagonist:innen durch ein entsprechendes Umfeld gefördert werden. Man nimmt an konfrontativen Demonstrationen teil, gerät in Auseinandersetzungen mit der Polizei und steht dann am Scheideweg: Einige wählen ein gewalttätiges Vorgehen, andere ziehen sich zurück, nachdem sie von einem Wasserwerfer erwischt worden sind. Es ist wie gesagt nur eine Minderheit, die Gewalt ausübt; diese verschwindet aber nicht. Auch wenn viele nach und nach die Lust verlieren, rücken immer wieder neue Leute nach, wobei die Universitäten eine wichtige Rolle spielen.

Noch einmal zurück zum Thema der Gentrifizierung: Warum führt diese in linken Vierteln zu Konflikten?

Das ist ganz einfach: Sie möchten die linke kulturelle Hegemonie in dem Viertel bewahren, was von entsprechenden Kräften auch aktiv verfolgt wird. Und dann stellen sie fest, dass Menschen in dem Viertel hinzuziehen, die einen anderen Lebensstil wertschätzen und eben nicht das gleiche politische Bewusstsein haben. Schauen Sie in die Südvorstadt in Leipzig, wo sich eine große Wirtschaftsberatung niedergelassen hat: Dort arbeiten jetzt sehr viele Leute, eine völlig andere Klientel, die flexibel und schnell einsetzbar sein muss und daher in der direkten Umgebung wohnt. So wird die Südvorstadt Richtung Connewitz gentrifiziert, was der kulturellen linken Hegemonie natürlich ein Dorn im Auge ist.

Und wie wehren sich linke Viertel gegen Gentrifizierung?

Wie sie sich wehren? Ja, entweder durch Schmutz, Lärm, Graffitis, entsprechende politische Aktionen und teilweise auch durch Gewalt und nicht akzeptable Aktionen, etwa wenn abends ein Pflasterstein durch das Fenster eines Neubaugebäudes geworfen wird. Meist wird es den Zugezogenen aber nur ein bisschen ungemütlicher gemacht durch das eigene Outfit, den Auftritt und das Verhalten. Ein Zeitzeuge drückte es uns gegenüber so aus: Eine normale Familie will eben nicht neben Nachbarn wohnen, die so stark tätowiert sind, als kämen sie gerade aus dem Knast. Hinzu kommt der körperliche Auftritt. Auch im linksextremistischen Spektrum nimmt die Bedeutung des Kampfsports immer mehr zu, was natürlich die körperliche Wirkung von Leuten verändert.

Wie können Konflikte um Gentrifizierung über die Jahre politisch gelöst werden?

Die Stadt braucht entsprechende Ansprechpartner:innen in diesen Vierteln, wie in Leipzig etwa das WERK 2. Ähnlich ist es mit dem Lagerhaus in Bremen oder der Flora in Hamburg. Solche Initiativen müssen nicht alle repräsentieren, bieten aber die Möglichkeit, in das Viertel hineinzuwirken, auch um städtische Interessen wie Sicherheit und Ruhe durchsetzen zu können. Weil ihnen auch die autonomen Gruppen vertrauen, kann so ein Ausgleich mit den Interessen der Stadt stattfinden. In Leipzig, aber auch in Bremen und in Dresden hat die Stadt nach einer gewissen Zeit angefangen, solche Initiativen zu einem gewissen Grad zu fördern und zu finanzieren - auch damit ein Dialog mit dem Viertel möglich wird und dort einigermaßen Ruhe herrscht. Zugleich sehen die Stadtverwaltungen in den alternativen Lebenskulturen der linken Viertel natürlich längst ökonomische, kulturelle und politische Vorteile.

Zum Abschluss: Wie werden sich linke Viertel in Zukunft entwickeln?

Die Viertel selbst werden sich meiner Meinung nach in nächster Zeit nicht sehr verändern. Die steigenden Mieten tragen dazu bei, dass Leute insgesamt weniger umziehen und stattdessen in ihren Mietverträgen zu bleiben versuchen. Solange dies so ist, verlangsamt der angespannte Wohnungsmarkt eine weitere Gentrifizierung. Zumindest im Osten werden linke Viertel auch durch die politische Polarisierung stabilisiert: Weil sich im ländlichen Raum, wie etwa in Sachsen, ein rechter bis rechtsextremer Lebensstil durchsetzt, ziehen sich Akteure mit linken und links-

autonomen Orientierungen in die Städte zurück. Sie landen dann zum Teil in linken Vierteln, wo sie Gleichgesinnte finden.

Veränderungen wird es aber wohl bei den politischen Themen und Konflikten geben. Der ökologische Diskurs wird stärker werden. Obwohl das Thema natürlich schon lange virulent ist, wird es an Wucht gewinnen. Insgesamt werden die politischen Themen einfach globaler. Jetzt zum Beispiel sehen wir eine intensive Auseinandersetzung um den Gaza-Krieg. Zugleich stehen zumindest in den linken Vierteln im Osten schwierige Diskussionen über die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund an, deren Zahl zunehmen wird.

Das Interview führten Dario Wehner und Alexander Hensel.

Zur Studie:



PD. Dr. Nils M. Franke ist Historiker und leitet seit 2005 das Wissenschaftliche Büro Leipzig. Im Jahr 2023 veröffentlichte er für das Leipziger B3-Institut die Studie „Die Genese politisch linker Stadtquartiere im Vergleich“; darin werden die linken Stadtquartiere Leipzig-Connewitz, Dresden-Neustadt, Hamburger Schanze und das Bremer Viertel historisch-vergleichend untersucht.

Linke Militanz und die Klimaschutzbewegung

01

Inhalt

Einblick	124
Ziviler Ungehorsam oder revolutionärer Bruch? Interview mit dem Extremismusforscher Armin Pfahl-Traugher über das Verhältnis von Radikaler Linker und Klimabewegung	128
Zwischen Konformität und Radikalität: Die Letzte Generation <i>Stine Marg</i>	135
Die radikale Linke und die Klimaschutzbewegung <i>Stine Marg</i>	140
Ende Gelände - Grenzgänger der Klimabewegung <i>Philipp Liermann</i>	155

Umweltschutz und Klimapolitik waren schon immer ein Thema, das auch von der politischen Linken bearbeitet wurde. Besonders die Bauplatzbesetzungen des nie vollendeten Kernkraftwerks Wyhl am Kaiserstuhl im Jahr 1975 und die Proteste gegen den Bau des Kernkraftwerks Grohnde in Niedersachsen zwei Jahre später gelten als formative Ereignisse für die gewaltbereite Linke im Bereich grüner Politik¹. In den darauffolgenden Jahrzehnten war Umweltschutz für die radikalen Gruppen hingegen weniger ein dezidiertes Anliegen, sie konzentrierten sich eher auf andere Politikfelder. Mittlerweile investieren radikal linke Zusammenschlüsse jedoch wieder zunehmend mehr Ressourcen in diesen politischen Bereich, diesmal in den Widerstand gegen die „Klimakrise“.

Häufig werden in diesem Zusammenhang Ende Gelände und die Besetzer des Hambacher Forsts als Akteure genannt. Ende Gelände ist ein Bündnis, das seit 2015 mit militanten Aktionen, Besetzungen und Blockaden in der brandenburgischen Lausitz und im Rheinischen Braunkohlerevier auf die klimaschädliche Kohleförderung aufmerksam macht. Ihm gelang unter anderem, im Oktober 2022 mehrere tausend Menschen weit über das linksradikale Spektrum hinaus zu einer Massendemonstration gegen die Räumung des Dorfes Lützerath im Tagebau Garzweiler zu mobilisieren. Das Bündnis „Hambi bleibt“, das seit 2012 unter anderem mit Baumhausbesetzungen die Rodung des Hambacher Forsts verhindern will, um so die Ausbreitung des Kohletagebaus Hambach zu stoppen, erlangte durch den im Jahr 2018 ergangenen Räumungsbeschluss und den anschließenden Widerstand bundesweite Aufmerksamkeit. Kurzum: Die Bearbeitung der Klimafrage gilt vielen Gruppen der radikalen Linken seit nunmehr zehn Jahren als Themen- und Aktionsfeld, auf dem erhebliche Mobilisierungserfolge erzielt wurden.

Extremismusforscher und Verfassungsschutzbehörden gehen davon aus, dass sich die radikale Linke durch den Mobilisierungs- und Agenda-Setting-Erfolg der jugendlich geprägten Klimabewegung Fridays for Future verstärkt mit der Klimafrage auseinandersetzt, um dadurch ihre radikale Kritik und gewaltbereite Praxis in der Öffentlichkeit stärker zu verankern.² Befürchtet wird, dass hierbei „Entgrenzungs-“ und „Verschmelzungspotenzial“ zwischen linksradikalen und gewaltbereiten Gruppen auf der einen Seite und dem mittig linken beziehungsweise alternativen linksliberalen Milieu auf der anderen Seite entsteht.³ Als besonders wichtig erach-

1 Pettenkofer, Andreas: Die Entstehung der grünen Politik, Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung, Frankfurt am Main 2014.

2 Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremistische Einflussnahme auf die Klima-Bewegung. Ein Fallbeispiel für die Instrumentalisierung einer Protestbewegung. in: Bundeszentrale für politische Bildung, 18.08.2021, URL: <https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/338269/linksextremistische-einflussnahme-auf-die-klima-bewegung/> [eingesehen am 04.09.2024].

3 Hansen, Hendrik und Arnung, Thomas: Entgrenzung des Extremismus in der Klimaschutzbewegung. Eine Fallstudie am Beispiel von ‚Extinction Rebellion‘, in: Han-

tet wird in diesem Zusammenhang die Interventionistische Linke (IL), die seit 2014 verstärkt lokale Verankerungen anstrebt und unter anderem die Zusammenarbeit mit örtlich fokussierten Umwelt- und Klimaschutzinitiativen intensiviert.⁴ Insgesamt zielt die Strategie der IL darauf ab, durch die Bearbeitung „gesellschaftlicher Problemzonen“ auf die von ihr postulierten inhärenten Widersprüche des kapitalistischen Systems aufmerksam zu machen und einen „revolutionären Bruch“ herbeizuführen. Konsequenter Umwelt- und Klimaschutz wird aus ihrer Sicht erst dann realisierbar, wenn der Kapitalismus überwunden ist – eine Forderung, die sie mit dem Slogan „System Change not Climate Change“ zum Ausdruck bringt.

Klimaschutz ist im Themenfeld des linken Radikalismus nicht nur aufgrund der verstärkten Mobilisierung und Themenaneignung durch gewaltbereite Aktivisten von Bedeutung. Die in der Öffentlichkeit viel diskutierte „Klimakrise“ ist auch thematisch offen für radikale Perspektiven und Praktiken. Dies liegt einerseits an der existenziellen Bedrohungslage, die durch den menschengemachten Klimawandel erzeugt wird, und andererseits an den – auch von der moderaten Klimabewegung als unzureichend bewerteten – halbherzigen und oft erfolglosen politischen Maßnahmen gegen die Erderwärmung. Denn – so das Narrativ – wenn die Politik nichts unternimmt, um den menschengemachten Klimawandel und somit die Zerstörung der Erde aufzuhalten, sind nicht nur radikale Ideen gefragt, sondern obendrein alle Mittel erlaubt, um die Rettung des Planeten in die eigene Hand zu nehmen. Die mittlerweile als existenzielle Bedrohung gerahmte Klimakrise kann insofern als Inkubator für Radikalisierungen auf ideologischer und handlungspraktischer Ebene dienen.

In diesem Zusammenhang wurde vielfach über das Gewaltpotenzial der radikalen Klimabewegung diskutiert sowie die Legalität und Legitimität des Protestrepertoires der Klimabewegung infrage gestellt. Dabei wurde häufig auf die Aktionen der Letzten Generation hingewiesen, die seit Anfang 2022 vor allem durch Straßenblockaden auf sich aufmerksam gemacht hat. Darüber hinaus führten unter anderem Sabotageakte an Pipelines dazu, dass die Letzte Generation als kriminelle Vereinigung verfolgt wird. Innerhalb der radikalen Klimaschutzbewegungen wird direkte konfrontative Gewalt jedoch meist dezidiert abgelehnt. Stattdessen rückt die Praxis des zivilen Ungehorsams zunehmend in den Vordergrund.

Der Widerstand ist zivil, weil er weitgehend gewaltfrei ist, bricht jedoch absichtlich geltendes Recht und wird als disruptive Aktion wahrgenommen, die gleich-

sen, Hendrik und Pfahl-Traugber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/2020 (I), Brühl 2021, S. 389-417, hier: S. 392.

4 Currie, Philipp: Interventionistische Linke. Motor der Protest-Radikalisierung?, in: Backes, Uwe et al. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 32, Baden-Baden 2020, S. 157-166.

zeitig prinzipiengeleiteten Rechtfertigungen unterliegt.⁵ Ziviler Ungehorsam und insbesondere die Frage der Gewaltfreiheit werden zwar in verschiedenen Zusammenhängen unterschiedlich verstanden und praktiziert; die Rechtfertigung in der Klimabewegung bezieht sich allerdings vor allem auf die Fragen der Gerechtigkeit (zwischen den Generationen und Nationen) sowie der Notwehr, da der Regierung Handlungsunfähigkeit unterstellt wird. Diese Argumentationslinien müssen jedoch genauso geprüft werden wie die sich im Zeitverlauf stark wandelnde Beurteilung der Legitimität der Praktiken des zivilen Widerstands durch die Öffentlichkeit selbst.⁶

Neben zivilem Ungehorsam und den direkten Aktionen, die von radikalen linken Akteuren oft als deren Steigerung bezeichnet werden (da sie eher die direkte Manipulation technischer Anlagen statt der reinen Blockade darunter fassen), ist für die radikale Klimabewegung derzeit die intensive Bemühung konstitutiv, die verschiedenen Themen miteinander zu verknüpfen und zu erreichen, dass der Kampf gegen den Klimawandel intersektional gedacht wird. Die Mobilisierung für das Klima bedeutet für sie demnach immer auch Kampf gegen Kolonialisierung, für Frauenrechte und insbesondere die Einnahme einer Klassenperspektive. Der Aufmerksamkeitsfokus soll darauf gelenkt werden, dass vor allem sozial Schwache sowie die Länder des Globalen Südens von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, wohingegen die soziale Oberschicht und der Globale Norden als die weitaus größten Produzenten von Kohlenstoffdioxid gelten. Um auf diese thematische Verbindung aufmerksam zu machen, bezeichnen radikale Klimaschützer ihr Engagement häufig als Klimagerechtigkeitsbewegung. Diese Bewegungen werden dann (vom Verfassungsschutz) als linksradikal oder linksextremistisch eingestuft, wenn sich die Klimaschutzanliegen mit der Forderung nach der Abschaffung beziehungsweise Überwindung des Kapitalismus verbinden und sich zunehmend antidemokratische Ideologien durchsetzen sowie auf gewaltförmige Praktiken zurückgegriffen wird.

Im Folgenden geben vier Beiträge einen Einblick in die radikale Klimagerechtigkeitsbewegung. In einem verschriftlichten Ausschnitt eines Podcasts, den die Bundesfachstelle mit Armin Pfahl-Traughber geführt hat, spricht der Professor an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung über die Radikalität der Letzten Generation und von Extinction Rebellion. Diese Perspektive wird durch eine kurze Zusammenfassung über eine neue Studie der Bundesfachstelle ergänzt, in

5 Celikates, Robin: System Change, Not Climate Change? Ziviler Ungehorsam im Zeichen der Klimakatastrophe – Essay, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 20.05.2022, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/oekologie-und-demokratie/508498/system-change-not-climate-change/> [eingesehen am 04.09.2024].

6 Vgl. Grimm, Jannis / Salehi, Mariam / Franzki, Hannah: Vorschläge für eine situierte Forschungsperspektive auf Gewalt(freiheit) im Kontext sozialer Mobilisierung, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 36 (2023), H. 2, S. 205-227.

der Stine Marg die Organisationsstruktur der Letzten Generation beleuchtet. In einem weiteren Artikel wird die Beziehung zwischen der Klimabewegung und der radikalen Linken entfaltet, wobei insbesondere auf die Selbstwahrnehmung der radikalen Bewegung im Vergleich zu den handlungspraktisch gemäßigten Klimabewegungen wie Fridays for Future eingegangen wird. Schließlich befasst sich Philipp Liermann am Ende des Dossiers mit der gegenwärtigen Debatte über Gewalt innerhalb der radikalen Klimagerechtigkeitsbewegung.

Insgesamt sollen die hier zusammengestellten Texte zu einem Verständnis darüber beitragen, wann ein bewegungsförmiger Zusammenhang aufgrund ideologischer Perspektiven sowie der Mobilisierungs- und Organisationsformen linksradikale Züge aufweist beziehungsweise unter welchen Umständen einzelnen Klima(gerechtigkeits)bewegungen das Etikett „linksextremistisch“ womöglich voreilig angeheftet wird.

Literaturverzeichnis

- Celikates, Robin: System Change, Not Climate Change? Ziviler Ungehorsam im Zeichen der Klimakatastrophe - Essay, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 20.05.2022, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/oeekologie-und-demokratie/508498/system-change-not-climate-change/> [eingesehen am 04.09.2024].
- Currle, Philipp: Interventionistische Linke. Motor der Protest-Radikalisierung?, in: Backes, Uwe et al. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 32, Baden-Baden 2020, S. 157-166.
- Grimm, Jannis / Salehi, Mariam / Franzki, Hannah: Vorschläge für eine situierte Forschungsperspektive auf Gewalt(freiheit) im Kontext sozialer Mobilisierung, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 36 (2023), H. 2, S. 205-227.
- Hansen, Hendrik und Arnung, Thomas: Entgrenzung des Extremismus in der Klimaschutzbewegung. Eine Fallstudie am Beispiel von ‚Extinction Rebellion‘, in: Hansen, Hendrik und Pfahl-Traughber (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/2020 (I), Brühl 2021, S. 389-417.
- Pettenkofer, Andreas: Die Entstehung der grünen Politik. Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung, Frankfurt am Main 2014.
- Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremistische Einflussnahme auf die Klima-Bewegung. Ein Fallbeispiel für die Instrumentalisierung einer Protestbewegung, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 18.08.2021, URL: <https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/338269/linksextremistische-einflussnahme-auf-die-klima-bewegung/> [eingesehen am 04.09.2024].

Ziviler Ungehorsam oder revolutionärer Bruch?

Interview mit dem Extremismusforscher Armin Pfahl-Traughber über das Verhältnis von Radikaler Linke und Klimabewegung

Das folgende Interview mit Professor Armin Pfahl-Traughber wurde kurz nach der Räumung des besetzten Weilers Lützerath im Rheinischen Braunkohlerevier im Januar 2023 geführt. Ein breites Bündnis aus Umwelt- und Naturschutzorganisationen – darunter Fridays for Future, Ende Gelände, Alle Dörfer bleiben, Lützerath lebt und die Interventionistische Linke – mobilisierte am 14. Januar zu einer Demonstration unter dem Motto „Gegen die Räumung – für Kohleausstieg & Klimagerechtigkeit“. Von den geschätzten 15.000 bis 35.000 Teilnehmenden drangen mehrere Hundert zum Tagebaugelände vor, wobei es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Protestierenden kam. Gleichzeitig erregte die Letzte Generation durch Sabotageakte und Aktionen des zivilen Ungehorsams erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit. Vor dem Hintergrund der durch Fridays for Future im Jahr 2019 ausgelösten Mobilisierungswelle gegen den Klimawandel äußerten einige politische Kommentatoren die Befürchtung, dass sich die Klimaschutzbewegung weiter radikalisieren könnte.

Herr Pfahl-Traughber, wie würden Sie die aktuelle Klimaschutzbewegung als Protestbewegung im Vergleich etwa mit der Umweltbewegung der 1970er und 1980er Jahre beschreiben?

Im historischen Vergleich sticht die Klimabewegung der Gegenwart in zwei Punkten heraus. Der erste Punkt ist die soziale Zusammensetzung. Wir haben es hier mit einer Klimabewegung zu tun, die insbesondere in Gestalt von Fridays for Future aus sehr jungen Menschen besteht. Es sind – und das gilt vor allem für die Anfangsphase der Bewegung – vor allem Abiturienten oder Gymnasialschüler aktiv, von denen kaum jemand über einen Migrationshintergrund verfügt. Diese soziale Gruppe hat frühere Protestbewegungen nicht so stark geprägt. Die zweite Besonderheit sehe ich darin, dass ihr genuines politisches Ziel – die Umsetzung einer effektiveren Klimaschutzpolitik – von nahezu allen politischen Akteuren mit Ausnahme der AfD geteilt wird. Es gibt ein Pariser Klimaabkommen, es gibt ein Klimaschutzgesetz, es gibt die Botschaft des Bundesverfassungsgerichts. Daher gibt es keinen substantiellen Gegensatz zwischen den Regierungen auf Länder- oder Bundesebene und der Klimaschutzbewegung. Die Differenz besteht darin, in welchem Umfang und mit welcher Geschwindigkeit Klimaschutz umgesetzt wird.

Vielleicht können Sie einmal die Akteure benennen; wen - außer Fridays for Future - beobachten Sie noch, und mit welchen Mitteln agieren diese Protestzusammenhänge?

Die Klimabewegung ist tatsächlich kein homogenes Phänomen, sondern setzt sich aus unterschiedlichen Akteuren zusammen. Fridays for Future ist die Gründungsbewegung der modernen Klimaschutzbewegung, die durch die Streikaktionen von Greta Thunberg angeregt wurde. Die Besonderheit dieser jungen Aktivisten besteht darin, dass sie in der Regel nicht dogmatisch-politisch festgelegt, sondern mit dem Thema beziehungsweise Protestziel sehr eng verbunden sind. Das gilt für andere Akteure, die wir innerhalb der weiteren Klimaschutzbewegung beobachten, nicht unbedingt.

Daneben treten andere Gruppierungen auf, deren Bedeutung meines Erachtens aufgrund der medialen Berichterstattung überschätzt wird, da sie quantitativ kaum breit verankert sind. Das bezieht sich zum Beispiel auf Extinction Rebellion, die nachdrücklich apokalyptische Untergangsszenarien betonen und einen esoterischen Anstrich haben - etwas, das auch von einigen linken Autoren heftig kritisiert wird.

Ein dritter wichtiger Akteur, der in den Jahren 2022 und 2023 sehr präsent war, ist die Gruppierung Letzte Generation, die durch Autobahnblockaden, Festkleben oder Aktionen in Museen auf sich aufmerksam machte. Eine Besonderheit dieser Formierung ist ihr Rückgriff auf relativ radikale Formen des zivilen Ungehorsams, während gleichzeitig pragmatische Forderungen wie etwa die Einführung des 9-Euro-Tickets oder eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf den Autobahnen gestellt werden.

Schließlich muss als vierte Gruppierung noch Ende Gelände genannt werden, zu der die postautonome Strömung Interventionistische Linke stets eine große Nähe betont. Hier ist eine deutliche Distanzierung von Gewalt nicht erkennbar - insofern ist Ende Gelände kein unproblematischer Akteur innerhalb der Klimabewegung Deutschlands.

Das Credo von Ende Gelände lautet: „System Change not Climate Change!“. Wie können wir das verstehen?

Diese Formulierung kann unterschiedlich gedeutet werden: Wörtlich übersetzt würde es auf eine Abschaffung des politischen Systems, auf eine Überwindung des demokratischen Verfassungsstaats, wie er in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden ist, hinauslaufen. Häufig bezieht sich diese Formulierung jedoch ausschließlich auf die Wirtschaftsordnung, also den Kapitalismus, der für die Klima-

entwicklung verantwortlich gemacht wird. Abhängig vom Begriffsverständnis muss eine unterschiedliche Wertung des Slogans vorgenommen werden. Im erstgenannten Fall, der Abschaffung des Systems, wäre das eine klare extremistische Auffassung. Im zweiten Fall, wo es um die Kritik oder Überwindung des Kapitalismus geht, wäre das nicht notwendigerweise so, weil der Kapitalismus kein tragender Bestandteil einer modernen Demokratie ist und kritisiert werden kann.

In den Sicherheitsbehörden gibt es die Einschätzung, dass eine zunehmende Gefahr der Unterwanderung oder Instrumentalisierung der Klimaproteste durch linksradikale Gruppierungen besteht. Wie würden Sie diese Unterwanderungstaktik beschreiben?

Da ich kein Repräsentant der Sicherheitsbehörden bin, kann ich keine Stellungnahme dazu abgeben, was diese darunter verstehen. Was man jedoch unabhängig davon beobachten kann, ist, dass es Einflussnahmeversuche gibt. Ich würde eher diesen Begriff verwenden. *Unterwanderung* hat so etwas Konspirationsideologisches an sich. Versuche von linksextremistischer Einflussnahme hingegen haben eine Kontinuität in der Geschichte der Protestbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, angefangen von den 1950er Jahren bis in die Gegenwart hinein. Früher waren das die Akteure des dogmatischen Linksextremismus, also der KPD oder der DKP, sprich marxistisch-leninistische Parteien.

Und wie ist es heute?

Bei der gegenwärtigen Klimabewegung, auch bei der Antiglobalisierungsbewegung, spielen sogenannte postautonome Strömungen eine wichtige Rolle. Ich denke da insbesondere an die schon erwähnte Interventionistische Linke, die sich auch zur Aufgabe gemacht hat, in Protestbewegungen hineinzuwirken, darin Allianzen zu knüpfen und Brüche zu vertiefen. Das ist übrigens die Wortwahl, die Sie einem Strategiepapier der Interventionistischen Linken entnehmen können. Da heißt es, dass mit den Aktionen Menschen radikalisiert werden sollen. Das macht deutlich, dass die Interventionistische Linke eine politische Strategie verfolgt, indem sie ideologisierend auf Protestbewegungen einwirken will, um, wie sie selbst sagt, *Brüche mit dem System zu vertiefen*.

Was haben wir denn unter den Postautonomen, vor allem unter der Interventionistischen Linken, zu verstehen, und welches Gruppenphänomen lässt sich hier beobachten?

Der Begriff *postautonom* ist ein Hilfskonstrukt, sowohl von den Kritikern als auch von der Interventionistischen Linken, weil er darauf verweist, dass sie keine Autonomen mehr sind. Doch bleibt die Frage: Was sind sie dann? Entstanden sind die Postautonomen, indem sie ein grundlegendes Problem der Autonomen-Szene angesprochen haben: das Fehlen verbindlicher Strukturen und berechenbarer Handlungsoptionen. Das ist ein Streitpunkt in der autonomen Szene seit Beginn ihrer Existenz und erklärt die eingeschränkte Wirkung dieser, aus meiner Sicht, politisch-extremistischen Subkultur. Unter Postautonomen versteht man demzufolge ehemalige Autonome, die erkannt haben, dass sie sich stärker organisieren müssen, um politisch wirksam zu sein und eine Handlungsfähigkeit zu entwickeln. In ihrem letzten veröffentlichten Grundlagenpapier aus dem Jahr 2014 beschreibt die Interventionistische Linke ihre strategischen Optionen. Da ist vom revolutionären Bruch die Rede, von einer radikalen Transformation, von der Notwendigkeit von Gegenwehr und offensivem Widerstand. Das sind alles Begrifflichkeiten, die einen grundlegenden Bruch mit der politischen Ordnung andeuten und eine klare Distanz gegenüber der Anwendung von Gewalt vermissen lassen.

Man kann also sagen, dass die Interventionistische Linke zwar ein taktisches Verhältnis zur Gewalt pflegt, aber immer wieder betont, dass man nicht gegen Menschen vorgehe, sondern nur Sachbeschädigungen in Kauf nehmen wolle.

Ich gebe Ihnen recht, dass sich die Gewaltanwendung aktuell eher gegen Sachen und weniger gegen Personen richtet. Das ist auch die offizielle Position im bewegungsinternen Diskurs. Allerdings haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten gesehen, dass Protestierende, von denen wir jedoch nicht wissen, aus welchen politischen Kontexten sie kommen, aktiv Polizeibeamte angreifen. Das ist ein qualitativer Unterschied.

Ermöglicht nun das verstärkte gesellschaftliche Bewusstsein für die Klimakrise linksradikalen Gruppen ein größeres Aktionspotenzial?

Für diese Strömungen, für die ich den Begriff linksextremistische Akteure benutze, sind Protestbewegungen immer interessant, weil sie dort ein oppositionelles Potenzial vorfinden. Das versuchen sie mit unterschiedlichen Handlungsformen zu beeinflussen. Sie nehmen beispielsweise an Protestaktionen mit friedlichen und demokratisch eingestellten Bürgern teil oder versuchen, im Falle einer Eskalation zwischen Polizei und Protestbewegung eine Deutung zu etablieren, die eine Radikalisierung der Protestteilnehmer forciert. Da wir es bei der Klimabewegung mit

einem gesellschaftlich akzeptierten Protestthema zu tun haben, können sich links-extremistische Akteure durch ein Engagement öffentlich aufwerten und als politisch Handelnde darstellen. Insofern ist das für diese Akteure eine günstige Rahmensituation.

Kommen wir auf den Begriff des zivilen Ungehorsams zu sprechen: Protestaktionen und Praktiken werden oft mit dieser Formulierung legitimiert – woher stammt dieser Begriff überhaupt?

Ziviler Ungehorsam ist ein Begriff, der unterschiedlich verwendet wird. Man muss genau hinschauen, was die Absicht und die Grundposition bei dem Rekurs auf diesen Begriff ist. Der zivile Ungehorsam wird häufig durch die Bezugnahme auf Mahatma Gandhi oder Martin Luther King positiv assoziiert. Das sind aber unangemessene Vorbilder für die gegenwärtige Situation, da sie unter ganz anderen politischen Rahmenbedingungen handelten. Demgegenüber gab es in den USA und auch in Deutschland Anhänger von Vorstellungen des zivilen Ungehorsams, die darin ein Instrument gesehen haben, um den demokratischen Rechtsstaat zu überwinden, zum Beispiel Howard Zinn oder Herbert Marcuse. Es gibt aber auch eine Deutung des Begriffs als sogenannter konstitutioneller ziviler Ungehorsam, die mit dem amerikanischen Rechtsphilosophen John Rawls verbunden ist. Rawls, der durch seine *Theorie der Gerechtigkeit* bekannt wurde, setzte sich intensiv mit der Frage auseinander – und auch Jürgen Habermas hat sich sehr stark an dessen Deutung angelehnt –, ab wann der Bruch geltender Gesetze moralisch legitimierbar ist. Daran knüpft die Klimabewegung an, die sich auf den wissenschaftlichen Konsens hinsichtlich des Klimawandels und auf die politischen Entscheidungen zum Klimaschutz berufen kann.

Und wie sieht der zivile Ungehorsam der Klimabewegung in der Praxis aus?

Zentral für den zivilen Ungehorsam ist, dass er grundsätzlich gewaltfreies Handeln bedeutet. Ziviler Ungehorsam ist eine passive Handlungsweise, die nicht aktiv auf Zerstörung oder Angriffe setzt und eine gewisse Symbolik erzeugen will. Ein entscheidendes Merkmal besteht darin, dass zwar einzelne geltende Gesetze gebrochen werden, die Rechtsordnung insgesamt jedoch nicht infrage gestellt wird. Gemeint ist damit in Bezug auf die Klimabewegung: *„Ich nehme an einer Blockade teil. Mir ist klar, dass das strafrechtlich relevant ist. Ich will das aber tun, um der Öffentlichkeit die Bedrohungen durch die Klimaentwicklung deutlich zu machen. Deswegen verstoße ich in dieser Frage gegen geltendes Recht. Aber ich entziehe mich nicht meiner Verhaftung und akzeptiere so den demokratischen Rechtsstaat.“* Das

ist ein sehr spannungsreiches Thema, aber es scheint mir ein wichtiges Thema zu sein, das in der Öffentlichkeit und der Klimabewegung selbst viel stärker thematisiert werden sollte.

Wie würden Sie die Aktionen zivilen Ungehorsams der Letzten Generation im Hinblick auf die Frage der Legitimität und Illegitimität einschätzen?

Die Blockadeaktionen entsprechen zwar den Merkmalen des zivilen Ungehorsams im konstitutionellen Sinne von Rawls und Habermas. Ich halte sie allerdings als Bürger für strategisch nicht klug, weil sie die Menschen, die als Bündnispartner gewonnen werden sollen, eher verstören und verärgern. Dennoch: Die Aktivisten der Letzten Generation verschweigen nicht ihre Personalien, lassen sich von der Polizei festnehmen und wenden keine Gewalt gegen Polizeibeamte an. Das sind Unterscheidungsmerkmale gegenüber dem Agieren von linksextremistischen Autonomen in ähnlichen Situationen.

Kommen wir zu unserem letzten Komplex: Lässt sich derzeit von einer zunehmenden Radikalisierung der Umweltschutzbewegung durch linksradikale Bündnisse sprechen?

Man braucht ein entsprechendes sozialwissenschaftliches Analyseraster und Datenmaterial, um eine solche Frage seriös zu beantworten. Ich kenne keine veröffentlichten Daten, aus denen sich das ableiten lässt. Aber Sie hatten in Ihrer Frage auch auf den Einfluss linksextremistischer Bündnisse hingewiesen. Das ist ein externer Radikalisierungsfaktor für die Klimaschutzbewegung. Es könnte sich auch in der Klimabewegung selbst eine Radikalisierung hin zur Gewaltanwendung entwickeln. Das will ich nicht prognostizieren, doch handelt es sich um eine latente Gefahr, die entstehen kann, indem keine politischen Ziele oder Reaktionen erreicht werden. So könnte eine gewisse Frustration entstehen, die möglicherweise in immer radikalere politische Praktiken mündet. Insofern blicke ich ein wenig mit Unwohlsein auf bestimmte Dimensionen, zum Beispiel auch bei Extinction Rebellion, die ein Endzeitdenken in Kombination mit einem esoterischen Selbstverständnis verfechten. Man hat so etwas auch im Diskurs der Letzten Generation wiederfinden können. Das sind Denkungsarten, die für eine solche Selbstradikalisierung offen wären.

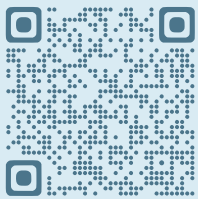
Zum Abschluss: Herr Pfahl-Traughber, von welchen Faktoren hängt die weitere Entwicklung des Verhältnisses und der gegenseitigen Beeinflussung zwischen linksradikalen Strukturen und Klimaprotesten ab?

Prognosen sind immer schwierig, weil sie etwas mit der Zukunft zu tun haben, und ich bin Politologe, kein Astrologe. Doch um ernsthaft auf Ihre Frage einzugehen, ist das natürlich tatsächlich schwierig einzuschätzen. Wenn es zu großen Frustrationserlebnissen für Akteure der Klimabewegung oder zu Eskalationen von Konflikten bei Demonstrationen kommt, dann kann es tatsächlich sein, dass sich kleinere Gruppen - nicht die Mehrheit - zunehmend radikalisieren und tatsächlich eine linksextremistische Position einnehmen. Diese Strömungen könnten die ursprüngliche Klimabewegung dominieren. Das hielte ich aus mehreren Gründen für eine fatale Entwicklung: Der eine Grund wäre, dass extremistische Akteure politisch gestärkt würden; und der zweite Grund wäre, dass die Klimabewegung als Protestbewegung, die wichtige Ziele hat, dadurch diskreditiert würde. Ich sage immer, dass zwar nicht alle, aber die meisten Protestbewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ehrenwerte, legitime Ziele verfolgten und sehr häufig durch das Engagement von Extremisten politisch diskreditiert wurden. Das sollte einmal kritisch und umfänglich aufgearbeitet werden.

Vielen Dank für das interessante Gespräch und dass Sie Ihre Gedanken zu diesem Thema mit uns geteilt haben.

Das Interview führte Tom Pflücke von der Bundesfachstelle Linke Militanz.

Zum Podcast:



Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber ist Politikwissenschaftler und Soziologe. Von 1994 bis 2004 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz in der Abteilung Rechtsextremismus. Seit 2004 ist er Professor an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl mit den Arbeitsschwerpunkten politischer Extremismus und politische Ideengeschichte. Außerdem ist er seit 2007 Lehrbeauftragter an der Universität Bonn im Bereich politische Theorie und gibt das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ heraus. Das hier wiedergegebene Interview ist eine gekürzte und leicht modifizierte Version des Podcasts „Die Radikale Linke und die Klimabewegung“, den die Bundesfachstelle Linke Militanz im Februar 2023 veröffentlicht hat.

Zwischen Konformität und Radikalität: Die Letzte Generation

Stine Marg

Die Letzte Generation ist ein Zusammenschluss von Aktivist:innen, die seit August 2021 mit disruptiven Mitteln auf die Dringlichkeit des anthropogenen Klimawandels aufmerksam machen. Ihre Aktionen reichten von der Sabotage von Ölpipelines über das Besprühen des Brandenburger Tors mit Farbe bis hin zum Festkleben auf Autobahnen. Im Mai 2024 unternahm die politische Vereinigung „Parlament aufmischen - Stimme der Letzten Generation“ einen erfolglosen Versuch, in das Europaparlament einzuziehen. Auch die jüngsten Mobilisierungsversuche, wie etwa die Proteste gegen den Flughafen Kassel-Calden im Oktober 2024, erwiesen sich sowohl hinsichtlich der öffentlichen Aufmerksamkeit als auch im Hinblick auf die gesellschaftliche Mobilisierung als weitgehend wirkungslos.

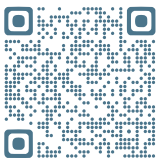
Obwohl sich die Letzte Generation in Deutschland - ähnlich wie ihre österreichische Schwesterorganisation - mangels Erfolgsperspektiven möglicherweise bald auflösen könnte, lohnt sich ein genauerer Blick auf die Organisation und Praxis der Gruppe. Die im Folgenden vorgestellten Ergebnisse wurden einer Studie der Bundesfachstelle Linke Militanz entnommen. Die Letzte Generation ist nur eine von vielen Bewegungen, welche die politische Bearbeitung des Klimawandels als unzureichend kritisieren und sich mit unkonventionellen Mitteln für eine effektivere Klimaschutzpolitik einsetzen. Gleichzeitig sieht sich die Letzte Generation häufig mit dem Vorwurf konfrontiert, disruptive Methoden - wie Straßenblockaden, Beschmutzung von Baudenkmalern oder Pipelinesabotagen - anzuwenden, um vergleichsweise moderate Forderungen wie die Einführung eines 9-Euro-Tickets oder ein einheitliches Tempolimit auf Autobahnen durchzusetzen. Darüber hinaus drängt die Gruppe auf einen sofortigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern, da der Klimawandel andernfalls zu einer existenziellen Bedrohung für die Menschheit werde.

Forderungen und Systembezug

Auch wenn die Letzte Generation vielfach auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Klimaforschung verweist, operiert die Gruppe mit Gefühlen der Angst und Panik, mit Narrationen der Beklemmung und Untergangsstimmung. Selbst Vorträge und Videos, die eigentlich als Informationsmaterial ausgegeben sind, zeichnen sich beinahe überwiegend durch emotionale Appelle und das Ausmalen einer düsteren Zukunft aus; Fakten, Erkenntnisse, Studien und Details kommen hingegen kaum vor. Ein Ausweg aus der Dystopie – so die Botschaft des Bündnisses – sei nur dann möglich, wenn dem Weg der Letzten Generation, ihrem politischen Maßnahmenkatalog beziehungsweise ihr selbst gefolgt werde.⁷ Zugespielt sind es die überzogene Selbstgewissheit, mit der eine bedrückende Zukunft verkündet wird, und der durch das Bündnis aufgezeigte, vermeintlich erlösende Weg aus der drohenden Katastrophe, die für (zukünftige) Aktivist:innen beinahe Heilserwartungen zu wecken vermögen. Vor dem Hintergrund dieser dystopischen Zukunftserwartungen lassen sich dann auch zahlreiche disruptive Praktiken rechtfertigen.

Neben der Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 fordert die Letzte Generation die Einsetzung eines „Gesellschaftsrats“. Übersetzt man diese vermeintlich moderaten Anliegen in die Praxis, sind sie allerdings deutlich radikaler als beispielsweise die Forderung nach einem Essen-retten-Gesetz, das noch im Jahr 2022 im Mittelpunkt der Kampagnen der Letzten Generation stand.⁸ Der Gesellschaftsrat, so die Idee der Protestformation, besteht aus zufällig gelosten Bürgern und soll verbindliche Entscheidungen zur Emissionsreduktion treffen, die nach den Vorstellungen der Klimaaktivisten im weiteren Verlauf durch die Exekutive nur noch verwirklicht würden – wobei sich die Letzte Generation eine „beispiellose Geschwindigkeit“ und „Entschlossenheit“ erhofft.⁹ So konstituiert, läuft der Rat auf einen Umbau der politischen Institutionen hinaus, da er – zumindest im Bereich der Klimapolitik (zu anderen Politikfeldern schweigen die Aktivist:innen größtenteils) – das Parlament ersetzen soll. Überdies findet in diesem Gremium, das

Download
Kurzstudie:



- 7 Die beklemmende Dramatisierung zeigt sich beispielsweise auch darin, dass die Bewegung vorwiegend den Begriff „Klimahölle“ statt „Klimakrise“ oder „Klimawandel“ verwendet; ausführlich beschrieben in Marg, Stine: Kurzstudie: Die letzte Generation. Entwicklung, Merkmale und Einordnung, Göttingen 2024, S. 35-37, URL: <https://www.linke-militanz.de/data/akten/2024/03/kurzstudie-die-letzte-generation-marg-2024.pdf> [eingesehen am 25.11.2024]. Vgl. auch Nagel, Alexander-Kenneth: Corona und andere Weltuntergänge. Apokalyptische Krisenhermeneutik in der modernen Gesellschaft, Bielefeld 2021, S. 100 f. Nagel arbeitet anhand der Betrachtung der apokalyptischen Syntax von Extinction Rebellion heraus, dass sich diese im Dreischritt Krise, Gericht und Erlösung letztlich gleichfalls als rettende Bewegung präsentiert.
- 8 Vgl. Proedl, Gabriel: Anhalten! Sofort alles anhalten!, in: Zeit Online, 26.01.2022, URL: <https://www.zeit.de/2022/05/letzte-generation-aktivismus-klimakrise> [eingesehen am 17.07.2023].
- 9 Die Vorstellungen zur Arbeit des Gesellschaftsrates sind verfügbar auf der Website der Letzten Generation, URL: <https://letztegeneration.org/gesellschaftsrat/> [eingesehen am 03.12.2024].

intensiv durch wissenschaftliche Expertise angeleitet werden soll, keinerlei Diskussion über das politische Ziel statt – dieses ist mit der Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 vorgegeben –, sondern lediglich eine Debatte über mögliche Umsetzungsvarianten. Da der Umstieg in eine klimaneutrale Lebens- und Wirtschaftsweise einen vollständigen Umbau unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens nach sich ziehen beziehungsweise nahezu alle gesellschaftlichen Sektoren beeinflussen würde, wäre der Einfluss eines solchen Bürgerrates äußerst tiefgreifend. Konsequenz zu Ende gedacht, bedeutet der von der Letzten Generation erdachte Bürgerrat die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie und die Einhegung größerer Bereiche der Gewaltenteilung.

Aktionsformen und Organisation

Neben diesen radikalen Forderungen bergen auch die Praktiken der Letzten Generation beträchtliches Konfliktpotenzial. Die internen Organisationsmodi begünstigen – wie im Folgenden ausgeführt werden soll – aufgrund der streng hierarchischen Struktur der Bewegung und der permanent eingeforderten Dauereinsatzbereitschaft strukturell eine ideologische Verhärtung der Aktivisten und enthalten damit eine latente Radikalisierungsgefahr. Die Letzte Generation ist nicht, im Unterschied zu vielen anderen sozialen Bewegungen, netzwerkartig organisiert. Sie zeichnet sich auch nicht durch basisdemokratische und kooperative Entscheidungsprozesse aus, sondern ist funktional-hierarchisch aufgebaut: Ein kleines, eher selbst rekrutiertes und sozial homogen zusammengesetztes Führungsteam steuert die deutschlandweiten Aktionen, trifft sämtliche strategische Entscheidungen, gibt sogar Erscheinungsbild und Auftreten vor. Sogenannte Bienenköniginnen, welche die lokalen Gruppen führen, legen fest, wer für die konkrete Blockade-, Protest- oder Sabotageaktion zuständig ist (die sogenannten Bienen), wer mit der Presse sprechen darf („Pressebienen“) oder wer die Verantwortung für die Versorgung der Aktivisten übernimmt („Hummeln“).

Diese Rollenzuweisungen und Wissenshierarchien verursachen Machtgefälle und Uniformitätsdruck. Entscheidend innerhalb der Organisationskultur ist nicht der einzelne Aktivist und seine Anliegen, dominierend ist die sogenannte Kerngruppe der Letzten Generation. Aktivisten vor Ort ist es kaum möglich, Inhalte, Ziele und Strategien zu diskutieren und eigene Ideen umzusetzen. Dieser Top-down-Ansatz unterscheidet die Letzte Generation von klassischen sozialen Bewegungen, die in der Regel durch eine dezentrale, horizontale und demokratische Organisationskultur gekennzeichnet sind und somit dem Individuum Entwicklungs- sowie Lernprozesse ermöglichen. In dieses individuell-emanzipative Potenzial, das traditionell in vielen sozialen Bewegungen steckt, scheinen die Aktivisten der Letz-

ten Generation hingegen kein Vertrauen zu haben. Sie setzen hingegen auf ein einheitliches Erscheinungsbild, das sich mit einem abgestimmten Protestrepertoire und organisierten Kampagnen maximalen Mobilisierungserfolg erhofft.

Darüber hinaus erzeugen sowohl die Katastrophennarrative der Bewegung als auch die organisatorischen Anforderungen - im Rahmen vorgegebener lokaler Blockadeschwerpunkte wird etwa erwartet, dass die aus dem gesamten Bundesgebiet stammenden Aktivist:innen für mehrere Wochen in einer bestimmten Stadt präsent sind - auf die einzelnen Individuen Handlungsdruck aus, ihr ziviles bürgerliches Leben aufzugeben. Viele Aktivist:innen berichten in von der Bewegung verbreiteten Videos stolz, dass sie ihre Ausbildung abgebrochen oder ihr Studium unterbrochen, dass sie Weihnachten im Gefängnis verbracht oder ihre Erwerbsarbeit aufgegeben haben. Getrieben von einer ideologisch durch die Letzte Generation erzwungenen existenziellen Dringlichkeit sehen viele keinen Sinn mehr in konventionellen Lebenswegen und geben sich ganz dem Bündnis und seinen Zielen hin. In diesem wird ein unterschwelliges Bewegungscredo geschaffen, das auf Leistungsfähigkeit und Opferbereitschaft fokussiert, um die Einsatzbereitschaft abzusichern und zu erhöhen.

Hinzu kommt, dass zahlreiche Aktivist:innen im Laufe der kommenden Jahre aufgrund der nachlaufenden juristischen Verfahren mit erheblichen Forderungen, gegebenenfalls auch strafrechtlichen Konsequenzen, zu rechnen haben. Viele bislang im Umgang mit den Praktiken des zivilen Ungehorsams unerfahrene Mitstreiter:innen waren in der ersten Jahreshälfte 2022 von der Letzten Generation noch mit dem Versprechen rekrutiert worden, dass mögliche Anwalts-, Prozess- und Strafkosten von einem internationalen Klimaschutznetzwerk übernommen würden. Hiervon ist die Letzte Generation mittlerweile abgerückt. Vor dem Hintergrund abgebrochener Ausbildungswege und unterbrochener Erwerbsbiografien wird sich zeigen, ob der auf einzelnen Bewegungsakteuren lastende ökonomische Druck ein Katalysator für sich zuspitzende Überzeugungen sein wird, die in eskalativeren Praktiken münden könnten.

Literaturverzeichnis

- Marg, Stine: Die letzte Generation. Entwicklung, Merkmale und Einordnung, Göttingen 2024, URL: <https://www.linke-militanz.de/data/akten/2024/03/kurzstudie-die-letzte-generation-marg-2024.pdf> [eingesehen am 25.11.2024].
- Nagel, Alexander-Kenneth: Corona und andere Weltuntergänge. Apokalyptische Krisenhermeneutik in der modernen Gesellschaft, Bielefeld 2021.
- Proedl, Gabriel: Anhalten! Sofort alles anhalten!, in: Zeit Online, 26.01.2022, URL: <https://www.zeit.de/2022/05/letzte-generation-aktivismus-klimakrise> [eingesehen am 17.07.2023].

Rucht, Dieter: Die Letzte Generation. Beschreibung und Kritik, ipb working papers, H. 1/2023, URL: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2023/04/WP_1.2023.pdf [eingesehen am 17.07.2023].

Die radikale Linke und die Klimaschutzbewegung

Stine Marg

Der Aufstieg neuer Klimaschutzbewegungen mitsamt ihren Aktionsformen, die in der Öffentlichkeit oftmals als radikal bezeichnet werden, hat die Frage nach deren Verhältnis zur linken Militanz aufgeworfen. Dies soll in diesem Beitrag näher beleuchtet werden. In der Literatur wird das Beziehungsgeflecht zwischen der radikalen Linken und der Umwelt- und Klimaschutzbewegung in Deutschland typischerweise auf zwei verschiedene Weisen behandelt.

Eine erste Perspektive betont die historischen Verbindungen, die in den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und marxistisch-leninistisch geprägten Organisationen auf den Bauplätzen der Kernkraftwerke in Grohnde und Brokdorf sowie während der Castortransporte in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren offen zutage traten. In den historischen Rückschauen auf diese Ereignisse wird jedoch meist hervorgehoben, dass die Gewalt „von außen kam“ und sich der gewaltlose Teil der Bewegung durchgesetzt habe¹⁰. Obendrein erweckt diese Betrachtungsweise häufig den Eindruck, dass ökologische Themen zwischen den 2000er Jahren und den ersten Aktionen von Ende Gelände im Jahr 2014 für die radikale Linke keine Rolle gespielt hätten.

Eine zweite Perspektive in der Literatur verweist auf die radikale Klimaschutzbewegung der Gegenwart. Diese zeigt sich für die einen bereits durch Straßenblockaden der Letzten Generation oder die dramatischen Inszenierungen von Extinction Rebellion in der Öffentlichkeit; für andere wiederum wird sie erst durch Besetzungen von Braunkohletagebauen sichtbar. In dieser Perspektive geht es zuvorderst um die Frage, welche Zuschreibungen von außen an die Klimabewegung herangetragen werden. Die Forscher, die diese Schilderung prägen, teilen die Klimabewegung

10 Radkau, Joachim: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011, S. 419.

gung meist in einen nominell sehr kleinen, also extremistischen, und in einen weit-
aus größeren, eher demokratischen Zweig ein.¹¹

Die dominante Perspektive auf das Verhältnis von radikaler Linke sowie Um-
welt- und Klimaschutzbewegung ist folglich lückenhaft. Dem soll in der vorliegen-
den Analyse durch eine dritte Perspektive begegnet werden: Untersucht wird,
wie innerhalb der radikalen Linken über aktuelle bewegungsförmige Zusammen-
schlüsse, die sich dem Umwelt- und Klimaschutz widmen, verhandelt wird. Diese
Betrachtungsweise hat drei Vorteile. Erstens lässt sich der spezifische Charakter
von Radikalität introspektiv herausarbeiten. Dadurch steht nicht die gefürchtete
Gefahr im Zentrum¹², die von einer linksradikalen Klimaschutzbewegung ausgehe,
sondern die Frage, ab wann aus der Binnenperspektive linksradikaler Diskussions-
zusammenhänge Akteure, Handlungen oder Narrative als radikal gelten können.
Zweitens lässt sich durch diese Umkehrung der Betrachtungsweise die These hin-
terfragen, inwiefern sich linksradikale Akteure überhaupt zum Ziel setzen, Klima-
schutzproteste zu „unterwandern“, wie dies häufig formuliert wird. Schließlich lässt
sich drittens durch diese Betrachtungsweise die Relevanz des Klimathemas für
die radikale Linke einschätzen. So kann herausgearbeitet werden, unter welchen
Bedingungen und mit welchen Problemkonstruktionen, Verantwortungszuschrei-
bungen und Lösungsansätzen die radikale Linke ökologische Themenfelder in der
Gegenwart verhandelt.

Konkret soll die szeneeinterne Debatte über ökologische Themen und Klimapro-
teste in ausgewählten Zeitschriften verfolgt werden, die zum linksradikalen Spek-
trum gehören. Diese werden als „organisierende Zentren“ verstanden¹³, in denen
die verschiedenen Perspektiven auf das Themenfeld sichtbar werden. Die hier un-
tersuchten Zeitschriften werden nicht als exklusive Orte der internen Auseinan-
dersetzungen betrachtet (die auch in Tages- oder Wochenzeitschriften, Gruppen-
Webpages und Social-Media-Kanälen stattfinden), sondern als eine mögliche De-
battenarena analysiert, der bestimmte, der Untersuchung dienliche Eigenschaften
unterstellt werden: Die dort präsentierten Standpunkte und Auseinandersetzun-
gen sind das Produkt vorangegangener interner Debatten, die in Zeitschriften ei-

11 Exemplarisch für diese Sicht, die auch häufig die öffentliche Debatte dominiert,
vgl. Baron, Udo: Die Klimaschutzbewegung und der Linksextremismus. Eine Ana-
lyse von Akteuren und Objekten linksextremistischer Beeinflussungsversuche,
in: Hansen, Hendrik und Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremis-
mus- und Terrorismusforschung, Jg. 2019/2020 (I), S. 300-321, hier S. 301.

12 Vgl. hierzu beispielhaft Segler, Tim: „Neue“ Gefahr von Links? Radikalisierungstenden-
zen im Kontext der Klimaprotestbewegung, in: Analysen & Argumente, H. 417, Novem-
ber 2020, URL: <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Radikalisierungstendenzen+im+Kontext+der+Klimaprotestbewegung.pdf/4fe4e934-c030-e63b-1433-86a4aaeb4a32?version=1.1&t=1604654070915> [eingesehen am 04.09.2024].

13 Vgl. Pettenkofer, Andreas: Die Entstehung der grünen Politik. Kultursoziologie der west-
deutschen Umweltbewegung, Frankfurt am Main / New York 2014, S. 353.

nen größeren Raum für längere Erörterungen haben. Überdies erscheinen die ausgewählten Organe relativ regelmäßig, verfügen über eine bundesweite Resonanz und decken ein breiteres Spektrum innerhalb der radikalen Linken ab, sodass sich der Verlauf der Auseinandersetzung beziehungsweise die Relevanz der Umwelt- und Klimaschutzbewegungen für die radikale Linke nachverfolgen lässt.¹⁴

Insgesamt sollen als Zeitraum die vergangenen zwanzig Jahre betrachtet werden, da hier die Konstituierung neuer Bewegungszusammenhänge stattfindet beziehungsweise mit dem Ausstieg aus der Atomkraftbewegung ein typisches Aktionsfeld der alten Umweltgruppen verloren ging. Überdies berührt die oben angesprochene Frage nach der Unterwanderung auch immer die zeitliche Koinzidenz und unterstellt, dass radikal linke Akteure sich erst der Klimathematik angenommen hätten, nachdem diese Problemwahrnehmung in der gesellschaftlichen Mitte in aller Deutlichkeit sichtbar geworden war.

Neben den Periodika wurden gleichfalls Publikationen von radikal linken Autoren(-kollektiven) analysiert, die sich zum Ökologie- und Klimathema engagieren und sowohl analog als auch digital geführte Szenediskurse antizipieren, welche sich nicht immer in den Zeitschriften niederschlugen. Im Vordergrund stand keine Inhalts- oder Framinganalyse, sondern die Identifikation von wiederkehrenden Deutungsmustern, die sich aus handlungspraktischen Herausforderungen ergeben.

Dafür wurde auch keine Vollanalyse durchgeführt, sondern lediglich jene Artikel ausgewählt, die durch ihre Überschrift eine dezidierte Auseinandersetzung mit Umwelt- und Klimaschutzfragen andeuten. Im Vordergrund stand die Frage, wie die Autoren auf aufkommende klimapolitische Akteure reagieren und welche Deutungen hierauf angeboten wurden. Im Rahmen dieser nichtstandardisierten Textanalyse lassen sich gleichfalls der in linken Zeitschriften häufig vorkommende ironische Stil und die hintersinnigen Anspielungen ertragreich auswerten¹⁵.

Wodurch zeichnen sich linksradikale Akteure im Feld der Klimaschutzbewegung aus?

Der Betrachtungszeitraum bezieht sich auch auf die selbsterzählte Geschichte der linken Klimaaktivisten. Für diese hat sich in der Mitte der 2000er Jahre im sogenannten Globalen Norden eine Klimagerechtigkeitsbewegung etabliert, die seit-

14 Konkret wurden folgende Periodika durchgesehen: *Bahamas, arranca!*, *Konkret, analyse & kritik*, *Phase 2*, *der rechte rand*, *Direkte Aktion*, *Interim*, *Die Rote Hilfe* sowie die Beiträge auf *indymedia.org*. Angesichts des knappen Rahmens wird hier lediglich auf eine Auswahl der durchgesehen Artikel Bezug genommen.

15 Grundlegend zu einer ähnlichen methodischen Herangehensweise im Themenfeld der grünen Politik vgl. Pettenkofer: *Die Entstehung der grünen Politik*, S. 355–357.

dem unterschiedliche Aktivitäts- und Mobilisierungswellen durchlaufen hat.¹⁶ So wird insbesondere die United Nations Climate Change Conference (COP 15) als Nukleus für all jene Gruppen genannt, die in den folgenden Jahren gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Wandel als Vorbedingung für effektiven Klimaschutz einforderten – zusammengefasst unter dem Slogan *System Change not Climate Change*. Die internationale Klimakonferenz, die 2009 in Kopenhagen stattfand, gilt aufgrund fehlender verbindlicher Abkommen gemeinhin als gescheitert. Danach herrschte bei vielen Klimaaktivisten große Ernüchterung, da sie zum einen durch eine repressive dänische Polizeitaktik massiv unter Druck gesetzt wurden und zum anderen die kraftzehrende Mobilisierung von rund 100.000 Demonstranten sowie die Organisation zahlreicher Aktionen letztlich als erfolglos bewerten mussten. Infolgedessen wurden Strategien, Taktiken und Handlungsfelder reflektiert und neue Strukturen ausgebildet. Dazu gehörten beispielsweise die ab 2010 regelmäßig stattfindenden Klimacamps im Rheinland, wo sich im Jahr 2011 unter anderem das Netzwerk *ausgeCO2hlt* gründete.

„Innerhalb linker Bewegungen setzte sich zunehmend die Überzeugung durch, dass der Klimawandel kein Thema für Öko-Weirdos, sondern Ausdruck zerstörerischer Macht- und Eigentumsverhältnisse ist. Aus Kopenhagen reisen viele mit dem Wunsch ab, unmittelbar an den Orten der Zerstörung an der Eskalationsschraube zu drehen.“¹⁷

Demzufolge ist es just der Zeitraum, als in Deutschland mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (2009) und dem Ausstieg aus der Atomkraft (2002/11) grüne Politik vorangetrieben wurde, in dem sich radikale Klimaschutzgruppen konstituierten.¹⁸ Diese machten durch die Besetzung des Tagebaus Garzweiler im Jahr 2014 und die folgenden direkten Aktionen in der Lausitz oder im Hambacher Forst öffentlich auf sich aufmerksam. Damit wurde ein Strategiewechsel vollzogen: Man wollte nicht mehr „bei der Politik von oben protestieren, sondern nach ganz unten [...] gehen, und den Klimawandel da [...] bekämpfen, wo er beginnt“¹⁹.

16 Malm, Andreas: *Wie man eine Pipeline in die Luft jagt. Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen*, Berlin 2020.

17 Zucker im Tank (Hrsg.): *Glitzer im Kohlestaub. Vom Kampf um Klimagerechtigkeit und Autonomie*, Berlin/Hamburg 2022, S. 61.

18 Einige ältere Aktivisten beziehen sich gleichwohl noch auf frühere Ereignisse Ende der 1990er Jahre, als sich die größeren Jugendumweltverbände aus der Finanzierung des jährlichen Jugendumweltkongresses (Juks) zurückzogen und diese selbstorganisierte Zusammenkunft junger ökologisch interessierter Menschen sich zunehmend auch mit gesellschaftspolitischen Fragen auseinandersetzte.

19 Zucker im Tank (Hrsg.): *Glitzer im Kohlestaub*, S. 109.

Gruppen wie Ende Gelände oder Sand im Getriebe, die bereits vor ihrem gemein- hin bekannten Gründungsdatum gemeinsame Treffen organisierten und Aktionen durchführten, mobilisierten demzufolge direkt in Kohlegruben und machten un- mittelbar auf die von ihnen konstatierte Mobilitätskrise aufmerksam. Würde der Kampf „von der Grube auf die Straße“ auch gegen das Auto getragen, hätte dies erhebliches „Organisierungs- und Mobilisierungspotenzial“²⁰ – so die Hoffnung ei- niger linker radikaler Akteure.

Personell und politisch unterfüttert wurden diese Entwicklungen durch die Kam- pagne „Castor? Schottern!“, außerdem unter anderem von Aktivisten aus dem Umfeld der Freien Arbeiter*innen-Union (FAU), die sich bereits seit den späten 1990er und frühen 2000er Jahren gegen die Errichtung neuer Kohlekraftwerke engagierten. Für Letztere gehörten, aufbauend auf einer anarcho-syndikalisti- schen Tradition, soziale und ökologische Kämpfe ohnehin stets zusammen;²¹ „Öko- logie“ sei, wie in einem Artikel der *Direkten Aktion*, der Zeitschrift der FAU, formu- liert wird, „in der Linken [...] jahraus jahrein“ ein Thema.²²

Demgegenüber werden beispielsweise Appelle an individuelles Konsumverhal- ten, wie sie häufig aus dem Umfeld der Grünen Jugend oder von Fridays for Future proklamiert werden, als naiv und politisch wirkungslos betitelt:

„Allzu oft dient der Konsum von Produkten aus dem Bioladen Teilen der privilegierten Mittelschicht – oder jenen, die gerne dazu gehören würden – schlicht als soziales Abgren- zungsmerkmal. [...] Denn auch ein Kapitalismus mit grünem Anstrich basiert auf Wachs- tum und Profitmaximierung und wird deshalb nach wie vor menschlich und ökologisch über Leichen gehen.“²³

Unverpacktläden, Biosiegel und Ökolabel seien lediglich Geschäftsmodelle und führten zu einer Entpolitisierung sowie Individualisierung von Klimaschutz²⁴. Kon- sumkritik reproduziere „die Vorstellung von Selbstverantwortung und Entschei-

20 Aljets, Janna und Müller, Tadzio: Von der Gruppe auf die Straße. Gegen Kapitalismus und Klimakrise, in: *arranca!*, H. 53 (2019), URL: <https://arranca.org/ausgaben/brave-new-climate/von-der-grube-auf-die-stra%C3%9Fe> [eingesehen am 12.09.2024].

21 So wurden direkte Aktionen gegen das geplante Kohlekraftwerk Ingelheimer Aue bei Mainz durchgeführt und in der regelmäßig erscheinenden Gewerkschaftszeitung auf anarchis- tische Kämpfe aufmerksam gemacht, die Umwelt- und Tierschutz zum Thema haben.

22 Jakopovich, Dan: Eine machtvolle Synthese, in: *Direkte Aktion*, H. 191 (Nov./Dez. 2009), S. 13.

23 Bremer, Silke: Grüne statt gelbe Gewerkschaften – Soziale und ökologische Kämpfe gehören zusammen, in: *Direkte Aktion*, H. 233 (Jan./Febr. 2016), S. 1.

24 O. V.: „Das Geschäft mit den grünen Lügen wächst“, Interview mit der Autorin Kathrin Hartmann, in: *Konkret*, H. 8/2018.

dungsfreiheit, die sich im gesellschaftlichen Zusammenhang als überhaupt nicht freier Optimierungszwang für die Konkurrenzsubjekte erweist“²⁵.

Auch wenn das Thema „Klima“ in Zeitschriften wie *arranca!*, *analyse & kritik* oder *Konkret* als solches erst mit dem Aufkommen der Fridays-for-Future-Bewegung relevant wird, standen bereits zuvor Inhalte wie Ökologie, Atom- und Kohlestrom sowie Energie- und Umweltpolitik auf deren Agenda. Hier wurde folglich eher eine semantische Aktualisierung denn eine substanzielle Neuausrichtung vorgenommen – wobei einige Autoren die populäre Vokabel des „Klimawandels“ gleichfalls kritisch hinterfragen. So wird beispielsweise in *analyse & kritik* herausgearbeitet, dass der Klimawandel eine ideologische Grundlage für das *Agenda Setting* von Staaten, Konzernen, Banken und transnationalen Naturschutzunternehmen biete und die Etablierung neuer (Kohlenstoff-)Märkte ermögliche.²⁶ Wie *arranca!* ergänzt, handele es sich dabei weniger um eine Klima- als um eine „Zivilisationskrise“, da „die Natur [...] objektifiziert“ und ihr der „Charakter als lebendiges Subjekt“ abgesprochen werde.²⁷ Die gegenwärtige Situation zeige, dass sich „Natur und Geschichte [...] unwiderruflich gegen die Menschheit verschworen haben“²⁸. Und weil sich die Natur nicht beherrschen lasse, sondern nur das Verhältnis der Menschen zu ihr, sei eine „vollständige Umwälzung der Produktionsweise“²⁹ erforderlich.

Linksradikale Klimaschutzaktivisten fordern deshalb einen gesellschaftlichen Wandel als Voraussetzung eines wirksamen Klimaschutzes und lehnen Konsumkritik sowie grünen Kapitalismus ab.³⁰ Hinzu kommt eine Kritik am technokrati-

25 Jakobi, Lydia: Widerstand gegen sich selbst, in: Phase 2, H. 51 (Sommer 2015), URL: <https://www.phase-zwei.org/hefte/artikel/widerstand-gegen-sich-selbst-201> [eingesehen am 12.09.2024].

26 Brand, Ulrich und Voigt, Katja: Wider den Klimakolonialismus. Ivonne Ynanez vom ecuadorianischen Kollektiv Acción Ecológica über die Ausbeutung des Globalen Südens, in: *analyse & kritik*, H. 694 (2023), URL: <https://www.akweb.de/ausgaben/694/ivonne-ynanez-wider-den-klimakolonialismus-die-ausbeutung-des-globalen-suedens/> [eingesehen am 12.09.2024].

27 Novoa, Marco Bazán: Alternativen zur Entwicklungspolitik jetzt. Für eine respektvolle und liebevolle Beziehung zur Natur und zur Menschheit, in: *arranca!*, H. 53 (2019), URL: <https://arranca.org/ausgaben/brave-new-climate/alternativen-zur-entwicklungspolitik-jetzt> [eingesehen am 12.09.2024].

28 Quadfasel, Lars: Weite des Alls, Enge der Welt, in: *Konkret*, H.10/2019, S. 28-30, hier S. 29.

29 Ebd.

30 Etwas komplexer sieht die Beziehung zur *Degrowth*-Bewegung aus. Während einige darin einen „über den Kapitalismus hinausweisenden, ökonomischen Ansatz“ sehen, der erste Schritte mache, sich eine Wirtschaft ohne Wachstum vorzustellen (vgl. Zehn, Mila: Kommunismus in Zeiten des Klimawandels. Die ökologische Krise als soziales Verhältnis, in: *arranca!*, H. 53 (2019), URL: <https://arranca.org/ausgaben/brave-new-climate/kommunismus-zeiten-des-klimawandels> [eingesehen am 12.09.2024]), und eine Annäherung des Ökosozialismus an die *Degrowth*-Bewegung beobachten (Schmelzer, Matthias: Weniger ist mehr. Die Schnittmengen zwischen Ökosozialismus und Degrowth werden größer – das zeigt sich auch in der Klimabewegung, in: *analyse & kritik*, H. 694 (Juni 2023), URL: <https://www.akweb.de/ausgaben/694/weniger-und-mehr/> [eingesehen am 12.09.2024]), sehen andere den Postwachstumsansatz deutlich kritischer.

schen Ansatz, da erneuerbare Energien oder batteriebetriebene Autos die Frage der sozialen Gerechtigkeit und Rohstoffbeschaffung in den Hintergrund drängten. Erneuerbare Energien bedeuteten weiterhin Wachstum und Profitmehrung für wenige, wohingegen Energiegerechtigkeit und Energiesouveränität im globalen Maßstab ausgeblendet werde. Da die Frage der Gerechtigkeit eine zentrale Rolle im Engagement für Klimaschutz einnimmt, übernehmen viele radikale Zusammenschlüsse die Selbstbezeichnung einer *Klimagerechtigkeitsbewegung*. Auch wenn dies kein Alleinstellungsmerkmal der radikalen linken Akteure in dem hier untersuchten Bewegungsspektrum ausmacht, werden Klimaschutzkämpfe stets intersektional gedacht, da die Folgen des Klimawandels die von Rassismus, Sexismus und Klassismus benachteiligten Menschen eher treffen als die privilegierten Schichten im Globalen Norden.

Überdies spielt das Themenfeld Rechtsextremismus in diesem Zusammenhang für linksradikale Akteure eine Rolle. Dies zeigt sich auf vier Ebenen: Erstens soll verhindert werden, dass das Thema Umwelt von extremen Rechten besetzt wird;³¹ zweitens befürchtet man durch den zunehmenden Klimawandel eine geschwächte politische Ordnung, die ein Gelegenheitsfenster für ebenjene rechten Gruppierungen darstelle; drittens haben Klimaaktivisten vor allem in der Lausitz Gewalt von rechten Akteuren erfahren; und viertens bekämpft man all jene Akteure, wie beispielsweise die AfD, die massiv gegen Klimaschutzmaßnahmen opponieren.³²

Jenseits der grundlegenden Forderungen nach Abschaffung kapitalistischer Strukturen zeichnet sich die Klimagerechtigkeitsbewegung durch einen erheblichen Überschuss an Utopie aus. Wie bereits auf anderen Themenfeldern in früheren Dekaden erprobt, steht für viele linksradikale Klimaakteure die konkrete soziale Gruppenbildung im Vordergrund. Sie sind davon überzeugt, dass sich die Gesellschaft nur verändern kann, wenn die Neuausrichtung vorgelebt wird, sodass sie unterschiedlichste, innovative Formen des Zusammenlebens im Kleinen erproben. Die „Transformation hin zu einer befreiten Gesellschaft“ lasse sich nur über „achtsame, solidarische Beziehungen“, hierarchiefreie Kollektive und intensive Beziehungsarbeit³³ realisieren. Utopie verstehen die Klimaaktivisten dabei als permanenten, Orientierung stiftenden Prozess, der seine Bewegungsenergie aus der Kritik an den bestehenden Verhältnissen gewinnt³⁴, um so „die erste Generation

31 Insbesondere *der rechte rand* macht darauf aufmerksam, dass der Naturschutz auch historische Wurzeln im rechten politischen Lager hat.

32 Vgl. International Working Group of *Ende Gelände*: Shut shit down! Ein Ende Gelände-Leitfaden für Aktivist*innen, Berlin 2020, URL: <https://www.ende-gelaende.org/wp-content/uploads/2021/02/Basics-Ende-Gelaende-online-version.pdf> [eingesehen am 12.09.2024].

33 ausgeCO2hlt: Jenseits von Hoffnung & Zweifel: Gedanken zum Widerstand in der Klimakrise, Münster 2023, S. 64.

34 Ebd., S. 44.

zu sein, die die Umwelt in einem besseren Zustand zurück lässt als der, in dem wir sie vorfanden“³⁵.

Entsprechend lehnen zahlreiche radikale Klimagerechtigkeitsaktivisten Dringlichkeitsdiskurs und Apokalyptik ab – Narrative, die für Fridays for Future und Die Letzte Generation zentral sind. Der permanente Verweis auf Kipppunkte und Zeitdruck suggeriere ein Wissensproblem, obwohl es sich vielmehr um eine systemische Herausforderung handele, der gegenwärtig erfolglos mit der Fortsetzung des kapitalistischen Wirtschaftens begegnet werde. Überdies ließen sich mit einer „Katastrophenpropaganda“ keine nachhaltigen gesellschaftlichen Veränderungen erreichen, sondern lediglich ein „Notstandsregime“ vorbereiten.³⁶ Hingegen finden sich kaum Deutungsmuster, die mit dem „Ausnahmestandard“ argumentieren, um die „Aufhebung des Rechtszustandes zu legitimieren“³⁷, sondern damit überwiegend eine Distanzierung gegenüber der Notwehrargumentation begründen.

Einige Autoren vermuten hinter dem Dringlichkeitsnarrativ gar einen gefährlichen Anti-Anthropozentrismus, der nicht den Menschen als zentralen Bezugspunkt für das Verständnis der Welt ansieht, sondern alle Lebewesen und die Natur gleichberechtigt berücksichtigt.³⁸ Dennoch scheint die radikale Klimagerechtigkeitsbewegung sich nicht gänzlich einig zu sein, ob der Mensch im Zentrum der Bemühungen stehen sollte. In *Konkret* und *arranca!* beispielsweise wird sich entschieden gegen eine anthropozentrische Sichtweise positioniert.³⁹ Und auch die Animal Liberation Front (ALF) – die radikale Tierrechtsbewegung, die seit den 1990er Jahren unter anderem mit Brandstiftung, Jagdsabotage, Bedrohungen und Tierbefreiungsaktionen auf sich aufmerksam macht – kritisiert vehement die Ungleichbehandlung zwischen Mensch und Tier; sie fordert eine egalitäre Ethik, die alle empfindungsfähigen Lebewesen inkludiert⁴⁰ – eine Haltung, die aus einer historisch-materialistischen Perspektive als Flucht vor der zweiten Natur, also der

35 Ritchie, Hannah: Hoffnung für Verzweifelte. Wie wir als erste Generation die Erde zu einem besseren Ort machen, München 2024, S. 21.

36 Quadfasel: Weite des Alls.

37 Was laut Hansen und Arnung ein Merkmal linker „Extremisten“ sei; vgl. Hansen, Hendrik und Arnung, Thomas: Entgrenzung des Extremismus in der Klimaschutzbewegung. Eine Fallstudie am Beispiel von ‚Extinction Rebellion‘, in: Hansen, Hendrik und Pfahl-Traugber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/2020 (I), Brühl 2021, S. 389-417, hier S. 397.

38 Vgl. Schneider, David: My Own Private Holocaust, in: Bahamas, H. 18 (2019), S. 34-37.

39 Vgl. Roth, Jürgen: Unschlüssige Schönheit. Wie ist es um das Verhältnis der Linken zur Natur bestellt?, in: *Konkret*, H. 8/2018, S. 55-57; Thore: Den Sozialismus zum Leben erwecken, in: *arranca!*, H. 54 (2020), URL: <https://arranca.org/ausgaben/gute-besserung-gesundheit/den-sozialismus-zum-leben-erwecken> [eingesehen am 12.09.2024].

40 Vgl. Roscher, Mieke: Tierschutz- und Tierrechtsbewegung – ein historischer Abriss, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 8-9/2012, S. 34-40.

kulturell geprägten Welt mit verinnerlichten Regeln und Konventionen, in die erste Natur, eine als ursprünglich imaginierte physische und biologische Umwelt, kritisiert wird.

Neben der Frage des Speziesismus - der Vorstellung, in welcher dem Menschen Vorrang vor allen anderen Lebensformen und -arten eingeräumt wird - ist die Haltung zur Militanz innerhalb der radikalen Klimagerechtigkeitsbewegung eine weitere Sollbruchstelle. So attestiert beispielsweise der schwedische Wissenschaftler und Aktivist Andreas Malm der Klimagerechtigkeitsbewegung einen Fetisch der Gewaltlosigkeit, den er als strategische Sackgasse kritisiert. Malm plädiert für gewalttätige Flanken, die sich auf Gewalt gegen Sachen, Sabotage an Infrastruktureinrichtungen und den Kampf gegen Luxusemissionen fokussieren.⁴¹ Auch andere Akteure rechtfertigen ihre direkten Aktionen, wie beispielsweise Brandanschläge auf Strommasten zur Unterbrechung der Produktion (Tesla Werk in Grünheide) oder die Besetzung von Betriebsstätten, um einen Stopp der Kohleförderung zu erzwingen (Braunkohletagebau Jämschwalde und Welzow-Süd in Brandenburg) damit, dass wir in einer gewaltvollen Gesellschaft lebten und die Klimagerechtigkeitsbewegung nur erfolgreich sein könne, wenn sie in der Lage sei, eine „Gegenmacht“ aufzubauen.⁴² Aus dieser Perspektive wird häufig argumentiert, dass die in der Klimagerechtigkeitsbewegung dominierende Gewaltfreiheit ein zu weites Verständnis von Gewalt habe, das sich auf Aktionen des zivilen Ungehorsams oder Sabotage erstreckt. Demgegenüber präferierten jene, die wie Malm argumentieren, einen engen Gewaltbegriff, der ausschließlich physische Gewalt gegen Menschen meint.⁴³ Demzufolge sei das Bekenntnis zu direkten Aktionen keine unmittelbare Gewalt. Die Legitimität von Gewalt dürfe jedoch (und dies scheint Konsens in jenen Zusammenhängen zu sein, die militante Aktionen in Betracht ziehen) kein Selbstzweck sein. Vielmehr müsse ihr Einsatz stets in jeder Situation neu überdacht und abgewogen werden.

Während die Gewaltfrage eine Bruchstelle innerhalb der radikalen Klimagerechtigkeitsbewegung ist, sind Praktiken des zivilen Ungehorsams hingegen eine anerkannte Taktik - auch weil diese „Aktionsform [...] zu vielfältigen subjektiven Bewusstseinszuständen [passt] und [diese] erweitert [...], ohne die Frage der Militanz zur Gretchenfrage zu erklären“⁴⁴. Massenaktionen des zivilen Ungehorsams könnten „wirkmächtige Bilder für die Unversöhnlichkeit und Radikalität politischer For-

41 Malm spricht sich demzufolge nicht für Gewalt gegen Menschen aus; vgl. Malm: Wie man eine Pipeline in die Luft jagt.

42 Vgl. Zucker im Tank (Hrsg.): Glitzer im Kohlenstaub.

43 Ebd., S. 319.

44 Rafiki: „Wie selbstverständlich wurden Barrikaden gebaut“. Über zivilen Ungehorsam, Repression und Massenmilitanz, in: arranca, H. 53 (2019), URL: <https://arranca.org/ausgaben/brave-new-climate/wie-selbstverst%C3%A4ndlich-wurden-barrikaden-gebaut> [eingesehen am 12.09.2024].

derungen“ schaffen und somit einen „Resonanzraum“ für politische Ansprüche öffnen sowie sich im Ringen um Diskurshegemonie und Hegemonie als durchsetzungsstark erweisen.⁴⁵ Mit diesem zentralen Argumentationsmuster rechtfertigen Ende Gelände ihre Aktionen in den Braunkohlerevieren. Dennoch räumt die Gruppe selbstkritisch ein, dass man durch diese Aktionen zwar Menschen politisieren und Organisationen verstetigen, jedoch – vor allem mit Blick auf den in der Kohlekommission erzielten Konsens – kaum politische Erfolge erringen oder die Arbeiterschaft in den Revieren erreichen konnte.⁴⁶

Zusammengefasst: Radikale Klimagerechtigkeitsgruppen sind (neben dem Verlangen nach einer effektiven Klimaschutzpolitik) vor allem durch die Forderung nach einem systematischen Wandel insbesondere der Überwindung des Kapitalismus sowie durch die Zurückweisung grüner Wachstumspolitiken und des Dringlichkeitsnarrativs geprägt. Auch die Praxis des zivilen Ungehorsams sowie das Bestreben, gesellschaftliche Utopien im Kleinen voranzutreiben, scheinen innerhalb der linksradikalen Klimaschutzgruppen Konsens zu sein. Demgegenüber sind sie in Bezug auf den Speziesismus und die Frage der Militanz respektive Gewalt eher gespalten. Daher sind sowohl aufgrund der entsprechenden Merkmale als auch von Eigenbezeichnungen Gruppen und Kollektive wie *ausgeCO2ht*, *Ende Gelände*, *End Fossil*, *Interrupt Tesla* oder *Hambi bleibt!* in dieses Bewegungsspektrum einzuordnen.

Distanz und Abneigung: Die Sicht auf aktuelle Klimaschutzbewegungen

Demgegenüber betrachteten die linken Klimagerechtigkeitsaktivisten die medial präsenten Gruppierungen wie Extinction Rebellion (XR), Letzte Generation (LG) und Fridays for Future (FFF) mit Distanz und Skepsis. So habe XR beispielsweise systematisch mit dem Konsens der Klimagerechtigkeitsbewegung gebrochen – dass der Kapitalismus die Ursache für die Klimakrise sei – und stattdessen andere Narrative und Aktionsformen etabliert. Dazu gehören unter anderem der proaktive Kontakt mit und die positive Bezugnahme auf Polizei und Ordnungskräfte⁴⁷ sowie die Präferenz für das klimapolitische Steuerungsinstrument des Emissions-

45 Vgl. ebd.

46 Behrmann, Inken: Zu unserer Hoffnung stehen. Klimapolitik zwischen radikalem Systemwandel und realpolitischen Prozessen, in: *arranca!*, H. 53 (2019), URL: <https://arranca.org/ausgaben/brave-new-climate/zu-unserer-hoffnung-stehen> [eingesehen am 12.09.2024].

47 Kapfinger, Mira / Schmelzer, Matthias / Häußermann, Dorothee / Payal Parakh: Geschichte: Eine Bewegung, viele Generationen, in: Greybinak, Manuel (Hrsg.): *Kippunkte. Strategien im Ökosystem der Klimabewegung*, Münster 2024, S. 59-79.

handels. Auch werden die apokalyptischen Zukunftsszenarien kritisiert, da diese eher zu Ohnmacht statt zu Handlungsmacht und Aktivismus führten⁴⁸.

Gerade diese hohe Emotionalität, die innerhalb der Bewegung kultiviert werde, eröffne Möglichkeiten für Gurus, Verführer und irrationale Ideologien, wie Jutta Ditfurth in *Konkret* analysiert. Sie wirft den XR-Aktivist*innen Staatsgläubigkeit sowie Unterwerfungsbereitschaft vor und kritisiert, dass der Zusammenschluss allen gleichermaßen offenstehe, also auch Rassisten, Sexisten oder Antisemiten. Überdies kenne man bei XR nicht die Mechanismen der „kapitalistischen Produktionsweise, nur ein böses toxisches System“, an dem „wir alle“ schuld seien und somit die „drohende Auslöschung der Menschheit“ zu verantworten hätten, womit – so der Vorwurf von Ditfurth – „Ausbeuter*innen und Erniedrigte in einen Topf“ geworfen würden.⁴⁹

Ähnlich kritisieren linksradikale Klimaschutzakteure die Letzte Generation. Auch ihr wird ein mangelndes politisches Verständnis vorgeworfen⁵⁰. Innerhalb der Gruppe finde keine Reflexion über die Taktik statt und sie habe ein Defizit bei der Thematisierung kapitalistischer Strukturen als Ursache der Klimakrise. Autoren der *Bahamas* werden noch deutlicher: Die LG-Forderung nach einem Bürgerrat verrate den eigentlichen Gedanken eines Rätessystems und habe stattdessen die „Etablierung eines rigiden Maßnahmenstaates“ im Blick.⁵¹ Derweil werden in der *Rebell*⁵², der *Anti-Atom-Aktuell* und der *Konkret* zwar Solidaritätsbekundungen gegenüber der Letzten Generation geäußert und deren Kriminalisierung kritisiert, die fehlende taktische Reflexion der LG aber gleichermaßen bemängelt.⁵³

Viel umfangreicher als mit XR und LG beschäftigen sich die untersuchten Zeitschriften mit FFF. Dies hängt sicherlich mit dem immensen Mobilisierungserfolg und der starken Sichtbarkeit von FFF insbesondere im Jahr 2019 zusammen. Annäherungen zwischen der Jugendbewegung und den radikal linken Akteuren sind kaum sichtbar, vielmehr wird in den Organen deutliche Kritik an FFF geübt. Einerseits wird die Fixierung der Bewegung auf die Wissenschaft missbilligt, da „wissenschaftliche Szenarien [...] zwar ein unerlässliches Handwerkszeug [seien], aber keine politische Haltung“⁵⁴ ersetzen. Überdies wird der fehlende Fokus auf Ge-

48 ausgeCO2hlt: Jenseits von Hoffnung & Zweifel, S. 19.

49 Ditfurth, Jutta: Extinction of Rebellion, in: *Konkret*, H. 11/2019, S. 15-16 und dies.: Compassionate Revolution Limited, in: *Konkret*, H. 12/2019, S. 35-36.

50 Vgl. Malm: Wie man eine Pipeline in die Luft jagt, S. 339.

51 Möller, Mario und Schulzendorf, Sabine: Krise und Macht, in: *Bahamas*, H. 92 (2023), S. 48-52.

52 Zeitschrift des gleichnamigen Jugendverbandes der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD).

53 Vgl. exemplarisch Torsch, Bernhard: Fridays for Future without Jews, in: *Konkret*, H. 1/2024, S. 20 f.

54 ausgeCO2hlt: Jenseits von Hoffnung & Zweifel, S. 30.

rechtigkeit und die Hoffnung auf Technofixes, den man innerhalb der Bewegung wahrnehme, kritisiert.⁵⁵ Klimagerechtigkeit werde einseitig als Generationenkonflikt verhandelt, während Klassen-, Gender- oder Nord-Süd-Konflikte durch die weiße, akademische Bewegung ausgeblendet würden.⁵⁶ Die *Konkret* sieht aufgrund der Naivität, des zur Schau getragenen Weltschmerzes und der manichäischen Perspektive auf die Welt Parallelen zur Öko- und Alternativbewegung der 1980er Jahre.⁵⁷

Doch auch wenn die heutigen Klimaaktivisten „im weitesten Sinne ‚links‘“ stünden, wisse niemand mehr, „was das heißen soll [...] am allerwenigsten die Protagonisten selbst“⁵⁸. In den 1980er Jahren dagegen habe man noch gewusst, in welchem Verhältnis Jutebeutel und Körnerbrot, also die politische Praxis, zur Befreiung von Mensch und Tier gestanden hätten. Und die Schwäche der heutigen Klimaaktivisten sei, dass es ihnen nicht um ein anderes Leben, sondern lediglich um das Überleben ginge, wo dann Fragen nach Gerechtigkeit und der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums eher kleinlich wirkten.⁵⁹ Insbesondere nach den antisemitischen Äußerungen Greta Thunbergs infolge des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 distanzieren sich die Autoren in *Konkret* sehr deutlich von FFF; zuvor hatten sich bereits verschiedene Autoren in der *Bahamas* teils sehr despektierlich über die „autistische Emotionslosigkeit“ und „ideologische Verblendung“ der FFF-Initiatorin geäußert.⁶⁰

Fazit

Die hier präsentierte grobe Durchsicht einschlägiger Zeitschriften zeigt, dass der gesellschaftliche Kampf für saubere Luft, gegen risikoreiche und gesundheitsschädliche Energieproduktion oder für eine wirksame Klimaschutzpolitik nicht erst seit Fridays for Future in der radikalen Linken ein Thema ist. Vielmehr war dies schon seit Längerem ein Aktionsfeld, das sich personell und organisatorisch Ende der 2010er Jahre insbesondere in lokalen Protestzusammenhängen wie *ausgeCO2hlt*, *Ende Gelände*, *End Fossil* oder *Hambi bleibt!* verdichtet hat. Sie alle engagieren sich

55 Ebd., S. 35.

56 Eckstein, Lara: Feminismus. Streik. Klimagerechtigkeit. Gemeinsamkeiten, Differenzen und Perspektiven von 8M und Fridays for Future, in: *arranca!*, H. 53 (2019), URL: <https://arranca.org/ausgaben/brave-new-climate/feminismus-streik-klimagerechtigkeit> [eingesehen am 12.09.2024].

57 Quadfasel, Lars und Will, Alexander: Klimastreik und Counterstrike, in: *Konkret*, H. 11/2019, S. 12-14.

58 Ebd., S. 12.

59 Ebd.

60 Kunstreich, Tjark: My Own Private Holocaust, in: *Bahamas*, H. 81 (2019), S. 34-36.

konkret vor Ort gegen klimaschädliche Produktionsprozesse und verbinden dies mit Forderungen nach gesellschaftlichem Wandel unter der Prämisse einer Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsform.

Diese linksradikalen Zusammenschlüsse, die sich überwiegend vor der Etablierung von FFF herauskristallisierten, grenzen sich mindestens auf inhaltlich-ideologischer Ebene entschieden von den gegenwärtigen Klimaschutzbewegungen wie XR, LG oder FFF ab. Begründet wird dies vor allem mit der unpolitischen Haltung der anderen Akteure. Diese zeige sich zum einen in deren ungeklärtem Verhältnis von Mensch und Natur und zum anderen in deren kapitalismuskonformen Forderungen. Radikal linke Klimagerechtigkeitsbewegungen fordern systemischen Wandel statt lediglich eine Veränderung individueller Verhaltensmuster wie Energieeinsparung oder nachhaltiger Konsum.

Auch lehnen radikale Klimaaktivisten Dringlichkeitsnarrative und die Beharrung auf apokalyptischen Szenarien ab - Deutungsrahmen, die FFF, XR und LG zugerechnet werden. Stattdessen setzen radikale Linke in dem hier betrachteten Bewegungszusammenhang auf gesellschaftliche Innovationen, die sie im eigenen Zusammenleben erproben und von deren Wirksamkeit hinsichtlich beginnender, systemischer Veränderungen sie gesellschaftliche Mehrheiten überzeugen wollen. Dafür erscheint ihnen die Praxis des zivilen Ungehorsams legitim - was radikale Akteure mit XR, FFF und LG teilen. Radikale Linke schrecken im Kampf für Klimagerechtigkeit allerdings auch vor direkten Aktionen und militanten Praktiken nicht zurück.

Literaturverzeichnis

- Aljets, Janna und Müller, Tazio: Von der Gruppe auf die Straße. Gegen Kapitalismus und Klimakrise, in: *arranca!*, H. 53 (2019), URL: <https://arranca.org/ausgaben/brave-new-climate/von-der-grube-auf-die-stra%C3%9Fe> [eingesehen am 12.09.2024].
- ausgeCO2hlt: Jenseits von Hoffnung & Zweifel: Gedanken zum Widerstand in der Klimakrise, Münster 2023.
- Baron, Udo: Die Klimaschutzbewegung und der Linksextremismus. Eine Analyse von Akteuren und Objekten linksextremistischer Beeinflussungsversuche, in: Hansen, Hendrik und Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung*, Jg. 2019/2020 (I), S. 300-321.
- Behrmann, Inken: Zu unserer Hoffnung stehen. Klimapolitik zwischen radikalem Systemwandel und realpolitischen Prozessen, in: *arranca!*, H. 53 (2019), URL: <https://arranca.org/ausgaben/brave-new-climate/zu-unserer-hoffnung-steinen> [eingesehen am 12.09.2024].
- Brand, Ulrich und Voigt, Katja: Wider den Klimakolonialismus. Ivonne Ynanez vom ecuadorianischen Kollektiv Acción Ecológica über die Ausbeutung des Glo-

- balen Südens, in: analyse & kritik, H. 694 (2023), URL: <https://www.akweb.de/ausgaben/694/ivonne-yanez-wider-den-klimakolonialismus-die-ausbeutung-des-globalen-suedens/> [eingesehen am 12.09.2024].
- Bremer, Silke: Grüne statt gelbe Gewerkschaften - Soziale und ökologische Kämpfe gehören zusammen, in: Direkte Aktion, H. 233 (Jan./Febr. 2016).
- Ditfurth, Jutta: Compassionate Revolution Limited, in: Konkret, H. 12/2019, S. 35-36.
- Ditfurth, Jutta: Extinction of Rebellion, in: Konkret, H. 11/2019, S. 15-16.
- Eckstein, Lara: Feminismus. Streik. Klimagerechtigkeit. Gemeinsamkeiten, Differenzen und Perspektiven von 8M und Fridays for Future, in: arranca!, H. 53 (2019), URL: <https://arranca.org/ausgaben/brave-new-climate/feminismus-streik-klimagerechtigkeit> [eingesehen am 12.09.2024].
- Hansen, Hendrik und Arnung, Thomas: Entgrenzung des Extremismus in der Klimaschutzbewegung. Eine Fallstudie am Beispiel von ‚Extinction Rebellion‘, in: Hansen, Hendrik und Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/2020 (I), Brühl 2021, S. 389-417.
- International Working Group of *Ende Gelände*: Shut shit down! Ein Ende Gelände-Leitfaden für Aktivist*innen, Berlin 2020, URL: <https://www.ende-gelaende.org/wp-content/uploads/2021/02/Basics-Ende-Gelaende-online-version.pdf> [eingesehen am 12.09.2024]
- Jakobi, Lydia: Widerstand gegen sich selbst, in: Phase 2, H. 51 (Sommer 2015), URL: <https://www.phase-zwei.org/hefte/artikel/widerstand-gegen-sich-selbst-201> [eingesehen am 12.09.2024].
- Jakopovich, Dan: Eine machtvolle Synthese, in: Direkte Aktion, H. 191 (Nov./Dez. 2009).
- Kapfinger, Mira / Schmelzer, Matthias / Häußermann, Dorothee / Payal Parakh: Geschichte: Eine Bewegung, viele Generationen, in: Greybinak, Manuel (Hrsg.): Kippunkte. Strategien im Ökosystem der Klimabewegung, Münster 2024, S. 59-79.
- Kunstreich, Tjark: My Own Private Holocaust, in: Bahamas, H. 81 (2019), S. 34-36.
- Malm, Andreas: Wie man eine Pipeline in die Luft jagt. Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen, Berlin 2020.
- Möller, Mario und Schulzendorf, Sabine: Krise und Macht, in: Bahamas, H. 92 (2023), S. 48-52.
- Novoa, Marco Bazán: Alternativen zur Entwicklungspolitik jetzt. Für eine respektvolle und liebevolle Beziehung zur Natur und zur Menschheit, in: arranca!, H. 53 (2019), URL: <https://arranca.org/ausgaben/brave-new-climate/alternativen-zur-entwicklungspolitik-jetzt> [eingesehen am 12.09.2024].
- O. V.: „Das Geschäft mit den grünen Lügen wächst“, Interview mit der Autorin Kathrin Hartmann, in: Konkret, H. 8/2018.
- Quadfasel, Lars: Weite des Alls, Enge der Welt, in: Konkret, H. 10/2019, S. 28-30.

- Quadfasel, Lars und Will, Alexander: Klimastreik und Counterstrike, in: Konkret, H. 11/2019, S. 12-14.
- Pettenkofer, Andreas: Die Entstehung der grünen Politik. Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung, Frankfurt am Main / New York 2014.
- Radkau, Joachim: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011.
- Rafiki: „Wie selbstverständlich wurden Barrikaden gebaut“. Über zivilen Ungehorsam, Repression und Massenmilitanz, in: arranca, H. 53 (2019), URL: <https://arranca.org/ausgaben/brave-new-climate/wie-selbstverst%C3%A4ndlich-wurden-barrikaden-gebaut> [eingesehen am 12.09.2024].
- Ritchie, Hannah: Hoffnung für Verzweifelte. Wie wir als erste Generation die Erde zu einem besseren Ort machen, München 2024.
- Roscher, Mieke: Tierschutz- und Tierrechtsbewegung – ein historischer Abriss, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 8-9/2012, S. 34-40.
- Roth, Jürgen: Unschlüssige Schönheit. Wie ist es um das Verhältnis der Linken zur Natur bestellt?, in: Konkret, H. 8/2018, S. 55-57.
- Schmelzer, Matthias: Weniger ist mehr. Die Schnittmengen zwischen Ökosozialismus und Degrowth werden größer – das zeigt sich auch in der Klimabewegung, in: analyse & kritik, H. 694 (Juni 2023), URL: <https://www.akweb.de/ausgaben/694/weniger-und-mehr/> [eingesehen am 12.09.2024].
- Schneider, David: My Own Private Holocaust, in: Bahamas, H. 18 (2019), S. 34-37.
- Segler, Tim: „Neue“ Gefahr von Links? Radikalisierungstendenzen im Kontext der Klimaprotestbewegung, in: Analysen & Argumente, H. 417, November 2020, URL: <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Radikalisierungstendenzen+im+Kontext+der+Klimaprotestbewegung.pdf/4fe4e934-c030-e63b-1433-86a4aaeb4a32?version=1.1&t=1604654070915> [eingesehen am 04.09.2024].
- Thore: Den Sozialismus zum Leben erwecken, in: arranca!, H. 54 (2020), URL: <https://arranca.org/ausgaben/gute-besserung-gesundheit/den-sozialismus-zum-leben-erwecken> [eingesehen am 12.09.2024].
- Torsch, Bernhard: Fridays for Future without Jews, in: Konkret, H. 1/2024, S. 20-21.
- Zehn, Mila: Kommunismus in Zeiten des Klimawandels. Die ökologische Krise als soziales Verhältnis, in: arranca!, H. 53 (2019), URL: <https://arranca.org/ausgaben/brave-new-climate/kommunismus-zeiten-des-klimawandels> [eingesehen am 12.09.2024].
- Zucker im Tank (Hrsg.): Glitzer im Kohlestaub. Vom Kampf um Klimagerechtigkeit und Autonomie, Berlin/Hamburg 2022.

Ende Gelände - Grenzgänger der Klimabewegung

Philipp Liermann

Im Jahr 2015 entstand in der Waldbesetzer:innen-Szene des Hambacher Forsts im Rheinischen Braunkohlerevier „Ende Gelände“ (EG). Das Aktionsbündnis setzt sich, gemeinschaftlich, mit disruptiven Mitteln und teils erfolgreich vor allem gegen den Braunkohleabbau im Rheinland und der Lausitz ein. Gegründet wurde das Bündnis mutmaßlich von der linksradikalen Interventionistischen Linken (IL).⁶¹ Von Beginn an beteiligten sich Aktivist:innen aus verschiedenen Spektren, die sich - vereint in ihrer Enttäuschung über die Wirkungslosigkeit der Gipfelproteste - nun direkt an den Orten der CO₂-Verursacher:innen mobilisieren wollten. Schnell emanzipierte sich EG zu einer eigenständigen Bewegung und profitierte von erfahrenen Mitgliedern unterschiedlichster Herkunft - von Umweltschutzaktivist:innen bis hin zu Vertreter:innen der autonomen Szene. Heute setzt sich EG, auch außerhalb der Braunkohlereviere, mit einem stark antikapitalistischen Narrativ gegen Umweltzerstörung und Diskriminierung ein. Durch seine Verbindung zu linksradikalen Kreisen wird es seit 2016 in den Jahresberichten der Verfassungsschutzämter genannt und seit 2024 vom Bundesverfassungsschutz als linksextremistischer Verdachtsfall geführt.⁶²

Das Kernrepertoire der Bewegung beinhaltet derzeit „zivilen Ungehorsam“ und „direkte Aktionen“, von den Aktivist:innen auch „Ziviler Ungehorsam+“ genannt. Während es EG beim zivilen Ungehorsam darum geht, legale Grenzen zu über-

61 Darin sind sich Bundesverfassungsschutz (Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2023, Berlin 2024, S. 165) und IL (O. V.: Verbreitung einer radikalen Klimabewegung. Eine Auswertung von Ende Gelände, in: arranca!, H. 50 (2016), URL: <https://arranca.org/ausgaben/brot-und-bilder-die-sache-mit-der-kultur> [eingesehen am 06.12.2024]) ausnahmsweise einig. Ende Gelände selbst sieht sich von Beginn an als breites Bündnis (so auch auf seiner ersten Website: Ende Gelände: Kontakt, 2015, URL: <https://2015.ende-gelaende.org/de/kontakt.html> [eingesehen am 06.12.2024]).

62 Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2023, S. 165-167.

schreiten, um auf ein legitimes Anliegen aufmerksam zu machen, zielen direkte Aktionen darauf ab, den CO₂-Ausstoß unmittelbar zu reduzieren, indem in Produktionsprozesse eingegriffen und ein Produktionsstopp oder Reduzierung erzwungen wird.⁶³ Häufig verfolgt eine Aktion auch beide Ziele, beispielsweise durch das Blockieren eines Kohleförderbandes. Vielfältige Stimmen aus der Bewegung lassen auf ein geringes Staatsvertrauen schließen. In den öffentlich einsehbaren Selbstzeugnissen der Bewegung dominiert die Erzählung, dass der ausbeuterische Kapitalismus und der Staat untrennbar miteinander verbunden seien und Letzterer daher gegenwärtig nicht wirklich an der Lösung der Klimakrise interessiert sei. „System Change not Climate Change“ ist folglich die Devise. Die Aktivist:innen erträumen eine mögliche kapitalismusbefreite, gewaltlose Zukunftsvision, die ihrem Aktivismus ein positives Leitbild setzt und zugleich die staatlichen Strukturen fundamental infrage stellt.⁶⁴

Daher überrascht auch nicht, dass es zwischen staatlichen Institutionen und der Bewegung zu teils heftigen Auseinandersetzungen kommt. Die medienwirksamste davon ereignete sich im Herbst 2018 im Hambacher Forst, Gründungsort und Hauptwirkungsstätte der Bewegung, wo sie vielfältige Organisations- und Koordinationsaufgaben übernahm. Als die nordrhein-westfälische Landesregierung die endgültige Räumung des seit 2012 bestehenden Protestcamps gegen die Rodung des Hambacher Forsts zur Kohleförderung unter dem Vorwand von Brandschutzmängeln anordnete, widersetzte sich die Bewegung mit gut ausgebauten Barrikaden unter bundesweiter Aufmerksamkeit der Räumung. Während dieser, für die der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul schon früh ein „Null-Toleranz-Prinzip“ und eine „harte Linie“ angekündigt hatte,⁶⁵ meldeten Sicherheitsbehörden Angriffe unter anderem mit Steinen, wohingegen Protestierende über willkürliche Polizeigewalt klagten.⁶⁶ Gipfel der Auseinandersetzung war der Tod eines der Bewegung nahestehenden Journalisten, der den Aktivist:innen zufolge unter dem Druck der Räumung durch eine morsche Brücke fiel und verstarb. Nach etwa einem Monat wurde die Räumung zwar durch ein gerichtliches Eilverfahren gestoppt, der Prozess wurde jedoch durch die Vorverlegung des Kohleausstiegs irrelevant.

Wie es zu solchen und ähnlichen Eskalationen kommt, wird indes selten umfassend untersucht. Forschungsvorhaben zu Gewalthandlungen im Rahmen poli-

63 Ende Gelände: We Shut Things Down, Hamburg 2022, S. 83.

64 Die Aktivist:innen legen hier deutlich ihre Ansichten dar: Ende Gelände: Überall Polizei, nirgendwo Sicherheit, 2022, URL: <https://www.ende-gelaende.org/polizeikritik/> [eingesehen am 26.11.2024]; Ende Gelände: We Shut Things Down, S. 171-181.

65 Reisener, Thomas: Hambach: Reul kündigt harte Linie an, in: Rheinische Post, 04.09.2018.

66 O. V.: Über Polizeigewalt, in: Hambacher Forst bleibt! Blog, 10.08.2018, URL: <https://hambacherforst.org/blog/2018/09/10/ueber-polizeigewalt/> [eingesehen am 06.12.2024].

tischer Proteste stoßen unter anderem auch deswegen auf Hindernisse, weil die Protestakteur:innen häufig aus Furcht vor weiterer Strafverfolgung oder aus taktischen Gründen nicht mit den Forscher:innen sprechen möchten. Bei der Betrachtung polizeilicher Darstellungen ist hingegen zu beachten, dass die Polizei als Träger des staatlichen Gewaltmonopols dazu gezwungen ist, ihr eigenes Handeln gegenüber der Öffentlichkeit zu legitimieren. Veröffentlichungen der Polizei zu Eskalationen sind daher nicht unbefangen und müssen von Forschenden kritisch reflektiert werden. Sie bieten ihnen daher ebenfalls keinen einfachen Zugang.⁶⁷ Darüber hinaus fokussieren sich retrospektive Deutungen wie beispielsweise die der Verfassungsschutzbehörden überwiegend auf linksradikale Teile der Bewegungen als Verursacher der Gewalt.⁶⁸

Einfache Erklärungen für die Entstehung von Gewalt gibt es allerdings nicht. Eskalationsprozesse haben immer vielfältige Ursachen.⁶⁹ So könnten im Hambacher Forst zwar gewaltbereite Akteur:innen Einfluss gehabt haben; doch waren die Erwartungen an die Eskalation im Vorfeld hoch, was die Gewaltbereitschaft auf beiden Seiten verstärkt haben könnte, was sich wiederum nicht zuletzt am erwähnten „Null-Toleranz-Prinzip“ des Innenministers illustrieren lässt.⁷⁰ Ebenso spielen möglicherweise die Enttäuschung der Besetzer:innen über das politische System sowie die ernüchternden Ergebnisse der Kohlekommission und fehlgeschlagene Vermittlungsversuche im Vorfeld eine wichtige Rolle. Zudem könnte eine Vielzahl vorheriger Begegnungen zwischen Sicherheitskräften und Protestierenden sowie deren starke emotionale Verbundenheit mit dem Forst die Eskalation vorgezeichnet haben. Unabhängige Untersuchungen für die Räumung 2018, wie auch für andere Aktionen der Gruppe, fehlen derzeit indes, sodass sich keine verlässliche Aussage über deren tatsächliches Gewaltpotenzial treffen lässt.

Von der staatskritischen Haltung und den disruptiven Methoden unmittelbar auf eine grundsätzlich gewalttätige Haltung der gesamten Bewegung zu schließen, wäre jedoch irreführend. Denn Ende Gelände zeichnet sich auch durch eine demokratische und vergleichsweise offene Struktur aus, in der das Verhältnis zur Gewalt

67 Vgl. Malthaner, Stefan / Teune, Simon / Ullrich, Peter: Eskalation. Dynamiken der Gewalt im Kontext der G20-Proteste in Hamburg 2017, Berlin/Hamburg 2018, S. 18-21.

68 Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2018, Berlin 2019, S. 130-132.

69 Unübersichtliche Lagen werden von gewaltaffinen Individuen häufig genutzt, um punktuell Gewalt auszuüben oder Ausschreitungen zu provozieren. Das ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einer strukturellen Eskalationsspirale, die von komplexen Faktoren abhängt. Für einen Überblick über strukturelle Eskalation von sozialen Bewegungen vgl. Bosi, Lorenzo / Malthaner, Stephan: Political Violence, in: della Porta, Donatella und Diani, Mario (Hrsg.): The Oxford Handbook of Social Movements, Oxford 2015, S. 439-451, hier S. 440, <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199678402.013.50>.

70 Reisener, Thomas: Hambach.

beständig verhandelt wird.⁷¹ In den vergangenen zwei Jahren veröffentlichten die Aktivist:innen zudem Sammelbände, in denen sie öffentlich über ihre Strategie und Taktik sprechen und Selbstreflexionsfähigkeit beweisen.⁷² EG hält es diesen Veröffentlichungen zufolge für entscheidend, die Bevölkerung mitzunehmen, indem es dieser eine klimaneutrale funktionale und solidarische Gemeinschaft vorlebt und dabei auch immer wieder innovative Formen der Gemeinschaftsbildung erprobt.⁷³ In Letzterem unterscheidet sich EG beispielsweise von Fridays for Future oder der Letzten Generation. EG bindet sich als soziale Bewegung mit seinen Forderungen eng an das Bewegungsnetzwerk der „Global Justice Bewegung“, die eine fairere Beziehung zwischen dem Globalen Norden und Süden sowie ein inklusiveres politisches System fordert, außerdem auf rassistische und geschlechtsspezifische Aspekte der Klimakrise aufmerksam macht. Die Aktivist:innen fordern mehr Gerechtigkeit und Mitbestimmung ein, um die Weiterentwicklung der demokratischen Gesellschaft voranzutreiben. Mit dem Erproben alternativer Beteiligungsformen versuchen sie schließlich zu beweisen, dass es Möglichkeiten gibt, demokratische Grundsätze besser zu realisieren. Trotz ihrer drastischen Staatskritik hat die Bewegung daher ein großes Potenzial, konstruktive Impulse zu geben.⁷⁴

Ende Gelände ist multithematisch, da es klassisch linke politische Forderungen mit Klimaschutz verbindet und so über diesen hinausgeht. Durch den verstärkten Einsatz der beschriebenen disruptiven Mittel und einer Staatskritik, die zwischen fundamentaler Opposition und Widerstand schwankt, ist das Bündnis sowohl in seinen Aktionen als auch in seinen Forderungen ein Grenzgänger der Klimabewegung. Gerade weil sich die Auseinandersetzungen um die Klimakrise durch deren Folgen und die allgemeine politische Polarisierung voraussichtlich eher verhärten als entspannen werden, ist Ende Gelände ein spannender Akteur für die Forschung und die Öffentlichkeit, weil sich an ihm zeigen könnte, inwiefern fundamentaler Protest auch ohne Gewalteskalation möglich sein kann. Das ist nicht nur eine Frage der Umwelt- und Klimabewegung, sondern auch ein Test für die Toleranz staatlicher Institutionen und deren Reformfähigkeit. Umso wichtiger ist es daher, dass

71 Vgl. Vandepitte, Ewoud / Vandermoere, Frédéric / Hustinx, Lesley: Civil Anarchizing for the Common Good. Culturally Patterned Politics of Legitimacy in the Climate Justice Movement, in: *Voluntas*, Jg. 30 (2019), H. 1, S. 327-341, <https://doi.org/10.1007/s11266-018-00073-5>.

72 Beispielsweise Ende Gelände: *We Shut Things Down; oder aus dessen Umfeld: Zucker im Tank* (Hrsg.): Glitzer im Kohlestaub, Berlin/Hamburg 2022.

73 Grebenjak, Manuel: Einleitung: Warum wir die Klimabewegung als Ökosystem verstehen müssen, in: Grebenjak, Manuel (Hrsg.): *Kipppunkte. Strategien im Ökosystem der Klimabewegung*, Münster 2024, S. 15-48, hier S. 20.

74 Zum emanzipativen Potenzial sozialer Bewegungen vgl. della Porta, Donatella: *Democracy in Social Movements*, in: della Porta, Donatella und Diani, Mario (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Social Movements*, Oxford 2015, S. 767-780, hier S. 769-775, <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199678402.013.23>.

Protestierende über die Folgen, Chancen und Gefahren von Protestformen aufgeklärt sind und durch politische Bildung ermächtigt werden, eigenständig Grenzen für ihr Handeln zu setzen - nicht nur um gewalttätige Eskalationen zu vermeiden, sondern auch um die basisdemokratischen Strukturen der Bewegung zu festigen und ihr emanzipatorisches Potenzial für die Gesellschaft zugänglich zu machen.

Literaturverzeichnis

- Bosi, Lorenzo / Malthaner, Stephan: Political Violence, in: Della Porta, Donatella und Diani, Mario (Hrsg.): The Oxford Handbook of Social Movements, Oxford 2015, S. 439-451, <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199678402.013.50>.
- Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2018, Berlin 2019.
- Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2023, Berlin 2024.
- Della Porta, Donatella: Democracy in Social Movements, in: dies. und Diani, Mario (Hrsg.): The Oxford Handbook of Social Movements, Oxford 2015, S. 767-780, <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199678402.013.23>.
- Ende Gelände: Kontakt, 2015, URL: <https://2015.ende-gelaende.org/de/kontakt.html> [eingesehen am 06.12.2024].
- Ende Gelände: Überall Polizei, nirgendwo Sicherheit, 2022, URL: <https://www.ende-gelaende.org/polizeikritik/> [eingesehen am 26.11.2024].
- Ende Gelände: We Shut Things Down, Hamburg 2022.
- Grebenjak, Manuel: Einleitung: Warum wir die Klimabewegung als Ökosystem verstehen müssen, in: Grebenjak, Manuel (Hrsg.): Kippunkte. Strategien im Ökosystem der Klimabewegung, Münster 2024, S. 15-48.
- Malthaner, Stefan / Teune, Simon / Ullrich, Peter: Eskalation. Dynamiken der Gewalt im Kontext der G20-Proteste in Hamburg 2017, Berlin/Hamburg 2018
- O. V.: Über Polizeigewalt, in: Hambi bleibt! Blog, 10.08.2018, URL: <https://hambacherforst.org/blog/2018/09/10/ueber-polizeigewalt/> [eingesehen am 06.12.2024].
- O. V.: Verbreitung einer radikalen Klimabewegung. Eine Auswertung von Ende Gelände, in: arranca!, 2016, H. 50, URL: <https://arranca.org/ausgaben/brot-und-bilder-die-sache-mit-der-kultur> [eingesehen am 06.12.2024].
- Reisener, Thomas: Hambach: Reul kündigt harte Linie an, in: Rheinische Post, 04.09.2018.
- Vandepitte, Ewoud / Vandermoere, Frédéric / Hustinx, Lesley: Civil Anarchizing for the Common Good. Culturally Patterned Politics of Legitimacy in the Climate Justice Movement, in: Voluntas, Jg. 30 (2019), H. 1, S. 327-341, <https://doi.org/10.1007/s11266-018-00073-5>.
- Zucker im Tank (Hrsg.): Glitzer im Kohlestaub, Berlin/Hamburg 2022.

„Politische Musik“: Feindbilder, Indizierung, Utopisieren

01

Inhalt

Einblick	162
Feindbildkonstruktionen in der linksradikalen Musikszene <i>Till Schröter und Natalia Hanauska</i>	165
Indizieren „zum Schutz der heranwachsenden Jugend“ <i>Interview mit der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ)</i>	181
Linksradikale Musik und Utopien Politisches Handeln in der Zukunftswerkstatt <i>Till Schröter und Natalia Hanauska</i>	188

Politik und Musik als Begriffspaar können vielfältige Assoziationen auslösen. Manche denken dabei an militärische Marschlieder oder an Protest- und Kritiksongs, die politische Umstände anprangern, andere hingegen eher an Lieder, die gesellschaftliche Utopien und Träume von einer besseren Welt beschreiben. In allen Fällen gilt: Musik begleitet Politik und dokumentiert und archiviert den Zeitgeist von Epochen. So wehte der „Wind of Change“ der deutschen Band Scorpions beim Fall der innerdeutschen Grenze, „Only Time“ der irischen Musikerin Enya begleitete die Berichterstattung zu den Terroranschlägen am 11. September 2001.

Umgekehrt kann Politik Musik instrumentalisieren. So entschieden in der NS-Zeit die Reichsmusikkammer und nicht zuletzt ihr Präsident Joseph Goebbels, „welche Musik als erwünscht zu gelten hatte und welche ‚auszumerzen‘ war“¹. Gespielt und gesungen wurde und wird nicht nur, um Kampf und Krieg zu glorifizieren, sondern auch in konstruktiven Kontexten, beispielsweise in demokratischen Wahlkämpfen, um möglichst viele Wähler:innen zu mobilisieren und für sich zu gewinnen. Dabei können Musikstücke von Politik und Politiker:innen auch gegen den Willen der Künstler:innen eingesetzt werden.² Nicht selten werden sie dabei (absichtlich) politisch missverstanden und fehlinterpretiert.³

So vielfältig ausgestaltet und interessant die Verbindung zwischen Musik und Politik auch sein mag, bleiben doch gewisse Dunkelfelder. Insbesondere die für die Bundesfachstelle Linke Militanz relevante Kategorie linksradikaler Musik ist unterbelichtet. Während Datenbanken mit rechtsradikaler Musik existieren, gibt es für linksradikale Musik nicht einmal eine (Arbeits-)Definition, geschweige denn methodisch fundierte sozialwissenschaftliche Analysen.

Das Dossier „Politische Musik“ widmet sich in verschiedenen Beiträgen der komplexen und spannenden Verbindung aus Musik und Politik: Till Schröter und Natalia Hanauska werfen ein Schlaglicht auf Feindbildkonstruktionen in linksradikaler Musik. In einer kategorialen Inhaltsanalyse fokussieren sie das Feindbild Polizei sowie den Konnex aus dem Feindbild Staat und dem Entwurf alternativer Ordnungen. Dabei kritisieren sie auch den bis dato äußerst spärlichen Forschungsstand: Einzig die Verfassungsschutzämter und die Extremismusforscherin Ulrike Madest haben sich bisher dem Forschungsgegenstand gewidmet - ihre Perspek-

1 Glaser, Hermann: Wie Hitler den deutschen Geist zerstörte. Kulturpolitik im Dritten Reich, Hamburg 2005, S. 199 f.

2 Vgl. Reucher, Gaby: Der Einsatz von Songs im US-Wahlkampf, in: Deutsche Welle, 01.07.2020, URL: <https://www.dw.com/de/songs-im-us-wahlkampf-rockbands-sind-nicht-immer-erfreut/a-54012630> [eingesehen am 15.10.2024].

3 Vgl. Terry, Josh: Politicians Have Always Misunderstood Springsteen's 'Born In The U.S.A.', in: VICE, 05.10.2020, URL: <https://www.vice.com/en/article/pkyjvn/misunderstood-bruce-springsteens-born-in-the-usa-trump> [eingesehen am 18.07.2024].

tive auf den Phänomenbereich ist begrifflich-konzeptuell indes eine andere als die der Autor:innen.⁴

Die Frage nach Begrifflichkeiten steht dagegen für die Mitarbeiter:innen der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz nicht auf der Tagesordnung. Die Behörde prüft potenziell jugendgefährdende Medien und indiziert diese im Sinne des Jugendschutzes, zum Beispiel wenn demokratiefeindliche Inhalte vorliegen. Doch was heißt das überhaupt? Wie sieht die Indizierungspraxis aus? Was sind die häufigsten Gründe für Indizierungen? Und in welchen Fällen können Tonträger von der Liste gestrichen werden? Diese und weitere Fragen beantwortet die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz in einem Interview.

Abgerundet wird das Dossier durch den Beitrag von Till Schröter und Natalia Hanauska, welche die Arbeit mit gesellschaftlichen und politischen Utopien als Zukunftswerkstatt anhand linksradikaler Musik in einem Angebot der politischen Bildung ausloten. Die Autor:innen zeigen, dass die Arbeit an und mit Liedern eine Reihe von Vorzügen im Vergleich zu der in der schulischen politischen Bildung nach wie vor dominierenden Textarbeit im häufig lehrkraftzentrierten Unterricht mit sich bringen kann: Songs „spiegeln [...] ein weitaus lebendigeres Bild der kollektiven Stimmung“⁵. Eingebettet in eine Zukunftswerkstatt eröffnet das Utopisieren Potenziale der demokratischen Weiterentwicklung, zeigt Missstände auf, entwirft neue gesellschaftliche Ordnungen und regt dazu an, politisch zu handeln – nicht nur im Unterricht, sondern auch darüber hinaus.

Literaturverzeichnis

Glaser, Hermann: Wie Hitler den deutschen Geist zerstörte. Kulturpolitik im Dritten Reich, Hamburg 2005.

Madest, Ulrike: Linksextremistische Musik, in: Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, H. 95 (2014), S. 35-42.

Madest, Ulrike: Linksextremistische Musik in Deutschland, in: Backes, Uwe / Gallus, Alexander / Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Jg. 25, Baden-Baden 2013, S. 136-149.

4 Vgl. Madest, Ulrike: Linksextremistische Musik in Deutschland, in: Backes, Uwe / Gallus, Alexander / Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Jg. 25, Baden-Baden 2013, S. 136-149, hier S. 136; vgl. Madest, Ulrike: Linksextremistische Musik, in: Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, H. 95 (2014), S. 35-42; Madest, Ulrike: Noten des Hasses: Feindbilder in rechts- und linksextremistischer Musik im Vergleich, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus und Terrorismusforschung 2014 (II), Brühl (Rheinland) 2014, S. 58-83.

5 Sauer, Michael: Historische Lieder, Seelze-Velber 2008, S. 6.

Madest, Ulrike: Noten des Hasses. Feindbilder in rechts- und linksextremistischer Musik im Vergleich, in: Pfahl-Traugber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus und Terrorismusforschung 2014 (II), Brühl (Rheinland) 2014, S. 58-83.

Reucher, Gaby: Der Einsatz von Songs im US-Wahlkampf, in: Deutsche Welle, 01.07.2020, URL: <https://www.dw.com/de/songs-im-us-wahlkampf-rockbands-sind-nicht-immer-erfreut/a-54012630> [eingesehen am 15.10.2024].

Sauer, Michael: Historische Lieder, Seelze-Velber 2008.

Terry, Josh: Politicians Have Always Misunderstood Springsteen's 'Born In The U.S.A.', in: VICE, 05.10.2020, URL: <https://www.vice.com/en/article/pkyjvn/misunderstood-bruce-springsteens-born-in-the-usa-trump> [eingesehen am 18.07.2024].

Feindbildkonstruktionen in der linksradikalen Musikszene

Till Schröter und Natalia Hanauska

1 „Wurst für den Verfassungsschutz“⁶

So lautet der amüsante Titel eines Beitrags in der *taz*. Der Hintergrund: Die Band Feine Sahne Fischfilet wollte sich damit beim Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern für die Gratiswerbung bedanken – ganze anderthalb Seiten widmeten sich dieser Musikgruppe mit „eine[r] explizit antistaatliche[n] Haltung“⁷ im Verfassungsschutzbericht 2011. Die Musikgruppe wurde noch weitere Male in Verfassungsschutzberichten erwähnt und auch die Indizierung eines Albums wurde – letztlich erfolglos – angestoßen.⁸ Alles bloß „kostenlose PR“⁹ und halb so wild? Die öffentliche Bezeichnung von Bands als „linksextrem“ durch sicherheitsbehördliche und nachrichtendienstliche Stellen erregt jedenfalls immer wieder Aufsehen.

Unbestritten ist: Musik kann als *Magd*¹⁰ für den Transport und die Vermittlung politischer Inhalte und somit als mobilisierende sowie radikalisierende Instanz fungieren. Gleichzeitig ist über linksradikale Musik aus sozialwissenschaftlicher Perspektive nichts bekannt: Verfassungsschutzämter und Extremismusforscher:innen

6 Uthoff, Jens: Wurst für den Verfassungsschutz. Band Feine Sahne Fischfilet sagt Danke, in: die tageszeitung, 14.11.2012, URL: <https://taz.de/Band-Feine-Sahne-Fischfilet-sagt-Danke/!5079482/> [eingesehen am 22.07.2024].

7 Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2011, Schwerin 2012, S. 84, URL: <https://www.verfassungsschutz-mv.de/publikationen/?id=12942&processor=veroeff> [eingesehen am 09.10.2024].

8 Vgl. Tobien, Jenny: Punkband aus dem Nordosten. Das steckt hinter Feine Sahne Fischfilet, in: n-tv, 27.10.2018, URL: <https://www.n-tv.de/politik/Das-steckt-hinter-Feine-Sahne-Fischfilet-article20691242.html> [eingesehen am 20.07.2024].

9 Danksagung der Band, zitiert nach ebd.

10 Vgl. Canaris, Ute: Dienerin, Gefährtin oder Wegweiserin? Was Musik mit Politik zu tun hat, in: dies. (Hrsg.): Musik//Politik. Texte und Projekte, Bochum 2005, S. 21-46, hier S. 25.

fokussieren lediglich mögliche (Un-)Vereinbarkeiten mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Insgesamt handelt es sich dabei jedoch um ein diffuses, wissenschaftlich kaum bespieltes Feld, kurzum: ein Forschungsdesiderat, das es zu bearbeiten gilt. Dieser Beitrag setzt sich daher zunächst explorativ mit deutschsprachiger linksradikaler Musik im Allgemeinen auseinander und konzentriert sich dann in einer qualitativen Inhaltsanalyse auf Feindbildkonstruktionen in linksradikaler Musik im Besonderen.

Doch was ist überhaupt linksradikale Musik? Zunächst ordnen wir sie der politischen Musik zu: Politischer Musik beziehungsweise politischen Songtexten – hier also linksradikale Musik – wird ein breiter, umfassender Politikbegriff, eine breite Konzeption des Politischen zugrunde gelegt. Insofern wird ein politisches Lied verstanden „als ein kommunikativer Akt im öffentlichen Raum wahrnehmbar, der bestimmte Interessen verfolgt und diese in die öffentlich getragene Kommunikation und in das gemeinsame Sprechen und Handeln einspeist“¹¹. Folglich kann der Einfluss politischer Musik weit über möglicherweise bloß schmale Zielgruppen hinausgehen und in die Gesellschaft hineinwirken.

Unter linksradikaler Musik als spezifischer Ausprägung politischer Musik verstehen wir jene Songs, welche „die allen Linken gemeinsame Zielvorstellung einer nach sozialer Gleichheit strebenden Veränderung der Gesellschaft an ihrer Wurzel“¹² transportieren. Diese abstrakte Zielsetzung einer gleicheren, freieren und gerechteren Ordnung kann „durchaus mit dem Grundgesetz vereinbar und je nach Sozialstaatsinterpretation sogar angelegt“¹³ sein. Denn es sind die in den Songs propagierten Mittel, die den Übergang zwischen radikaler und nicht radikaler Musik darstellen: Sie können illegal und/oder illegitim sein. Linksradikale Songs lehnen etablierte demokratische Praktiken des Dialoges und des Kompromisses ab. Die Bereitschaft zum Wechsel von der Einstellungsebene (Radikalismus) zur Handlungsebene (Militanz¹⁴) wird vermittelt: Politische Gegner:innen können beziehungsweise sollen aggressiv, nicht selten gewalttätig bekämpft, in Teilen auch beseitigt werden.

Eines der Strukturmerkmale radikaler Ideologien, das auch in linksradikaler Musik zum Vorschein kommt, ist das *Freund-Feind-Denken*. Feindbilder, die nicht als

11 Oeftering, Tonio: Politische Musik und Politische Bildung, in: Gloe, Markus und Oeftering, Tonio (Hrsg.): Politische Bildung meets Kulturelle Bildung, Baden-Baden 2020, S. 75-89, S. 77.

12 Riedl, Jonathan und Micus, Matthias: Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes). Überlegungen zu einer möglichen Alternative, in: Demokratie-Dialog, H. 1 (2017), S. 16-22, hier S. 21.

13 Ebd.

14 Militanz ist nicht mit Gewalt gleichzusetzen. In Anlehnung an Nils Schuhmacher lässt sich Militanz als „eine kämpferische Grundhaltung [...], Inszenierungen von Gewaltfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft“ verstehen. Schuhmacher, Nils: „Küsst die Faschisten“. Autonomer Antifaschismus als Begriff und Programm, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), H. 42-43/2017, S. 35-41, hier S. 40.

persönliche Gegnerschaft, sondern als Deutungsbilder zu verstehen sind, werden als Ergebnis eigener Wahrnehmungen konstruiert, können emotional sowie ideologisch bedingte Verzerrungen aufweisen¹⁵ und sind negativ-stereotypisch. Sie erfüllen verschiedene Funktionen, beispielsweise Abgrenzung (von außen), Identitätsstiftung und -stärkung, Steigerung der Bedrohungswahrnehmung oder Rechtfertigung.¹⁶ Auch wenn die Funktionen von Feindbildern evident sind, bleiben nach wie vor viele Fragen zu den Feindbildern in linksradikaler Musik nicht umfassend empirisch beantwortet: Welche Feindbilder werden konstruiert und wie werden sie vermittelt? Zu welchem Zweck und auf welche Weise sollen die konstruierten Feinde bekämpft werden? Wie könnte ein methodisches Vorgehen bei der Auseinandersetzung mit linksradikaler Musik aussehen?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden zunächst der aktuelle Forschungsstand und die sicherheitsbehördliche Perspektive reflektiert und kritisch aufgearbeitet im Hinblick auf Versäumnisse, Herausforderungen und Chancen. Mit diesem Beitrag soll die im Folgenden aufgearbeitete Forschungslücke inhaltsanalytisch bearbeitet werden, weshalb wir anschließend den Datensatz und das methodische Vorgehen vorstellen. Konkret widmen wir uns in der kategorialen Inhaltsanalyse exemplarisch zwei Feindbildern. Die hier skizzierten Analysen erheben daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sind eher als erste Exploration zu verstehen.

2 Status quo und Forschungsfragen: Linksradikale Musik

Zu linksradikaler Musik liegen bislang Erkenntnisse aus zwei Bereichen vor: zum einen Analysen aus der Extremismusforschung, deren Perspektive auf den Phänomenbereich schon rein begrifflich-konzeptuell kritisch zu betrachten ist;¹⁷ zum anderen befassen sich verschiedene Ämter für Verfassungsschutz mit dem Gegenstand. Dennoch ist die bisherige Erkenntnislandschaft lückenhaft, mitunter sogar intransparent und in die Jahre gekommen.

15 Vgl. Mathias, Alexa: Metaphern zur Dehumanisierung von Feindbildern. Eine korpuslinguistische Untersuchung zum Sprachgebrauch in rechtsextremen Musikszene, Frankfurt am Main 2015, S. 50. Ausführlicher zu Feindbildern siehe Weller, Christoph: Feindbilder. Ansätze und Probleme ihrer Erforschung, InIIS-Arbeitspapiere, H. 22, Bremen 2001, URL: https://www.uni-bremen.de/fileadmin/user_upload/fachbereiche/fb8/fb8_iniis_upload/Aktuelles/InIIS_Arbeitspapiere/InIIS-AP_01-22_Weller_Feindbilder.pdf [eingesehen am 23.04.2024]; Fischer, Fabian: Die konstruierte Gefahr. Feindbilder im politischen Extremismus, Baden-Baden 2018.

16 Vgl. Jesse, Eckhard: Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, Berlin 2005, S. 5–22, S. 13 ff.

17 Vgl. Riedl und Micus: Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes).

Im Bereich der Extremismusforschung tritt vor allem Ulrike Madest mit drei Artikeln aus den Jahren 2013 und 2014 als einzige Wissenschaftlerin auf, die sich mit dem Gegenstand beschäftigt.¹⁸ In ihren Analysen identifiziert Madest einige Themenfelder, von denen die ersten drei am häufigsten in den linksextremistischen Liedern auftauchen: Antirepression, Antifaschismus, Antistaatlichkeit/Antisystem, Antimilitarismus, Antikapitalismus, Antiglobalisierung und Antirassismus.¹⁹ Was genau den *linksextremistischen* Charakter dieser Themensammlung ausmacht, bleibt zunächst unklar.²⁰ Das Liederkorpus, das von Madest untersucht wird, umfasst Texte von vierzig Musikstücken und dabei hauptsächlich Bands aus Brandenburg. Die Studie erhebt nach eigenen Aussagen zwar „keinen Anspruch auf Repräsentativität“²¹, suggeriert mit dem Titel des Beitrags „Linksextremistische Musik in Deutschland“ aber eine über die tatsächliche geografische Fokussierung hinausgehende Generalisierung. Auch dass sich durch das Internet die Produktions- und Rezeptionskontexte seit Madests Artikeln stark verändert haben,²² zeigt den Bedarf einer neuen Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex *Linksradikale Musik*. Was ebenfalls problematisiert werden muss, ist Madests Versäumnis, in keinem ihrer drei Artikel das methodische Vorgehen zu erörtern. Den Leser:innen werden letztlich bloß Liedtextzitate präsentiert – eine Form der Auseinandersetzung, die in Bezug auf den Sachgegenstand unterkomplex ist.

Auch wenn es sich bei den Erkenntnissen aus den Verfassungsschutzämtern nicht um genuine Forschungsergebnisse handelt – wichtige Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens wie Transparenz oder Überprüfbarkeit lassen sich nicht gewährleisten –, lohnt sich in Anbetracht der schwach ausgeprägten Erkenntnislage zum Forschungsgegenstand auch eine (kritische) Auseinandersetzung damit.

In der Vergangenheit beschäftigten sich verschiedene Landesämter und das Bundesamt für Verfassungsschutz punktuell schwerpunktmäßig mit *linksextremistischer Musik*.²³ So heißt es beispielsweise im Bericht des Bundesamts für Ver-

18 Madest, Ulrike: Linksextremistische Musik in Deutschland, in: Backes, Uwe / Gallus, Alexander / Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Jg. 25, Baden-Baden 2013, S. 136–149, hier S. 136; vgl. Madest, Ulrike: Linksextremistische Musik, in: Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, Nr. 95 (2014), S. 35–42; Madest, Ulrike: Noten des Hasses: Feindbilder in rechts- und linksextremistischer Musik im Vergleich, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (II), Brühl (Rheinland) 2014, S. 58–83.

19 Vgl. Madest: Linksextremistische Musik in Deutschland, S. 143.

20 Madest definiert den Begriff „linksextremistische Musik“ als eine Sammelbezeichnung für die Kombination von Texten mit linksextremistischen Ideologiefragmenten und unterschiedlichen Musikstilen“; ebd., S. 139.

21 Ebd., S. 137.

22 Vgl. ebd., S. 141.

23 Vgl. ebd., S. 136.

fassungsschutz 2011, dass „Musik [...] gezielt zur Förderung linksextremistischer Aktivitäten eingesetzt“²⁴ werde. Und weiter: „Mit dieser Musik wird ein weites Spektrum von aktiven Linksextremisten bis hin zu Personen ohne bislang gefestigte linksextremistische Überzeugungen erreicht“²⁵. Wie diese Einschätzungen zustande kommen, ist derweil unklar. Hier zeigen sich die bekannten Kernprobleme nachrichtendienstlicher Erkenntnisse: ein Mangel an Transparenz und demokratischer Kontrolle.²⁶ Die öffentliche Kennzeichnung von Musiker:innen als *links-extrem* wirkt zudem stigmatisierend.²⁷

Diese kurze Übersicht über die Erkenntnisse aus den beiden Bereichen zeigt, dass es sich nicht nur lohnt, sondern auch erforderlich ist, sich sozialwissenschaftlich mit linksradikaler Musik auseinanderzusetzen und zu fragen: Welche Feindbilder werden konstruiert und wie werden sie vermittelt? Zu welchem Zweck und auf welche Weise sollen die konstruierten Feinde bekämpft werden?

3 Methodik: Iterative Fallauswahl und Datensatz

Bei der Erforschung des Phänomenbereichs *Linksradikalismus* ergeben sich einige methodische Herausforderungen. Ein Blick auf die Arbeiten im Phänomenbereich der rechtsextremistischen Musik, zu dem bereits einige solide Beiträge vorliegen, offenbart eine beachtliche Datenbasis. So arbeitet beispielsweise Alexa Mathias in ihrem Projekt zu rechtsradikaler Musik mit der „Datenbank Rechtsextremismus“ (DAREX) des Bundeskriminalamts²⁸ und dem sogenannten Paderborner Korpus.²⁹ Diese Konstellation lässt sich jedoch aus mehreren Gründen nicht auf den hier zu untersuchenden Phänomenbereich übertragen:

24 Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2011, 2. Aufl., Berlin 2013, S. 198.

25 Ebd.

26 Dazu Matthias Quent: „Der Verfassungsschutz stuft Musik hinter verschlossenen Türen ein. Die fehlende Transparenz und fehlende demokratische Kontrolle machen ihn aus meiner Sicht problematisch“; zitiert nach Kappel, Niko: Ab wann ist Musik extremistisch? Extremismus: Wie der Verfassungsschutz Musik einstuft, in: Süddeutsche Zeitung – jetzt, 03.09.2019, URL: <https://www.jetzt.de/musik/extremismus-wie-der-verfassungsschutz-musik-einstuft> [eingesehen am 27.11.2023].

27 Vgl. Loch, René: Verfassungsschutz darf vier sächsische Musikbands nicht mehr als „links-extremistisch“ bezeichnen, in: Leipziger Zeitung, 14.11.2019, URL: <https://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2019/11/Verfassungsschutz-darf-vier-saechsische-Musikbands-nicht-mehr-als-linksextremistisch-bezeichnen-Videos-304007> [eingesehen am 27.11.2023].

28 Pollmer, Cornelius: Rechtsextremismus – Software zur Erkennung von Nazi-Musik, in: Süddeutsche Zeitung, 11.12.2013, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/kampf-gegen-rechtsextremismus-angriff-auf-die-bonzenjaeger-1.1841666> [eingesehen am 23.04.2024].

29 Vgl. Mathias: Metaphern zur Dehumanisierung von Feindbildern, S. 160.

1. Unserem Wissen nach existiert kein solches Korpus für den Phänomenbereich des linken Radikalismus.
2. Rechtsradikale Musik ist deutlich simpler als solche zu erkennen und zu klassifizieren: Rechtsradikale Äußerungen sind per se demokratiefeindlich, da sie auf eine Ablehnung des grundsätzlichen demokratischen Gedankens der Gleichheit aller Menschen abzielen. Das ist im linksradikalen Bereich nicht zwingend so.
3. Die Gefahr, zu stigmatisieren, ist groß. Die Markierung von Bands als „linksextremistisch“ oder die Benennung mit vergleichbaren Begriffen ist, wie bereits ausgeführt, problematisch.

Aus diesen Gründen hat sich der vorliegende Beitrag auch zur Aufgabe gemacht, ein Korpus linksradikaler Musik anzulegen. Unsere Vorgehensweise bei der Auswahl der Fälle lässt sich – wie in Abbildung 1 dargestellt – als iterativ beschreiben: Ausgehend von bereits existierenden Beiträgen und szeneeigenen Medien wurden zunächst Musikstücke gesammelt, auf linksradikale Ideologieelemente geprüft und, sofern diese vorhanden waren, in das Korpus aufgenommen.

Dabei erfolgte auch eine Aufbereitung der Texte: Existierten diese bereits analog oder digital, wurden die Texte als Dokumente zusammen mit Meta-Informationen zu Musiker:in, Titel, Erscheinungsjahr und -album sowie Hyperlink in den Datensatz aufgenommen.³⁰ Sofern die Musikstücke lediglich im Audioformat vorlagen, wurden sie nach Gehör verschriftlicht und ebenfalls mit Meta-Informationen kontextualisiert in Dokumentenform aufgenommen. Bei der Verschriftlichtung wurden unverständliche Stellen ausgelassen und mit „[unverständlich]“ markiert.

Unser primäres Interesse galt den Textinhalten; daher wurden Songs in das Korpus ausdrücklich von der textuell-inhaltlichen Ebene ausgehend aufgenommen – auch um einer Stigmatisierung von Musiker:innen vorzubeugen. Von einem in das Korpus aufgenommenen Text erfolgte im nächsten Schritt der Blick in Richtung von Band beziehungsweise Musiker:in: Lassen sich dort weitere potenziell aufzunehmende Musikstücke finden? Auch Querverweisen zu anderen Musikstücken und/oder Musiker:innen wurde nachgegangen.

Der Sammlungsprozess, der bereits einen Analyseschritt beinhaltet, war an mehreren Stellen offen und lässt sich beliebig oft wiederholen. Durch die Offenheit

30 Sofern einzelne Informationen nicht verfügbar waren, wurden diese ausgelassen und die Musikstücke dennoch aufgenommen.

des Verfahrens lassen sich Feldzugang und Prozess laufend anpassen.³¹ So entspricht das Vorgehen der Forschungsstrategie der interpretativen Sozialforschung, bei der sich Datenerhebung und Datenauswertung informieren und zirkulär bedingen.³² Im Laufe der Sammlung ergab sich die Möglichkeit, gesperrte Tonträger im Deutschen Musikarchiv (DMA) in Leipzig³³ zu filtern und vor Ort zu recherchieren, einzusehen und anzuhören.

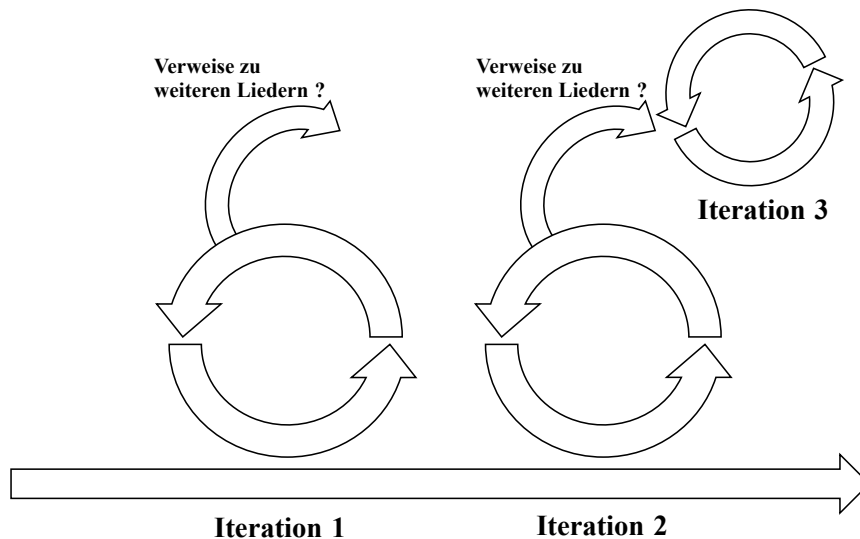


Abbildung 1: Iteratives Verfahren der Datensammlung (eigene Darstellung)

Letztendlich entstand so ein Arbeitskorpus, das 216 Lieder umfasst. Davon finden sich 34 auf neun indizierten Tonträgern; die verbleibenden 182 Lieder stammen von 123 nicht indizierten Tonträgern. Dem gegenüber stehen eine nicht explizit gezählte, deutlich umfassendere Menge eingesehener Musikstücke, die im Zuge des kriteriengeleiteten Prüfverfahrens aussortiert und nicht in das Korpus aufgenommen wurden.

Das Spektrum linker Musik ist breit, die Differenzierung ist schwierig - deshalb ist das Vorgehen stark selektiv geprägt. Die Gefahr, dass einzelne nicht aufgenommene Lieder fälschlicherweise aussortiert wurden, schätzen wir geringer ein als die Gefahr, dass fälschlicherweise aufgenommene Lieder nicht aussortiert worden sind. Der Datensatz wurde anschließend einer kategorialen Inhaltsanalyse nach

31 Vgl. Blatter, Joachim / Langer, Phil C. / Wagemann, Claudius: Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft: Eine Einführung, Wiesbaden/Heidelberg 2018, S. 37, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-14955-0>.

32 Siehe ebd., S. 38.

33 Wir danken den Mitarbeitenden des DMA, die uns virtuell und vor Ort tatkräftig unterstützt haben.

Kuckartz³⁴ unterzogen. Unter Verwendung deduktiv gebildeter Oberkategorien sowie zusätzlich deduktiv und induktiv gebildeter Subkategorien wurde das Material dabei in „MAXQDA“³⁵ kodierend erschlossen.

4 Analyse

Das entstandene Arbeitskorpus wird zunächst deskriptiv analysiert. Abbildung 2 zeigt die absoluten Häufigkeiten der vergebenen Feindbildcodierungen auf der Ebene der codierten Textsegmente (blau) und auf der Dokumentenebene mit entsprechend codierten Segmenten (rot). Im Hinblick sowohl auf die codierten Segmente als auch auf die Dokumente mit den so codierten Segmenten dominieren drei Feindbilder: Rechtsradikale, Staat und Polizei. Insofern handelt es sich bereits bei dieser Erkenntnis um eine Erweiterung und Differenzierung im Vergleich zu Madests Analyse, die lediglich „Polizisten und Rechtsextremisten“³⁶ als dominierende Feindbilder identifizierte. Die Feindbildkategorie *Sonstige* weist indes auf teils diffuse Konstruktionen von Feindbildern hin, die abstrakt und nicht eindeutig zuordenbar sind. Somit tritt hier die erhöhte Komplexität von Texten linksradikaler Musikstücke abermals zutage.

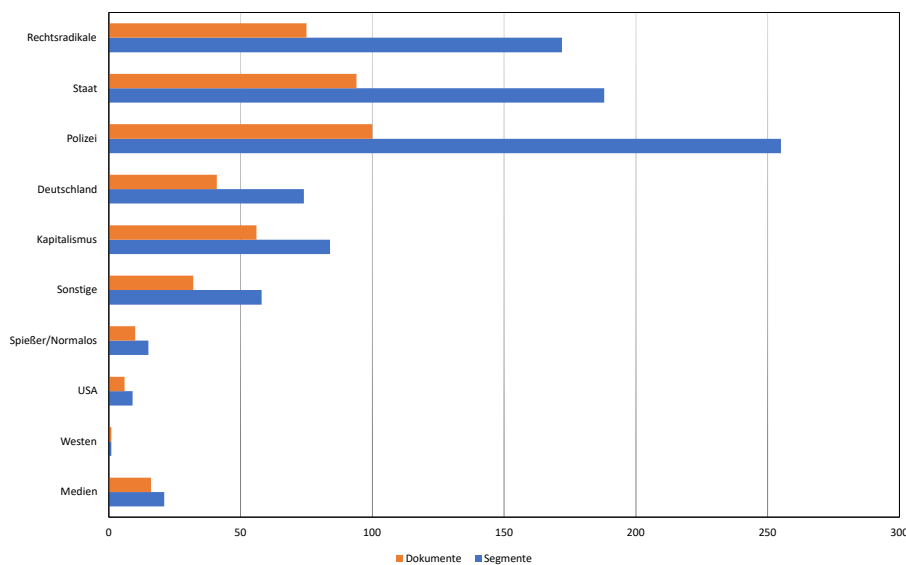


Abbildung 2: Absolute Häufigkeiten der vergebenen Feindbildcodierungen

34 Näheres dazu bei Kuckartz, Udo: Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung, 4., überarbeitete Aufl., Grundlagentexte Methoden, Weinheim 2018.

35 „MAXQDA“ ist eine Software zur computergestützten qualitativen Daten- und Textanalyse.

36 Madest: Linksextremistische Musik, S. 38.

Neben der Oberkategorie der Feindbilder wurden noch weitere Ober- und Subkategorien am Material codiert. Die Oberkategorien wurden deduktiv gebildet, die Subkategorien deduktiv und induktiv am Material entwickelt:

- Linksradikale Ideologeelemente,
- Alternative Ordnung/Ziel,
- Bekämpfung:
 - Bekämpfungsartikulation (Bekämpfungsbericht, Drohung, Aufruf/Aufforderung),
 - Bekämpfungsmechanismus (Gewalt gegen Sachen, Gewalt gegen Personen, Mord, Vertreibung, Unspezifischer Kampf, Sonstiger Bekämpfungsmechanismus),
- Feindbildbeschreibung:
 - Verhalten,
 - Merkmale.

4.1 Feindbild Polizei

Bezüge zum *Feindbild Polizei* werden verschiedentlich hergestellt: Das Spektrum reicht von neutralen Substantiven wie *Polizei* (116) und *Polizist(en)* (35) über *Cop(s)* (16) bis zu Pejorativa wie *Bulle(n)* (199) oder englisch *Pig(s)* (5) sowie pejorativen Komposita wie beispielsweise *Bullenschwein(e)* (56), *Faschobulle(n)* (4); vereinzelt finden sich die Bezeichnungen *Nazibulle* und *Bullensau*. Das Feindbild *Polizei* wird ebenso mit den Metaphern *Helme*, *grüne Schatten*, *grünes Meer* verbalisiert.

Was ist das prototypische Sammelbild eines Polizisten?³⁷ Polizisten werden in erster Linie als gewalttätig (76 codierte Segmente) beschrieben, zum Beispiel:

*Polizisten leben ihre Gewaltfantasie
Platzwunden, Knochen brechen (zerbrechen)*³⁸

Die Gewalttätigkeit der Polizisten wird in linksradikalen Songs durch die angebliche Dummheit und Hirnlosigkeit von Polizeibeamten erklärt (9), zum Beispiel:

*Der böse Mann in grün: ein Kopf ohne Verstand.*³⁹

37 Da sich in den Songs kaum geschlechtliche Differenzierungen finden, wird auch hier auf geschlechtsspezifische Differenzierungen verzichtet, um das Bild nicht zu verzerren.

38 Schwach, *Landfriedensbruch*, auf *Gegeneinander*, 2018.

39 Klartext, *Mann in grün*, auf EP, 2006.

Neben der Dummheit zeichneten sich die Polizisten durch ihre Verlogenheit aus, zum Beispiel:

*Justiz und Polizei ist lug & trug*⁴⁰

Den Polizeibeamten wird vorgeworfen, Rechtsradikale zu unterstützen, zu beschützen und insgesamt mit ihnen unter einer Decke zu stecken (10), zum Beispiel:

*Fuck cops! Verfassungsschutz und Polizei entspringen doch dem braunen Brei.*⁴¹

Da man mit dem Gegner weder in Dialog tritt noch Kompromisse schließt, bleibt es in linksradikalen Songtexten nicht bei der bloßen negativen Beschreibung des Feindbildes, sondern es finden sich verschiedene Bekämpfungsmittel. Zum einen wird den Beamten gedroht (21):

*Hey, Bulle! Lass es sein!
Sonst fliegt hier heute noch another Stein on the Schwein*⁴²

Das gewaltsame Vorgehen gegen die Sicherheitskräfte wird glorifiziert (64):

*Schmeißen Steine auf die Bull'n für gutes Karma*⁴³

Nicht nur Drohungen und offene Aufforderungen zur Gewalt gegen Polizisten, sogar Mordaufrufe (24) sind in den gesichteten Songs keine Seltenheit:

*Habe schlechte Laune und tret' zu, kill den Cop weg*⁴⁴

Zu den oft explizierten Techniken der Bekämpfung zählen neben körperlicher Gewalt auch das Werfen von Steinen und Brandmitteln:

40 Atemnot, *Hochverrat*, auf Großstadtlichter, 2005.

41 Sabat Noir, *Fuck Cops II*, auf Fahl, 2023.

42 Herr Schwers, A.S.o.t.B., auf Alle gegen Alle - A tribute to slime, 2009.

43 Swiss & Die Andern, *Linksradikaler Schlager*, Single, 2021.

44 Vizzion, *Unter Verdacht*, Single, 2020.

*99 Pflastersteine gegen 100 Bullenschweine*⁴⁵
Mollis und Dynamit nehm ich in meinem Beutel mit
Und mach mich damit auf zum Revier
Bullen brennen lichterloh
*Alle feiern und sind froh*⁴⁶

Ferner werden außer der Gewalt gegen Personen noch die Beschädigung und Vernichtung polizeilichen Eigentums als Bekämpfungsmittel vorgetragen:

Tanzen auf den Streifenwagen.
*Basie in die Scheibe schlagen.*⁴⁷

Mit der Bekämpfung von Polizeibeamten soll das Ziel eines polizeifreien Staates erreicht werden. Denn nur ohne Polizei könne der Mensch frei leben:

*Ein Leben ohne Bullen, das heißt Leben in Freiheit!*⁴⁸

4.2 Vom Feindbild Staat zur linksradikalen alternativen Ordnung

Eine Besonderheit linksradikaler Musik ist, dass sie nicht nur kritisiert, Feinde entwirft und diese bekämpfen will, sondern dass sich darin häufig auch utopische Entwürfe finden lassen – wie alternative Gesellschaftsordnungen aussehen können. Der sich daraus ergebende Konnex aus dem *Feindbild Staat* und einer *linksradikalen alternativen Ordnung* ist Analysegegenstand dieses Abschnitts. Insgesamt wurden im Datensatz 188 Segmente in 14 indizierten und 80 nicht indizierten Musikstücken mit dem Code *Feindbild Staat* versehen. Die Bandbreite des darunter Gefassten ist groß: von langen, abstrakten und inhaltlich verstrickten Beschreibungen bis hin zu kurzen Kommentaren, die lediglich die Abschaffung des Staates oder seiner Bestandteile fordern.

Die Bezüge zu *Staat* als Feindbild sind teils von geringer inhaltlicher Komplexität, teils aber werden sie kombiniert mit utopischen Elementen. Um diese Art produktiver Komponente, die über den Entwurf eines Feindbilds hinausgeht und eine alternative Ordnung mit linksradikalen Ideologieelementen konstruiert, zutage zu

45 Atemnot, *Straßenschlacht*, auf Großstadtlichter, 2005.

46 SPN-X, *B & A*, auf Nachrichten aus Arschland, 1997.

47 Absoluth, *No love for cops*, auf Solo Tracks, 2017.

48 Boykott, *Bulle*, auf Angriff - Die beste Verteidigung, 2011.

fördern, lässt sich die *Kontingenzanalyse*⁴⁹ beziehungsweise *Zusammenhangsanalyse*⁵⁰ anwenden. Diese Art der Analyse identifiziert Code-Überschneidungen, um inhaltliche Zusammenhänge zwischen Kategorien herzustellen. Die relevanten Kategorien *Feindbild Staat*, *linksradikale Ideologeelemente* und *alternative Ordnung* müssen sich dafür empirisch als Codes am Segment überschneiden. Davon ausgehend finden sich elf solcher dreifachen Überschneidungen am Segment. So ist der Bezug zum Feindbild Staat – verkörpert durch seine Grenzen, aber auch durch die Exekutive sowie die CDU als Parteienvertreterin – in diesen Zeilen offensichtlich:

*Fickt euch! Dann gibt es keine Grenzen
Und mein Staat ist kein Staat
Ja mein Staat ist kein Staat
Denn mein Staat ist kein Staat
Keine Nazi-Bullen und keine CDU!*⁵¹

Gleichzeitig wird die produktive Komponente deutlich: Die Utopie besteht darin, den Staat zu überwinden, und darin, Staaten allgemein zu überwinden. Der Traum von einer staatenlosen Welt findet sich letztlich im Anarchismus als zugrunde liegendem ideologischen Element wieder. Einen anderen Bezug weist folgendes Segment auf:

*Wenn unser Gesang durch die Straßen braust,
dann zittert der Feind vor der Arbeiterfaust,
denn die Arbeiterklasse erwacht!
Wir stürzen die Säulen des Ausbeuterstaats
Und gründen die Herrschaft des Proletariats.
Genossen, erkämpft euch die Macht!*⁵²

Abermals wird deutlich, dass der *Staat* als Feindbild bekämpft und überwunden werden soll. Die hier entworfene Alternative zum bestehenden System ist jedoch kommunistischer Natur: Die Arbeiterklasse solle sich in einem revolutionären Akt die Macht erkämpfen und den „Ausbeuterstaat“ zugunsten einer klassenlosen Ge-

49 Vgl. Mayring, Philipp: *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, 13. Neuausgabe, Weinheim 2022, S. 16.

50 Vgl. Rädiker, Stefan und Kuckartz, Udo: *Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA: Text, Audio und Video*, Wiesbaden 2019, S. 166, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-22095-2>.

51 ZSK, *Mein Staat*, auf Riot Radio, 2002.

52 Commandantes, *Der rote Wedding*, auf Lieder für die Arbeiterklasse, 2004.

sellschaft, der Herrschaft des Proletariats, überwinden.⁵³ Diese beiden Beispiele zeigen: Selbstverständlich sind Feindbilder destruktiv; aber sie können auch einen konstruktiven Effekt haben, insofern sie linksradikalen Musiker:innen ein Vergleichsmoment, eine Schablone, für eigene Utopien ermöglichen. Dies verdeutlicht erneut das Spezifikum linksradikaler Musikstücke: die hohe inhaltliche Komplexität.

5 Fazit und Ausblick: Linksradikale Musik und Feindbilder

„Der Staatsschutz summt unsere Lieder mit. Die Message geht an euch, doch uns kriegt ihr nicht, euer Scheißsystem und eure Anklagebänke. Absolut! Brandsätze als Geschenke“⁵⁴, heißt es im Song „Brandsätze“ des Rap-Duos Absoluth. Lange waren die Sicherheitsbehörden die mitunter einzige Informationsquelle zu linksradikaler Musik. Ob in den Ämtern für Verfassungsschutz allerdings tatsächlich mitgesummt wurde, ist ungeklärt. Gezeigt wurde, dass die Betrachtung linksradikaler Musik durch den Verfassungsschutz und durch Extremismusforscher:innen unterkomplex, mitunter stigmatisierend und methodisch wenig fundiert geschehen ist. Ausgehend von dieser Erkenntnis hat der vorliegende Beitrag auf Basis eines eigens erstellten Datenkorpus mit 216 Liedern zwei ausgewählte Feindbilder linksradikaler Musik beleuchtet. Die zentrale Erkenntnis lautet: Die primären Feindbilder sind Rechtsradikale, Polizei und Staat.

Die Feinanalyse zeigt: Unter Einsatz von homogenisierenden Konstruktionen entstehen Feindbilder, die ein einfaches Wir-gegen-die-Denken ermöglichen. Dies bildet sich auch in undifferenzierten, diffusen und verallgemeinernden Konstruktionen in den Liedern ab: Oft ist von Bezugnahmen wie *sie, die, ihr, du* die Rede. Die Analyse des in linksradikalen Songs am meisten thematisierten Feindbildes - der Polizei - zeigt außerdem, dass die Feindbilder mit negativ-stereotypischen Merkmalen versehen werden: Die Feinde sind gewalttätig, dumm, verlogen. Diese Darstellung begünstigt die Delegitimierung des Feindes und seines Handelns. Außerdem werden damit die eigenen militanten Vorgehensweisen gegen die Polizei beziehungsweise Aufrufe und Aufforderungen dazu gerechtfertigt.

Linksradikale Musik kritisiert aber auch öffentliche Missstände. Dadurch werden - mitunter gewaltsame - Mittel legitimiert, die auf die Beseitigung dieser Missstände ausgerichtet sind. Die Bekämpfung des Feindes geschieht wiederum, um utopische alternative politische und gesellschaftliche Ordnungen erreichen zu können, die ideologisch unterfüttert sind. Somit entwickelt linksradikale Musik oft-

53 Bei dem Musikstück handelt es sich um eine Hommage an ein kommunistisches Arbeiterlied aus den 1920er Jahren.

54 Absoluth, *Brandsätze*, auf *Zweckentfremdet* EP, 2016.

mals auch eine produktive Komponente, die der destruktiven Komponente einer Feindbildkonstruktion und Feindbekämpfung gegenübersteht.⁵⁵

Dieser Beitrag versteht sich als eine erste Annäherung an das sehr umfangreiche und mitunter für Forscher:innen noch ergiebige Themenfeld Linksradikale Musik. Dabei ist die Forschung zu linksradikaler Musik beziehungsweise die Anwendung bereits gewonnener erster Erkenntnisse aus verschiedenen Perspektiven und Disziplinen vorstellbar: Wie lässt sich das Thema in schulische und außerschulische politische Bildungsformate einbinden?⁵⁶ Wodurch zeichnet sich die Sprache linksradikaler Musiker:innen aus? Welche inhaltlichen oder musikalischen Entwicklungen sind im Zeitverlauf feststellbar? Wie werden spezifische Themen in linksradikalen Musikszenen verhandelt, zum Beispiel Krieg und Frieden oder Klimawandel? Hier können zukünftige Forschungen ansetzen.

Literaturverzeichnis

- Blatter, Joachim / Langer, Phil C. / Wagemann, Claudius: Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft: Eine Einführung, Wiesbaden/Heidelberg 2018, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-14955-0>.
- Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2011, 2. Aufl., Berlin 2013.
- Canaris, Ute: Dienerin, Gefährtin oder Wegweiserin? Was Musik mit Politik zu tun hat, in: dies. (Hrsg.): Musik//Politik. Texte und Projekte, Bochum 2005, S. 21-46.
- Fischer, Fabian: Die konstruierte Gefahr. Feindbilder im politischen Extremismus, Baden-Baden 2018.
- Hanauska, Natalia und Schröter, Till: „Ich gründe jetzt meinen eigenen Staat und mein Staat ist kein Staat!“ Utopien in linksradikaler deutschsprachiger Musik, in: Zeitschrift für Menschenrechte, H. 2/2024, S. 102-120.
- Jesse, Eckhard: Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, Berlin 2005, S. 5-22.
- Kappel, Niko: Ab wann ist Musik extremistisch? Extremismus: Wie der Verfassungsschutz Musik einstuft, in: Süddeutsche Zeitung - jetzt, 03.09.2019, URL:

55 Hanauska, Natalia und Schröter, Till: „Ich gründe jetzt meinen eigenen Staat und mein Staat ist kein Staat!“ Utopien in linksradikaler deutschsprachiger Musik, in: Zeitschrift für Menschenrechte, H. 2/2024, S. 102-120.

56 Vgl. in diesem Band [Schröter, Till und Hanauska, Natalia: Linksradikale Musik und Utopien: politisches Handeln in der Zukunftswerkstatt.](#)

- <https://www.jetzt.de/musik/extremismus-wie-der-verfassungsschutz-musik-einstuft> [eingesehen am 27.11.2023].
- Kuckartz, Udo: Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung, 4., überarbeitete Aufl. Grundlagentexte Methoden, Weinheim 2018.
- Loch, René: Verfassungsschutz darf vier sächsische Musikbands nicht mehr als „linksextremistisch“ bezeichnen, in: Leipziger Zeitung, 14.11.2019, URL: <https://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2019/11/Verfassungsschutz-darf-vier-saechsische-Musikbands-nicht-mehr-als-linksextremistisch-bezeichnen-Videos-304007> [eingesehen am 27.11.2023].
- Madest, Ulrike: Linksextremistische Musik, in: Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, Nr. 95 (2014), S. 35-42.
- Madest, Ulrike: Linksextremistische Musik in Deutschland, in: Backes, Uwe / Gallus, Alexander / Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Jg. 25, Baden-Baden 2013, S. 136-149.
- Madest, Ulrike: Noten des Hasses. Feindbilder in rechts- und linksextremistischer Musik im Vergleich, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (II), Brühl (Rheinland) 2014, S. 58-83.
- Mathias, Alexa: Metaphern zur Dehumanisierung von Feindbildern. Eine korpuslinguistische Untersuchung zum Sprachgebrauch in rechtsextremen Musikszene, Frankfurt am Main 2015.
- Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken, 13. Neuausgabe, Weinheim 2022.
- Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2011, Schwerin 2012, URL: <https://www.verfassungsschutz-mv.de/publikationen/?id=12942&processor=veroeff> [eingesehen am 09.10.2024].
- Oeftering, Tonio: Politische Musik und Politische Bildung, in: Gloe, Markus und Oeftering, Tonio (Hrsg.): Politische Bildung meets Kulturelle Bildung, Baden-Baden 2020, S. 75-89.
- Pollmer, Cornelius: Rechtsextremismus - Software zur Erkennung von Nazi-Musik, in: Süddeutsche Zeitung, 11.12.2013, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/kampf-gegen-rechtsextremismus-angriff-auf-die-bonzenjaeger-1.1841666> [eingesehen am 23.04.2024].
- Rädiker, Stefan und Kuckartz, Udo: Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA: Text, Audio und Video, Wiesbaden 2019, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-22095-2>.
- Riedl, Jonathan und Micus, Matthias: Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes). Überlegungen zu einer möglichen Alternative, in: Demokratie-Dialog, H.1 (2017), S. 16-21.

- Schuhmacher, Nils: „Küsst die Faschisten“. Autonomer Antifaschismus als Begriff und Programm, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), H. 42-43/2017, S. 35-41.
- Tobien, Jenny: Punkband aus dem Nordosten. Das steckt hinter Feine Sahne Fischfilet, in: n-tv, 27.10.2018, URL: <https://www.n-tv.de/politik/Das-steckt-hinter-Feine-Sahne-Fischfilet-article20691242.html> [eingesehen am 20.07.2024].
- Uthoff, Jens: Wurst für den Verfassungsschutz. Band Feine Sahne Fischfilet sagt Danke, in: die tageszeitung, 14.11.2012, URL: <https://taz.de/Band-Feine-Sahne-Fischfilet-sagt-Danke!/5079482/> [eingesehen am 22.07.2024].
- Weller, Christoph: Feindbilder. Ansätze und Probleme ihrer Erforschung, InIIS-Arbeitspapiere, H. 22, Bremen 2001, URL: https://www.uni-bremen.de/fileadmin/user_upload/fachbereiche/fb8/fb8_iniis_upload/Aktuelles/InIIS_Arbeitspapiere/InIIS-AP_01-22_Weller_Feindbilder.pdf [eingesehen am 23.04.2024].

Indizieren „zum Schutz der heranwachsenden Jugend“

Interview mit der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ)

In Artikel 5, Absatz 1 des Grundgesetzes steht: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten“; und weiter in Absatz 3: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Somit schafft Artikel 5 einerseits Voraussetzungen für die Kunstfreiheit, andererseits setzt er in Absatz 2 ebendieser Kunstfreiheit auch Schranken; denn diese „Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre“. Wer, wie, wann und warum diese Einschränkungen im musikalischen Bereich umsetzt: Darüber haben wir mit der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ) gesprochen.

Seit wann gibt es die BzKJ? Und warum wurde sie gegründet?

Mit Inkrafttreten der Novelle des Jugendschutzgesetzes (JuSchG) am 1. Mai 2021 wurde die vormalige Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) zur Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ) weiterentwickelt. Bis 2003 hieß die Behörde Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS). Die Behörde ist 2024 siebzig Jahre alt geworden und wurde im Jahr 1954 gegründet, nachdem 1953 mit dem Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS) die rechtliche Grundlage dafür geschaffen worden war. Ziel des Gesetzes war der „Schutz der heranwachsenden Jugend“. In der ersten Sitzung der damaligen BPjS am 9. Juli 1954 wurde erst das dritte Prüfobjekt auf die Liste der jugendgefährdenden Schriften gesetzt. Grund der Indizierung der Druckschrift „Der kleine Sheriff“ Nr. 12 (Verwegene Jagd, ein Comic) waren die Darstellungen von Gewalt.

Heute ist die Prüfstelle für jugendgefährdende Medien bei der BzKJ angesiedelt und setzt sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche vor solchen Inhalten geschützt werden, die ihre Entwicklung zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit gefährden könnten. Über die Zeit hinweg sah sich die Prüfstelle vielfältigen Herausforderungen gegenüber. In der Spruchpraxis der letzten Jahre spiegelt sich vor allem eine Polarisierung der Debattenkultur wider.

Viele Inhalte - oftmals, aber nicht nur aus dem Spektrum des Rechtsextremismus - zielen auf die Polarisierung und ein Auseinanderdriften der Gesellschaft. Es werden Gruppen gebildet, die sich unversöhnlich, feindlich und aggressiv gegenüberstehen. Dies geschieht entlang von Merkmalen wie Hautfarbe, Herkunft, Religionszugehörigkeit, sexueller Identität usw. Besonders für Kinder und Jugendliche, die mit Entwicklungsaufgaben wie der Herausbildung ihrer Persönlichkeit und Identität befasst sind, können solche dualistischen Gruppenbildungen attraktiv sein und Radikalisierung begünstigen. Von Diskriminierung geprägte Einstellungen können sich entwickeln; sie gehen oftmals mit einer Verrohung oder sogar der Bereitschaft zur Gewaltanwendung gegen diskriminierte Gruppen einher. Den verfahrensgegenständlichen Medien liegt beispielsweise ein von Diskriminierung geprägter Volksbegriff zugrunde, ebenso wie die Infragestellung der Menschenwürde in Bezug auf nicht heteronormativ lebende Menschen.

Wie sieht die BzKJ strukturell aus?

Die BzKJ ist eine selbstständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Sie hat mittlerweile drei inhaltlich arbeitende Bereiche: Das Referat Prüfstelle/gesetzlicher Jugendmedienschutz (gJMS) betreut im Schwerpunkt das Indizierungsverfahren.

Das Referat Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendmedienschutzes, Prävention und Kommunikation (WPK) koordiniert unter anderem das Diskursformat „ZUKUNFTSWERKSTATT“. Dabei werden die Verantwortlichen - bestehend aus Staat, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft - für ein gutes Aufwachsen mit Medien zusammengebracht, um gemeinsam die Kinderrechte auf Schutz, Befähigung und Teilhabe im digitalen Raum zu verwirklichen. Die Förderung von Orientierung bei der Mediennutzung und -erziehung ist eine weitere zentrale Aufgabe. Ergänzend koordiniert das Referat WPK den Beirat der BzKJ und ist zuständig für Förderprogramme im Bereich kindgerechter digitaler Angebote.

Die BzKJ ist auf der Grundlage des Digitale-Dienste-Gesetzes (DDG) darüber hinaus zuständige nationale Behörde für die Überwachung und Durchsetzung von strukturellen Vorsorgemaßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes auf Online-Plattformen und hat hierfür seit dem 14. Mai 2024 die unabhängige Stelle zur Durchsetzung von Kinderrechten in digitalen Diensten (KidD) eingerichtet. Da-

mit knüpft die BzKJ unmittelbar an ihre bereits im Jugendschutzgesetz von 2021 normierte Aufgabe an, strukturelle Vorsorgemaßnahmen in Online-Plattformen zu überprüfen und durchzusetzen.

Daneben gibt es noch die Bereiche Verwaltung, IT/technischer Jugendmedienschutz, das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Grundsatz und Strategie sowie Stabsstellen und Sonderbeauftragte, wie Gleichstellungsbeauftragte, Interne Revision, Datenschutz und Informationssicherheit.

Können Sie die Indizierungspraxis darstellen? Was passiert bei diesem Verfahren im Detail?

Wichtig zu wissen ist, dass die Behörde keine Marktbeobachtung im Hinblick auf jugendgefährdende Medien betreibt. Ob ein Indizierungsverfahren eingeleitet wird, hängt primär davon ab, dass eine hierzu berechnigte Stelle eine diesbezügliche Initiative durch einen Antrag oder eine Anregung an die Prüfstelle richtet. Wer antrags- oder anregungsberechtigt ist, wird in § 21 Absatz 2 und Absatz 4 Jugendschutzgesetz (JuSchG) geregelt. Zusammengefasst sind dies sämtliche Behörden, anerkannte Träger der freien Jugendhilfe, die Kommission für Jugendmedienschutz, anerkannte Selbstkontrollen und geförderte Internet-Beschwerdestellen. Im Jahr 2023 wurden auf diese Weise beispielsweise 1.108 Verfahren anhängig. Privatpersonen sind hingegen nicht antrags- oder anregungsberechtigt.

Wichtig zu wissen: Die BzKJ führt nach dem JuSchG zwar die Liste jugendgefährdender Medien; die Entscheidungen darüber, ob ein Medium auf die Liste aufgenommen („indiziert“) oder daraus gestrichen wird, trifft jedoch die bei der BzKJ angesiedelte Prüfstelle auf der Grundlage des JuSchG in gerichtsähnlichen Verfahren durch pluralistisch besetzte Gremien. Den von einer Indizierung betroffenen Rechteinhaberinnen und Rechteinhabern wird nach Möglichkeit die Gelegenheit rechtlichen Gehörs eingeräumt.

Die Entscheidung über die Listenaufnahme erfordert neben der umfänglichen Erfassung des Aussagegehaltes des Mediums im Wesentlichen zwei Hauptschritte. Zunächst wird die potenziell jugendgefährdende Wirkung des Mediums mit Blick auf gefährdungsgeneigte Jugendliche ermittelt. Jugendgefährdend sind gemäß § 18 Absatz 1 JuSchG Medien, wenn sie geeignet sind, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu gefährden. Dazu zählen nach einer nicht abschließenden Aufzählung im Gesetz vor allem unsittliche, verrohend wirkende, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhass anreizende Medien sowie Medien, in denen – erstens – Gewalthandlungen wie Mord- und Metzelszenen selbstzweckhaft

und detailliert dargestellt werden oder – zweitens – Selbstjustiz als einzig bewährtes Mittel zur Durchsetzung der vermeintlichen Gerechtigkeit nahegelegt wird.

Die Regelbeispiele werden durch die Spruchpraxis der Prüfstelle fortlaufend erweitert. Ziel ist es, im Rahmen des Möglichen äußere Bedingungen für eine charakterliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu schaffen, die zu Einstellungen und Verhaltensweisen führen, die sich am Menschenbild des Grundgesetzes orientieren. Dieses Ziel kann durch Medien gefährdet werden, die ein damit in Widerspruch stehendes Wertebild vermitteln. Hierzu zählen etwa auch Medien, die selbstverletzendes Verhalten, Drogen- und Alkoholkonsum oder den Nationalsozialismus verherrlichen, einen kriminellen Lebensstil propagieren, demokratiefeindlich sind und Menschengruppen diskriminieren. Zuletzt hat die Spruchpraxis der Prüfstelle beispielsweise den Tatbestand der Gefährdung der Demokratiefähigkeit/Demokratiefeindlichkeit entwickelt, da im Rahmen rechtsextremistischer Narrative zu beobachten ist, dass sich diese zum Teil weg von den Nationalsozialismus verherrlichenden Aussagen entwickeln, hin zu allgemeinen demokratiefeindlichen Aussagen.

Wenn eine Jugendgefährdung angenommen wird, erfolgt im zweiten Schritt eine Grundrechtsabwägung. Hier werden sodann die Kunstfreiheit, aber auch andere Grundrechte der Verfahrensbeteiligten – etwa die Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit oder Wissenschaftsfreiheit – mit den Belangen des Jugendschutzes abgewogen. Ist das Ergebnis dieser Abwägung ein Überwiegen des Jugendschutzes, folgt daraus eine Indizierung des Mediums, also die Aufnahme in die Liste jugendgefährdender Medien.

Die Prüfungen werden im sogenannten Regelverfahren durch zwölf Gremienmitglieder vorgenommen: der oder die Vorsitzende der Prüfstelle, drei von den Landesregierungen ernannte Beisitzende sowie acht weitere Mitglieder aus den Bereichen Kunst, Literatur, Buchhandel und Verlegerschaft, Anbieter von Bildträgern und Telemedien, freie und öffentliche Jugendhilfe, Lehrerschaft und Religionsgemeinschaften. Die Gruppenbeisitzenden werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf Vorschlag entsprechender Verbände ernannt. Die Gremienmitglieder sind nicht an Weisungen gebunden. Für eine Listenaufnahme durch das Zwölfergremium ist mindestens eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. In Fällen, in denen es sich nach Einschätzung der oder des Vorsitzenden um – gemessen an der bisherigen Spruchpraxis – offensichtliche Fälle der Jugendgefährdung handelt, ist auch eine Listenaufnahme durch einen einstimmigen Beschluss eines Dreiergremiums möglich. Hiergegen können die Verfahrensbeteiligten jedoch das Zwölfergremium als Überprüfungsinstanz anrufen. Listenaufnahmen stellen für die Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber belastende Verwaltungsakte dar, die zudem, nach Befassung des Zwölfergremiums, gerichtlich überprüfbar sind.

Rechtsfolgen der Indizierung sind weitreichende Werbe- und Verbreitungsbeschränkungen. Es muss stets sichergestellt sein, dass Kinder und Jugendliche keinen Zugang zu den indizierten Inhalten haben können.

Was sind die häufigsten Gründe für eine Indizierung?

Inhaltlicher Schwerpunkt bei der Aufnahme in die und bei dem Verbleib in der Liste jugendgefährdender Medien waren im Jahr 2023 kinder-, tier-, jugend- und gewaltpornografische Inhalte, gefolgt von Medien mit Gewalt und nationalsozialistischem Gedankengut. Details inklusive aller Tatbestände der Jugendgefährdung werden in den Jahresstatistiken der Prüfstelle aufbereitet. Die Statistiken der einzelnen Jahre sind auf der Internetseite der BzKJ veröffentlicht.⁵⁷

Wie hoch ist der Anteil der Tonträger, die tatsächlich indiziert werden, im Vergleich zu den ursprünglich gestellten Indizierungsanträgen?

Im Jahr 2023 wurden 41 Tonträger zur Indizierung eingereicht, von denen drei nicht indiziert wurden.

In welchen Fällen können Tonträger von der Liste gestrichen werden?

Die Aufnahme in die Liste jugendgefährdender Medien währt nicht ewig. Spätestens nach 25 Jahren wird von Amts wegen überprüft, ob die Jugendgefährdung noch vorliegt oder ob das Medium aus der Liste gestrichen werden kann. Nur wenn die Gremien der Prüfstelle den Inhalt des Mediums weiterhin als jugendgefährdend einstufen und eine Folgeindizierung aussprechen, gelten die Rechtsfolgen (für die Dauer von weiteren 25 Jahren) fort.

Dieser verhältnismäßig langen Dauer der mit der Indizierung angeordneten Vertriebs- und Verbreitungsbeschränkungen wird Rechnung getragen, indem die Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber (grundsätzlich jederzeit) die Möglichkeit haben, einen Antrag auf Streichung eines Mediums aus der Liste jugendgefährdender Medien zu stellen. Nach Ablauf von zehn Jahren seit der (letzten) inhaltlichen Entscheidung über das Medium kann der Antrag auch im vereinfachten Verfahren (vom Dreiergremium) beschieden werden.

Die Stellung eines Listenstreichungsantrags ist formlos möglich, muss jedoch eine kurze Begründung enthalten, warum das betreffende Medium für nicht mehr

57 URL: <https://www.bzgj.de/bzgj/service/statistiken> [eingesehen am 06.12.2024].

jugendgefährdend gehalten wird. Es findet eine Prüfung des Mediums unter sämtlichen Aspekten statt – das heißt, die Gremien sind nicht an die Prüfung der Tatbestände der Jugendgefährdung gebunden, auf welche die ursprüngliche Indizierung gestützt wurde.

Wie wird mit den Einsprüchen von Musiker:innen umgegangen?

Ein wichtiger Bestandteil des gesamten Indizierungsverfahrens ist die Gewähr rechtlichen Gehörs der von einer Indizierung betroffenen Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber im Sinne von § 21 Absatz 7 JuSchG. Dazu werden Kontaktdaten ermittelt, um die Verfahrensbeteiligten über das Verfahren zu informieren und ihnen die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Gremien nehmen die Stellungnahmen zur Kenntnis und beziehen sie sorgfältig in ihre Entscheidung mit ein. Im Dreiergremium besteht für die Rechteinhabenden laut Gesetz keine Möglichkeit, direkt vorzusprechen. Hier besteht nur die Möglichkeit einer schriftlichen Äußerung. Im Zwölfergremium sind die Verfahrensbeteiligten auf eigenen Wunsch hin anzuhören. Die Einwände gegen eine Indizierung können beispielsweise die Fragen des Kunstgehaltes betreffen oder es werden Einwände gegen die Interpretation der Aussagen erhoben.

Zwar katalogisieren Sie die indizierte Musik nicht nach der politischen Zugehörigkeit; aber können Sie eine grobe Einschätzung geben, welcher Anteil der indizierten Musik linksradikalen Szenen zuzuordnen ist?

Die politische Zuordnung stellt im Rahmen der Erfassung der Spruchpraxis keine statistische Größe dar, weshalb sich die Frage nicht beantworten lässt. Im Übrigen lässt sich die politische Richtung oftmals auch nicht so eindeutig feststellen. Grob lässt sich aber schon sagen, dass Rechtsrock im Rahmen der Indizierungen von CDs deutlich dominiert.

Unsere Sichtung der indizierten Tonträger, über welche die Deutsche Nationalbibliothek in Leipzig verfügt, hat ergeben, dass der Anteil der linksradikalen Musik im Vergleich zum Beispiel zu den rechtsradikalen Tonträgern sehr gering ist. Wie erklären Sie sich das?

Wie schon erwähnt, betreibt die Prüfstelle keine Marktbeobachtung und sucht auch nicht selbst nach potenziell jugendgefährdenden Inhalten. Weder die BzKJ

noch die Prüfstelle hat Einfluss darauf, welche Medien zur Indizierung beantragt oder angeregt werden.

Das Interview führten Till Schröter und Natalia Hanauska.

Linksradikale Musik und Utopien

Politisches Handeln in der Zukunftswerkstatt

Till Schröter und Natalia Hanauska

1 Politische Bildung? Manchmal laaaaaangweilig!

Nicht alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen interessieren sich gleichermaßen für Politik: „Eher hat Politik – trotz der allgegenwärtigen Krisen – einen geringen Stellenwert in ihrem Leben.“⁵⁸ Die Hauptgründe dafür sind Gefühle der Einflusslosigkeit, mangelnde persönliche Kompetenzen sowie politische Apathie.⁵⁹ Politische Bildung will Partizipation fördern, Kompetenzen ausbilden und Einflussmöglichkeiten aufzeigen, schafft dies aber nicht immer. Eine der Möglichkeiten, sich diesen Zielen anzunähern, ist die Beschäftigung mit politischen Inhalten anhand von Musik. Dies begründet Tonio Oeftering auf dreierlei Weise: Erstens geht der Politikdidaktiker davon aus, dass der Großteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen Musik hört. Zweitens konstatiert er: „Die meisten Jugendlichen hören politische Musik. Und zwar unabhängig davon, ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht“.⁶⁰ Daraus leitet sich drittens ab: Die Auseinandersetzung mit politischer Musik scheint für politisches Lernen erfolgversprechend.

Dieses Potenzial von Musik für politisches Lernen war der Ausgangspunkt der Entwicklung eines Workshops, welcher im Folgenden skizziert wird. In dessen Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit Utopien anhand linksradikaler Musik. Denn Utopisieren kann dazu anregen, die eigenen Vorstellungen von einer besseren Welt in politische Partizipation zu transformieren. Dies soll in der Zukunfts-

58 Bundeszentrale für politische Bildung: SINUS-Jugendstudie 2024 – „Wie ticken Jugendliche?“, 12.06.2024, URL: <https://www.bpb.de/die-bpb/presse/pressemitteilungen/549425/sinus-jugendstudie-2024-wie-ticken-jugendliche/> [eingesehen am 15.07.2024].

59 Vgl. ebd.

60 Oeftering, Tonio: Politische Musik und Politische Bildung, in: Gloe, Markus und Oeftering, Tonio (Hrsg.): Politische Bildung meets Kulturelle Bildung, Baden-Baden 2020, S. 75–89, hier S. 75.

werkstatt geschehen, die in den hier umrissenen neunzigminütigen Workshop für Jugendliche ab 16 Jahren und junge Erwachsene integriert ist. Zur besseren Strukturierung gliedert sich der Workshop in fünf Phasen, die im Folgenden umrissen werden.

WORKSHOP: UTOPIEN ANHAND LINKSRADIKALER MUSIK - EINE ZUKUNFTSWERKSTATT

DAUER	PHASE	METHODEN
5 Min.	Einstiegsphase	Vier-Ecken-Spiel
10 Min.		Adjektivzirkel
10 Min.	Informationsphase	Textarbeit: Welche Probleme werden thematisiert?
10 Min.	Analysephase	Lebenswelten und Kritik
25 Min.	Anwendungs- und Sicherungsphase	Entwurf eines Idealzustandes (Fantasiephase)
15 Min.		Verwirklichung
5 Min.	Urteils- und Abschlussphase	Debriefing: soziometrisches Aufstellen
10 Min.		Reflexion: Ampelspiel

Tabelle 1: Workshop-Übersicht - Dauer, Phasen, Methoden

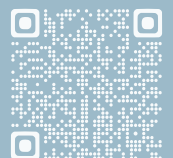
2 Vor der Tür der Zukunftswerkstatt: Einstiegs- und Informationsphasen

Für die Einstiegsphase eignet sich die aktivierende Methode des „Vier-Ecken-Spiels“. Dieses soll das Interesse der Teilnehmenden wecken und den Zugang zum Thema öffnen. Die Fragen sollen die Lernenden animieren, ihre Lebenswelten mit dem Thema des Workshops zu verbinden und sich für eine Positionierung zu entscheiden.⁶¹ Danach hören die Teilnehmenden erstmals die beiden Songs, an denen

61 Ausführlicher dazu Hanauska, Natalia und Schröter, Till: Utopien anhand linksradikaler Musik - Eine Zukunftswerkstatt. Ein Workshop für Jugendliche und junge Erwachsene in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung, Göttingen 2024, URL: <https://www.linke-militanz.de/publikationen/workshop-utopien-linksradikale-musik/> [eingesehen am 13.09.2024].

Workshop

Zum Workshop:



im Weiteren gearbeitet wird: „Festung Europa“ von Kurzer Prozess und „Radikaler Wirtschaftsextremismus“ von chrizki.⁶²

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass wir linksradikale Musik als eine Ausprägung von politischer Musik verstehen: Der politische Song ist „als ein kommunikativer Akt im öffentlichen Raum wahrnehmbar, der bestimmte Interessen verfolgt und diese in die öffentlich getragene Kommunikation und in das gemeinsame Sprechen und Handeln einspeist“⁶³. Unter linksradikaler Musik verstehen wir jene Songs, welche „die allen Linken gemeinsame Zielvorstellung einer nach sozialer Gleichheit strebenden Veränderung der Gesellschaft an ihrer Wurzel“⁶⁴ transportieren.

Ausschlaggebend für den Übergang zwischen radikaler und nicht radikaler Musik sind die Mittel, die beim Erreichen der Ziele eingesetzt werden sollen: Linksradikale Songs lehnen etablierte demokratische Praktiken des Dialoges und des Kompromisses ab. Die Bereitschaft zum Wechsel von der Einstellungsebene zur Handlungsebene wird in der Musik vermittelt. Das Anhören der beiden Songs schließt sich an die Methode „Adjektivzirkel“ an.⁶⁵ Diese weckt das Interesse der Teilnehmenden für das Thema und zeigt, wie unterschiedlich und vielfältig die Wirkung der Musik sein kann, was die Teilnehmenden dann reflektieren.

In der auf die Einstiegs- folgenden Informationsphase arbeiten die Teilnehmenden detaillierter mit den Songs. Sie üben sich darin, politische Songs zu beschreiben, zu verstehen, zu analysieren, auszulegen, und tauschen sich darüber aus. Nicht jede Aussage eines Songs kommt auf die gleiche Weise bei den Hörenden an: Aussagen können bewusst verwässert, verschleiert – oder im Gegenteil: sehr offensiv – geschrieben werden und entfalten ihre Wirkungen verschiedenlich. Außerdem wird die Wahrnehmung der Teilnehmenden für gesellschaftliche Problemlagen geschärft und dafür, wie diese kritikwürdig auf künstlerische sowie ästhetische Art und Weise in linksradikale Songs verpackt werden.

62 Die Auswahl der Lieder für die Analyse versteht sich lediglich als ein Vorschlag. Wenn man im Themenbereich „Musik und Politik“ arbeitet, kann „eigentlich alles falsch gemacht werden: Zur jeder Auswahl [sic!] der Lieder könnte es (bessere) Alternativen geben“; Kuhn, Hans-Werner: Musik und Politik. Politisch-kulturelles Lernen als Zugang Jugendlicher zur Politik?! Hermeneutische Aspekte eines doppelten Zusammenhangs, in: Goll, Thomas und Friedrichs, Werner (Hrsg.): Politik in der Kunst – Kunst in der Politik. Zum Potential ästhetischer Zugänge zur Politik, Wiesbaden 2021, S. 63-82, hier S. 67.

63 Oeftering: Politische Musik und Politische Bildung, S. 77.

64 Riedl, Jonathan und Micus, Matthias: Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes). Überlegungen zu einer möglichen Alternative, in: Demokratie-Dialog, H. 1 (2017), S. 16-22, hier S. 21.

65 Mehr dazu bei Hanauska und Schröter: Utopien anhand linksradikaler Musik, S. 18 f.

3 Werkeln am Utopischen: Politisches Handeln in der Zukunftswerkstatt

Das Herzstück des Workshops bildet die Zukunftswerkstatt, die als „soziale Problemlösungsmethode zur Demokratisierung der Gesellschaft und zur Entwicklung von Visionen und Innovationen für eine ‚zukunftsfähige‘ Gesellschaftsgestaltung“⁶⁶ verstanden wird und sich für die Förderung von politischer Handlungskompetenz⁶⁷ sowie für die Arbeit an Utopien eignet. Die wesentlichen Merkmale dieser Methode sind folgende: basisdemokratisch, integrativ, ganzheitlich, kreativ, kommunikativ, provokativ.⁶⁸ Die Zukunftswerkstatt selbst besteht aus verschiedenen Phasen (siehe Abbildung 1) - nicht zu verwechseln mit den Phasen des Workshops.

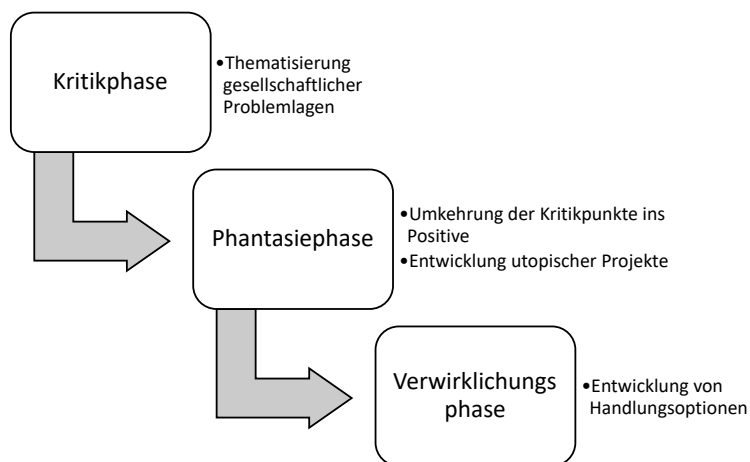


Abbildung 1: Zukunftswerkstatt - Phasen und Ziele (eigene Darstellung)

Die Zukunftswerkstatt beginnt mit der Kritikphase: Darin sammeln die Werkstattteilnehmenden sämtliche Kritikpunkte, Probleme und Missstände, die aus ihrer Sicht für das zu behandelnde Thema relevant sind. Denn: Die in den Musikstücken geäußerte Kritik muss nicht in vollem Umfang einen Bezug zu den Lebenswelten der Teilnehmenden aufweisen. In der Kritikphase sollen die Teilnehmenden dies auf ähnlich polemische und radikale Art und Weise tun, wie sie dies zuvor in den Liedtexten wahrgenommen haben. So spricht chrizki beispielsweise von „radika-

66 Weinbrenner, Peter: Zukunftswerkstatt, in: Kuhn, Hans-Werner und Massing, Peter (Hrsg.): Lexikon der politischen Bildung (hrsg. von Georg Weißenö), Bd. 3: Methoden und Arbeitstechniken, Schwalbach am Taunus 2000, S. 214-217, hier S. 214.

67 Politische Handlungskompetenz ist die „Gesamtheit der einer Person zur Verfügung stehenden Handlungskonzepte und Handlungsschemata“; Edelmann, Walter: Lernpsychologie. Eine Einführung, 4. Aufl., Weinheim 1994, S. 317.

68 Vgl. Weinbrenner: Zukunftswerkstatt, S. 214 f.

le[m] Wirtschafts-Extremismus“ und fragt: „Begriff das wohl auch mal der Verfassungsschutz und bietet 'n Ausstiegsprogramm für diesen Kapital-Extremismus?“⁶⁹ Lösungsvorschläge für die gesammelten Probleme dürfen an dieser Stelle jedoch noch nicht geäußert werden – es geht lediglich um die Thematisierung gesellschaftlicher Missstände. Die Teilnehmenden problematisieren eigene alltägliche Herausforderungen und erkennen deren Verbindung zu gesellschaftlichen Verhältnissen und politischen Strukturen. Dadurch entsteht am Ende der Kritikphase ein Pool aus gesellschaftlichen Umständen, den die Teilnehmenden und die Lieder als kritikwürdig identifiziert haben – die Problemlage ist evident.

In der darauffolgenden Fantasiephase werden alle gesammelten Probleme ins Positive umgedreht und utopische Projekte entwickelt. Dabei sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt: Man geht davon aus, dass Geld unbegrenzt ist und jegliche technische Ausstattung zur Verfügung steht – man hat Macht und alle erdenklichen Ressourcen. Die Teilnehmenden sind ebenso frei in der Gestaltung und der Präsentation ihrer utopischen Projekte: Denkbar ist Letztere beispielsweise in Form von Gedichten oder Liedern, als Bild oder Collage, als kurzes darstellendes Spiel, als Plakat oder mittels Pantomime – Kreativität wird gefördert und gefordert.

In der Verwirklichungsphase geht es darum, die in der Fantasiephase entwickelten utopischen Entwürfe auf die Möglichkeit ihrer Realisierung – oder zumindest einiger ihrer Elemente – zu überprüfen. Die dahingehende Bewertung erfolgt durch die Teilnehmenden selbst. In dieser Phase werden zudem Lösungs- oder Umsetzungsstrategien entwickelt. Die Lernenden entscheiden gemeinsam, ob die in den Songs angebotenen Handlungsoptionen (teilweise) übernommen oder verworfen werden. Sie lernen dabei, was für die Umsetzung eines Projektes zu berücksichtigen ist.

4 Danach: Urteils- und Abschlussphase

Nach der Werkstattarbeit gilt es, die von den Teilnehmenden entworfenen Handlungsoptionen im Hinblick auf die zuvor identifizierten Problemlagen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu reflektieren. Dies stellt zugleich ein „Zurückholen“ in das Hier und Jetzt dar, eine Abkehr vom Utopisieren und ein Kontrastie-

⁶⁹ chrizki, *Radikaler Wirtschaftsextremismus*, auf: *Glücklich Arbeitslos Für Herrschaftsfreien Klimawandel*, 2022.



Abbildung 2:
Widerstand und Utopien als
Symbolbild (eigene Aufnahme)

ren der idealisierten mit den vorherrschenden Zuständen. Dabei soll sowohl der Verlauf der „Arbeit in der Werkstatt“ als auch das Ergebnis reflektiert werden – auf einer inhaltlichen, aber auch auf einer emotionalen Ebene. Die Methoden Ampelspiel und soziometrisches Aufstellen ermöglichen einerseits eine breite Meinungserfassung, andererseits eine „Tiefenbohrung“ in der Reflexion zum Abschluss. Die entstandenen realen Handlungspotenziale mitsamt ihren Selbstwirksamkeitspotenzialen werden in realpolitische Zusammenhänge eingebettet und weitere Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

5 Ausblick

Den roten Faden des Workshops bildet ein Verhältnisverständnis von Musik und Politik, in welchem „Musik als Magd, Begleiterin und Modell der Politik“⁷⁰ gilt. So wird in der Einstiegsphase die Rolle von Musik als Magd der Politik offensichtlich: Musik wird von unterschiedlichen Akteur:innen zu verschiedenen Zwecken und mit unterschiedlichen Zielen eingesetzt. Im „Vier-Ecken-Spiel“ und durch den „Adjektivzirkel“ setzen sich die Teilnehmenden mit der Wirkungsmacht von Musik auseinander. In der Informationsphase verdeutlicht sich die Rolle der Musik als Begleiterin der Politik. In dieser Rolle fixiert und vermittelt Musik den Zeitgeist: Wichtige Ereignisse werden dokumentiert; sie überträgt dabei nicht nur Inhalte, sondern oft auch die vorherrschenden Stimmungen. Musik spiegelt ihre Zeit wider und ist insofern Symbol der Zeitgeschichte.

Auch in ihrer Rolle als Modell der Politik kommt Musik im Workshop zum Ausdruck: Sie bietet eine Gelegenheit für Künstler:innen, ihre Träume von einem besseren Leben in Utopien auszuleben. Roger Behrens schreibt, Utopie sei „Phantasie, die Fähigkeit zum Tagträumen, ohne sich in Luftschlössern zu verlaufen“⁷¹. Dabei werden in Songs nicht nur „Fluchten“⁷² angeboten, sondern Utopien als Gegenentwürfe zu bestehenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Missständen vorgestellt. Des Weiteren liefern Künstler:innen Mechanismen, welche die Verwirklichung utopischer Entwürfe sicherstellen sollen.

70 Canaris, Ute: Dienerin, Gefährtin oder Wegweiserin? Was Musik mit Politik zu tun hat, in: dies. (Hrsg.): Musik//Politik. Texte und Projekte, Bochum 2005, S. 21-46, hier S. 25.

71 Behrens, Roger: Die Aktualität des Utopischen in der Kunst. Ein Streifzug, verstreute Gedanken zum Form-Inhalt-Problem aufnehmend, in: Utopie kreativ, Jg. 62 (1995), H. 12, S. 24-33, hier S. 24, URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/62/62.pdf [eingesehen am 25.06.2024].

72 Zitiert nach o. V.: Die Tanzfläche als letzte Utopie. Roger Behrens im Gespräch mit Andreas Müller, in: Deutschlandfunk Kultur, 19.12.2016, URL: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/utopien-in-der-popmusik-die-tanzflaeche-als-letzte-utopie-100.html> [eingesehen am 24.06.2024].

Der vorliegende Workshop schöpft nicht annähernd das Potenzial von Musik für politisches Lernen aus. Vielmehr versteht er sich als Anregung für die weitere Beschäftigung mit Musik in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung. So kann die Nachbereitungsphase auch der Entwicklung neuer Projektideen dienen - die sogenannte „permanente Zukunftswerkstatt“⁷³. Manche Vorschläge mögen sich besser oder schlechter eignen, um realpolitisch verfolgt zu werden, sodass auch dies in die erweiterte Einbettung verschoben und zunächst eine Distanzierung der Teilnehmenden vom Gegenstand ermöglicht werden kann. Optionen der Fortsetzung beziehungsweise weiteren Einbettung in den größeren Zusammenhang finden sich in der Handreichung zum Workshop - schauen Sie gerne rein!⁷⁴

Literaturverzeichnis

- Behrens, Roger: Die Aktualität des Utopischen in der Kunst. Ein Streifzug, verstreute Gedanken zum Form-Inhalt-Problem aufnehmend, in: Utopie kreativ, Jg. 62 (1995), H. 12, S. 24-33, URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/62/62.pdf [eingesehen am 25.06.2024].
- Bundeszentrale für politische Bildung: SINUS-Jugendstudie 2024 - „Wie ticken Jugendliche?“, 12.06.2024, URL: <https://www.bpb.de/die-bpb/presse/pressemitteilungen/549425/sinus-jugendstudie-2024-wie-ticken-jugendliche/> [eingesehen am 15.07.2024].
- Canaris, Ute: Dienerin, Gefährtin oder Wegweiserin? Was Musik mit Politik zu tun hat, in: dies. (Hrsg.): Musik//Politik. Texte und Projekte, Bochum 2005, S. 21-46.
- Edelmann, Walter: Lernpsychologie. Eine Einführung, 4. Aufl., Weinheim 1994.
- Hanauska, Natalia und Schröter, Till: Utopien anhand linksradikaler Musik - Eine Zukunftswerkstatt. Ein Workshop für Jugendliche und junge Erwachsene in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung, Göttingen 2024, URL: <https://www.linke-militanz.de/publikationen/workshop-utopien-linksradikale-musik/> [eingesehen am 13.09.2024].
- Kuhn, Hans-Werner: Musik und Politik. Politisch-kulturelles Lernen als Zugang Jugendlicher zur Politik?! Hermeneutische Aspekte eines doppelten Zusammenhangs, in: Goll, Thomas und Friedrichs, Werner (Hrsg.): Politik in der Kunst - Kunst in der Politik. Zum Potential ästhetischer Zugänge zur Politik, Wiesbaden 2021, S. 63-82.

73 Weinbrenner: Zukunftswerkstatt, S. 216.

74 Die Materialien zur Durchführung des hier umrissenen Workshops finden sich als Handreichung auf der Website der Bundesfachstelle Linke Militanz; vgl. Hanauska und Schröter: Utopien anhand linksradikaler Musik.

- Oefftering, Tonio: Politische Musik und Politische Bildung, in: Gloe, Markus und Oefftering, Tonio (Hrsg.): Politische Bildung meets Kulturelle Bildung, Baden-Baden 2020, S. 75-89.
- O.V.: Die Tanzfläche als letzte Utopie. Roger Behrens im Gespräch mit Andreas Müller, in: Deutschlandfunk Kultur, 19.12.2016, URL: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/utopien-in-der-popmusik-die-tanzflaeche-als-letzte-utopie-100.html> [eingesehen am 24.06.2024].
- Riedl, Jonathan und Micus, Matthias: Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes). Überlegungen zu einer möglichen Alternative, in: Demokratie-Dialog, H. 1 (2017), S. 16-22.
- Weinbrenner, Peter: Zukunftswerkstatt, in: Kuhn, Hans-Werner und Massing, Peter (Hrsg.): Lexikon der politischen Bildung (hrsg. von Georg Weißeno), Bd. 3: Methoden und Arbeitstechniken, Schwalbach am Taunus 2000, S. 214-217.

Frauen in der radikalen Linken - Gegen System und Patriarchat

01

Inhalt

Einblick	198
Von Emanzipation bis linksgerichtetem Terrorismus Frauenbewegungen und ihr Einfluss auf linke Szenen <i>Katharina Heise</i>	201
Weibliche Radikalisierung - ein neues Phänomen? <i>Interview mit der Terrorismusforscherin Isabelle Holz</i>	213
Sexismus in linken Kontexten Materialschau für ein politisches Bildungsmodul <i>Katharina Heise</i>	222

„In der Entwicklung der Nation und der Einrichtung der Bürgerlichen Gesellschaft hat sich eine Geschlechterordnung etabliert, die eine Dichotomie der Geschlechter manifestierte und auf dieser basiert. Diese teilt sich in zwei Sphären: Die männliche, aufgewertete Sphäre, zu der Staat, Politik, Öffentlichkeit, das Rationale und der Krieg gehören. Und die weibliche, abgewertete Sphäre, zu der Familie, Privates, Gefühlswelt und (friedliche) Heimat gehören. Die Sphären schlagen sich auch in ökonomischen Verhältnissen nieder: Durch die Entstehung der produktiven und reproduktiven Sphäre hat sich auch hier eine patriarchale Ordnung festgelegt. Die hier entstehende Geschlechterdifferenz institutionalisierte sich als eines der wesentlichen hierarchischen Strukturprinzipien moderner Gesellschaft. In der Nation wirkt sie sowohl als ideologische Herrschaftslegitimation als auch in der ökonomischen Sphäre.“¹

Obwohl Frauen schon lange in linksradikalen Kontexten aktiv sind, hat die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit linksradikalem Feminismus als Forschungsgegenstand erst kürzlich richtig begonnen.² Wie das obige Zitat von *indymedia* sinnbildlich verdeutlicht, vollzieht sich dieser Wandel parallel zu linken Szenen: Feministische Themen nehmen in gesamtgesellschaftlichen und auch in politikwissenschaftlichen Diskussionen nicht mehr nur einen Randplatz ein, sondern sind mehr und mehr ins Zentrum der Auseinandersetzung gerückt.

Mit Blick zurück auf die letzten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts war dies noch anders - feministische Themen wurden auch in linken Gruppierungen lediglich am Rande behandelt. Aus diesem Grund wollten sich die aktiven Frauen aus gemischten Kontexten lösen und gründeten eigene Gruppierungen.³ In den 1980er und 1990er Jahren gab es einen Aufschwung an sogenannten Fantifa-Gruppen⁴ - antifaschistische Gruppierungen, die allein von und für Frauen gegründet wurden. Anders als in gemischten Kontexten sahen Frauen schon damals den Kampf gegen das Patriarchat als Teil des Kampfes gegen das kapitalistische System an.⁵ In gemischten Gruppen wurde das Thema indes bloß nachlässig oder überhaupt nicht behandelt. So war es für Frauen auch schwieriger, das Wort zu ergreifen und insofern auch, die gesamte Gruppe für ihre Überzeugungen und Ideen zu gewinnen.⁶

1 RotesDresden: Redebeitrag zum 8. März 2024 Männlichkeit, Nation und Antifeminismus, in: indymedia, URL: <https://de.indymedia.org/node/345863> [eingesehen am 04.11.2024].

2 Vgl. Lux, Katharina: Kritik und Konflikt. Die Zeitschrift *Die Schwarze Botin* in der autonomen Frauenbewegung, Innsbruck 2022; Karl, Michaela: Die Geschichte der Frauenbewegung, Stuttgart 2011.

3 Vgl. Herausgeber_innenkollektiv von „Fantifa“: Feminismus in der radikalen Linken - Fantifa, in: Schmidt, Fiona Sara / Nagel, Torsten / Engemann, Jonas: Play Gender - Linke Praxis - Feminismus - Kulturarbeit, Mainz 2016, S. 184-191.

4 Heute auch bekannt als F*antifa-Gruppen oder allgemein ausgedrückt als Frauen Antifa.

5 Vgl. Karcher, Katharina: Sisters in Arms. Militant Feminisms in the Federal Republic of Germany since 1968, Oxford 2017.

6 Vgl. Karl: Die Geschichte der Frauenbewegung, S. 130.

Heute blicken wir auf eine andere Lage: Linksradike feministische Gruppen sind verbreitet und sehr vielfältig. Die von ihnen geführten Diskurse strahlen auch auf breiter beziehungsweise anders positionierte Gruppen aus. Das Bündnis von Frauen und Queer-Gruppen ist insbesondere in der jungen Generation extrem ausstrahlungsfähig – der Schwarze Block hat sich vielerorts sprichwörtlich lila gefärbt.

Mit Sorge wird indes in allen linken Gruppierungen auf den steigenden Anti-Feminismus geschaut⁷: „Klassische“ linke Themen werden in Frauengruppen oder queeren Kontexten behandelt und als Teil des feministischen Kampfes gesehen, wie beispielsweise das Engagement gegen Gentrifizierung.⁸ Aber auch der links-militante Arm ist weiblicher geworden, selbst wenn hierzu noch tiefgehende Forschung aussteht. Der Wandel ist also zwar offenkundig, doch stößt er in den linken Gruppen nicht nur auf Zustimmung.

Dieses Spannungsverhältnis wird im vorliegenden Dossier genauer behandelt. Den Auftakt bildet eine Analyse der Frauenbewegungen und ihres Einflusses auf linke Kontexte von Katharina Heise. Es folgt ein Interview mit Isabelle Holz, Vorsitzende des Netzwerks Terrorismusforschung e. V., zur derzeitigen Forschungsentwicklung zu Frauen in radikalen bis extremen Kontexten; dabei werden neben dem klassischen linken Spektrum auch aktuelle Entwicklungen in anderen Kontexten, wie beispielsweise die sogenannten *Tradwives*⁹, thematisiert. Zum Abschluss des Dossiers erfolgt der Einblick in ein politisches Bildungsmodul, das sich mit Sexismus in linken Gruppierungen beschäftigt: Thematisiert wird hier ein gesamtgesellschaftliches Problem, das auch in linken Kontexten immer wieder auftritt und auch dort für Konflikte sowie interne Unzufriedenheit sorgt.¹⁰ Dieses Modul wurde im Rahmen der politischen Bildungsarbeit der Bundesfachstelle Linke Militanz konzipiert, getestet und evaluiert.

7 Vgl. Kaiser, Susanne: Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilmachen, Bonn 2022; RotesDresden: Redebeitrag; anonym: Der Herbst wird heiß – Fantifa Berlin lädt ein, in: indymedia, URL: <https://de.indymedia.org/node/459786> [eingesehen am 04.11.2024].

8 Vgl. Rigaer94: Gemeinsam gegen die Gentrifizierung und die „enshitification“ der Welt, in: indymedia, URL: <https://de.indymedia.org/node/466231> [eingesehen am 04.11.2024].

9 Der Begriff *Tradwives* kommt von den englischen Wörtern *tradition* und *wives* – er steht für ein sehr konservatives Frauenbild und ist zurzeit besonders in sozialen Medien stark sichtbar. *Tradwives* selbst sehen sich oft als „wahre“ Feministinnen; vgl. DISW: „Tradwives“: Ein besorgniserregendes Symptom der Gegenwart, 20.07.2023, URL: <https://echte-vielfalt.de/lebensbereiche/familie/tradwives-ein-besorgniserregendes-symptom-der-gegenwart/> [eingesehen am 04.11.2024].

10 Vgl. Soligruppe Free_Benni: Über Solidarität und Täterschaft, in: indymedia, URL: <https://de.indymedia.org/node/452404> [eingesehen am 04.11.2024].

Literaturverzeichnis

- anonym: Der Herbst wird heiß - Fantifa Berlin lädt ein, in: indymedia, URL: <https://de.indymedia.org/node/459786> [eingesehen am 04.11.2024].
- DISW: „Tradwives“: Ein besorgniserregendes Symptom der Gegenwart, 20.07.2023, URL: <https://echte-vielfalt.de/lebensbereiche/familie/tradwives-ein-besorgniserregendes-symptom-der-gegenwart/> [eingesehen am 04.11.2024].
- Herausgeber_innenkollektiv von „Fantifa“: Feminismus in der radikalen Linken - Fantifa, in: Schmidt, Fiona Sara / Nagel, Torsten / Engelmann, Jonas: Play Gender - Linke Praxis - Feminismus - Kulturarbeit, Mainz 2016, S. 184-191.
- Kaiser, Susanne: Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobil machen, Bonn 2022.
- Karcher, Katharina: Sisters in Arms. Militant Feminisms in the Federal Republic of Germany since 1968, Oxford 2017.
- Karl, Michaela: Die Geschichte der Frauenbewegung, Stuttgart 2011.
- Lux, Katharina: Kritik und Konflikt. Die Zeitschrift *Die Schwarze Botin* in der autonomen Frauenbewegung, Innsbruck 2022.
- Rigaer94: Gemeinsam gegen die Gentrifizierung und die „enshitification“ der Welt, in: indymedia, URL: <https://de.indymedia.org/node/466231> [eingesehen am 04.11.2024].
- RotesDresden: Redebeitrag zum 8. März 2024 Männlichkeit, Nation und Antifeminismus, in: indymedia, URL: <https://de.indymedia.org/node/345863> [eingesehen am 04.11.2024].
- Soligruppe Free_Benni: Über Solidarität und Täterschaft, in: indymedia, URL: <https://de.indymedia.org/node/452404> [eingesehen am 04.11.2024].

Von Emanzipation bis linksgerichtetem Terrorismus

Frauenbewegungen und ihr Einfluss auf linke Szenen

Katharina Heise

Unsere Geschichtsbetrachtung ist primär männlich geprägt. Dies gilt auch für politische Bewegungen. Die Rolle von Frauen¹¹ wurde meist vernachlässigt. So sind beispielsweise Frauen als Teil der Arbeiterbewegung über viele Jahrzehnte bis zur Etablierung der Neuen Frauenbewegung wissenschaftlich wenig bis gar nicht beachtet worden.¹² Hier zeichnet sich ein ähnliches Bild wie bei der Forschung zu linken Szenen, Linksradikalismus und linker Militanz ab. Als eine der wenigen Ausnahmen könnte die Forschung zu den weiblichen Mitgliedern der Roten Armee Fraktion gelten.

Ist die Forschungsliteratur zu linker Militanz in den letzten Jahren zwar angewachsen, so wurde der Blick doch nach wie vor meist auf junge und vorwiegend männliche Personen gerichtet, welche die Szenen strukturieren und anführen.¹³ Die Forschungslücke bei Frauen im Linksradikalismus beziehungsweise in der linken Militanz besteht somit fort. Der vorliegende Artikel strebt deshalb eine erste Einordnung der Rolle von Frauen im Linksradikalismus an. Im Folgenden soll daher eine kurze Einführung verschiedene Phasen der Frauenbewegungen in Deutsch-

11 In diesem Beitrag wird für alle sich weiblich definierenden Menschen der Begriff „Frauen“ verwendet. Eine nähere Auseinandersetzung mit verschiedenen Zugehörigkeiten kann innerhalb dieses Textes nicht vorgenommen werden. Zudem handelt es sich hierbei zunächst um eine Darstellung der Frauenbewegungen, die in den 1970er bis 1990er Jahren aktiv waren. Diese kooperierten auch mit Lesben- und Schwulenbewegungen.

12 Vgl. Artus, Ingrid: Wenn Frauen* streiken ... Zur Vergeschlechtlichung von Arbeitskämpfen, in: dies. et al. (Hrsg.): Arbeitskämpfe sind Geschlechterkämpfe. Sozialwissenschaftliche und historische Perspektiven, Münster 2020, S. 75-97, hier S. 76.

13 Vgl. Landespräventionsrat Schleswig-Holstein: Linksextremistische Erscheinungsformen und insbesondere linke Gewalt in Schleswig-Holstein. Wissenschaftliche Studie, Kiel 2019, S. 8.

land, die in ihrer jeweiligen Zeit auch als radikal gedeutet wurden, aufzeigen. Zum Schluss gibt dieser Artikel einen Überblick über einzelne Gruppenbeispiele linksradikaler bis linksterroristischer Frauengruppen ab den 1970er Jahren. Als ein Resultat kann schon jetzt vorweggenommen werden, dass weibliche Radikalität kein Novum ist, sondern sich im Laufe der Geschichte immer wieder finden lässt.

Zur historischen Entwicklung von Frauenbewegungen in Europa

Frauenbewegungen sind - ähnlich wie andere soziale Bewegungen - keine Errungenschaft des vergangenen Jahrhunderts. Vielmehr muss genau unterschieden werden zwischen den unterschiedlichen Bewegungen und ihren Forderungen, die wiederum in den Kontexten ihrer jeweiligen Entstehungszeit zu betrachten sind. Frauenbewegungen profitierten immer schon von den Erfolgen vorheriger Bewegungen oder nahmen Forderungen erneut auf beziehungsweise passten sie an ihren zeitlichen Kontext an.

Die erste Frauenbewegung begann mit der Französischen Revolution: Frauen sollten nicht weiter als Menschen zweiter Klasse angesehen werden.¹⁴ Zusätzlich spielten in den Emanzipationsbestrebungen gesellschaftliche Zusammenhänge und Klassenzugehörigkeiten eine Rolle. Frauen aus oberen Schichten wurden trotz einer besseren Stellung auch nach der Revolution nicht mit ihren Männern oder Söhnen gleichgestellt, unverheiratete Frauen blieben gesellschaftlich nicht akzeptiert. Somit war also für den Status der Frau deren Beziehung zu einem Mann entscheidend.

Frauenbewegungen entwickelten sich in fast allen europäischen Staaten über die Jahre hinweg immer weiter. Erste Erfolge wurden unter anderem dadurch erreicht, dass unverheiratete Frauen ab Mitte des 19. Jahrhunderts als Lehrerinnen arbeiten durften. Dies schloss jedoch eine Heirat aus beziehungsweise wurden Lehrerinnen danach sofort entlassen.¹⁵ Heute selbstverständlich erscheinende Errungenschaften waren in ihren Entstehungszeiten umstritten und riefen starke Restaurationskräfte hervor. Vor dem Hintergrund ihrer Zeit waren die emanzipativen Forderungen also durchaus radikal.

Nachdem Frauen immer mehr ins Berufsleben hatten einsteigen können - wenn auch zu deutlich schlechteren Bedingungen -, kam es zu immer mehr Spaltungen der damaligen Frauenbewegung, da unterschiedliche Ziele und politische Inhalte verfolgt wurden. Bürgerliche Gruppen bildeten sich ebenso wie proletarische, die unterschiedliche Ziele formulierten und unterschiedliche Teile der Gesellschaft an-

14 Vgl. Karl, Michaela: Die Geschichte der Frauenbewegung, Stuttgart 2011, S. 17.

15 Vgl. ebd., S. 22.

sprachen. Auch an der Arbeiterbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren Frauen beteiligt; ihre eigene Position wird bis heute jedoch in den meisten Fällen bloß als vernachlässigbare Nebenrolle dargestellt.¹⁶ Durch die Weltgeschehnisse Anfang des 20. Jahrhunderts erfolgt nun ein kleiner historischer Sprung, der nicht infrage stellen will, dass es in jenen Jahrzehnten nicht auch wichtige Ereignisse mit der Beteiligung von Frauen gab - hier sollte unter anderem an die Frauenorganisationen der sozialdemokratischen Milieus oder die Suffragetten erinnert werden.

Einige Gruppierungen der Frauenbewegungen wurden ebenso wie die Frauengruppen in den 1970er bis 1990er Jahren als radikal definiert und auch als Gefahr für die Gesellschaft gewertet, da so das altbekannte Leben und die eigene Stellung in der Gesellschaft oder in den Familien infrage gestellt wurden.¹⁷ Dazu gehörte unter anderem der Anspruch auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, die Öffentlichkeit von häuslicher Gewalt von Männern gegenüber ihren Frauen und anderen weiblichen Familienangehörigen wie auch die ökonomische, sexuelle und emotionale Unabhängigkeit, die Frauen gewinnen konnten.

Aus heutiger Sicht würden diese Forderungen zwar sicherlich nicht mehr als radikal definiert werden; doch soll an dieser Stelle nicht unterschlagen werden, dass einige Entwicklungen und Aktionen, heute anders interpretiert beziehungsweise wahrgenommen werden können als noch zu den Zeiten ihrer Umsetzung. Schlussendlich muss auch festgehalten werden, dass ohne die Entwicklungen der Neuen Deutschen Frauenbewegung heutige zentrale Aspekte des Feminismus im Allgemeinen nicht möglich wären.¹⁸ Diese Aspekte werden im Folgenden näher betrachtet.

Die Neuen Frauenbewegungen in Deutschland

Die Geschichte der Neuen Frauenbewegung beginnt Ende der 1960er Jahre und entwickelte sich primär in linken Kreisen. Im Unterschied zu vorherigen Bewegungen lässt sich hier also eine klare politische Schnittstelle zwischen den verschiedenen Gruppierungen finden. So gab es nicht, wie in früheren Frauenbewegungen, bürgerliche oder proletarische Gruppen, sondern es konzentrierte sich klar auf linkspolitische Zusammenhänge.

Die Hauptforderung war - und dies geschah gruppenübergreifend - eine umfassende Selbstbestimmung der Frau, zu der sowohl körperliche, psychische, in-

16 Vgl. Artus: Wenn Frauen* streiken, S. 76.

17 Vgl. Karl: Die Geschichte der Frauenbewegung, S. 140 ff.

18 Vgl. Lenz, Anne und Paetau, Laura: Feminismen und „Neue politische Generation“. Strategien feministischer Praxis, Münster 2009, S. 11 f.

tellektuelle als auch kulturelle Selbstbestimmung gezählt wurden.¹⁹ Damit einher ging die Forderung nach straffreier Abtreibung. Diese Auseinandersetzung war ein Schlüsselmoment im Umgang mit Themen der Sexualität in der Gesellschaft und brachte nicht nur Frauen neue Freiheiten, sondern gesamtgesellschaftliche Veränderungen mit sich. Dazu gehörte beispielsweise eine neue Öffentlichkeit gegenüber männlicher Gewalt gegen Frauen.²⁰ Somit wechselten häusliche Gewalt und sexuelle Selbstbestimmung immer mehr aus dem Privaten und Unsagbaren in die öffentliche und sagbare Sphäre. Daraus resultierten Mitte der 1970er Jahre die ersten Frauenhäuser sowie -notrufe.

Als Auftakt der breiteren Betrachtung der Neuen Deutschen Frauenbewegung gilt der 13. September 1968. An diesem Tag fand die 23. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Frankfurt am Main statt. Dort hielt Helke Sander als Vertreterin des Aktionsrats zur Befreiung der Frauen eine Rede. Diese wurde jedoch im weiteren Verlauf der Konferenz nicht weiter beachtet und auch nicht diskutiert. Durch die weitere Vernachlässigung frauenspezifischer Themen sahen sich einige Frauen darin bestätigt, dass ihre Themen nicht den gleichen Stellenwert einnahmen wie andere. Berühmt wurde anschließend Sigrid Rieger, die ihre Wut und ihr Unverständnis ob des ausbleibenden Austauschs über den Vortrag mit einem Tomatenwurf auf den rein männlichen Vorstand des SDS zum Ausdruck brachte.²¹ Der Vortrag in Kombination mit der Ignoranz der männlichen Vertreter sowie die Reaktion darauf stellten den Beginn einer Autonomen Frauenbewegung dar, die im Folgenden skizziert werden soll.

Autonome Frauenbewegungen

Im Anschluss an die Delegiertenkonferenz des SDS und das klar erkennbare Desinteresse der männlichen Vertreter an den Belangen ihrer Genossinnen bildeten sich erste „Weiberräte“.²² Diese waren der organisatorische Ausgangspunkt der Autonomen Frauenbewegung. Für die Aktivistinnen waren sie nötig, da die Frauen das Gefühl hatten, nicht nur in der Gesellschaft, sondern sogar in ihren eigenen linken Kreisen zur Seite gedrängt zu werden und dass ihre Themen nicht ausreichend Beachtung fänden.²³ Die Autonome Frauenbewegung war „der Generalangriff auf

19 Vgl. Karl: Die Geschichte der Frauenbewegung, S. 133.

20 Vgl. Lux, Katharina: Kritik und Konflikt. Dissertation, Innsbruck 2021, S. 135.

21 Vgl. Lenz und Paetau: Feminismen und „Neue politische Generation“, S. 59.

22 Vgl. ebd.

23 Vgl. ebd., S. 60.

eine nicht mehr tragbare Wirklichkeit“²⁴. Autonom steht in diesem Fall für zwei verschiedene Aspekte: Primär war damit der Zustand einer unabhängigen Bewegung gemeint, die sich von Männer- oder gemischten Gruppierungen distanzierte; überdies setzte die Autonome Frauenbewegung, so die Darstellung einer anonymen Autor:in, zur Umsetzung ihrer Ziele statt auf staatliche Organisationen auf die Selbstorganisation der Aktivistinnen.²⁵ Dies folgte dem Grundgedanken der heute immer noch existierenden autonomen Gruppen.

Der theoretische Hintergrund der Autonomen Frauenbewegung und aller sich ihr zugehörig definierenden Gruppen lag in der feministischen Theoriebildung, die sich die Grundlage des Marxismus und der Kritischen Theorie zur Hilfe nahm.²⁶ Großen Einfluss hatte auch die französische Philosophin Simone de Beauvoir – bis heute ist ihre Sichtweise auf die Frage, wie sich Geschlecht bildet und dass die Welt primär männlich geprägt sei sowie auch kapitalistische Systeme vor allem männlich beherrscht würden, prägend für verschiedene feministische Bestrebungen.

Innerhalb der Autonomen Frauenbewegung in Deutschland bildeten sich im weiteren Verlauf neben verschiedenen Positionen drei Hauptströmungen: liberaler Feminismus, sozialistischer Feminismus und radikaler Feminismus. Der sozialistische Feminismus orientierte sich stark an der internationalen Studentenbewegung. In diesem Verständnis von Feminismus wurden Frauen zu gleichen Teilen durch Klassen-, Produktions- und Geschlechterverhältnisse unterdrückt.²⁷ Der liberale Feminismus indes trat vor allem für die Gleichstellung in Erziehung, Bildung und Bürgerschaft ein – die biologischen Geschlechter galten hier als normaler Bestandteil der Gesellschaft und ihnen wurden die gleichen Fähigkeiten zugeschrieben; Unterschiede entstanden in dieser Strömung allein durch die Sozialisation.

Die letzte Hauptströmung ist die des Radikalfeminismus. Anders als die beiden erstgenannten Strömungen wurde hier die Unterdrückung der Frau allein durch Männer gesehen: „Alle Männer würden alle Frauen unterdrücken.“²⁸ Daraus erwuchs die Forderung, sich vollkommen von Männern zu befreien. Besonders hinsichtlich der Differenzierung und auch Abgrenzung von Männern ist eine Kritik an linken Gruppierungen der damaligen Zeit zentral und somit eine maßgebliche Legitimationsgrundlage der Autonomen Frauenbewegung. So sahen zahlreiche linke, primär männlich geprägte Zusammenschlüsse in der Frauenbewegung sowie im Feminismus bloß kleinbürgerliche oder reaktionäre Bestrebungen, die keiner tieferen Beachtung würdig seien. Dies rührte vor allem daher, dass die Ideen und

24 Lux: Kritik und Konflikt, S. 67.

25 Amantine: Gender und Häuserkampf, Münster 2011, S. 89.

26 Vgl. Lux: Kritik und Konflikt, S. 8.

27 Vgl. ebd., S. 137.

28 Vgl. Lux: Kritik und Konflikt, S. 138.

Ansprüche nicht in gleicher Weise relevant für die gesamte Gruppe beziehungsweise die gesamte Gesellschaft seien, wie beispielsweise der Klassenkampf. In den ebenfalls patriarchal geprägten Gruppen war die Frauenfrage eben bloß ein Nebenwiderspruch im Klassenkampf und bedürfe daher keiner konkreten oder priorisierten Verfolgung.²⁹

Parallel zu den Debatten in gemischten, männlich dominierten Gruppierungen wurde außerdem über das Verhältnis der Frauenbewegung zur Gewalt gestritten. Die Mehrheit der Aktivistinnen agierte gewaltlos und orientiert daran, die Gesellschaft zu verbessern, nicht aber zu gefährden. Ein anderer Teil jedoch kritisierte diese „typischen weiblichen Charaktereigenschaften“ folgenden Einstellungen und befürwortete stattdessen Militanz und Widerstand, im Zuge dessen auch (Gegen-) Gewalt.³⁰ Als Beispiel für eine militante weibliche Gruppierung wird nun das Netzwerk *Rote Zora* näher betrachtet.

Rote Zora: Feministischer Widerstand durch militanten Aktivismus

Ein großer Teil der autonomen Frauenbewegung verstand sich als pazifistisch. Besonders nach den Erfahrungen der RAF und der Bewegung 2. Juni³¹ wurde Gewalt vermehrt als Sackgasse verstanden.³² Dennoch gab es mit der Roten Zora eine reine Frauengruppe, die versuchte, durch Militanz auf gesellschaftliche beziehungsweise auf Frauen weltweit betreffende Probleme aufmerksam zu machen. Ihre Gewalt rechtfertigte die Gruppe mit dem Argument, selbst keine Gewalt gegen Menschen anzuwenden und darauf zu achten, keine Menschen durch ihre Angriffe in Gefahr zu bringen. Trotzdem wurden Anschläge der Roten Zora (etwa Brandan-

29 Vgl. Karl: Die Geschichte der Frauenbewegung, S. 130.

30 Vgl. Lux: Kritik und Konflikt, S. 138.

31 Die Rote Armee Fraktion (RAF) war eine 1968 gegründete linksterroristische Gruppierung und bis in die 1990er Jahre aktiv. Insgesamt brachte die RAF 35 Menschen um. Die Bewegung 2. Juni gründete sich in den 1970er Jahren und war wie die RAF eine linksterroristische Gruppe; 1980 löste sich die Bewegung allerdings auf. In beiden terroristischen Vereinigungen waren zahlreiche Frauen vertreten, 1977 waren auf den Fahndungsplakaten ca. die Hälfte der gesuchten Personen Frauen. Bei beiden Gruppierungen war neu, dass Frauen nicht nur Helferinnenaufgaben übernahmen, sondern aktiv kämpften. Die Frage, inwiefern die Teilnahme als feministisch eingeschätzt werden kann, ist indes nicht klar und einheitlich zu beantworten. Für andere aktive Frauen war Gewalt gegen Menschen jedoch zumeist nicht vertretbar. Vgl. Schneider, Gerd und Toyka-Seid, Christiane: Das junge Politik-Lexikon von www.hanisauland.de, Bonn 2024, URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/321067/rote-armee-fraktion-raf/> [eingesehen am 07.11.2024]; Die-wald-Kerkmann, Gisela: Frauen in der RAF, Bonn 2007, URL: <https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/geschichte-der-raf/49243/frauen-in-der-raf/> [eingesehen am 07.11.2024].

32 Vgl. Gröscher, Annett: Berlinas zornige Töchter. 50 Jahre Berliner Frauenbewegung, Berlin 2018, S. 68.

schläge auf die Geschäfte der Modekette Adler oder Sex-Shops oder der Anschlag auf das Bundesverfassungsgericht am 4. März 1975³³) in der restlichen Frauenbewegung diskutiert und von der Mehrheit abgelehnt.

Die Rote Zora gründete sich innerhalb der Revolutionären Zellen. Diese grenzten sich von den autonomen Gruppen ab, indem sie sich nicht als eine spezifisch linke Gruppe, sondern als ein Konglomerat verschiedener linker Ansichten und gesellschaftlicher Milieus betrachteten. Die Aktivitäten der Zellen sollten illegale Aktionen mit legalen Mitteln des Protests und mit Alltagserlebnissen verbinden. Bevor es zur Gründung der Roten Zora kam, existierten innerhalb der Revolutionären Zellen drei verschiedene Positionierungen von Frauen zum Feminismus: (1) (weibliche) Militante, (2) feministische Militante und (3) militante Feministinnen.³⁴

Die erste Positionierung stand für Frauen, die sich primär nicht als weiblich, sondern als revolutionär verstanden. Die meisten von ihnen hatten überdies keine weiteren Verbindungen in die Frauenbewegung und brachten sich auch nicht zu feministischen Themen oder Problemen ein. Die zweite Position wurde von Frauen eingenommen, die zwar Frauenthemen zusätzlich auf die Agenda setzen wollten, darin aber nicht das Hauptargument für ihre eigene Arbeit in den Revolutionären Zellen sahen. Die militanten Feministinnen sind für das Verständnis von radikalen Frauen indes am aufschlussreichsten. Hierzu zählten Frauen, denen feministische Bestrebungen und Politik nicht weit genug gingen. Für sie waren schon damals Misogynie und Sexismus strukturelle Probleme, denen sich entschieden und gegebenenfalls auch gewaltvoll entgegengestellt werden musste. Für diese Frauen war auch Gewalt ein Mittel zur Umsetzung ihrer Ziele. Wie auch in anderen linken Kontexten waren die Männer der Revolutionären Zellen jedoch nicht bereit, ihre politische Einstellung zu feministischen Themen zu ändern oder ihre eigene patriarchale Identität zu überdenken, sodass sich die militanten Feministinnen schließlich aus diesen Gruppen absonderten und die weitere Zusammenarbeit mit diesen Männern ablehnten.³⁵

Militante Feministinnen wie die Frauen der RAF wurden als Beleg für die Argumentation einzelner Gegner:innen der Bewegung³⁶ genutzt, demnach grundlegende Emanzipationsbestrebungen in Terrorismus führten. Daraus wurde schlussendlich die Formel, dass Feminismus und auch die Frauenbewegung die Emanzipation von Frauen ins Negative wandeln würden. Am Beispiel von Terroristinnen, zu denen auch die Frauen der Roten Zora gezählt werden, wurden diese Frauen dann

33 Vgl. Karcher, Katharina: *Sisters in Arms. Militanter Feminismus in Westdeutschland seit 1968*, Berlin 2023, S. 122-126.

34 Vgl. Gröscher: *Berolinas zornige Töchter*, S. 59 f.

35 Vgl. ebd., S. 60.

36 Dazu zählten neben Sicherheitskräften auch ein Teil der Medien sowie konservative Politikkreise.

von konservativen Kreisen in der Politik oder in den Medien als „unnatürlich“ denunziert.³⁷ Damit wurden auch die grundlegenden Bestrebungen und Interessen der Frauenbewegung als schädlich dargestellt.

Als Folge der Unzufriedenheit innerhalb der Revolutionären Zellen gründete sich 1977 ein neues Netzwerk, das sich Rote Zora nannte und sich noch bis 1984 weiterhin als Teil der Revolutionären Zellen verstand. Viele Mitglieder waren bereits zuvor Teil der Revolutionären Zellen gewesen, doch wurde auch darüber hinaus rekrutiert. Die Rote Zora orientierte sich stark an den Revolutionären Zellen, da sie ebenso ein Netzwerk autonomer Gruppen aufbaute, die mit legalen Aktionen und Mitteln arbeiteten. Trotzdem verstanden sich die Gruppen als Teil der militanten linken Szene innerhalb der Frauenbewegung selbst.³⁸ Gewalt wurde – wie von vielen Aktivist:innen der Zeit – unterstützt, solange sich diese nicht gegen Menschen richtete. Die Attacken der Roten Zora galten vor allem Gegenständen oder Gebäuden, die etwas darstellten oder die zu Firmen gehörten, die sie bekämpften. Damit wollten sie Frauen zeigen, dass feministische Politik und Gewalt sich einander nicht ausschließen müssen. Analog dazu wollten sie auch beweisen, dass Frauen zurückschlagen konnten gegen patriarchale Strukturen, die es wie gesagt auch in linken Gruppen gab.³⁹

Das Hauptziel der Roten Zora bestand darin, durch ihre Aktionen nicht nur Frauenrechte und die Möglichkeiten der Frauen in westlichen Ländern zu stärken, sondern vor allem auch für Frauen in anderen Teilen der Welt zu kämpfen. Das führte allerdings dazu, so die Selbstreflexion und Wiedergabe von Aktivistinnen der Roten Zora, dass ihre Angriffe beispielsweise auf Sexshops von Prostituierten kritisiert wurden, da sie diese auch als Opfer betrachteten und nicht als eigenständige Subjekte respektierten.⁴⁰ Im Rückblick positionieren sich die Aktivistinnen der Roten Zora selbstkritischer zu ihren früheren Aktionen gegen die Sexindustrie.

Eine der ersten und bekanntesten Gewaltaktionen richtete sich Ende der 1980er Jahre gegen den Bekleidungskonzern Adler. Filialen wurden mit Brandsätzen angegriffen, die jedoch nur in der Zeit explodierten beziehungsweise zu brennen begannen, in der sich keine Kund:innen und Mitarbeiter:innen in den Geschäften befanden. Der Konzern sollte dadurch zum Handeln gezwungen werden, da er, nach Ansicht der Roten Zora, Streiks von Arbeiterinnen in den Textilfabriken brutal nie-

37 Vgl. Lux: Kritik und Konflikt, S. 139.

38 Vgl. Karcher, Katharina: *Sisters in Arms. Militant Feminisms in the Federal Republic of Germany since 1968*, New York 2017, S. 61.

39 Vgl. ebd., S. 63.

40 Vgl. Die Rote Zora: *Militanter Feminismus*, in: Schmidt, Fiona Sara / Engelmann, Jonas / Nagel, Thorsten (Hrsg.): *Play Gender. Linke Praxis – Feminismus – Kulturarbeit*, Mainz 2016, S. 192–198, hier S. 193.

derschlug.⁴¹ Ebenso wurden die sehr schlechten Arbeitsbedingungen – unter anderem Überwachung der Arbeitsleistungen, 40–50 % geringeres Gehalt als männliche Kollegen und keine Versicherung bei Arbeitsunfällen – kritisiert. Nach dem neunten Anschlag auf eine Filiale reagierte der Konzern schließlich und verbesserte die Bedingungen der Arbeiterinnen in den südkoreanischen Fabriken. Linke Frauengruppen verbuchen dies bis heute als Erfolg.⁴²

Obwohl diese Aktion zum gewünschten Ausgang führte, war die Zeit der Roten Zora Mitte der 1990er Jahre vorüber. Dies hatte verschiedene Gründe: Zum einen wurden generell gewaltvolle Proteste, die feministisch begründet waren, immer seltener.⁴³ Zum anderen veränderte sich die Lage der Frauengruppen in den linken Szenen – es wurde immer deutlicher, dass nicht nur Frauen gegen patriarchale Strukturen kämpfen mussten, sondern auch Männer oder queere Menschen. Im Juli 1995 kam es daher zur bislang letzten Aktion der Roten Zora, die Solidarität mit kurdischen Kämpferinnen symbolisieren sollte. Dafür wurde die deutsche Lürsen-Werft attackiert, die für die Türkei Kriegsschiffe produzierte.⁴⁴

Geschlechterperspektiven in der Antifa – Die Bedeutung der Fantifa-Bewegung

Neben der Roten Zora gab es eine weitere Frauengruppe, die wenig Beachtung fand, da sie im Vergleich zu gemischten Antifa-Gruppen nicht die gleiche Reichweite erlangte, obwohl sie die drittgrößte bundesweite Struktur im linksradikalen Antifaschismus darstellte.

Dabei handelt es sich um Fantifa, die sich Ende der 1980er Jahre als bundesweit vernetzte feministische Antifa-Gruppen gründeten.⁴⁵ Die Fantifa-Gruppen selbst waren ebenso wie die Rote Zora in ihren ersten Jahren eingebettet in autonome Bewegungen. Auch wenn sie sich selbst als Teil des Antifa-Netzwerks sahen, organisierten sie sich außerhalb davon, um sich von den männlich dominierten Gruppen zu unterscheiden.⁴⁶ Dies war für die Frauen der Gruppe vor allem nötig geworden, nachdem eine gemeinsame Debatte über Sexismus und den Umgang mit sexualisierter Gewalt in gemischten linken Gruppen gescheitert war.

41 Vgl. ebd., S. 194.

42 Herausgeber_innenkollektiv Fantifa: Feminismus in der radikalen Linken – Fantifa, in: Schmidt, Fiona Sara / Engelmann, Jonas / Nagel, Thorsten (Hrsg.): Play Gender. Linke Praxis – Feminismus – Kulturarbeit, Mainz 2016, S. 184–191, hier S. 189.

43 Vgl. Karcher: Sisters in Arms (2023), S. 74.

44 Vgl. Die Rote Zora: Militanter Feminismus, S. 192; Karcher: Sisters in Arms (2017), S. 140.

45 Vgl. Herausgeber_innenkollektiv Fantifa: Feminismus in der radikalen Linken, S. 184.

46 Vgl. ebd., S. 185 f.

Für Fantifa-Gruppen war der Austausch mit anderen Gruppen trotz der Abspaltung gemischter Antifa-Gruppierungen wichtig - besonders auch mit schwulen linken Gruppen, die genauso von *Mackertum*⁴⁷ betroffen waren wie Frauen.⁴⁸

Das bislang letzte dokumentierte bundesweite Fantifa-Treffen fand im Mai 1999 statt; ein Jahr später begannen sich die Gruppen nach und nach aufzulösen. Dies wird von ehemaligen Mitgliedern vor allem damit erklärt, dass sich die Themenvielfalt geändert und sich das Feld insbesondere mit dem Einzug queerer Theorien in feministische Diskussionen gewandelt habe. Von nun an mussten sich nicht mehr allein Frauenthemen ihren Platz in den linken Szenen erkämpfen.⁴⁹

Ausblick - Antifeminismus

In der Vergangenheit haben Frauenbewegungen vieles erreicht, was im heutigen gesellschaftlichen Verständnis zur Normalität gehört - auch wenn sie im zeitgenössischen Kontext als radikal definiert wurden. Ähnlich wie in heutigen Diskussionen, etwa über das Gendern, wurden auch die Anregungen und Interessen der aktiven Frauen früherer Zeiten zunächst wenig bis gar nicht beachtet beziehungsweise führten sie zu Missverständnissen und teilweise auch zu starker Gegenwehr.

Mit Blick auf heutige Themen und Entwicklungen bestehen Anknüpfungspunkte, die in Zukunft näher wissenschaftlich betrachtet und erforscht werden sollten - unter anderem welchen Einfluss erstarkende antifeministische Tendenzen auf neuere Frauenbewegungen und Aktivist:innen haben.⁵⁰ Ferner muss die Forschung um andere Menschengruppen erweitert werden, da antifeministische Bestrebun-

47 Zum linken *Mackertum* gehören Männer, die in linken Gruppierungen aktiv sind und sich darin gegenüber anderen Menschen, insbesondere Frauen, schwulen oder queeren Menschen, nicht gleichberechtigt verhalten. Grundsätzlich sehen sie sich als offen und tolerant an, wollen dennoch nicht ihre Machtpositionen abgeben und sich von anderen bevormunden lassen. Damit geht auch einher, dass diese Männer die Debatten führen und dabei andere Meinungen kaum bis gar nicht respektieren.

48 Vgl. Herausgeber_innenkollektiv Fantifa: Feminismus in der radikalen Linken, S. 80.

49 Vgl. ebd., S. 113.

50 Vgl. dazu Kaiser, Susanne: Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobil machen, Bonn 2022; Ginsburg, Tobias und Wallraff, Günter: Die letzten Männer des Westens. Antifeministen, rechte Männerbünde und die Krieger des Patriarchats, Bonn 2022.

gen wie *Manosphere*⁵¹ oder *Incels (involuntary celibates)*⁵² sich nicht mehr allein gegen Frauen richten, sondern auch gegen queere Menschen.

Literaturverzeichnis

- Amantine: Gender und Häuserkampf, Münster 2011.
- Artus, Ingrid: Wenn Frauen* streiken ... Zur Vergeschlechtlichung von Arbeitskämpfen, in: dies. et al. (Hrsg.): Arbeitskonflikte sind Geschlechterkämpfe. Sozialwissenschaftliche und historische Perspektiven, Münster 2020, S. 75-97.
- Diewald-Kerkmann, Gisela: Frauen in der RAF, Bonn 2007, URL: <https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/geschichte-der-raf/49243/frauen-in-der-raf/> [zuletzt eingesehen am 07.11.2024].
- Die Rote Zora: Militanter Feminismus, in: Schmidt, Fiona Sara/Engelmann, Jonas/Nagel, Thorsten (Hrsg.): Play Gender. Linke Praxis - Feminismus - Kulturarbeit, Mainz 2016, S. 192-198.
- Ginsburg, Tobias und Wallraff, Günter: Die letzten Männer des Westens. Antifeministen, rechte Männerbünde und die Krieger des Patriarchats, Bonn 2022.
- Gröscher, Annett: Berolinas zornige Töchter. 50 Jahre Berliner Frauenbewegung, Berlin 2018.
- Herausgeber_innenkollektiv Fantifa: Feminismus in der radikalen Linken - Fantifa, in: Schmidt, Fiona Sara/Engelmann, Jonas/Nagel, Thorsten (Hrsg.): Play Gender. Linke Praxis - Feminismus - Kulturarbeit, Mainz 2016, S. 184-191.
- Kaiser, Susanne: Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilisieren, Bonn 2022.
- Karcher, Katharina: Sisters in Arms. Militant Feminisms in the Federal Republic of Germany since 1968, New York 2017.
- Karcher, Katharina: Sisters in Arms. Militanter Feminismus in Westdeutschland seit 1968, Berlin, 2023.
- Karl, Michaela: Die Geschichte der Frauenbewegung, Stuttgart 2011.
- Landespräventionsrat Schleswig-Holstein: Linksextremistische Erscheinungsformen und insbesondere linke Gewalt in Schleswig-Holstein. Wissenschaftliche Studie, Kiel 2019.

51 Die *Manosphere* beschreibt ein Online-Netzwerk, das sich mit antifeministischen Themen befasst und verschiedene Formate beinhaltet, in denen sich Nutzer über ihre Männlichkeit und deren Bewahrung austauschen können. Das Ziel ist dabei, männliche Macht auszubauen und vor mutmaßlichen feministischen Gefahren zu schützen.

52 Incels „sind unfreiwillig enthaltsam lebende Männer, die einer radikalen misogynen Weltanschauung anhängen und ihren Frauenhass in der sogenannten ‚Mannosphäre‘ organisieren, also im männlichen dominierten Internet.“ Kaiser, Susanne: Politische Männlichkeit, S. 9.

Lenz, Anne und Paetau, Laura: Feminismen und „Neue politische Generation“. Strategien feministischer Praxis, Münster 2009.

Lux, Katharina: Kritik und Konflikt. Dissertation, Innsbruck 2021.

Schneider, Gerd und Toyka-Seid, Christiane: Das junge Politik-Lexikon von www.hanisauland.de, Bonn 2024, URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/321067/rote-armee-fraktion-raf/> [eingesehen am 07.11.2024].

Weibliche Radikalisierung – ein neues Phänomen?

Interview mit der Terrorismusforscherin Isabelle Holz

In letzter Zeit wird vermehrt zu radikalisierten beziehungsweise militanten Frauen geforscht – woher kommt das neu erwachte Interesse an radikalisierten beziehungsweise militanten Frauen?

Die Beteiligung von Frauen an extremistischen und terroristischen Aktivitäten ist kein neues Phänomen; das stark zunehmende wissenschaftliche Interesse an Frauen im Kontext von Extremismus und Terrorismus allerdings schon. Dahinter stehen tatsächlich steigende Zahlen von Frauen in militanten und extremistischen oder terroristischen Gruppen und Bewegungen. Eine zunehmend gendersensible beziehungsweise feministische Wissenschaft trägt außerdem dazu bei, dass im Kontext von Radikalisierung geschlechterspezifische Aspekte wie Rollenbilder, Diskriminierungserfahrungen und soziale Ungleichheit stärker in den Blick genommen werden. Das sind die Fakten und der Hintergrund der verstärkten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Frauen.

Nicht nur in der Forschung ist das Interesse gewachsen, auch in den Medien gibt es immer mehr Berichte über Terroristinnen. Wie schätzen Sie diese Aufmerksamkeit ein?

Das gesellschaftliche Interesse würde ich kritischer einordnen: Ganz weit zurückgeschaut in die griechische Mythologie gibt es auch Frauenfiguren – die Furien, die Sphinx, Medusa oder Cassandra sind alle Randfiguren. Die Furien waren Rache-göttinnen, deren Aufgabe es war, Unrecht zu sühnen und für Gerechtigkeit zu sorgen. Dargestellt wurden und werden sie aber oft als schreckliche, alte Frauen mit schlangentartigem Haar und Flügeln. Medusa war in der griechischen Mythologie

eine schöne Frau. Das änderte sich jedoch, als sie von Poseidon in einem Tempel der Athene vergewaltigt wurde. Aus Eifersucht verwandelte Athene Medusa in ein Monster. Das finde ich für die jetzige Auseinandersetzung mit der Thematik spannend: Wir denken bei den Furien nicht an den Kampf für Gerechtigkeit und bei Medusa nicht an die sexualisierte Gewalt, die ihr angetan wurde. Die Darstellung von Frauen als gefährliche oder bestrafende, dämonische Wesen diene sicherlich dazu, weibliche Macht einzuschränken; und sie prägt die Bilder, die viele im Kopf haben, wenn es um Extremistinnen und Terroristinnen geht, bis heute.

Großer Sprung: Wenn wir in die 1970er Jahre zurückschauen, in die Zeit der Roten Armee Fraktion (RAF), haben bewaffnete Frauen Irritation und Angst, ja sogar Orientierungslosigkeit ausgelöst - bewaffnete Frauen wirkten in dieser Zeit so verstörend auf die überwiegend konservative Gesellschaft, dass nach dem Tod Ulrike Meinhofs, 1976, ihr Gehirn entnommen und für Untersuchungszwecke konserviert wurde. Man wollte herausfinden, welcher Teil ihres Gehirns eine Anomalie aufweisen und damit das Gewalthandeln einer Frau - und vor allem Mutter - erklären würde.

Radikalisierte und im politischen Sinn gewaltbereite Frauen werden einerseits gefürchtet und andererseits marginalisiert, weil gefürchtet. Zu Extremistinnen und Terroristinnen ist bisher viel zu wenig geforscht worden - bei der militanten Gruppierung Rote Zora zum Beispiel denken die meisten an Feminismus und bei Feminismus an eher friedlichen Protest. Die Rote Zora verübte 45 Anschläge. Die mediale Aufmerksamkeit ist, wenn es um Frauen und Terrorismus geht, noch immer anders als bei Männern. Es gibt hier noch immer eine Doppelmoral, was die Geschlechter betrifft, und ein Denken in traditionellen Rollenbildern, was dazu führt, dass Frauen in anderen Kategorien bewertet und mit einem anderen Interesse wahrgenommen werden als Männer.

Warum ist es wichtig, das Themenfeld Frauen und Radikalisierung beziehungsweise Frauen und Militanz als geschlechtsspezifisches Phänomen zu untersuchen?

Die separate Untersuchung des Themas Frauen in Bezug auf Radikalisierung, Militanz und Terrorismus im Allgemeinen ist aus mehreren Gründen wichtig: Die klassische Terrorismusforschung geht fast immer von Männern aus - Terror war und ist scheinbar ein männliches Phänomen, eine „gelebte Männerfantasie“, wie es Klaus Theweleit in dem Standardwerk „Männerphantasien“ 1977 ausdrückt. Frauen wurden meist nur als Opfer oder Anhängsel männlicher Akteure betrachtet. Diese Stereotype haben die Handlungsfähigkeit von Frauen unterschätzt und auch die komplexen Motive nicht berücksichtigt: Frauen können andere Motivationen und Erfahrungen haben, die zur Radikalisierung führen können. Diese können kulturelle, soziale oder wirtschaftliche Faktoren umfassen, die in allgemeinen Studien

zu Terrorismus nicht ausreichend berücksichtigt werden. Außerdem ist es wichtig zu verstehen, wie Frauen in militante Bewegungen integriert werden und welche Rollen sie wo übernehmen - sei es als Unterstützerinnen, Kämpferinnen oder als ideologische Führungsfiguren. Nur eine geschlechtersensible Forschung kann dabei unterstützen, effektive Präventionsstrategien und Maßnahmen zu entwickeln.

Unterscheidet sich weiblicher Terrorismus von anderem Terrorismus?

Terroristische Gewalt, ob von Männern oder Frauen ausgeübt, unterscheidet sich nicht, sondern ist immer tödlich. Wenn wir aber über Motivationen, Methoden und soziale Kontexte sprechen, gibt es, je nach Kontext, im Bereich der politischen Motivationen, der Mittel und Methoden der Gewaltanwendungen sowie der ideologischen Überzeugungen viele Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede. Frauen übernehmen in terroristischen Organisationen, wie schon gesagt, häufig andere Rollen als Männer. Sie sind nicht nur Kämpferinnen, sondern auch Unterstützerinnen, Rekrutiererinnen und Strateginnen. Diese Vielfalt an Rollen kann dazu führen, dass Frauen weniger als Bedrohung wahrgenommen werden, was wiederum ihre Rekrutierung und Operationen erleichtern kann.

Was „weiblichen“ von „männlichen“ Terrorismus unterscheidet, sind außerdem und insbesondere die gesellschaftliche Wahrnehmung und die mediale Aufmerksamkeit sowie die Darstellungsweise, die vor allem Frauen betrifft. Nach dem Attentat von San Bernardino im Jahr 2015 fragte der Spiegel, wie aus der „Mutter eine Massenmörderin“⁵³ werden konnte, und die WELT beschrieb sie als „unscheinbares Mädchen“⁵⁴. Solche Schlagzeilen führen zu einer verzerrten Wahrnehmung von Einzelfällen, und sie verfestigen Stereotype. Gewalt ist im öffentlichen Diskurs überwiegend männlich konnotiert. Durch Frauen ausgeübte Gewalt und Terrorismus werden eher als Einzelfall mit persönlicher Motivation begründet. Wenn ich auf meinem Handy oder in „Word“ die Worte „Extremistin“ oder „Terroristin“ ohne Unterstrich schreiben will, wird mir das als Fehler angezeigt. Diese Reproduktion von Stereotypen, die sich wertend auf das Geschlecht beziehen, spiegeln und beeinflussen die gesellschaftliche Wahrnehmung von Frauen im Kontext von Extremismus und Terrorismus und marginalisieren sowohl deren Bedrohungs- und Gewalt- als auch deren Präventionspotenzial.

53 Medick, Veit: Das mysteriöse Terrorpärchen, in: Spiegel Online, 05.12.2015, URL: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tashfeen-m-die-attentaeterin-von-san-bernardino-a-1066260.html> [eingesehen am 16.12.2024].

54 Mühlmann, Sophie: Die Terror-Karriere eines unscheinbaren Mädchens, in: Welt, 07.12.2015, URL: <https://www.welt.de/politik/ausland/article149697039/Die-Terror-Karriere-eines-unscheinbaren-Maedchens.html> [eingesehen am 16.12.2024].

Wie fortgeschritten ist die Forschung über weibliche Militanz aktuell?

Die Forschung über weibliche Militanz hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht, ist jedoch weiterhin ein sich entwickelndes Feld. Das Wissen in diesem Bereich ist interdisziplinärer geworden und Soziologie, Psychologie und Genderstudies haben, zusammen mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen wie zum Beispiel der #MeToo-Bewegung, das Bewusstsein für die Rolle von Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen geschärft. Es gibt zunehmend qualitativ hochwertige Daten und Fallstudien, die spezifische Kontexte untersuchen, in denen Frauen in militante Bewegungen involviert sind. Studien zu Gruppen wie dem Islamischen Staat oder kurdischen Milizen haben gezeigt, dass Frauen in verschiedenen Rollen agieren und unterschiedliche Motivationen haben. Trotz dieser Fortschritte gibt es noch viele Herausforderungen.

Wenn Sie politische Radikalisierung im Allgemeinen mit weiblicher Militanz vergleichen: Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede gibt es?

Ich sehe auf jeden Fall mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede: Sowohl bei politischer Radikalisierung als auch bei weiblicher Militanz spielen Empfindungen von Ungerechtigkeit, Diskriminierung oder Marginalisierung eine zentrale Rolle. Sowohl politische Radikalisierung als auch weibliche Militanz kann von starken ideologischen Überzeugungen angetrieben werden – sei es im linken, rechten oder religiösen Spektrum. Soziale Faktoren wie soziale Ausgrenzung, Diskriminierung oder Traumatisierung können sowohl bei Männern als auch bei Frauen den Weg in die Radikalisierung ebnen. Die Rekrutierung in radikale Gruppen erfolgt oft über soziale Netzwerke, persönliche Kontakte oder gezielte Propaganda. Dabei werden ähnliche Mechanismen eingesetzt, um sowohl Männer als auch Frauen anzuziehen. Sowohl bei politischer Radikalisierung als auch bei weiblicher Militanz kann eine Bereitschaft zur Gewalt entstehen, um politische Ziele zu erreichen oder als Reaktion auf erlebte Ungerechtigkeit. Ein großer Unterschied: Ein Radikalisierungsgrund kann es sein, eine Frau zu sein.

Und welche Unterschiede sehen wir bei weiblicher Radikalisierung?

Unterschiede gibt es, wenn wir über militanten Feminismus sprechen. In Gruppen wie der Roten Zora in den 1970er Jahren oder heute in der Fantifa kämpfen überwiegend Frauen gegen Antifeminismus und strukturelle Gewalt sowie für Frauenrechte – weibliche Militanz fordert damit nicht nur die Gesellschaft heraus, sondern oft auch die Vorstellungen und Konstruktionen von Weiblichkeit und der Rolle von

Frauen in Gesellschaften. Im feministischen Kontext können die Ziele dann auch so spezifisch sein wie bei der Gruppierung Rote Zora, die Anschläge auf Sexshops, Institute für Gentechnik oder das Gebäude der Bundesärztekammer verübte. Und die sozialen Konsequenzen der Radikalisierung sind natürlich andere: Frauen, die in militanten Bewegungen aktiv waren, können sich „danach“ oft nicht einfach wieder in die Gesellschaft eingliedern, sondern bleiben „Rabenmütter“ oder gefährliche Außenseiterinnen.

Gibt es eine spezifische Weise, wie sich Frauen radikalieren?

Wenn sich Frauen als Frauen radikalieren, dann oft, um gegen strukturelle und institutionelle Unterdrückung und Diskriminierung zu kämpfen. Radikalisierung lässt sich dann als eine Form des Widerstands gegen eine ungerechte Gesellschaft verstehen. Diese Art der Radikalisierung zielt darauf ab, für Gleichberechtigung und Emanzipation zu kämpfen, insbesondere wenn friedliche und konventionelle Mittel als ineffektiv empfunden werden. In bestimmten Kontexten radikalieren sich Frauen auch aus Solidarität mit anderen Frauen, die von Gewalt betroffen sind. In feministischen Bewegungen kämpfen Frauen gemeinsam gegen Missstände, die insbesondere Frauen betreffen.

Welche Unterschiede sind erkennbar zwischen linker weiblicher Militanz und Frauen, die sich dem Islamismus oder Rechtsextremismus anschließen?

Neben den fundamental unterschiedlichen Ideologien und Zielen lassen sich vor allem bei den Motiven und im Rollenverständnis Unterschiede erkennen: Frauen, die sich linksextremen Gruppierungen anschließen, sind oft motiviert durch ideologische Überzeugungen, die sich gegen soziale Ungerechtigkeiten, Kapitalismus oder imperialistische Strukturen richten. Sie sehen sich als Teil eines größeren sozialen Kampfes und streben eine Gleichberechtigung der Geschlechter an.

In islamistischen Bewegungen können Frauen aus einer Kombination von religiösen, sozialen und kulturellen Motivationen radikalisiert werden. Die Suche nach Identität, Zugehörigkeit und der Einfluss familiärer oder sozialer Netzwerke spielen hier ebenfalls eine wichtige Rolle. Frauen, die sich rechtsextremen Gruppen anschließen, können durch nationalistische oder ethnonationalistische Ideologien motiviert sein. Hier sind oft rassistische Überzeugungen, die Verteidigung von „Traditionen“ oder das Streben nach einer vermeintlich „reinen“ Gesellschaft zentrale Faktoren. Auch die Rollen können sich unterscheiden: Im Bereich des linken Extremismus nehmen Frauen oft aktiv kämpferische Rollen ein, sei es in bewaff-

neten Kämpfen oder in der Organisation von Protesten. Sie werden im Idealfall als Gleichberechtigte innerhalb der Bewegung angesehen und erfüllen die gleichen Aufgaben und Rollen wie Männer. In islamistischen Gruppen nehmen Frauen verschiedene, auch traditionelle Rollen ein – als Kämpferinnen, Unterstützerinnen (in der Rekrutierung und Propaganda) oder als Mütter oder Erzieherinnen, welche die Ideologie an zukünftige Generationen weitergeben. Hier werden eher traditionelle Geschlechterrollen gelebt. Im Rechtsextremismus gibt es in dieser Hinsicht Gemeinsamkeiten zum Islamismus: Beide Bewegungen gehen von einer Dichotomie der Geschlechter aus, in der es nur Mann und Frau gibt. Die Geschlechterrollen sind traditionell und biologisch determiniert.

Was sich auch unterscheiden lässt, ist die gesellschaftliche Wahrnehmung: Links-extremistischen Frauen wird eher Kampfgeist, Mut und Heldentum zugeschrieben; Frauen, die im islamistischen oder rechtsextremistischen Bereich sichtbar werden, sind eher als Opfer und passive Mitläuferinnen stigmatisiert.

Wir erleben in den letzten Jahren auch einen erstarkenden Anti-Feminismus – sehen Sie dies als eine mögliche Radikalisierungsspirale für mehr weibliche Militanz?

Soeben ist die neue Leipziger Autoritarismus-Studie erschienen, die zeigt, dass antifeministische Aussagen gesamtgesellschaftlich immer mehr an Zuspruch gewinnen. Auch auf Plattformen wie *TikTok*, *Instagram* und *YouTube* liegt Antifeminismus im Trend. In einem Umfeld, das immer stärker von Anti-Feminismus geprägt ist, sollte man meinen, haben Frauen, die sich mit feministischen Idealen identifizieren, eine stärkere Motivation, sich militanten Bewegungen anzuschließen, die für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Natürlich sind die Gründe, warum sich Frauen radikalieren, aber vielfältiger und Anti-Feminismus ist nur einer von vielen möglichen Faktoren. Zudem sind nicht alle Feministinnen gewaltbereit, sondern wählen eher aktionistische Protestformen. Und man muss auch hier wieder auf die differente gesellschaftliche Wahrnehmung und vor allem Bewertung verweisen: Weibliche Gewalt wird von einem Großteil der Gesellschaft abgelehnt und kann die Unterstützung feministischer Bewegungen damit eher schwächen als stärken. Allerdings kenne ich auch keine Social-Media-Kampagne oder Gegenbewegungen, die sich zum Beispiel gegen (Online-)Communitys wie *TradWives*⁵⁵ richten.

55 Eine Erläuterung von *TradWives* findet sich im [Einblick zu diesem Dossier](#).

Können die von Ihnen erwähnten *TradWives* dann als eine Form rechtskonservativer Radikalisierung von Frauen begriffen werden?

Dass Frauen eine aktive Rolle im Anti-Feminismus spielen, auch in so extremeren Formen wie der sogenannten *TradWife*-Bewegung, ist auf den ersten Blick schwer nachzuvollziehen. Einige Frauen scheinen in traditionellen Rollenbildern eine Befreiung zu sehen, während andere sich vielleicht von feministischen Bewegungen entfremdet fühlen. Aber kann dieses Phänomen als Radikalisierung bezeichnet werden? Ich würde sagen: Nur dann, wenn Anti-Feminismus aus rechtsextremen Ideologien heraus betrieben wird, kann man von einer rechtskonservativen weiblichen Radikalisierung sprechen.

Aktuelle Förderprogramme scheinen erneut einen stärkeren Fokus auf rechte Radikalisierung beziehungsweise Rechtsextremismus zu legen - sehen Sie hierfür einen Grund? Warum scheinen andere Bereiche wieder eher zweitrangig zu sein?

Rechtsextremismus ist auf jeden Fall die aktuell größte Bedrohung für unsere Gesellschaft und politisch rechts motivierte Taten dominieren laut PMK-Statistik. Das sind dann Straftaten gegen Geflüchtete, antisemitische Straftaten, schwere Körperverletzung. Es ist daher wichtig und aus meiner Sicht richtig, dass Förderprogramme und auch Wahlprogramme politischer Parteien den Fokus auf das Verstehen und die Prävention von Rechtsextremismus richten. Die wahrgenommene Dringlichkeit wiederum beeinflusst die Priorisierung von Fördermitteln und Themen, die in den Medien verstärkt präsent sind - diese erhalten in der Regel auch mehr politische Aufmerksamkeit und damit mehr Fördermittel. Zum Vergleich: Im Berichtszeitraum 2023 wurden im Phänomenbereich „PMK -rechts-“ 28.945 Delikte, im Phänomenbereich „PMK -links-“ 7.777 Delikte gelistet. Die Priorität ist also ein (sehr wichtiger) Grund. Im Bereich des Rechtsextremismus gibt es außerdem mittlerweile eine bessere Datenlage als zum Beispiel im Linksextremismus.

Welche konkreten Baustellen sehen Sie insbesondere im Bereich der Linken Militanz?

Hier haben wir ja noch immer das Problem, dass kaum Interviews geführt werden können, dass die Szene „nicht redet“ und es kaum Aussteigerinnen gibt, die bereit wären, mit der Wissenschaft zu kooperieren. Dadurch besteht ein Mangel an Daten

und Forschung, um die Notwendigkeit von Förderprogrammen zum Beispiel zum Phänomenbereich Linksextremismus zu belegen.

Das sollte sich dringend ändern: Zum einen ist Radikalisierung ein komplexes Phänomen und Co-Radikalisierungsprozesse werden hier stark unterschätzt; zum anderen ist es gefährlich, mit der Förderung von Forschung so lange zu warten, bis die Bedrohungslage sie erfordert. Im Bereich des Linksextremismus gibt es viele neue Akteur:innen, Splittergruppen, veränderte Aktionsformen und eine zunehmende Vernetzung über nationale Grenzen hinweg. Die PMK-Statistik zeigt einen Anstieg der Gewaltdelikte und damit ein erhöhtes Gefährdungspotenzial der Szene. Der Prozess und das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E., die Ausschreitungen zum „Tag X“ im Juni 2023 in Leipzig, die teils gewaltsamen Proteste im Zusammenhang mit der Räumung Lützeraths, der Brandanschlag auf die Stromversorgung des Tesla-Werks durch die „Vulkangruppe“ oder die umstrittene Palästinasolidarität in den Kreisen des dogmatischen Linksextremismus sind nur einzelne Schlagzeilen aus diesem und letztem Jahr. Gleichzeitig wird die Forschung im Phänomenbereich Linksextremismus in Deutschland seit Jahren systematisch abgebaut. Was also im Kontext der aktuellen Bedrohung durch den Rechtsextremismus einerseits richtig und nachvollziehbar ist, führt andererseits zu Wissens- und Verständnislücken und zu fragmentierter, auch international kaum vernetzter Forschung.

Gibt es nach Ihrer Kenntnis Zahlen, mit denen sich die weibliche Militanzgefahr einschätzen lässt?

Soweit ich weiß, gibt es keine umfassenden, einheitlichen Statistiken, die speziell auf weibliche Militanz abzielen. Dazu müsste man den Begriff „weibliche Militanz“ einheitlich definieren. Ich würde auch nicht von einer weiblichen Gefahr sprechen, weil das suggeriert, dass Frauen, die sich politischen oder sozialen Bewegungen anschließen, immer eine Bedrohung darstellen. Die Verwendung des Begriffs „Militanzgefahr“ in Zusammenhang mit Frauen könnte außerdem von den eigentlichen Ursachen von Gewalt ablenken, wie beispielsweise struktureller Gewalt und Diskriminierung, und dazu führen, dass legitime Forderungen nach Gleichberechtigung und Gerechtigkeit diskreditiert werden. Allerdings zeigen Studien, dass der Anteil von Frauen in militanten Gruppen im Vergleich zu Männern zwar noch immer gering ist, jedoch zunehmend ansteigt, was auf die große Bedeutung dieses Forschungsfeldes verweist.

Zum Abschluss: Sehen Sie Zukunftspotenziale der weiblichen Radikalisierungsforschung?

Unbedingt! Es gilt, auf die wachsende Zahl von Frauen zu reagieren, die sich extremistischen und terroristischen Gruppen anschließen. Hier mangelt es an Präventionsangeboten - diese wiederum funktionieren nur mit der passenden Ansprache. Dazu müssen wir die Motive und Dynamiken von Frauen und Frauennetzwerken besser verstehen. Als Frau und im Austausch mit Wissenschaftlerinnen erlebe ich auch, dass man scheinbare Klischees wie Radikalisierung aus vermeintlicher Liebe, Verführung von Frauen durch Männer usw. reflexartig ablehnt, weil das Stereotype sind, die Frauen nur die Opferrolle lassen.

Wichtig ist, dass die Forschung zeigt, dass Frauen politische und ideologische Motivationen haben; und dass sie - ob als Kämpferinnen, Strateginnen oder Unterstützerinnen - enorm wichtige Rollen im Gesamtgefüge sowie in der Gesamtdynamik von Extremismus und Terrorismus einnehmen. Wichtig ist aber auch, ergebnisoffen zu arbeiten und Motiven und Rollen, die wir nicht „wahrhaben“ wollen, genauso viel Aufmerksamkeit zu schenken. Im nächsten Jahr gebe ich zusammen mit dem Verlag DeGruyter einen Sammelband zum Thema „Extremistinnen und Terroristinnen“ heraus, der mit vielen verschiedenen Beiträgen einen interdisziplinären Einblick in die Motive, Funktionen und Bedeutung von Frauen in verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen und in die Genderspezifika in der Extremismus- und Terrorismusbekämpfung bieten wird.

Das Interview führte Katharina Heise.

Isabelle Holz war wissenschaftliche Mitarbeiterin in dem vom Bundesministerium der Verteidigung geförderten Forschungsprojekt „Krisenfrüherkennung durch Literaturobduwertung“; seit 2021 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsverbund MOTRA („Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung“). Sie ist Vorsitzende des Netzwerks Terrorismusforschung e.V. und forscht unter anderem zu den Themenschwerpunkten Linksextremismus sowie Frauen im Kontext von Extremismus und Terrorismus.

Sexismus in linken Kontexten

Materialschau für ein politisches Bildungsmodul

Katharina Heise

Was ist Sexismus – bloß ein politischer Kampfbegriff des Feminismus oder ein reales Problem der gesamten Gesellschaft? Sexismus bezeichnet die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts. Auffällig ist bei dieser Form der Zurücksetzung, dass sie verhältnismäßig häufiger Frauen, Mädchen und trans-Personen betrifft, seltener hingegen Jungen und Männer.⁵⁶

Aufgrund der Vielfältigkeit von Sexismus⁵⁷ spricht man von einem gesamtgesellschaftlichen Problem, das nicht nur einzelne Menschen betrifft, sondern Einfluss auf alle hat, da „eine Atmosphäre der Einschüchterung, Angst und Unsicherheit“⁵⁸ geschaffen wird. Auch in linken Gruppierungen und Kontexten ist Sexismus

56 Vgl. Gemeinsam gegen Sexismus: Kurz und knapp: Was ist Sexismus?, o. J., URL: <https://www.gemeinsam-gegen-sexismus.de/ueber-sexismus/wissen-ueber-sexismus/> [eingesehen am 04.10.2024].

57 Sexismus umfasst verschiedene Dimensionen. Grundsätzlich kann unterschieden werden zwischen strukturellem, individuellem und Alltagssexismus. Wenn Menschen aufgrund ihres Geschlechts und verfestigten gesellschaftlichen Werten und Normen benachteiligt werden, dann spricht man von strukturellem Sexismus – ein Beispiel dafür ist u. a., wenn Frauen schlechter bezahlt werden als Männer oder man davon ausgeht, dass Betreuungsarbeit allein Frauensache wäre. Struktureller Sexismus bezieht sich also auf „[...] die in den sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen einer Gesellschaft [...]“ (Gemeinsam gegen Sexismus, o. J., URL: <https://www.gemeinsam-gegen-sexismus.de/ueber-sexismus/wissen-ueber-sexismus/> [eingesehen am 07.11.2024]) existierenden und verwachsenen Überzeugungen, welche immer wieder an die nächsten Generationen weitergegeben werden. Individueller Sexismus betrifft eine Person allein. Individueller und struktureller Sexismus können auch zusammenwirken. Alltagssexismus bezeichnet alle sexistischen Handlungen, die Teil unseres Lebens sind, die unser eigenes Auftreten sowie Tun beeinflussen und auch unsere Beziehungen mit definieren. Sexismus äußert sich generell nicht einfach nur durch sexistische Taten, sondern geht wie hier beschrieben deutlich tiefer. Vgl. ebd.

58 Gemeinsam gegen Sexismus: Was versteht man unter Alltagssexismus?, o. J., URL: <https://www.gemeinsam-gegen-sexismus.de/ueber-sexismus/wissen-ueber-sexismus/> [eingesehen am 04.10.2024].

ein Problem. Allerdings kommt hier ein bedeutsamer Faktor hinzu: Linke Politik spricht sich grundlegend gegen jede Diskriminierung von Menschen aus – wie lassen sich dann aber sexistische Äußerungen und Handlungen in diesen Kontexten erklären? Eine genaue Antwort auf diese Frage lässt sich nicht finden. Trotzdem sollte der Blick auch auf diese Kontroverse gerichtet werden.

Genau das macht das politische Workshopmodul „Verdeckte Strukturen - Sexismus in linken Räumen erkennen“, das auf den folgenden Seiten kurz vorgestellt wird. Das Modul wurde im Rahmen der Projektarbeit der Bundesfachstelle Linke Militanz entwickelt, getestet und evaluiert. Eine ausführliche Handreichung mit Arbeitsblättern ist online verfügbar.⁵⁹ Eine Besonderheit des Moduls besteht zudem in der Arbeit mit dem Spielfilm „Und morgen die ganze Welt“ (2020) von Julia von Heinz. Darin geht es um die Studentin Luisa, die sich einem linken Wohnprojekt anschließt. In diesem Kontext radikalisiert sich Luisa und findet zusammen mit ihren Freunden Alfa und Lenor bei einer rechtsextremen Gruppe Sprengstoff.

Das politische Bildungsmodul ist für eine Dauer von neunzig Minuten konzipiert und lässt sich daher sowohl in eine doppelte Unterrichtsstunde einbinden als auch außerschulisch niedrigschwellig und aktivierend nutzen. Die Zielgruppe sind Jugendliche ab 16 Jahren. Vorkenntnisse zum Themenfeld sind nicht nötig.

Sexismus in linken Gruppierungen

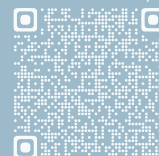
Ausgangspunkt des Workshopmoduls ist die Kontroverse um Sexismus in linken Kontexten. Politisch linke Ideen gehen im Kern „von einer Gleichheit der Menschen“⁶⁰ aus, was auch den Kampf gegen jegliche Form von Diskriminierung einschließt. Nichtsdestotrotz lassen sich Diskriminierungen auch im linken Milieu finden. Besonders Sexismus scheint dabei immer noch zu wenig Beachtung zu finden. Umso überraschter sind zumeist die Reaktionen, wenn Sexismus-Vorwürfe öffentlich werden, wie etwa im hessischen Landesverband der Partei Die Linke im Frühjahr 2022.⁶¹ Es muss also festgehalten werden, dass auch innerhalb des Moduls klar kommuniziert werden sollte: Sexismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das überall – in allen politischen Sphären, in allen Organisationen und Kul-

59 Siehe dazu Hanauska, Natalia/Schröter, Till/Heise, Katharina: Radikalisierung, Gewaltlegitimation und Sexismus. Ein dreimodularer Workshop zum Film „Und morgen die ganze Welt“, Göttingen 2024, URL: <https://www.linke-militanz.de/publikationen/handreichung-zum-dreimodularen-workshop-ueber-radikalisierung-gewaltlegitimation-und-sexismus/> [eingesehen am 11.12.2024].

60 Klexikon, Links und Rechts (Politik), URL: [https://klexikon.zum.de/wiki/Links_und_Rechts_\(Politik\)](https://klexikon.zum.de/wiki/Links_und_Rechts_(Politik)) [eingesehen am 15.05.2024].

61 Vgl. o. V.: Janine Wissler will Sexismus-Verdacht aufklären lassen, in: Zeit Online, 23.04.2022, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-04/die-linke-janine-wissler-sexismus-verdacht-aufklaerung> [eingesehen am 04.10.2024].

Zum Workshop:



Workshop

turkreisen - vorkommen kann. Sexismus ist eine Form der Diskriminierung, bei der Menschen aufgrund ihres Geschlechts „Benachteiligung, Abwertung, Verletzung und Unterdrückung“⁶² erfahren, ganz unabhängig vom Setting.

Dies schließt neben linken Parteien auch Gruppen aus den linken Szenen ein. Tatsächlich ist es nicht allzu schwer, dafür Belege zu finden. Besonders Meinungstexte verschiedener Autor:innen gehen darauf ein.⁶³ Denn auch Feminist:innen, die Sexismus prinzipiell ablehnen, können sich gegenüber anderen sexistisch verhalten.⁶⁴

Trotz dieser hier geäußerten Kritik soll es indes nicht darum gehen, aktiven Menschen in linken Kontexten generell Vorwürfe zu machen, dass sie sich nicht an ihre eigenen Vorstellungen halten. Vielmehr soll das Bildungsmodul Jugendliche dafür sensibilisieren, in allen Kontexten - auch in denen von linken Gruppierungen, die oftmals übersehen werden - wachsam zu sein und Sexismus zu erkennen. Wie dies im Modul umgesetzt wird, soll hier im Rahmen einer kurzen Ablaufskizze erläutert werden.

Workshop

62 Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hrsg.): einfach POLITIK: Lexikon. Autor/inn/en: D. Meyer, T. Schüller-Ruhl, R. Vock u. a. / Redaktion (verantwortlich): Hilpert, Wolfram (bpb), Bonn 2022, URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-in-einfacher-sprache/331402/sexismus/> [eingesehen am 15.05.2024].

63 Vgl. Klein, Jeja: Die Furcht linker Männer vor den Feministinnen, in: analyse & kritik, 15.06.2020, URL: <https://www.akweb.de/bewegung/die-furcht-linker-maenner-vor-den-feministinnen/> [eingesehen am 04.10.2024] oder Selz, Laura: Sexismus unter Linken - Traue keinem, der dir Feminismus mansplaint, in: Bayern2, 03.11.2022, URL: <https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/sexismus-unter-linken-traue-keinem-der-dir-feminismus-mansplaint-100.html> [eingesehen am 04.10.2024].

64 Vgl. Klein: Die Furcht linker Männer vor den Feministinnen.

Modulübersicht

PHASEN UND METHODEN	DAUER
Einstiegsphase	10 Minuten
Aktivierung durch Fragen	
Erarbeitungsphase 1	20 Minuten
Leseauftrag	10 Minuten
Gruppenpuzzle	10 Minuten
Erarbeitungsphase 2	30 Minuten
Sehauftrag	
Erarbeitungsphase 3	25 Minuten
Vorbereitungen Talkshow	10 Minuten
Talkshow mit Ausgangsstatement zum Thema	15 Minuten
Abschlussphase	5 Minuten
Blitzlicht	

Tabelle 1: Übersicht zum Modulablauf

Das Modul selbst besteht aus unterschiedlichen Phasen. Auf die Einstiegsphase folgen drei verschiedene Erarbeitungsphasen - die erste und die zweite Phase bilden zwei Grundsteine für die dritte, in der die Jugendlichen diskutieren sollen. Das Modul endet mit einer fünfminütigen Abschlussphase.

Zu Beginn des Moduls sollen die teilnehmenden Jugendlichen in das Thema Sexismus eingeführt werden, indem sie ihr Wissen durch gegenseitige Fragen miteinander teilen. Ob die Antworten frei in den Raum hinein gesagt oder auf Zetteln beziehungsweise einer Tafel gesammelt werden, sollte die Modulleitung in Abhängigkeit von der Leistungsstärke der Jugendlichen entscheiden. Anschließend beginnt die erste Erarbeitungsphase, in der zunächst ein Meinungstext von Jeja Klein gelesen wird. Für das Modul wurde dieser Text in fünf verschiedene Teile verkürzt unterteilt.⁶⁵ Die *Lese*phase sollen die Jugendlichen selbstständig verbringen und sich darin für ihre Textabschnitte eigene Notizen machen. Im Anschluss daran setzen sich die Lernenden zu Gruppen zusammen. In jeder Gruppe sollte jeder Teil des Textes mindestens einmal vertreten sein, das heißt, die Gruppe sollte

65 Der gesamte Text findet sich bei Klein: Die Furcht linker Männer vor den Feministinnen.

aus mindestens fünf Personen bestehen. Das so entstehende Gruppenpuzzle dient dem gegenseitigen Austausch über die verschiedenen Textabschnitte. Dadurch sollen alle Jugendlichen auf den gleichen Wissensstand kommen, ohne dafür den gesamten Text gelesen zu haben. Auf diese Weise wird das bekannte Problem umgangen, dass Jugendliche ungern umfangreiche Texte im Bildungskontext lesen.

In der zweiten Erarbeitungsphase sollen die Jugendlichen drei verschiedene Filmszenen betrachten. Alle drei Szenen zeigen Ausschnitte aus dem Film „Und morgen die ganze Welt“, die auf verschiedene Facetten von Sexismus hinweisen: von sexistischen Äußerungen bis zu sexistischen Übergriffen. Bei allen Szenen sollte eine Triggerwarnung ausgesprochen werden. Der Sehauftrag ist auch mit Blick auf die folgende Erarbeitung relevant: Die Jugendlichen lernen hierbei die Hauptcharaktere Luisa und Alfa kennen; Alfas Verhalten gegenüber Luisa wird im Anschluss eine zentrale Rolle spielen. Die Fragen des Sehauftrages sollten nach jeder Szene einmal miteinander verglichen werden, um abzugleichen, ob die Jugendlichen alles in den Szenen erkennen konnten. Zudem könnte das Gesehene die Empfindungen der Jugendlichen beeinflussen. Dies kann auch hilfreich für die anschließende Erarbeitungsphase sein, in der die Jugendlichen Argumente vorbereiten sollen. Die Teilnehmenden sollen nicht mit den Geschehnissen der einzelnen Szenen allein gelassen werden, da darin die bereits angesprochenen Facetten von Sexismus dargestellt werden.

In der dritten und letzten Erarbeitungsphase können die Jugendlichen ihr erlerntes Wissen in einer Diskussion präsentieren. Dafür werden sie in zwei Gruppen aufgeteilt. Beiden Gruppen wird entweder die Pro- oder die Contra-Seite zur These „Alfa respektiert Frauen voll und ganz“ zugespielt. Innerhalb von zehn Minuten sollen die beiden Gruppen sich mit Argumenten auf eine fiktive Talkshow vorbereiten. Der Vorteil dieser Methodik liegt darin, dass sich zurückhaltende Jugendliche zunächst ins Publikum setzen können, aus dem heraus sie Argumente, Thesen und Fragen in die Talkrunde hineingeben können – dadurch erlaubt die Methode möglichst vielen Personen eine aktive Teilnahme. Nach der Erarbeitung der Argumente wird ein:e Jugendliche:r bestimmt, der:die als Talkmaster:in die Runde moderiert. Ein Einleitungstext wird ebenso bereitgestellt wie ein Abschlussstatement, das noch einmal die Besonderheiten von Sexismus zusammenfasst, ohne jedoch die These selbst zu bewerten.

Für die beiden Diskussionsseiten benennt jede Gruppe zwei oder drei Jugendliche, die sich als Talkgäste in einen inneren Kreis setzen. Die restlichen Jugendlichen, die das Publikum bilden, nehmen in einem äußeren Kreis Platz. In der Diskussion haben die Jugendlichen die Möglichkeit, das Erlernte aus den vorherigen Erarbeitungsphasen einfließen zu lassen ebenso wie schon vorhandenes Wissen. Da die These auf dem Film basiert, befinden wir uns trotzdem in einem geschützten und nicht realen Raum. Das erleichtert die Auseinandersetzung mit dem Thema.

Zum Abschluss des Moduls - nachdem die Diskussion geführt wurde und es gegebenenfalls zu einer klaren Positionierung zur These kam (Vielleicht ist dies aber auch nicht möglich?) - erhalten alle Jugendlichen noch einmal die Gelegenheit, über die vergangenen 85 Minuten zu reflektieren. Dabei ergeben sich möglicherweise Anhaltspunkte für weitere thematische Auseinandersetzungen mit Sexismus. Im Blitzlicht⁶⁶ können die Jugendlichen zum einen sagen, wie sie den Workshop fanden; zum anderen kann dies jedoch auch für die Frage genutzt werden, ob die Jugendlichen etwas Neues gelernt haben, mit welchem Gefühl sie das Modul verlassen oder wo sie noch Wissenslücken bei sich selbst sehen.

Literaturverzeichnis

- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hrsg.): einfach POLITIK: Lexikon. Autor/inn/en: D. Meyer, T. Schüller-Ruhl, R. Vock u. a. / Redaktion (verantwortlich): Hilpert, Wolfram (bpb), Bonn 2022, URL: <https://www.bpb.de/kurzknapp/lexika/lexikon-in-einfacher-sprache/331402/sexismus/> [eingesehen am 15.05.2024].
- Gemeinsam gegen Sexismus: Kurz und knapp: Was ist Sexismus?, o. J., URL: <https://www.gemeinsam-gegen-sexismus.de/ueber-sexismus/wissen-ueber-sexismus/> [eingesehen am 04.10.2024].
- Gemeinsam gegen Sexismus: Was versteht man unter Alltagssexismus?, o. J., URL: <https://www.gemeinsam-gegen-sexismus.de/ueber-sexismus/wissen-ueber-sexismus/> [eingesehen am 04.10.2024].
- Hanauska, Natalia / Schröter, Till / Heise, Katharina: Radikalisierung, Gewaltlegitimation und Sexismus. Ein dreimodularer Workshop zum Film „Und morgen die ganze Welt“, Göttingen 2024, URL: <https://www.linke-militanz.de/publikationen/handreichung-zum-dreimodularen-workshop-ueber-radikalisierung-gewaltlegitimation-und-sexismus/> [eingesehen am 11.12.2024].
- Klein, Jeja: Die Furcht linker Männer vor den Feministinnen, in: analyse & kritik, 15.06.2020, URL: <https://www.akweb.de/bewegung/die-furcht-linker-maenner-vor-den-feministinnen/> [zuletzt eingesehen am 04.10.2024].
- Klexikon, Links und Rechts (Politik), URL: [https://klexikon.zum.de/wiki/Links_und_Rechts_\(Politik\)](https://klexikon.zum.de/wiki/Links_und_Rechts_(Politik)) [eingesehen am 15.05.2024].

66 Im Abschlussblitzlicht haben die Jugendlichen die Möglichkeit, in ein bis zwei Sätzen ihre Eindrücke aus der Stunde zu reflektieren und mit der restlichen Gruppe zu teilen.

- O. V.: Janine Wissler will Sexismus-Verdacht aufklären lassen, in: Zeit Online, 23.04.2022, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-04/die-linke-janine-wissler-sexismus-verdacht-aufklaerung> [eingesehen am 04.10.2024].
- Selz, Laura: Sexismus unter Linken – Traue keinem, der dir Feminismus mansplains, in: Bayern2, 03.11.2022, URL: <https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/sexismus-unter-linken-traue-keinem-der-dir-feminismus-mansplains-100.html> [eingesehen am 04.10.2024].

Gewaltkriminalität und linker Radikalismus

01

Inhalt

Einblick	230
Linke Gewalt – Trends und Charakteristika <i>Matthias Mletzko</i>	232
Politisch motivierte Kriminalität <i>Interview mit Joachim Faßbender über die Erfassungsmodalitäten und Datennutzung Politisch motivierter Kriminalität</i>	245
„Antifaschismus bleibt Handarbeit!“ – Legitimation von politischer Gewalt von links Vom Phänomen in die politische Bildung <i>Till Schröter</i>	253

In der öffentlichen Auseinandersetzung mit linkem Radikalismus nimmt das Thema Gewalt großen Raum ein. Wenn linksradikale Aktionen besondere Aufmerksamkeit erfahren, von Schlagzeilen der Massenmedien aufgegriffen werden, dann zumeist im Kontext von Gewalt oder Sachbeschädigungen, oder aber wenn wider Erwarten Angriffe auf Personen oder Gegenstände ausgeblieben sind. Deutlich seltener indes wird über inhaltliche oder strukturelle Aspekte linker Radikalität berichtet. Einerseits ist also eine Verengung der allgemeinen Wahrnehmung linker Radikalität im Hinblick auf Gewalt zu verzeichnen – dies wird noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, dass bloß ein kleiner Teil derjenigen, die sich als linksradikal identifizieren, selbst Gewalt anwenden oder die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Erreichung politischer Ziele rechtfertigen. Andererseits ist Gewalt tatsächlich ein problematischer Phänomenbestandteil, der nicht nur eine intensive analytische Befassung rechtfertigt, sondern auch in der Präventionsarbeit besondere Beachtung verdient.

Die Datenlage lässt eine Annäherung an das Thema Gewalt und radikale Linke vor allem über zwei Wege zu: Diskurse über Gewalt als politisches Kampfmittel, die in linksradikalen Szenepublikationen geführt werden, können nachgezeichnet und analysiert werden. In szeneeigenen Zeitschriften und Onlineportalen sowie Social-Media-Beiträgen linksradikaler Akteure lassen sich über mehrere Jahrzehnte geführte Diskussionen beobachten, die um die Frage kreisen, wie sich Gewalt gegen Menschen und die Beschädigung fremden Eigentums als Mittel politischer Auseinandersetzungen anwenden und legitimieren lässt. Dabei gilt es immer wieder, einen Grundwiderspruch aufzulösen: Wie kann Gewalt ein Mittel sein, um eine Gesellschaftsordnung zu überwinden, die abgelehnt wird, weil sie als strukturell gewaltsam betrachtet wird? Die Analyse linksradikaler Gewaltdiskurse erlaubt vor diesem Hintergrund die Identifikation von Argumentations- beziehungsweise Legitimationsmustern im Zeitverlauf sowie die Identifikation derjenigen Strömungen, für die Gewalt als Kampfmittel potenziell legitim ist.

Ein zweiter wichtiger Weg, über den eine Annäherung an das Thema Gewalt und radikale Linke möglich ist, besteht in der Auswertung polizeilicher Kriminalitätsstatistiken. Straftaten, aus einer politischen Motivation heraus begangen, werden von der Polizei als Politisch motivierte Kriminalität (PMK) im Kriminalpolizeilichen Meldedienst PMK gesondert erfasst. Bei der Zuordnung wird zwischen verschiedenen Phänomenbereichen differenziert: *Eine Tat wird dann als politisch linksmotivierte Kriminalität eingeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte für eine linke Orientierung vorliegen, ohne dass die Tat bereits auf die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung abzielen muss. Weiterhin werden Taten dem Phänomenbereich PMK-links vor allem dann zugerechnet, „wenn Be-*

züge zu Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich revolutionärem Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren“¹.

Das Längsschnittdesign dieser Erfassung ermöglicht Erkenntnisse über die Entwicklung und regionale Muster der PMK. Gleichzeitig stellt das polizeiliche Datenmaterial zur PMK kein realistisches Abbild sozialer Wirklichkeit dar. Die Erfassung unterliegt Einschränkungen und Verzerrungseffekten, die es bei der Betrachtung der Statistik zu reflektieren gilt.

Im vorliegenden Dossier werden die oben skizzierten Wege zur Annäherung an das Thema radikale Linke und Gewalt aufgegriffen. Gleichzeitig wird der Perspektive der Polizeibehörden, der sozialwissenschaftlichen Forschung sowie der präventiv-pädagogischen Fachpraxis auf das Thema Raum gegeben. Matthias Mletzko behandelt in seinem Beitrag Legitimationsmuster linker Gewalt in linksradikalen Szenezeitschriften sowie Onlineportalen und skizziert anhand der Daten der PMK-Statistiken die Langzeittrends, Besonderheiten und Dynamiken linksmotivierter Gewalt im Vergleich zu anderen politischen Phänomenen. Sein Beitrag arbeitet die taktischen Muster sowie die Variabilität linker Gewalt heraus und geht auf die Kontexte linken Gewalthandelns ein. Neben der Quantität linker Gewalt im historischen Längsschnitt nimmt Mletzko auch die Frage nach deren Qualität in den Blick.

In einem Interview beantwortet Joachim Faßbender Fragen zur polizeilichen Erfassung politisch (links-)motivierter Kriminalität. Aus polizeilicher Perspektive geht er auf Kritik an der Methodik der polizeilichen Statistik zu politisch Motivierter Kriminalität ein und positioniert sich zu deren Verwendung in der politischen Debatte über politische Kriminalität im Allgemeinen und solche, die als linksmotiviert klassifiziert wird, im Besonderen. Abschließend untersucht Till Schröter die Legitimation politischer Gewalt im linken Spektrum und analysiert die zugrunde liegenden Deutungs- und Rechtfertigungsmuster. Er betont, dass linke Gewalt in linken Szenen stets reflektiert und begründet wird, was sie zu einem zentralen Gegenstand von Debatten über Widerstand, Notwehr und revolutionäre Ziele macht. Auf der Grundlage dieser analytischen Überlegungen wurde ein Workshop-Modul für die präventiv-pädagogische Fachpraxis entwickelt und erprobt. Das von Schröter vorgestellte Modul nutzt den Film „Und morgen die ganze Welt“ (2020), um verschiedene Legitimationsmuster politischer Gewalt in der politischen Bildung zu thematisieren. Dabei sollen Teilnehmende des Workshops die strategische und moralische Dimension linker Gewalt kritisch reflektieren und sich mit den Konsequenzen linker Gewaltpraxis auseinandersetzen. Schröter hebt hervor, dass eine differenzierte Auseinandersetzung mit politischer Gewalt nicht nur gesellschaftlich relevant, sondern auch ein zeitloses Thema für Bildung und Wissenschaft ist.

1 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat; Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz (Hrsg.): Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität. 2023, S. 7, URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/definitionssystem-pmk.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [eingesehen am 17.12.2024].

Linke Gewalt - Trends und Charakteristika

Matthias Mletzko

Einleitung

Dieser Text befasst sich mit Besonderheiten linker Gewalt. Zur Verdeutlichung werden einige stabile Rechtfertigungsmuster und im Rechts-links-Langzeitvergleich Tatmuster dargestellt. Dabei werden insbesondere im Feld hoher Gewaltintensität - Tötungsdelikte, lebensbedrohliche Tatbegehungen, Terrorismuspotenziale - Unterschiede deutlich.

Als Trägergruppe linker Gewalt gilt die heterogene, sich ständig wandelnde und weiter ausdifferenzierende Szene autonomer Gruppen², auf die ein beträchtlicher - wenn auch nicht genau quantifizierbarer - Anteil des Gewaltaufkommens der polizeilich als „links“ erfassten Gewaltdelikte entfällt. Allerdings verbleibt eine Restmenge von Delikten, die auf das Konto von schwierig ein- und abzugrenzenden politisch und lebensstilistisch verwandten (Rand-)Szenen gehen - etwa Anarchisten, Punkern, Hip-Hoppern, Migrantengruppen oder Erlebnisorientierten.

Stabile Legitimationsmuster linker Gewalt

Im Interesse der Verfolgung selbst gesetzter Ziele wie etwa des Wunsches nach einem „neuen, selbstbestimmten Leben“ oder der Bekämpfung des zur „Mordmaschine“ deklarierten politischen und wirtschaftlichen Systems der Bundesre-

2 Siehe hierzu etwa die Überblicksdarstellungen Deycke, Alexander: Postautonomie - organisatorische und strategische Entwicklungen in der undogmatischen radikalen Linken seit den 1990er Jahren, in: ders. et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomem. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 383-404; Deycke, Alexander und Micus, Matthias: Die Radikale Linke und die Organisationsfrage, in: Ben Slama, Brahim und Kemmesies, Uwe (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention - Gesamtgesellschaftlich, Phänomenübergreifend, Wiesbaden 2020, S. 142-150; Baron, Udo: Postautonomie, in: Ben Slama, Brahim und Kemmesies, Uwe (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention - Gesamtgesellschaftlich, Phänomenübergreifend, Wiesbaden 2020, S. 135-141.

publik verneint die autonome Szene grundsätzlich das staatliche Gewaltmonopol. Was eine Berliner Gruppe Mitte der 1990er Jahre auf den Punkt gebracht hat, galt schon vorher und gilt auch noch gegenwärtig:

„Die Anwendung von Gewalt/revolutionärer Gewalt halten wir unter bestimmten Voraussetzungen nicht nur für legitim, sondern auch für unverzichtbar. Wir werden uns nicht an den vom Staat vorgeschriebenen legalen Rahmen von Protest und Widerstand halten. Denn damit wären wir auch kontrollier-, berechen-, und beherrschbar. [...] Also - eine Absage an Gewalt wird es von uns nicht geben - nicht heute und auch nicht in Zukunft!!!!“³

Der leider weitgehend in Vergessenheit geratene Kriminologe und Rechtswissenschaftler Herbert Jäger hat vor dem Hintergrund seiner langjährigen Studien zu kollektiven Gewaltverbrechen⁴ das Resümee gezogen: „Kollektive Gewalt ist vor allem durch Rechtfertigungen, Neutralisation, Umwertungen bis hin zu Zuständen ‚moralischer Anästhesie‘ gekennzeichnet, durch die tradierte Wertungen eliminiert oder ‚umgepolt‘ werden.“ Dabei lehnt Jäger sich theoretisch an den kriminologischen Neutralisierungs-Ansatz von Sykes/Matza (1958)⁵ an, dem zufolge sich das Individuum gegen Selbstvorwürfe und Vorwürfe anderer zu immunisieren suche; dies diene nicht nur der nachträglichen Selbstentlastung, sondern könne auch dem kriminellen Verhalten vorausgehen, ihm psychologisch den Weg ebnen und es auf diese Weise ermöglichen.⁶

Mithilfe dieses Ansatzes lassen sich im denkstrukturellen Repertoire gegenwärtiger linksmilitanter Akteure einige stabile Muster erkennen:

1. *Verneinung des Unrechts/Bagatellisierende Vergleiche:* Die Dimension der Opfer oder Schäden der eigenen Gewalt erscheinen im Vergleich zu realen oder behaupteten gravierenden Ereignissen - Kriege, Hunger- und Umweltkatastrophen, Armut, Bedrohlichkeit rechter Gewalt etc. - stets verschwindend gering.

3 INTERIM vom 17.08.1995, S. 12.

4 Jäger hat bereits in den 1960er Jahren - während der Zeit der Auschwitzprozesse - die Arbeit „Verbrechen unter totalitärer Herrschaft - Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität“ (1967) vorgelegt und war später an den noch immer wegweisenden, damals vom Bund in Auftrag gegebenen „Analysen zum Terrorismus“ (1981) mit der Arbeit „Die individuelle Dimension terroristischen Handelns - Annäherungen an Einzelfälle“ beteiligt. Von ihm stammen auch „Gedanken zur Kriminologie kollektiver Verbrechen“ (1980).

5 Siehe Sykes, Gresham M. / Matza, David: Techniques of Neutralization: A theory of Delinquency, in: American Sociological Review, Jg. 22 (1958), S. 664-670.

6 Siehe Jäger, Herbert: Gedanken zur Kriminologie kollektiver Verbrechen, in: ders.: Verbrechen unter totalitärer Herrschaft - Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität, Frankfurt am Main 1982, S. 380-390, hier S. 382-384.

2. *Moralische Rechtfertigung*: Die eigenen höherwertigen, langfristigen Ziele (Umwelt, Frieden, „Kampf gegen Nazis“) werden betont.
3. *Entpersönlichung, Dehumanisierung, Stigmatisierung* des Gegners/Opfers.

Zu 1): Regelmäßig wird ein *Notwehrrecht* gegen ein aus Akteurssicht groß- und massenverbrecherisches, mit Parolen wie „Mordmaschine“ oder „Capitalism kills“ belegtes politisches und wirtschaftliches System beansprucht. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen werden konsequenterweise als *strukturelle Gewaltverhältnisse ohne Raum für gewaltfrei gesellschaftsverändernde politische Arbeit* gedeutet. In diesem binären Denkraum lässt sich dann einem von Rechtsextremisten, Konservativen bis hin zu Grünen und nichtmilitanten Linken reichenden und damit fast beliebig breiten Spektrum von politischen/weltanschaulichen Gegnern die Urhebererschaft von oder Beteiligung an Großverbrechen unterstellen. Dabei können die Rechtfertigungsdiskurse durchaus an reale und dringliche Problem- und Konfliktfelder anknüpfen: Zu den Kernthemen zählen - allen voran und über die Zeit kontinuierlich - rechte Mobilisierung, Kriegsgefahr, Klimapolitik, Globalisierung oder Gentrifizierung. Typisch sind indes *Überzeichnungen und Zuspitzungen*, die bis zur Rechtfertigung von Anschlägen bis hin zu personenbezogener Gewalt gesteigert werden können. Ein Aktivist rechtfertigte einmal seine Befürwortung der unter bestimmten revolutionären Bedingungen denkbaren gezielten Tötung Einzelner „im Interesse aller“ mit folgender Charakterisierung des aus seiner Sicht massenverbrecherischen Systems:

„Der Alltag des Systems, so wie es ist, kostet tagtäglich zigtausend Menschen das Leben, die für den Profit und die Machterhaltung der Herrschenden auf der Strecke bleiben, durch Hunger, Krieg, sexistische Gewalt, mörderische Arbeitsbedingungen [...]“⁷

Zu 2): Der Gewalteininsatz wird immer mit einem *edlen Endzweck* unterlegt: Es handelt sich um „gerechte Gewalt“, man sieht sich als „selbstbewussten und verantwortlichen Täter“⁸, auf der „Ebene eines humanistischen Konsenses“ handelnd⁹

7 Scatman: Auf einsamem Posten, in: Radikal, H. 153 (Teil I), November 1995, S. 41.

8 Geronimo: Glut und Asche - Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung, Münster 1997, S. 107.

9 *INTERIM* vom 10.12.1998, S. 20.

oder dem „Wohlergehen *aller* Menschen“ verpflichtet¹⁰. In einem aktuellen Beitrag „Zur leidigen Frage der Gewalt“ heißt es:

„In unserer Utopie soll jeder Mensch so leben können, wie er will. Unsere obersten Ziele sind Gleichheit (und damit inbegriffen Gleichberechtigung und Gerechtigkeit) und Freiheit des Einzelnen (und damit inbegriffen Emanzipation).“¹¹

Zu 3): Politische/weltanschauliche Gegner werden dagegen nicht nur moralisch abgewertet - bestimmte Feindgruppen, insbesondere Angehörige der rechten Szene und der Institutionen der inneren Sicherheit, unterliegen obendrein einer *konsequent gepflegten Dehumanisierung*. Damit einher geht oftmals ein *systematisch verniedlichender, zynischer Sprachgebrauch*: So können ruhig schon mal „pigs“ mit Knieschüssen „angekratzt“¹² oder „Faschos“ die „Ärsche angegrillt“¹³ werden. Man habe mal „in unfreundlicher Absicht an die Tür geklopft“, hieß es etwa zu einem für eine unbeteiligte Person lebensbedrohlichen Brandanschlag auf eine Berliner Polizeiwache im April 2011.¹⁴

Gewalthandlungen, die durch das PMK-System erfasst werden

Das polizeiliche Erfassungsinstrument für politisch motivierte Kriminalität, hier „PMK-System“ genannt, hat im Unterschied zur polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), die allgemeine Kriminalität erfasst, einen eigenen, differenzierteren Katalog von Gewaltdelikten; diese sind: Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn-, und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte, Sexualdelikte. Während Raub, Erpressung und Sexualdelikte im Gesamtaufkommen kaum eine Rolle spielen, liegen die größten Anteile traditionell bei den Körperverletzungs-, Landfriedensbruchs- und Widerstandsdelikten. Anzumerken wäre, dass dieser Systematik ein enger Gewaltbegriff im Sinne der zielgerichteten, direkten physischen Schädigung von Menschen durch Menschen zu-

10 Fridolin in *INTERIM*-Sonderheft März 1998, S. 1 und S. 6 f.

11 anonym: Zur leidigen Frage der Gewalt, in: indymedia.org, 05.03.2024, URL: <https://de.indymedia.org/node/344605> [eingesehen am 29.11.2024].

12 *INTERIM* vom 26.04.2001, S. 15.

13 Bekenner schreiben zum Brandanschlag auf Pkw und Tagungsstätte des Rechtsextremisten Jürgen Rieger am 6. September 1989, siehe Mletzko, Matthias: „Tötungsdebatte“ unter militanten „Antifaschisten“, in: Informationsdienst TEOK, H. 10/1994, S. 1-5, hier S. 2.

14 *INTERIM* vom 03.06.2011, S. 10.

grunde liegt, der über den genannten Deliktskatalog politisch motivierter Gewaltkriminalität zählbar gemacht wird.¹⁵

Trends linker Gewalt über die Zeit

Anhand der PMK-Datenbasis lassen sich mithilfe des Rechts-links-Vergleichs einige Langzeittrends seit 2001 und herausragende Besonderheiten des linken Gewalthandelns verdeutlichen. Für die Vergleichslogik sprechen die relativ eng beieinanderliegenden quantitativen Dimensionen des rechten und linken Phänomenbereichs.

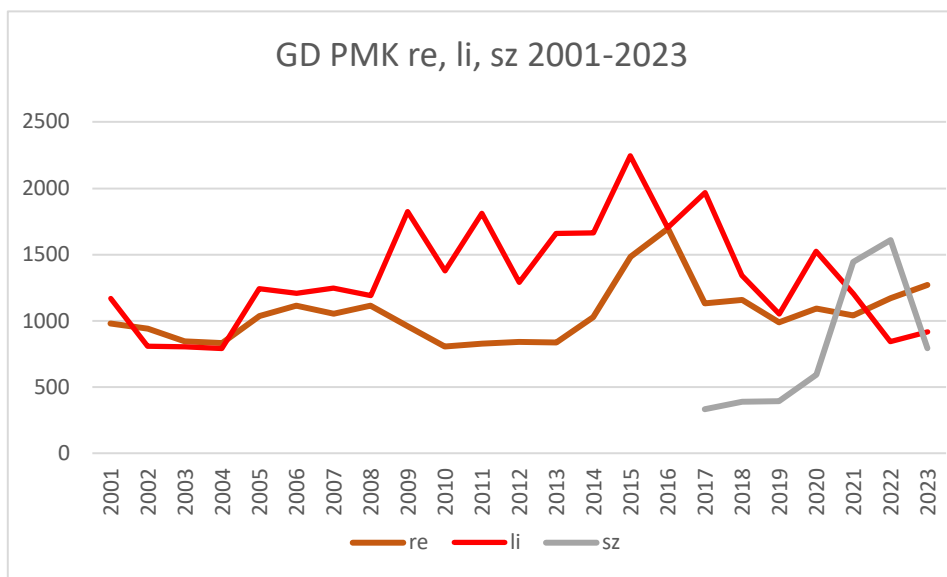


Abbildung 1: Trends politisch motivierter Gewaltdelikte rechts und links 2001-23

Die Trendlinien linker Gewaltdelikte im Langzeitverlauf zeigen, dass seit 2005 das linke Aufkommen über - von 2009 bis 2015 deutlich über - dem rechten liegt, punktuell sogar fast doppelt so hoch ist (2011, 2013). Ab 2020 lässt sich eine Trendumkehr rechts über links erkennen - insbesondere, wenn man davon ausgeht, dass neue Szene-Akteure wie Reichsbürger oder Querdenker im stark angestiegenen Aufkommen „sonstige Zuordnung“¹⁶ sich zumindest teilweise mit dem rechten Phänomenbereich überlappen.

¹⁵ Siehe Bundeskriminalamt (BKA): Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität, Wiesbaden 2023, S. 7 und S. 14 f.

¹⁶ Bis 2022 „nicht zuzuordnen“, ab 2023 inhaltsgleich in „sonstige Zuordnung“ umbenannt. Von 2020 bis 2021 hat sich dieses Aufkommen mehr als verdoppelt (Anstieg um 144 %)

Dies führt zum ersten Fazit: Der Gesamtverlauf links ist deutlich dynamischer und an Gelegenheiten wie Großereignissen und zugkräftigen Mobilisierungsthemen (unter anderem EZB-Eröffnung Frankfurt 2015, G20 Hamburg 2017, AfD-Erfolge, Klimakampagne 2020) gebunden, während rechts kontinuierlicher und mit massivem Anstieg während migrationspolitischer Zuspitzungen 2014-16 und 2021 ff. verläuft.

Als Indikator für die Zielrichtung des Gewalthandelns lassen sich die Themenfeldnennungen der PMK-Erfassung heranziehen. Dabei bilden zwei Schwerpunkte des linken Gewalthandelns ein deutliches Muster: das Vorgehen gegen die rechte Szene und gegen Polizeikräfte.

Bis 2008 liegen im linken Phänomenbereich diese beiden Aufkommen - Konfrontationsgewalt gegen rechts und gegen Sicherheitsbehörden beziehungsweise Polizei - eng beieinander. Ab 2009 nimmt die Gewalt gegen Polizeikräfte zu und liegt seitdem über dem Aufkommen gegen rechts, wobei inhaltliche Überschneidungen zu vermuten sind, da eine Vielzahl von Übergriffen auf Polizeibeamte im Kontext von linken Aktionen gegen rechts stattfinden.

Beim Vergleich gegenseitiger Konfrontationsgewalt zeigt sich im bundesweiten Trend ein deutliches und durchgängig linkes Übergewicht. Charakteristisch ist der scharfe Anstieg im linken Verlauf während der Phase migrationspolitischer Zuspitzung 2014-16 in Reaktion auf rechte/rechtsextremistische Mobilisierungen und dem starken Anstieg fremdenfeindlicher Gewaltdelikte. Eine ähnliche Interaktionsdynamik gab es schon zuvor im Zeitraum 1991-93.¹⁷

und lag 2022 mit dem Höchstwert deutlich über allen anderen Phänomenbereichen rechts. Der starke Anstieg sowie die „sz“- Zuordnung mehrerer herausragender Fälle aus der Reichsbürger-Szene - Tötungsdelikte und Fälle terroristischer Vereinigungen - werfen Fragen nach transparenter und fachlich rigoroser Diskussion der Erfassungskriterien auf.

17 Eine Sichtung der Daten zu Angriffszielen, die aber nur bruchstückhaft vorliegen, bestätigt diese Bild: Im Zeitraum 2019-23 zog in der Kategorie Angriffsziel Partei die AfD die meisten Gewalttaten von links auf sich, Die Linke, SPD und Die Grünen deutlich weniger Taten von rechts; 2022-23 stieg die Zahl der Taten „Sonstige Zuordnung“ gegen Die Grünen deutlich an. Siehe Deutscher Bundestag: Drucksache 20/10177. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Bauermann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD. Angriffe auf Politiker, Parteibüros und Wahlplakate bis einschließlich 2023, Berlin 2024, S. 9-12.

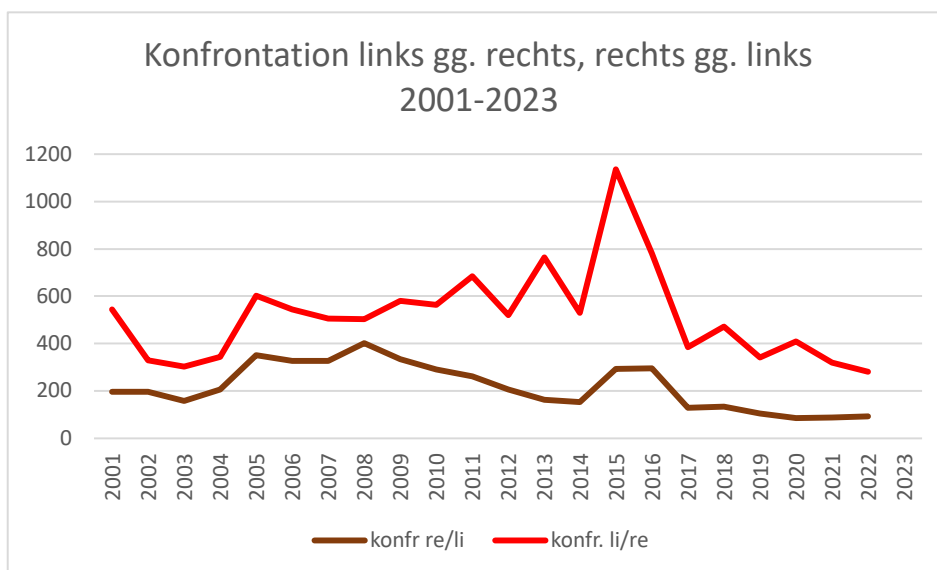


Abbildung 2: Trends der gegenseitigen Konfrontationsgewalt 2001-23

Dies ist der bundesweite Trend. Betrachtet man regionale Schwerpunkte, kann sich unter Umständen ein ganz anderes, nämlich umgekehrtes Bild rechter Dominanz ergeben.¹⁸ In den PMK-Themenfeldern „Konfrontation/Politische Einstellung - gegen rechts“ und gegen „Polizei“ findet sich auch die Mehrheit der linken versuchten Tötungsdelikte. Dieses stabile Muster unterstreicht die Verhaltensrelevanz der in linksmilitanten Mentalitäten obsessiv gepflegten „Nazi“- und „Bullen“-Feindbilder. Im rechten Gewaltaufkommen liegen gegen die Polizei gerichtete Taten deutlich niedriger. Hier dominieren fremdenfeindliche und rassistisch motivierte Delikte.

Als zweites Fazit lässt sich somit festhalten: ein deutliches Übergewicht links bei gegenseitiger Konfrontationsmilitanz und der Gewalt gegen Polizei.

Besonderheiten linker Gewalt

Nun zu einigen qualitativen Besonderheiten linker Gewalt: Die absoluten Zahlen der Gewaltdelikte reichen nicht aus, um Bedrohungspotenziale der jeweiligen Phänomenbereiche angemessen zu erfassen. Daher sind Ausführungen zum Feld personenbezogener und insbesondere lebensbedrohlicher Gewaltanwendung unverzichtbar - zumal sich über den Rechts-links-Vergleich weitere Unterschiede verdeutlichen lassen. Allem voran unterscheidet sich das linke vom rechten Aufkom-

¹⁸ Siehe etwa die Fallstudien zu rechten Gewaltgruppen bei Mletzko, Matthias: Gruppen, in: Backes, Uwe et al.: Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen, Göttingen 2014, S. 111-162.

men hinsichtlich Sachverhalten mit Terrorismusqualität: Seit dem Niedergang der klassischen linksterroristischen Organisationen „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und „Revolutionäre Zellen“ (RZ) hat bislang keine der nachfolgenden Gruppen mit terroristischen Strukturqualitäten im Sinne der §§ 129 und 129a StGB mehr die Schwelle zu gezielt tödlichen Anschlägen überschritten. Dem stehen im rechten Phänomenbereich der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) sowie die „Lone Wolf“-Anschläge München/OEZ 2016, Halle 2019, Hanau 2020 und Kassel 2019 gegenüber.

Ein weiterer deutlicher Rechts-links-Unterschied lässt sich aus dem Aufkommen von Tötungsdelikten ablesen. Bereits für die 1990er Jahre steht die ungleich größere Dimension rechter vollendeter Tötungen außer Frage: Die Gewaltwelle Anfang der 1990er Jahre ist diesbezüglich immer noch einzigartig – selbst ohne Berücksichtigung der Altfallüberprüfungen, mit denen die Fallzahl immer noch deutlich nach oben korrigiert werden muss. Wenn allerdings versuchte Tötungsdelikte einbezogen werden, gab es 2001-23 jedoch links immerhin 75 Fälle (73 versuchte und zwei vollendete Delikte), rechts dagegen 149 Fälle (123 versuchte und 26 vollendete Delikte, letztere mit ungleich höherer Anzahl von Todesopfern¹⁹).

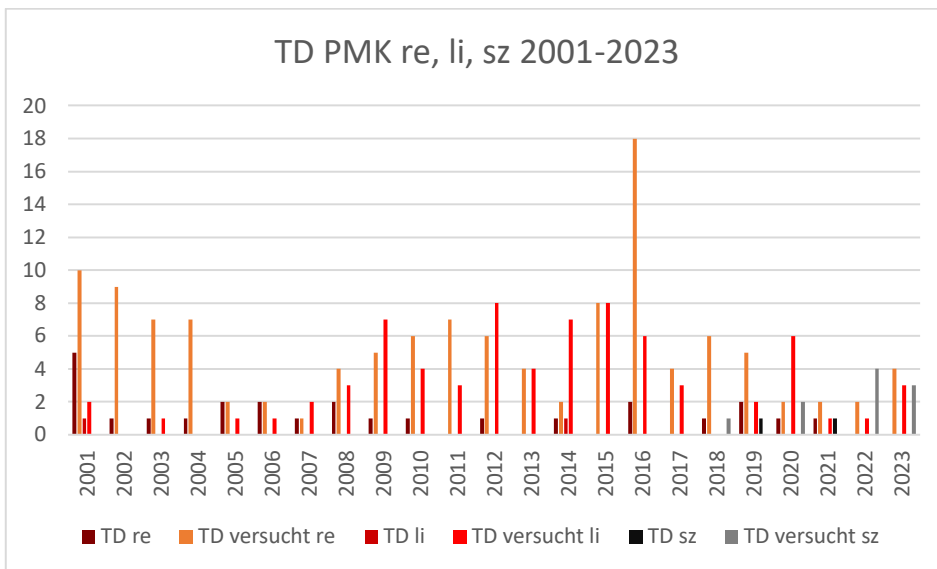


Abbildung 3: Trends der Tötungsdelikte 2001-23

19 Die angeführten rechtsterroristischen Anschläge forderten 31 Todesopfer. Neun Todesopfer (ab PMK-Erfassung 2001 gezählt, d. V.) gingen auf das Konto des NSU; der Anschlag in München 2016 forderte ebenfalls neun Todesopfer, der Anschlag in Hanau 2020 zehn Todesopfer. Dagegen kann von den beiden vollendeten Delikten links der Fall 2001 (Messerattacke eines Langzeitarbeitslosen auf den Direktor des Arbeitsamtes in Verden/Aller) nicht als szenespezifisch bezeichnet werden. Beim zweiten Fall 2014 (Faustschläge auf einen Nazi-Parolen grölenden Betrunkenen türkischer Herkunft, der zu Boden ging, lebensbedrohlich verletzt wurde und an den Folgen verstarb) liegen bloß vage Angaben zur Szenezugehörigkeit der Täter vor (Punker- /BTM- /Trinker-Szene).

In einigen Jahren (2009, 2012, 2014) gab es mehr versuchte Tötungsdelikte links als rechts. Über die Hälfte der linken (versuchten) Tötungsdelikte war gegen die Polizei und etwas über ein Drittel gegen rechts gerichtet, die Restmenge streut über nachrangige Themenfelder. Rechts steht das Thema Fremdenfeindlichkeit/Rassismus im Vordergrund, das Thema Konfrontation gegen links folgt mit deutlichem Abstand. Aus dem Verlauf ist erkennbar, dass nach dem bis Mitte der 2000er Jahre noch deutlich erkennbaren Überhang rechts der linke Bereich im Zeitraum 2009-15 nachgezogen hat. Im Jahr 2016 ist wieder ein deutlicher Rechts/Links-Überhang festzustellen: Zwei vollendete und 18 versuchte Delikte rechts stehen sechs versuchten Delikten links gegenüber - für den rechten Bereich ist das der bisherige Höchstwert seit der PMK-Erfassung.

Neben Tötungsdelikten sind Brand- und Sprengstoffanschläge ein wichtiger Indikator für herausragende Gewaltbereitschaft. Hier zeigt der Gesamtverlauf ein deutliches Übergewicht links. Die Spitzen links (2009, 2011) sind zu beträchtlichen Teilen Anschlägen auf Pkw geschuldet, wohingegen sich der Anstieg rechts 2015-16 aus Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte speist. Zu den neueren Anstiegen links (2016/17, 2019/20) liegen leider keine weiterführenden Angaben vor.

Ein weiteres deutliches Unterscheidungskriterium ist der Anteil der Körperverletzungsdelikte am Gesamtaufkommen der Gewalttaten. Dieser liegt rechts mit über achtzig Prozent durchgängig deutlich höher als links, was den personenbezogenen Fokus rechter Gewalt verdeutlicht. Der Anteil im linken Bereich lag in der ersten Dekade deutlich - teilweise sogar um mehr als die Hälfte - niedriger. In der zweiten Dekade ist dieser Anteil angestiegen bis zum Höchstwert 2015 (60%), dann wieder abgefallen und lag zuletzt (2018/19) bei etwa 38 %.

Die im linken Phänomenbereich größere Lücke zwischen Körperverletzungsdelikten und dem Gesamtaufkommen der Gewalttaten wird durch durchgängig höhere Anteile von Landfriedensbruchs- und Widerstandsdelikten aufgefüllt: Den Kontext linker Gewalthandlungen bilden sehr oft Demonstrationsereignisse.

Diese Befunde zu den Körperverletzungen sind jedoch lediglich eine erste Annäherung an die Realität intensiven Gewalthandelns. Die alle Jahre übliche Darstellung mit bloßer Rechtsnormzuordnung nach Körperverletzungen bietet zwar keine weiteren Einblicke in Handlungsqualitäten, doch gibt es einige Hinweise, dass - besonders im rechten Phänomenbereich - erhebliche Anteile der Gewaltdelikte mit lebensbedrohlicher Einwirkungsintensität auf die Opfer im Raum stehen und sich mangels kontinuierlicher Erfassung einer ihrer Schwere angemessenen Darstellung in der Öffentlichkeit entziehen. Dadurch bleibt in wesentlichen Deliktsbereichen die zunehmende Brutalität - ein wichtiger Hinweis auf Radikalisierungsprozesse - weitgehend im Dunkeln.

Bei einigen Forschungen unter Mitarbeit des Verfassers konnten diesbezüglich unter Einbezug rechtsmedizinischer Bewertungen von Einwirkungsintensitäten auf

die Opfer einige Rechts-links-Unterschiede herausgestellt werden. So beliefen sich etwa beim Ländervergleich Sachsen und NRW im Zeitraum 2003-06 die Anteile rechter Gewalttaten mit lebensbedrohlichen Einwirkungen in Sachsen auf etwa 30 %, in NRW auf etwa 14 %. Herausragend brutale Vorgehensweisen rechter Gewalttäter waren Kopfschläge mit Gegenstand, Tritte auf am Boden liegende Person, Wurf mit Stein, Flasche und Kopftritte - das heißt, rechte Gewalt wurde überwiegend *face to face* ausgeübt. Linke Gewalt hatte indes andere Präferenzen: Der Anteil lebensbedrohlicher Einwirkungen lag hier deutlich niedriger und machte in Sachsen 4 %, in NRW etwa 8 % aus; die bevorzugte Handlung war dabei der Stein-/Flaschenwurf aus der Distanz.²⁰

Eine bundesweite Stichprobe von Gewaltdelikten der Jahre 2006-09 mit dem gleichen Ansatz ergab - bei ähnlichen Tatbegehungsweisen - im rechten Handlungsfeld etwa ein Viertel und links etwa 13 % lebensbedrohliche Einwirkungen. Der höhere Wert links dürfte sich durch die Berücksichtigung von Zentren der Linksmilitanz - vor allem Berlin und Hamburg - bei der Auswertung erklären. Beim linken Gewalthandeln stand abermals der Stein-/Flaschenwurf deutlich im Vordergrund. Das für den rechten Phänomenbereich typische Face-to-face-Gewalthandeln war zwar auch links anzutreffen, hat aber nicht das Gesamtbild geprägt. Letzteres traf wiederum eher bei der Untersuchung von Gewalttaten der Jahre 2001-11 mit Beteiligung von rechten Mehrfach- und Intensivtätern zu, die mit dem Themenschwerpunkt Konfrontation gegen links begangen wurden: Der Anteil lebensbedrohlicher Handlungsweisen lag dort bei 42 %. Eine BKA-Tatanalyse gegenseitiger Konfrontationsgewalt 2011-12 hat ebenfalls ein Übergewicht rechts festgestellt.²¹

Neuere Erkenntnisse dieser Art liegen nicht vor, und nach dem Kenntnisstand des Verfassers ist offenbar auch weiterhin nicht vorgesehen, solche Intensitätsbetrachtungen in die laufende sicherheitsbehördliche Auswertung und Analyse einzubeziehen. Drittes Fazit: deutliches Übergewicht rechts bei terrorismusrelevanten Fällen, Tötungsdelikten, lebensbedrohlichen Handlungsweisen und Gewalt *face to face* - dennoch ist auch eine Tötungsbereitschaft links erkennbar.

20 Siehe Backes, Uwe / Mletzko, Matthias / Stoye, Jan: NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt - Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich, Köln 2010, S. 79-84 und S. 89-93.

21 Siehe Mletzko, Matthias: Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 44/2010, S. 9-16, hier S. 16; Mletzko: Taten, S. 103; Bundeskriminalamt (BKA)/Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus: Politisch motivierte Konfrontationsgewalt - Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsorientierten Akteuren in den Jahren 2011-2012, Wiesbaden 2016, S. 43-47.

Gibt es neue Qualitäten linker Gewalt?

Diese Frage ließe sich nur durch eine vertiefende Fallanalyse über die Zeit mit Betrachtungen der jeweiligen Tatintensitäten beantworten, die ins Verhältnis zum Gesamtaufkommen linker Gewalt gesetzt werden. Solche Arbeiten liegen für den linken Phänomenbereich nicht vor. Vor dem Hintergrund eigener Arbeiten und zahlreicher Gespräche mit einsatzerfahrenen Polizeipraktikern und Analytikern mit bis in die 1980er Jahre reichendem Blickwinkel hat der Verfasser die gesamte Bandbreite des Tatspektrums im Blick - insbesondere auch massenmilitante Ereignisse: An den verschiedenen Brennpunkten wurden mit teilweise beachtlichem taktischen Geschick gegenüber Polizeikräften sämtliche Gewaltmittel unterhalb der Schwelle von Schusswaffen²² eingesetzt: Steine, Knüppel, Eisenstangen, Reizgas, Molotowcocktails (auch auf Personen geworfen), Zwillen (mit denen Stahlkugeln oder scharfkantige Muttern verschossen wurden) oder von Dächern geworfene Backsteine oder Gehwegplatten; vereinzelt wurden von anderen Kräften isolierte Polizeibeamte eingekreist, überwältigt und entwaffnet. Die Gefahr schwerer bis tödlicher Verletzungen wurde bei derartigen proaktiv vorgetragenen Konfrontationen in Kauf genommen. Insofern ist der körperschutzbewehrte „Robocop“ nicht aus martialischem Getue heraus entstanden, sondern ist das Resultat legitimer Eigensicherung angesichts langjähriger massenmilitanter Gewaltpraxis. Berliner Polizeivideos von Lagen in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren, in denen beispielsweise abgetrennte Kräfte mit massivem Pflastersteinhagel aus kurzer Distanz eingedeckt wurden, legen ein deutliches Zeugnis lebensbedrohlicher Gewaltintensität ab.

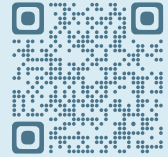
In jüngerer Zeit kam es offenbar vermehrt zu exzessivem und organisiertem Gewalteinsatz gegen Angehörige der rechten Szene und Polizeibeamte. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat sich seit 2020 dem Thema „Radikalisierung im gewaltbereiten Linksextremismus“ gewidmet²³ und einige Gruppen und deren Tatserien sind seitdem Gegenstand von Ermittlungen des Generalbundesanwalts. Herausragendes Beispiel ist die überregional vernetzte Leipziger Gruppe unter

22 Die tödlichen Schüsse auf zwei Polizeibeamte an der Frankfurter Startbahn West am 02.11.1987 blieben bislang sowohl hinsichtlich der damaligen sceneinternen Nachbereitung als auch im Rückblick auf das seitherige Gesamtgeschehen ein sceneuntypischer Ausreißer.

23 Siehe Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Analyse - Radikalisierung im gewaltbereiten Linksextremismus (Stand 21.04.2021) und Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Analyse - Radikalisierung im gewaltbereiten Linksextremismus (Stand 22.07.2020).

Führung der Aktivistin Lina Engel.²⁴ Die Frage, ob sich hier terroristische Potenziale herausbilden, wird Gegenstand kommender Analysen bleiben.²⁵

Der hier veröffentlichte Text bietet einen aktualisierten Auszug eines Podcasts der Bundesfachstelle Linke Militanz zusammen mit Matthias Mletzko aus dem Jahr 2021. Sie finden den Podcast auf der Website der Bundesfachstelle Linke Militanz.



Literaturverzeichnis

- anonym: Zur leidigen Frage der Gewalt, in: indymedia.org, 05.03.2024, URL: <https://de.indymedia.org/node/344605> [eingesehen am 29.11.2024].
- Backes, Uwe / Mletzko, Matthias / Stoye, Jan: NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt – Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich, Köln 2010.
- Baron, Udo: Postautonome, in: Ben Slama, Brahim und Kemmesies, Uwe (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention – Gesamtgesellschaftlich, Phänomenübergreifend, Wiesbaden 2020, S. 135-141.
- Böhme, Jan und Logvinov, Mikhail: Die Faust als die Synthese der Theorie – Radikalisierung linker Gewalt am Beispiel der Gruppe um Lina E. und Johann G., in: Kriminalistik, H. 7/2023 (Teil 1), S. 394-401 und H. 8-9/2023 (Teil 2), S. 451-460.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Analyse – Radikalisierung im gewaltbereiten Linksextremismus (Stand 22.07.2020).
- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Analyse – Radikalisierung im gewaltbereiten Linksextremismus (Stand 21.04.2021).
- Bundeskriminalamt (BKA): Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität, Wiesbaden 2023.

24 Böhme, Jan und Logvinov, Mikhail: Die Faust als die Synthese der Theorie – Radikalisierung linker Gewalt am Beispiel der Gruppe um Lina E. und Johann G., in: Kriminalistik, H. 7/2023 (Teil 1), S. 394-401 und H. 8-9/2023 (Teil 2), S. 451-460 sowie Jokißen, Christian: Is Leftwing-Terrorism Making a Comeback in Germany? Analyzing the „Engel-Guntermann-Network“, in: CTC Sentinel, Januar 2024, S. 31-39

25 Siehe u. a. den Abschnitt „Gibt es linksterroristische Potentiale?“ in Mletzko, Matthias: Trends und Besonderheiten linker Gewaltdelikte, in: Kriminalistik (i. E.).

- Bundeskriminalamt (BKA)/Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus: Politisch motivierte Konfrontationsgewalt - Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsorientierten Akteuren in den Jahren 2011-2012, Wiesbaden 2016.
- Deutscher Bundestag: Drucksache 20/10177. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD. Angriffe auf Politiker, Parteibüros und Wahlplakate bis einschließlich 2023, Berlin 2024.
- Deycke, Alexander: Postautonomie - organisatorische und strategische Entwicklungen in der undogmatischen radikalen Linken seit den 1990er Jahren, in: ders. et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 383-404.
- Deycke, Alexander und Micus, Matthias: Die Radikale Linke und die Organisationsfrage, in: Ben Slama, Brahim und Kemmesies, Uwe (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention - Gesamtgesellschaftlich, Phänomenübergreifend, Wiesbaden 2020, S. 142-150.
- Geronimo: Glut und Asche - Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung, Münster 1997.
- Jäger, Herbert: Gedanken zur Kriminologie kollektiver Verbrechen, in: ders.: Verbrechen unter totalitärer Herrschaft - Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität, Frankfurt am Main 1982, S. 380-390.
- Jokinen, Christian: Is Leftwing-Terrorism Making a Comeback in Germany? Analyzing the „Engel-Guntermann-Network“, in: CTC Sentinel, Januar 2024, S. 31-39.
- Mletzko, Matthias: Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 44/2010, S. 9-16.
- Mletzko, Matthias: Radikale Linke und Gewalt, Podcast der Bundesfachstelle Linke Militanz, Göttingen 2021, URL: <http://www.linke-militanz.de/publikationen/podcast/radikale-linke-und-gewalt/> [eingesehen am 29.11.2024].
- Mletzko, Matthias: Taten, in: Backes, Uwe et al.: Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen, Göttingen 2014, S. 101-110 und Gruppen, in: ebd., S. 111-162.
- Mletzko, Matthias: „Tötungsdebatte“ unter militanten „Antifaschisten“, in: Informationsdienst TEOK, H. 10/1994, S. 1-5.
- Mletzko, Matthias: Trends und Besonderheiten linker Gewaltdelikte, in: Kriminalistik (i. E.).
- Scatman: Auf einsamem Posten, in: Radikal, H. 153 (Teil I), November 1995, S. 41.
- Sykes, Gresham M./Matza, David: Techniques of Neutralization: A theory of Delinquency, in: American Sociological Review, Jg. 22 (1958), S. 664-670.

Politisch motivierte Kriminalität

Interview mit Joachim Faßbender über die Erfassungsmodalitäten und Datennutzung Politisch motivierter Kriminalität

Herr Faßbender, seit 2001 werden Straftaten, für deren Begehung eine politische Motivation als ursächlich angenommen wird, im sogenannten Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität (Abkürzung: KPMD PMK) polizeilich erfasst. Wie funktioniert die Aufnahme in die Statistik genau?

Handelt es sich bei der Straftat um ein sogenanntes echtes Staatsschutzdelikt (diese sind im KPMD enumerativ aufgezählt), erfolgt eine unmittelbare Zuordnung. Hier wird aufgrund des Charakters der Straftat eine politische Motivation unterstellt beziehungsweise ist diese der Straftat immanent. Bei allen anderen Straftaten handelt es sich um solche, die sowohl der Allgemeinkriminalität als auch der Politisch motivierten Kriminalität zugeordnet werden können. Entscheidend ist daher die Feststellung einer handlungsauslösenden politischen Motivation aus Tätersicht. Liegen hier bereits bei der Erstbearbeitung hinreichende Erkenntnisse vor oder ergeben sich diese zu einem späteren Zeitpunkt, erfolgt eine entsprechende Erfassung in der Statistik.

Die Darstellung der jährlich veröffentlichten bundesweiten Fallzahlen der PMK folgt den Erfassungsmodalitäten aus Deliktsqualität, Phänomenbereich, Themenfeld und extremistischer Ausprägung. Wie unterscheiden sich die veröffentlichten Daten von den nur polizeiintern zugänglichen Datensätzen?

Die Darstellung in der PMK-Statistik stellt die produktbezogene Quintessenz der durch den KPMD generierten Daten zum Sachverhalt dar und unterscheidet sich daher qualitativ nicht.

In den veröffentlichten PMK-Fallzahlen werden als Teil der politisch motivierten Straftaten auch solche mit extremistischem Hintergrund ausgewiesen. Wie und durch wen erfolgt die Entscheidung, eine Straftat, die als politisch motiviert eingestuft wurde, auch als extremistisch zu klassifizieren?

Die Feststellung der extremistischen Qualität einer Straftat erfolgt durch die Verfassungsschutzbehörden. Eine Straftat gilt dann als extremistisch, wenn sie gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet ist oder eines ihrer wesentlichen Merkmale außer Kraft setzen möchte. Die der Einstufung zugrunde liegende Definition der freiheitlich demokratischen Grundordnung ist in § 4 Abs. 2 BVerfSchG normiert.

Bei der Einstufung in die KPMD PMK wird zwischen Phänomenbereichen differenziert, wobei für „PMK links“, „PMK rechts“, „PMK religiöse Ideologie“ und „PMK nicht zuzuordnen“ jeweils Fallzahlen vorliegen. Zuvor werden Taten sogenannten Themenfeldern zugeordnet. Diese beziehen sich zum Beispiel auf die Kategorien Anarchismus, Antifaschismus, Antiimperialismus, Konfrontation/politische Einstellung, Hasskriminalität etc. Wie kommen diese Themenfeldkataloge zustande, wie werden sie polizeiintern genutzt und weiterentwickelt?

Zum einen ist klarzustellen, dass der Phänomenbereich „PMK nicht zuzuordnen“ seit dem 1. Januar 2024 in den Phänomenbereich „PMK sonstige Zuordnung“ umbenannt ist. Zum anderen erfolgt die phänomenologische Zuordnung unabhängig von der thematischen, da es sich um voneinander unabhängige Dimensionen handelt. Die Themenfeldkataloge sollen die für die Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität relevanten Themenbezüge ausweisen. Gesellschaftliche und damit konnotierte Veränderungen des Kriminalitätsgeschehens führen in einem in Bund und Ländern abgestimmten Prozess regelmäßig zu Anpassungen der Themenfeldkataloge.

Bei dem Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität handelt es sich zunächst um ein auf polizeilichen Bedarf ausgerichtetes Arbeitsmittel. Er stellt aber auch eine Datenbasis für statistische Analysen bereit und ist damit Grundlage für kriminalpolitische Entscheidungen sowie die kriminologisch-soziologische Forschung. Welche Funktion hat das Datenmaterial der PMK-Fallzahlen für die polizeiliche Praxis und wie wird es daneben auch wissenschaftlich genutzt?

Die auf Grundlage des KPMD PMK erstellten Statistiken dienen der Erstellung von Jahreslagebildern ebenso wie dem Erkennen kurzfristiger Entwicklungen und ermöglichen somit einen Langzeitvergleich gleichermaßen wie kurzfristige kriminal- oder schutzpolizeiliche Schwerpunktsetzungen. Sie stellen damit ein unverzichtbares Instrument der Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität dar. Die hiermit gewonnenen Erkenntnisse beeinflussen operativ-strategische, organisationale, personelle und materielle Entscheidungen, haben ferner Einfluss auf die Entwicklung von Präventionsmaßnahmen und auf politische Entscheidungen, wie zum Beispiel die Bereitstellung von Forschungsmitteln. Ferner dienen sie der Wissenschaft als Informations- und Datenquelle.

Was sind Ihrer Ansicht nach die relevantesten Stärken und Schwächen der Daten mit Blick auf Praxis und Wissenschaft?

Die Stärke der Daten spiegelt zugleich ihre Schwäche wider. Die aktuelle Datenstruktur bildet die Realität zwar einerseits auf einem noch akzeptablen Abstraktionsniveau ab, stellt sie aber andererseits noch ausreichend differenziert dar. Sowohl für die Praxis als auch für die Wissenschaft wären weitere Differenzierungen hilfreich. Allerdings sind den Erhebungsmöglichkeiten, und damit einer verlässlichen Zuordnung, Grenzen gesetzt. Die beschriebenen Nachteile dürften sich tendenziell in der wissenschaftlichen Praxis stärker auswirken.

Inwiefern spiegelt sich in den Daten ein regional und zeitlich variierendes Problembewusstsein der Polizeibehörden?

Der KPMD PMK stellt über die statistische Funktion hinaus ein Instrument zur Gewährleistung einer möglichst einheitlichen Wahrnehmung des politisch motivierten Kriminalitätsgeschehens dar. Ungeachtet dessen beeinflussen zahlreiche Aspekte die konkrete Erfassungspraxis. Ob das Problembewusstsein auf Behördenebene signifikant variiert, lässt sich ohne eine tiefer gehende Untersuchung nicht beantworten.

Inwieweit kann die polizeiliche Erfassung Politisch motivierter Kriminalität in der Präventionsarbeit genutzt werden?

Durch die Darstellung der mittel- und langfristigen Entwicklung sowohl in den Phänomenbereichen als auch in den Themenfeldern können Anpassungsbedarfe hinsichtlich bestehender Präventionsmaßnahmen aufgedeckt und in der Folge um-

gesetzt werden. Dies betrifft sowohl quantitative als auch qualitative Aspekte. So zeigt der beständige Anstieg des Rechtsextremismus einen generellen quantitativen Anpassungsbedarf, da bestehende Präventionsmaßnahmen bezogen auf ihren Umfang nicht ausreichend erscheinen beziehungsweise einer inhaltlichen Neuausrichtung bedürfen. Diesbezüglich leisten die Themenfelder einen wertvollen Beitrag, wie auch in folgendem Beispiel: Einen rein qualitativen Anpassungsbedarf zeigte der - regional begrenzte - Anstieg des militanten Antifaschismus mit der Begehung zum Teil schwerster Straftaten. Die Prävention muss sich hier gezielt des Themas Antifaschismus als handlungsleitendes politisches Motiv annehmen und möglicherweise stärker das gesellschaftliche und politische Umfeld, in welchem auch die militante Form des Antifaschismus gedeiht, adressieren.

An der Erfassung wird kritisiert, dass die PMK als Eingangsstatistik geführt wird. Das bedeutet, der maßgebende Zeitpunkt für die statistische Erfassung der PMK liegt unmittelbar nach Bekanntwerden der Tat und damit zu Beginn des Ermittlungsverfahrens. Diese subjektive, von Beamt:innen vorgenommene Einordnung bezieht spätere, möglicherweise divergierende Entscheidungen im weiteren Ermittlungsverfahren, bei der Staatsanwaltschaft oder des Gerichts nicht mit ein. Gibt es aus Ihrer Sicht praktikable Alternativen oder Ergänzungen zu einer Eingangsstatistik?

Die dargestellte Kritik geht in zweifacher Hinsicht fehl. Der KPMD PMK ist in der Tat eine Eingangsstatistik. Damit soll sichergestellt werden, dass kurzfristige Entwicklungen frühzeitig erkannt werden, was wiederum erst eine schnelle Reaktion der Sicherheitsbehörden ermöglicht. Diesem Zweck wird zunächst bewusst ein gewisses Maß an Genauigkeit geopfert. Primär kommt es auf die Reaktionsfähigkeit der Sicherheitsbehörden und damit die Möglichkeit zielgerichteter Ressourcensteuerung schon in einer frühen Phase einer neuen Entwicklung an. Den damit zwangsläufig verbundenen Nachteil einer - im Übrigen kaum quantifizierbaren - Ungenauigkeit zu kritisieren, ignoriert bewusst die dargestellte Zielrichtung.

Darüber hinaus trifft auch nicht zu, dass eine bei der Ersterfassung vorgenommene Einschätzung bei Vorliegen neuerer Erkenntnisse unverändert bleibt. Dem Umstand einer möglichen anfänglichen Ungenauigkeit Rechnung tragend, erfolgen regelmäßig Nachmeldungen neuer Erkenntnisse und darauf basierend Anpassungen der Statistik. Die Einstufung und die Nachmeldungen zu den einzelnen Sachverhalten werden darüber hinaus von eigens hierzu eingesetztem fachlich qualifizierten Personal in einem abgestimmten Verfahren überprüft und bewertet. Damit wird neben der schnellen Erfassung auch dem Bedarf an einer möglichst hohen Datenqualität Rechnung getragen.

Welche Verbesserungen/Veränderungen in Erhebung und Datennutzung halten Sie für notwendig?

Vor dem Hintergrund der Zielsetzung und der dargestellten qualitätssichernden Maßnahmen sehe ich keine grundsätzliche Anpassungsnotwendigkeit. Ungeachtet dessen ergeben sich jedoch hinsichtlich einzelner Einflussfaktoren Optimierungsmöglichkeiten, ohne die grundsätzliche Problemstellung Abstraktionsgrad vs. Kriminalitätsgeschehen zu berühren. Eine verbesserte Ausbildung in Bezug auf die Ersterfassung, die darauf abzielt, Anhaltspunkte für eine und wenn ja welche politische Motivation sensibler wahrzunehmen, wäre hier zu nennen. Dies steht aber naturgemäß in Konkurrenz zur Wahrnehmung anderer wichtiger Aufgaben.

Welche Bedeutung hat politisch motivierte Kriminalität, insbesondere politisch linksmotivierte Kriminalität insgesamt in Deutschland?

Die politisch motivierte Kriminalität hat in Deutschland nicht erst mit den Terrorakten der RAF einen starken Einfluss auf die Sicherheitslage hierzulande und damit auf den sicherheitspolitischen Diskurs. Dieser stellte sich in der Vergangenheit bezüglich der Intensität in einer Art Wellenbewegung dar, variierte aber auch stark hinsichtlich der unterschiedlichen Phänomenbereiche. Einem Übergewicht des Rechtsextremismus in den 1990er Jahren folgte beispielsweise mit dem Aufkommen und Erstarken des Islamismus zu Beginn des Jahrtausends ein bis dato kaum bekanntes Phänomen mit einem enormen Einfluss auf die Sicherheitslage in Deutschland.

In den letzten Jahren wiederum verzeichnen wir nicht nur einen kontinuierlichen Anstieg der PMK-Fallzahlen insgesamt, sondern ebenso einen solchen bezogen auf den Rechtsextremismus, welcher ein beständiges, zum Teil erhebliches Bedrohungspotenzial aufweist, wie nicht nur die Todesopfer des NSU belegen. Hinzu kommen Entwicklungen außerhalb der Phänomenbereiche oder solche, die sich Phänomen-übergreifend zeigen, wie Reichsbürger oder Verschwörungstheoretiker mit einem nicht zu unterschätzenden Gewaltpotenzial. Öffentlichkeitswirksame Gewaltanwendung mit einer Vielzahl von schweren Straftaten im Rahmen demonstrativer Ereignisse wie zum Beispiel bei der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt 2015 oder dem G20-Gipfel in Hamburg 2017 beeinflussen und prägen darüber hinaus den sicherheitspolitischen Diskurs über Jahre hinweg.

Ungeachtet der Entwicklung der Fallzahlen weisen insbesondere die zahlreichen gesetzlichen Änderungen seit dem Aufstieg der RAF auf eine insgesamt hohe bis sehr hohe Bedeutung der Politisch motivierten Kriminalität hin. Dies lässt sich beispielsweise an der sogenannten Vorverlagerungsstrategie, also der Pönalisierung von Verhalten weit im Vorfeld eines tatsächlichen Schadenseintritts, erläutern. Mit

der Einführung der §§129 a/b StGB, aber auch mit der Einführung der §§89 a-c, 91 StGB wird die Strafbarkeit eines, in den letztgenannten Normen häufig nicht ausreichend konkretisierten Verhaltens bereits unter Strafe gestellt, ohne dass bereits ein schädigendes Ereignis konkret erkennbar ist. Damit wird der von diesem Deliktsbereich ausgehenden besonderen Bedrohung Rechnung getragen.

Wie wurde auf die Entwicklung der PMK-Zahlen reagiert?

Mit der Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität gingen auch zahlreiche Maßnahmen zur personellen und materiellen Stärkung einher; nicht zuletzt das Bundeskriminalamt verdankt dieser einen starken personellen Aufwuchs. Ebenso wurden und werden zahlreiche grundrechtsintensive Eingriffsbefugnisse für die Sicherheitsbehörden mit der Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität begründet und fanden vor diesem Hintergrund die notwendigen politischen Mehrheiten.

Im Übrigen unterstreichen auch die ausgeschütteten Volumina in der Sicherheitsforschung die hohe Bedeutung der Politisch motivierten Kriminalität. Nicht zuletzt weist die Politisch motivierte Kriminalität nicht nur eine sicherheitspolitische Komponente auf. Dieser Deliktsbereich beeinflusst unmittelbar in unzulässiger Weise den politischen Willensbildungsprozess, stellt den Interessenausgleich und damit die friedliche Koexistenz der Bürger infrage und bedroht letztendlich das demokratische System als solches.

Kommt es durch die medienwirksame Präsentation und die nachfolgende mediale Vermittlung sowie Interpretation der PMK-Daten zu einer öffentlichen Überbewertung von Politisch motivierter Kriminalität gegenüber anderen Formen strafbaren Verhaltens?

Zur Beurteilung, ob es zu einer öffentlichen Überbewertung der Politisch motivierten Kriminalität kommt, bedarf es eines Maßstabes. Gemessen an dem durch die PMK bedrohten Schutzgut - der freiheitlich demokratischen Grundordnung, also dem Fundament unserer Gesellschaft und politischen Ordnung - fällt es schwer, eine Überbetonung auszumachen. Nimmt man das Ausmaß der Bedrohung als Maßstab, so fällt zum einen die unmittelbare physische Bedrohung durch Anschläge insbesondere des islamistischen Terrorismus oder generell der einschlägigen Politisch motivierten Gewaltkriminalität ins Gewicht, vor allem aber auch der Einfluss auf den politischen Willensbildungsprozess, womit sich der Kreis zu Ihrer Frage wieder schließt.

Selbst neige ich eher zu der Auffassung, dass andere relevante Kriminalitätsformen nicht nur im Vergleich zur Politisch motivierten Kriminalität deutlich unterschätzt werden. So warnt der scheidende Interpol-Generalsekretär Jürgen Stock vor der Destabilisierung auch von Industrienationen durch Gruppierungen der Organisierten Kriminalität insbesondere vor dem Hintergrund der mit dem Drogenhandel erzielten enormen Gewinne²⁶ – eine Einschätzung, die ich uneingeschränkt teile.

Ein enormes Bedrohungspotenzial ist darüber hinaus der Cyberkriminalität beizumessen, nicht nur aufgrund der vielfältigen Überschneidungen mit der Politisch motivierten und der Organisierten Kriminalität, sondern vor allem auch mit Blick auf die Fallzahlen, Angriffsziele, Schadensentwicklung, Modi Operandi und Täter, insbesondere dann, wenn es sich um Staaten handelt.

Was kann aus Ihrer Sicht für die öffentliche Diskussion aus den Daten abgeleitet werden? Gibt es Aspekte am öffentlichen Umgang mit den Daten, die sie positiv oder negativ hervorheben würden?

Aus den Darstellungen lassen sich insbesondere quantitative und qualitative Entwicklungen in den einzelnen Phänomenbereichen ableiten. Die Fallzahlen und die Gestaltung der KPMD PMK lassen darüber hinaus Aufschlüsse zu gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu und spiegeln die Verfasstheit unseres staatlichen Gemeinwesens, unterstützen damit auch eine Reflexion.

Die Daten werden in der öffentlichen Diskussion grundsätzlich gemäß der jeweils verfolgten Agenda interpretiert und diskutiert, was nicht zu kritisieren ist. In diesem Kontext ist eine nüchterne und objektive Berichterstattung durch die verantwortlichen Stellen vonnöten, um eine realistische Einschätzung vornehmen zu können. Gleichzeitig ist eine differenzierte Darstellung aufgrund der Komplexität nicht ohne Weiteres möglich. Problematisch wird es, wenn – trotz besseren Wissens – Daten in einen falschen Kontext gestellt werden. Insbesondere bei der Frage der Zuordnung ist es unbotmäßig, wenn die behördlichen Zahlen als unzutreffend kritisiert werden, die eigene Zählung aber auf einer abweichenden Definition beruht. In diesem Fall ist ein direkter Fallzahlenvergleich irreführend und wäre eine Kritik, die an der Definition ansetzt, zielführender. Ferner stellt die Statistik keine Analyse dar, sondern liefert lediglich Daten für eine solche. Dementsprechend ist ihre Aussagekraft begrenzt, bedarf sie der Interpretation.

26 Siehe o. V.: Interpol-Chef warnt vor weltweiter Destabilisierung durch Mafiabanden, in: Zeit Online, 05.10.2024, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-10/interpol-juergen-stock-organisierte-kriminalitaet-afia-destabilisierung> [eingesehen am 11.12.2024].

Was sind Ihrer Meinung nach die größten Missverständnisse oder Fehlinformationen hinsichtlich Politisch linksmotivierter Kriminalität?

„PMK-links“ wird nach meiner Auffassung grundsätzlich deutlich unterschätzt. Das bundesdeutsche Grundgesetz wurde vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus gestaltet. Dabei wurden die entsetzlichen Verbrechen des Sozialismus und Kommunismus weitgehend ignoriert, was sich auch in der Bewertung der linksmotivierten (Gewalt-)Kriminalität bemerkbar macht. Hinzu kommt, dass es dem Linksextremismus in hervorragender Weise gelingt, hehre Zielsetzungen, die ein Großteil der Bevölkerung grundsätzlich teilt, mit der eigenen Agenda zu verknüpfen und die eigentliche Zielsetzung sowie sich daraus ergebende Folgen zu verschleiern. Die damit erzielte breite Unterstützung in der Bevölkerung und Politik erleichtert das Verfolgen eigener Zielsetzungen und trägt zum Schutz der Szene wie auch straffällig gewordener Mitglieder bei. So sollte es nachdenklich stimmen, dass prominente Mitglieder der RAF jahrzehntelang unbehelligt untertauchen konnten und die Antifa trotz ihres zum Teil äußerst brutalen Vorgehens, trotz schwerster Straftaten, Unterstützung auch aus politischen Kreisen erfährt - und sei es lediglich in Bekenntnis zu ihr.

In der Fallzahlenerhebung macht sich der eingangs erwähnte Umstand auch insofern bemerkbar, als für den Rechtsextremismus zahlreiche Propagandadelikte erhoben werden, für die es im Bereich des Linksextremismus gar kein Pendant gibt. Während rechtspolitisch konnotierte Symbole in großer Anzahl verboten sind, kann für die RAF weiterhin Propaganda betrieben werden.

Wie sollte die öffentliche Debatte zu diesem Thema geführt werden?

Die öffentliche Debatte sollte gemäß den Regeln unserer demokratischen Grundordnung geführt werden.

Joachim Faßbender ist Diplom-Verwaltungswirt im Fachbereich Kriminalpolizei und seit 2021 Fachgebietsleiter „Kriminalistik - Phänomenbezogene Kriminalstrategie“ an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster. Hier befasst er sich neben weiteren Themenfeldern mit kriminalstrategischen Aspekten der politisch motivierten Kriminalität.

„Antifaschismus bleibt Handarbeit!“ - Legitimation von politischer Gewalt von links

Vom Phänomen in die politische Bildung

Till Schröter

1 Politisch motivierte Kriminalität als Ausgangspunkt

Jedes Jahr sorgen die neuen Statistiken über Straftaten der politisch motivierten Kriminalität durch das Bundeskriminalamt verlässlich für breites Interesse in der Öffentlichkeit. Ob eine Straftat als politisch motiviert eingestuft wird, obliegt der Einschätzung der zuständigen Polizeibeamt:innen. Im Phänomenbereich links machen Gewalttaten²⁷ lediglich einen geringen Teil der politisch motivierten Kriminalität aus, Sachbeschädigungen sind am häufigsten.²⁸ Hinzu kommt, dass „sich im beobachteten Zeitraum [2001 bis 2022] weder ein klarer Auf- noch Abwärtstrend an Gewaltstraftaten aus dem linken Spektrum“²⁹ feststellen lässt.

Auch wenn sie also relativ wenig verbreitet ist, so bildet politische Gewalt von links doch einen fruchtbaren Gegenstand der Forschung und politischen Bildung - zeichnet sich linke Gewalt schließlich dadurch aus, dass ihr Gewalteinsetz szeptern stets begründungsbedürftig ist, kontinuierlich reflektiert und diskutiert wird. Dieser Beitrag fasst das Konzept des Workshop-Moduls „Legitimation von politischer Gewalt“³⁰ zusammen, das sich anhand des Spielfilms „Und morgen die

27 Dazu zählen vor allem Körperverletzungsdelikte sowie (versuchte) Tötungsdelikte.

28 Vgl. Bohla, Marie: Politisch motivierte Kriminalität (PMK) aus dem linken Spektrum, URL: <https://www.linke-militanz.de/handbuch/politisch-motivierte-kriminalitaet-pmk-aus-dem-linken-spektrum/> [eingesehen am 10.06.2024].

29 Ebd.

30 Siehe Hanauska, Natalia / Schröter, Till / Heise, Katharina: Radikalisierung, Gewaltlegitimation und Sexismus. Ein dreimodularer Workshop zum Film „Und morgen die ganze

ganze Welt“ (2020) mit politischer Gewalt von links und ihren Legitimationsmustern auseinandersetzt.

2 Politische Gewalt von links und ihre Legitimationsmuster

Gewalt im engeren Sinne wird verstanden als die „Anwendung von großer physischer Kraft, die Schaden verursachen soll“³¹. Davon abgeleitet ist *politische Gewalt* die „Anwendung von physischer Kraft mit dem Ziel, dem politischen Widersacher zu schaden“³². Politische Gewaltakte sind keine isolierten Handlungen, sondern stets Teil eines Interaktionsgeschehens, das einerseits durch nichtlineare und zirkuläre Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Akteur:innen geprägt ist³³ und andererseits durch „die von den Gewaltakteuren selbst verwendeten Deutungsmuster“³⁴ interpretiert, beeinflusst und rationalisiert wird. In linksradikalen Milieus ist die Gewaltfrage ein immerwährender Bezugspunkt für Strategie- und Identitätsdebatten: Seit den 1980er Jahren werden diese mit Bezug auf den Militanz-Begriff immer wieder „mit ausführlichen Erörterungen zum Wie, Wann, Wogegen des Gewalteinsatzes“³⁵ geführt und sind ein Spezifikum linksautonomer Gruppierungen. Grob lassen sich folgende Legitimationsmuster unterscheiden:

Die erste Legitimationsstrategie politischer Gewalt besteht im Narrativ des *Widerstands*. Widerstand ist aus dieser Perspektive als Naturrecht zu verstehen. Dies hat für die Legitimierung von politischer Gewalt den ‚Vorteil‘, dass die staatliche Ordnung sich nicht - wie etwa im Grundgesetz als Bedingung festgeschrieben - in einem Beseitigungsprozess befinden muss,³⁶ sondern dass bereits ausreicht, den Staat oder staatliche Maßnahmen als illegitim zu begreifen. So lässt sich beispielsweise die Faschismus-Zuschreibung heranziehen, um Aktionen des „gezielten und offensiven gewaltsamen Vorgehens gegen Rechtsextremisten [...] oder gegen Per-

Welt“, Göttingen 2024. [Die Materialien zur Durchführung des Workshop-Moduls stehen auf der Website der Bundesfachstelle Linke Militanz zum Download zur Verfügung.](#)

31 Della Porta, Donatella: Gewalt und die Neue Linke, in: Heitmeyer, Wilhelm und Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 479-500, hier S. 479.

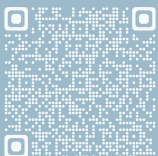
32 Ebd.

33 Vgl. Enzmann, Birgit: Politische Gewalt. Formen, Hintergründe, Überwindbarkeit, in: dies. (Hrsg.): Handbuch Politische Gewalt, Wiesbaden 2013, S. 43-66, hier S. 54.

34 Ebd., S. 54.

35 Mletzko, Matthias: Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen Teil 1: Unterschiede am Beispiel „Antifa“ und „Anti-Antifa“ dargestellt, in: Kriminalistik, H. 1/2008-09, S. 543-548, hier S. 546.

36 Vgl. Isensee, Josef: Widerstandsrecht im Grundgesetz, in: Enzmann, Birgit (Hrsg.): Handbuch Politische Gewalt, Wiesbaden 2013, S. 143-162, hier S. 148 f.



sonen und Einrichtungen, denen lediglich aus Szenesicht das ‚Faschismus‘-Label zugeschrieben wird“³⁷, als antifaschistischen Widerstand zu rechtfertigen. Ebenso können der Schritt in den Untergrund und die Entwicklung einer „Freiheitskämpferidentität“ maßgeblich damit legitimiert werden, den als Widerstand idealisierten „heroischen Kampf gegen ‚das Böse‘“³⁸ fortführen zu müssen.

Ein zweites Legitimationsfeld politischer Gewalt von links erstreckt sich auf die Konzepte *Abwehr/Notwehr*, *Interaktion/Konfrontation* sowie *Verteidigung*. Die darin beheimateten Legitimationsmuster beanspruchen somit eine Defensivkomponente in ihren Begründungszusammenhängen. Was dabei stets mitschwingt, ist eine Täter-Opfer-Umkehr, welche „die Schuld vom Handelnden auf das Opfer abwälzt“³⁹. Wird politische Gewalt als reaktive Handlung oder als Antwort auf bereits erfahrene Gewalt legitimiert, besteht das Potenzial, dass die Interaktionsdynamiken in Radikalisierungs- und Gewaltspiralen münden. So lösten die sogenannten Baseballschlägerjahre eine Zeit der Konfrontationsgewalt zwischen rechts- und linksradikalen Gruppierungen aus.⁴⁰

Politische Gewalt von links hat überdies eine *Identitätsdimension*: In der Militanz wird „eine eigene Aussage, die der Unversöhnlichkeit und des radikalen Widerspruchs gegen die bestehenden Verhältnisse, transportiert“⁴¹. Im Nachgang der G20-Proteste in Hamburg und der damit verbundenen Aktionsformen kam es erneut zu einer Debatte über linke Militanz und die Rolle von politischer Gewalt. Darin wurde sich auch 2017 auf die Notwendigkeit von Gewalt im revolutionären Kontext berufen: „Revolutionen waren nie friedlich, auch wenn etablierte Parteien und die, die alles gerne mit ein paar Reformen ein wenig besser machen wollen, uns das tagtäglich gerne suggerieren wollen. Revolutionäre Umstürze sind gewaltvoll.“⁴²

Die Debatten über den Einsatz politischer Gewalt von links verlaufen kontinuierlich und greifen dabei auf immer gleiche Art und Weise in denselben argumentativen Werkzeugkoffer. Die Legitimationsstrategien von politischer Gewalt zu thematisieren, ist deshalb gleichermaßen relevant wie zeitlos und eignet sich insofern für

37 Mletzko, *Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen* Teil 1, S. 544.

38 Della Porta, *Gewalt und die Neue Linke*, S. 490.

39 Lamnek, Siegfried: Individuelle Rechtfertigungsstrategien von Gewalt, in: Heitmeyer, Wilhelm und Hagan, John (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden 2002, S. 1379-1396, hier S. 1386.

40 Vgl. Backes, Uwe: Extremismus und politisch motivierte Gewalt im vereinten Deutschland, in: Enzmann, Birgit (Hrsg.): *Handbuch Politische Gewalt*, Wiesbaden 2013, S. 363-395, hier S. 383.

41 Haunss, Sebastian: Gewalt und Gewaltlosigkeit in sozialen Bewegungen, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 25 (2012), H. 4, S. 6-16, hier S. 9.

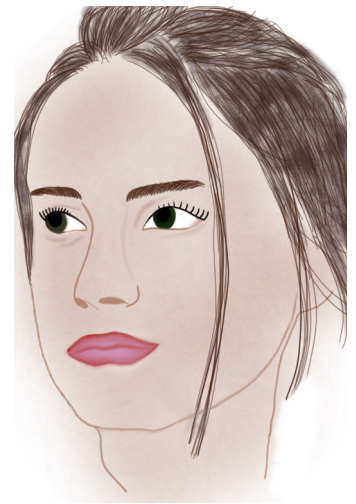
42 Maulhofer, Hubert und Oggenbach, Dieter: Die Illusion der Gewaltfreiheit. Beitrag zur Militanzdebatte, in: *The Lower Class Magazine*, 04.09.2017, URL: <https://lowerclassmag.com/2017/09/04/die-illusion-der-gewaltfreiheit/> [eingesehen am 27.06.2023].

die Auseinandersetzung in der politischen Bildung. Das im Folgenden vorgestellte Workshop-Modul zum Thema „Legitimation politischer Gewalt“ fördert die differenzierte Auseinandersetzung mit sowie die Reflexion und den Aufbau von Fachwissen zum Thema politische Gewalt. Es ist grob in vier Phasen unterteilt, die in unterschiedlicher Intensität mit Szenen des bereits erwähnten Spielfilms arbeiten und auf diverse Facetten politischer Gewalt und ihrer Legitimationsmuster eingehen.

3 Der Workshop: Legitimationsmuster von politischer Gewalt in der politischen Bildung

Der Einstieg des Moduls soll die Teilnehmenden orientieren, sie in der Pre-Viewing-Phase aktivieren und ihr Interesse am Verlauf des Workshops wecken. Sie kommen dabei mit zentralen Aspekten des Films und des Workshop-Moduls in Berührung; außerdem können sie im Sinne der Subjektorientierung partizipativ ihre eigenen Erwartungen anhand des Filmbeginns formulieren: Luisa (siehe eigene Darstellung) als Protagonistin des Films wirft eine Waffe weg, zugleich erscheinen die Verfassungsgrundsätze und das Widerstandsrecht des Grundgesetzes sowie der Titel des Films. Die Teilnehmenden werden direkt zu Beginn des Moduls aktiv eingebunden, können anhand von Leitfragen ihre Meinungen und Erwartungen formulieren und teilen. Außerdem äußern sie subjektive Konzeptionen des Widerstandsbegriffs, was eine Chance für *conceptual changes* oder *conceptual enrichments* darstellt.⁴³ Im nächsten Schritt werden die Teilnehmenden mit dem Hintergrund des Filmtitels⁴⁴ konfrontiert, der sogleich eine Verbindung zur Realität von erstarkendem Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus herstellt und die Problemorientierung des Workshop-Moduls untermauert.

Auf den Einstieg in das Modul folgt die erste Erarbeitungsphase. Darin erhalten die Teilnehmenden einen Einblick in die Handlung des Films und bearbeiten Beobachtungsaufträge. Thematisch geht es um politische Interaktionsgewalt und die Debatte darüber. Die Teilnehmenden befassen sich somit in dieser Phase erstmals mit möglichen Legitimationsstrategien: So hat Alfa (siehe eigene Darstellung) - ein Aktivist der Antifa-Gruppierung, zu der Luisa hinstößt - die Gegendemonstration zu einer Veranstaltung der rechtsradikalen Partei „Liste 14“ genutzt, um Par-



Luisa, stilisierte Darstellung

43 Vgl. Sauer, Michael: Begriffslernen und Begriffsarbeit im Geschichtsunterricht, Frankfurt am Main 2019, S. 15. Detaillierter zum gesamten Themenkomplex vgl. Beiträge in Vosniadou, Stella (Hrsg.): International Handbook of Research on Conceptual Change, New York/London 2013.

44 „Und morgen die ganze Welt“ ist ein Vers aus dem Lied „Es zittern die morschen Knochen“. Dabei handelt es sich um ein nationalsozialistisches Kampflied der Deutschen Arbeitsfront (DAF).



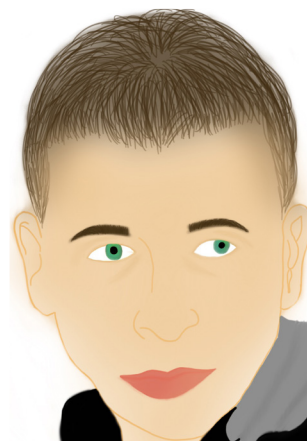
Alfa, stilisierte Darstellung

teilvertreter:innen mit Farbeiern zu bewerten; im Nachhinein erklärt er, kein Problem damit zu haben, „irgend so ein Arschloch mal für drei Tage ins Krankenhaus zu schicken. Rettet vielleicht irgendwem das Leben.“ Alfa wird ein strategisches Argument entgegengehalten: Angriffe aus der Gegendemo heraus nützen nur den Rechtsradikalen, die sich daraufhin als Opfer inszenieren könnten. Die Teilnehmenden tauschen sich anschließend in Gruppen über ihre Beobachtungen und Urteile aus.

Das Herzstück des Moduls ist die zweite Erarbeitungsphase, in der sich die Teilnehmenden ausführlich mit verschiedenen Formen politischer Gewalt und deren Legitimationen auseinandersetzen. Dies geschieht mithilfe eines Filmausschnitts, der die Problemorientierung⁴⁵ schafft: Luisa ist zu Beginn des Films in Besitz eines Handys gelangt. Darüber fingieren Luisa, Alfa und Lenor (siehe eigene Darstellung) einen Fake-Anruf bei

einem alten Rechtsradikalen und locken ihn aus der Reserve. Im Verlauf finden die drei in einer Lagerhalle der Rechtsradikalen Sprengstoff und Einladungen zu einem Sommerfest. Wie soll man mit einer solchen Situation umgehen? Dies zu diskutieren, ist die Aufgabe der Teilnehmenden in diesem Teil des Moduls.

In Gruppen bereiten sich die Teilnehmenden auf die Diskussion vor - anhand von Primärquellen, die jeweils verschiedene Positionen zur Gewaltanwendung vertreten und unterschiedlich legitimieren. Dabei handelt es sich vor allem um Beiträge aus Szenezeitschriften und dem aktivistischen Internetportal *Indymedia*, in denen die (Nicht-)Anwendung mehrerer Gewaltformen legitimiert wird. Dabei erweitern die Teilnehmenden ihre politische Handlungskompetenz, indem sie „angehalten werden, die in filmisch-künstlerischer Art dargebotenen Probleme und Positionen zu verstehen [...] und durch bewusste Perspektiv- und Rollenübernahmen andere Positionen nachzuvollziehen sowie nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen“⁴⁶.



Lenor, stilisierte Darstellung

45 Vgl. Thoß, Nina: Spielfilm, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Medien in der politischen Bildung, Berlin 2010, S. 489-494, hier S. 491 f.

46 Strassner, Filmeinsatz im Politikunterricht, in: ders. (Hrsg.): Filme im Politikunterricht: Wie man Filme professionell aufbereitet, das filmanalytische Potenzial entdeckt und Lernprozesse anregt - mit zehn Beispielen, Schwalbach am Taunus 2013, S. 9-31, hier S. 17.

In der Diskussion wenden die Teilnehmenden dann das im Modul Erlernte simulativ-diskursiv an und suchen „im Sinne des problemlösenden Denkens nach Lösungsalternativen“⁴⁷, die entlang vier Strategien gegliedert sowie argumentativ unterfüttert sind und von friedlicher Opposition bis hin zu Gewaltaktionen reichen. Sie handeln diskursiv-politisch und verhandeln dabei eigens erdachte Argumente, verstehen die Positionen anderer, greifen diese in der Diskussion auf und erwidern sie.⁴⁸ Zugleich handelt es sich hierbei um ein kontroverses Thema, was in Wissenschaft und Gesellschaft diskutiert wird.

Der Abschluss des Workshop-Moduls besteht aus der Kontrastierung der von den Teilnehmenden geführten Diskussion mit der Debatte im Film sowie aus einer Reflexion: Im Film versammeln Alfa, Lenor und Luisa eine kleine Gruppe von Gleichgesinnten, die bereit sind, radikalere Maßnahmen zu ergreifen. Indes steht auch im Raum, eine befreundete Aktivistin einzubeziehen, die in der Vergangenheit bereits Erfahrungen mit der Anmeldung von Demonstrationen gesammelt hat. Doch das ist schnell vom Tisch: Man entschließt sich, weitere Kräfte zu mobilisieren und die Autos der Rechtsradikalen zu zerstören, während die ihr Sommerfest feiern, und dann auf sie zu warten. Einzig Lenor plädiert für eine defensivere Vorgehensweise. Er wird jedoch nicht erhört. Bei der Kontrastierung offenbaren sich unterschiedliche Herangehensweisen, Argumente und Lösungen, aber auch Ähnlichkeiten, die im Anschluss reflektiert werden.

4 Ausblick

Die letzte Szene des Films zeigt zwischen den *Credits*, wie nachts die Lagerhalle der Rechtsradikalen, in die Luisa, Alfa und Lenor zuvor eingebrochen waren, explodiert. Die Szene schließt das Workshop-Modul ab und kann als Aufhänger für eine thematische Fortsetzung sowie Einbettung in das größere Unterrichtsgeschehen dienen. Die Handreichung zum Workshop-Modul stellt hierfür einige Vorschläge zur Schau. Probieren Sie es aus!

Literaturverzeichnis

Backes, Uwe: Extremismus und politisch motivierte Gewalt im vereinten Deutschland, in: Enzmann, Birgit (Hrsg.): Handbuch Politische Gewalt, Wiesbaden 2013, S. 363-395.

⁴⁷ Ebd., S. 14.

⁴⁸ Vgl. ebd.

- Bohla, Marie: Politisch motivierte Kriminalität (PMK) aus dem linken Spektrum, URL: <https://www.linke-militanz.de/handbuch/politisch-motivierte-kriminalitaet-pmk-aus-dem-linken-spektrum/> [eingesehen am 10.06.2024].
- Della Porta, Donatella: Gewalt und die Neue Linke, in: Heitmeyer, Wilhelm und Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 479-500.
- Enzmann, Birgit: Politische Gewalt. Formen, Hintergründe, Überwindbarkeit, in: dies. (Hrsg.): Handbuch Politische Gewalt, Wiesbaden 2013, S. 43-66.
- Hanauska, Natalia / Schröter, Till / Heise, Katharina: Radikalisierung, Gewaltlegitimation und Sexismus. Ein dreimodularer Workshop zum Film „Und morgen die ganze Welt“, Göttingen 2024, URL: <https://www.linke-militanz.de/publikationen/handreichung-zum-dreimodularen-workshop-ueber-radikalisierung-gewaltlegitimation-und-sexismus/> [eingesehen am 11.12.2024].
- Haunss, Sebastian: Gewalt und Gewaltlosigkeit in sozialen Bewegungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 25 (2012), H. 4, S. 6-16.
- Isensee, Josef: Widerstandsrecht im Grundgesetz, in: Enzmann, Birgit (Hrsg.): Handbuch Politische Gewalt, Wiesbaden 2013, S. 143-162.
- Lamnek, Siegfried: Individuelle Rechtfertigungsstrategien von Gewalt, in: Heitmeyer, Wilhelm und Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 1379-1396.
- Mletzko, Matthias: Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen Teil 1: Unterschiede am Beispiel „Antifa“ und „Anti-Antifa“ dargestellt, in: Kriminalistik, H. 1/2008-09, S. 543-548.
- Maulhofer, Hubert und Oggenbach, Dieter: Die Illusion der Gewaltfreiheit. Beitrag zur Militanzdebatte, in: The Lower Class Magazine, 04.09.2017, URL: <https://lowerclassmag.com/2017/09/04/die-illusion-der-gewaltfreiheit/> [eingesehen am 27.06.2023].
- Sauer, Michael: Begriffslernen und Begriffsarbeit im Geschichtsunterricht, Frankfurt am Main 2019.
- Strassner, Filmeinsatz im Politikunterricht, in: ders. (Hrsg.): Filme im Politikunterricht: Wie man Filme professionell aufbereitet, das filmanalytische Potenzial entdeckt und Lernprozesse anregt – mit zehn Beispielen, Schwalbach am Taunus 2013, S. 9-31.
- Thoß, Nina: Spielfilm, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Medien in der politischen Bildung, Berlin 2010, S. 489-494.
- Vosniadou, Stella (Hrsg.): International Handbook of Research on Conceptual Change, New York/London 2013.

Aus der Praxis lernen: Ansätze und Herausforderungen im Themenfeld linke Militanz

01

Inhalt

Einblick	262
„Ist das jetzt so ein Projekt gegen links?!“ Modellprojekte der politischen Bildung im Bereich Linker Extremismus von 2010 bis 2019 <i>Teresa Nentwig</i>	265
Angebot und Bedarf im Themenfeld Linksradikalismus Ergebnisse einer Bedarfserhebung in außerschulischen Präventions- und Bildungseinrichtungen <i>Marie Bohla</i>	282
Transfer in die Regelstrukturen Zwischen Auftrag, Buzzword und Umsetzung <i>Marie Bohla und Till Schröter</i>	294
Regelstruktur Schule Herausforderungen und Chancen des Transfers und der Zusammenarbeit <i>Till Schröter und Natalia Hanauska</i>	301
Über Graubereiche sprechen? Ein Praxisbeitrag über analoge und digitale Gesprächsformate <i>Melissa Alisch und Ulrike Geisler</i>	312
Ein Herantasten an digitale Lebenswelten jugendtypischer Radikalität Erfahrungen im Modellprojekt Fortbildung, Austausch, Netzwerke (F.A.N.) Berlin-Brandenburg <i>Projektteam F.A.N. Berlin-Brandenburg</i>	321

Die Programmziele Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention des sukzessiv weiterentwickelten Bundesprogramms „Demokratie leben!“ reflektieren über die Jahre jeweils aktuelle Entwicklungen und Debatten, einschließlich langwieriger Kontroversen. Dies zeigt sich nicht nur in den adressierten Themen und Zielgruppen, sondern ebenso oder vor allem in der Nutzung von Begriffen und Konzepten, insbesondere in Bezug auf die Begriffsbestandteile Prävention und Extremismus im Allgemeinen sowie auf den Begriff des Linksextremismus im Besonderen.

Die Beiträge des vorliegenden Dossiers behandeln vergangene und gegenwärtige Herausforderungen sowie Kontroversen und gelingende Ansätze im Bereich der politischen Bildung und Präventionsarbeit im Kontext linker Militanz und Extremismus. Dabei werden sowohl methodische, institutionelle und praxisbezogene Fragestellungen als auch Spannungen zwischen staatlich geförderter Extremismusprävention und pädagogischer Praxis in schulischen wie außerschulischen Bildungs- und Präventionskontexten skizziert. Das Ziel des Dossiers besteht darin, zum einen theoretische Grundlagen und zum anderen praktische Ansätze, Erfahrungen und Lernprozesse - auch und gerade aus den aktuellen Modellprojekten - darzustellen, die Fachkräfte und Multiplikator:innen bei der Konzeptionalisierung und Durchführung von Präventions- und Bildungsangeboten unterstützt haben und auf die diese über die aktuelle Programmlaufzeit hinaus aufbauen können.

In einer umfassenden historischen Perspektive eröffnet Teresa Nentwig die Auseinandersetzung mit dem Thema - sie analysiert die Entwicklung und Wirkung von Modellprojekten zur Prävention linker Militanz, die seit 2010 vom BMFSFJ gefördert wurden. Nentwig zeigt auf, wie die Einführung des Förderschwerpunktes Linksextremismusprävention häufig auf Widerstände und Skepsis in der Öffentlichkeit stieß, aber auch, dass die Projekte trotz dieser Skepsis den Weg für neue Ansätze in der politischen Bildung ebneten, die wiederum den Fokus stärker auf die Prävention von Demokratiefeindlichkeit legen.

Anschließend präsentiert Marie Bohla die Ergebnisse einer Bedarfsanalyse, die im Rahmen des Projektes Bundesfachstelle zu Beginn der aktuellen Förderperiode (2020 bis 2024) des Bundesprogramms durchgeführt wurde. Dabei geht sie insbesondere auf die von politischen Bildner:innen und anderen Fachkräfte geäußerten Bedarfe und Herausforderungen im Themenfeld linke Militanz ein, die nicht selten auf die Kontroverse um das sicherheitsbehördlich geprägte Extremismuskonzept zurückgeführt wurden. Daraus lassen sich wichtige Hinweise für die Entwicklung und Anpassung von Bildungs- sowie Präventionsangeboten ableiten. Die Autorin gelangt außerdem zu dem Schluss, dass die von den Befragten identifizierten Herausforderungen teilweise jenen entsprechen, mit denen sich auch die Bundesfachstelle Linke Militanz im Verlauf der Projektlaufzeit wiederkehrend konfrontiert sah.

Eine dieser Herausforderung war der Transfer in die sogenannten Regelstrukturen, der eine zentrale Aufgabe der Kompetenznetzwerke und -zentren ist. In ihrem

Beitrag „Transfer in die Regelstrukturen: Zwischen Auftrag, Buzzword und Umsetzung“ erläutern Marie Bohla und Till Schröter, wie sich die im Projekt Bundesfachstelle gewonnenen Erkenntnisse in dauerhaft etablierte Strukturen, wie etwa die Kinder- und Jugendhilfe, überführen lassen. Verdeutlicht wird, dass solche Transferprozesse eine nachhaltige Implementierung erfolgreicher Praktiken erfordern, jedoch oft durch unklare Begriffsdefinitionen und spezifische Eigenlogiken der jeweiligen Institutionen erschwert werden. Weiter zeigt sich die Relevanz des Transfers als Mittel zur Stärkung und langfristigen Verankerung von Präventionsansätzen in etablierten Bildungs- und Jugendhilfestrukturen.

Till Schröter und Natalia Hanauska nehmen sodann die Schule als spezifische Regelstruktur in den Fokus. Sie skizzieren Herausforderungen und Chancen, die eine Zusammenarbeit zwischen Projekten und Schulen mit sich bringt, insbesondere aufgrund der curricularen Vorgaben und struktureller Unterschiede zwischen den Bundesländern. Die Autor:innen plädieren für eine flexible und kreative Herangehensweise, die sowohl die Eigenheiten der jeweiligen Schulformen als auch die Bedürfnisse der Schüler:innen berücksichtigt. Dabei zeigt sich, dass insbesondere die Kooperation mit Lehrkräften für den Erfolg eines Transfers in die Regelstruktur Schule entscheidend ist.

Melissa Alisch und Ulrike Geisler widmen sich in ihrem Beitrag den „Graubereichen“ politischer Bildung im Kontext linker Szenen. Sie untersuchen den Stellenwert offener und moderierter Gesprächsräume, in denen Jugendliche über legitime und problematische Aspekte linker Militanz reflektieren können. Ihr Modellprojekt „Gute Gewalt - schlechte Gewalt?“ bietet sowohl analoge als auch digitale Formate an, die den Dialog und die Reflexion fördern, ohne dabei moralische Vorgaben setzen zu wollen. Ziel ist es, eine kritische Auseinandersetzung zu ermöglichen und damit einen emanzipatorischen Bildungsprozess zu unterstützen.

Der abschließende Beitrag des Modellprojektes „F.A.N. Berlin-Brandenburg“ legt den Fokus auf digitale Lebenswelten und jugendtypische Radikalisierungsprozesse. Das Projektteam entwickelte niedrigschwellige Bildungsformate, die eine phänomenübergreifende Perspektive auf Radikalisierungsprozesse bieten und gezielt auf die Bedürfnisse der Jugendarbeit ausgerichtet sind. Die Autor:innen beschreiben, wie digitale Medien genutzt werden können, um Jugendliche zu erreichen und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen, ohne dabei dogmatische Ansätze zu verfolgen. Die digitale und hybride Methodik des Projekts erweist sich als flexibel und anpassungsfähig, wodurch eine adäquate Ansprache verschiedener Zielgruppen gewährleistet werden soll.

Insgesamt bietet das Dossier eine vielseitige Perspektive auf die politische Bildung und Präventionsarbeit im Themenfeld Linke Militanz. Die Beiträge thematisieren, wie staatlich geförderte Projekte auf die Herausforderungen der Präventionsarbeit reagieren und dabei innovative Ansätze zur Demokratieförderung und

Extremismusprävention entwickeln. Deutlich wird, dass eine wirksame politische Bildung praxisnahe Ansätze erfordert, die sich an den Bedarfen der Zielgruppen orientieren und flexibel auf die Dynamik und Heterogenität des Phänomens sowie der jeweiligen institutionellen Kontexte eingehen.

„Ist das jetzt so ein Projekt gegen links?!“

Modellprojekte der politischen Bildung im Bereich
Linker Extremismus von 2010 bis 2019

Teresa Nentwig

1 Einleitung

Seit Mitte 2010 finanziert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Projekte der politischen Bildung im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz. Im Folgenden geht es zunächst darum, die Entstehung und Entwicklung dieses neuen Förderschwerpunktes nachzuzeichnen (Abschnitt 2). Im Anschluss wird anhand verschiedener Kriterien die praktische Umsetzung der Projekte analysiert (Abschnitt 3), ehe im Abschnitt 4 Herausforderungen sowie Erfolge und Handlungsansätze in diesem Bereich der politischen Bildung im Mittelpunkt stehen. Der Beitrag endet mit einem Fazit (Abschnitt 5).

Die nachfolgende Darstellung beruht auf der Studie „Modellprojekte der politischen Bildung im Bereich Linker Extremismus von 2010 bis 2019. Ziele - Methoden - Herausforderungen“¹, die 2020 an der Bundesfachstelle Linke Militanz am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen entstand.

2 Die Entwicklung der Förderung im Bereich Linker Extremismus

Am Anfang der Förderung von Projekten der politischen Bildung im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz stand deren Abwehr. So stieß bereits die Ankündigung des BMFSFJ, nicht mehr nur Projekte gegen Rechtsextre-

1 Siehe Nentwig, Teresa: Modellprojekte der politischen Bildung im Bereich Linker Extremismus von 2010 bis 2019. Ziele - Methoden - Herausforderungen, Göttingen 2020, URL: https://www.linke-militanz.de/data/akten/2021/01/Modellprojekte_Linke-Militanz_Nentwig_2020_WEB.pdf [eingesehen am 14.09.2024].

mismus, sondern auch gegen Linksextremismus und Islamismus zu fördern, auf Widerstand. Unter der Überschrift „Folgenreiche Realitätsverleugnung. Das neue Extremismusbekämpfungsprogramm der Bundesregierung“ erschien Ende 2009 in der *Frankfurter Rundschau* ein offener Brief mehrerer Wissenschaftler:innen an die Bundesregierung. Darin äußerten die Verfasser:innen, darunter die Politikwissenschaftlerin Renate Bitzan und der Soziologe Albert Scherr, ihre Sorge, dass die Aufnahme von linkem Extremismus und Islamismus in die Förderpraxis des Bundes eine „Reduzierung der Förderung von Projekten und Programmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus“ zur Folge haben könnte, die „nicht akzeptabel“ sei.² Außerdem wurde kritisiert, dass die Bundesregierung „implizit unterstellt, dass alle drei Extremismen aktuell von gleichem Ausmaß, gleicher Bedeutung und Brisanz wären“³. Diese Gleichsetzung entspreche aber nicht der Wirklichkeit, so die Stellungnahme, die anschließend noch in mehreren Fachpublikationen veröffentlicht wurde.

Doch auch ähnlich gelagerte Kritik von wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Seite konnte nicht verhindern, dass im Rahmen des im Juni 2010 gestarteten Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ zunächst zwei⁴, später 14 dem Linksextremismus zuzuordnende Projekte gefördert wurden; drei Projekte wirkten zudem in den Bereichen Islamismus und Linksextremismus.⁵ Sie alle firmierten unter der Bezeichnung „Modellprojekte“; darunter wurden (und werden bis heute) Projekte „mit modellhaftem Charakter“⁶ verstanden.

In den folgenden Jahren riss die Kritik an der Förderung von Modellprojekten im Bereich Linker Extremismus allgemein und an einzelnen Projekten nicht ab.⁷ Schließlich unterstrich sogar der vom BMFSFJ herausgegebene Abschlussbericht des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“: Die praktischen Erfahrungen im Programmbereich Linksextremismus sowie wissenschaftliche Diskussionen würden zeigen, „dass der Bedarf für einen flächendeckenden Programmbe-

2 Hafener, Benno et al.: Folgenreiche Realitätsverleugnung. Das neue Extremismusbekämpfungsprogramm der Bundesregierung, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit, Jg. 58 (2010), H. 1, S. 7-10, hier S. 8.

3 Ebd.

4 Vgl. Schröder, Kristina: „Demokratie stärken - Toleranz fördern“, in: Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis, Jg. 55 (2010), H. 4, S. 107-110, hier S. 110.

5 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“, Berlin 2014, S. 53-56, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Bilder/A_Das_Programm/da_Hintergrund/Geschichte_der_Bundesprogramme/Abschlussbericht_Initiative_Demokratie_Staerken.pdf [eingesehen am 14.09.2024].

6 Ebd., S. 7.

7 Vgl. Nentwig: Modellprojekte, S. 12-15.

reich zur Prävention von Linksextremismus im Jugendalter aktuell nicht gegeben ist“⁸.

Dennoch wurde das Themen- und Strukturfeld Linksextremismus auch in das am 1. Januar 2015 begonnene Nachfolgeprogramm der „Initiative Demokratie Stärken“ aufgenommen. Anders als zuvor sprach das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (1. Förderperiode, 2015 bis 2019) nicht mehr von „Linksextremismus“, sondern von „linker Militanz“.⁹ Unter diesem Stichwort erhielten neun Modellprojekte eine Förderung.¹⁰ Hier zeigte sich schon eine Begebenheit, die bis heute zutrifft: Die Zahl an Präventionsprogrammen und -maßnahmen ist im Bereich des Linksextremismus beziehungsweise der linken Militanz deutlich niedriger als etwa beim Rechtsextremismus.

Trotz der unterschiedlichen Begrifflichkeiten eint die beiden Bundesprogramme „Initiative Demokratie Stärken“ und „Demokratie leben!“ ihre Hauptfunktion:

Sie „liegt nicht allein und in erster Linie in der flächendeckenden Bekämpfung des politischen Extremismus und der Förderung von Demokratie, sondern in der beispielhaften Entwicklung und Erprobung von Konzepten, Strategien und Arbeitsformen zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“¹¹.

3 Die praktische Umsetzung der Projekte

Die im Folgenden betrachteten Modellprojekte der politischen Bildung im Bereich Linker Extremismus/Linke Militanz wurden durch die bereits erwähnten Bundesprogramme „Initiative Demokratie Stärken“ (2010 bis 2014) und „Demokratie leben!“ (1. Förderperiode 2015 bis 2019) gefördert. Vergleicht man die Modellprojekte anhand verschiedener Kriterien, fällt ihre beträchtliche Vielfalt auf¹²: Zielgruppen, Projektziele, Herangehensweisen und Methoden, thematische Schwer-

8 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht, S. 50.

9 Vgl. Nentwig: Modellprojekte, S. 15.

10 Vgl. ebd., S. 7.

11 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention, Berlin 2017, S. 5, URL: <https://www.bmfsfj.de/blob/117610/354cf0b045adc89e2a07968851334c8d/bericht-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-data.pdf> [eingesehen am 14.09.2024].

12 Eine Übersicht über die Projekte bietet [die diesem Text beigegefügte Tabelle](#).

punkte, zugrunde liegende Annahmen, verwendete Begrifflichkeiten und Förderdauer sind teils recht unterschiedlich. Doch was bedeutet dies konkret?

Erstens hatten die zwischen 2010 und 2019 geförderten Modellprojekte verschiedene Zielgruppen. Diese reichten von Lehrkräften und Multiplikator:innen in der außerschulischen Jugendbildung über Schüler:innen ganz allgemein bis hin zu „linksorientierten“ beziehungsweise „linksaffinen“ Jugendlichen und linksextremistischen Gewalttäter:innen. Wenn auch Letztere die Zielgruppe eines Modellprojekts waren, so agierten die meisten Vorhaben doch auf der Ebene der Primär- und Sekundärprävention; Tertiärprävention fand weitestgehend nicht statt.¹³

Noch diverser als die Adressat:innen der Modellprojekte erscheinen *zweitens* deren spezifische Ziele. Während beispielsweise ein Teil der Projekte den Fokus darauf legte, die Teilnehmer:innen für das Thema Linksextremismus zu sensibilisieren beziehungsweise darüber aufzuklären, standen bei anderen Projekten die Entwicklung einer positiven Sicht auf die Demokratie und die Ablehnung von Gewalt sowie die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen (zum Beispiel historische Kompetenz und Diskurskompetenz) im Mittelpunkt. Letztere wurden als Schutzfaktoren nicht nur gegen Linken Extremismus/Linke Militanz, sondern gegen jeglichen Extremismus und jedwede Radikalität angesehen. Wiederum andere Modellprojekte hatten sich zum Ziel gesetzt, die Handlungskompetenz von Fachkräften im Umgang mit Demokratiefindlichkeit zu erhöhen.

Aus den Projektzielen ergaben sich *drittens* unterschiedliche Herangehensweisen und Methoden. Deren Bandbreite war enorm. Zum Beispiel wurden eine Infobroschüre und ein Bildungscomic über „Linksextremismus“ erstellt, Seminare, eine Ausstellung und ein Planspiel angeboten, aber auch die Verknüpfung von politischer Bildung und künstlerisch-kultureller Arbeit umgesetzt. So wurden etwa im Rahmen des Modellprojekts „Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur“ verschiedene Theater- und Filmprojekte realisiert.

Viertens waren auch die thematischen Schwerpunkte, die in den zwischen 2010 und 2019 geförderten Modellprojekten gesetzt wurden, äußerst vielfältig. Während sich manche auf eine historische Perspektive auf den Linksextremismus konzentrierten, versuchte ein anderes Projekt eine Annäherung an die „autonome Szene“,

13 Primäre Prävention setzt an, bevor unerwünschte Zustände auftreten, deren Herausbildung sie zu verhindern sucht. In diesen Bereich fallen zum Beispiel Angebote der politischen Bildung, die über Ideologien aufklären, die Rechtsextremismus zugrunde liegen. Sekundäre Prävention wird angewandt, sobald Anzeichen unerwünschter Einstellungen beziehungsweise Verhaltensweisen vorliegen. Ziel ist es dann, eine (weitere) Verfestigung zu unterbinden. Zur sekundären Prävention lassen sich zum Beispiel Maßnahmen der sozialen Arbeit zählen, die mit jungen Menschen arbeiten, die bereits ausgeprägte Affinitäten zu linksextremistischen Gruppen beziehungsweise Ideologien aufweisen. Tertiäre Prävention findet statt, wenn das zu verhindernde Problem bereits vollständig vorhanden ist – dann geht es darum, die Ausprägung abzumildern und ein erneutes Auftreten zu unterbinden. In den Bereich der tertiären Prävention lassen sich beispielsweise Ausstiegsprogramme für Islamisten einordnen. Vgl. dazu ausführlich Nentwig: Modellprojekte, S. 19.

unter anderem durch Interviews mit Szeneangehörigen. Weiteren Projekten ging es zum Beispiel um linksextremistische Angebote im Internet.

Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass den Modellprojekten *fünftens* auch unterschiedliche Annahmen zugrunde lagen. So behandelte die Zeitbild Stiftung, die 2010/11 die Broschüre „Demokratie stärken. Linksextremismus verhindern“ erstellte, Linksextremismus neben Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus als eine „Variant[e] des Extremismus“¹⁴. „Linksextreme Positionen wurden [...] bisher zu wenig beachtet. Aber wir müssen gegenüber sämtlichen extremistischen Tendenzen und Auffassungen wachsam sein und dagegen vorgehen, egal von welcher Seite sie kommen“¹⁵, heißt es dazu im Vorwort der Broschüre, verfasst von der damaligen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder. Konträr dazu stand das Modellprojekt „Radikalisierungsprävention: Workshops und Beratungen mit Multiplikator:innen der pädagogischen Arbeit“, das die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ für Demokratie, Recht und Freiheit bei der Stiftung SPI von 2015 bis 2019 durchführte. Zentral war hier die Annahme, dass man „nicht GEGEN bestimmte Phänomene [arbeitet], sondern FÜR demokratische Werte getreu dem Motto: eine Demokratie braucht überzeugte DemokratInnen“¹⁶.

Wiederum andere Modellprojekte gingen von speziell auf ihr Thema zugeschnittenen Annahmen aus. Dem Projekt „Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus: Analyse - Zugänge - Maßnahmen“, das die Forschungsgruppe Migration und Interkulturelle Kommunikation (MIKOM) am Rhein-Ruhr Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. (RISP) an der Universität Duisburg-Essen durchführte, lag beispielsweise die Annahme zugrunde, Antisemitismus sei „unter Linken [...] ein oftmals unterschätztes Phänomen“¹⁷. Ähnlich sahen es andere Modellprojekttäger:innen, die sich mit Antisemitismus von links beschäftigten und infolgedessen die Wichtigkeit betonten, diesen in der politischen Bildungsarbeit zu behandeln.

14 Zeitbild Stiftung: Demokratie stärken. Linksextremismus verhindern, Jg. 53 (September 2011), aktualisierte Ausgabe vom Februar 2012, S. 4, URL: https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/zb_wissen_demokratiesta776rken_februar2012.pdf [eingesehen am 14.09.2024].

15 Schröder, Kristina: Vorwort, in: ebd., S. 3.

16 Brungs, Juliette und Hamm, Rüdiger José: Die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ der Stiftung SPI für Demokratie, Recht und Freiheit, in: Unsere Jugend. Die Zeitschrift für Studium und Praxis der Sozialpädagogik, Jg. 68 (2016), H. 11-12, S. 505-509, hier S. 505 (Hervorhebungen im Original).

17 Forschungsgruppe MIKOM: Modellprojekt. Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus: Analyse - Zugänge - Maßnahmen, URL: <https://www.risp-duisburg.de/de/forschungsgruppen/mikom/linke-militanz-und-antisemitismus-in-heterogenen-jugendmilieus-analyse-zugaenge-massnahmen/> [eingesehen am 14.09.2024].

Sechstens resultierten aus all dem unterschiedliche Begriffe, mit denen das jeweils beleuchtete Phänomen bezeichnet wurde. Obwohl im Rahmen des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ vom „Programmbereich ‚Linksextremismus‘“ gesprochen wurde¹⁸, griffen lediglich zehn von siebzehn geförderten Modellprojekten auf den Begriff „Linksextremismus“ zurück. Die übrigen sieben vermieden ihn oder sprachen – im Falle von zwei Projekten – von „(links)autonom“. Unter anderem aufgrund der Kritik am Terminus „Linksextremismus“ griff das Nachfolgeprogramm „Demokratie leben!“ auf die Begrifflichkeit „linke Militanz“ zurück. Diese wurde von sieben der neun geförderten Modellprojekte übernommen. Zwei weitere Projekte lehnten (auch) diese Bezeichnung ab beziehungsweise nutzten andere Termini („linksradikal“ und „linkspolitisch“).

Siebtens schließlich variierten die zwischen 2010 und 2019 finanzierten Modellprojekte auch hinsichtlich ihrer Förderdauer. Diese reichte von wenigen Wochen bis zur längst möglichen Zeit von vier Jahren. Während im Rahmen des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ lediglich ein Projekt (von insgesamt 17) über fast den gesamten Zeitraum von 2010 bis 2014 gefördert wurde¹⁹, waren dies in der ersten Förderperiode des Nachfolgeprogramms „Demokratie leben!“ (2015–19) drei (von neun).²⁰

Ursächlich für diese Projektvielfalt war im Wesentlichen die Variationsbreite der Projektträger:innen. Diese reichte von einer Sicherheitsbehörde (Verfassungsschutzabteilung im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport) über drei universitäre Einrichtungen (darunter die Georg-August-Universität Göttingen) bis hin zu zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Letztere machten die Mehrzahl der Projektträger:innen aus und spiegelten zugleich die große Mannigfaltigkeit der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland wider. So gehörten beispielsweise Vereine, Stiftungen und gemeinnützige Kapitalgesellschaften zu den Zuwendungsempfänger:innen, darunter die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V., die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sowie Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH (im Folgenden: Minor).

18 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht, S. 34.

19 Dabei handelt es sich um das Projekt „Demokratie stärken – Jugend für Demokratie und gegen Extremismus“ der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg.

20 Dies waren die Projekte „Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur“ (Träger: Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH), „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“ (Trägerin: Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) sowie „Radikalisierungsprävention: Workshops und Beratungen mit Multiplikator*innen der pädagogischen Arbeit“ (Trägerin: Stiftung SPI – Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“. Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts).

4 Herausforderungen und Handlungsansätze

Sowohl das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ als auch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurde wissenschaftlich begleitet, das heißt inhaltlich und strukturell analysiert und bewertet. Diese Aufgabe fiel dem Deutschen Jugendinstitut e. V. zu. Da für die hier betrachteten Jahre 2010 bis 2019 sowohl Ergebnis- beziehungsweise Zwischenberichte als auch Abschlussberichte vorliegen, lassen sich zum einen die Probleme und Herausforderungen identifizieren, mit denen die Modellprojekte konfrontiert waren; zum anderen kann den Berichten entnommen werden, welche Antworten Projekte im Bereich Linker Extremismus/Linke Militanz geben und welche Erfolge sie vorweisen können. Daneben liefern eigene Veröffentlichungen der Projektträger:innen, die Medienberichterstattung und wissenschaftliche Publikationen Hinweise auf die Wirkung der Projekte.

Wie lassen sich nun die zentralen Ergebnisse grob zusammenfassen? Eine Herausforderung für zahlreiche Modellprojekte war die Zurückhaltung bis Ablehnung, mit der mögliche Zielgruppen, Kooperationspartner:innen und Multiplikator:innen auf die geplanten Vorhaben reagierten. So beginnt der Bericht für das Jahr 2018, den Minor über sein Projekt „Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur“ verfasste, mit den Worten: „Ist das jetzt so ein Projekt gegen links?!“²¹ Diese Frage, so der Projektträger, sei „eine der häufigen Legitimationsfragen“²² an das Projekt gewesen. In diesem Zusammenhang betonte er, „dass ein staatlich gefördertes Projekt nicht selten als voreingenommen und damit problematisch angesehen wurde, insbesondere gegenüber dem Förderschwerpunkt ‚Linke Militanz‘“²³. Diese Skepsis sei Resultat „der wahrnehmbar zunehmenden Prägung des gesellschaftlichen Diskurses durch rechtsextreme und rechtspopulistische Themen und Gruppen. Gerade angesichts der wachsenden Bedrohung durch rechtsextreme Übergriffe und ‚Hate Speech‘ in der digitalen Welt, insbesondere für Angehörige linker Subkulturen, stieß das Projekt in diesen oft von Vorneherein auf Ablehnung.“²⁴

21 Zitiert nach Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Jahresbericht 2018, Berlin o. J. [2019], S. 3, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2019/07/Minor_Frontaldiskurs_Jahresbericht-2018_2019.pdf [eingesehen am 14.09.2024].

22 Ebd.

23 Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Jahresbericht 2019, Berlin o. J. [2020], S. 18, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2020/08/FD_Abschluss_2019_WEB.pdf [eingesehen am 14.09.2024].

24 Ebd.

Solche Erfahrungen hatte Minor schon zuvor machen müssen, denn der Bildungsträger war bereits mit einem Projekt am Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“ beteiligt gewesen. Damals hatte das Logo des Bundesprogramms, das sich auf Werbemitteln befand, die Hauptzielgruppe der linksaffinen Jugendlichen abgeschreckt.²⁵ Die Fördergelder waren „als ‚Linksextremismustopf‘ wahrgenommen und die Bezeichnung ‚linksextrem‘ als stigmatisierend empfunden“²⁶ worden.

Eine zweite Schwierigkeit, mit der insbesondere die im Rahmen der „Initiative Demokratie Stärken“ geförderten Modellprojekte konfrontiert waren, sind die Wissensdefizite auf dem Feld der politischen Bildung im Bereich Linker Extremismus/ Linke Militanz. Der Projektverantwortliche der Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“ beispielsweise, die vom 1. Juli 2010 bis zum 31. Dezember 2013 das Projekt „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“ (im Folgenden: DeKo) realisierte, schrieb dazu:

„Die pädagogische Prävention gegen ‚Linksextremismus‘ [...] stellte das Projekt gleich zu Beginn vor eine Herausforderung. Prävention wird häufig übersetzt mit der Vermeidung eines unerwünschten Ergebnisses durch gezielte Maßnahmen. So verstanden, intendiert Prävention einen gültigen Konsens über eine Problemlage und das Wissen um eine wirksame pädagogische Praxis. Im Bereich der sogenannten ‚Linksextremismus‘-Prävention liegt das Problem darin, dass auf keine exakten Verweise zur Problemlage, keine belastbaren Forschungsergebnisse oder eine konkrete Praxis zurückgegriffen werden konnte (bzw. kann).“²⁷

Trotz dieser und weiterer Herausforderungen und Probleme, mit denen zahlreiche Modellprojekte der politischen Bildung im Bereich Linker Extremismus/Linke Militanz zwischen 2010 und 2019 konfrontiert waren, lieferten sie wichtige Ergebnisse auf dem Feld der Extremismusprävention. Drei zentrale Befunde sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Zunächst ist die Zielgruppenorientierung von großer Bedeutung: Projekte sollten an die Lebenswelten der Zielgruppe(n) anknüpfen und vielfältige Vermittlungs-

25 Vgl. Leistner, Alexander / Schau, Katja / Johansson, Susanne: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012-31.12.2012, München/Halle 2013, S. 154, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/1059_Ergebnisbericht_2012_der_WB_IDS.pdf [eingesehen am 14.09.2024].

26 Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kulturschock. Kunst als Zugang zu linksaffinen Jugendlichen. Forschungsbericht 2012, Berlin 2012, S. 4, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_Kulturschock_Projektbericht-Kunst-als-Zugang-zu-linksaffinen-Jugendlichen_2012.pdf [eingesehen am 14.09.2024].

27 Lohe, Christian-Friedrich: „Extrem demokratisch“ - Das „DeKo-Projekt“ der EJBW und sein Beitrag für die Politische Bildung, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 149-159, hier S. 152 f.

methoden einbauen, die beispielsweise partizipative und interaktive Elemente beinhalten. So können den Teilnehmer:innen durchaus komplexe Themen zugänglich und erfahrbar gemacht werden. Sowohl im Rahmen des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ als auch des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ wurden zudem erfolgreich innovative Methoden der politischen Bildung eingesetzt, darunter das szenische Spiel als Mittel der Theaterpädagogik.²⁸

Daneben ist die Wissensgenerierung anzusprechen, welche die Modellprojekte mit sich brachten: Sie ermöglichten die Verbesserung des anfangs noch sehr rudimentären pädagogischen sowie wissenschaftlichen Erkenntnisstandes im Themenfeld Linker Extremismus/Linke Militanz. Davon zeugen mehrere Publikationen, die im Rahmen der Bundesförderung entstanden sind. Exemplarisch sei hier der Sammelband „Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis“²⁹ genannt.

Und schließlich ist die - zahlenmäßig - große Resonanz zu erwähnen, auf die etliche Modellprojekte trotz aller Schwierigkeiten bei der politischen Bildungsarbeit im Bereich Linker Extremismus/Linke Militanz stießen. Beispielhaft seien hier drei Projekte angeführt: Während das Projekt „DeKo“ in einem Förderzeitraum von dreieinhalb Jahren über 1.200 Teilnehmer:innen zählte, erreichte die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen mit ihrem Projekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“ in zwei von fünf Förderjahren mehr als 8.200 Teilnehmer:innen.³⁰ Das Modellprojekt „Urbane Gewalt“ wiederum, umgesetzt vom Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (B3) aus Dresden zwischen 2016 und 2019, konzipierte unter anderem die Weiterbildung „Gewalt gegen Einsatzkräfte“, die Rettungskräfte im Umgang mit gegen sie gerichteter Gewalt sensibilisieren und stärken sollte. Der dabei entwickelte Fragebogen sowie Elemente der Fortbildung werden nach wie vor von verschiedenen Hilfsorganisationen genutzt.³¹

28 Vgl. dazu u. a. Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit: Politischer Protest am Beispiel der 68er-Bewegung als Workshop-Thema mit Schüler*innen des 11. Jahrgangs. Ein phänomenübergreifender Ansatz, in: dies. (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 222-231.

29 Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020.

30 Vgl. Lohe: „Extrem demokratisch“, S. 157; Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hrsg.): 8. Tätigkeitsbericht (2015/2016), Berlin o. J. [2017], S. 63, URL: https://www.stiftung-hsh.de/fileadmin/daten/stiftung/taetigkeitsberichte/2015-2016_Achter-Taetigkeitsbericht-web.pdf [eingesehen am 14.09.2024].

31 Vgl. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung (B3) e. V. (Hrsg.): „Doch, es gibt Probleme ...!“ Handlungsempfehlungen zum Umgang mit urbaner Gewalt. Abschlussbericht des Modellprojekts *Urbane Gewalt*, Dresden 2019, S. 18 f., URL: http://institut-b3.de/wp-content/uploads/2020/03/Handlungsempfehlung_UrbaneGewalt_web.pdf [eingesehen am 14.09.2024]; E-Mail von Ulrike Geisler (Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.) an Dr. Teresa Nentwig vom 15.10.2024.

5 Fazit

Viele der Modellprojekte, die zwischen 2010 und 2019 im Bereich Linker Extremismus/Linke Militanz mit Bundesmitteln gefördert wurden, sahen sich mit teils harter Kritik konfrontiert. So sprachen beispielsweise die Soziologen Tino Heim und Patrick Wöhrle hinsichtlich eines Modellprojekts von den „jüngsten Blüten der Extremismusaufklärung“, in denen „ein markanter Verfall der politischen Bildung zum Ausdruck“ komme.³²

Im vorliegenden Beitrag ging es weder um eine differenzierte Darstellung derartiger Einwände noch um eine kritische Auseinandersetzung damit. Stattdessen war das Ziel, einen Überblick über die Modellprojekte zu geben. Diese zeichneten sich durch eine große Vielfalt an Themen, Methoden und Zielgruppen aus.

Aktuelle Entwicklungen, insbesondere das Erstarken des linken Antisemitismus im Zuge des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, zeigen, wie wichtig politische Bildungsarbeit auf dem Feld Linker Extremismus/Linke Militanz weiterhin ist. Die zwischen 2010 und 2019 durchgeführten Modellprojekte haben hier Pionierarbeit geleistet und lassen den Bereich Linker Extremismus/Linke Militanz sowohl für heutige als auch für zukünftige Projekte greifbarer werden.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Brungs, Juliette und Hamm, Rüdiger José: Die Beratungs- und Bildungsstelle „Anedore“ der Stiftung SPI für Demokratie, Recht und Freiheit, in: Unsere Jugend. Die Zeitschrift für Studium und Praxis der Sozialpädagogik, Jg. 68 (2016), H. 11-12, S. 505-509.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention, Berlin 2017, URL: <https://www.bmfsfj.de/blob/117610/354cf0b045adc89e2a07968851334c8d/bericht-der-bundesregierung-zur-exemismuspraevention-data.pdf> [eingesehen am 14.09.2024].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“, Berlin 2014, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Bilder/A_Das_Programm/da_Hintergrund/Geschichte_der_

32 Heim, Tino und Wöhrle, Patrick: Politische Grenzmarkierungen im flexiblen Normalismus. Ein einleitender Essay, in: Ackermann, Jan et al. (Hrsg.): Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit, Wiesbaden 2015, S. 13-68, hier S. 18.

- [Bundesprogramme/Abschlussbericht_Initiative_Demokratie_Staerken.pdf](#) [eingesehen am 14.09.2024].
- E-Mail von Ulrike Geisler (Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.) an Dr. Teresa Nentwig vom 15.10.2024.
- Forschungsgruppe MIKOM: Modellprojekt. Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus: Analyse - Zugänge - Maßnahmen, URL: <https://www.risp-duisburg.de/de/forschungsgruppen/mikom/linke-militanz-und-antisemitismus-in-heterogenen-jugendmilieus-analyse-zugaenge-massnahmen/> [eingesehen am 14.09.2024].
- Hafeneger, Benno et al.: Folgenreiche Realitätsverleugnung. Das neue Extremismusbekämpfungsprogramm der Bundesregierung, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit, Jg. 58 (2010), H. 1, S. 7-10.
- Heim, Tino und Wöhrle, Patrick: Politische Grenzmarkierungen im flexiblen Normalismus. Ein einleitender Essay, in: Ackermann, Jan et al. (Hrsg.): Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit, Wiesbaden 2015, S. 13-68.
- Institut für Beratung, Begleitung und Bildung (B3) e. V. (Hrsg.): „Doch, es gibt Probleme ...!“ Handlungsempfehlungen zum Umgang mit urbaner Gewalt. Abschlussbericht des Modellprojekts *Urbane Gewalt*, Dresden 2019, URL: http://institut-b3.de/wp-content/uploads/2020/03/Handlungsempfehlung_UrbaneGewalt_web.pdf [eingesehen am 14.09.2024].
- Leistner, Alexander / Schau, Katja / Johansson, Susanne: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012-31.12.2012, München/Halle 2013, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/1059_Ergebnisbericht_2012_der_WB_IDS.pdf [eingesehen am 14.09.2024].
- Lohe, Christian-Friedrich: „Extrem demokratisch“ - Das „DeKo-Projekt“ der EJBW und sein Beitrag für die Politische Bildung, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 149-159.
- Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020.
- Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit: Politischer Protest am Beispiel der 68er-Bewegung als Workshop-Thema mit Schüler*innen des 11. Jahrgangs. Ein phänomenübergreifender Ansatz, in: dies. (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 222-231.
- Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Jahresbericht 2018, Berlin o. J. [2019], URL: <https://minor-kontor.de/wp-content/>

- [uploads/2019/07/Minor_Frontaldiskurs_Jahresbericht-2018_2019.pdf](#) [eingesehen am 14.09.2024].
- Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Jahresbericht 2019, Berlin o. J. [2020], URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2020/08/FD_Abschluss_2019_WEB.pdf [eingesehen am 14.09.2024].
- Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kulturschock. Kunst als Zugang zu linksaffinen Jugendlichen. Forschungsbericht 2012, Berlin 2012, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_Kulturschock_Projektbericht-Kunst-als-Zugang-zu-linksaffinen-Jugendlichen_2012.pdf [eingesehen am 14.09.2024].
- Nentwig, Teresa: Modellprojekte der politischen Bildung im Bereich Linker Extremismus von 2010 bis 2019. Ziele - Methoden - Herausforderungen, Göttingen 2020, URL: https://www.linke-militanz.de/data/akten/2021/01/Modellprojekte_Linke-Militanz_Nentwig_2020_WEB.pdf [eingesehen am 14.09.2024].
- Schröder, Kristina: „Demokratie stärken - Toleranz fördern“, in: Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis, Jg. 55 (2010), H. 4, S. 107-110. Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hrsg.): 8. Tätigkeitsbericht (2015/2016), Berlin o. J. [2017], URL: https://www.stiftung-hsh.de/fileadmin/daten/stiftung/taetigkeitsberichte/2015-2016_Achter-Taetigkeitsbericht-web.pdf [eingesehen am 14.09.2024].
- Zeitbild Stiftung: Demokratie stärken. Linksextremismus verhindern, Jg. 53 (September 2011), aktualisierte Ausgabe vom Februar 2012, URL: https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/zb_wissen_demokratiestaerken_februar2012.pdf [eingesehen am 14.09.2024].

Übersicht der 26 in den Bundesprogrammen „Initiative Demokratie Stärken“ und „Demokratie leben!“ (1. Förderperiode) von 2010 bis 2019 geförderten Modellprojekte gegen Linken Extremismus/Linke Militanz

BUNDESPROGRAMM „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ (2010-14)

TITEL	TRÄGER:IN	ZIELGRUPPE	KURZBESCHREIBUNG
„Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute“	Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	Schüler:innen in den Fächern Deutsch, Ethik, Geschichte und Politik sowie andere Interessierte	Einführungsworkshop für Schüler:innen zur Definition von Linksextremismus sowie mehrere Vertiefungswshops zu verwandten politischen und historischen Themen in der Gedenkstätte (teils in Kombination mit Führungen) sowie an Schulen bundesweit
„Andi 3“	Stiftung Partner für Schule NRW	12- bis 17-jährige Schüler:innen ohne geschlossen extremistisches Weltbild	Bildungscomic zur Linksextremismus-Prävention u. a. in Schulen
„Demokratie stärken - Jugend für Demokratie und gegen Extremismus“	Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg	Jugendliche, Schülervertretungen, Schülerzeitungen, Lehrer:innen, Fachkräfte und Ehrenamtliche der außerschulischen Bildung und Jugendarbeit, Jugendverbände, Migrantenorganisationen	Angebot diverser Projekte für Jugendliche zu unterschiedlichen Themen zu Linksextremismus, bei denen oft politische Bildung mit künstlerisch-kulturellen Projekten verknüpft wurde
„Demokratie stärken - Linksextremismus verhindern“	Zeitbild Stiftung	Lehrer:innen und Schüler:innen	Konzeption einer 36-seitigen Broschüre mit Informationsseiten und Arbeitsblättern für den Schulunterricht, die für das Thema Linksextremismus und den Umgang damit sensibilisieren sollte
„Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“ (DeKo)	Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“	sowohl bildungsferne als auch bildungsorientierte Jugendliche sowie Fachkräfte und Multiplikator:innen der Jugendbildung	präventive Vermittlung gesellschaftlicher und demokratischer Schlüsselkompetenzen (zum Beispiel Historische Kompetenz sowie Politik- und Diskurskompetenz) zur kritischen Auseinandersetzung mit linksextremistischen Ideologien
„Die Autonomen“	Archiv der Jugendkulturen e. V.	junge Menschen, Expert:innen aus verschiedenen Professionen, Multiplikator:innen	qualitative Erforschung von Entwicklungsgeschichte und aktuellen Ausprägungen der autonomen Szene in Deutschland (u. a. mit Interviews und Medienanalysen)
„Entwicklung systemisch-lösungsorientierter und onlinebasierter Ansätze im Themenfeld Linksextremismus“	Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.	Vertreter:innen von linksalternativen und linksradikalen Kreisen sowie von Kommunen, Polizei und Wirtschaft	Hintergrundforschung zu Linksextremismus und Entwicklung eines Internetportals, das mithilfe von zehn darin dargestellten Konfliktgeschichten den Dialog zwischen verschiedenen Interessengruppen sowie Politik und Bevölkerung fördern sollte


Fortsetzung ...



Übersicht der 26 in den Bundesprogrammen „Initiative Demokratie Stärken“ und „Demokratie leben!“ (1. Förderperiode) von 2010 bis 2019 geförderten Modellprojekte gegen Linken Extremismus/Linke Militanz

BUNDESPROGRAMM „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ (2010-14)

TITEL	TRÄGER:IN	ZIELGRUPPE	KURZBESCHREIBUNG
„Extremismus - Herausforderung für die Demokratie“	Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz	Schüler:innen ab Jahrgang 10, Lehrer:innen	Durchführung eines Planspiels mit Schulklassen sowie Lehrkräftefortbildungen zum Themenfeld Links-, Rechts- und islamistischer Extremismus
„Islamismus und Linksextremismus im Internet“	LPR-Trägergesellschaft für jugendschutz.net gGmbH	Oberste Landesjugendbehörden, Landesmedienanstalten, Kommission für Jugendmedienschutz, Multiplikator:innen in Jugendschutz und politischer Bildung	Erforschung linksextremistischer und islamistischer Angebote für Jugendliche im Internet sowie Entwicklung eines standardisierten Beurteilungsschemas für Jugendschutz und Extremismusprävention
„Kulturschock. Extremistischer Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen durch Kunst entgegenwirken“	Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH	u. a. Jugendclubs mit linksaffinen Besucher:innen, Schüler:innen, verschiedene Jugendgruppen	außerschulische Kultur- und Medienprojekte zur Verbindung von politischer und künstlerischer Bildung, um in einen Diskurs mit linksaffinen Jugendlichen über gesellschaftlichen Zusammenhalt, Rechtsstaatlichkeit, Gewalt u. Ä. zu treten
„Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche“	Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.	junge Leute, die allenfalls als linksextremismusaffin gelten konnten	qualitativ-explorative Studie zu linksextremistischen Einstellungen bei jungen Menschen und zu möglichen Präventionsansätzen
Plakatwettbewerb „Argumente statt Gewalt“	Deutsche Gesellschaft e. V.	Jugendliche im Alter zwischen zwölf und zwanzig Jahren	Wettbewerb für Jugendliche zu Ideen gegen extremistische Gewalt; drei siegreiche Bilder wurden vom Verein veröffentlicht
„Prävention von Linksextremismus“	Violence Prevention Network gGmbH	ideologisierte Gewalttäter:innen	Angebot von mit politischer Bildung verknüpften Antigewalttrainings für aus linksextremistischen Gründen straffällig gewordene Jugendliche
„Präventionsworkshop gegen (Links-) Extremismus“	Deutsche Gesellschaft e. V.	Schüler:innen der Jahrgangsstufen 9 bis 13 und Berufsschüler:innen	Workshops mit Schüler:innen zu Merkmalen und Erscheinungsformen des Linksextremismus sowie Präventionsmöglichkeiten

Fortsetzung ... 

Übersicht der 26 in den Bundesprogrammen „Initiative Demokratie Stärken“ und „Demokratie leben!“ (1. Förderperiode) von 2010 bis 2019 geförderten Modellprojekte gegen Linken Extremismus/Linke Militanz

BUNDESPROGRAMM „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ (2010-14)

TITEL	TRÄGER:IN	ZIELGRUPPE	KURZBESCHREIBUNG
„Extremismus - Herausforderung für die Demokratie“	Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz	Schüler:innen ab Jahrgang 10, Lehrer:innen	Durchführung eines Planspiels mit Schulklassen sowie Lehrkräftefortbildungen zum Themenfeld Links-, Rechts- und islamistischer Extremismus
„Thematisierung israelbezogenen Antisemitismus und den damit verbundenen Gefahren für demokratische Kultur“ - „Aktionswochen gegen Antisemitismus 2013“	Amadeu Antonio Stiftung	Multiplikator:innen aus der Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit, zivilgesellschaftliche Akteur:innen, Jugendliche	Workshops für Jugendliche und Fortbildungen für Multiplikator:innen zu israelbezogenem Antisemitismus sowie mehrere Veranstaltungen im Rahmen der „Aktionswochen gegen Antisemitismus“ im November 2013
„Wir fahren nach Berlin - Gegen Linksextremismus“	Bundesverband der JUNGEN UNION Deutschlands	junge Multiplikator:innen aus der Jugendarbeit	Reisen nach Berlin mit Besichtigung historischer Sehenswürdigkeiten (zum Beispiel Stasimuseum) zur Vermittlung von Wissen über Linksextremismus
„Zugänge der Jugendhilfe zu linksautonomen Jugendszenen in Hamburg - eine Bestandsaufnahme“	Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie - Das Rauhe Haus	Expert:innen aus Sozialwissenschaft, Verwaltung und Praxis mit Bezügen zu linksautonomen Jugendlichen sowie Jugendliche aus der linksautonomen Szene selbst	Literaturrecherche und Interviews zu Motiven, Lebenslagen etc. von Jugendlichen der linksautonomen Szene sowie zu Bedarfen und Wünschen für sekundärpräventive Angebote der Jugendhilfe

BUNDESPROGRAMM „DEMOKRATIE LEBEN!“ (1. FÖRDERPERIODE, 2015-19)

„Die Rolle von Protest in unserer Gesellschaft - Die 68er-Bewegung aus heutiger Sicht“	Bundesfachstelle Linke Militanz am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen	Schüler:innen des 11. Jahrgangs im Politik-Wirtschaft-Unterricht an Gymnasien	Entwicklung und Erprobung eines Workshops für den Schulunterricht zur Aufklärung über Protestformen am Beispiel der 68er-Bewegung
„Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur“	Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH	linksaffine Jugendliche zwischen 16 und 27 Jahren in Jugend- und Kultureinrichtungen, Schulen und Sportvereinen als Kernzielgruppe sowie Jugendliche, die im Konflikt mit der Kernzielgruppe stehen	Weiterentwicklung von „Kulturschock“ (s.o.): partizipativ gestaltete Projekte mit Jugendlichen in Kooperation mit lokalen Einrichtungen, die politische Bildung mit Kunst, Medien und Kultur verknüpfen

Fortsetzung ...



Übersicht der 26 in den Bundesprogrammen „Initiative Demokratie Stärken“ und „Demokratie leben!“ (1. Förderperiode) von 2010 bis 2019 geförderten Modellprojekte gegen Linken Extremismus/Linke Militanz

BUNDESPROGRAMM „DEMOKRATIE LEBEN!“ (1. FÖRDERPERIODE, 2015-19)

„Linke Militanz auf Facebook, Twitter & Co. – Zielgerichtete Onlineprävention für Jugendliche“	Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	Jugendliche allgemein und solche (insbesondere 18- bis 27-Jährige), die dabei sind, sich zu radikalisieren, sowie Multiplikator:innen	Monitoring von Onlinequellen sowie Entwicklung und Erprobung von Formen der direkten Intervention in aktuelle Debatten im Netz zur Widerlegung gängiger linksmilitanter Argumentationsmuster und zur Prävention der Radikalisierung von Jugendlichen
„Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“	Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	insbesondere ältere Jugendliche (ca. 16- bis 27-Jährige), auch solche, die gefährdet oder dabei sind, sich zu radikalisieren, sowie Multiplikator:innen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen	Durchführung von Präventionsseminaren in der Gedenkstätte und an Schulen bundesweit: ein Grundlagenseminar zu Linksextremismus sowie mehrere Vertiefungsseminare mit historischem oder aktuellem politischen Bezug
„Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus: Analyse – Zugänge – Maßnahmen“	Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e. V.	Jugendliche aus dem linken Spektrum, auch solche, die bereits radikalisiert sind, sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur:innen	empirische Analysen zu Antisemitismus im Rhein-Ruhr-Gebiet (u. a. qualitative Interviews, Kleingruppengespräche, Feld- und Diskursanalysen) sowie Konzeption, Erprobung, Vermittlung von Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention
„links/rechts - TR-IN-D“	Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.	junge Türkeistämmige, die nicht konkret radikalierungsgefährdet sind, sowie Vertreter:innen aus Politik und Gesellschaft	Gruppenworkshops, Einzelinterviews u. Ä. zur Diskursförderung zwischen jungen Türkeistämmigen verschiedener gesellschaftspolitischer Lager mit Vertreter:innen aus Politik und Gesellschaft

Fortsetzung ...



Übersicht der 26 in den Bundesprogrammen „Initiative Demokratie Stärken“ und „Demokratie leben!“ (1. Förderperiode) von 2010 bis 2019 geförderten Modellprojekte gegen Linken Extremismus/Linke Militanz

BUNDESPROGRAMM „DEMOKRATIE LEBEN!“ (1. FÖRDERPERIODE, 2015-19)

„Radikalisierungsprävention: Workshops und Beratungen mit Multiplikator:innen der pädagogischen Arbeit“	Stiftung SPI. Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“. Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V.	Multiplikator:innen der Bildungs- und Jugendarbeit mit 14- bis 27-Jährigen, insbesondere Lehrer:innen, Sozialarbeiter:innen und Sporttrainer:innen	Konzeption und Durchführung verschiedener Workshops, Vorträge u. a. Angebote für Pädagog:innen zum Thema Radikalisierung junger Menschen und Demokratieförderung
„Urbane Gewalt“	Institut für Beratung, Begleitung und Bildung (B3) e. V.	Bürger:innen, Behörden, Vereine, Initiativen, Gewerbetreibende, soziokulturelle Zentren, Rettungskräfte, Senior:innen und Studierende in Leipzig	Prävention von und neue Umgangswege mit urbaner Gewalt im städtischen Raum in Leipzig durch verschiedene Einzelprojekte, zum Beispiel ein Theaterstück, Weiterbildungen für Einsatzkräfte u. v. m.
„Von Hausbesetzung zu Blockupy - (Dis)Kontinuitäten antisemitischer Deutungsmuster in der deutschen Linken“	Bildungsstätte Anne Frank e. V.	linkspolitisch orientierte junge Erwachsene bzw. linke Aktivist:innen	Konzeption einer Wanderausstellung mit dem Titel „Das Gegenteil von gut“ zu Antisemitismus in der westdeutschen Linken nach 1968

Tabelle 1: Workshop-Übersicht - Dauer, Phasen, Methoden³³

33 Für die Erstellung der Tabelle danke ich herzlich Nadine Kasten vom Institut für Demokratieforschung Göttingen.

Angebot und Bedarf im Themenfeld Linksradikalismus

Ergebnisse einer Bedarfserhebung in außerschulischen Präventions- und Bildungseinrichtungen

Marie Bohla

Zu Beginn der aktuellen Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ führte das Projekt Bundesfachstelle Linke Militanz im Jahr 2021 eine Bestands- und Bedarfserhebung zu politischen Bildungsangeboten und pädagogischen Zugängen im Themenbereich Linksradikalismus durch. Die Zielgruppe der Befragung umfasste Fachkräfte und andere Mitarbeitende außerschulischer Einrichtungen und Institutionen des non-formalen und informellen Lernens der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Ziele und Fragestellung der Erhebung

Die Ergebnisse der Bedarfserhebung dienten der Formulierung konkreter Handlungsempfehlungen für die Konzeption und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Präventivangebots sowie Veranstaltungs- und Fortbildungsportfolios im Themenfeld, die eine zentrale Aufgabe des Kompetenzzentrums Linker Extremismus war. Die Erhebung sollte außerdem Rückschlüsse auf die Bedarfe und Herausforderungen politischer Bildner:innen und anderer Fachkräfte zulassen. Weiter erstrebte die Bedarfserhebung, als Ergänzung zu den eigenen Inhalten, Formaten und Methoden, auch bestehende Angebote sichtbar zu machen. Fragestellungen der Bedarfserhebung waren entsprechend:

- Welchen Wissensstand haben die Befragten im Themenfeld linker Radikalismus?
- Welche Angebote halten die Institutionen im Themenfeld bereit?
- Welche Bedarfe und Herausforderungen identifizieren die Fachkräfte?
- Welche Kenntnisse, Interessen und Bedarfe identifizieren die Befragten unter der Zielgruppe ihrer jeweiligen Einrichtungen?

Methodisches Vorgehen

Die Bedarfserhebung folgte einem Mixed-Methods-Design und kombinierte quantitative mit qualitativen Methoden, wobei die Teilnehmenden mit teilstandardisierten Fragebögen sowie leitfadengestützten Interviews befragt wurden. Der Datenschutz wurde gemäß Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) durch eine anonymisierte Erhebung und Auswertung der Daten gewährleistet. Für die Gestaltung des teilstandardisierten Online-Fragebogens wurde auf das Open-Source-Umfrage-Tool *LimeSurvey* zurückgegriffen, wodurch die Befragung online erreichbar war. Die Befragung wurde für einen Zeitraum von ca. sechs Wochen im Januar und Februar 2021 freigeschaltet. Vierzehn und sieben Tage vor Ablauf der Befragung wurde via E-Mail an die Teilnahme an der Fragebogenerhebung erinnert. Alle quantitativen Auswertungen erfolgten mithilfe der Statistik-Software „Statistical Package for the Social Sciences“ (SPSS).

Insgesamt sieben offen formulierte Fragen ermöglichten den Teilnehmenden außerdem ein frei formuliertes Antwortverhalten. Hierbei wurde die Zielgruppe vertiefend zu aktuellen Bildungsansätzen und pädagogischen Zugängen sowie zu Bedarfen und Herausforderungen befragt. Die Daten wurden mittels kategorialer Inhaltsanalyse nach Kuckartz³⁴ ausgewertet, wobei das inhaltlich strukturierende Kategoriensystem deduktiv und induktiv gebildet wurde. Zahlreiche der offenen Fragen wurden von den Teilnehmenden jedoch nicht beantwortet (25 % bis 90 %).

Insgesamt haben 49 Einrichtungen aus fast allen Bundesländern (ausgenommen Baden-Württemberg und Thüringen) an der Bedarfserhebung teilgenommen. Schwerpunkte lagen hier in den Bundesländern Hessen (22.4 %), Nordrhein-Westfalen (14.3 %) und Berlin (10.2 %). Unter den teilnehmenden Einrichtungen waren vor allem Vereine (38.8 %), öffentliche Bildungseinrichtungen (28.6 %) und Stiftungen (12.2 %) - wobei die Trägerschaften häufig von Vereinen (46.9 %), einzelnen Bundesländern (20.4 %) oder dem Bund (12.2 %) ausgingen. Abbildung 1 infor-

34 Siehe Kuckartz, Udo: Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung, Weinheim 2012.

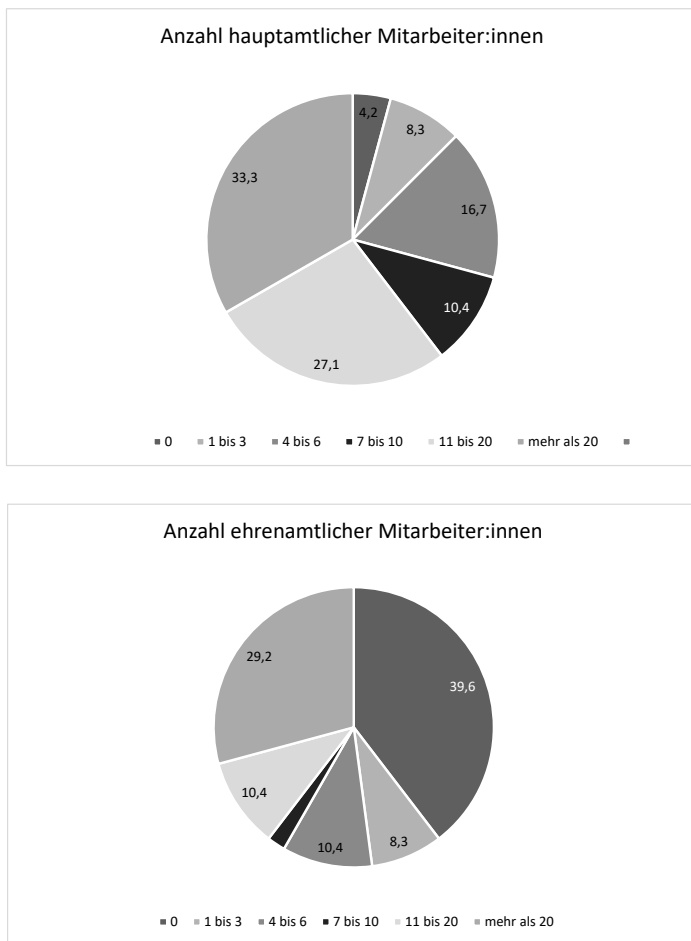


Abbildung 1: Anzahl der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen

miert über die Größe der Einrichtungen, die an der Bedarfserhebung teilgenommen haben.

Ergänzend zur Fragebogenerhebung wurde die Zielgruppe mit der Anfrage für eine Teilnahme an leitfadengestützten Interviews kontaktiert. Via E-Mail wurden insgesamt 85 Einrichtungen angefragt, wobei 21 darauf reagierten. Interviewt werden konnten letztlich acht Mitarbeitende unterschiedlicher Einrichtungen, die sich zur Befragung bereit erklärten. Im vorliegenden Bericht werden lediglich die Ergebnisse aus der teilstandardisierten Fragebogenerhebung und nicht die aus der Interviewbefragung präsentiert.

Befunde der Fragebogenerhebung

Sowohl die sozialwissenschaftliche Forschung als auch die politische Bildung und Präventionsarbeit sehen sich in der Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Linksradikalismus mit Kontroversen und Herausforderungen konfrontiert, die vornehmlich mit der Debatte über das Extremismuskonzept einhergehen. Dies werden auch die Ergebnisse der vorliegenden Bedarfserhebung zeigen, in der die Fachkräfte aus Bildungs- und Präventionsarbeit zu der genannten Kontroverse sowie der Verwendung und dem Verständnis unterschiedlicher Begrifflichkeiten befragt wurden. Bevor auf die Angebote, Bedarfe und Herausforderungen eingegangen wird, werden hier zunächst die Ergebnisse zum erfragten Wissensstand der Fachkräfte präsentiert.

Wissensstand der Befragten

Unter dem Extremismuskonzept werden all jene Ansätze zusammengefasst, die das politische Spektrum einer binären Logik folgend in eine antithetische Beziehung aus Extremismus und demokratischem Verfassungsstaat zueinander setzen. Im politischen Diskurs werden diese Ansätze insbesondere von der Auslegung des Extremismuskonzeptes durch die Sicherheitsbehörden geprägt. Extremismus zeigt sich demnach vor allem in den Varianten des Rechts- und Linksextremismus, wobei aufgrund verschiedener Kritiken am Extremismuskonzept sowohl zu dem sicherheitsbehördlich geprägten Begriff des Rechtsextremismus als auch zu jenem des Linksextremismus – wie der Projekttitel zeigt – Alternativbezeichnungen existieren. Im Rahmen der Bedarfserhebung wurde daher zunächst der Kenntnisstand der Fachkräfte zu der alternativen Begriffsverwendung Linke Militanz erfragt.

Dabei gab die Mehrheit der Befragten an, dass der Begriff der linken Militanz und seine Bedeutung ihnen sehr (59.2 %) oder eher geläufig (16.3 %) sei; lediglich zwölf Prozent gaben an, den Begriff und seine Bedeutung gar nicht zu kennen. Dennoch findet im professionellen Kontext der befragten Fachkräfte der Begriff des Linksextremismus eine signifikant häufigere Verwendung ($p = 0.01$) als die Alternativkonzepte Linksradikalismus oder Linke Militanz – und das, obwohl das Extremismuskonzept, insbesondere die Verwendung des Begriffs Linksextremismus, für die politische Bildung vielfach als ungeeignet und mit deren Grundsätzen als unvereinbar kritisiert wird.³⁵

Die in der Erhebung sichtbar gewordene heterogene Verwendung der Termini durch Fachkräfte einerseits könnte auf die unterschiedliche Wahrnehmung des zu adressierenden Phänomens in der außerschulischen Präventions- und Bildungslandschaft zurückgehen; die Dominanz des Begriffs Linksextremismus andererseits womöglich auf die (Präventions-)Logik staatlicher Fördermittelgeber:innen. An den Ansätzen, die dem Extremismuskonzept folgen, wird unter anderem kritisiert, dass sie „eine normative Grenzziehung zwischen Positionen vornehmen, die als legitime politische Überzeugungen gelten, und solchen, die als problematische Gefährdung der Ordnung einer demokratisch verfassten Gesellschaft gelten“³⁶. Die Dichotomisierung in eine unproblematische bürgerliche Mitte und einen Extremismus einerseits sowie andererseits die Äquidistanz des extremistischen Spekt-

35 Vgl. Fuhrmann, Maximilian: Das Extremismuskonzept in der politischen Bildung, o. J., S. 6, URL: <https://api.politischbilden.de/documents/63b2c27fac76f1.29293016.pdf> [eingesehen am 08.11.2024]; Achour, Susanne und Gill, Thomas: Extremismusprävention als politische Bildung?, in: POLIS, H. 4/2020, S. 11-13.

36 Scherr, Albert: Legitime Gesellschaftskritik oder Extremismus? Fallstricke, Herausforderungen und Perspektiven der Diskurse über Linksextremismus und linke Militanz, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 78-90.

rums aus einem linken und rechten Extremismus missachte dabei problematische Tendenzen in der politischen Mitte ebenso wie substanzielle Unterschiede zwischen den Phänomenen, die unter den Kategorien Rechts- und Linksextremismus subsumiert würden.³⁷ Ohnehin gebe es kein homogenes soziales Phänomen, das sich unter einer Kategorie, die den Verfassungsschutzämtern zufolge als Linksextremismus existiert, zusammenfassen ließe. Eine politische Bildung, die sich an einem Extremismuskonzept sicherheitspolitischer Prägung orientiert, folge somit der Deutungshoheit der Verfassungsschutzämter, die auf Basis dieses Konzeptes darüber entscheiden, bestimmte Phänomene oder Bewegungen – zuweilen auch zivilgesellschaftliche Akteur:innen – als extremistisch zu kategorisieren. Folge die politische Bildung diesem Extremismuskonzept, orientiere sie sich außerdem an einem statischen und staatszentrierten Demokratieverständnis, welches jedoch dem Grundverständnis der politischen Bildung widerspreche.³⁸

Auch zu dieser skizzierten Kontroversität des Extremismuskonzeptes wurden die an der Bedarfserhebung teilnehmenden Fachkräfte befragt. Im Rahmen der Bedarfserhebung gaben fast 80 % der Befragten an, sich mit der skizzierten Kontroversität um das Extremismuskonzept entweder sehr gut (63.3 %) oder gut (16.3 %) auszukennen. Ähnlich ist das Antwortverhalten der Befragten in Bezug auf die Frage, wie sie ihren Wissensstand im Themenfeld Linksradikalismus einschätzen: Auch hier gaben fast 80 % der Befragten ihren Wissensstand entweder als sehr gut (51 %) oder gut (28.6 %) an.

Angebotslage und geeignete Zugänge zum Themenfeld

Dabei stellen lediglich 30 % (n = 15) der Einrichtungen, die an der Erhebung teilgenommen haben, tatsächlich ein Angebot im Bereich Linksradikalismus bereit, was sich auf die mangelnde Relevanzzuschreibung sowie die Herausforderungen, die im Rahmen der Bedarfserhebung ebenfalls erfragt wurden, zurückführen lässt. Die Angebote im Themenbereich bestehen dabei häufig aus Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Seminaren (siehe Abbildung 2).

37 Vgl. ebd., S. 79.

38 Vgl. Fuhrmann: Das Extremismuskonzept in der politischen Bildung; Achour und Gill: Extremismusprävention?

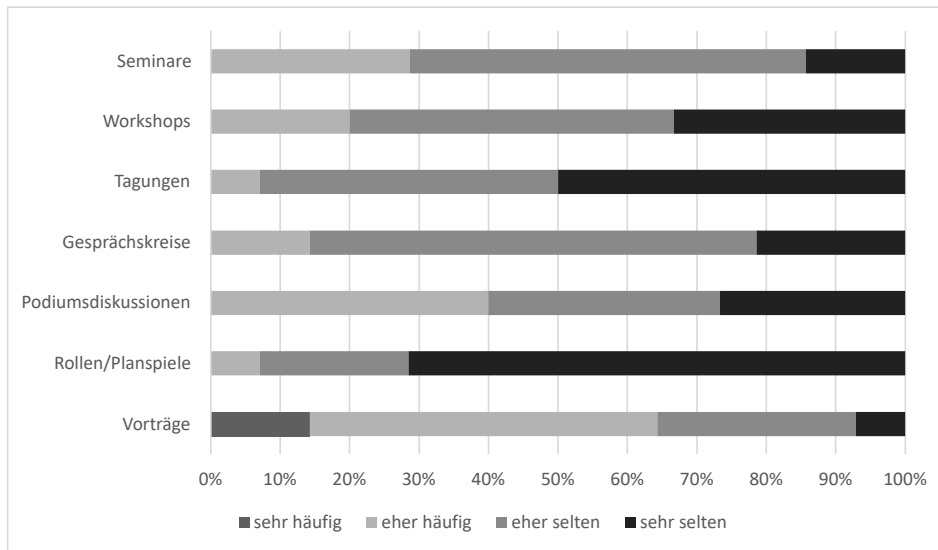


Abbildung 2:
Angebotshäufigkeit
verschiedener Formate
der Einrichtungen
(n = 15) im Themenfeld
Linksradikalismus

Die individuellen Freitextantworten illustrieren die Befunde der standardisierten Erhebung. Hier wurde noch einmal vertiefend nach den aktuellen Bildungsansätzen gefragt, die zum Zeitpunkt der Erhebung von den befragten Einrichtungen zum Thema Linksradikalismus angeboten wurden. Häufig angeboten wurden Vorträge und Workshops (jeweils zehn Nennungen) sowie Rollen- oder Planspiele (sieben Nennungen). Ebenfalls mehrfach benannt wurden Vorträge, Seminare und Expert:innengespräche (jeweils fünf Nennungen). Selten hingegen bestand das Angebot aus Ausstellungen, Publikationen, Fortbildungen für Lehrkräfte und Tagungen zum Themenfeld; diese Formate wurden jeweils nur einmal benannt. Weiterhin wurden die Fachkräfte gefragt, welche pädagogischen Zugänge im Umgang mit linkem Radikalismus erfahrungsgemäß besonders geeignet seien (siehe Tabelle 1). Dabei sprechen die Fachkräfte insbesondere diskursorientierten Formaten sowie Rollen- und Planspielen eine besondere Eignung im Umgang mit dem Thema Linksradikalismus zu (jeweils acht Nennungen). Wie das Ankerbeispiel aus den Freitextantworten neben Tabelle 1 veranschaulicht, wurde auch die Thematisierung der Kontroverse um das Extremismuskonzept als geeigneter Zugang zum Themenfeld mehrfach benannt (sechs Nennungen).

Geeignete pädagogische Zugänge im Themenfeld		
	SUBKATEGORIEN	NENNUNGEN
	Diskursorientierte Formate	8
	Rollen- und Planspiele	8
	Auseinandersetzung mit Ideologien und Weltanschauungen	3
	Anknüpfen an das Erfahrungswissen der Zielgruppe	3
	Thematisierung von Aktionsformen	3
	Primärpräventive Ansätze	3
	Keine Dekonstruktion oder Verharmlosung von Linksextremismus	3
	Aufsuchende Zugänge	2
	Auseinandersetzung mit dem Extremismuskonzept	6
	Sonstige Formate (digitale Formate; Text- und Bildanalyse; Thematisierung aktueller Entwicklungen)	17

„Kritische Betrachtung des Extremismuskonzepts und Einordnung dessen als politischer Begriff, Sensibilisierung für Tendenzen der Verharmlosung von Rechtsextremismus durch die Einführung des Begriffs Linksextremismus“

Tabelle 1: Geeignete pädagogische Zugänge; Subkategorien, Anzahl der Nennungen, Ankerbeispiel

Bedarfe und Herausforderungen

Nach dem Bedarf der Einrichtungen an Angeboten im Themenfeld gefragt, schätzen die Befragten insbesondere den Bedarf an Informationen zum Phänomen, an Informationen zum pädagogischen Umgang mit dem Phänomen, an Bildungsmaterialien, Vernetzungsgelegenheiten, Vorträgen und Fortbildungen für Multiplikator:innen als sehr groß oder eher groß ein (siehe Abbildung 3).

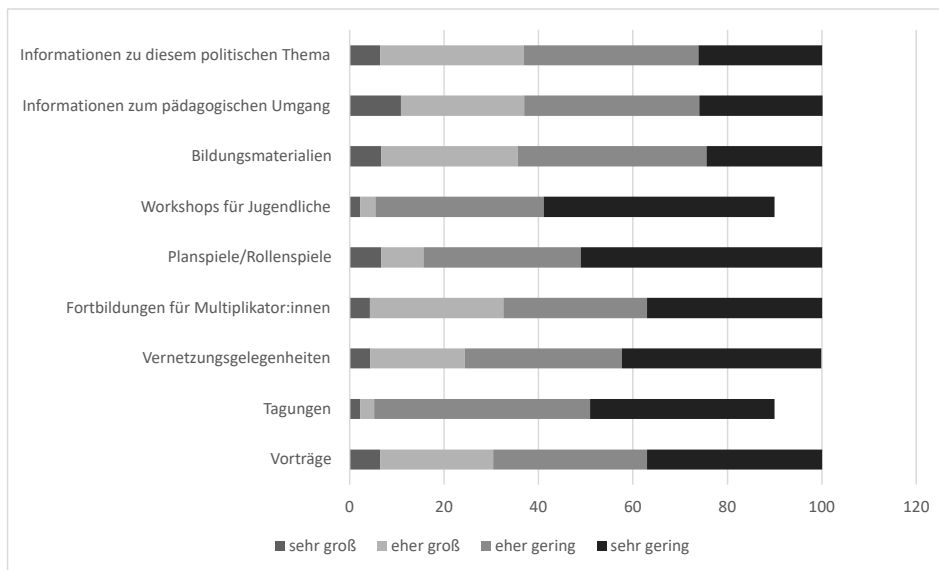


Abbildung 3: Bedarf der Einrichtungen (N = 49) an Angeboten im Themenfeld Linksradikalismus

Auch zeigt die Analyse, dass in den Institutionen eine nicht unerhebliche Diskrepanz zwischen wahrgenommenem Bedarf und vorhandenem Angebot besteht. In Abbildung 4 wurde das tatsächliche Angebot der Einrichtung zu bestimmten Themenbereichen den Interessen und Bedarfen der Zielgruppe der jeweiligen Einrichtungen gegenübergestellt; Anti-Gentrifizierung, Polizeigewalt, Globalisierungskritik und Klimaprotest wurden dabei als relevante Themenfelder benannt, zu denen zum Zeitpunkt der Befragung ein vermehrtes Bildungsangebot zwar erforderlich, aber nicht vorhanden schien.

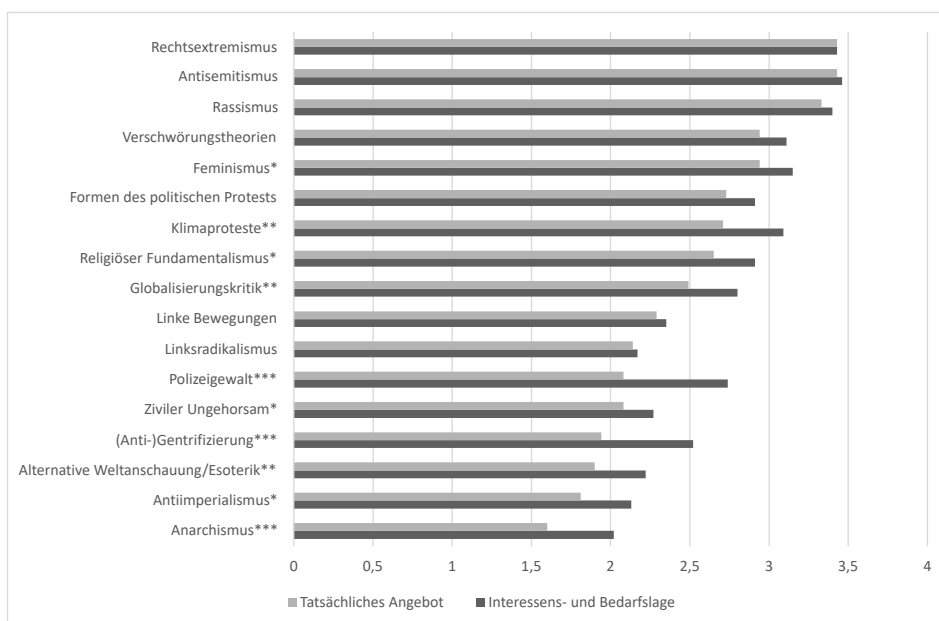


Abbildung 4: Tatsächliches Angebot der Einrichtungen gegenüber Interessen- und Bedarfslage der Zielgruppe nach Themenfeldern (t-Test; Signifikanzniveau: *>=.05; **>=.01; ***>=.0001)

Auch im Rahmen der Erfragung der Bedarfe hatten die Fachkräfte die Gelegenheit, in Freitextantworten vertiefend und individuell auf die Bedarfsformulierung einzugehen. Am häufigsten wurden dabei Nennungen gemacht, die sich unter einem Bedarf an wissenschaftlichen Grundlagen zum Phänomen jenseits des Extremismuskonzeptes (13 Nennungen) sowie unter den Bedarf an einem zielgruppenspezifischen und bedarfsgerechten didaktischen Material zum Thema (neun Nennungen) zusammenfassen lassen. Wie die Ankerbeispiele (siehe Tabelle 2) aus den individuellen Freitextantworten zeigen, beziehen sich die Fachkräfte auch bei der Formulierung der Bedarfe auf die oben skizzierte Kontroverse um das Extremismuskonzept und formulieren aus der Kritik am Konzept den Bedarf an einer vom Extremismuskonzept/-begriff unabhängigen Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Linke Militanz. Hier zeigt sich außerdem, dass sich die formulierten Bedarfe mit den genannten Zugängen zum Themenfeld hinsichtlich der Bezugnahme auf das Extremismuskonzept decken. Die Thematisierung der Kontroverse beziehungsweise der Kritik am Konzept wird zum einen als erfahrungsgemäß geeigneter Zugang und zum anderen als Bedarf der jeweiligen Einrichtung identifiziert.

Bedarfe			
SUBKATEGORIEN	NENNUNGEN		
Wissenschaftliche Grundlagen zum Phänomen jenseits des Extremismuskonzepts	13	„Differenzierte Kritik am Linksextremismus- und Linksradikalismusbegriff und keine unreflektierte und einseitige Verwendung des Begriffs in der politischen Bildung, der politischen Öffentlichkeit sowie öffentlichen Einrichtungen.“	„Eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema, die nicht auf dem Extremismuskonzept basiert, weil das auf die falsche Fährte führt und gesellschaftspolitisch und im Kontext von politischer Bildung mehr Schaden als Nutzen anrichtet.“
Bedarfsgerechtes und zielgruppenspezifisches didaktisches Material	9	„Ein themendifferenziertes Bildungsmaterial mit einer klaren theoretischen und definitorischen Grundlage“	„Bildungsmaterialien und Leitfaden zum pädagogischen Umgang mit dem Thema.“
Vernetzung	6		
Öffentlichkeitsarbeit	2		
Keine Bedarfe	5		
Sonstige (Veranstaltungen; Publikationen)	5		

Tabelle 2:
Bedarfe der Einrichtungen im Themenfeld Linksradikalismus (Subkategorien; Anzahl der Nennungen; Ankerbeispiele)

Dies lässt sich auch für die von den Befragten identifizierten Herausforderungen feststellen. Hier wurden die Teilnehmenden abschließend gefragt, welche Herausforderungen in der pädagogischen und präventiven Auseinandersetzung mit dem Thema Linksradikalismus erfahrungsgemäß auftreten. Dabei sind die Nennungen auch hier teilweise deckungsgleich mit den individuellen Freitextantworten zu den

erfragten geeigneten Zugängen und den Bedarfen. Denn das Extremismuskonzept beziehungsweise die am Konzept kritisierte vermeintliche Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus sowie der Unterstellung, mit dem Konzept gehe eine Kriminalisierung legitimer linker Bewegungen und politischer Ideen einher, wird von den Befragten ebenfalls als eine Herausforderung identifiziert. Ferner sehen sich insbesondere die Einrichtungen, die ein Bildungs-, Präventions- oder Informationsangebot vorhalten, mit „Anfeindungen“, Unverständnis und Stigmatisierung konfrontiert. Die befragten Fachkräfte gaben an, von Kritiker:innen werde hervorgebracht, eine Beschäftigung mit dem Themenfeld kriminalisiere linke Bewegungen pauschal als extremistisch und relativiere so die tatsächliche Bedrohung durch einen Rechtsextremismus (siehe Tabelle 3).

Herausforderungen im Umgang mit dem Thema Linksradikalismus		„Die Gefahr besteht unserer Auffassung nach vor allem in der Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus. Das ist in jedem Fall keine Grundlage, um über Linksextremismus zu sprechen.“	„Stigmatisierung von Trägern, die sich mit dem Thema beschäftigen“
SUBKATEGORIEN	NENNUNGEN		
Extremismuskonzept	9		
Anfeindungen und Stigmatisierung von Trägern	7	„Stigmatisierung von legitimen linken und demokratischen Bewegungen, Ideen und Akteuren aufgrund des Extremismusbegriffs der Behörden.“	„Drohungen und Störungen durch Linke“
Debatte um Legitimität von Aktionsformen	4		
Geringe Vorkenntnisse und Desinteresse unter der Zielgruppe	3		
Mangelnde öffentliche Wahrnehmung einer Problematik	5	„Mangelnde öffentliche Wahrnehmung demokratiegefährdender linksextremer Ideologien und Handlungen“	„Öffentliche Ablehnung des Themenschwerpunktes“
Heterogenität des Phänomens	6		
Mangelnde Ressourcen	1		
Zugang zu der Zielgruppe/Radikalisierten	3		

Tabelle 3:
Herausforderungen im Umgang mit dem Thema Linksradikalismus (Subkategorien; Anzahl der Nennungen; Ankerbeispiele)

Fazit

Obschon die Bedarfserhebung zeigt, dass eine politisch-bildnerische oder präventiv-pädagogische Bearbeitung des Themenfeldes Linksradikalismus oder Linke Militanz zum damaligen Zeitpunkt (Anfang 2021) kein Bereich war, der von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit prioritär adressiert wurde, liefert(e) die Erhebung damals wie heute - auch für das Projekt Bundesfachstelle Linke Militanz - wertvolle Hinweise. Zum Zeitpunkt der Bedarfsanalyse, also zu Beginn der aktuellen Förderperiode vor fast vier Jahren, sah sich die Bundesfachstelle sowohl im Bereich der Erarbeitung und Bereitstellung inhaltsbezogener Fachexpertise als auch in der Arbeit in der präventiv pädagogischen Praxis mit einer unklaren Bedarfslage konfrontiert. Mit dem nahenden Projektende kann nun festgehalten werden, dass in den beiden Schwerpunktbereichen sehr wohl Bedarfe identifizierbar sind, diese allerdings qualitativ wie quantitativ nicht den initialen Erwartungen entsprechen.

Fachexpertise im Themenfeld war im Verlauf des Projekts vor allem anlassbezogen, das heißt im Zusammenhang mit Einzelereignissen gefragt. Das gilt für fachlich-inhaltliche Angebote ebenso wie für die präventiv-pädagogischen und politisch-bildnerischen Formate. Dies bestätigen auch die Ergebnisse der vorliegenden Erhebung, in deren Rahmen ein Bedarf an Angeboten artikuliert wurde, die sich inhaltlich auf damalige oder in regelmäßigen Abständen wiederkehrende Ereignisse (Polizeigewalt im Protestgeschehen, Klimaproteste, ziviler Ungehorsam usw.) beziehen. Dies und die Identifikation der Fachkräfte von Rollen- und Planspielen als besonders geeignetem, didaktischem Zugang zum Themenfeld nahm man im Projekt Bundesfachstelle konkret zum Anlass, ein Planspiel zum Thema (Anti-)Gentrifizierung als gesellschaftlichem Konfliktfeld sowie politischem Aktionsfeld der radikalen Linken zu entwickeln - ein Konzept, das didaktisch wie inhaltlich sensible Anknüpfungspunkte bietet, um mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen über das Phänomen der linken Militanz sowie auch über Gewalt ins Gespräch zu kommen, ohne Gefahr zu laufen, linke Bewegungen und Politikentwürfe als extremistisch zu kriminalisieren.

Ohnehin stieß der Ansatz, in der präventiv-pädagogischen Arbeit auch Gewaltfragen zu fokussieren, während der Projektlaufzeit in der Präventions- und Bildungslandschaft auf große Akzeptanz. Erfahrungswissen, an das aktuelle sowie zukünftige Innovations- und andere Projekte im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ anknüpfen können. Denn - und das zeigt die Bedarfserhebung deutlich -: Einrichtungen, politische Bildner:innen und andere Akteur:innen, ob sie nun im Themenfeld aktiv sind oder nicht, sehen sich mit Akzeptanzproblemen und weiteren Herausforderungen konfrontiert. Bedarfe, ungeeignete Zugänge sowie Akzeptanzprobleme wurden dabei ganz überwiegend auf das sicherheitspolitisch geprägte Extremismuskonzept sowie den Begriff Linksextremismus zurückgeführt.

Die Ergebnisse der Bedarfsanalyse spiegeln hierbei die anhaltende Kontroverse über den vermeintlichen Nutzen und die Herausforderungen des Extremismuskonzepts - insbesondere in der politischen Bildung - wider. Ganz offensichtlich befanden sich die an der Befragung teilnehmenden politischen Bildungsakteur:innen und Pädagog:innen zum damaligen Zeitpunkt in einer Situation, in der sie einerseits eine wissenschaftlich fundierte und differenzierte Bildungsarbeit im Themenfeld leisten wollten, andererseits mangels Alternativen oder staatlicher Programmanforderungen auf das Extremismuskonzept und seine Begrifflichkeiten zurückgreifen mussten.

Das Extremismuskonzept - insbesondere der Terminus Linksextremismus -, die Präventionslogik der Fördergeber:innen und die Heterogenität des zu adressierenden Phänomens sowie die damit einhergehende konfliktbehaftete Kontroverse und Akzeptanzprobleme hinsichtlich pädagogischer Angebote im Themenfeld sind allesamt Herausforderungen, mit denen sich auch die Bundesfachstelle während der Projektlaufzeit wiederkehrend und anhaltend konfrontiert sah.

In Bezug auf den Umgang mit derart gelagerten Herausforderungen ist das Projekt damals wie heute zum Ende der zweiten Förderperiode ebenso ein lernendes Projekt wie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ insgesamt.

Literaturverzeichnis

- Achour, Susanne und Gill, Thomas: Extremismusprävention als politische Bildung?, in: POLIS, H. 4/2020, S. 11-13.
- Fuhrmann, Maximilian: Das Extremismuskonzept in der politischen Bildung, o. J., URL: <https://api.politischbilden.de/documents/63b2c27fac76f1.29293016.pdf> [eingesehen am 08.11.2024].
- Kuckartz, Udo: Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung, Weinheim 2012.
- Scherr, Albert: Legitime Gesellschaftskritik oder Extremismus? Fallstricke, Herausforderungen und Perspektiven der Diskurse über Linksextremismus und linke Militanz, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 78-90.

Transfer in die Regelstrukturen

Zwischen Auftrag, Buzzword und Umsetzung

Marie Bohla und Till Schröter

1 Begriffliche Ausgangsbedingungen im Bundesprogramm und darüber hinaus

Die im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten Projekte decken eine breite Themenvielfalt ab. Doch teilen sie eine gemeinsame Herausforderung: den Transfer in Regelstrukturen. Auch das Projekt „Bundesfachstelle Linke Militanz“ am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen wird im Handlungsbereich Bund im Bundesprogramm gefördert. In den Grundsätzen der Förderperiode 2020 bis 2024 fordern Projektakteur:innen im Handlungsbereich Bund einen „Transfer in die Regelstrukturen“. Demnach gehören die Unterstützung von Regelstrukturen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene sowie der Transfer erfolgreicher Ansätze und Konzepte in ebendiese zu den zentralen Aufgaben der Kompetenznetzwerke und -zentren im Bundesprogramm.

Den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe kommt dabei eine hervorgehobene Bedeutung zu: So heißt es in den 2019 erlassenen Förderrichtlinien, zu den Aufgaben der Träger:innen im Programm gehörten unter anderem „Qualifizierung und Transfer in die Regelstrukturen sowie Unterstützung bei der Entwicklung von fachlichen Standards“³⁹. Die Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Bund sprechen außerdem davon, dass die „Aufgaben [...] insbesondere für Partner:innen und Projekte im Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ sowie für Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe umgesetzt werden“⁴⁰ sollen. Indes

39 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Richtlinie zur Förderung von Projekten der Demokratieförderung, der Vielfaltgestaltung und zur Extremismusprävention (Förderrichtlinie Demokratie leben!), 05.08.2019, URL: https://vielfalt-leben.eu/wp-content/uploads/2020/01/Foerderrichtlinie_Demokratie_leben_Foerderung_von_Projekten.pdf [eingesehen am 01.07.2024].

40 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Grundsätze der Förderung, S. 4, URL: <https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/>

sehen sich gleichzeitig die Modellprojekte im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung des Bundesprogramms mit der „Zusammenarbeit mit Regelstrukturen“⁴¹ beauftragt. Auch die Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung spricht bereits 2016 von der „Überführung innovativer und erfolgreicher Ansätze in Regelstrukturen“⁴².

Folglich handelt es sich bei dem Begriff der Regelstruktur um einen zentralen Begriff des Bundesprogramms. Dass dieser vom Fördermittelgeber selbst jedoch nicht näher bestimmt worden ist, stellt im Rahmen des oben skizzierten Transferauftrags eine Herausforderung dar. Im Kontext der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation sowie der Erfahrungen aus der Projektarbeit hat sich indes ein bestimmtes Verständnis des Begriffs der Regelstrukturen etabliert. Dieser Beitrag setzt sich zum Ziel, zunächst ebendieses Begriffsverständnis zu skizzieren sowie Möglichkeiten der praktischen Umsetzung im Handlungsfeld und darüber hinaus aufzuzeigen. Dadurch werden schließlich auch die Herausforderungen des Auftrags deutlich.

2 „Regelstrukturen“ und Transfer - das vorherrschende Begriffsverständnis

Regelstrukturen verstehen sich ihrem Namen nach zunächst in Abgrenzung zu Projektstrukturen als auf Dauer ausgerichtete Strukturen, die von einer langfristig gesicherten Finanzierung getragen werden. Ihr Dasein und ihre Ausgestaltung sind gesetzlich oder auf andere Weise formell kodifiziert. Regelstrukturen sind für eine kontinuierliche Bereitstellung von Leistungen und die Umsetzung von Programmen verantwortlich. Folglich lässt sich der Begriff „Regelstrukturen“ sehr breit fassen und kann sowohl Träger:innen der öffentlichen Kinder- und Jugendarbeit als auch Träger:innen der freien Kinder- und Jugendarbeit abdecken. Das Tableau beinhaltet demnach Träger:innen mit diversen Interessen, Ausrichtungen und Finanzierungsquellen: Träger:innen der außerschulischen Kinder- und Jugendhilfe, Akteur:innen im Bildungsbereich (beispielsweise Bildungsstätten und

[Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerderung/220919_Grundsaeetze_der_Foerderung_Bund.pdf](#) [eingesehen am 24.06.2024].

- 41 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben: Grundsätze der Förderung von Modellprojekten im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, 10.02.2020, S. 4, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerderung/200210_grundsaeetze_der_foerderung_vielfaltgestaltung.pdf [eingesehen am 04.07.2024].
- 42 Die Bundesregierung: Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, Juli 2016, URL: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung-data.pdf> [eingesehen am 01.07.2024].

Volkshochschulen), (Wohlfahrts-)Verbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Verwaltungsstrukturen (wie Bürger:innen- und Jugendämter), aber auch privat-gewerbliche und mitunter nicht gemeinnützige Träger:innen.⁴³

Ein „Transfer in die Regelstrukturen“ bedeutet also die Überführung von Erkenntnissen, Ansätzen und Methoden in etablierte und dauerhafte Strukturen und Systeme, die zuvor in zeitlich befristeten Projekten gewonnen und entwickelt wurden. Ziel dieses Transfers ist die nachhaltige Integration erfolgreicher Praktiken in die Regelpraxis der Institutionen und Organisationen der oben genannten Strukturen, damit diese langfristig genutzt und weiterentwickelt werden können. Als relevante Regelstrukturen im „Handlungsfeld Extremismusprävention“ lassen sich Bildungseinrichtungen, kommunale Verwaltungen, Sicherheitsbehörden, Justiz, Ausstiegs- und Betroffenenberatungen, Institutionen des formalen Bildungssystems sowie soziale Dienste – insbesondere Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und des informellen Lernens – identifizieren. Neben staatlichen Institutionen kommen auch zivilgesellschaftlich organisierte Strukturen als Zielgruppe eines Transfers infrage.

3 Der Transfer in die Regelstrukturen in der Projektarbeit

Wie nun aber lassen sich Ansätze aus Projekten in Regelstrukturen transferieren? Diese Frage kann hier zwar nicht final beantwortet werden, drängt sich jedoch immer wieder auf – vor allem in den letzten Monaten der laufenden Programmperiode von „Demokratie leben!“. Sie hat weitreichende Implikationen für die Arbeit der im Bundesprogramm geförderten Träger:innen, deren finanzielle Ressourcen, zeitliche Gestaltung und auch darauf, wie sie evaluiert werden. Die oben skizzierte begriffliche Konfusion verkompliziert obendrein das gesamte Unterfangen: Im Austausch mit anderen im Bundesprogramm geförderten Projekten und auf Konferenzen des BMFSFJ manifestierten sich Unsicherheiten sowohl hinsichtlich des Begriffsverständnisses als auch bezüglich der Umsetzung des Auftrags, weshalb es sinnvoll erscheint, hier einige Transfermöglichkeiten aufzuzeigen. Wir tun dies, indem wir zunächst darlegen, wie die Bundesfachstelle Linke Militanz den Transfer in die Regelstrukturen innerhalb der Förderperiode bearbeitet hat, und leiten bedeutsame Herausforderungen ab.

Die Bundesfachstelle Linke Militanz kommt dem Auftrag des Transfers in die Regelstrukturen nach, indem sie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Fachkräfte und Multiplikator:innen aus der Regelpraxis anbietet, um diese im Umgang

43 Vgl. Heinze, Franziska et al.: Untersuchungen zur Nachhaltigkeit der Förderungen auf Bundesebene. Wissenschaftliche Begleitung Handlungsbereich Bund im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024, S. 54 f., URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Bericht_2021_wB_HB_Bund.pdf [eingesehen am 20.06.2024].

mit den im Projekt gewonnenen Erkenntnissen sowie entwickelten Ansätzen und Konzepten zu qualifizieren. Zudem erstellt und verbreitet das Projekt Materialien wie Arbeitshilfen, Leitfäden oder Fachpublikationen. Im Projekt entwickelte Konzepte sollen mithilfe dieser Materialien angewandt werden, zur Durchführung von Bildungseinheiten befähigen und das im Projekt gewonnene Fachwissen im Themenfeld nachhaltig zugänglich machen; wobei die genannten Transfertätigkeiten regelmäßig - inhaltlich sowie administrativ - ineinandergreifen. So konzipierte die Bundesfachstelle Linke Militanz im Förderzeitraum von 2020 bis 2024 zwei Planspiele, welche die Themen Anti-Gentrifizierung als politisches Aktionsfeld und Protest adressieren. Die dazugehörigen Handreichungen sowie Materialsammlungen unterstützen Fachkräfte und Multiplikator:innen in der autonomen Umsetzung der Konzepte in der Bildungspraxis und schulen sie zugleich im Rahmen der Fortbildungsangebote zum Umgang mit dem Phänomen der linken Militanz.

Bei den Fortbildungsreihen „Spannungsverhältnisse der freiheitlichen Demokratie im Fokus“ und „Politische Aktionsformen und Proteste im Planspiel“ wurde jeweils mit dem Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) kooperiert, um die relevanten Zielgruppen zu erreichen. Auch über solche Arten von Kooperationen kann in die Regelstrukturen hineingewirkt werden. Das so zur Verfügung gestellte Fachwissen kann in der Identifizierung und im Umgang mit Radikalisierungsprozessen einerseits und Radikalisierten andererseits hilfreich sein. Zudem soll es den Akteur:innen der Regelstrukturen eine sachliche Auseinandersetzung mit linkem Radikalismus ermöglichen. Dies bedeutet, dass die Heterogenität des Phänomens und dessen Graubereiche identifiziert und der Umgang damit reflektiert werden müssen. Damit einher gehen die Fähigkeiten, Ideologeme zu erkennen sowie strafbare Handlungen von weniger problematischen Aspekten linken Radikalismus zu differenzieren und zu bewerten.

Während der Fokus der Transferarbeit auf Qualifizierungsangeboten und der Materialentwicklung liegt, werden im Rahmen der Transferarbeit des Projektes auch Netzwerke und Kooperationen zwischen verschiedenen Akteur:innen etabliert, um den Austausch von Wissen und Praxiserfahrungen zu fördern. Schließlich beinhaltet die Transferarbeit der Bundesfachstelle auch die Identifikation von Gelingensbedingungen und Erfolgsfaktoren durch Evaluation und Monitoring, um Transferprozesse begleiten und anpassen zu können.

Die jeweiligen Bedarfe und Eigenlogiken einzelner Regelstrukturen stellen dabei eine Herausforderung für die Projekte dar, die vom Bundesprogramm mit einem Transfer beauftragt sind. Deshalb müssen sich Ansätze an die Regelstrukturen anpassen, deren jeweiligen Eigenlogiken und Arbeitsweisen müssen verstanden und berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für Institutionen des formalen Lernens, also die Regelstruktur Schule. Hier sind Ressourcen und Kapazitäten, die ein erfolgreicher Transfer seitens der Regelstrukturen erfordert, allerdings oft be-

grenzt. Und hier müssen Lehrkräfte frühzeitig in den Entwicklungsprozess einbezogen werden, um Bedürfnisse und Voraussetzungen jeweils regelstrukturgerecht berücksichtigen zu können.⁴⁴

Dabei hat sich auch gezeigt, dass die Bundesfachstelle Linke Militanz in ihrem Angebot flexibel und anpassungsfähig sein muss, um auf spezifische Anforderungen und Rahmenbedingungen der Regelstrukturen eingehen zu können. Dies können im Falle der Regelstruktur Schule beispielsweise die curricularen Vorgaben der Schulen der jeweiligen Länder sein. Neben den Herausforderungen der Eigenlogiken und begrenzten Ressourcen in den jeweiligen Regelpraxen sieht sich das Projekt im Rahmen der Transferarbeit zudem regelmäßig mit Widerständen und Vorbehalten insbesondere gegenüber den Qualifizierungsangeboten und Konzepten konfrontiert. Diese setzen sich inhaltlich und methodisch mit linkem Radikalismus im Spannungsfeld von Prävention und politischer Bildung⁴⁵ auseinander.

Gelegentlich - insbesondere angesichts der Herausforderungen im „Transferbereich Qualifizieren und Kooperation“ - ist es im Sinne eines gelingenden Transfers zielführend, eine niedrigschwelligere Prozess- und Wirkungsebene zu adressieren. Das Informieren und Sensibilisieren der Zielgruppe und darüber hinaus lässt sich ebenfalls unter den oben beschriebenen Transferauftrag fassen, da Wissensbestände so verbreitet werden, dass (erste) Kontakte mit der Regelpraxis geknüpft und eine (weitere) Zusammenarbeit vereinbart werden kann.

Auch der Aufbau von Netzwerken sowie die Sichtbarmachung des Projektangebotes sind für einen gelingenden Transfer in die Regelstrukturen relevant. So legte die Bundesfachstelle Linke Militanz während der laufenden Förderperiode ein Open-Access-Handbuch auf der Projektwebsite an. In verschiedenen Beiträgen widmen sich die Mitarbeitenden darin unterschiedlichen Perspektiven des Phänomenbereichs, um interessierte Leser:innen zu informieren und sensibilisieren. Das so transferierte Grundlagenwissen zu Linker Militanz soll nachhaltig, das heißt über die aktuelle Projektlaufzeit hinaus, zugänglich gemacht werden und erreicht - so zumindest die Hoffnung - eine breit aufgestellte Leser:innenschaft.

Zudem befasste sich eine von der Bundesfachstelle ausgerichtete Fachtagung mit demokratiefeindlichen Brückennarrativen und insofern mit einem stets aktuellen Thema, das aufgrund seiner phänomenübergreifenden Relevanz Fachkräfte und andere Akteur:innen aus vielfältigen Regelstrukturen adressierte und Möglichkeiten für einen über die Projektlaufzeit andauernden Austausch schuf.

44 [Detaillierter setzen sich Till Schröter und Natalia Hanauska in diesem Band mit der Regelstruktur Schule auseinander.](#)

45 Vgl. den [Beitrag von Till Schröter in diesem Band.](#)

4 Ausblick

Nicht alle der oben skizzierten Möglichkeiten zur praktischen Umsetzung des Transfers in die Regelstrukturen mögen für die divers ausgerichtete Träger:innenlandschaft gleichermaßen gangbar oder erstrebenswert sein. Dennoch ist eine solche Darstellung in Anbetracht der begrifflichen Unsicherheiten bei gleichzeitiger Persistenz der Forderung nach einem „Transfer in die Regelstrukturen“ von Nutzen. Vor dem Hintergrund der Frage, wie der Transfer gelingen kann, lohnt es sich, auch in Zukunft über Begriffsverständnis und Best Practices projektübergreifend auszutauschen – denn die Relevanz dessen wird auch über das Ende der aktuellen Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ hinaus aktuell bleiben.

Zugleich drängt sich die Frage nach der realen Effizienz dieses Modells auf, das Nachhaltigkeit über Nichtnachhaltigkeit herzustellen versucht. Erkenntnisse, Methoden und Ansätze werden in befristeten Projekten von einem (stark) fluktuierenden Mitarbeitenden-Pool generiert, Innovationen geschaffen. Aus den Projektstrukturen soll dann ein *Spillover* in Richtung der Regelstrukturen stattfinden, wo das Innovierte reproduziert beziehungsweise weiterverwendet werden kann. Mit Sicherheit geht auf diese Weise ein gewisses Potenzial verloren.

Literaturverzeichnis

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben: Grundsätze der Förderung von Modellprojekten im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, 10.02.2020, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerderung/200210_grundsaeetze_der_foerderung_vielfaltgestaltung.pdf [eingesehen am 04.07.2024].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Grundsätze der Förderung, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerderung/220919_Grundsaeetze_der_Foerderung_Bund.pdf [eingesehen am 24.06.2024].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Richtlinie zur Förderung von Projekten der Demokratieförderung, der Vielfaltgestaltung und zur Extremismusprävention (Förderrichtlinie Demokratie leben!), 05.08.2019, URL: https://vielfalt-leben.eu/wp-content/uploads/2020/01/Foerderrichtlinie_Demokratie_leben_Foerderung_von_Projekten.pdf [eingesehen am 01.07.2024].

Die Bundesregierung: Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, Juli 2016, URL: <https://www.bmfsfj.de/>

[resource/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung-data.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/Strategie-der-Bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung-data.pdf) [eingesehen am 01.07.2024].

Heinze, Franziska et al.: Untersuchungen zur Nachhaltigkeit der Förderungen auf Bundesebene. Wissenschaftliche Begleitung Handlungsbereich Bund im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Bericht_2021_wB_HB_Bund.pdf [eingesehen am 20.06.2024].

Regelstruktur Schule

Herausforderungen und Chancen des Transfers und der Zusammenarbeit

Till Schröter und Natalia Hanauska

1 Zum Transfer in die Regelstrukturen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Zu den zentralen Aufgaben der Kompetenznetzwerke und -zentren im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Förderzeitraum 2020 bis 2024 gehören die Unterstützung von Regelstrukturen sowie der Transfer erfolgreicher Ansätze und Konzepte in ebendiese Strukturen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Auch die Bundesfachstelle Linke Militanz am Institut für Demokratieforschung der Georg-August Universität Göttingen, gefördert im Bundesprogramm als Kompetenzzentrum Linker Extremismus, steht vor dieser Aufgabe. Allerdings ist der zentrale Begriff der Regelstrukturen definitorisch vonseiten des Fördermittelgebers nicht vorgegeben und führt daher immer wieder zu Unsicherheiten seitens der im Bundesprogramm geförderten Träger:innen.⁴⁶

Unbestritten ist indes, dass die Institution Schule als langfristig finanziell und gesetzlich abgesicherte Struktur dazu zu zählen ist.⁴⁷ Somit unterscheiden sich Schulen erheblich von den projektförmigen Strukturen der Träger:innenlandschaft im Bundesprogramm hinsichtlich Finanzierung, Organisationsgefüge, Selbstverständnis, Personal, Ressourcen und Arbeitsweisen. Auch innerhalb der Regelstruktur Schule existieren große Unterschiede: zwischen Schulformen, einzelnen Schulen, zwischen und innerhalb von Klassen. All dies stellt den Transfer und die darüber hinausgehende Zusammenarbeit vor große Herausforderungen.

46 Zu den begrifflichen Schwierigkeiten, dem vorherrschenden Begriffsverständnis und praktischen Umsetzungsmöglichkeiten der Forderung nach dem „Transfer in die Regelstrukturen“ vgl. in diesem Band den [Beitrag von Marie Bohla und Till Schröter](#).

47 Darüber hinaus kann der Begriff sehr breit gefasst werden und sowohl Träger:innen der öffentlichen Kinder- und Jugendarbeit als auch Träger:innen der freien Kinder- und Jugendarbeit beinhalten; ebd.

Dieser Beitrag setzt sich deshalb zum Ziel, Herausforderungen und Chancen der Zusammenarbeit zwischen Projekt- und Regelstrukturen am Beispiel der Institution Schule zu skizzieren und Möglichkeiten der praktischen Umsetzung im Handlungsfeld aufzuzeigen.

2 Schule als eine besondere Regelstruktur: Herausforderungen und Chancen

Wohl jede:r Bürger:in hat es mindestens einmal im Leben gehört: Bildung ist Ländersache. Im Detail ist dazu in Artikel 30 des Grundgesetzes zu lesen: „Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt.“⁴⁸ Die Bundesländer beanspruchen also das Schul- und Hochschulwesen als „ihre ureigene Domäne“⁴⁹, was sich durch das in den öffentlichen und politischen Debatten etablierte und 2006 von der Großen Koalition durchgesetzte sogenannte Kooperationsverbot verschärft. Obwohl der Bund in den letzten Jahren mehr Einfluss zu gewinnen und eine Angleichung zwischen den Ländern zu erwirken versuchte,⁵⁰ bleibt die Kulturhoheit der Länder in ihren Grundfesten bestehen oder wie der Sozial- und Bildungsrechtswissenschaftler Michael Wrase bildlich beschreibt: „Es sind also viele kleinere Maßnahmen, die zu einer Durchlöcherung des Kooperationsverbots beitragen“⁵¹ – der große Durchbruch bleibt jedoch aus. In der Folge hat der Schulföderalismus, je nach Bundesland, stark unterscheidende Schulsysteme, Schulformen, Schulübergänge, Lehrpläne, Anzahl von Schuljahren zum Erreichen der Allgemeinen Hochschulreife, Fächerangebote und Abschlussprüfungen hervorgebracht.

Als im Handlungsbereich Bund geförderte Träger:innen agieren die Kompetenznetzwerke und -zentren bundesweit und sehen sich daher mit der bildungspoli-

48 Art. 30 Grundgesetz, URL: <https://dejure.org/gesetze/GG/30.html> [eingesehen am 16.07.2024].

49 Hepp, Gerd: Wie der Staat das Bildungswesen prägt, 09.09.2013, URL: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/145238/wie-der-staat-das-bildungswesen-praegt/> [eingesehen am 01.08.2024].

50 Zum Beispiel durch Programme wie den „DigitalPakt Schule“ 2019 (vgl. Rechtliche Grundlagen des Digitalpakts Schule, in: Bundesministerium für Bildung und Forschung, URL: <https://www.digitalpaktschule.de/de/rechtliche-grundlagen-des-digitalpakts-schule-1782.html> [eingesehen am 17.07.2024]) und die KMK-Ländervereinbarung 2020 (vgl. Kultusministerkonferenz: Politische Vorhaben zur „Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen“ vom 15.10.2020, URL: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2020/2020_10_15-Politische-Vorhaben-LV.pdf [eingesehen am 17.07.2024]).

51 Wrase, Michael: Das Kooperationsverbot und sein Ende. Bund und Länder sollen in Bildungsfragen noch enger zusammenarbeiten dürfen, in: WZB Mitteilungen, H. 159 (2018), S. 34-37, hier S. 37, URL: <https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2018/f-21221.pdf> [eingesehen am 01.08.2024].

tisch real existierenden Diversität konfrontiert. Denn: Die in den befristeten Projekten gewonnenen und entwickelten Erkenntnisse, Ansätze und Methoden, die durch den Transfer in die Regelstrukturen in die entsprechenden Systeme überführt werden, sollen für die unterschiedlichen schulischen (und außerschulischen) Strukturen gleichermaßen zugänglich und adaptierbar sein, um langfristig nutzbar zu sein. Diese Besonderheiten der Regelstruktur Schule stellen sowohl Lehrkräfte als auch Projektmitarbeitende vor gewisse Herausforderungen. Die aus unserer Sicht größten Schwierigkeiten sollen im Folgenden benannt und beleuchtet werden. Die Erkenntnisse beruhen auf eigenen Beobachtungen.

2.1 Curriculum

Die curricularen Vorgaben einzelner Bundesländer und die teilweise schulspezifischen Umsetzungen stellen die Kooperation zwischen den Projektstrukturen und der Schule sowie den Transfer in selbige regelmäßig vor Herausforderungen, auf die flexibel reagiert werden muss. So berichtet eine Lehrkraft,⁵² die an einer Fach- und Berufsoberschule tätig ist, im Rahmen der Kooperation:

„Ich fand's in der [Schulform] jetzt tatsächlich sogar eigentlich ideal, weil wir ja da diese Teilung haben, dass im ersten Halbjahr Geschichte gemacht wird und im zweiten Halbjahr ‚Politik und Gesellschaft‘. [...] Man könnte es sicherlich auch in der [anderen Schulform] in der zwölften Klasse machen, die haben ja dann nur ‚Politik und Gesellschaft‘, weil sie in der elften dann Geschichte hatten.“ (LK1_ZP1)

Dieselbe Lehrkraft führt den Spagat zwischen den curricularen Anforderungen an die Schule und der Möglichkeit einer Kooperation mit den Projektstrukturen weiter aus und verweist dabei auf kreative Verbindungspotenziale in der Umsetzung:

„Vom Lehrplan her kann man sowas meines Erachtens im Sinne von politischer Partizipation zum Beispiel, das ist immer Thema, kannst du immer irgendwo verbraten. [...] Vielleicht würde ich schauen, dass man es ein bisschen reduziert dann, weil wir immer dieses Ding haben, dass du wirklich viel durchbringen musst - Lehrplan und man weiß, wie das halt immer ist.“ (LK1_ZP1)

Die Zusammenarbeit der Schule mit den Projektstrukturen ist vor dem Hintergrund der curricularen Vorgaben begründungsbedürftig, sodass Kreativität und Flexibilität auf beiden Seiten gefragt sind. Dies trifft aber auch auf die Schüler:innen zu. So berichtet eine andere Lehrkraft:

52 Die Interviews mit Lehrkräften wurden im Rahmen der Kooperation und Erprobung von politischen Bildungsmaterialien im Förderzeitraum 2020 bis 2024 geführt, transkribiert und anonymisiert.

„Ja, das kam jetzt für die Schüler sehr überraschend durch den spontanen Wechsel. Die schauen dann morgens um acht auf den Vertretungsplan und sehen, es wird umgeplant.“
(LK2_ZP3)

Auch wenn es nicht zu Umplanungen durch den Vertretungsplan kommt, können sich die Stundenpläne herausfordernd auf alle Beteiligten auswirken: Randstunden und Unterricht nach Freistunden sind für die gesellschaftswissenschaftlichen Nebenfächer in der Schule keine Seltenheit und erzielen die entsprechende Wirkung bei den Schüler:innen. Die Lehrkraft gibt die Grundstimmung ihrer Klasse nach der Erprobung eines Workshops an einem Sommernachmittag wieder:

„Was undankbar ist, ist natürlich die Uhrzeit. Ja klar, da möchte ich nach draußen, da ist die Luft raus.“ (LK2_ZP3)

Sicherlich sind nicht alle Kooperations- und Transferherausforderungen durch den Schulföderalismus bedingt. Manche Problematiken gehen auch auf die Schule, ganz unabhängig vom Bundesland, zurück. Das feste Schulprogramm und der zeitlich begrenzte Unterricht erschweren die Umsetzung länger dauernder Bildungsangebote, wie zum Beispiel Planspiele oder Workshops. Stunden müssen zusammengelegt werden, das heißt, es muss auf die Kooperation und das Entgegenkommen von Kolleg:innen aus anderen Fachbereichen gehofft werden.

Die Koordination der Zusammenarbeit strapaziert die sowohl bei den Lehrkräften als auch bei den Projektträger:innen knappe Ressource Zeit. Darüber hinaus gilt: Je komplexer die Zusammenarbeit, desto höher der Aufwand. Für die von den Mitarbeiter:innen der Bundesfachstelle Linke Militanz konzipierten Planspiele⁵³ mussten für die Erprobung und begleitende Evaluation sowie Erhebung entsprechende Anträge bei den regionalen Behörden der Kultusministerien gestellt werden. Zur Qualifizierung von Lehrkräften in der Arbeit mit dem Planspiel „Alte Linde - Die Bezirkskonferenz“ im Rahmen von Fortbildungsreihen wurde erneut die Zusammenarbeit mit den regionalen Kultusbehörden vertieft. Ohne dass sich einzelne Lehrkräfte in starkem Maße für die Kooperation einsetzen, ist die teils sehr komplizierte und aufwendige Zusammenarbeit sehr schwer gangbar. Unterfangen dieser Art brauchen Fürsprecher:innen in mehreren Teilinstitutionen der Regelstrukturen, um erfolgreich zu sein. Dies ist nicht zuletzt auch auf Vorbehalte ge-

53 Vgl. Bohla, Marie et al.: Alte Linde - Urbane Rückzugsräume schützen! Aber wie? Ein Planspiel für Jugendliche und junge Erwachsene zu den Themen Anti-Gentrifizierung als gesellschaftliches Konfliktfeld und Protest, Göttingen 2022, URL: https://www.linke-militanz.de/data/akten/2022/11/Handreichung_AlteLinde.-pdf.pdf; Bohla, Marie / Heise, Katharina / Schröter, Till: Alte Linde - Die Bezirkskonferenz. Ein Planspiel für Jugendliche und junge Erwachsene zu den Themen Anti-Gentrifizierung, kommunale Entscheidungsfindung und Protest, Göttingen 2023, URL: https://www.linke-militanz.de/data/akten/2023/10/Handreichung_AlteLinde.pdf [jeweils eingesehen am 14.09.2024].

genüber Angeboten, die sich mit linkem Radikalismus im Spannungsfeld von Prävention und politischer Bildung⁵⁴ auseinandersetzen, zurückzuführen.

2.2 Klassenspezifika

Nicht nur die zwischen den Bundesländern variierenden curricularen Vorgaben sowie die Besonderheiten der Regelstruktur Schule schlagen zu Buche, sondern auch die Heterogenität innerhalb einzelner Schulen, außerdem von Klasse zu Klasse verschiedene Leistungsniveaus der Schüler:innen, was in der Summe die Vergleichbarkeit von Erprobungen erschwert. Diese Vergleichbarkeit sollte jedoch für den Transfer in die Regelstrukturen mit dem Anspruch gleicher Zugänglichkeit und Adaptierbarkeit für alle in gewissem Maße gegeben sein. Eine Lehrkraft führt dazu aus:

„Die Klasse generell ist, was auch Kreativaufgaben angeht, aufgeschlossener. Das liegt am Profil, die haben einfach, was so kreative Sachen angeht, mehr Spaß. Vor allem, wenn es, wenn sie einfach machen können. Die sind generell einfach offener. Es kam mehr Bewegung rein dadurch.“ (LK2_ZP2)

Diese Herausforderung betrifft in erster Linie Projektmitarbeitende, die bei der Entwicklung eines Bildungsangebotes und bei der anschließenden Erprobung nicht wissen können, welche Interessen, Vorstellungen und Vorkenntnisse die Schüler:innen in den jeweiligen Klassen haben. Dadurch kann jedoch eine der wichtigsten Aufgaben der Angebotsplanung – „die bereits vorhandenen politischen Befindlichkeiten und Alltagsvorstellungen in Beziehung zum Inhalt des Unterrichts zu setzen“⁵⁵ – nicht in vollem Maße erfüllt werden.

Nicht weniger wichtig ist das Wissen der Lehrkräfte über die Gefühle, Emotionen und eigenen Erfahrungen der Schüler:innen. Besonders bei emotionalen und kontroversen Themen, wie beispielsweise politischer Gewalt und Radikalisierung, ist die Kenntnis der Schüler:innen erforderlich, um schüler:innenspezifische Schwerpunkte bei der Behandlung der Themen setzen zu können. Folglich sind Projektmitarbeitende bei der Planung und der anschließenden Erprobung politischer Bildungsangebote mit der Herausforderung konfrontiert, eine erfolgreiche Bedingungsanalyse (siehe Abbildung 1) durchzuführen – obwohl man keine konkrete Klasse vor Augen hat.

54 Vgl. in diesem Band [Schröter, Till: Why not both? Zur \(Un-\)Vereinbarkeit von politischer Bildung und Prävention im Phänomenbereich Linke Militanz.](#)

55 Acker mann, Paul et al.: Politikdidaktik kurzgefasst. 13 Planungsfragen für den Unterricht, Schwalbach am Taunus 2010, S. 78.

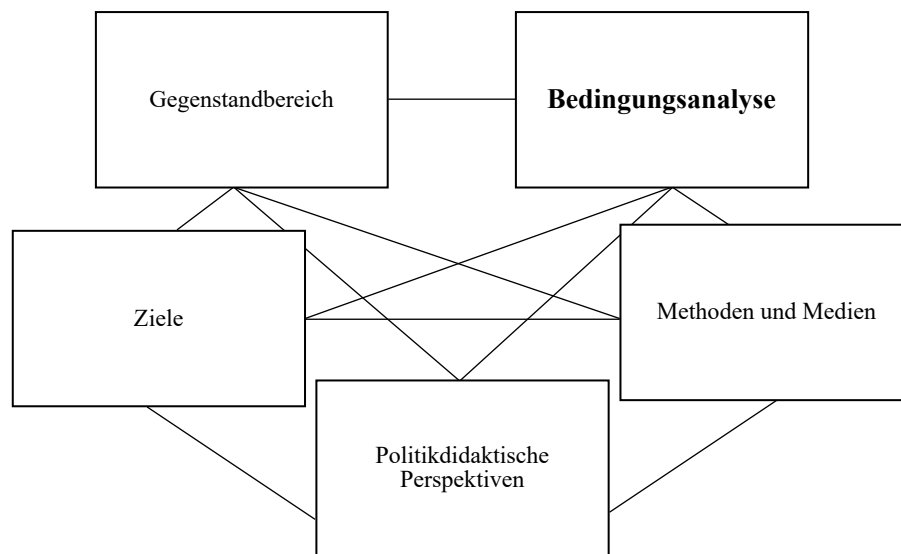


Abbildung 1: Fünf Module der Planung (in Anlehnung an Gotthard Breit und Georg Weißeno)⁵⁶

Im Unterschied zu den Projektmitarbeitenden kennen die Lehrkräfte die Besonderheiten ihrer Lerngruppen und benennen besondere Bedarfe, auf die allerdings von den Projektstrukturen in der erprobenden Zusammenarbeit spontan nicht immer reagiert werden kann:

„Hängt auch wieder von der Bezugsgruppe ab. Es gibt - das liegt aber auch wieder nur daran, ich sage das, weil ich meine Bezugsgruppe kenne -, dass ich sage, manche Sachen hätte ich in noch kleineren Gruppenformen erarbeiten lassen als zu viert oder zu fünft, dann eher so als Paar. Weil das, so wie da hinten in der Ecke, das funktioniert einfach nicht, die Konstellation. Die können das nicht zusammen (lacht).“ (LK2_ZP1)

Dadurch zeichnet sich eine zwischen Projekt- und Regelstrukturen divergierende Fokussierung in der Erarbeitung von Inhalten ab:

„Wenn ich einen Unterricht gestalte, dann habe ich eine bestimmte Klasse im Kopf, dann mache ich das für diese bestimmte Klasse. Und in dem Moment weiß ich schon: Eine andere Klasse im selben Fach, für die funktioniert das so schon nicht. Da bräuchte ich für die schon eine Extra-Lösung. [...] Ich wäre dann halt immer auf der Klassenebene und würde denken: Habe ich hier die Zeit, das so und so auszuprobieren? Das kostet mich wahnsinnig viel Zeit. Und dann setze ich mich hin und reflektier das, um dann festzustellen, dass

⁵⁶ Siehe Breit, Gotthard und Weißeno, Georg: Planung des Politikunterrichts. Eine Einführung, Schwalbach am Taunus. 2003, S. 12.

es in einer anderen Klasse im nächsten Jahr oder so dann auch wieder nicht hundertprozentig passt.“ (LK2_ZP2)

Dabei kommen die unterschiedlichen Anforderungen an die Systeme zum Ausdruck: Die im Bundesprogramm geförderten Träger:innen sollen in befristeten Projekten Erkenntnisse, Ansätze und Methoden generieren, die vielseitig adaptierbar sind, während die Regelstruktur Schule im Sinne der Subjektorientierung auf die Schüler:innen und ihre individuellen Bedarfe fokussiert. Genauso wie bei Lehrkräften – wenn nicht sogar stärker – sind bei Projektmitarbeitenden während der Erprobung der entwickelten Bildungsangebote Spontaneität und schnelle Entscheidungen gefragt. Man kann zwar Bildungsangebote minutiös planen; „[p]ädagogisches Handeln ist aber zu einem Gutteil stets Handeln unter Unsicherheit – es ist komplex, es unterliegt zahlreichen und vielfältigen, teils unbekanntem Einflussgrößen und es ist insofern nie vollständig plan- und/oder vorhersagbar“⁵⁷.

2.3 Chancen der Zusammenarbeit

Doch nicht nur die Herausforderungen werden von den interviewten Lehrkräften thematisiert, sondern auch die Chancen der Zusammenarbeit:

„Also, gerade natürlich auch zu Beginn, da mit diesem sich in den Raum stellen, in die Ecken gehen, das ist sehr auflockernd. Ist was, was ich mir für den Unterricht auch irgendwie immer wieder vornehme und dann doch nicht mache.“ (LK1_ZP1)

Die vom Fördermittelgeber gewünschten Effekte eines Innovations- und Methodentransfers lassen sich somit über die Kooperation erzielen. Vor dem Hintergrund hoher Arbeitsbelastung ist dies für die Lehrkräfte zuträglich:

„Ich find immer cool, wenn ihr kommt. Weil man, man hat einfach selber immer wenig Zeit, so was zu gestalten. [...] Und so habe ich einfach ein grobes Konzept schon mal an der Hand. [...] Ich muss nicht das Rad komplett neu erfinden. [...] Ich habe Empfehlungen und dann kann ich mir Gedanken machen.“ (LK2_ZP2)

Der Wunsch der Lehrkräfte nach einer Fortsetzung der Kooperation ist groß; darüber hinaus wird in den Interviews betont, dass nicht nur die Entwicklung und Erprobung von Bildungsangeboten für Schüler:innen erwünscht ist, sondern auch für die Lehrkräfte selbst. Letztere wünschen sich (Fort-)Bildungsangebote, die nicht

57 May, Michael und Partetzke, Marc: Einführung in die Politikdidaktik. Bd.1: Geschichte, Essentials, Forschungs- und Entwicklungsfelder, Frankfurt am Main 2023, S. 18.

unbedingt einen Workshop- oder Planspielcharakter haben, sondern inhaltlich ein anderes Thema des Phänomenbereiches Linke Militanz vertiefen:

„Ein Input für die Lehrkräfte, weniger Workshop, eher Vortrag wäre ganz gut.“ (LK1_ZP2)

3 Praktische Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Regelstruktur Schule

Die Herausforderungen des Transfers in die Regelstrukturen und der Zusammenarbeit mit selbigen sind deutlich geworden. Welche Best-Practice-Beispiele existieren nun für die Zusammenarbeit mit der Regelstruktur Schule, was hat sich bewährt? Ein Learning aus den letzten Jahren besteht darin, die Kommunikation zwischen den Projekt- und Schulstrukturen möglichst früh zu beginnen, dann zu intensivieren und aufrechtzuhalten. Dabei sollten alle Beteiligten ihre Bedürfnisse und Unsicherheiten möglichst offen kommunizieren. Muss für die Zusammenarbeit das zuständige Kultusministerium oder eine regionale Kultusbehörde einbezogen werden, empfiehlt sich, den Kontakt so früh wie möglich herzustellen und administrative Prozesse umgehend anzustoßen. In diesem Zusammenhang offene Fragen und Unklarheiten hinsichtlich Antragsverfahren oder Ähnliches ehrlich zu thematisieren, kann die Zusammenarbeit ebenso erleichtern, wie Fristen zu vereinbaren und einzuhalten.

Die Arbeitsbelastung von Lehrkräften in der Regelstruktur Schule ist ohnehin hoch und wird durch parallel laufende Administrationsprozesse zusätzlich erhöht. Daher ist geboten, die Zusatzbelastung in der Zusammenarbeit möglichst gering zu halten: Unkomplizierte Kommunikation, respektvoller Umgang mit Ressourcen- und Kapazitätslimits sowie Flexibilität sind erforderlich. Stundenpläne können sich ändern, Vertretungsunterricht, Unterrichtsausfälle und Krankheitsstände sowohl bei Schüler:innen als auch bei Lehrkräften gehören zum Schulalltag dazu. Spezifische Anforderungen und Rahmenbedingungen wie die Größe, das Alter, die Heterogenität der Lerngruppe oder räumliche und technische Voraussetzungen sollten frühzeitig geklärt werden. Hier ist Bereitschaft zur Anpassung an die vorherrschenden Gegebenheiten gefragt; teilweise unterscheiden sich die (Lern-) Ressourcen zwischen Bundesländern, Kommunen, einzelnen Schulen, aber auch innerhalb einer Schule extrem. Empfehlenswert ist daher, stets Alternativen der praktischen Umsetzung mitzudenken, notwendige Lernressourcen und Materialien - falls möglich - sowohl in digitaler als auch in analoger Form mitzubringen und in beiden Formaten Sicherheitskopien herzustellen und mitzuführen. Ein zusätzlicher USB-Stick und drei Arbeitsblätter, Rollenkarten oder Ähnliches mehr als benötigt schaden nicht, können aber im Zweifel das Angebot vor Ort retten.

Bei der Zusammenarbeit in der Qualifizierung mit der Regelstruktur Schule ist der Weg über die zuständige Kultusbehörde (und den zuständigen Schulträger)

unerlässlich: Daher empfiehlt sich, die benötigte Infrastruktur bereitzustellen und zu gewährleisten, sodass die Lehrkräfte ihre Teilnahme an Fortbildungsangeboten zertifiziert bekommen und für diese freigestellt werden.⁵⁸ Erfolgt die Qualifizierung (zusätzlich) durch Materialerstellung und -bereitstellung, bietet sich auch hier an, das Material sowohl analog als auch digital sowie möglichst niedrigschwellig zur Verfügung zu stellen. Ratsam ist es, das bereitgestellte Material nicht nur auf der eigenen Projektwebsite, sondern auch in etablierten Datenbanken der Kinder- und Jugendarbeit sowie anderen Materialportalen unterzubringen.⁵⁹ Auch die analog vorliegenden Materialien per Post zu versenden, kann ein sinnvolles Angebot sein. Bei der Materialerstellung selbst ist es erstrebenswert, didaktische Hinweise und Tipps zu geben und so Alternativen zur Implementierung in den Unterricht aufzuzeigen. Die Lehrkräfte sind dankbar für „Empfehlungen und dann [können sie sich] Gedanken machen“ (LK2_ZP2), wie sie das erstellte Material bestmöglich für den Unterricht mit ihrer spezifischen Lerngruppe nutzen wollen.

Viele Lehrkräfte freuen sich auch, indirekt an der Materialerstellung mitzuwirken beziehungsweise Feedback zu geben, sofern sie dies nicht in großem Maße zusätzlich belastet. Daher ist empfehlenswert, theoretisch erdachtes Material mehrfach in verschiedenen Settings in der Regelstruktur Schule praktisch zu erproben. Davon profitieren beide Seiten: die Projektstruktur von der praktischen Erprobung und dem Feedback der Lehrkraft (und der Schüler:innen) und die Lehrkraft wiederum davon, einen leichteren Zugang zum Material zu haben.

Die Zusammenarbeit in der Vergangenheit zeigt: Die Angebote praktisch in Aktion zu sehen, baute bei den Lehrkräften Berührungsängste und andere Hürden für die eigene Nutzung ab; vor allem, wenn es sich - wie bei den Planspielen der Bundesfachstelle - um zeitintensives Material sowie um eine Methode handelt, die auch heute noch einigen Lehrkräften Unbehagen bereitet; denn Planspiele gehören zu den Methoden, mit welchen nur wenige Lehrkräfte sowohl in der selbstständigen Durchführung als auch als Spieler:innen Erfahrungen haben. Wer selbst bereits einmal im Rollenspiel Vorsitzende:r der Bezirkskonferenz Lindewitz⁶⁰ war, traut sich eher zu, das Planspiel in den eigenen Unterricht einzubinden.

58 So arbeitete die Bundesfachstelle Linke Militanz im Förderzeitraum 2020 bis 2024 für die Fortbildungsreihen „Spannungsverhältnisse der freiheitlichen Demokratie im Fokus“ und „Politische Aktionsformen und Proteste im Planspiel“ mit dem Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) zusammen, um Lehrkräfte zu qualifizieren.

59 Als Beispiele zu nennen sind die Materialdatenbank der Bundeszentrale für politische Bildung, die „Vielfalt Mediathek“, die Materialsammlung des „Reflexionstools der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung“; auch das Magazin des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ hat in der Förderperiode 2020 bis 2024 immer wieder in Projektstrukturen entworfene Materialien vorgestellt.

60 Dabei handelt es sich um eine Rolle im Planspiel „Alte Linde - Die Bezirkskonferenz“, das von der Bundesfachstelle erarbeitet und für den eigenen Gebrauch in der politischen Bildung publiziert wurde.

4 Ausblick

Nicht alle der im letzten Abschnitt skizzierten Möglichkeiten zur praktischen Umsetzung des Transfers in die Regelstruktur Schule und der Zusammenarbeit mit dieser mögen für alle Träger:innen gleichermaßen gangbar und/oder erstrebenswert sein. Nichtsdestoweniger stehen viele Träger:innen vor Herausforderungen der Kooperation mit der Regelstruktur Schule, die in diesem Beitrag in Teilen skizziert wurden.

Indes birgt die Zusammenarbeit mit schulischen Strukturen auch enorme Vorteile: Bei der Schule handelt es sich um eine der größten Regelstrukturen; zudem können Schüler:innen eine wichtige Zielgruppe darstellen. Hinzu kommt, dass auch die Zusammenarbeit mit Lehrkräften enorme Potenziale bietet: Sie sind eine professionalisierte Berufsgruppe, die täglich mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeitet, politisch bildet und relevante Erfahrungen teilen kann. Daher lohnt sich, den Transfer in die Regelstruktur Schule und die Zusammenarbeit mit dieser aufrechtzuerhalten, zu intensivieren und neue, gangbare Wege zu erproben. Sich darüber auszutauschen, wie dies auch in Zukunft gelingen könnte, ist im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und darüber hinaus relevant.

Literaturverzeichnis

Ackermann, Paul et al.: Politikdidaktik kurzgefasst. 13 Planungsfragen für den Unterricht, Schwalbach am Taunus 2010.

Bohla, Marie et al.: Alte Linde - Urbane Rückzugsräume schützen! Aber wie? Ein Planspiel für Jugendliche und junge Erwachsene zu den Themen Anti-Gentrifizierung als gesellschaftliches Konfliktfeld und Protest, Göttingen 2022, URL: https://www.linke-militanz.de/data/akten/2022/11/Handreichung_AlteLinde.-pdf.pdf [eingesehen am 14.09.2024].

Bohla, Marie / Heise, Katharina / Schröter, Till: Alte Linde - Die Bezirkskonferenz. Ein Planspiel für Jugendliche und junge Erwachsene zu den Themen Anti-Gentrifizierung, kommunale Entscheidungsfindung und Protest, Göttingen 2023, URL: https://www.linke-militanz.de/data/akten/2023/10/Handreichung_AlteLinde.pdf [eingesehen am 14.09.2024].

Breit, Gotthard und Weißeno: Georg: Planung des Politikunterrichts. Eine Einführung, Schwalbach am Taunus 2003.

Hepp, Gerd: Wie der Staat das Bildungswesen prägt, 09.09.2013, URL: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/145238/wie-der-staat-das-bildungswesen-praegt/> [eingesehen am 01.08.2024].

- Kultusministerkonferenz: Politische Vorhaben zur „Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen“ vom 15.10.2020, URL: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2020/2020_10_15-Politische-Vorhaben-LV.pdf [eingesehen am 17.07.2024].
- May, Michael und Partetzke, Marc: Einführung in die Politikdidaktik. Bd. 1: Geschichte, Essentials, Forschungs- und Entwicklungsfelder, Frankfurt am Main 2023.
- Rechtliche Grundlagen des DigitalPakts Schule, in: Bundesministerium für Bildung und Forschung: DigitalPakt Schule, URL: <https://www.digitalpaktschule.de/de/rechtliche-grundlagen-des-digitalpakts-schule-1782.html> [eingesehen am 17.07.2024].
- Wrase, Michael: Das Kooperationsverbot und sein Ende. Bund und Länder sollen in Bildungsfragen noch enger zusammenarbeiten dürfen, in: WZB Mitteilungen, H. 159 (2018), S. 34-37, URL: <https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2018/f-21221.pdf> [eingesehen am 01.08.2024].

Über Graubereiche sprechen?

Ein Praxisbeitrag über analoge und digitale Gesprächsformate

Melissa Alisch und Ulrike Geisler

1 Einleitung

Ich hab's mein Lebtage nicht gelernt,
mich fremdem Zwang zu fügen.
Jetzt haben sie mich einkasert,
von Heim und Weib und Werk entfernt.
Doch ob sie mich erschlugen:
Sich fügen heißt lügen!

Ich soll? Ich muß? Doch will ich nicht
nach jener Herrn Vergnügen.
Ich tu nicht, was ein Fronvogt spricht.
Rebellen kennen beßre Pflicht,
als sich ins Joch zu fügen.
Sich fügen heißt lügen! [...] ⁶¹

In diesen vor Renitenz strotzenden Zeilen Erich Mühsams aus dem Jahr 1919 schwingt eine Sehnsucht nach dem Wahrhaftigen, Authentischen und Unangepassten mit. Auch heute noch können sich viele Jugendliche und junge Erwachsene damit identifizieren. Insbesondere vor dem Hintergrund erlebter Diktaturen der deutschen Geschichte und aktuell wieder erstarkender autoritärer Strömungen zeigt sich, dass die Frage nach Widerständigkeit und verinnerlichten moralischen Leitlinien für das Funktionieren unserer Demokratie hochrelevant ist.⁶² Die Suche

61 Mühsam, Erich: Der Gefangene, URL: <https://erich-muehsam.de/erich-muehsam/gedichte-und-texte-erich-muehsams/> [eingesehen am 12.08.2024].

62 Zu den möglichen Voraussetzungen einer „demokratischen Persönlichkeit“ vgl. den nach wie vor bedenkenswerten, wenn auch von historischen Parallelitäten hinsichtlich der moralischen

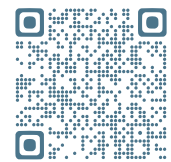
nach dem Spannungsfeld von Gehorsam und Widerstand, von Anpassung und Eigensinn sollte jedoch nicht tabuisiert oder dämonisiert werden – stellt sie doch einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur mündigen Persönlichkeit dar.⁶³ In linken Szenen spielen diese Fragen eine besonders relevante Rolle. Die Gedichte des Anarchisten Mühsam werden beispielsweise bis heute in den verschiedensten linken Jugendkulturen aufgegriffen oder neu interpretiert.⁶⁴

Was heißt es nun, ein Projekt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen umzusetzen, das sich in diesem inhaltlichen Spannungsfeld von befreiender Selbstermächtigung einerseits und der Begrenzung durch die Freiheit des anderen andererseits bewegt? Das jene nebulöse Grenze linken Denkens beleuchtet, an welcher der Wunsch nach Gerechtigkeit und Gleichwertigkeit der Menschen an zweifelhafte Kippunkte gelangt? An der die Forderung nach Freiheit des Menschen (aller Menschen) droht, ihrerseits dogmatische Züge anzunehmen?

Zumindest ist es kein leichtes Unterfangen, dem sich das Modellprojekt „Gute Gewalt – Schlechte Gewalt?“⁶⁵ mit gehörigem Respekt gewidmet hat. So viel sei vorweggenommen – es kann nicht gelingen durch das Adressieren moralischer Appelle und mit oberlehrerhaft erhobenen verbalen Zeigefingern. Von Juli 2021 bis Dezember 2024 suchte das Projekt gemeinsam mit Kooperationspartner:innen aus Sachsen nach Wegen, miteinander über jene Graubereiche ins Gespräch zu kommen: über Legitimationen linker Militanz und politisch motivierter Gewalt, aber auch über die Gestaltung freier Kommunikationsräume zur Aushandlung der verschiedenen (zugleich durchaus radikalen) Perspektiven.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf den Mitteln der politischen Bildung, was insbesondere im Bereich der Extremismusprävention ein nicht zu unterschätzen-

Podcast über das
Modellprojekt:



Erwartungen an „Jugend“ kritisch zu lesenden Beitrag von Busch, Hans-Joachim: Demokratische Persönlichkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 11/2007, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30598/demokratische-persoenlichkeit/> [eingesehen am 13.08.2024], S. 6-12.

63 Zum Potenzial jugendkultureller Räume als fluide Räume politischer Bildung und Räume der politischen Sozialisation siehe Lüders, Christian: Protest als Ressource? Jugendprotest und soziale Bewegungen als Räume politischer Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 38-39/2021, S. 23-28, hier S. 25 f., URL: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2021-38-39_online.pdf [eingesehen am 07.08.2024].

64 So wurde zum Beispiel 2012 ein Konzeptalbum mit Mühsam-Texten der Punkband Slime veröffentlicht. Vgl. Slime: Sich fügen heißt lügen. People like you records – 468254; Vinyl-LP; LC 06975; 2012. Bezüge zu Mühsams Schaffen und seinen Werken finden sich auch in unzähligen Beiträgen der Plattform *indymedia* wieder, beispielsweise unter URL: <https://de.indymedia.org/node/839> [eingesehen am 14.11.2024].

65 Das Modellprojekt „Gute Gewalt – schlechte Gewalt? Legitimationen linker Militanz“ wurde von 07/2021 bis 12/2024 gefördert im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ sowie aus Mitteln des sächsischen Haushaltes durch den Landespräventionsrat Sachsen; vgl. URL: <https://institut-b3.de/linkemilitanz/> [eingesehen am 15.08.2024].

des Spannungsfeld eröffnet⁶⁶ und einen klaren, transparenten Umgang mit Fördermittelgeber:innen sowie eigenen Zielen und Haltungen erfordert. Die Wirkung unserer Formate soll explizit keine Distanzierungsarbeit⁶⁷ darstellen, sondern Reflexionsprozesse, Perspektiverweiterungen, die Formulierung bestehender Zweifel an etablierten Narrativen, kurz: ein kritisches Empowerment, im (akzeptierenden) Umfeld ermöglichen. Der erste entscheidende Schritt - noch bevor überhaupt ein Format durchgeführt werden kann - ist, sich zu fragen, wie und womit die Menschen erreicht werden können, die wir erreichen wollen. Wir haben festgestellt, dass viele der Fragen zu Grenzbereichen und Sollbruchkanten bereits in den verschiedenen linken Szenen diskutiert werden. Hier gilt es für politische Bildung, Angebote für interessierte Menschen zu machen und moderierte Anlässe zu bieten, in diesen Diskurs einzusteigen - digital und vor Ort.

Dabei waren wir als Projektteam selbst Lernende und Entdeckende, die bereits innerhalb des Teams diverse Einschätzungen und moralische Grenzen diskutieren konnten und mussten. Wir werden in diesem Artikel zunächst einen Blick auf die digitalen Medien in unserer Projektarbeit werfen. Anschließend skizzieren wir unsere Erfahrungen in den ganz analogen Veranstaltungen vor Ort, die trotz aller Digitalisierung nach wie vor ihren eigenen Mehrwert haben. Abschließend diskutieren wir thesenartig mögliche Synergien dieser beiden Formen und ziehen ein Fazit.

2 Aus der Praxis: Digitale Medien in der Präventionsarbeit

Der Einsatz digitaler Medien in der Präventionsarbeit ist im heutigen Zeitalter unverzichtbar. So ist der digitale Raum der Ort, an dem sich ein Großteil der Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen permanent „aufhalten“, unterhalten lassen, in Kontakt treten und informieren. Zugleich liefert der digitale Raum ein Überangebot von Inhalten. In dieser kaum mehr quantifizierbaren Fülle von Inhalten finden sich allerhand qualitativ hochwertig produzierte Bildungsformate. Neben expliziten Wissenssendungen können dies beispielsweise Dokumentationen oder Podcasts sein. Doch diese gilt es erst einmal zu finden. An dieser Stelle setzt die auch

66 Zum Spannungsfeld von politischer Bildung, Extremismusprävention und Engagement-Förderung vgl. Widmaier, Benedikt: Das Trilemma der Demokratieförderung, in: Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, Nr. 03/2022, URL: https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2022/02/Newsletter_3-Widmaier.pdf [eingesehen am 07.08.2024].

67 Einen spannenden ersten Überblick über die Diskussion der unterschiedlichen Dimensionen von Prävention (Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention vs. universeller, selektiver und indizierter Prävention) sowie die Risiken, die mit einer zu starken Fixierung auf Prävention im Bereich sozialer Arbeit einhergehen, liefert Greuel, Frank: Zum Konzept der Prävention. Ein Plädoyer für engere Grenzen, in: bpb.de, 20.07.2020, URL: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/311923/zum-konzept-der-praevention/> [eingesehen am 12.08.2024].

in unserem Projekt viel diskutierte und vorherrschende Frage der Zielgruppenerreichung an.

Zielführende Einbindung

Der Anspruch an die Präventionsarbeit im digitalen Raum sollte sein: ganz oder gar nicht. Inhalte für Social Media nebenbei zu produzieren und gleichzeitig so aufzubereiten, dass eine gewisse Reichweite aufgebaut und gehalten wird, ist kaum möglich. Unsere Erfahrungen zeigen: Der Radius an Menschen, die über digitale Angebote erreicht werden können, hält sich in Grenzen - und dessen sollte man sich bewusst sein. Der Hauptfokus unseres Projektes liegt daher auf analogen Angeboten, die durch digitale Formate ergänzt werden können. Dabei bietet sich besonders an, in Workshops „digitale Elemente“ einzubauen sowie mit Links auf Seiten und Materialien verweisen zu können. Damit kann sich die jeweilige Zielgruppe im Anschluss der Veranstaltung vertiefend informieren, wie durch *YouTube*-Videos oder Informationswebseiten.

Wenn in Workshops beispielsweise über Radikalisierungsdynamiken in den sozialen Netzwerken gesprochen wird, dann sollte zur Veranschaulichung ein entsprechendes Video oder Posting herausgesucht werden, anhand dessen eine kurze Analyse durchgeführt wird. Der Kontakt zu einem unabhängigen Filmemacher bot uns zum Beispiel die Möglichkeit, exklusives Material von der Begleitung verschiedener, teils radikaler Umweltproteste sowie des Schwarzen Blocks auf Demonstrationen zu erhalten. In zwei jeweils 15-minütigen Kurzfilmen ließen sich die Inhalte weiterführend nutzen, um sie pädagogisch aufzuarbeiten und als Workshop anzubieten. Zur Anwendung kam dies jeweils in abgeänderter Form sowohl bei Multiplikator:innen (darunter Verwaltungsmitarbeiter:innen und in der Jugendarbeit tätige Menschen) als auch bei Schüler:innen der neunten bis zwölften Klasse. Oftmals fällt es Menschen leichter, andere Perspektiven einzunehmen und zu berücksichtigen, wenn sie diese erzählt bekommen oder direkt sehen können.

Ein weiterer Ansatz unseres Projektes in dem Versuch, auch die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen, ist die Produktion eines eigenen Podcasts.⁶⁸ Dazu sind folgende Faktoren wichtig: In einem Überangebot digitaler Inhalte ist eine professionelle Aufmachung besonders wertvoll, um positiv aufzufallen und das Interesse am Thema aufrechterhalten zu können. Dazu zählen am Beispiel des Podcasts eine klare Tonqualität und kleinere Soundeffekte. Da wir selbst keine Medienschaffenden sind und die vorhandenen Ressourcen in die Nutzung und Sichtbarmachung stecken wollten, haben wir die Produktion extern vergeben. Ein weiterer Faktor ist die großzügig gedachte zeitliche Planung und eine lange Liste an potenziellen Ge-

68 Dabei handelt es sich um unseren Podcast „Radikal links?“, nachzuhören auf einschlägigen Podcast-Plattformen und unter URL: <https://institut-b3.de/linkemilitanz/podcast-radikallinks/> [eingesehen am 12.08.2024].

sprächspartner:innen für den Podcast. Wir mussten feststellen, dass das Themenfeld der linken Militanz oftmals einen Abwehrreflex hervorruft und sich dem Thema lieber verschlossen wird, als sich dazu äußern zu wollen.⁶⁹

3 Aus der Praxis: Mit Menschen reden, statt über sie - Offene, analoge Gesprächsformate durchführen

Beziehung erfolgt immer als Begegnung. Wir Menschen sind trotz aller digitaler Medien nach wie vor physische Wesen, die in vielen Momenten ganz real und analog miteinander in Kontakt treten. Und insbesondere die Zeit der Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Coronapandemie hat deutlich gezeigt, dass digitale Kommunikation wichtig und wertvoll ist, sie echte physische Begegnungen jedoch höchstens ergänzen, nicht aber ersetzen kann.

Dabei liegen die Unterschiede bei den Formaten auf der Hand: Vor Ort sind diejenigen Personen „da“, die da sind. Es gilt, was in diesem Moment geschieht, zwischen den anwesenden Teilnehmer:innen. Sofern nicht aufgenommen oder anderweitig dokumentiert und später publiziert wird, bleibt das, was gesprochen wurde, in diesem Raum. Hinzu kommt, dass alle Beteiligten mit „Haut und Haar“ dabei sind, also auch weitere Dimensionen der Kommunikation, wie nonverbale Signale, in diese eingebracht werden können. Die Teilnehmer:innen können direkt Rückmeldung geben, indem sie nachfragen oder kritisch anmerken, stören oder nickend bestärken. Dies birgt für den Prozess Vor- und Nachteile.

In unserem Projekt nutzen wir dieses physisch präsente Setting für persönliche und auch heikle Themen. Unsere Erfahrungen dabei sind, dass die Teilnehmenden hier Kontrolle darüber haben, was von ihnen wie aufgenommen wird, und ihren eigenen Anteil am Fortgang des Diskurses stärker spüren. Hierbei legen wir ein besonderes Gewicht auf das Setting des Raumes: Wohin soll die Information fließen? Und ganz wichtig: Was soll mit dem Format erreicht werden? Austauschformate in Kinobestuhlung durchzuführen, ist beispielsweise nicht zielführend. Diese Dinge versuchen wir im Vorfeld mit unseren Kooperationspartner:innen auszuloten, um dann während der Veranstaltung flexibel reagieren zu können.

Sich in der Vorbereitung die Frage zu stellen: „Was könnte mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit schiefgehen und wie wollen wir darauf gegebenenfalls reagieren?“, hat uns so manches Mal Sicherheit gegeben. Auch wenn das Befürchtete dann gar nicht eingetreten ist, hilft es der eigenen Fehlertoleranz, dem Selbstbewusstsein der Veranstalter:innen und damit auch dem Gesprächsformat, einen

⁶⁹ Dieses Phänomen zog sich über unbeantwortete Anfragen an subkulturelle linke Orte bis hin zu ablehnenden Haltungen von Wissenschaftler:innen im Themenfeld der Radikalisierungs- beziehungsweise Extremismusforschung.

Notfallplan zu haben. Dabei ist es gar nicht so wichtig, was konkret die Maßnahmen sind; das Spannungsfeld reicht von einer kleinen Unterbrechung bis hin zur Vereinbarung demokratischer Gesprächsregeln, die allen Teilnehmer:innen vorab bekannt gemacht werden.

Als hilfreich erwies sich für uns, eine Mittlerperson vor Ort zu haben, die für uns die Stellung eines Gatekeepers einnahm. Oft war dies jemand, der unser Projekt angefragt hat und einen Bezug zur entsprechenden Zielgruppe hat, sei es durch ein Problem, eine Frage oder ein geplantes Vorhaben. Mit dieser Person führen wir ein Zielgespräch durch und entwickeln das finale Konzept. Eine gewisse Flexibilität für Unvorhergesehenes wird vorab eingeplant.

Bewährt haben sich unserer Erfahrung nach folgende Gesprächsformate::

- Workshop-Reihe:
Austauschformate, die auf die Bedürfnisse und Ziele der Teilnehmenden zugeschnitten sind und ihre Interessen aufnehmen: Uns erschien wenig hilfreich, anlasslos Formate über „Linke Militanz“ oder gar „Linksextremismus“ zu konzipieren und durchzuführen. Wichtiger ist es, das „Wozu?“ der Zielgruppe zu finden und als Ausgangspunkt zu nehmen. Mit dem Landratsamt Görlitz entwickelten wir beispielsweise einen Austauschprozess der Schulsozialarbeiter:innen im Landkreis. Im Fokus des Austausches standen ihre Arbeitsbedingungen und die Zusammenhänge, in denen Gewalt, insbesondere auch politisch motivierte Gewalt, stattfinden. Zentral war dabei nicht das Erkennen spezifischer Arten von Gewaltlegitimationen (wenngleich auch diese Workshops in einem anderen Setting Sinn machen), sondern eher ganz persönliche Fragen, zum Beispiel: Wie äußert sich das - ganz praktisch - in meinem Arbeitsumfeld? Wo nehme ich gewaltsame Dinge wahr, wie verhalte ich mich dann? Welche Mittel habe ich an der Hand? Dabei brachte jede:r Teilnehmer:in persönliche Erfahrungen mit ein. Wichtig war, dass durch mehrere thematische Veranstaltungstage untereinander eine Vertrauensbasis aufgebaut werden konnte. Dies ermöglichte einen inhaltlich tiefen und vertraulichen Austausch.
- Stadtteilgespräche:
Auch hier stellte sich uns die Frage, was wir als Gesprächsanlass anbieten können. Dabei leitete uns die eigene Neugier, die wir zur Verfügung stellten. Wir veröffentlichten gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Büro in Leipzig eine Studie zur Entwicklung linkskultu-

reller Stadtteile in Deutschland.⁷⁰ Um in einen Austausch mit Einwohner:innen des Stadtteils zu treten⁷¹, boten wir die Ergebnisse als Veranstaltung an und führten sogenannte Stadtteilgespräche durch. Hierzu gingen wir in bekannte Orte der Soziokultur beziehungsweise auch Subkultur und unterstützten den Vortrag mit historischen Fotos und Impressionen. Bereichernd war für uns, wie kritisch – aber durchaus auch selbstkritisch – die Teilnehmer:innen mit uns auch über Themen wie Militanz und Freiräume diskutierten.

Hier wurde jedoch wiederholt deutlich, wo die Grenzen der Präventionsarbeit mit Mitteln der politischen Bildung liegen. Es wäre unprofessionell und unlauter, anzunehmen, dass mit einzelnen Gesprächsformaten eine wie auch immer geartete Einstellungsänderung vollzogen werden kann oder sollte. Vielmehr geht es darum, Impulse für eine Perspektiverweiterung zu setzen, was zwar in die Zielgruppe, aber gleichsam auch auf uns als politische Bildner:innen zurückwirkt. Dies stellte sich als interessante Erfahrung für das Projektteam heraus.

4 Synergien - Ein Fazit

An dieser Stelle bleibt festzuhalten, dass es nicht die eine Form von Austauschformaten gibt, die immer und überall passt. Vielmehr kommt es darauf an, gemeinsam mit den Kooperationspartner:innen und dem Vorbereitungsteam zu schauen: Wozu soll es dieses Format geben? Was soll bewirkt werden? Wer soll wie erreicht werden? Meist kommen dann Mischformen digitaler und analoger Formate zur Anwendung. Dabei gibt es kein Richtig oder Falsch. Die Kategorien, mit denen wir arbeiten, werden in Bezug auf das zu erreichende Ziel gesetzt und lauten daher in der Praxis eher „angemessen“, „hilfreich“ oder „zielführend“.

Dabei gilt es, Gelegenheiten wahrzunehmen, zu nutzen und auszubauen. Unsere Kooperationspartner:innen sind für uns in diesem Projekt unerlässlich gewesen. Sie sind einerseits Seismografen von Diskursen, die aktuell geführt werden, andererseits auch Hüter:innen ihrer ganz eigenen Fragestellung, die uns mit viel Vertrauen zum Teil der Suche nach Antworten haben werden lassen. Im Einlassen auf diese Fragen erlebten wir immer wieder spannende und herausfordernde Veran-

70 Franke, Nils: Die Stadtviertel Leipzig/Connewitz, Dresden/Äußere Neustadt, Hamburg/Schanze und Bremen/Das Viertel: Die Genese politisch linker Stadtquartiere im Vergleich, Dresden 2023, URL: <https://institut-b3.de/wozu-gibt-es-linkssubkulturelle-stadtteile-erste-ergebnisse/> [eingesehen am 12.08.2024].

71 Darin wurde anhand statistischer Daten und Zeitzeugeninterviews (je Stadtteil drei Perspektiven) mittels diachronem Vergleich die Entwicklung der Stadtteile Dresden-Neustadt, Hamburg-Schanze, Bremen-Das Viertel und Leipzig-Connewitz nachgezeichnet.

staltungen, so zum Beispiel bei der Premierenbegleitung des Dokumentarfilms „Black Block“ (2024) in Leipzig-Connewitz und der anschließenden Moderation des Gesprächs des Publikums mit dem Regisseur. Diese Offenheit geht nur mit dem klaren Kommunizieren der eigenen Haltung zu Fragen von Gewalt und Militanz einerseits sowie der Offenheit, mit anderen Perspektiven zumindest in Diskurs zu treten und diese ernst zu nehmen andererseits. Dann lassen sich Ansatzpunkte für einen wirklichen Diskussionsprozess auf Augenhöhe finden. Das ist nicht immer einfach und auch nicht in jedem Setting möglich. Diese - auch eigenen - Grenzen auszuloten und unsere Komfortzonen immer wieder neu zu hinterfragen und zu verlassen, bleibt eine unserer vordringlichen Aufgaben als politische Bildner:innen.

Abschließend lässt sich feststellen, dass für die Diskurse und Narrative, die dieses diffizile Themenfeld birgt, durchaus bereits Anknüpfungspunkte existieren, um dieses Spannungsfeld von Eigensinn und Zugehörigkeit, Anpassung und Selbstermächtigung auszuleuchten. Und so ist von demselben anarchistischen Autor der voranstehenden Zeilen „Sich fügen heißt lügen!“ in einem anderen Gedicht ebendieser moralische Konflikt in Worte gefasst: „*Trotz allem Mensch sein* [...]“⁷² Darüber lässt sich trefflich diskutieren.

Literaturverzeichnis

- Busch, Hans-Joachim: Demokratische Persönlichkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 11/2007, S. 6-12, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30598/demokratische-persoenlichkeit/> [eingesehen am 13.08.2024].
- Franke, Nils: Die Stadtviertel Leipzig/Connewitz, Dresden/Äußere Neustadt, Hamburg/Schanze und Bremen/Das Viertel: Die Genese politisch linker Stadtquartiere im Vergleich, Dresden 2023, URL: <https://institut-b3.de/wozu-gibt-es-linkssubkulturelle-stadtteile-erste-ergebnisse/> [eingesehen am 12.08.2024].
- Greuel, Frank: Zum Konzept der Prävention. Ein Plädoyer für engere Grenzen, in: bpb.de, 20.07.2020, URL: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/311923/zum-konzept-der-praevention/> [eingesehen am 12.08.2024].
- Lüders, Christian: Protest als Ressource? Jugendprotest und soziale Bewegungen als Räume politischer Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 38-39/2021, URL: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2021-38-39_online.pdf [eingesehen am 07.08.2024], S. 23-28.
- Mühsam, Erich: Der Gefangene, URL: <https://erich-muehsam.de/erich-muehsam/gedichte-und-texte-erich-muehsams/> [eingesehen am 12.08.2024].

72 Mühsam, Erich: Mensch sein, in: Brennende Erde, 1920, URL: <http://www.gedichte.eu/ex/muehsam/brennende-erde/mensch-sein.php> [eingesehen am 02.08.2024].

Mühsam, Erich: Mensch sein, in: Brennende Erde, 1920, URL: <http://www.gedichte.eu/ex/muehsam/brennende-erde/mensch-sein.php> [eingesehen am 02.08.2024].

Widmaier, Benedikt: Das Trilemma der Demokratieförderung, in: Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, Nr. 03/2022, URL: https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2022/02/Newsletter_3-Widmaier.pdf [eingesehen am 07.08.2024].

Ein Herantasten an digitale Lebenswelten jugendtypischer Radikalität

Erfahrungen im Modellprojekt Fortbildung, Austausch, Netzwerke (F.A.N.) Berlin-Brandenburg

Projektteam F.A.N. Berlin-Brandenburg

Mit dem Ziel, politisch motivierter und religiös begründeter Militanz präventiv entgegenzuwirken, fördert das Projekt Fortbildung, Austausch, Netzwerke Berlin-Brandenburg (kurz: F.A.N.) seit 2020 die pädagogische Handlungsfähigkeit im Umgang mit Menschen- und Demokratiefeindlichkeit. Dabei unterstützt das Projekt Multiplikator:innen – vor allem Fachkräfte aus der Jugendarbeit –, eine differenzierte Sicht auf phänomenübergreifende Radikalisierung zu entwickeln.

Dabei hat F.A.N. einen spezifischen Ansatz entwickelt und erprobt: Mit seinen interaktiven Bildungsformaten überträgt das Projektteam wissenschaftliche Perspektiven und aktuelle Debatten im Kontext Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie politischer Feindbildkonstruktionen in die Praxisarbeit der Teilnehmenden. Dadurch trägt F.A.N. Berlin-Brandenburg zu einer Entpolarisierung politischer Einstellungen sowie zur kritischen Reflexion und zum Erlernen eines demokratisch geführten Diskurses unter Jugendlichen bei.

Die Bildungsformate und Materialien des Projekts nähern sich dem Thema Radikalisierung niedrigschwellig und phänomenübergreifend. Das bedeutet, dass die Problemanalyse nicht auf Grundlage einer Zuschreibung zu ideologischen Phänomenen wie Rechtsextremismus, Islamismus oder Linke Militanz erfolgt. Vielmehr werden problematische Einstellungen, insbesondere im Bereich Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratieablehnung, bearbeitet, die in sämtlichen Teilen der Gesellschaft vorkommen und eine Annäherung an radikalere Ideologien begünstigen können. Die Thematik der linken Militanz wird hierbei mitgedacht, was an späterer Stelle noch verdeutlicht wird.

F.A.N. Berlin-Brandenburg verfolgt den aus der Radikalisierungsforschung stammenden Ansatz, Radikalisierungsphänomene zunächst als einen für die Jugendphase typischen Prozess zu verstehen. Ob auf dem Schulhof im Freundeskreis, in außerschulischen Freizeitangeboten oder in ihrer eigenen virtuellen Lebenswelt: Während der Adoleszenzphase entwickeln Jugendliche im Kontakt mit ihrer Umwelt die unterschiedlichsten Identitäten. Eine sich hier äußernde Radikalität ist Bestandteil der komplexen Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung junger Menschen und hängt mit der kritischen Wahrnehmung gesellschaftlicher Missstände oder globaler Ungerechtigkeiten zusammen.

Die Gründe, die Jugendliche zu radikalem Denken und Handeln bewegen, sind vielfältig. Diese Verläufe einer jugendtypischen Radikalisierung können eine emanzipatorische Wirkung entfalten und bei Jugendlichen die Bildung politischer Mündigkeit fördern; sie sind allerdings zugleich offener für demokratiefeindliche Ansprachen. Diese Sichtweise auf jugendliche Radikalisierung ist für viele Beratungsnehmende neu und zunächst irritierend, wird jedoch später häufig als besonders interessant und hilfreich für die eigene Arbeit aufgefasst.

Neben Kenntnissen verschiedener Radikalisierungsphänomene ist es für die pädagogische Arbeit zudem wichtig, die eigene Klientel während eines individuellen Veränderungsprozesses ganzheitlich zu betrachten und nach praktikablen Lösungen im Umfeld der jeweiligen Person zu suchen. Durch den systemischen Beratungsansatz des Projekts werden die Fachkräfte der Jugendarbeit dabei als Expert:innen in ihrem Feld ernst genommen und es wird ein Praxisbezug hergestellt.

Als Modellprojekt hat F.A.N. innerhalb der fünfjährigen Projektlaufzeit die Aufgabe, neue Formate und Wege internetbasierter Begegnungsmöglichkeiten zu erproben. Das bedarfsorientierte Beratungs- und Fortbildungsangebot von F.A.N. umfasst mittlerweile ein breites Themenspektrum. Dieses leitet sich aus dem Bedarf nach Handlungssicherheit und themenspezifischem Wissen ab, der von Multiplikator:innen an das Projektteam herangetragen wurde. In diesem Rahmen sind mehrere Bildungsformate entstanden, die aufgrund der von den Beratungsnehmenden an uns herangetragenen Interessen und Problemlagen entwickelt wurden.

In der Praxis musste der Ansatz auf vielfältige Herausforderungen reagieren. Die Projektlaufzeit von F.A.N. fällt in eine Zeitspanne, die durch multiple Krisen wie die Coronapandemie oder den Krieg in der Ukraine geprägt ist. Dementsprechend variierte das Anfrageaufkommen zu den einzelnen Themen im Laufe der Zeit stark. Das Interesse unserer Teilnehmenden orientiert sich häufig an zeitlich fest verorteten Ereignissen. Waren zu Beginn der Projektlaufzeit öffentliche Onlineseminare zum Themenfeld Verschwörungstheorien mit Bezug zu Corona nachgefragt, verschob sich ab 2022 die Nachfrage in diesem Themenfeld hin zu Präsenzformaten zum Zusammenhang von Verschwörungstheorien und russischen Desinformationen oder auch zu künstlicher Intelligenz. Im Rahmen des Fachtags des Berliner

Netzwerks Verschwörungserzählungen 2024 setzten sich die Teilnehmenden im F.A.N.-Workshop hingegen mit problematischen Aspekten der Esoterik auseinander.

Auch die methodische Herangehensweise des Projekts passt sich den wandelnden Umständen an. Im Sinne der Standards politischer Bildungsarbeit wurden während der Projektlaufzeit zahlreiche neue Methoden passend zu den jeweiligen Themen entwickelt und öffentlich zugänglich gemacht. Zentral ist dabei eine auf die Stärkung der Medien- und Internetkompetenz ausgerichtete Präventionsstrategie, welche die sozialen Medien in die Methodik einbindet. Zum Projektbeginn gelang dies meist über Onlineformate und digitale Tools. Durch die Beschaffung von 25 Projekt-Tablets kann seit 2021 überdies hybrid gearbeitet werden. Mithilfe der Tablets können sich die Teilnehmer:innen bei F.A.N.-Präsenzveranstaltungen weiterhin mit den digitalen Lebenswelten der eigenen Klientel auseinandersetzen. So wird zum Beispiel in einem virtuellen Rollenspiel das Kommunikationsverhalten im Umgang mit digitaler Hassrede erprobt oder unterschiedliche Radikalisierungsverläufe mitsamt deren Onlineumgebungen detailliert untersucht. Medienpädagogische Kurzfilme bieten einen attraktiven Einstieg in die Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien, politischem Aktivismus oder der Ablehnung demokratischer Institutionen.

Das F.A.N.-Projektteam richtet seine Bildungsformate an unterschiedliche Zielgruppen. Neben den Hauptzielgruppen aus den Bereichen Bildung und Sozialarbeit gibt es zudem Kooperationen und Bildungsveranstaltungen mit Multiplikator:innen aus der Verwaltung, dem zivilgesellschaftlichen Engagement, den Sicherheitsbehörden oder dem Strafvollzug. Eine wichtige Erkenntnis ist dabei, die entwickelten Bildungsformate im Vorfeld eines Workshops oder eines Seminars stets mit den Fachkräften abzustimmen und auf deren inhaltliche Bedarfe und die methodischen Vorstellungen anzupassen.

Je nach Zielgruppe gestaltet sich die inhaltliche Auseinandersetzung - trotz ähnlicher Themenwünsche - oft sehr unterschiedlich. Hilfreich ist dabei, innerhalb der Bildungsformate flexibel zu sein und Anknüpfungspunkte für verschiedene Themen zu schaffen. So bietet zum Beispiel das Workshopformat „Radikaler Klimaaktivismus - Ziviler Ungehorsam einer letzten Generation?“ sowohl Austauschmöglichkeiten für Sozialarbeitende, die befürchten, dass ihre Klientel durch linke Protestaktionen straffällig wird, als auch für jene, die eine völkisch motivierte rechte Einflussnahme auf lokale Naturschutzgruppen befürchten. Die Wahl der Schwerpunktsetzung liegt bei den Praktiker:innen und wird aufgrund ihrer Bedürfnisse und beruflichen Problemlagen entschieden. Im Verlauf des Projekts hat sich daher gezeigt, dass der Standort der Einrichtungen eine tragende Rolle spielt: Dass F.A.N. seine Angebote sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum anbietet.

ten kann, ist für das Projektteam gleichermaßen herausfordernd wie erkenntnisreich.

Generell bietet das Projektteam in den Workshopformaten etliche Anknüpfungspunkte für die unterschiedlichsten Debatten über die Themengebiete Radikalität, Verschwörungsdenken, Antisemitismus oder politische Feindbildkonstruktionen an. Dabei denkt der primärpräventive und phänomenübergreifende Ansatz des Projekts problematische Handlungen und Einstellungen, die sich auch in linken Milieus wiederfinden, mit und fördert eine Auseinandersetzung mit diesen Inhalten. Dies ist eine Reaktion auf die Erfahrung, dass Workshops zum Thema „Linksextremismus-Prävention“ im Bereich der sozialen Arbeit in Berlin und Brandenburg kaum dezidiert nachgefragt werden. Innerhalb der Bildungsformate entstehen jedoch in der Regel Diskussionen oder gezielte phänomenbezogene Nachfragen. In solchen Fällen wird debattiert, ob es denn auch linken Antisemitismus gibt oder wie sich die konfliktvolle Beziehung zwischen Polizei und der eigenen Klientel verbessern ließe.

Auch wenn die Projektangebote von F.A.N. nicht aufeinander aufbauen, so bietet der Workshop zu Radikalisierungsprozessen doch einen wichtigen Einstieg in das Thema. Die darin stattfindende Auseinandersetzung mit jugendtypischer Radikalisierung trägt dazu bei, dass unterschiedliche Phänomene von Radikalisierung zunächst einmal im eigenen Arbeitsfeld erkannt werden und eine gemeinsame Sprachfähigkeit diesbezüglich entwickelt wird. Darauf aufbauend unterstützen vertiefende Bildungsformate von F.A.N. dabei, differenzierte Perspektiven auf die Chancen und Gefahren von Radikalisierungsprozessen einzunehmen, gemeinsames Wissen zu antidemokratischen und diskriminierenden Einstellungen zusammenzutragen, sich für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren, die pädagogische Haltung in Anbetracht komplexer Problemlagen zu reflektieren oder Lösungsansätze zu sammeln und zu erproben.

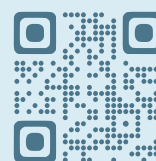
Charakteristisch für eine solche Auseinandersetzung mit Radikalisierungsprozessen ist die Methode „Radikales Klassenzimmer“ – ein Format, bei dem sich die Workshopteilnehmenden mit unterschiedlichen Formen jugendtypischer Radikalität auseinandersetzen. Gewappnet mit den Projekt-Tablets werden unterschiedliche fiktionalisierte Biografien von Jugendlichen und ihrer Onlineumgebung untersucht. Die thematische Spannbreite reicht von der Auseinandersetzung mit Tier- und Umweltschutz über genderspezifische Themen bis hin zu Hooliganismus, Schuldistanz oder populistischen Aktivitäten. Die Biografien sind zwar komplex, werden von den Teilnehmenden aber als authentisch angesehen und laden zur offenen Diskussion und zur gemeinsamen Suche nach praxiserprobten Lösungsideen und Präventionsansätzen ein. Eine ähnliche hybride Methode, die digitales Erkunden in analogen Formaten ermöglicht, befasst sich mit Antisemitismus in Deutschland und untersucht antisemitische Reaktionen, die im Zuge des Halle-Attentats, des

Falls Gil Ofarim, der documenta fifteen oder infolge des Überfalls der Hamas auf Israel im Oktober 2023 sichtbar wurden.

Nach einer fünfjährigen Projektlaufzeit können zentrale Ergebnisse und Erfahrungen festgehalten werden: So hat sich gezeigt, dass Praktiker:innen ein zunehmendes Interesse daran entwickeln, sich in interaktiven Präsenzformaten zu unterschiedlichen Radikalisierungsphänomenen auszutauschen. Gleichzeitig zeigen wissenschaftliche Erkenntnisse, wie etwa die JIM-Studie, dass Politisierung und Identitätssuche bei Jugendlichen sowohl online als auch offline verlaufen. Viele unserer Teilnehmenden sind sich bewusst, dass ein Blick in die digitalen Lebensweltrealitäten dazu beitragen kann, ihre Klientel besser zu verstehen. Die F.A.N.-Bildungsformate ermöglichen es, ein Gespür für das Online-Verhalten der eigenen Jugendgruppe oder Schülerschaft zu entwickeln, ohne dabei selbst Teil dieser Online-Community sein zu müssen. Für viele Zielgruppen ist es die erste Auseinandersetzung mit dem Thema Radikalisierung, die einen solchen Ansatz verfolgt und einen geschützten Raum für einen praxisnahen und fachlichen Austausch anbietet. Auch deshalb werden die F.A.N.-Bildungsangebote mit großem Interesse angenommen.

Der obige Beitrag stellt Erfahrungen und Erkenntnisse des Projektteams von Fortbildung, Austausch, Netzwerke (F.A.N.) Berlin-Brandenburg der Stiftung SPI - Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“ vor. F.A.N. unterstützt Fachkräfte im Umgang mit Radikalisierungsprozessen und erarbeitet mit ihnen Möglichkeiten zur Förderung demokratischer Handlungskompetenzen und Diskursfähigkeit. Das Projekt legt bei seiner Arbeit den Fokus auf unterschiedliche demokratiestärkende Wege zur Mitsprache und Teilhabe junger Menschen in analogen und digitalen Lebenswelten. [Mehr Informationen finden sich auf der Projekt-Website www.demokratie-fan.de.](http://www.demokratie-fan.de)

Zum Projekt:



Konzepte und Kontroversen: Politische Bildung im Spannungsfeld zwischen Prävention und Stigmatisierung

01

Inhalt

Einblick	328
Politische Bildung als Prävention?	331
Anmerkungen zur Debatte	
<i>Monika Oberle</i>	
Why not both?	342
Zur (Un-)Vereinbarkeit von politischer Bildung und Prävention im Phänomenbereich Linke Militanz	
<i>Till Schröter</i>	
Radikalität und politische Bildung - eine Intervention	353
<i>Thomas Gill</i>	
Die Macht von Brückennarrativen in politisch polarisierten Zeiten	360
<i>Interview mit Charlotte Leikert von der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus</i>	
Anknüpfungspunkte des Konzepts der Brückennarrative für die Primärprävention im Bereich Linke Militanz	369
<i>Haroun Chahed</i>	

„In der Auseinandersetzung mit Extremismus, Radikalisierung und Gewalt gehört Prävention zu den zentralen politisch-pädagogischen und förderpolitischen Begriffen.“¹ Die Diskussion über die Rolle von Prävention in der politischen Bildung - und umgekehrt - ist ein komplexes und kontroverses Thema, das tiefgreifende Implikationen für beide Disziplinen hat und auch, obwohl themenfeldunabhängig geführt, die Arbeit der Bundesfachstelle Linke Militanz fortwährend begleitete. Im Fachdiskurs heißt es dazu, „die Praxis der politischen Bildung mit ihren unterschiedlichen Themenstellungen [ist] irgendwie und mittelbar auch immer Prävention in dem Sinne, dass die Demokratie immer wieder neu gelernt, entwickelt, verteidigt und gesichert werden muss“². Zuvorderst heißt es aber auch, eine politische Bildung, deren Zweck sich auf die Präventionslogik konzentrierte - und diese Gefahr bestehe angesichts der zum Teil hohen Fördermittel im Präventionsbereich -, unterwerfe sich auch einer Logik des Verdachts und Stigmatisierung, was dem Kernauftrag und den Primärzielen der Profession widerspreche.³ Politische Bildung würde so zu einem „Modul in einem von einer Sicherheitslogik geprägten Repertoire staatlichen Handelns“⁴.

Vor diesem Hintergrund thematisieren drei der folgenden Beiträge die Spannungen und Möglichkeiten einer Synthese zwischen politischer Bildung und Prävention. Monika Oberle geht dabei auf die Debatte um die Rolle der politischen Bildung als Präventionsinstrument gegen demokratiefeindliche Entwicklungen ein. Kritisiert wird die häufig gehäufte Annahme, Präventionsarbeit sei defizitorientiert, stigmatisierend oder einer Verhinderungslogik verhaftet, wobei betont wird, dass professionelle Präventionsansätze derartige Konnotationen überwinden. Durch die Stärkung von urteils- und Handlungskompetenz sowie von prodemokratischen Einstellungen könne die politische Bildung einen zentralen Beitrag zur Resilienzförderung gegenüber demokratiefeindlichen Ideologien leisten, ohne ihre emanzipatorischen und subjektorientierten Ziele zu vernachlässigen. Letztlich plädiert die Autorin für eine Versachlichung der Debatte sowie eine stärkere institutionelle Förderung politischer Bildung, um ihre präventiven Wirkungen als

-
- 1 Hafener, Benno: Politische Bildung ist mehr als Prävention. In: Demokratieförderung vs. politische Bildung?, in: Journal für politische Bildung, H. 2/2019, S. 22-25, hier S. 22.
 - 2 Ballhausen, Ulrich: Linke Militanz. Ein Tagungskommentar zur Fachtagung „Linke Militanz. Phänomen, Grundlagen, pädagogische Praxis“ vom 13. bis 14. November 2019 in Bamberg, S. 5, URL: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Ballhausen_TK_14_11_2019.pdf [eingesehen am 12.11.2024].
 - 3 Vgl. ebd., S. 5.
 - 4 Schlicht-Schmälzle, Raphaela et al.: Mehr als Prävention. Politische Bildung und Extremismusprävention: Schnittmengen und Herausforderungen, PRIF Spotlight, H. 2/2021, URL: https://www.prif.org/fileadmin/Daten/Publikationen/PRIF_Spotlights/2021/PRIF_Spotlight_2_2021_barrierefrei.pdf [eingesehen am 13.11.2024].

wertvollen Bestandteil der Demokratiebildung anzuerkennen und nachhaltig zu gestalten.

Till Schröter legt anschließend einen Fokus auf die vermeintliche (Un-)Vereinbarkeit politischer Bildung und Prävention im Kontext des Themenfeldes linke Militanz und betont die Notwendigkeit eines differenzierten Diskurses, der die Rolle von Prävention kritisch hinterfragt. Er zeigt damit auf, wie politische Bildung und Prävention ineinandergreifen können, ohne dass Erstere Gefahr läuft, politisches Engagement pauschal als präventionsbedürftig zu markieren.

In dem Beitrag „Radikalität und politische Bildung - eine Intervention“ bringt Thomas Gill eine philosophisch reflektierte Perspektive auf den einleitend skizzierten Themenkomplex ein. Er stellt dar, wie politische Bildung als Begleitung und Unterstützung jugendlicher Sozialisationsprozesse wirken kann, ohne notwendigerweise einer Logik zu verfallen, die der Prävention folgt. Dabei plädiert er für die Wahrung politischer Bildung als Instrument der Förderung autonomer und kritischer Urteilsfähigkeit, das über die Verhinderung extremistischer Einstellungen hinausgeht und Räume für kontroverse Auseinandersetzungen öffnet.

Indem er Anknüpfungspunkte des Konzepts der Brückennarrative in der beruflichen Praxis der Extremismusprävention im Kontext linker Militanz identifiziert, zeigt auch Haroun Chahed auf, wie eine präventive Bearbeitung von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit abseits einer Stigmatisierung von Jugendlichen gelingen kann. Das Konzept der Brückennarrative nach David Meiering und Kolleg:innen, insbesondere die Frage nach dessen Mehrwert für die präventiv-pädagogische Praxis, begleitete die Arbeit des Projektes Bundesfachstelle ebenso wie die eingangs skizzierte Diskussion einer politischen Bildung, die der Logik des Präventionsgedankens folgt. Umso wertvoller ist die Perspektive Chaheds, der mit seiner Erfahrung in der Arbeit im Modellprojekt „F.A.N. - Berlin-Brandenburg“ beschreibt, wie die Thematisierung von Narrativen einen Gesprächszugang zu jugendlichen Zielgruppen über Problematiken, die das Themenfeld Linke Militanz berühren, schaffen kann.

Um den Mehrwert des Konzepts der Brückennarrative geht es auch im Interview mit Charlotte Leikert. Die Fachreferentin der Bundesarbeitsgemeinschaft Religiös begründeter Extremismus erläutert, wie sich diese Narrative nutzen lassen, um unterschiedliche demokratiefeindliche Phänomene zu analysieren und phänomenübergreifende Ansätze in der Präventionsarbeit zu entwickeln, ohne dabei deren Spezifika und Heterogenität zu vernachlässigen.

Literaturverzeichnis

- Ballhausen, Ulrich: Linke Militanz. Ein Tagungskommentar zur Fachtagung „Linke Militanz. Phänomen, Grundlagen, pädagogische Praxis“ vom 13. bis 14. November 2019 in Bamberg, URL: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Ballhausen_TK_14_11_2019.pdf [eingesehen am 12.11.2024].
- Hafeneger, Benno: Politische Bildung ist mehr als Prävention. In: Demokratieförderung vs. politische Bildung?, in: Journal für politische Bildung, H. 2/2019, S. 22-25.
- Schlicht-Schmälzle, Raphaela et al.: Mehr als Prävention. Politische Bildung und Extremismusprävention: Schnittmengen und Herausforderungen, PRIF Spotlight, H. 2/2021, URL: https://www.prif.org/fileadmin/Daten/Publikationen/PRIF_Spotlights/2021/PRIF_Spotlight_2_2021_barrierefrei.pdf [eingesehen am 13.11.2024].

Politische Bildung als Prävention?

Anmerkungen zur Debatte

Monika Oberle

Weltweit stehen Demokratien heute unter Druck, darunter selbst etablierte demokratische Systeme wie in den USA. Die Herausforderung besteht nicht nur in Angriffen von außen, sondern zugleich in der Aushöhlung von innen durch antidemokratische Kräfte innerhalb und außerhalb der Parlamente und Regierungen.⁵ Populist:innen verkünden ihre Botschaften mit dem Anspruch, dass sie, und nur sie, die Meinung „des Volkes“ vertreten, womit sie sich als „die wahren Demokraten“ gerieren.⁶

In diesen Zeiten tritt klar zutage, dass demokratischen Systemen zwar verfassungsrechtlich eine Ewigkeitsgarantie verbrieft werden kann, der freiheitliche Verfassungsstaat jedoch die Voraussetzungen, von denen er lebt, selbst nicht garantieren kann.⁷ Vielmehr braucht es eine entsprechende politische Kultur, die ein funktionsfähiges demokratisches System stützt und lebendig hält. Eine solche demokratische politische Kultur wiederum bedarf der permanenten Pflege und einer angemessenen Sozialisation neuer Mitglieder in Politik und Gesellschaft. An dieser Sozialisation hat Bildung einen entscheidenden Anteil. Entsprechend heißt es in Veranstaltungen und Publikationen zur politischen Bildung hierzulande seit

5 Vgl. Levitsky, Steven und Ziblatt, David: *How democracies die*, New York 2019.

6 Vgl. Lewandowsky, Marcel: *Was Populisten wollen. Wie sie die Gesellschaft herausfordern - und wie man ihnen begegnen sollte*, Köln 2024; Müller, Jan-Werner: *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin 2016.

7 Zum sogenannten Böckenförde-Diktum vgl. Stein, Tine: *Selbstbindung durch Recht im demokratischen Verfassungsstaat*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 27/2021, S. 4-11.

Jahrzehnten: „Demokratie braucht politische Bildung“⁸, denn „Demokraten fallen nicht vom Himmel“^{9,10}

Obwohl die Bedeutung der politischen Bildung mit explizitem Verweis auf antidemokratische Strömungen und demokratiegefährdende Entwicklungen von zahlreichen Akteur:innen aus Politikdidaktik und politischer Bildung immer wieder öffentlichkeitswirksam betont wird - beispielsweise wenn es um die Abwehr von Haushaltskürzungen der Bundeszentrale oder Landeszentralen der politischen Bildung oder die Schließung von Stätten politischer Bildung geht -, kreist die Debatte auf Fachtagungen und in (insbesondere praxisorientierten) Publikationen seit einigen Jahren um die Frage, ob politische Bildung auch als Prävention verstanden werden kann.

Dabei wird viel Zeit und Energie in die Negierung der These investiert, politische Bildung erfülle eine Funktion der Prävention. Der Ausruf, politische Bildung sei keine Prävention, ist für Außenstehende indes teilweise schwer verständlich, wird doch zugleich von denselben Personen und Institutionen mit Nachdruck unterstrichen, dass politische Bildung a) nicht neutral sei und b) in Zeiten, die von einem Erstarren antidemokratischer, rechtsextremer Akteur:innen und Strömungen geprägt sind, besonders relevant sei, folglich aus- statt abgebaut gehöre.

Im Folgenden werden mögliche Gründe für diese Abwehrhaltung gegen ein Verständnis von politischer Bildung als Prävention identifiziert und kritisch beleuchtet. Dabei wird auch herausgearbeitet, dass die Debatte teilweise von verzerrten Fremdwahrnehmungen der Felder der politischen Bildung und Prävention geprägt ist, dass (trotz der seit Jahren wiederkehrenden und breit getragenen Stellungnahmen, politische Bildung sei „nicht neutral“) weiterhin Klärungsbedarf bezüglich der normativen Orientierung der (staatlich geförderten beziehungsweise verantworteten) politischen Bildung besteht und dass durch die festgefahrene Debatte Chancen für eine nachhaltige Stärkung der politischen Bildung und der Demokratie vertan werden.

8 Breit, Gotthard und Schiele, Siegfried (Hrsg.): Demokratie braucht politische Bildung, Schwalbach am Taunus 2004.

9 Eschenburg, Theodor: Der mündige Bürger fällt nicht vom Himmel, in: Der Bürger im Staat, Jg. 35 (1985), H. 3, S. 239-243.

10 Vgl. Oberle, Monika: Demokratische Schulentwicklung im Kontext von Demokratiebildung und politischer Bildung, in: Priebe und Broese (Hrsg.): Demokratische Schulentwicklung konkret (i. E., Wochenschau Verlag).

„Politische Bildung ist keine Prävention!“ - Gründe für die Abwehrhaltung

Zur Prävention existieren unterschiedliche Konzepte, wobei oftmals zwischen Primärprävention (beziehungsweise universeller Prävention), Sekundär- (beziehungsweise selektiver) Prävention und Tertiär- (beziehungsweise indizierter) Prävention unterschieden wird.¹¹ Die größte Schnittmenge hat politische Bildung mit Primärprävention; dies gilt beispielsweise für den allgemeinen Politikunterricht, doch ist sie grundsätzlich auch im Kontext von Sekundär- und Tertiärprävention denkbar.

Bei der Frage, ob Prävention eine Funktion der politischen Bildung ist, gibt es starke Vorbehalte von Akteur:innen aus Politikdidaktik und politischer Bildung, die sich vor allem auf die Vorwürfe der Verhinderungslogik (statt „Subjektorientierung“), Defizitorientierung und Stigmatisierung fokussieren, die sie Prävention zurechnen.¹²

(1) Vorbehalt: Anders als Prävention verfolge politische Bildung keine Verhinderungslogik, sondern eine Ermöglichungslogik und Subjektorientierung.

Dass Subjektorientierung beziehungsweise Teilnehmendenorientierung zentrale Prinzipien politischer Bildung sind und einen wichtigen Qualitätsstandard dieser Profession darstellen, ist Common Sense in der Disziplin.¹³ Übergeordnetes Ziel ist die Förderung der politischen Mündigkeit der Lernenden, also ihrer eigenständigen politischen Urteilsbildung und politischen Handlungsfähigkeit im Sinne der eigenen Interessen und Werte. Prävention verfolge dagegen eine Verhinderungslogik. Ein Framing politischer Bildung als Maßnahme gegen antidemokratische Strömungen laufe der „Ermöglichungslogik“ politischer Bildung zuwider.

Hierbei stellt sich allerdings die Frage, ob dies bedeutet, dass eine subjektorientierte politische Bildung komplett ergebnisoffen zu denken ist. Die Erklärungen und Bekenntnisse, politische Bildung sei „nicht neutral“, zeichnen ein anderes Bild: Politische Bildung soll demzufolge offensichtlich einen klaren Wertebezug haben, sie soll beispielsweise gegen Rassismus, Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gerichtet sein; und politische Bildner:innen sollen darin bestärkt werden, antidemokratischen, (rechts-)populistischen und (rechts-)extremistischen Positionen und Akteur:innen entgegenzutreten.

11 Vgl. zum Beispiel Beelmann, Andreas et al.: Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention: Was man tun kann und sollte. Wissenschaftliches Gutachten für den Landespräventionsrat Niedersachsen, Jena: Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration, 2021; vgl. hierzu auch [Till Schröters Beitrag „Why not both?“ in diesem Band.](#)

12 Vgl. zum Beispiel Becker, Helle et al.: Politische Bildung und Primärprävention. Auszug aus einer Fachdebatte, in: Hößl, Stefan / Jamal, Lobna / Schellenberg, Frank (Hrsg.): Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus, Bonn 2024, S. 165-185.

13 Vgl. zum Beispiel Sander, Wolfgang und Pohl, Kerstin: Handbuch politische Bildung, 5. Aufl., Frankfurt am Main 2022.

Hieran wird deutlich, dass politischer Bildung ein Spannungsverhältnis stets inhärent ist – Förderung der individuellen Mündigkeit, aber auch normativer Bezug auf die Menschenwürde und Demokratie als gesellschaftliche Grundpfeiler. Dass ein solcher Wertebezug besteht, scheint hierzulande durchaus ein breit geteilter Konsens in der politischen Bildung zu sein (Stichwort: „Politische Bildung ist nicht neutral!“).

Die aktuelle fachdidaktische Debatte über das Verhältnis von Prävention und politischer Bildung offenbart allerdings, dass die Frage, worin der dem kontroversen Sektor entzogene Grundkonsens politischer Bildung im öffentlichen Auftrag besteht, klärungsbedürftiger ist, als man zunächst meinen könnte.¹⁴

Auf die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) als Rahmen politischer Bildung beziehen sich die gemeinsame Erklärung der GPJE, DVPB und DVPW-Sektion für Politikwissenschaft und Politische Bildung (2018) ebenso wie Stellungnahmen und Leitfäden von Kultusministerien¹⁵. Manche Positionen kritisieren jedoch eine normative Orientierung politischer Bildungsprozesse an der fdGO als zu statisch und zu wenig ergebnisoffen.¹⁶ Sie stünde in einem ungebührlichen Widerspruch zur Subjektorientierung der politischen Bildung.

Dabei stellt sich die Frage, welche Elemente der fdGO von Kritiker:innen als zu statisch und zu wenig ergebnisoffen wahrgenommen werden. Wird hier zugunsten von Subjektorientierung und Ergebnisoffenheit jegliche Vorfestlegung politischer Bildung auf einen Wertebezug abgelehnt, womit auch beispielsweise rassistische Weltbilder oder der Ruf nach einem autoritären Führer als gleichberechtigte Positionen behandelt werden müssten? Oder stoßen sich Kritiker:innen der fdGO als normativer Bezugsrahmen politischer Bildung am Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, während Menschenwürde und Demokratieprinzip als Beschränkung des Kontroversitätsgebots im politikdidaktischen Diskurs breiteren Anklang finden? Oder wird die

14 Vgl. Oberle, Monika: Grenzenlose Kontroversität? Zur Aktualität des Beutelsbacher Konsenses als Richtschnur politischer Bildung, in: Goll, Thomas (Hrsg.): Kontroversität – Grundlage und Herausforderung (nicht nur) der politischen Bildung, Frankfurt am Main 2024, S. 21-37.

15 Zum Beispiel Kultusministerkonferenz (KMK): Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018, URL: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Demokratieerziehung.pdf [eingesehen am 01.12.2024]. Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (MK BaWü): Leitfaden Demokratiebildung. Schule für Demokratie, Demokratie für Schule, Stuttgart 2019, URL: <https://km.baden-wuerttemberg.de/de/schule/faecheruebergreifend/demokratiebildung> [eingesehen am 01.12.2024]; Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz [SWK] (Hrsg.): Stellungnahme „Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung“, Bonn 2024, URL: https://swk-bildung.org/content/uploads/2024/06/SWK-2024-Stellungnahme_Demokratiebildung.pdf [eingesehen am 01.12.2024].

16 Vgl. zum Beispiel Widmaier, Benedikt: Die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ – ein Leitbegriff für die politische Bildung?, in: POLIS, H. 4/2020, S. 14-17.

fdGO als der gesamte aktuelle Wortlaut des Grundgesetzes missverstanden, welcher natürlich (mit qualifizierter Mehrheit und jenseits des Wesensgehalts) politisch veränderbar ist und entsprechend auch in der politischen Bildung als veränderbar darzustellen ist? Oder stoßen sich Kritiker:innen an der Begrifflichkeit der fdGO, die auch historisch bedingt als ein politischer „Kampfbegriff“ wahrgenommen¹⁷ und deshalb als Orientierung der politischen Bildung abgelehnt wird, nicht jedoch am inhaltlichen Gehalt ihrer Grundprinzipien? Eine transparente Auseinandersetzung und nachvollziehbare Offenlegung des normativen Bezuges der politischen Bildung kann hier Klarheit bringen. Sie sollte sowohl im politikdidaktischen Fachdiskurs erfolgen als auch in der politischen Bildungspraxis vorgenommen werden.

An dieser Stelle sei die Anmerkung erlaubt, dass auch das vielzitierte „Nie wieder!“ (nach Theodor W. Adorno) als grundlegendes Ziel der politischen Bildung Ausdruck eines Verständnisses von politischer Bildung als Prävention ist. Erziehung und Bildung sollen so erfolgen, dass Ausschwitz sich nicht wiederhole – dies entspricht keiner Ergebnisoffenheit von Bildungsprozessen. Wer sich gegen eine normative Orientierung der politischen Bildung, gegen eine begründete, kriteriengeleitete Begrenzung des Kontroversitätsgebots richtet, kann sich nicht überzeugend gegen die Gleichbehandlung von AfD-Positionen in der politischen Bildung oder gegen die staatliche Förderung der Bildungsmaßnahmen entsprechender parteinaher Stiftungen aussprechen. Das tun jedoch fast alle, die sich gegen die Annahme einer präventiven Funktion der politischen Bildung stark machen.

(2) Vorbehalt: Prävention sei defizitorientiert und stigmatisierend, was politische Bildung selbstverständlich vermeiden möchte.

Im Diskurs der politischen Bildung wird Prävention oftmals mit Defizitorientierung und Stigmatisierung konnotiert. Dies scheint allerdings ein Zeichen für den mangelnden Austausch zwischen den Feldern der Prävention und politischen Bildung. So ist festzustellen, dass Akteur:innen aus Theorie und Praxis der Präventionsarbeit sich, auch in Abgrenzung von oberflächlichen gesellschaftlichen und politischen Diskursen, in ihrem Selbstverständnis und ihren Arbeitsstandards explizit gegen Defizitorientierung und Stigmatisierung wenden und diese mit ihren professionellen Ansätzen gerade vermeiden möchten. Zu den in der Fachcommunity etablierten professionellen Standards der Präventionsarbeit gehört, nicht defizitorientiert zu arbeiten, sondern Menschen zu stärken und gerade auch in ihrer Selbstwirksamkeitsüberzeugung zu fördern.

Zur Gefahr der Stigmatisierung ist festzustellen, dass diese eigentlich nur für die Bereiche der Sekundär- und Tertiärprävention bestehen kann, denn die Primärprävention richtet sich ja dezidiert an alle Menschen und kann entsprechend nie-

17 Vgl. Leggewie, Claus und Meier, Horst: Nach dem Verfassungsschutz. Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik, Berlin 2012.

manden als besonders „gefährdet“ oder als „Gefährder:in“ „stigmatisieren“. Dass bei der Sekundär- und Tertiärprävention eine solche Gefahr besteht, ist indes nicht von der Hand zu weisen und dafür ist Sensibilität wichtig. Professioneller Präventionsarbeit ist es allerdings auch in den Feldern der Sekundär- und Tertiärprävention ein zentrales Anliegen, Stigmatisierung der Zielgruppen zu vermeiden, wofür entsprechende Ansätze entwickelt wurden beziehungsweise werden und wofür in Aus- und Fortbildung sensibilisiert wird (zum Beispiel im Bundesprogramm *Respect Coaches*). An dieser Stelle sei nochmals betont, dass die Debatte über politische Bildung als Prävention sich vor allem auf das Feld der Primärprävention bezieht, wenn auch grundständige politische Bildung durchaus eine bedeutsame Rolle in Kontexten der Sekundär- und Tertiärprävention spielen kann.

Ein weiteres Fremdbild findet sich übrigens in Vorstellungen von Prävention als spaßbefreit und unkreativ – so habe Prävention „wenig mit Daseinsfreude, Kreativität und konstruktiver Gestaltung des Lebens zu tun“, aus ihr spreche „ein ängstliches Interesse an Sicherheit, bloßer Gesundheit, Kosteneffizienz und Nachhaltigkeit“¹⁸. Diese Zuschreibungen muten seltsam eindimensional an und dürften von Akteur:innen der Präventionsarbeit vermutlich vehement zurückgewiesen werden.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass unter anderem ein verzerrtes Fremdbild der Präventionsarbeit, eine mangelnde Berücksichtigung der Unterscheidung von Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention ebenso wie ein verstellter Blick auf die eigene, anerkannte Arbeit der politischen Bildung dem Vorbehalt zugrunde liegen, politische Bildung dürfe keine Prävention sein, da sie sonst defizitorientiert und stigmatisierend arbeite.

Die Stärkung *für* die Demokratie stärkt zugleich die Resilienz *gegen* antidemokratische Strömungen – ganz ohne eine Orientierung auf potenzielle Defizite der Lernenden. Dass man sich in der politischen Bildung auch mit „Stammtischparolen“¹⁹ als Einfallstoren von Populismus und Extremismus auseinandersetzt oder mit Strategien von Antidemokrat:innen zur Verbreitung von politischer Desinformation und Verschwörungstheorien und Teilnehmende fit dafür macht, solchen Strategien nicht auf den Leim zu gehen und sich auch öffentlich dagegen einzusetzen, scheint zugleich wünschenswert und keine in der politischen Bildung abzulehnende „Defizitorientierung“ darzustellen.

18 Kohlstruck zitiert nach Achour, Sabine und Gill, Thomas: Extremismusprävention als politische Bildung?, in: POLIS, H. 4/2020, S. 11-13. Achour und Gill sehen darin eine prägnante Zusammenfassung der pädagogischen Implikationen des Präventionskonzepts.

19 Beispielsweise Hufer, Klaus-Peter: Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus, 8. Aufl., Frankfurt am Main 2018.

Der besondere Beitrag politischer Bildung zur Prävention

Politische Bildung widmet sich nicht nur sozialen Lernprozessen, wie der Förderung von Toleranz und Kooperationsbereitschaft, sondern auch politischem Lernen im engeren Sinne und damit der Förderung der Fähigkeiten von Teilnehmenden, die Prozesse zur Herbeiführung allgemeinverbindlicher Entscheidungen zu beurteilen und zu beeinflussen (in den Dimensionen *polity* - Form, *politics* - Prozess, *policy* - Inhalt).²⁰ Lernende sollen befähigt werden, die politischen Rahmenbedingungen ihres Lebens und ihres Zusammenlebens mit anderen Menschen kritisch zu beurteilen und aktiv mitzugestalten. Dabei werden nicht nur politische Kenntnisse, Urteils- und Handlungsfähigkeiten, sondern auch motivationale Orientierungen wie politische Selbstwirksamkeitsüberzeugungen (internes und externes politisches Effektivitätsgefühl), prodemokratische Einstellungen (Wertschätzung einer an Menschenwürde, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit orientierten Demokratie) und (kritisches) politisches Vertrauen gefördert,²¹ was wiederum die Resilienz gegen antidemokratische „Versuchungen“ erhöht.

Hier wird die These vertreten, dass grundständige politische Bildung damit einen besonderen, wertvollen Beitrag zur Extremismusprävention leisten kann - denn sie fördert nicht nur soziale Haltungen und habituelle Praktiken im Nahraum der Demokratie als Lebensform, sondern auch Urteils- und Handlungsfähigkeiten sowie Motivationen und Einstellungen bezüglich der Demokratie als Herrschaftsform.²² Nicht zuletzt angesichts der Herausforderungen durch populistische Akteur:innen besteht eine wichtige Aufgabe von Politikunterricht und politischer Bildung darin, die Einsicht zu vermitteln, dass eine moderne Demokratie nicht auf das Mehrheitsprinzip zu reduzieren ist. Demokratie beinhaltet darüber hinaus die Garantie von Grundrechten, die Anerkennung des Pluralismusprinzips, eine institutionalisierte Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Dabei ist zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit zu unterscheiden. Der politische Fachunterricht vermittelt den Zusammenhang von Menschenbild und politischer Ordnung und setzt sich kritisch mit politischen Streitfragen und politischen Prozessen auseinander.

20 Vgl. Oberle, Monika und Schöne, Helmar: Politische Prozesse als Gegenstand politischer Bildung, in: Pohl, Kerstin und Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung, 5. Aufl., Frankfurt am Main 2022, S. 279-287.

21 Zum Beispiel Oberle, Monika und Leunig, Johanna: Wirkungen politischer Planspiele auf Einstellungen, Motivationen und Kenntnisse von Schüler/innen zur Europäischen Union, in: Ziegler, Béatrice und Waldis, Monika (Hrsg.): Politische Bildung in der Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven, Wiesbaden 2018, S. 213-237; Bohla, Marie / Leunig, Johanna / Oberle, Monika: Urbane Rückzugsräume schützen! Aber wie? Ergebnisse einer Pilotstudie zum Planspiel „Alte Linde“, in: Politisches Lernen, H. 1-2/2022, S. 19-27.

22 Vgl. Oberle, Monika: Demokratiebildung in der Schule, in: Möller, Kurt / Neuscheler, Florian / Steinbrenner, Felix (Hrsg.): Demokratie gestalten! Herausforderungen und Ansätze für Bildungs- und Sozialarbeit, Stuttgart 2022, S. 62-73.

Auch politische Bildung ist Demokratiebildung – und damit auf der anderen Seite derselben Medaille ein eigenständiger, sehr relevanter Beitrag zur Extremismusprävention.

Ausblick

Der vorliegende Artikel möchte mit seinen skizzierten Beobachtungen und Überlegungen zur Versachlichung der Debatte beitragen, dazu anregen, „Pappkameraden“ in der wechselseitigen Wahrnehmung zwischen Präventionsarbeit und politischer Bildung abzubauen, zur Offenlegung der eigenen normativen Grundannahmen animieren und dafür plädieren, das spannungsreiche Verhältnis von politischer Bildung als Mündigkeitsförderung und zugleich als nicht neutrale Demokratiebildung anzuerkennen und transparent auszuloten.

Auch wenn Sensibilisierung angeraten ist a) für inhärente Spannungsverhältnisse politischer Bildung zwischen einerseits dem Ziel der Sozialisation in die bestehende Ordnung unter Bewahrung der errungenen Demokratie und andererseits dem Ziel der Emanzipation zwecks Mündigkeit und Verwirklichung der eigenen Interessen und Vorstellungen sowie b) für bekannte, doch vermeidbare Fallstricke der Präventionsarbeit wie Stigmatisierung im Bereich der Sekundär- und Tertiärprävention, scheint es wenig ergiebig für die politische Bildung, „Pappkameraden“ einer defizitorientierten Präventionsarbeit aufzubauen, gegen die man sich jahrelang unter widersprüchlichem Verweis auf eine scheinbar komplett ergebnisoffene politische Bildungsarbeit stemmt.

Eine andere, fruchtbare Perspektive könnte indes darin bestehen, die besonderen Stärken der *grundständigen* politischen Bildungsarbeit für die Demokratiebildung und damit für die Extremismusprävention (gerade im Bereich der universellen, der Primärprävention) zu betonen, ihren wertvollen Beitrag zur Prävention als eine Begründung der Notwendigkeit einer strukturellen, dauerhaft tragfähigen Förderung schulischer und außerschulischer politischer Bildung zu unterstreichen, anstatt diesen eigenen Beitrag zur Präventionsarbeit so vehement von sich zu weisen.

Derzeit scheint sich ein breit geteiltes Verständnis in der politischen Bildungslandschaft dahingehend abzuzeichnen, dass politische Bildung zwar keine „Prävention“ sei, jedoch durchaus „präventive Wirkungen“ habe. Zu hoffen bleibt, dass sich daraus mittelfristig ein konstruktiverer Umgang mit der (auch bildungspolitischen) Debatte über politische Bildung und Prävention ergibt.

Dabei soll abschließend betont werden, dass eine normative Orientierung an der fdGO keineswegs bedeutet, dass gegen deren Prinzipien gerichtete Ansichten in der politischen Bildung nicht zur Sprache kommen dürfen. *Wie* man didaktisch

mit menschenverachtenden Positionen, antidemokratischen Strömungen und der Ablehnung rechtsstaatlicher Grundsätze umgeht, in welchem Umfang man diese Themen behandelt und wie man in der politischen Bildung auf entsprechende Äußerungen von Lernenden reagiert, sind eigene Fragen. Auf der Gestaltungsebene von Unterricht sind unterschiedliche Strategien denkbar, die je nach Lehr-Lern-Situation und Lerngruppe angemessen sein können.²³ Eine Orientierung an der fdGO bedeutet vielmehr, dass es auf der Zielebene *ein* (relevantes) Ziel des Unterrichts beziehungsweise einer staatlich geförderten oder verantworteten Bildungsmaßnahme ist, gegen die Grundprinzipien unserer Verfassung gerichtete Positionen oder Aktionen zu entkräften und die Resilienz der Lernenden gegenüber Angriffen auf die freiheitliche Demokratie zu stärken.

Literaturverzeichnis

- Achour, Sabine und Gill, Thomas: Extremismusprävention als politische Bildung?, in: POLIS, H. 4/2020, S. 11-13.
- Becker, Helle et al.: Politische Bildung und Primärprävention. Auszug aus einer Fachdebatte, in: Hößl, Stefan / Jamal, Lobna / Schellenberg, Frank (Hrsg.): Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus, Bonn 2024, S. 165-185.
- Beelmann, Andreas et al.: Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention: Was man tun kann und sollte. Wissenschaftliches Gutachten für den Landespräventionsrat Niedersachsen, Jena: Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration, 2021.
- Bohla, Marie / Leunig, Johanna / Oberle, Monika: Urbane Rückzugsräume schützen! Aber wie? Ergebnisse einer Pilotstudie zum Planspiel „Alte Linde“, in: Politisches Lernen, H. 1-2/2022, S. 19-27.
- Breit, Gotthard und Schiele, Siegfried (Hrsg.): Demokratie braucht politische Bildung, Schwalbach am Taunus 2004.
- Eschenburg, Theodor: Der mündige Bürger fällt nicht vom Himmel, in: Der Bürger im Staat, Jg. 35 (1985), H. 3, S. 239-243.
- Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) / Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) / Sektion Politikwissenschaft und Politische Bildung der Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft [DVPW] (2018): Gemeinsame Stellungnahme von GPJE, DVPB und DVPW-Sektion zur Meldeplattform „Neutrale Schulen“, URL: <http://gpje.de/stellungnahmen> [eingesehen am 01.12.2024].

23 Vgl. zum Beispiel May, Michael und Heinrich, Gudrun: Rechtsextremismus pädagogisch begegnen. Handlungswissen für die Schule, Stuttgart 2020.

- Hufer, Klaus-Peter: Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus, 8. Aufl., Frankfurt am Main 2018.
- Kultusministerkonferenz (KMK): Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018, URL: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Demokratieerziehung.pdf [eingesehen am 01.12.2024].
- Leggewie, Claus und Meier, Horst: Nach dem Verfassungsschutz. Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik, Berlin 2012.
- Levitsky, Steven und David Ziblatt: How democracies die, New York 2019.
- Lewandowsky, Marcel: Was Populisten wollen. Wie sie die Gesellschaft herausfordern - und wie man ihnen begegnen sollte, Köln 2024.
- May, Michael und Heinrich, Gudrun: Rechtsextremismus pädagogisch begegnen. Handlungswissen für die Schule, Stuttgart 2020.
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (MK BaWü): Leitfaden Demokratiebildung. Schule für Demokratie, Demokratie für Schule. Stuttgart 2019, URL: <https://km.baden-wuerttemberg.de/de/schule/faecheruebergreifend/demokratiebildung> [eingesehen am 01.12.2024].
- Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016.
- Oberle, Monika: Demokratische Schulentwicklung im Kontext von Demokratiebildung und politischer Bildung, in: Priebe und Broese (Hrsg.): Demokratische Schulentwicklung konkret (i. E., Wochenschau Verlag).
- Oberle, Monika: Demokratiebildung in der Schule, in: Möller, Kurt/Neuscheler, Florian/Steinbrenner, Felix (Hrsg.): Demokratie gestalten! Herausforderungen und Ansätze für Bildungs- und Sozialarbeit, Stuttgart 2022, S. 62-73.
- Oberle, Monika: Grenzenlose Kontroversität? Zur Aktualität des Beutelsbacher Konsenses als Richtschnur politischer Bildung, in: Goll, Thomas (Hrsg.): Kontroversität - Grundlage und Herausforderung (nicht nur) der politischen Bildung, Frankfurt am Main 2024, S. 21-37.
- Oberle, Monika und Leunig, Johanna: Wirkungen politischer Planspiele auf Einstellungen, Motivationen und Kenntnisse von Schüler/innen zur Europäischen Union, in: Ziegler, Béatrice und Waldis, Monika (Hrsg.): Politische Bildung in der Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven, Wiesbaden 2018, S. 213-237.
- Oberle, Monika und Schöne, Helmar: Politische Prozesse als Gegenstand politischer Bildung, in: Pohl, Kerstin und Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung, 5. Aufl., Frankfurt am Main 2022, S. 279-287.
- Sander, Wolfgang und Pohl, Kerstin: Handbuch politische Bildung, 5. Aufl., Frankfurt am Main 2022.
- Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz [SWK] (Hrsg.): Stellungnahme „Demokratiebildung als Auftrag der Schule - Bedeu-

tung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung“, Bonn 2024, URL: https://swk-bildung.org/content/uploads/2024/06/SWK-2024-Stellungnahme_Demokratiebildung.pdf [eingesehen am 01.12.2024].

Stein, Tine: Selbstbindung durch Recht im demokratischen Verfassungsstaat, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 27/2021, S. 4-11.

Widmaier, Benedikt: Die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ - ein Leitbegriff für die politische Bildung?, in: POLIS, H. 4/2020, S. 14-17.

Why not both?

Zur (Un-)Vereinbarkeit von politischer Bildung und Prävention im Phänomenbereich Linke Militanz

Till Schröter

1 Ausgangslage

Gespräche mit politischen Bildner:innen und Politikdidaktiker:innen über Prävention können abrupt enden: Für manche reicht es bereits aus, in einer bestimmten Programmlinie gefördert zu werden, dass ein laufender Austausch auf Eis gelegt wird, ohne sich weiter mit dem auseinanderzusetzen, was unter der Förderoberfläche passiert. Die Diskussion über das P-Wort ist mehrfach umkämpft: 1) Die theoretischen Ideen von politischer Bildung und Prävention stehen sich diametral gegenüber: Wo die einen ermöglichen und ermächtigen wollen, möchten die anderen verhindern; wo die einen die Möglichkeit positiver Folgen sehen und diese erreichen wollen, möchten die anderen negative Folgen für die Zukunft abwehren. 2) Wo Prävention ist, da ist das Hufeisen nicht weit: Sprechen wir von Prävention, so nutzen wir den strafftorientierten Sprachgebrauch von Sicherheitsbehörden; und sprechen wir wie Sicherheitsbehörden, so laufen wir Gefahr, alles fernab der sagenumwobenen *Mitte der Gesellschaft* als Extremismus abzutun - unabhängig davon, ob genau dieses Denken in Politik und Gesellschaft größtenteils verbreitet ist oder nicht.²⁴ 3) Am Begriff der Prävention hängen finanzielle Mittel: Wie schon in den vergangenen Förderperioden wird das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ auch ab 2025 wieder Gelder in Millionenhöhe für Projekte zur *Extremismusprävention* ausgeben.

Wir brauchen - sowohl in den beteiligten Disziplinen als auch in der Gesellschaft - einen fortlaufenden Diskurs, der die Beziehung zwischen politischer Bildung und

24 Mehr zu dieser Debatte bei Fuhrmann, Maximilian: Wer vage bleibt, gewinnt. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Extremismusforschung, in: Hansen, Henrik und Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2021-2023 (I), Brühl 2024, S. 127-149.

Präventionsansätzen differenziert verhandelt. Dieser Beitrag versucht eine Synthese von politischer Bildung und Prävention im Phänomenbereich Linke Militanz. Dazu wird zunächst der aktuelle Stand der Debatte reflektiert und anschließend die Möglichkeit der Vereinbarkeit von politischer Bildung und Prävention aus einer rationalen Perspektive ausgelotet.

2 Zum Stand der Debatte: Überschneidungszonen trotz klarer Fronten?

Wegbereiterin in den Diskussionen der (Un-)Vereinbarkeit von Präventionsansätzen und politischer Bildung ist die Bundeszentrale für politische Bildung. Sie tritt mit Debattenformaten,²⁵ Thesenpräsentationen durch Praktiker:innen und Expert:innen²⁶ sowie Stellungnahmen zu jenen Thesen²⁷ moderierend in Erscheinung. Darüber hinaus lassen sich aus vielfältigen Perspektiven Beiträge und Positionierungen zum Thema finden - exemplarisch seien Sabine Achour und Thomas Gill²⁸ sowie Bruno Hafenegger²⁹ und verschiedene Beiträge im „Handbuch Kritische politische Bildung“³⁰ genannt.

Im Zentrum der Debatte stehen zwei Positionen: 1) Politische Bildung und Prävention sind unvereinbar. 2) Politische Bildung kann einen Beitrag zur Prävention leisten.

25 Vgl. Fereidooni, Karim et al.: Politische Bildung und Primärprävention: Fachdebatte, 12.05.2021, URL: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/325195/politische-bildung-und-primarpraevention/> [eingesehen am 25.03.2024].

26 Vgl. Uhlmann, Milena und Weilnböck, Harald: Gute Praxis in der Prävention. 20 Thesen zu Extremismusprävention & Programmgestaltung, 07.02.2018, URL: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/264235/gute-praxis-in-der-praevention/> [eingesehen am 25.03.2024].

27 Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus et al.: Diskussion: Gute Praxis in der Extremismusprävention. Reaktionen auf „20 Thesen zu Extremismusprävention & Programmgestaltung“, 16.05.2018, URL: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/269346/diskussion-gute-praxis-in-der-extremismuspraevention/> [eingesehen am 25.03.2024].

28 Achour, Sabine und Gill, Thomas: „Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“ Extremismusprävention als politische Bildung?, in: Friedrichs Bildungsblog, 03.12.2019, URL: <https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/bildung/artikelseite-bildungsblog/liebe-teilnehmende-liebe-gefaehrderinnen-und-gefaehrder-extremismuspraevention-als-politische-bildung> [eingesehen am 24.03.2024].

29 Hafenegger, Benno: Politische Bildung ist mehr als Prävention, in: Journal für politische Bildung, H. 2/2019, S. 22-25, URL: <https://www.journal-pb.de/blog/politische-bildung-ist-mehr-als-praevention> [eingesehen am 01.10.2024].

30 Chehata, Yasmine et al. (Hrsg.): Handbuch Kritische politische Bildung, 1. Aufl., Frankfurt am Main 2023.

1) Vertreter:innen der ersten Position argumentieren, dass politische Bildung, im Vergleich zu Prävention, auf die Zukunft ausgerichtet sei.³¹ Allerdings gilt das auch für Prävention, die sich auf erst noch bevorstehende Entwicklungen und Ereignisse bezieht, sogar einer „zukunftsorientierten Kausallogik“³² folgt. Eine andere Kritik am Präventiven entfaltet sich daran, dass die Kontingenz des Zukünftigen, also die prinzipielle Offenheit der Zukunft, bloß unzureichend zur Geltung komme. Stattdessen werde angenommen, dass zukünftige Entwicklungen verhindert und dadurch - in einem ersten Schritt - auch vorhergesagt oder zumindest probabilistische Annahmen *über sie* getätigt werden können. So führt Ulrich Bröckling aus, die „Geschichte der Prävention ist [...] verbunden mit der Geschichte der Datenerhebung und -verarbeitung, der Statistik und Wahrscheinlichkeitsberechnung“³³. Diese sei notwendig, um Abweichungen vom *Normalen*, vom *Durchschnittlichen* zu identifizieren und dann durch präventives Handeln zu verhindern.³⁴ Hieran schließt sich die Warnung vor einem übergriffigen Staat an, der entweder abstrakt in die Leben der Bürger:innen allsteuernd-interventionistisch eingreife oder aber konkret durch Referenz auf den Spielfilm „Minority Report“ (2002) herbeizitiert wird.³⁵

Hierbei handelt es sich jedoch um eine verkürzte Sicht auf Prävention als Blackbox. Wenn wir davon ausgehen, dass politische Bildung ergebnisoffen in eine kontingente Zukunft blickt, dann sind die Bildungssubjekte - vorausgesetzt, die politischen Bildungsangebote können ihre Ziele erreichen - auf die Gesamtheit aller möglichen Zukunftsszenarien vorbereitet. Die Verkürzung besteht darin, dass Prävention eigentlich nur ein einzelnes Szenario - als Teilmenge aller möglichen Zukunftsszenarien - verhindern will; eines, das möglicherweise einen demokratiegefährdenden Effekt erzeugt. Das Verhältnis von politischer Bildung und Prävention zur kontingenten Zukunft aus dieser verkürzten Perspektive zeigt Abbildung 1 (links): Politische Bildung und Prävention behandeln demzufolge völlig unterschiedliche Gegenstände und sind deshalb vollends voneinander zu trennen. Natürlicher-

31 Vgl. Achour und Gill: „Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“.

32 Lampe, Dirk: „Prävention für alle und von Anfang an“. Eine diskurstheoretische Betrachtung aktueller Präventionsdebatten im Rahmen allgemeiner gesellschafts-politischer Entwicklungen, in: Dollinger, Bernd und Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Handbuch Jugendkriminalität. Interdisziplinäre Perspektiven, 3., vollständig überarbeitete und aktualisierte Aufl., Wiesbaden 2018, S. 559-587, hier S. 575.

33 Bröckling, Ulrich: Vorbeugen ist besser ... Zur Soziologie der Prävention, in: Behemoth. A Journal on Civilisation, H. 1/2008, S. 38-48, hier S. 44. Der Film zeichnet eine Dystopie, in der es möglich ist, Straftaten zu verhindern, indem die prospektiven Straftäter:innen im Vorhinein identifiziert, festgenommen und in ein Koma versetzt werden.

34 Vgl. Bröckling: Vorbeugen ist besser ..., S. 43.

35 Vgl. ebd., S. 38.

weise werden somit finanzielle Ressourcen für Präventionsarbeit kritisch gesehen, da sich mit ihnen keinerlei Beitrag zur politischen Bildung leisten ließe.³⁶

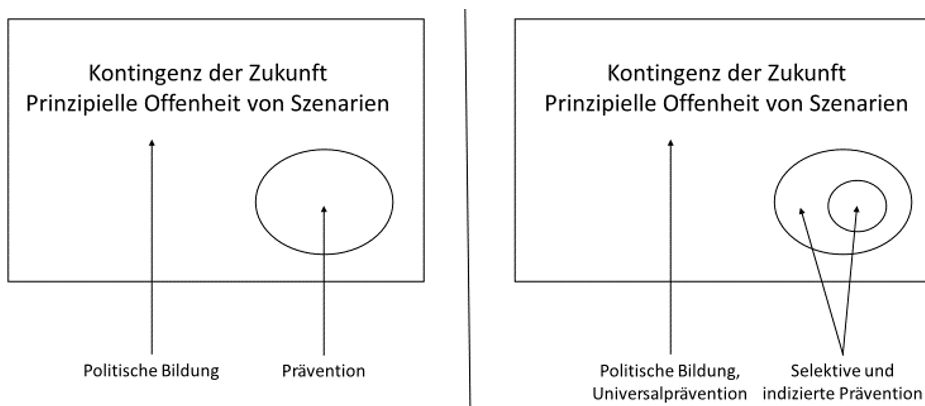


Abbildung 1: Verhältnisse von politischer Bildung und Prävention zur kontingenten Zukunft (eigene Darstellung)

2) Das Modell rechts in Abbildung 1 hingegen stellt die zweite Position dar: Politische Bildung und Prävention sind keine zwei völlig unvereinbare Konzepte. Denn auch politische Bildung kann präventive Effekte entfalten – dies geschieht im Bereich der Universalprävention. Selektive und indizierte Prävention können darüber hinaus nach wie vor für Teilmengen der prinzipiell kontingenten Zukunft dort eingesetzt werden, wo sich demokratiegefährdende Defizite bereits im Jetzt erkennen lassen. In diesem Ansatz werden Ermöglichen und Verhindern nicht in Opposition zueinander begriffen, sondern: „Jedem bildenden und pädagogischen Handeln wohnt präventives Denken und Handeln inne, von ihm gehen immer auch präventive Wirkungen und Effekte aus; das gilt auch für die politische Bildung.“³⁷

Dass die Ziele und Funktionen von politischer Bildungsarbeit über das Verhindern von potenziell demokratiegefährdenden Effekten hinausgehen, ist indes klar: Politische Bildung entwickelt Kompetenzen, fördert Partizipation und Selbstwirksamkeitserfahrungen, ermutigt und ermöglicht die demokratische Orientierung der Subjekte. Die Vermittlung dieser Kompetenzen und demokratischen Werte ist jedoch zugleich die Basis für Universalprävention. Mit diesen Kompetenzen und Werten ausgestattete Bürger:innen verfügen über eine erhöhte Resilienz gegenüber demokratiegefährdenden Einstellungen und Handlungen. Dies kann als Empowerment verstanden werden, aber auch als Prävention. Alles, was darüber hin-

36 Mit dieser Formulierung soll nicht sämtliche Kritik an der finanziellen Förderung von Prävention, politischer Bildung, Demokratiebildung und angrenzenden Bereichen durch staatliche Programme, Unternehmen und Stiftungen relativiert werden. Im Gegenteil: Die geäußerte Kritik – beispielsweise in mehreren Beiträgen im „Handbuch Kritische politische Bildung“ – setzt sich angemessen mit Missständen und Verbesserungspotenzialen der Förderkulturen auseinander.

37 Hafeneeger: Politische Bildung ist mehr als Prävention.

ausgeht und als selektive beziehungsweise indizierte Prävention zielgruppenspezifisch arbeitet, muss im Hinblick auf mögliche Risikofaktoren gerechtfertigt werden – denn ansonsten besteht die Gefahr einer Stigmatisierung.

Wenn politische Bildungsarbeit auch präventive Effekte haben kann, hat dies Implikationen für deren Förderung. Die finanziellen Mittel, die durch große Förderprogramme wie „Demokratie leben!“ ausgelobt werden, erscheinen dann nicht als relative Bedrohung, sondern als Chance. Denn: Die finanzielle Förderung von Präventionsprogrammen durch staatliche Institutionen wird bleiben. Blickt man, wie beispielsweise Monika Oberle³⁸ und Bruno Hafenegger³⁹, rational-realistisch darauf, bietet dies dennoch eine Möglichkeit, politische Bildung zu betreiben. *Politische Bildungsarbeit mit universalpräventiven Effekten*⁴⁰ kann beidem genügen: sowohl den Anforderungen von Präventionsförderlinien als auch möglicherweise den ethischen Bedenken politischer Bildner:innen. Außerdem bietet ein solches Vorgehen die Möglichkeit, den Präventionsbegriff und die damit einhergehende Arbeit dem Bereich der Sicherheitsbehörden und des sicherheitsbehördlichen Denkens zu entziehen und die eigene Position zu stärken, die nicht zuletzt geschwächt ist, weil politische Bildung den „sicherheitspolitischen Präventionsstrategien weitgehend unvorbereitet gegenüber[steht]“⁴¹.

Die Frage von Sabine Achour und Thomas Gill, ob sich „das Feld der politischen Bildung inzwischen an die zugrunde liegende Logik der ‚Versicherheitlichung‘ gewöhnt“⁴² hat, kann selbst dann mit *Nein* beantwortet werden, wenn die Träger:innen politischer Bildungsarbeit finanzielle Förderung aus Präventionsprogrammen annehmen. Sich völlig geschlagen zu geben und die Förderrealität zu akzeptieren, sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Vor allem, wenn die *Fortsetzung* der eigenen politischen Bildungsarbeit – mit universalpräventiven Effekten – betont wird. Gleichzeitig muss fortwährend klargemacht werden, dass politische Bildung

38 „Jedoch müssen wir anerkennen, dass der Begriff [der Prävention] existiert und mit Fördergeldern verknüpft ist. Als politische Bildnerinnen und Bildner müssen wir klarmachen, dass grundständige politische Bildung immer auch präventiv wirkt“; zitiert nach Fereidooni et al.: Politische Bildung und Primärprävention.

39 „Prävention ist ein Strukturbegriff und wird auch zukünftig ein wichtiges Instrument in der Vermeidung von unerwünschten Entwicklungen bleiben“; zitiert nach Hafenegger: Politische Bildung ist mehr als Prävention.

40 Dabei handelt es sich um eine Begriffsschöpfung in Anlehnung an Thomas Krüger, der „von präventiven Effekten politischer Bildungsarbeit“ spricht; zitiert nach Fereidooni et al.: Politische Bildung und Primärprävention.

41 Bürgin, Julika: Warum politische Bildungsarbeit nicht ‚mehr als (Extremismus-)Prävention‘ ist, in: Chehata, Yasmine et al. (Hrsg.): Handbuch Kritische politische Bildung, 1. Aufl., Frankfurt am Main 2023, S. 532-540, hier S. 536.

42 Achour und Gill: „Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“.

nicht zur „Feuerwehr“ oder zum „Reparaturbetrieb“⁴³ reduziert werden darf und grundverschieden zu denken ist von indizierter und selektiver Prävention – nach einem Plädoyer für Überschneidungszonen ist hier eine klare Front vorzuziehen. Indizierte und selektive Prävention *mögen sich* aus dem Methodenkoffer der politischen Bildung bedienen, sind aber different zu behandeln. Sie leisten zielgruppenspezifische Arbeit und handeln risiko- beziehungsweise problemspezifisch in kurzfristigen Zeithorizonten.

3 Linke Militanz: Ein Feld für politische Bildung und Prävention?

Wie politische Bildung und Prävention als politische Bildungsarbeit mit universalpräventiven Effekten Hand in Hand gehen können, zeigt die Bildungsarbeit der Bundesfachstelle Linke Militanz, die im Bereich „Linker Extremismus“⁴⁴ im Handlungsfeld Extremismusprävention im Rahmen von „Demokratie leben!“ gefördert wird.⁴⁵ Dass die Verwirklichung des Gewünschten – Extremismusprävention im Bereich links – schwierig ist, das wissen die Mitarbeitenden der Bundesfachstelle Linke Militanz seit Jahren. Zunächst ist da der Begriff des *Linksextremismus*, der kaum sozialwissenschaftliche Relevanz entfaltet, den bezeichneten Phänomenbereich nicht ausreichend differenziert und diesem – gestützt auf ein statisches Extremismus-Modell – potenziell abwertend und stigmatisierend gegenübertritt.⁴⁶ Und dann sind da die Bildungsangebote, die präventiv wirken sollen, deren Zielgruppenansprache jedoch praktisch schwierig und inhaltlich umstritten ist.⁴⁷

43 Hafenegger: Politische Bildung ist mehr als Prävention.

44 In der ersten Förderperiode des Bundesprogramms von 2015 bis 2019 wurde dieser Bereich noch unter der Bezeichnung *Linke Militanz* geführt; vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Abschlussbericht Bundesprogramm Demokratie leben! Erste Förderperiode (2015 bis 2019), Berlin 2020.

45 In den bislang veröffentlichten Ausschreibungsinhalten für die Förderperiode ab 2025 ist indes die Bezeichnung *Linker Extremismus/Linke Militanz* zu lesen, was auf diffuse Begriffsverwendungen hinweist (Stand: Juni 2024).

46 Radikale Kritik am staatlichen und demokratischen Status quo ist nicht zwingend demokratiegefährdend oder extremistisch; vgl. Riedl, Jonathan und Micus, Matthias: Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes): Überlegungen zu einer möglichen Alternative, in: Demokratie-Dialog, H. 1 (2017), S. 16–21, hier S. 21.

47 Die ehemaligen Mitarbeiterinnen der Bundesfachstelle Linke Militanz, Anne-Kathrin Meinhardt und Birgit Redlich, brachten die Herausforderungen in ihrer Einleitung zum Sammelband „Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis“ treffend auf den Punkt: „Doch wie soll diese konkret aussehen? Was gilt es zu ‚verhindern‘? Wie soll das Gewünschte umgesetzt werden?“ Zitiert nach Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit: Politische Bildungsarbeit links abseits von Prävention – eine Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 13–20, hier S. 13.

Vor dem Hintergrund all dieser Probleme drängt sich der Gedanke auf, dass im Phänomenbereich Linke Militanz kompetenzfördernd und konfliktorientiert an realen gesellschaftlichen Fragen⁴⁸ gearbeitet wird, statt Prävention zu betreiben. Erzielen wir mit der politischen Bildungsarbeit der Bundesfachstelle auch universalpräventive Effekte, ist dies eine willkommene Nebenwirkung; selektive und indizierte Prävention sind jedoch keine Bestandteile des angewandten Repertoires. Vielmehr sollte darüber gesprochen werden, dass Perspektivübernahme und Ambiguitätstoleranz ausgebildet und Politikkompetenz erlernt werden⁴⁹ - und dies alles anhand des Phänomenbereichs Linke Militanz.

Als exemplarisch dafür können die beiden von der Bundesfachstelle Linke Militanz entwickelten, erprobten und als Bildungsmaterialien publizierten Planspiele gelten:⁵⁰ Sie thematisieren die relevanten Themen *Gentrifizierung*, *Raum in der Stadt* und *Protest* - allesamt gesamtgesellschaftliche wie auch phänomenbereichsspezifische Konflikt- und Handlungsfelder - mit jeweils einem zusätzlichen Fokus auf jungem Engagement und kommunalpolitischer Partizipation. In den Planspielen kommen viele der überwiegend jugendlichen Teilnehmenden zum ersten Mal in Kontakt mit gesamtgesellschaftlichen Problemen wie Wohnungsnot oder der Verdrängung von Freiräumen. Sie erkunden verschiedene Interessenlagen in dieser sozialen Frage und diskutieren deren Legitimität. Gleiches gilt für verschiedene Formen des politischen Protests - dies wird bereits im Untertitel des ersten Planspiels deutlich: „Urbane Rückzugsräume schützen! Aber wie?“⁵¹. Die dezidierte Konfliktorientierung an realen gesellschaftlichen Themen und deren Verhandlung im Planspiel führen zusammen mit der planspielinhärenten Perspektivübernahme und -kontrastierung bei den Teilnehmenden zu Politikkompetenzgewinnen.

Dies konnte bereits anhand einer Begleitstudie gezeigt werden: Im Vergleich zum Erhebungszeitpunkt vor der Planspieldurchführung wurde nach der Durchführung ein subjektiver Wissenszuwachs hinsichtlich der politischen Aktionsfor-

48 Vgl. Blasche, Ralph und Wohnig, Alexander: Die Konzeption der Konfliktorientierung als Element kritischer politischer Bildung, in: Chehata, Yasmine et al. (Hrsg.): Handbuch Kritische politische Bildung, Frankfurt am Main 2023, S. 276-284, hier S. 281.

49 Vgl. Meinhardt und Redlich: Politische Bildungsarbeit links abseits von Prävention - eine Einleitung, S. 19.

50 Beide Planspiele sind auf der Website der Bundesfachstelle Linke Militanz verfügbar, siehe Bohla, Marie et al.: Alte Linde - Urbane Rückzugsräume schützen! Aber wie? Ein Planspiel für Jugendliche und junge Erwachsene zu den Themen Anti-Gentrifizierung als gesellschaftliches Konfliktfeld und Protest, Göttingen 2022, URL: https://www.linke-militanz.de/data/akten/2022/11/Handreichung_AlteLinde.-pdf.pdf [eingesehen am 01.10.2024]; vgl. Bohla, Marie / Heise, Katharina / Schröter, Till: Alte Linde - Die Bezirkskonferenz. Ein Planspiel für Jugendliche und junge Erwachsene zu den Themen Anti-Gentrifizierung, kommunale Entscheidungsfindung und Protest, Göttingen 2023, URL: https://www.linke-militanz.de/data/akten/2023/10/Handreichung_AlteLinde.pdf [eingesehen am 01.10.2024].

51 Bohla et al.: Alte Linde - Urbane Rückzugsräume schützen!

men (Cohen's $d = 1,57$)⁵² bei gleichzeitiger Homogenisierung der Wissensbestände erzielt.⁵³ Das Fachwissen als eine zentrale Dimension der Politikkompetenz lässt sich somit entscheidend weiterentwickeln. Während verschiedene Facetten der Kompetenzdimension *Politische Handlungsfähigkeit* wie Artikulieren, Argumentieren, Verhandeln und Entscheiden⁵⁴ im Planspiel simulativ aus einer Rollenperspektive erprobt werden,⁵⁵ steigt nach der Planspieldurchführung auch die Bereitschaft, an realen politischen Protesten zu partizipieren: Kleine Effektstärken (Cohen's $d = 0,24$ und $0,28$) können dort in den Protestkategorien *Internet* und *ziviler Ungehorsam* verzeichnet werden⁵⁶ und zielen auf partizipatives politisches Handeln als Teil der politischen Handlungsfähigkeit ab.⁵⁷ „Man muss sich für etwas einbringen, wenn man es wirklich machen möchte. Sonst wird daraus halt nichts, dann wird es einfach so weitergehen. Man muss sich auch wirklich Gedanken darüber machen, wie und was man jetzt macht, weil es sonst eben nichts nützt,“⁵⁸ fasst eine Planspielteilnehmerin treffend ihre Einsicht zur Relevanz politischen Handelns zusammen. Die Teilnehmenden des Planspiels werden somit empowert – nicht nur hinsichtlich eines breiteren Wissens, auf dem sich aufbauen lässt, sondern auch hinsichtlich praktischer demokratischer Fähigkeiten.

Die Bereitschaft zur und Erprobung der Übernahme anderer Perspektiven sowie deren Toleranz sind wiederum zentrale Merkmale der Qualität politischer Urteile⁵⁹ und insofern verknüpft mit der Kompetenzdimension *Politische Urteilsfähigkeit*. So äußert eine teilnehmende Person während des leitfadengestützten Interviews: „[W]enn Leute über Politik reden, dass ich auf jeden Fall, selbst wenn ich nicht mitrede, dass ich ein Ohr offen habe, einfach mehr Meinungen reinzukriegen und auch zu verstehen, warum diese Menschen so denken.“⁶⁰ Aber auch präventive Effekte konnten erzielt werden: sowohl über mittelbare Faktoren (wie die Einsicht, dass

52 Cohen's d ist ein Maß, das die Effektstärke eines empirisch messbaren Effekts angibt. Es bildet den Unterschied zwischen zwei Mittelwerten ab – hier: zu einem Messzeitpunkt vor der Planspieldurchführung und zu einem Messzeitpunkt nach der Planspieldurchführung.

53 Vgl. Bohla, Marie / Leunig, Johanna / Oberle, Monika: Urbane Rückzugsräume schützen! Aber wie? Ergebnisse einer Pilotstudie zum Planspiel „Alte Linde“, in: Politisches Lernen, Jg. 40 (2022), H. 1-2, S. 19-27, hier S. 24.

54 Vgl. Massing, Peter: Die vier Dimensionen der Politikkompetenz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 62 (2012), H. 46-47, S. 23-29, hier S. 26.

55 Vgl. Bohla/Leunig/Oberle: Urbane Rückzugsräume schützen!, S. 25.

56 Vgl. ebd., S. 24.

57 Vgl. Massing: Die vier Dimensionen der Politikkompetenz, S. 26.

58 Bohla/Leunig/Oberle: Urbane Rückzugsräume schützen!, S. 26.

59 Vgl. Massing: Die vier Dimensionen der Politikkompetenz, S. 25.

60 Bohla/Leunig/Oberle: Urbane Rückzugsräume schützen!, S. 26.

Kompromisse in Politik und Gesellschaft wichtig - aber auch schwierig - sind)⁶¹ als auch in Bezug auf die Einstellung zum Regelbruch (Cohen's $d = -0,25$) und hinsichtlich der Akzeptanz linker Gewalt (Cohen's $d = -0,22$) im Vergleich zum Zeitpunkt vor der Planspieldurchführung.⁶² Hier schließt sich der Kreis.

4 Fazit: Why not both?

Politische Bildung oder Prävention? Dafür oder dagegen? *Why not both?* Die unterschiedlichen Ansätze sind weniger unvereinbar, als dies von einem Teil der Profession vorgetragen wird: Politische Bildung und universelle Prävention richten sich an dieselbe Zielgruppe - nämlich an alle. Zur Akzeptanz der gesellschaftlichen Realität gehört, dass grundsätzlich *alle* Menschen demokratiegefährdende Einstellungen und Handlungen entwickeln können - insbesondere in Zeiten von Polykrise und gesellschaftlicher Polarisierung. Wer dies akzeptiert, akzeptiert auch die Kontingenz der Zukunft. Einen Worst Case zu verhindern, ist sowohl das Ziel politischer Bildung als auch von Prävention.

Letztlich geht es bei der Debatte um politische Bildung und universeller Prävention darum, ob wir von einem *Für* oder *Dagegen*⁶³ sprechen. Gereon Flümman bringt das für den Phänomenbereich Linke Militanz prägnant auf den Punkt:

„Auch wenn die politische Bildung als Profession lieber *für* bestimmte Ziele eintritt: *Gegen* Linke Militanz kann sie guten Gewissens arbeiten, da der Einsatz letztlich *für* Demokratie und die damit verbundene, möglichst gewaltlose Konfliktbearbeitung erfolgt.“⁶⁴

Politisch zu bilden und dabei universalpräventive Effekte zu erzielen - darin bestand und besteht die Bildungsarbeit der Bundesfachstelle Linke Militanz. Diese Auslegung des Präventionsbegriffs im Förderzusammenhang des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ hat (für diesen Phänomenbereich) einen entscheidenden Vorteil: Politische Bildungsarbeit lässt sich (weiter-)betreiben, sofern die Förderrealität - Prävention ist gekommen, um zu bleiben - akzeptiert wird. Selektive und indizierte Prävention beginnen dort, wo politische Bildung aufhört; hier ist eine Grenzziehung angebracht. Beides wird auch im Bundesprogramm gefördert

61 Vgl. ebd.

62 Vgl. ebd., S. 24.

63 Götz Nordbruch schlägt beispielsweise statt des *Gegen* ein *in Reaktion auf* vor; vgl. Fereidooni et al.: Politische Bildung und Primärprävention.

64 Flümman, Gereon: Linke Militanz und politische Bildung, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 60-67, hier S. 67.

und dies hat sicherlich Relevanz – im Phänomenbereich Linke Militanz jedoch nur wenig. Das hat die politische Bildungsarbeit der Bundesfachstelle in den letzten Jahren gezeigt wie auch geprägt.

Literaturverzeichnis

- Achour, Sabine und Gill, Thomas: „Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“ Extremismusprävention als politische Bildung?, in: Friedrichs Bildungsblog, 03.12.2019, URL: <https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/bildung/artikelseite-bildungsblog/liebe-teilnehmende-liebe-gefaehrderinnen-und-gefaehrder-extremismuspraevention-als-politische-bildung> [eingesehen am 24.03.2024].
- Blasche, Ralph und Wohnig, Alexander: Die Konzeption der Konfliktorientierung als Element kritischer politischer Bildung, in: Chehata, Yasmine et al. (Hrsg.): Handbuch Kritische politische Bildung, Frankfurt am Main 2023, S. 276-284.
- Bohla, Marie et al.: Alte Linde - Urbane Rückzugsräume schützen! Aber wie? Ein Planspiel für Jugendliche und junge Erwachsene zu den Themen Anti-Gentrifizierung als gesellschaftliches Konfliktfeld und Protest, Göttingen 2022, URL: https://www.linke-militanz.de/data/akten/2022/11/Handreichung_AlteLinde.-pdf.pdf [eingesehen am 01.10.2024].
- Bohla, Marie / Heise, Katharina / Schröter, Till: Alte Linde - Die Bezirkskonferenz. Ein Planspiel für Jugendliche und junge Erwachsene zu den Themen Anti-Gentrifizierung, kommunale Entscheidungsfindung und Protest, Göttingen 2023, URL: https://www.linke-militanz.de/data/akten/2023/10/Handreichung_AlteLinde.pdf [eingesehen am 01.10.2024].
- Bohla, Marie / Leunig, Johanna / Oberle, Monika: Urbane Rückzugsräume schützen! Aber wie? Ergebnisse einer Pilotstudie zum Planspiel „Alte Linde“, in: Politisches Lernen, Jg. 40 (2022), H. 1-2, S. 19-27, <https://doi.org/10.3224/pl.v40i1-2.03>.
- Bröckling, Ulrich: Vorbeugen ist besser ... Zur Soziologie der Prävention, in: Behe-moth. A Journal on Civilisation, H. 1/2008, S. 38-48.
- Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus et al.: Diskussion: Gute Praxis in der Extremismusprävention. Reaktionen auf „20 Thesen zu Extremismusprävention & Programmgestaltung“, 16.05.2018, URL: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/269346/diskussion-gute-praxis-in-der-extremismuspraevention/> [eingesehen am 25.03.2024].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Abschlussbericht Bundesprogramm Demokratie leben! Erste Förderperiode (2015 bis 2019), Berlin 2020.

- Bürgin, Julika: Warum politische Bildungsarbeit nicht ‚mehr als (Extremismus-) Prävention‘ ist, in: Chehata, Yasmine et al. (Hrsg.): Handbuch Kritische politische Bildung, 1. Aufl., Frankfurt am Main 2023, S. 532-540.
- Chehata, Yasmine et al. (Hrsg.): Handbuch Kritische politische Bildung, 1. Aufl., Frankfurt am Main 2023, <https://elibrary.utb.de/doi/book/10.46499/9783756615940>.
- Fereidooni, Karim et al.: Politische Bildung und Primärprävention: Fachdebatte, 12.05.2021, URL: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/325195/politische-bildung-und-primaerpraevention/> [eingesehen am 25.03.2024].
- Flümann, Gereon: Linke Militanz und politische Bildung, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 60-67.
- Fuhrmann, Maximilian: Wer vage bleibt, gewinnt. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Extremismusforschung, in: Hansen, Hendrik und Pfahl-Traugber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2021-2023 (I), Brühl 2024, S. 127-149.
- Hafeneger, Benno: Politische Bildung ist mehr als Prävention, in: Journal für politische Bildung, H. 2/2019, S. 22-25, URL: <https://www.journal-pb.de/blog/politische-bildung-ist-mehr-als-praevention> [eingesehen am 01.10.2024].
- Lampe, Dirk: „Prävention für alle und von Anfang an“. Eine diskurstheoretische Betrachtung aktueller Präventionsdebatten im Rahmen allgemeiner gesellschaftspolitischer Entwicklungen, in: Dollinger, Bernd und Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Handbuch Jugendkriminalität. Interdisziplinäre Perspektiven, 3., vollständig überarbeitete und aktualisierte Aufl., Wiesbaden 2018, S. 559-587.
- Massing, Peter: Die vier Dimensionen der Politikkompetenz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 62 (2012), H. 46-47, S. 23-29.
- Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit: Politische Bildungsarbeit links abseits von Prävention - eine Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 13-20.
- Riedl, Jonathan und Micus, Matthias: Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes): Überlegungen zu einer möglichen Alternative, in: Demokratie-Dialog, H. 1 (2017), S. 16-21.
- Uhlmann, Milena und Weilnböck, Harald: Gute Praxis in der Prävention. 20 Thesen zu Extremismusprävention & Programmgestaltung, 07.02.2018, URL: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/264235/gute-praxis-in-der-praevention/> [eingesehen am 25.03.2024].

Radikalität und politische Bildung – eine Intervention

Thomas Gill

Der Begriff der Radikalisierung hat in den letzten Jahren im Kontext von politischer Bildung eine beachtliche Karriere gemacht. Fast unwidersprochen erfolgte die Übernahme des De-Radikalisierungsdiskurses, wie er im Anschluss an 9/11 in den USA in Bezug auf eine gewaltbereite, terroristische islamistische Szene entstanden ist. Nur selten vermerken vereinzelte Stimmen,⁶⁵ dass die philosophische Begriffsbedeutung von Radikalität in eine völlig andere Richtung weist. Die diversen Sonderprogramme zur Radikalisierungsprävention und die Finanzierung dazugehöriger Evaluationspublikationen haben mit zu dieser „Erfolgsstory“ beigetragen.

Diese weitgehend unkritische und ausufernde Übernahme der US-amerikanischen Debatte muss insofern verwundern, als die Auseinandersetzung mit Radikalisierungsprozessen im Jugendalter in den 1970er und 1980er Jahren noch fester Bestandteil der politischen Sozialisationsforschung in Deutschland war. Allerdings spielte diese ab den 1990er und 2000er Jahren in den Fachdiskursen der politischen Bildung kaum noch eine Rolle: Jugend galt nicht mehr als die gesellschaftliche Zukunft mit dem der Jugend eigenen Recht, alles Überkommene infrage zu stellen, sondern zunehmend als gesellschaftliches Problem, das präventiv behandelt werden sollte.

Eine wichtige materielle Ursache für diese Diskursverschiebung war die hohe Jugendarbeitslosigkeit der auf den Arbeitsmarkt drängenden geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre. Der Leiter der Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“ am Deutschen Jugendinstitut, Björn Milbradt, bringt diesen Zusammenhang gut auf den Punkt: „Wo Jugendliche als ‚gegenwärtige Zukunft‘ vor allem unter dem Fokus von Risikoabschätzungen wahrgenommen werden und das Vertrauen in die Herausbildung politischer Mündigkeit schwindet, ändert sich

65 Vgl. Quent, Matthias: Radikalisierung erkennen, 2022, URL: <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/radikalisierung-erkennen> [eingesehen am 22.06.2024].

nicht nur das Verhältnis von Jugendlichen und Pädagogik, sondern auch das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgerinnen und Bürgern.“⁶⁶ Damit ist zugleich die Relevanz der Fragestellung für das Verständnis demokratischer Politik insgesamt benannt.

1 Jugendliche Radikalität im Zuge des (politischen) Sozialisationsprozesses

Die dominante US-amerikanische Sozialisationsforschung im Anschluss an George Herbert Mead und Talcott Parsons⁶⁷ geht im Wesentlichen von einem linearen, relativ störungsfeien Sozialisationsverlauf aus. Krisen und radikale Infragestellungen sind aus dieser Warte heraus als abweichende Störfaktoren zu begreifen, die es durch (pädagogische) Intervention zu behandeln gilt. Demgegenüber argumentiert ein an der Freud'schen Psychoanalyse orientiertes Sozialisationsverständnis, dass diese die Bewältigung von Entwicklungsaufgaben umfasst, die per se konflikthaft sind und sich im Wechselverhältnis von Identifikationen und Ablösungsprozessen abspielen.⁶⁸ Formen von Überidentifikationen, Dogmatisierungen, Radikalität sind folglich nicht als Abweichungen, sondern als zum Sozialisationsprozess gehörende Phänomene zu begreifen. Und da diese mit einer gewissen Notwendigkeit auftreten, verbietet sich auch eine vorschnelle Intervention.

Sigmund Freud selbst hat schon auf die Folgen hingewiesen, wenn die Bewältigung nicht durch die psychische Instanz des „Ich“ geleistet werden kann. Dann entsteht die Gefahr des Wiederholungszwangs⁶⁹. Für unseren Kontext bedeutet dies, dass aus der Perspektive der psychoanalytisch orientierten Sozialisationsforschung es nicht darum gehen kann, die konflikthaften Sozialisationsprozesse durch Prävention zu verhindern oder zu unterbrechen, sondern vielmehr fördernd und unterstützend so zu begleiten, dass sie von den Individuen selbst bewältigt werden können. Sonst besteht die Gefahr, dass gerade jene Prozesse der Dogmatisierung, die verhindert werden sollen, auf diese Art und Weise zum sich wiederholenden Ritual werden.

Mathias Schwabe hat untersucht, warum Jugendliche sich in Jugendkulturen bestimmten Regeln, Strukturen und Ordnungen anpassen, während sie in ande-

66 Milbradt, Björn et al. (Hrsg.): Handbuch Radikalisierung im Jugendalter. Phänomene, Herausforderungen, Prävention, Opladen u. a. 2022, S. 25.

67 Vgl. Gottschalch, Wilfried: Soziologie des Selbst. Eine Einführung in die Sozialisationsforschung, Heidelberg 1991, S. 55 ff.

68 Vgl. ebd.

69 Freud entwickelt den Begriff des Wiederholungszwangs in engem Bezug zu seinem Konzept der Verdrängung. Er versucht damit zu erklären, wie es zu dem Impuls kommt, unangenehme und schmerzhaft Gedanken, Handlungen, Träume und Situationen zu wiederholen.

ren Kontexten sich einer solchen Anpassung verweigern und erst mühsam lernen müssen, die Spannungen zwischen Autonomieansprüchen und Autonomiefähigkeit auszugleichen.

„Attraktive und relevante Orte entstehen für Jugendliche, wenn sie sich halbwegs sicher sein können, dort erwünscht zu sein, etwas Sinnvolles einbringen zu können und dafür Anerkennung zu bekommen. Dafür sind sie bereit, die dort geltenden Regeln zu befolgen.“⁷⁰

Diese Schlussfolgerung - dass die Wechselwirkung zwischen erfahrener Anerkennung einerseits und Akzeptanz bestehender Regeln andererseits in den Blick genommen werden muss - scheint nicht nur im Nahbereich von Jugendkulturen plausibel zu sein, sondern durchaus auch übertragbar auf den gesamtgesellschaftlichen Kontext. Daran anschließend wäre also die Frage zu stellen, welche Erfahrungen Jugendliche im Kontext von Politik und Gesellschaft machen müssen, um sich auf eine positive Auseinandersetzung mit bestehenden Regeln, Strukturen und Ordnungen einlassen beziehungsweise einlassen zu können: Sind sie erwünscht? Können sie etwas Sinnvolles einbringen? Erfahren sie Anerkennung?

2 Radikales Denken in der Sozialphilosophie

Viele Debatten über Radikalität beziehen sich auf das Frühwerk von Karl Marx:

„Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. [...] der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“⁷¹

Anfang der 1930er Jahre hat Herbert Marcuse die gesellschaftliche Bestimmtheit des Begriffs des Wesens des Menschen bei Marx herausgearbeitet. Darauf fußt für Marx, im Anschluss an Hegels Phänomenologie des Geistes, „die spezifische Menschliche Freiheit: die Selbstverwirklichung, ‚Selbsterzeugung‘ des Menschen [...] (auf) der freien Arbeit“⁷². Aus dieser Warte handelt es sich „eben nicht nur

70 Schwabe, Mathias: Die Jugendlichen und ihr Verhältnis zu Ordnungen, Regeln und Grenzen, Stuttgart 2021.

71 Marx, Karl: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW 1, [1844], S. 378-391, hier S. 385.

72 Marcuse, Herbert: Neue Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus, in: ders.: Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1969 [1932], S. 7-54, hier S. 20.

um eine ökonomische und politische Krisen [...], sondern um eine Katastrophe des menschlichen Wesens“⁷³.

Wie vielleicht niemand sonst in dieser Traditionslinie hat Rosa Luxemburg die Bedeutung der aktiven Selbsttätigkeit der Menschen hervorgehoben, indem sie in Umkehrung eines Marx-Zitats in Abgrenzung zu selbigem formuliert: „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken. Aber sie machen sie selbst.“⁷⁴ Luxemburg hat (noch) keinen Begriff von politischer Bildung. Gleichwohl ist eine wichtige Facette ihres politischen Denkens und Handelns die Wechselwirkung politischer Aktion, im Sinne des spontanen Aufbegehrens der Massen und vorbereitender Organisationsarbeit, die für sie immer auch Aufklärungsarbeit durch Presse, Bildungsarbeit, Parteiversammlungen und Parlamentsreden umfasst. Gleichzeitig sind es für sie gerade die Lernprozesse, die das spontane Aufbegehren auslösen, die dazu führen, dass nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse verändert werden, sondern auch die Menschen selbst. Für Luxemburg lässt sich diese Dialektik nicht künstlich herbeiführen – sie ist keine Anarchistin –, sondern beruht auf spezifischen historischen Konstellationen, die zu einem erheblichen Veränderungsdruck auf Gesellschaften führen. Das spontane Aufbegehren lasse sich auch nicht dekretieren, weder per Parteivorstandsbeschluss noch durch die militante Aktion. Zugleich sei es aber auch wichtig, nicht hinter den Positionen der Masse zurückzubleiben, sondern diese weiterzutreiben. Letzteres hat ihr den Vorwurf eingebracht, doch eine Extremistin zu sein.

Einen erheblichen Einfluss auf die Debatte über Radikalität, Totalitarismus und politische Extreme hatte Hannah Arendt mit ihren Beiträgen zu den „Elementen und Ursprüngen der totalen Herrschaft“ bis zu ihren Artikeln über den Eichmann-Prozess. Eine Art Selbstkritik äußerte Arendt 1963 in einem privaten Brief an Gershom Scholem. Darin unterscheidet sie deutlich zwischen einem Verständnis von Extremismus, welcher als Vollzug von Maßnahmen begriffen werden kann. Radikal geht demnach in die Tiefe: „Ich bin in der Tat heute der Meinung, dass das Böse immer nur extrem ist, aber niemals radikal, es hat keine Tiefe, auch keine Dämonie. Es kann die ganze Welt verwüsten, gerade weil es wie ein Pilz an der Oberfläche weiterwuchert. Tief aber und radikal ist immer nur das Gute.“⁷⁵ Extremismus ist demnach keine Steigerung von Radikalität, sondern deren Gegenteil. Hierbei handelt es sich um zwei qualitativ grundlegend verschiedene Optionen der Reaktion auf gesellschaftliche Umbrüche und Krisen.

73 Ebd., S. 34.

74 Luxemburg, Rosa: Karl Marx, in: Werke Bd. 3, Berlin (Ost) [1913], S. 183.

75 Arendt, Hannah: Brief an Gershom Scholem, in: dies./Scholem, Gershom: Der Briefwechsel 1939-1964, Frankfurt am Main 2010 [1963].

3 Radikalisierungsprävention als politische Bildung?

Unser heutiges Verständnis von Radikalismus im Sicherheitsdiskurs ist ganz wesentlich von der Neujustierung der Beschreibung des Auftrags des Verfassungsschutzes unter Innenminister Werner Maihofer in den 1970er Jahren gekennzeichnet. Er führte damals die Argumentationsfigur ein, der zufolge am Rande des demokratischen Spektrums zwar ein radikaler Rand bestehe, der jedoch noch nicht als Extremismus beschrieben werden könne. Damit reagierten die Verfassungsschutzämter auf das Entstehen der Neuen Linken, die nicht in das bis dahin vorherrschende Schema der autoritär-totalitären Extremismen passten, da sie in ihren Überzeugungen zutiefst anti-autoritär waren und trotzdem eine grundlegend andere Gesellschaftsordnung anstrebten.

Das im letzten Jahrzehnt auftretende Phänomen ist in der Vergangenheit bereits des Öfteren als „Versicherheitlichung“ der politischen Bildung beschrieben worden.⁷⁶ Damit ist gemeint, dass die spezifischen Sichtweisen von Sicherheitsbehörden auf die Gesellschaft – die im Rahmen ihres Auftrags durchaus Sinn ergeben (können) – auf das Feld der Pädagogik beziehungsweise politischen Bildung übertragen werden. Demgegenüber gehörte seit den 1960er Jahren zum professionellen Selbstverständnis der politischen Bildung, dass die Grundlagen politischer Bildung sozialwissenschaftliche Erkenntnisse und damit die spezifische Sicht der Sozialwissenschaften auf Politik und Gesellschaft sind. Auch wenn die kritische Diskussion dazu inzwischen an Bedeutung gewonnen hat, wird diese Verschiebung vielerorts auf naive Weise akzeptiert. Die Präventionsarbeit bleibt im besten Fall ein pädagogischer „Spezialfall“, zumindest die sekundäre (Arbeit mit „gefährdeten Gruppen“) und die tertiäre Präventionsarbeit (Aussteigerprogramme) sind keine politische Bildung.

Indes wird die Gefahr übersehen, durch die (pädagogische) Intervention selbst die Selbstaufklärung über Dogmatisierungen zu blockieren, etwa durch Repressions- und Gewalterfahrungen, fehlende Anerkennung und Beteiligungsmöglichkeiten, überwältigende Belehrungsversuche und Moralisierungen, Verhinderung von Selbstwirksamkeitserfahrungen, mangelnde Bildungsangebote und Reflexionsräume, Gruppendynamiken und -prozesse. Zu den Wechselwirkungen finden sich in der Literatur zwei Hinweise: a) dass es sich eher um Gruppenprozesse denn um individuelle handele; und b) dass staatliche Repressionspolitik Dogmatisierungsprozesse in diesen Gruppen, zum Beispiel durch das Ausscheiden gemäßiger Mitglieder, erheblich verstärken könne.

76 Vgl. Achour, Sabine / Gill, Thomas: „Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“ Extremismusprävention als politische Bildung?, in: Journal für politische Bildung, H. 2/2019, S. 32-36.

Perspektiven

Was wir alternativ tun sollten? Wie wäre es, wenn wir nicht die vermeintlich individuellen Problemlagen von Jugendlichen zum Ausgangspunkt nähmen? Stattdessen könnten wir die sich überlagernden und kumulierenden gesellschaftspolitischen Krisen und Problemlagen in den Mittelpunkt stellen, die vielfachen Einschätzungen nach einem gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozess unserer Lebensweise erforderlich machen.

Wenn es nicht so weitergehen kann, sondern ein grundlegender Wandel erforderlich ist, dann stellt sich damit verbunden die Frage, wie es uns - kollektiv gesprochen - gelingen kann, diesen Wandel mit einem parallelen Bewusstseinswandel zu verbinden? Brauchen wir mehr Radikalität, im Denken und im Handeln, wahrscheinlich auch in unserem Empfinden, Fühlen und Wahrnehmen? Wäre also im Sinne einer kritischen Sozialphilosophie die Frage nach dem Menschen zu stellen, nach dem humanen Überleben der Menschheit?

Die politische Bildung sollte jugendliche Radikalisierungsprozesse als eine wichtige Ressource begreifen, die Anlass zur Hoffnung gibt. Zumindest wenn wir bereit sind, Jugendlichen den Raum zu geben, den sie brauchen, um sich entwickeln zu können - mit allen Pendelbewegungen von Dogmatisierungen, kritischer Selbstbefragung sowie der Erweiterung des Blicks und der Perspektiven.

Für die politische Bildung ist erforderlich, die defizitär-zuschreibende Sicht auf Jugendliche zu überwinden. Stattdessen sollte eine radikale Selbstbefragung der eigenen Profession erfolgen: eine Selbstbefragung, die alle drei Begriffsbestimmungen von Radikalität im Blick behält, eine inflationäre Begriffsverwendung vermeidet und die Dringlichkeit anerkennt, auch radikale Fragen - die nach dem menschlichen Überleben - zu stellen.

Literaturverzeichnis

- Achour, Sabine / Gill, Thomas: „Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“ Extremismusprävention als politische Bildung?, in: Journal für politische Bildung, H. 2/2019, S. 32-36.
- Arendt, Hannah: Brief an Gershom Scholem, in: dies./ Scholem, Gershom: Der Briefwechsel 1939-1964, Frankfurt am Main 2010 [1963].
- Bürgin, Julika: Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung, Weinheim/ Basel 2021.
- Gottschalch, Wilfried: Soziologie des Selbst. Eine Einführung in die Sozialisationsforschung, Heidelberg 1991.
- Luxemburg, Rosa: Karl Marx, in: Werke Bd. 3, Berlin (Ost) [1913], S. 183.

- Marcuse, Herbert: Neue Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus, in: ders.: Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1969 [1932], S. 7-54.
- Marx, Karl: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW 1, [1844], S. 378-391.
- Milbradt, Björn et al. (Hrsg.): Handbuch Radikalisierung im Jugendalter. Phänomene, Herausforderungen, Prävention, Opladen u. a. 2022.
- Quent, Matthias: Radikalisierung erkennen, 2022, URL: <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/radikalisierung-erkennen> [eingesehen am 22.06.2024].
- Schwabe, Mathias: Die Jugendlichen und ihr Verhältnis zu Ordnungen, Regeln und Grenzen, Stuttgart 2021.
- Widmaier, Benedikt: Extremismuspräventive Demokratieförderung, Frankfurt am Main 2022.

Die Macht von Brückennarrativen in politisch polarisierten Zeiten

Interview mit Charlotte Leikert von der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus

Frau Leikert, in den vergangenen Jahren wurde viel über das Konzept der Brückennarrative gesprochen – was sind eigentlich Brückennarrative?

Bevor wir uns mit Brückennarrativen beschäftigen, lassen Sie uns einen Schritt zurückgehen: Was sind eigentlich Narrative? Narrative sind sinnstiftende Erzählungen, die mit bestimmten Werten, Emotionen oder Handlungsoptionen verknüpft sind und so einen Deutungsrahmen bieten. Kurz gesagt: Es geht nicht nur darum, was erzählt wird, sondern auch darum, wie etwas erzählt wird. Unter Brückennarrativen sind daran anschließend Narrative zu verstehen, die als verbindende ideologische Elemente fungieren. Diese Brücken können zwischen unterschiedlichen Strömungen und Gruppen innerhalb eines Phänomenbereichs⁷⁷ ebenso wie zwischen unterschiedlichen Phänomenbereichen bestehen. Darüber hinaus kann man bei Brückennarrativen auch über die Anschlussfähigkeit zwischen extremistischen Positionen und einer vermeintlichen *Mitte der Gesellschaft* sprechen. Den Begriff setze ich bewusst kursiv, da die Formulierung suggeriert, es gäbe eine durch und durch demokratische Mitte, an deren Rändern sich extremistische Gruppen und antidemokratische Einstellungen sammeln. Dass dem nicht so ist und menschenfeindliche Einstellungen auch in der Breite der Bevölkerung bestehen, zeigen etwa

77 Mit Phänomenbereichen sind die unterschiedlichen Formen des politischen Extremismus gemeint.

die Leipziger Autoritarismus-Studie von Oliver Decker und Kolleg:innen⁷⁸ oder die Mitte-Studie von Zick, Küpper und Mokros⁷⁹.

Wo findet man Brückennarrative überhaupt?

Nimmt man mehr als ein Phänomen in den Blick, kann man den Fokus auf verschiedene Aspekte legen: Was hat die Anhänger:innen dazu motiviert, sich den Gruppen anzuschließen? Wie sind die Gruppendynamiken? Ein weiterer Punkt ist, die Kommunikation der unterschiedlichen Gruppen und Phänomene zu betrachten, und dabei spielen Narrative eine große Rolle. Als Kommunikationswissenschaftlerin finde ich diesen Punkt natürlich besonders spannend.

Als verbindende ideologische Elemente ermöglichen Brückennarrative anlassbezogene Allianzen zwischen Gruppen, die ansonsten recht unterschiedlich scheinen. Manuela Freiheit nannte in einer Folge unseres Podcasts *KN:IX talks*⁸⁰ beispielweise die Coronaproteste als einen Moment, in dem antisemitische Verschwörungserzählungen verschiedene Akteur:innen und Gruppen zusammengebracht hat. Einen weiteren Moment erleben wir seit dem 7. Oktober 2023 - darauf gehe ich an späterer Stelle ein.

Neben Brückennarrativen lassen sich bei unterschiedlichen extremistischen Gruppen auch Ähnlichkeiten in Metanarrativen erkennen. Metanarrative ähneln sich in Struktur und Aufbau, werden aber je nach Gruppe oder Phänomen ideologisch unterschiedlich ausgestaltet. Beispiele hierfür wären etwa das Bedrohungs- sowie das Widerstandsnarrativ. Während letzteres von David Meiering und Kolleg:innen ebenfalls als ein Brückennarrativ gewertet wird, taucht das Bedrohungsnarrativ in diesem Zusammenhang nicht explizit auf.

Brückennarrative bieten uns also die Möglichkeit, verschiedene extremistische Phänomene in den Blick zu nehmen und daraus Impulse für die Präventionsarbeit abzuleiten. In Bezug auf die Präventionspraxis wird der Begriff Brückennarrative oft in Zusammenhang mit phänomenübergreifender Arbeit genannt.

78 Siehe Decker, Oliver et al. (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen - alte Reaktionen?* Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Gießen 2022, URL: https://efbi.de/files/efbi/pdfs/LAS/2022_0911_Leipziger%20Autoritarismus%20Studie_PDF_volle%20Studie.pdf [eingesehen am 05.11.2024].

79 Siehe Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico: *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, hrsg. von Franziska Schröter für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2023 URL: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd> [eingesehen am 05.11.2024].

80 Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“: „Brückennarrative, Extremismus und die ‚Mitte der Gesellschaft‘“, in: *KN:IX talks*, Folge 10, 2022, URL: <https://kn-ix.de/podcast/folge-10/> [eingesehen am 05.11.2024].

Welche Gruppen werden durch Brückennarrative verbunden?

Klassisch versteht man unter Brückennarrativen solche Narrative, die von unterschiedlichen extremistischen Gruppen geteilt werden – also beispielsweise aus dem Bereich der extremen Rechten oder aus dem islamistischen Spektrum. Wie ich zuvor schon gesagt habe, finde ich auch den Gedanken interessant, Brückennarrative in Bezug auf eine Anschlussfähigkeit zur sogenannten *Mitte der Gesellschaft* zu sehen. Klassische Brückennarrative wie Antisemitismus oder Antifeminismus sind kein Alleinstellungsmerkmal extremistischer Gruppierungen. Vielmehr sind diese Einstellungen in zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten verbreitet.

Woher rührt eigentlich die starke Beschäftigung mit Brückennarrativen?

Ein Impuls, der zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit Unterschieden und Gemeinsamkeiten extremistischer Phänomene führte, hat sich sicher auch aus dem Umstand ergeben, dass einige politische Akteur:innen den Phänomenbereich gewechselt haben; also zum Beispiel zunächst eher der (militanten) Linken zuzuordnen waren und dann anfangen, sich für rechtsextremistische oder islamistische Ideologien zu interessieren und in der entsprechenden Szene aktiv wurden. Meiering und Kolleg:innen⁸¹ haben in ihrer Publikation „Brückennarrative – Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen“ anschaulich einige Beispiele beschrieben und die entsprechenden Narrativüberschneidungen herausgearbeitet.

Welche sind die bekanntesten Brückennarrative?

Zu den prominentesten Brückennarrativen gehören Antisemitismus, Antifeminismus oder Queerfeindlichkeit. Diese werden zumindest von weiten Teilen der extremen Rechten und islamistischen Akteur:innen geteilt. Brückennarrative müssen aber nicht von allen extremistischen Gruppen geteilt werden, um als solche gelten zu können. Jedoch ist nicht klar definiert, ab wann ein Narrativ als Brückennarrativ gilt.

Neben diesen klassischen Brückennarrativen kann man sich auch mit phänomenübergreifenden beschäftigen, die sich eher in der Struktur und weniger vom ideologischen Inhalt ähneln. Zu diesen Metanarrativen gehören zum Beispiel die eng

81 Meiering, David et al.: Brückennarrative – Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen, PRIF Report 7/2018, URL: https://www.prif.org/fileadmin/Daten/Publikationen/Prif_Reports/2018/prif0718.pdf [eingesehen am 05.11.2024].

miteinander verwandten Narrative des Opfer- und Bedrohungsnarrativs: Gruppen betreiben Selbstviktimisierung und konstruieren gleichzeitig eine existenzielle Bedrohung, der sich die jeweilige Gruppe ausgesetzt sieht. So könnte man beide in wenigen Worten beschreiben. Damit verbunden ist das Verteidigungs- beziehungsweise Widerstandsnarrativ, in dem die eigenen Aktionen als vermeintlich notwendiger *Widerstand* stilisiert werden. Das Avantgardenarrativ bezieht sich darauf, dass sich die meisten extremistischen Gruppen als eine kleine exklusive Avantgarde im Kampf gegen *das Übel* inszenieren. Und das Reinigungsnarrativ bedient sich der angestrebten gesellschaftlichen Veränderung nach den gruppen- oder phänomenspezifischen ideologischen Vorstellungen.

Welche Grenzen hat das Konzept der Brückennarrative?

Eine Herausforderung - und ich glaube, das hat man bis hierin auch schon gemerkt - ist aus meiner Sicht, dass das Konzept der Brückennarrative nach wie vor recht vage definiert ist. Dennoch ist es hilfreich, um Gemeinsamkeiten zwischen antidemokratischen Gruppen aufzuzeigen und die Phänomene in dem Sinne nicht zu stark voneinander zu isolieren. Außerdem kann es helfen, Kontinuitäten bestimmter Einstellungen und Narrative zu verstehen.

Auf der anderen Seite dürfen wir bei der Betrachtung der Gemeinsamkeiten nicht den Fehler begehen, Spezifika einzelner Gruppen oder der Phänomenbereiche aus dem Blick zu verlieren. Das ist auch in Bezug auf politische Bildung und Präventionsarbeit wichtig.

Wozu kann das Konzept der Brückennarrative in der politischen Bildung genutzt werden?

Brückennarrative werden oft in Zusammenhang mit phänomenübergreifender oder -unspezifischer Arbeit genannt, also dort, wo die Präventionsarbeit nicht nur ein Phänomen in den Blick nimmt, sondern Überschneidungen und Gemeinsamkeiten beispielsweise von Rechtsextremismus und Islamismus thematisiert werden. Daraus ergeben sich einige Vorteile für die Präventionsarbeit und politische Bildung. Zum einen bieten Brückennarrative die Möglichkeit, auch andere Konzepte in die praktische Arbeit einzubeziehen; dabei denke ich unter anderem an das der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF). GMF beschreibt die Abwertung von Menschen aufgrund einer tatsächlichen oder zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit. Da sich Menschen nicht ohne Grund einer extremistischen Gruppe zuwenden, müssen ihre Narrative für (potenzielle) Anhänger:innen anschlussfähig sein und ihnen einen *Mehrwert* bieten. Das ist in vielen Fällen eine Orientierung

oder Sinnstiftung, eine Selbstaufwertung oder das Angebot einer klaren Identität. Da extremistische Akteur:innen stark mit der Aufwertung der Eigen- und mit Abwertungen der Fremdgruppen agieren, besteht ein enger Zusammenhang zu den GMF-Ausprägungen.

Durch das Ansprechen von Brückennarrativen erhalten die Adressat:innen von Prävention und politischer Bildung ein umfassenderes Verständnis von den Kontinuitäten von Abwertungsideologien. Zudem bietet etwa das Sprechen über Antisemitismus oder Antifeminismus die Möglichkeit eines stigmatisierungsarmen Zugangs. Anders als in Workshops zu einem spezifischen extremistischen Phänomen können übergreifende Themen diskutiert werden – sei das nun anhand von Brückennarrativen oder GMF-Ausprägungen.

Darüber hinaus hilft die Thematisierung übergreifender Narrative, die Phänomene nicht zu isolieren oder zu exotisieren. Letzteres ist gerade im Bereich des islamistischen Extremismus von Bedeutung, da das Thema durch diskriminierende Berichterstattung oder politische und gesellschaftliche Debatten oftmals migrantisiert wird. Durch die Anerkennung von Brückennarrativen werden die abwertenden Einstellungen nicht einer spezifischen Gruppe zugeschrieben, sondern in ihrer (gesellschaftlichen) Kontinuität anerkannt. Dadurch lassen sich Wechselwirkungen mit anderen Gruppen, Phänomenen, der Mehrheitsgesellschaft oder Themen besser erfassen.

Wo sehen Sie am häufigsten narrative Brücken?

Zwischen islamistischen sowie rechtsextremen Gruppen und Strömungen gibt es Überschneidungen hinsichtlich Antisemitismus oder Antifeminismus. Bei Antifeminismus handelt es sich auch um ein Narrativ, das sich in Strömungen des christlichen Fundamentalismus wiederfindet. Da der Bereich der Linken Militanz nicht zu meiner Expertise zählt, möchte ich da nicht zu sehr ins Detail gehen. Aber die Proteste der letzten Monate zeigen⁸² deutlich, dass zum Beispiel Antisemitismus auch in der anti-imperialistischen militanten Linken eine Rolle spielt. Für eine weitergehende Analyse empfehle ich erneut die Publikation von Meiering und Kolleg:innen.⁸³

82 Siehe Meiering et al.: Brückennarrative.

83 Siehe ebd.

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 gibt es einen Aufschwung an Antisemitismus. Ist dieser so etwas wie das Brückennarrativ schlechthin?

Den Grund dafür, dass Antisemitismus ein so prominentes Brückennarrativ ist, finden wir sicher auch in der historischen Kontinuität sowie der Veränderung von Antisemitismus. Das haben Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai kürzlich in einem Artikel prägnant beschrieben: „Antisemitismus ist in der Menschheitsgeschichte eine der ältesten Formen von gruppenbezogener Gewaltpraxis, die sich in unterschiedlichen historischen und gesellschaftlichen Kontexten fortlaufend aktualisiert“⁸⁴. Bei Antisemitismus handelt es sich um ein sinnstiftendes Weltbild, das die verschiedensten Erklärungsmuster für Ereignisse und gesellschaftliche Zustände bietet. Das ist sicher auch ein Grund, dass es integraler Bestandteil vieler extremistischer Ideologien ist. Brückennarrative bieten zudem anlassbezogen die Möglichkeit strategischer Allianzen. Aktuell erfährt vor allem israelbezogener Antisemitismus eine besondere Konjunktur und findet sich in allen gesellschaftlichen Gruppen und Sphären wieder. So traurig es auch ist, sind die terroristischen Anschläge vom 7. Oktober 2023 und der aktuelle Krieg im Nahen Osten doch Anlässe, (israelbezogenen) Antisemitismus nach oben zu spülen und den Boden für strategische Allianzen extremistischer Gruppen und Phänomene zu bereiten. Und auch hier sieht man leider sehr deutlich, dass diese Narrative bis weit in die sogenannte *Mitte der Gesellschaft* reichen.

Neben Antisemitismus ist auch Antifeminismus ein immer stärker zu beobachtendes Narrativ, das zumindest zwischen Rechtsextremismus und Islamismus eine Verbindung herstellen kann - wie funktioniert das?

Sowohl im Rechtsextremismus als auch im religiös begründeten Extremismus, wozu auch der islamistische Extremismus zählt, gibt es eine sehr rigide, binäre Geschlechterordnung. Damit einher gehen klare Rollenvorstellungen und -einteilungen. Abweichendes Verhalten und das, was unter Feminismus verstanden wird, werden in den Phänomenen als feindlich und *zersetzend* empfunden und als etwas kommuniziert, das der *natürlichen* oder *gottgewollten* Ordnung widerspricht.

Zwar gibt es in den unterschiedlichen Phänomenbereichen immer wieder Frauen, die eine aktive und sichtbare Rolle einnehmen, überwiegend sind sie jedoch auf

84 Chernivsky, Marina und Lorenz-Sinai, Friederike: Antisemitismus vor und nach dem 7. Oktober. Historische Kontinuitäten, Erscheinungsdimensionen und empirische Befunde, in: Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (Hrsg.): Ligante. Fachdebatten aus der Präventionsarbeit, H. 7 (2024), S. 9-15, hier S. 9, URL: https://www.bag-relex.de/wp-content/uploads/2024/10/BAG-RelEx_Ligante_7_Online.pdf [eingesehen am 05.11.2024].

starre Rollen beschränkt. Dabei bedienen sich die Phänomene klassischer Genderstereotype, wie sie in (zum Teil) abgeschwächter Form auch in der Mehrheitsgesellschaft vorherrschen: Frauen gelten als emotional, häuslich und fürsorglich während Männer als rational, aktiv und dominant gesehen werden. Diese Rollenvorstellungen bieten wenig Spielraum für Abweichungen – sei es nun bei Männern oder bei Frauen. Wie auch bei Antisemitismus zeigt sich beim antifeministischen Narrativ eine deutliche Anschlussfähigkeit gegenüber Teilen der Mehrheitsgesellschaft. Auch hier wird deutlich, dass wir die Auseinandersetzung mit Brückennarrativen nicht auf extremistische Gruppen beschränken dürfen, sondern überdies ihre Wechselwirkungen mit und Anschlussfähigkeiten gegenüber der Mehrheitsgesellschaft im Blick behalten müssen.

Abschließend ein Blick auf die Präventionslage beziehungsweise auf unseren Umgang mit Brückennarrativen: Sollte hier umgedacht werden? Anstatt von Ausrichtungen wie Rechtsextremismus, Islamismus oder linker Militanz auszugehen, sollte sich der Blick auf Narrative konzentrieren und den jeweiligen Ursprung vernachlässigen? Oder sind Brückennarrative zwar ein nettes Wissen, die Unterschiede zwischen den Ausprägungen aber dennoch zu relevant, als dass wir sie vernachlässigen könnten?

Es kommt auch darauf an, was wir mit *Präventionslage* meinen – denn die Präventionslandschaft ist sehr vielfältig und Präventionsarbeit kann auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen: In der Primärprävention geht es um die Stärkung demokratischer und an Menschenrechten orientierter Kompetenzen, um individuellen und gemeinschaftlichen Radikalisierungsprozessen vorzubeugen; bei der Sekundärprävention liegt der Schwerpunkt auf der Früherkennung und der Arbeit mit gefährdeten Gruppen; und die Kolleg:innen der Tertiärprävention arbeiten mit Menschen, die sich bereits in einem Radikalisierungsprozess befinden. Dieser Bereich wird auch als Deradikalisierung, Distanzierungs- oder Ausstiegsarbeit bezeichnet. Jede dieser Ebenen umfasst wiederum eine Vielzahl von Ansätzen und Herangehensweisen.

Was Brückennarrative angeht, so können sie gerade in der Primärprävention einen guten Zugang bieten, ebenso wie in der politischen Bildung. In diesen Bereichen geht es vor allem um die Stärkung demokratischer Werte, um die Ermächtigung der Adressat:innen, sich für demokratische Prinzipien einzusetzen, und darum, ihnen den Raum für eine Auseinandersetzung mit ihren Themen zu geben. Übergreifende Themen können in Formaten gut funktionieren, die sich an einen sehr breiten Adressat:innenkreis richten. In der Tertiärprävention kommt es auch auf den oder die Klient:in an, wann welche Themen besprochen werden. Die Aus-

einandersetzung mit den ideologischen Elementen der Hinwendung fällt je nach Beratungsfall unterschiedlich aus. Bei allen Gemeinsamkeiten der einzelnen Phänomene und der übergreifenden Narrative sind Hinwendungsprozesse stets individuell, und phänomenspezifisches Wissen spielt in der Präventionspraxis nach wie vor eine Rolle.

Neben Projekten, die den Fokus auf die Menschen und ihre Hinwendungsprozesse legen, gehören zu unserem Arbeitsbereich auch solche, die eine andere Perspektive einnehmen. Dabei denke ich zum Beispiel an Monitoring oder wissenschaftliche Untersuchungen, die extremistische Gruppen in den Fokus stellen. Auch hier halte ich es für sinnvoll, sowohl die Überschneidungen als auch phänomenspezifische Aspekte in den Blick zu nehmen. Zudem finde ich es wichtig, dass wir uns neben Brückennarrativen auch anderen Gemeinsamkeiten zwischen extremistischen Gruppen und Phänomenen widmen. Ein Beispiel sind etwa die Mechanismen von Gruppenprozessen: Die Angebote der Gruppen – etwa an Identität oder der Steigerung des Selbstwerts durch Aufwertung der Eigengruppe und Abwertung der Fremdgruppe – sind, ebenso wie die exklusiven Gruppenangebote, enorm wirkmächtig.

Die Auseinandersetzung mit Brückennarrativen sehe ich als eine Ergänzung und eine Bereicherung für einen sehr diversen Arbeitsbereich. Ich würde persönlich davon abraten, in der Arbeit die Phänomene in ihrer Spezifik vollständig aus dem Blick zu verlieren. Davon auszugehen, dass sich antidemokratische Tendenzen so stark ähneln, dass wir uns nur noch auf Brückennarrative und dergleichen konzentrieren können, finde ich schwierig. Das gilt vor allem auch hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Einbettung: Um zu verstehen, was antidemokratische oder extremistische Gruppen für Menschen attraktiv macht, müssen wir den gesellschaftlichen Kontext berücksichtigen. Mit Blick auf die Landtagswahlen im Jahr 2024 sehen wir deutlich, wie breit die Zustimmung für eine Partei ist, die vom Verfassungsschutz bundesweit als rechtsextremistischer Verdachtsfall und in einigen Bundesländern sogar als gesichert rechtsextrem eingestuft wird. Angesichts dieser Entwicklungen scheint es fatal, wenn wir uns beispielsweise von der Rechtsextremismusprävention als spezifischem Arbeitsfeld verabschieden würden.

Charlotte Leikert studierte Kommunikationswissenschaft und Psychologie (BA) in Jena sowie Nizza und absolvierte einen Master mit Schwerpunkt politische Kommunikation an der Freien Universität Berlin. Seit 2020 ist sie im Rahmen des Kompetenznetzwerks „Islamistischer Extremismus“ bei der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx) tätig. Zu ihren Interessengebieten zählen die Themen *Radikalisierung und Prävention im digitalen Raum* sowie die *vergleichende Perspektive auf islamistische und rechtsextreme Gruppen*. Ihre vergleichende Analyse der Narrative der Identitären Bewegung und Generation Islam erschien im „KN:IX Report 2023“.

Literaturverzeichnis

- Chernivsky, Marina und Lorenz-Sinai, Friederike: Antisemitismus vor und nach dem 7. Oktober. Historische Kontinuitäten, Erscheinungsdimensionen und empirische Befunde, in: Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (Hrsg.): Ligante. Fachdebatten aus der Präventionsarbeit, H. 7 (2024), S. 9-15, URL: https://www.bag-relex.de/wp-content/uploads/2024/10/BAG-RelEx_Ligante_7_Online.pdf [eingesehen am 05.11.2024].
- Decker, Oliver et al. (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Gießen 2022, URL: https://efbi.de/files/efbi/pdfs/LAS/2022_0911_Leipziger%20Autoritarismus%20Studie_PDF_volle%20Studie.pdf [eingesehen am 05.11.2024].
- Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“: „Brückennarrative, Extremismus und die ‚Mitte der Gesellschaft‘“, in: KN:IX talks Folge 10, 2022, URL: <https://kn-ix.de/podcast/folge-10/> [eingesehen am 05.11.2024].
- Meiering, David et al.: Brückennarrative – Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen, PRIF Report 7/2018, URL: https://www.prif.org/fileadmin/Daten/Publikationen/Prif_Reports/2018/prif0718.pdf [eingesehen am 05.11.2024].
- Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, hrsg. von Franziska Schröter für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2023, URL: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd> [eingesehen am 05.11.2024].

Anknüpfungspunkte des Konzepts der Brückennarrative für die Primärprävention im Bereich Linke Militanz

Haroun Chahed

Dieser Artikel hat das Ziel, Anknüpfungspunkte des Konzepts der Brückennarrative von David Meiering und Naika Foroutan in der beruflichen Praxis der Extremismusprävention im Kontext Linker Militanz zu identifizieren. Hierfür werden Erfahrungswerte des vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt im Themenfeld Linke Militanz geförderten Modellprojekts „Fortbildung, Austausch, Netzwerke (F.A.N.) Berlin-Brandenburg“ der Stiftung SPI berücksichtigt und mit theoretischen Annahmen des Konzepts der Brückennarrative abgeglichen. Zwei Schlussfolgerungen werden gezogen: Erstens eignet sich das Konzept der Brückennarrative vor allem für Projekte im Bereich der Primärprävention. Zweitens vermeidet die Bearbeitung von demokratie- und menschenfeindlichen Äußerungen über den Zugang der Brückennarrative die Stigmatisierung von Jugendlichen. In den Abschlussgedanken werden offene Fragen und kritische Perspektiven zum Konzept der Brückennarrative angeführt.

Hintergründe und Arbeitsansatz von F.A.N. Berlin-Brandenburg

Seit 2020 unterstützt F.A.N. innerhalb Berlins und Brandenburgs Multiplikator:innen dabei, im Umgang mit unterschiedlichen Formen jugendtypischer Radikalisierung Handlungssicherheit zu erlangen und einen für die jeweilige Arbeitspraxis geeigneten Umgang damit zu finden. Hierzu führt das Projekt Beratungen sowie Fortbildungs- und Workshopformate durch. Der modellhafte Charakter entsteht vor allem durch die medienpädagogischen Komponenten der Projektarbeit. Um jugendliche Radikalität verstehen und mit ihr umgehen zu können, müssen die Onlinewelten, in denen sich Jugendliche bewegen, vor allem von Fachkräften der

Jugendarbeit verstanden werden. Hierfür arbeitet F.A.N. mit hybriden methodischen Ansätzen, wie etwa dem Einsatz Tablet-gestützter Methoden in Präsenzveranstaltungen.⁸⁵

Die Hauptzielgruppen der Projektarbeit sind vor allem Fachkräfte, die mit Jugendlichen arbeiten. Diese Zielgruppenbezeichnung ist bewusst sehr weit gefasst, um den unterschiedlichen Bedarfen von Zielgruppen im Bereich der Straßensozialarbeit über Schulen bis hin zu Polizei und Justizvollzug gleichermaßen gerecht zu werden. Eine sekundäre Zielgruppe bilden Jugendliche selbst. Regulär begegnet das Projektteam der Zielgruppe der Jugendlichen nur indirekt über die vom Projekt begleiteten Multiplikator:innen. Zum besseren Verständnis jugendlicher Lebenswelten sind direkte Erfahrungswerte in der Projektarbeit jedoch unerlässlich. Um diesem Bedarf zu entsprechen, hat F.A.N. eine interdisziplinäre Teamzusammensetzung, in der sich sowohl berufliche Erfahrungswerte aus der Jugendarbeit als auch aus dem geisteswissenschaftlichen Spektrum finden.

Durch die Schwerpunktsetzung auf Berlin und Brandenburg will F.A.N. den städtischen und den ländlichen Raum gleichermaßen erreichen. Vor allem städtische Umfelder profitieren zumeist stark von einem umfassenden Angebot unterschiedlicher demokratiestärkender zivilgesellschaftlicher Angebote, während diese insbesondere im ländlichen Raum bloß sehr sporadisch zur Verfügung stehen. Fachkräfte, die mit Jugendlichen arbeiten, sehen sich bei ihren Herausforderungen mit Radikalität bei Jugendlichen oft ohne (ausreichende) Unterstützung. Gerade deshalb ist die aufsuchende Arbeit von F.A.N. wichtig, um auch strukturschwachen Regionen und den dortigen Fachkräften Zugänge zu Beratungs- sowie Fortbildungsangeboten zu bieten und sie in ihrem Bestreben nach einer Stärkung der Demokratie in ihrem jeweiligen Sozialraum zu unterstützen.

Das Ziel der Arbeit von F.A.N. ist die Befähigung der Projektzielgruppen zur eigenständigen Bewältigung der im Arbeitsalltag wahrgenommenen Herausforderungen jugendtypischer Radikalität sowie bei Vorfällen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in der Arbeit mit Jugendlichen. Hierfür begegnet F.A.N. den Zielgruppenbedarfen mit einer systemisch-beraterischen Arbeitsweise und Angeboten der Hilfe zur Selbsthilfe.⁸⁶ Das Themenfeld Linke Militanz wird durch F.A.N. primärpräventiv und phänomenübergreifend bearbeitet.

85 Bei der Bearbeitung von Radikalisierungsprozessen im Jugendalter ist die Berücksichtigung des Konsums unterschiedlicher Internetinhalte unbedingt einzubeziehen. Zwar ist der digitale Konsum von Propaganda nicht allein dafür verantwortlich, dass eine Radikalisierung bei Individuen verursacht wird, und er bedingt auch nicht verstärkt den Einsatz politischer Gewalt. Digitale „Echokammern“ können aber zur Steigerung extremistischer Haltungen führen. Prozesse in Online-Räumen ergänzen somit jene in Offline-Räumen, ersetzen diese jedoch nicht. Vgl. Neumann, Peter et al.: Die Rolle des Internets und Sozialer Medien für Radikalisierung und Deradikalisierung, in: PRIF Report 10/2018, S. 15 f.

86 Die Unterstützungsleistungen von F.A.N. sollen kein dauerhaftes Angebot darstellen, sondern sehr gezielt dort wirken, wo die Zielgruppen ihre demokratiebezogenen Herausforderungen in

Brückennarrative nach Meiering und Foroutan

Die Sozialwissenschaftler:innen David Meiering und Naika Foroutan betrachten „Brückennarrative“ als identitätsstiftende Erzählstrukturen, die über einzelne Gruppen hinausreichen. Demnach gibt es Diskurselemente, die von unterschiedlichen Gruppen geteilt werden. Diese sind zwar den jeweiligen Gruppen entsprechend unterschiedlich zugeschnitten, erfüllen jedoch in allen Gruppen eine ähnliche Funktion. Meiering und Foroutan erklären exemplarisch am „Widerstandsnarrativ“, dass alle Gruppen, die dieses Narrativ teilen, sich in einem legitimen Widerstand wähnen.⁸⁷ Die Autor:innen gehen davon aus, dass Narrative über ihre Inhalte Gruppenbildungsprozesse beeinflussen, Wahrnehmungsmuster organisieren und Handlungsoptionen strukturieren. Durch diesen Prozess komme es in der Folge zunehmend zu einer Konvergenz von Einstellungen und Werten der jeweiligen Gruppenmitglieder.⁸⁸

Phänomenbereiche werden im Konzept der Brückennarrative als Bündel von Narrativen verstanden, die in ihren Ausprägungen spezifisch kodiert sind.⁸⁹ Brückennarrative treten aber nicht nur an den „extremen“ Rändern in Erscheinung, sondern sie finden sich in allen gesellschaftlichen Gruppen, auch in der Mitte der Gesellschaft, wieder.⁹⁰

Vor allem ermöglicht der Ansatz von Meiering und Foroutan, einzelne demokratiefeindliche Narrative in den Blick zu nehmen, anstatt direkt in sich geschlossene „extremistische“ Phänomenbereiche in den Fokus zu rücken.⁹¹ Die Autor:innen führen an, dass Narrative auch den Gebrauch politisch motivierter Gewalt befördern können, etwa durch Unrechtserfahrungen oder Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht. Hierbei können beispielsweise Widerstandsnarrative in Bezug auf wahrgenommene Bedrohungen (etwa bei Auseinandersetzungen mit der Polizei) an Stellenwert gewinnen.⁹²

der Arbeit mit Jugendlichen wahrnehmen. Zielgruppenangehörige artikulieren ihre Bedarfe in Gesprächen mit den Projektmitarbeitenden und erhalten an ihren Ressourcen und den damit verbundenen Möglichkeiten ausgerichtete Lösungsvorschläge. Perspektivisch sollen die Zielgruppen in ihrer Handlungsfähigkeit so weit gestärkt werden, dass sie zukünftig auch ohne Unterstützung von F.A.N. Herausforderungen der jugendtypischen Radikalisierung bewältigen können.

87 Meiering, David und Foroutan, Naika: Brückennarrative: ein Vorschlag für die Radikalisierungsprävention, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 127-137, hier S. 133.

88 Ebd., S. 131.

89 Ebd., S. 134.

90 Ebd., S. 136.

91 Ebd., S. 130.

92 Ebd., S. 132.

Die Autor:innen schlussfolgern, dass Programme, die sich dezidiert mit Linker Militanz, Rechtsextremismus und Islamismus beschäftigen, zugunsten von thematisch ausgerichteten Programmen abgelöst werden könnten, die zu Brückennarrativen wie Antisemitismus, Widerstandsdenken, Antifeminismus oder Verschwörungsdenken arbeiten. Diese könnten in Angebote der politischen Bildung eingebunden werden, wodurch sie weniger die Gefahr einer Stigmatisierung von Zielgruppen befördern.⁹³

Theoretische Grundannahmen der Projektarbeit in Bezug auf jugendtypische Radikalität, Radikalisierung und Linke Militanz

Um verständlich zu machen, welche Anknüpfungspunkte das Konzept der Brückennarrative für die Arbeit mit Zielgruppen bei F.A.N. bietet, ist im Vorfeld die Darlegung der theoretischen Grundannahmen für die Projektarbeit sinnvoll. Zunächst wird das Projektverständnis hinsichtlich jugendtypischer Radikalität und Radikalisierungsprozesse dargestellt, um im nächsten Schritt darzulegen, worin die Herausforderungen in der Bearbeitung des Themas Linke Militanz bestehen und weshalb sich zu deren Bewältigung ein primärpräventiver, Phänomen-übergreifender Zugang, basierend auf den Erfahrungswerten der Projektarbeit, besonders gut eignet.

Jugendtypische Radikalität und Radikalisierungsprozesse

Radikalität entsteht vor allem in der Pubertät. Während dieser Phase werden provokante Positionen eingenommen und entwickelt, außerdem die Alltagsroutinen von Erwachsenen sowie gesellschaftliche Konventionen infrage gestellt. Ein kausaler Zusammenhang zwischen Radikalität und Gewalt besteht jedoch nicht.⁹⁴ Radikalisierung bezeichnet die Steigerung des Einsatzes und der Kampfbereitschaft von Personen und Gruppen in einem Handlungsfeld. Angetrieben wird sie von persönlichen, beruflichen oder politischen Zielen. Diese Handlungsbereitschaft wird von Überzeugungen, Ideen oder intensiven Gefühlen bestimmt und geht einher mit starken Verpflichtungen in einzelnen Situationen sowie über die Zeit hinweg. Die damit verbundenen Prozesse können Ergebnisse hervorbringen, die sich positiv oder negativ bewerten lassen.⁹⁵ Radikalisierung kann nicht allein durch die Anzie-

93 Ebd., S. 136.

94 Kemmesies, Uwe: Begriffe, theoretische Bezüge und praktische Implikationen, in: Ben Salma, Brahim und Kemmesies, Uwe (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend, Wiesbaden 2020, S. 33-58, hier S. 37

95 Eckert, Roland: Radikalisierung in konflikttheoretischer Perspektive, in: Ben Salma, Brahim und Kemmesies, Uwe (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomen-

hungskraft einer Ideologie erklärt werden; gleichzeitig können auch persönliche Eigenschaften, wie etwa genetische, für sich genommen nicht zur Radikalisierung führen. Auch bestimmte Lebensumfelder münden nicht automatisch in Radikalisierung. Radikalisierungsprozessen liegen allerdings Ursachenbündel zugrunde, die sich auf individuelle Faktoren (psychosoziale, biografische Hintergründe) und die gesellschaftliche Systemebene (mikro- und makrosoziale Faktoren) zurückführen lassen.⁹⁶

Es kann in politische und gesellschaftliche Radikalisierung unterschieden werden: Politische Radikalisierung bezieht sich auf das eher geläufige Verständnis von Radikalisierung und ist zumeist mit einem Vertrauensverlust in politische Institutionen verbunden. Weniger wichtig ist dabei die tatsächliche Lage, sondern die Befürchtung einer ungewissen Zukunft. Die Erwartung eines Sieges und der mit ihm einhergehenden unbegrenzten Möglichkeiten kann eine Kampfbereitschaft auslösen.⁹⁷ Während politische Radikalisierung also die Überwindung der bestehenden politischen Ordnung zum Ziel hat, bezieht sich gesellschaftliche Radikalisierung auch auf Kontexte, in denen sich Personen gegen die bestehende normative Ordnung auf gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher, religiöser oder anderer Ebene richten. Die Menschen sind hierbei nicht mehr bereit, die durch Normen und Institutionen erzeugten Erwartungen weiterhin zu erfüllen. Sie lehnen diese zunehmend ab und sind bereit, sie zu bekämpfen.⁹⁸

Gerade der gesellschaftliche Radikalisierungsbegriff bietet den Vorteil, sich dem Thema Radikalisierung über einen breiteren Zugang zu nähern, bei dem es am Ende nicht nur um die Frage geht, ob ein politischer Umsturz angestrebt wird oder nicht. Demgegenüber birgt der auf politische Radikalisierung verengte Blick die Gefahr, Zielgruppen der Präventionsarbeit schnell eine Nähe zu extremistischen Positionen zu unterstellen, sie dadurch zu stigmatisieren und für die weitere Zusammenarbeit zu verlieren.

Aufbauend auf dem eben geschilderten Forschungsstand, lässt sich folgende Schlussfolgerung ziehen: Jugendtypische Radikalisierungsprozesse können zur Stärkung der unveräußerlichen Menschenrechte beitragen. Demokratien haben die Chance, von der Infragestellung geltender Normvorstellungen durch jugendtypische Radikalisierungsprozesse zu profitieren, weil durch sie demokratiestärkende Impulse gesetzt werden können.⁹⁹ Was als radikal angesehen wird, ist stets vom

übergreifend, Wiesbaden 2020, S. 213-268, hier S. 215.

96 Kemmesies: Begriffe, theoretische Bezüge und praktische Implikationen, S. 40.

97 Eckert: Radikalisierung in konflikttheoretischer Perspektive, S. 215.

98 Abay Gaspar, Hande et al.: Was ist Radikalisierung? Präzisierung eines umstrittenen Begriffs, in: PRIF Report 5/2018, S. 7.

99 Kemmesies: Begriffe, theoretische Bezüge und praktische Implikationen, S. 38.

jeweiligen historischen Kontext abhängig.¹⁰⁰ Ebenso wichtig ist es, anzuerkennen, dass nicht jeder jugendtypische Radikalisierungsprozess immer auch mit demokratischen Gesellschaftsvorstellungen im Einklang stehen muss und er durchaus demokratiefeindliche Elemente beinhalten kann.

Für F.A.N. bietet das eben geschilderte Verständnis von Radikalität und Radikalisierung im Jugendalter den Vorteil, dass in der Zusammenarbeit mit Fachkräften eine ergebnisoffene und nicht stigmatisierende Position gegenüber jugendlicher Radikalität eingenommen werden kann. Denn wird Radikalität als etwas Jugendtypisches verstanden, entsteht allein durch die Tatsache, dass Jugendliche radikal denken und handeln, zunächst keine Herausforderung für ein demokratisches Miteinander. Somit ist weniger wichtig, ob es sich bei einem beobachteten Zustand um Radikalität handelt, als vielmehr, ob diese Radikalität bei Jugendlichen mit menschen- und demokratiefeindlichen Einstellungsmustern einhergeht. Dies lässt sich am besten anhand der von Jugendlichen verwendeten Narrative einschätzen. Ob Jugendliche sich mit Leidenschaft für einen veganen Ernährungsstil und Klimapolitik engagieren oder ob sie ihre Radikalität in Bezug auf antisemitische oder andere menschenfeindliche Narrative äußern, macht einen deutlichen Unterschied.

Herausforderungen bei der Arbeit im Kontext Linker Militanz

Wenig zielführend ist für F.A.N. die Verwendung des Extremismusbegriffs – denn er erschwert eher die Prävention Linker Militanz. In der Praxis hat sich gezeigt, dass viele unter den von der Projektarbeit angesprochenen Zielgruppen den Extremismusbegriff häufig sehr kritisch sehen. Ein oft vernommener Vorwurf lautet, die Einordnung Linker Militanz im Rahmen der Extremismustheorie führe zu einer Stigmatisierung linker politischer Haltungen als pauschal „verfassungsfeindlich“, da es zu einer ungerechtfertigten Gleichsetzung von „Rechtsextremismus“ und „Linksextremismus“ komme. Entsprechend der Annahme, dass im Rahmen des F.A.N.-Workshopformats „Linksextremismus – ein Streitbares Konzept in der pädagogischen Praxis?“ das Phänomen des Linksextremismus unkritisch auf Basis der Extremismustheorie hergeleitet würde, ließ eine Teilnehmerin zu Veranstaltungsbeginn verlauten: „Ich bin eigentlich nur zum Pöbeln hier!“

Die hier angesprochene Problematik in Bezug auf die Anwendung des Extremismusbegriffs lässt sich theoretisch begründen. Die Extremismustheorie bezieht sich auf eine Negativdefinition der verfassungsgemäßen Ordnung. Der Extremismusbegriff ist ein Negativbegriff ohne eigenen Inhalt, der sich über seine Abgrenzung

100 Kemmesies verweist auf die Aktivistinnen der Suffragetten-Bewegung, die im frühen 20. Jahrhundert streitbar für ihre aus damaliger Sicht radikale Forderung nach einem Wahlrecht für Frauen eingetreten sind. Heute wird ihr Einsatz im Gegensatz dazu als wichtiger Beitrag zur demokratischen Gesellschaftsordnung betrachtet; vgl. Kemmesies: Begriffe, theoretische Bezüge und praktische Implikationen, S. 38.

zu den Grundpfeilern des demokratischen Verfassungsstaats definieren lässt.¹⁰¹ Als extremistisch können demnach alle Phänomene gelten, die demokratische Institutionen infrage stellen. Dies ist allerdings problematisch, weil dadurch auch solche radikal-demokratischen Ansätze zwangsläufig als extremistisch markiert werden, die eine Weiterentwicklung der politischen Rahmenbedingungen fordern.¹⁰² Wird die Negativdefinition von Rechtsextremismus (die sich über die Abgrenzung zum demokratischen Verfassungsstaat ergibt) in eine Positivdefinition umgekehrt, werden Einstellungen wie Nationalismus, Ethnozentrismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Pro-Nazismus, die Befürwortung einer Rechtsdiktatur sowie Sexismus als das Phänomen konstituierende Merkmale sichtbar.¹⁰³ Wird eine entsprechende Positivdefinition von „Linksextremismus“ hergeleitet, bleibt als Merkmal nur das Streben nach sozialer Gleichheit übrig. Dieses Merkmal ist nicht trennscharf zu anderen Strömungen, wie etwa der Sozialdemokratie oder Gewerkschaften, die ebenfalls soziale Gleichheit als Zielsetzung haben und deren demokratische Grundausrichtung wohl niemand ernsthaft infrage stellen würde.

Der Begriff „Linksextremismus“ wird letztlich zu einem Sammelbegriff für alle Strömungen, die abseits ihrer Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaats und der Befürwortung sozialer Gleichheit ansonsten sehr unterschiedlich sind.¹⁰⁴ „Linksextremismus“ wird dadurch zu einem schwer bestimmbareren Phänomen. Gleichzeitig wird offensichtlich, dass auch aus politisch linken Strömungen heraus autoritäre Lösungen angestrebt und antisemitische Positionen vertreten sowie demokratische Aushandlungsprozesse abgelehnt werden.¹⁰⁵ Antidemokratischen Einstellungsmustern deshalb nicht zu begegnen, weil der mit ihnen verbundene Phänomenbereich sich wissenschaftlich bloß mit Schwierigkeiten eingrenzen lässt, wäre jedoch nicht erstrebenswert.

Da das Phänomen Linksextremismus ein schwer zu fassender und wenig trennscharfer Sammelbegriff ist, stellt sich zwangsläufig die Frage, wogegen in diesem Feld überhaupt gezielt gearbeitet werden kann. Die Antwort lautet, dass die Arbeit gegen „Militanz“¹⁰⁶ im Zentrum stehen sollte. Denn in demokratischen Sys-

101 Fuhrmann, Maximilian: Linksextremismus – ein unzulänglicher Containerbegriff, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 43–56, hier S. 44 f.

102 Ebd., S. 46.

103 Ebd., S. 48.

104 Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremismus in Deutschland – Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn 2015, S. 23.

105 Fuhrmann: Linksextremismus, S. 55.

106 „Militanz“ ist nach Gmeiner und Micus eine kämpferische (aber nicht automatisch gewalttätige) tatbetonte politische Strategie, die radikale Ziele und Absichten verfolgt. Vgl. Gmei-

temen darf politisch motivierte Gewalt keinen Platz haben.¹⁰⁷ Gleichzeitig müssen radikale (linke) Ansichten diskutiert werden, anstatt sie pauschal als demokratiefeindlich zu markieren.¹⁰⁸ Hierbei sind Formate mit einem Phänomen-übergreifenden Charakter hilfreich, um alle Jugendlichen, unabhängig von ihren jeweiligen Ansichten, einzubeziehen und Phänomene besprechbar zu machen. Insbesondere Herangehensweisen aus der Präventionsarbeit laufen im Themenfeld Linke Militanz ansonsten Gefahr, Zielgruppen zu stigmatisieren, was in einer Kommunikationsverweigerung münden kann.¹⁰⁹

Ob Präventionsarbeit mit politischer Bildungsarbeit in Einklang gebracht werden kann, ist indes umstritten. Doch insbesondere für den primärpräventiven Bereich könnten sich Anknüpfungspunkte ergeben. Befürworter:innen einer Vereinbarkeit von Primärprävention und politischer Bildungsarbeit führen an, dass sich die Ziele der Primärprävention und der politischen Bildungsarbeit weitestgehend entsprechen und politische Bildung primärpräventiv wirken kann - im Sinne einer präventiven politischen Bildung, die nicht *gegen*, sondern *für* etwas arbeitet.¹¹⁰ Auch F.A.N. geht in seiner primärpräventiven Bearbeitung Linker Militanz phänomenübergreifend und mit Mitteln der politischen Bildungsarbeit vor. Aus den Erfahrungswerten der Projektarbeit seit 2020 kann geschlussfolgert werden, dass diese Herangehensweise von den Projektzielgruppen sehr gut angenommen wird und keinerlei Widerstände hervorruft.

Schlussfolgerung: Das Konzept der Brückennarrative bietet Chancen für die Primärprävention im Bereich Linke Militanz

Unter Berücksichtigung der vorherigen Darlegungen lassen sich die folgenden Schlussfolgerungen ziehen:

ner, Jens und Micus, Matthias: Radikalismus der Tat - Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen, in: Demokratie-Dialog, H. 2 (2018), S. 29-35, hier S. 32.

107 Flümann, Gereon: Linke Militanz und politische Bildung, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 60-67, hier S. 63.

108 Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit: Politische Bildungsarbeit links abseits von Prävention - eine Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 13-20, hier S. 18.

109 Ebd., S. 17.

110 Nentwig, Teresa: Modellprojekte der politischen Bildung im Bereich Linker Extremismus von 2010 bis 2019 - Ziele, Methoden Herausforderungen, Bundesfachstelle Linke Militanz, Göttingen 2020, S. 174 ff.

1. Projekte, die primärpräventiv mit einer phänomenübergreifenden Herangehensweise arbeiten, sollten sich bei der Auseinandersetzung mit Narrativen eine Offenheit dafür bewahren, diese nicht direkt einem Phänomenbereich zuzuordnen, da hier die Gefahr von Fehlschlüssen aufgrund falsch gedeuteter Kausalzusammenhänge besteht. Das Konzept der Brückennarrative bietet durch seine Fokussierung auf Narrative einen Zugang, durch den Narrative zunächst losgelöst von einem konkreten Phänomenbereichsbezug menschenrechts- und demokratieorientiert beurteilt und besprochen werden können.
2. Insbesondere in der Arbeit zu Linker Militanz führen Zielgruppenzugänge über den Phänomenbereich schnell zur Stigmatisierung jener Jugendlicher, deren radikales Denken oder Verhalten vorschnell der Kategorie „Extremismus“ zugeordnet wird. In der Arbeit mit Zielgruppen hat sich gezeigt, dass eine Herangehensweise, die nicht den Zugang über die Phänomenbereiche, sondern über die darin verwendeten Narrative wählt, bei Zielgruppen auf erheblich größere Akzeptanz trifft. Die mit Narrativen verbundenen Problematiken können auf diese Weise besprechbar gemacht werden, ohne Fronten aufzubauen, da sie Jugendliche nicht pauschal als antidemokratisch markieren.

F.A.N. Berlin-Brandenburg arbeitet primärpräventiv und damit an einem Punkt, an dem von den Projektzielgruppen (etwa Lehrkräfte, Schulsozialarbeit etc.) zu meist nur Narrative wahrgenommen werden, aber nicht die möglicherweise dahinterstehenden Phänomenbereiche. Erfahrungsgemäß ist es im primärpräventiven Bereich nicht oder kaum möglich, über die von Jugendlichen bedienten Narrative direkt auf die mit ihnen verknüpften Phänomenbereiche zu schließen. Da F.A.N. anlassbezogen und bedarfsorientiert arbeitet, kommunizieren die Projektzielgruppen in den Auftragsklärungsgesprächen in der Regel Vorfälle, die in Verbindung mit Narrativen stehen. Häufig verunsichern diese Narrative sie in ihrer professionellen Rolle, etwa durch flüchtige Bemerkungen, irritierende Aussagen in Gesprächssituationen oder Verweigerungshaltungen von Jugendlichen. Für die Bearbeitung dieser Handlungsunsicherheiten wünschen sie sich zumeist ein thematisch passendes Unterstützungsangebot von F.A.N.

Welcher ideologischen Gruppierung beziehungsweise welchem Phänomenbereich ein Narrativ zuzuordnen ist, lässt sich häufig nur schwer einschätzen und bietet in Bezug auf eine Lösungsorientierung (die Stärkung der Handlungssicherheit der Zielgruppenangehörigen) auch nur selten konkreten Mehrwert. Aus der

Projekterfahrung wäre eine phänomenbereichsbezogene Kategorisierung im primärpräventiven Bereich zudem zumeist verfrüht und oft rein spekulativ. Denn mit welcher Intention es zur Verwendung bestimmter Narrative durch einen Jugendlichen gekommen sein mag und welche Weltanschauung möglicherweise dahintersteht, bleibt oft uneindeutig. Insbesondere, sofern nur vereinzelte Narrative, jedoch keine Bündel von Narrativen bedient werden.

Die Zielsetzung in den Workshopformaten von F.A.N. besteht darin, Narrative unter den von uns begleiteten Fachkräften besprechbar zu machen, sie differenziert und fallbezogen zu beleuchten und für den Umgang mit Jugendlichen, die diese Narrative bedienen, eine Stärkung der Handlungssicherheit herbeizuführen. Hierfür arbeitet F.A.N. zu unterschiedlichen Themenbereichen und den damit verbundenen Narrativen, die einen Alltagsbezug für die Projektzielgruppen bieten. Um bei dem von Meiering und Foroutan verwendeten Beispiel des Widerstandsnarrativs zu bleiben, wird dieses etwa in den Workshopangeboten zu „Polizeifeindlichkeit“¹¹¹ und „Klimaaktivismus“¹¹² genauer betrachtet. Der thematische Zugang über Beobachtungen aus dem (Berufs-)Alltag fällt den meisten Zielgruppen zudem wesentlich leichter als die im Vergleich abstrakten Zugänge, die voraussetzungsvolle Komplexität vermitteln und die akuten Problemlagen der Berater:innen nur indirekt bearbeiten.

Die Irritation von Wahrnehmungsmustern zu verschiedenen Narrativen kann bei Fachkräften im Idealfall zu neuen Sichtweisen auf ihre Problemlagen führen und Verunsicherung in eine lösungsorientierte Handlungssicherheit verwandeln. Dies ist eine wichtige Vorbedingung, um anschließend mit Jugendlichen einen Austausch ohne Vorverurteilungen beginnen zu können. In diesem lassen sich Probleme mit demokratie- und menschenfeindlichen Narrativen klar benennen, Grenzen aufzeigen und konstruktive Lösungen in der Arbeit mit den Jugendlichen sowie deren Bezugspersonen entwickeln. Jedes von Fachkräften bei Jugendlichen wahrgenommene Narrativ kann zunächst einmal auf individuelle und sozialisationsbedingte Einflussfaktoren, die sich unterschiedlich stark in ihrer Werthaltung verfestigt haben können, zurückgeführt werden. Deshalb ist eine ganzheitliche und individuelle Betrachtung jedes Jugendlichen wichtig, um einer vorschnellen Vorverurteilung aufgrund der wahrgenommenen Narrative vorzubeugen.

111 Vgl. F.A.N. Berlin-Brandenburg: Workshop: Radikaler Klimaaktivismus – Ziviler Ungehorsam einer letzten Generation?, URL: https://demokratie-fan.de/wp-content/uploads/2023/09/220414_Onepager_Klimaaktivismus.pdf [eingesehen am 29.10.24].

112 Vgl. F.A.N. Berlin-Brandenburg: Workshop: Polizeifeindlichkeit begegnen, URL: https://demokratie-fan.de/wp-content/uploads/2023/09/220414_Onepager_Polizeifeindlichkeit-begegnen.pdf [eingesehen am 29.10.24].

Kritische Abschlussgedanken

Dieser Artikel hatte das Ziel, Anknüpfungspunkte des Konzepts der Brückennarrative für die Primärprävention im Bereich Linke Militanz zu identifizieren und sie auf die Praxiserfahrungen von F.A.N. zu beziehen. Das Konzept der Brückennarrative wirft allerdings auch Fragen zur Arbeit mit Zielgruppen auf, die im Folgenden im Rahmen einer kurzen Übersicht dargelegt werden sollen.

Unklar bleibt, was der konkrete Mehrwert des Konzepts der Brückennarrative gegenüber anderen Konzepten, wie dem der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) und dem der pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen (PAKOs), darstellt. Schließlich setzen sich auch diese Konzepte mit menschenfeindlichen Einstellungen und Haltungen auseinander und decken dabei eine größere thematische Bandbreite als Antisemitismus, Widerstandsdenken, Antifeminismus und Verschwörungsdenken beim Konzept der Brückennarrative ab.

Hinzu kommen die erwähnten Herausforderungen angesichts einer dünnen Forschungslage im Bereich Linke Militanz - etwa in Anbetracht der Vielfalt unterschiedlicher Gruppierungen in diesem Spektrum. Ob es einen Unterschied macht, wenn Maoist:innen oder Autonome ein bestimmtes Narrativ aufgreifen und wie sie es verwenden und verstehen, lässt sich mithilfe des Konzepts der Brückennarrative nicht herleiten.

Zwar kann es aus den geschilderten Erfahrungen von F.A.N. durch Zugänge über Brückennarrative vor allem in der Primärprävention gelingen, Zielgruppen nicht zu stigmatisieren. Im Konzept selbst wird die Herangehensweise über die Primärprävention jedoch nicht explizit empfohlen. Ob das Konzept auch im Bereich der Sekundär- und Tertiärprävention eine Wirkung entfalten kann und wie sich diese in der Anwendung zeigen würde, wäre ein spannendes Untersuchungsfeld.

Zuletzt ist anzumerken, dass das Konzept der Brückennarrative sich vor allem auf die ideologischen Aspekte von Radikalisierung konzentriert. Wie in diesem Artikel erwähnt, ist Radikalisierung jedoch multikausal. In welchem Wechselverhältnis Brückennarrative auf den Ebenen Ideologie, Personen und Umfeld stehen, bleibt unklar.¹¹³

Literaturverzeichnis

Abay Gaspar, Hande et al.: Was ist Radikalisierung? Präzisierung eines umstrittenen Begriffs, in: PRIF Report 5/2018.

113 Vgl. Kemmesies: Begriffe, theoretische Bezüge und praktische Implikationen, S. 41 ff.

- Eckert, Roland: Radikalisierung in konflikttheoretischer Perspektive, in: Ben Salma, Brahim und Kemmesies, Uwe (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend, Wiesbaden 2020, S. 213-268.
- F.A.N. Berlin-Brandenburg: Workshop: Polizeifeindlichkeit begegnen, URL: https://demokratie-fan.de/wp-content/uploads/2023/09/220414_Onepager_Polizeifeindlichkeit-begegnen.pdf [eingesehen am 29.10.24].
- Flümann, Gereon: Linke Militanz und politische Bildung, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 60-67.
- Fuhrmann, Maximilian: Linksextremismus - ein unzulänglicher Containerbegriff, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 43-56.
- Gmeiner, Jens und Micus, Matthias: Radikalismus der Tat - Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen, in: Demokratie-Dialog, H. 2 (2018), S. 29-35.
- Kemmesies, Uwe: Begriffe, theoretische Bezüge und praktische Implikationen, in: Ben Salma, Brahim und Kemmesies, Uwe (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend, Wiesbaden 2020, S. 33-58.
- Meiering, David und Foroutan, Naika: Brückennarrative: ein Vorschlag für die Radikalisierungsprävention, in: Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 127-137.
- Meinhardt, Anne-Kathrin und Redlich, Birgit: Politische Bildungsarbeit links abseits von Prävention - eine Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 2020, S. 13-20.
- Nentwig, Teresa: Modellprojekte der politischen Bildung im Bereich Linker Extremismus von 2010 bis 2019 - Ziele, Methoden Herausforderungen, Bundesfachstelle Linke Militanz, Göttingen 2020.
- Neumann, Peter et al.: Die Rolle des Internets und Sozialer Medien für Radikalisierung und Deradikalisierung, in: PRIF Report 10/2018.
- Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremismus in Deutschland - Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn 2015.

Autor:innen

Melissa Alisch, Institut B3 e. V., ist Projektassistentin im Modellprojekt „Gute Gewalt - Schlechte Gewalt? Legitimationen linker Militanz“. Als Soziologin ist sie vor allem an gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen, der Krisenkommunikation und dem Phänomen Gewalt aus sozialer Perspektive interessiert.

Marie Bohla, M. A., ist seit 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung im Projekt „Bundesfachstelle Linke Militanz“. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen auf den Themen Gewalt(-prävention) und politisch motivierte Kriminalität. Seit Ende 2021 arbeitet sie im Projektmanagement des Projekts Bundesfachstelle Linke Militanz.

Haroun Chahed ist Politikwissenschaftler und Systemischer Berater. Er leitet das Projekt „F.A.N. Berlin-Brandenburg“ und arbeitet als Berater für Demokratieentwicklung im Mobilen Beratungsteam Berlin der Stiftung SPI.

Ulrike Geisler, Institut B3 e. V., ist Projektleiterin des Modellprojekts „Gute Gewalt - Schlechte Gewalt? Legitimationen linker Militanz“, das im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und von dem sächsischen Landespräventionsrat gefördert wird. Die Historikerin beschäftigt sich mit den Schwerpunkten Stadtgeschichte, Migrationsforschung sowie Pluralisierungsprozesse in Sachsen.

Thomas Gill ist Politikwissenschaftler, Pädagoge, Soziologe und Philosoph. Er leitet seit Mai 2014 die Landeszentrale für politische Bildung Berlin. Zuvor war er über 15 Jahre Geschäftsführer der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein.

Natalia Hanauska, M. A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen im Projekt „Bundesfachstelle Linke Militanz“. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Legalität und Legitimität von Protest, Radikalisierungsprozesse sowie linksradikale Musik. Dazu entwickelt sie verschiedene bildungspolitische Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene.

Katharina Heise, M. A., studierte Politikwissenschaft und Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen und arbeitete seit Oktober 2017 in der Bundesfachstelle Linke Militanz. Ihre Forschungsschwerpunkte waren dabei Linksradikalismus in Spa-

Autor:innen

nien und Genderaspekte in linken Gruppierungen. Außerdem gehörte sie dem Team für die politische Bildungsarbeit der Bundesfachstelle an.

Alexander Hensel, M.A., ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung an der Universität Göttingen. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Parteien- und Bewegungsforschung. Zuletzt hat er vor allem zur Parteien- und Fraktionsentwicklung der AfD auf Landesebene geforscht. Seit Herbst 2023 arbeitet er im Projektmanagement der Bundesfachstelle Linke Militanz. Zudem arbeitet er im Projekt „Forschungs- und Dokumentationsstelle für politische und religiöse Extremismen in Niedersachsen“ (FoDEx).

André Kern arbeitete während seines Bachelors in Sozialwissenschaften von 2021 bis 2022 am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen im Projekt „Linke Militanz“. Derzeit strebt er einen Master-Abschluss in Data Science an der Fachhochschule Kiel an.

Philipp Liermann studiert Politikwissenschaften und Philosophie an der Georg-August-Universität Göttingen. Er ist studentische Hilfskraft am Institut für Demokratieforschung.

Dr. Stine Marg ist Geschäftsführerin des Instituts für Demokratieforschung an der Georg-August-Universität Göttingen und forscht unter anderem zur Entwicklung von Protesten und sozialen Bewegungen.

Matthias Mletzko, M.A., ist Politikwissenschaftler aus Mainz. Er arbeitete als freier Journalist zum Thema politisch motivierte Gewalt und forschte anschließend primär zu diesem Thema. Er war unter anderem Mitarbeiter beim ersten periodischen Sicherheitsbericht und bei sicherheitsbehördlichen Gewaltforschungsprojekten. Letzte Veröffentlichung zum Thema: Trends und Besonderheiten linker Gewaltdelikte, in: Kriminalistik i. E.

Dr. Teresa Nentwig ist Politikwissenschaftlerin. Sie war von Oktober 2008 bis Dezember 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen. Seit Dezember 2020 arbeitet sie in Stuttgart als wissenschaftliche Referentin im Bereich Rechtsextremismus und -terrorismus beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

Dr. Andreas Neumann ist studierter Historiker und promovierter Medienwissenschaftler. Derzeit ist er Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Linksextremis-

mus in Geschichte und Gegenwart“, das an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen angesiedelt ist.

Prof. Dr. Monika Oberle ist Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Didaktik der Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt. Gemeinsam mit ihrem Team widmet sie sich insbesondere der empirischen Forschung zu Bedingungen, Prozessen und Ergebnissen der (schulischen und außerschulischen) politischen Bildung. Zu den aktuellen Arbeitsschwerpunkten gehören Demokratiebildung, EU-Bildung und politische Medienbildung. Zuvor war sie zwölf Jahre an der Universität Göttingen als Professorin für Politikwissenschaft/Didaktik der Politik tätig.

Tom Pflücke, M. A., ist Geschichts- und Politikwissenschaftler. Derzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundesfachstelle Linke Militanz am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Philipp Scharf, M. A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung und der Bundesfachstelle Linke Militanz.

Till Schröter, M. A., war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen im Projekt „Bundesfachstelle Linke Militanz“. Dort arbeitete er zu verschiedenen Themen im Phänomenbereich und erarbeitete Angebote der politischen Bildung.

Dario Tom Wehner ist studentischer Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er studiert Philosophie und Politikwissenschaft und beschäftigt sich mit Populismus, Ideologien, Radikalisierungsprozessen sowie der Analyse politischer Randparteien.

Impressum

Linke Militanz. Erkenntnisse und Erfahrungen aus Forschung und Praxis

Ausgabe Dezember 2024

Die vorliegende Publikation ist die Abschlusspublikation des Projekts
„Bundesfachstelle Linke Militanz“ (2020-24).

Herausgeber:innen:

Alexander Hensel, Marie Bohla

Herausgebende Institution:

Bundesfachstelle Linke Militanz

Institut für Demokratieforschung (Direktor: Prof. Dr. Simon T. Franzmann)

Georg-August-Universität Göttingen

Weender Landstraße 14

37073 Göttingen

Coverfoto:

Marie Bohla

Gestaltung, Satz und Lektorat:

Dr. Robert Lorenz (SPLENDID. Text- & Webdesign GbR, Göttingen)

www.splendid-combination.de

© 2025 Universitätsverlag Göttingen, Göttingen

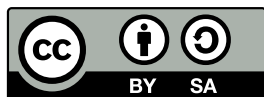
<https://univerlag.uni-goettingen.de>

ISBN: 978-3-86395-665-3

DOI: <https://doi.org/10.17875/gup2025-2769>

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz *Attribution-ShareAlike 4.0 International* (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen

Bedingungen, URL: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>).



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

BUNDESFACHSTELLE
LINKE MILITANZ

GA GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT
GÖTTINGEN 1737

If|Dem
Institut für Demokratieforschung Göttingen

Ob in Vergangenheit oder Gegenwart – linke Militanz ist ein fester Bestandteil der politischen Protest- und Bewegungskultur in Deutschland. Die am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen angesiedelte „Bundesfachstelle Linke Militanz“ hat sich in den letzten Jahren mit verschiedensten Facetten dieses Phänomens befasst. Sie räumt mit Vorurteilen gegenüber linker Militanz auf und präzisiert den Handlungsbedarf aus Perspektive der Demokratieforschung. Zum Abschluss des vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten Projekts versammelt die vorliegende Publikation aktuelle Erkenntnisse zu linker Militanz in Deutschland sowie Erfahrungen zum Umgang mit ihr.

Die Beiträge widmen sich verschiedenen Analysefeldern – wie etwa Häuserkämpfen, Antifaschismus oder Klimaaktivismus – sowie szenetypischen Ausprägungen von Phänomenen wie Sexismus, Antisemitismus oder Radikalisierung. Zugleich werden Ansätze zum präventiv-pädagogischen Umgang mit linker Militanz vorgestellt und kontrovers diskutiert. Die im Band versammelten vielfältigen Beiträge aus Forschung und Praxis ermöglichen sowohl Wissenschaftler:innen als auch Fachkräften aus der politischen Bildung und Präventionsarbeit, sich thematisch fokussiert mit Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit linker Militanz zu befassen.